

Anna Laiß

Universalistisches Ideal und koloniale Kontinuitäten



Die »harkis« in der Fünften
Französischen Republik

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

Universalistisches Ideal und koloniale Kontinuitäten

Pariser Historische Studien

Band 120

Herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris



Max Weber
Stiftung

Deutsche
Geisteswissenschaftliche
Institute im Ausland

Anna Laiß

Universalistisches Ideal und koloniale Kontinuitäten

Die »harkis« in der
Fünften Französischen Republik

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

Pariser Historische Studien

Herausgeber: Prof. Dr. Thomas Maissen

Redaktionsleitung: Veronika Vollmer

Deutsches Historisches Institut (Institut historique allemand)

Hôtel Duret-de-Chevry, 8, rue du Parc-Royal, 75003 Paris

Zugl. überarb. Fassung von: Freiburg, Br., Univ., Diss. 2017 u. d. T.: Anna Laiß, Die »harkis« in der Fünften Französischen Republik (1958–2007). Muslimische Hilfssoldaten zwischen republikanischem Ideal und kolonialen Kontinuitäten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Der Umschlagentwurf unterliegt der Creative Commons Lizenz CC-BY-ND 4.0.

Publiziert bei Heidelberg University Publishing (heiUP)
Heidelberg 2021.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten von Heidelberg University Publishing <http://heiup.uni-heidelberg.de> dauerhaft frei verfügbar (Open Access)

URN: <urn:nbn:de:bsz:16-heiup-book-792-7>

DOI: <https://doi.org/10.17885/heiup.792>

Text © Anna Laiß 2021.

Umschlagbild: Lager für ehemalige Hilfssoldaten (»harkis«) und ihre Familien in Bias (Lot-et-Garonne), 1963 © Archives Sud Ouest/Lucien Delporte.

ISSN (Print) 0479-5997

ISSN (Online) 2190-1325

ISBN 978-3-96822-062-8 (PDF)

ISBN 978-3-96822-063-5 (Hardcover)

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	9
1.1 Die »harkis« zwischen universalistischem Ideal und kolonialen Kontinuitäten	9
1.2 Forschungsstand und Erkenntnisinteresse	12
1.3 Universalistisches Ideal und koloniales Denken	19
1.4 Methodik, Akteure und Quellen	27
1.5 Hypothesen und Aufbau	37
2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums (1958–1962)	41
2.1 Die »harkis« vor dem Beginn der Fünften Republik	42
2.2 Von »Français à part entière« zu »réfugiés«	46
2.3 »Harkis« als Sinnbild der »mission civilisatrice« und Waffe im Kampf für die »Algérie française«	66
2.4 Die Fraternalisierungskampagne des FLN	87
2.5 Die französische Föderation des FLN und die »harkis de Paris«	103
2.6 Kolonialkritik und Folterdebatten in der französischen Linken	111
2.7 Die hybriden Identitäten der muslimischen Elite	127
2.8 Die Hilfssoldaten zwischen algerischem Nationalismus und der »Algérie française«	143
2.9 Universalismus im kolonialen Kontext	161
3. Die Integration der »harkis« in Frankreich (1962–1995)	169
3.1 Regierungspolitik zwischen Assimilation und Differentialismus	171
3.2 Fortsetzung der »mission civilisatrice« der SAS-Offiziere	201
3.3 »Harkis« als Waffe im Kampf gegen die »France algérienne« ..	225

Inhalt

3.4	Von Gegnern zu gemeinsamen Opfern von Ausgrenzung und Diskriminierung	247
3.5	Die französische Linke und der Kampf gegen Rassismus	268
3.6	Die muslimische Elite zwischen Revanchismus und Differentialismus	291
3.7	Die Hilfssoldaten zwischen doppelter Ausgrenzung und multiplen Zugehörigkeiten	323
3.8	Ambivalenz der Assimilation	348
4.	Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs (1980–2007) ...	357
4.1	Die Erinnerungspolitik Jacques Chiracs	358
4.2	Die SAS-Offiziere zwischen universalistischem Gedenken und individueller Geschichtsdeutung	376
4.3	Die Rolle der »harkis« in der »nostalgérie«	391
4.4	Abschied vom einheitsstiftenden Gedenken des FLN	409
4.5	Die Fnaca und der 19. März	419
4.6	Linke Kolonialkritik auf Erinnerungsebene	429
4.7	Die muslimische Elite zwischen Universalismus und Gegenerinnerungen	442
4.8	Die Erinnerungsarbeit der »harkis« der zweiten Generation ...	458
4.9	Unmöglichkeit eines universalistischen Gedenkens	481
5.	Fazit und Ausblick	487
	Abkürzungen	503
	Quellen und Literatur	507
	Archivquellen	507
	Veröffentlichte Quellen	509
	Forschungsliteratur	511
	Personenregister	523

Vorwort

Das vorliegende Buch beruht auf meiner Dissertation, die ich im Jahr 2017 als Ergebnis einer langjährigen Beschäftigung mit den »harkis« an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg verteidigt habe. Jörn Leonhard bekräftigte mich in der Entscheidung, mich auf das langwierige und herausfordernde Projekt einer Promotion zu diesem Thema einzulassen, und übernahm die Betreuung des Vorhabens. Ihm gilt mein besonderer Dank für eine sehr aufmerksame und zielführende Betreuung, die die Arbeit stets voranbrachte. Für das Zweitgutachten danke ich Sabine Dabringhaus. Von ihren hilfreichen Anregungen profitierte ich vor allem bei den Vorbereitungen für die Veröffentlichung. Die Dissertation wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg mit dem Monika-Glettler-Preis ausgezeichnet. Ich danke den Stiftern, dem Verband der Freunde der Universität Freiburg e. V. und insbesondere den Mitgliedern des Kuratoriums.

Die Studie wäre ohne die großzügige materielle Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung nicht entstanden, der ich darüber hinaus auch für die ideelle Förderung danke, von der ich in starkem Maße profitieren konnte. Mein besonderer Dank gilt hier meinem Vertrauensprofessor Josef Mooser, der das Projekt als förderungswürdig eingestuft und während der Stipendienzeit begleitet hat.

Auch dem Deutschen Historischen Institut Paris bin ich für materielle und inhaltliche Unterstützung zu Dank verpflichtet. Mehrmals konnte ich als Kurzzeitstipendiatin Recherchen in Paris durchführen und zugleich vom Austausch mit anderen Wissenschaftlern profitieren. Insbesondere die Gespräche mit den Mitgliedern der Forschungsgruppe »Kultur- und Sozialgeschichte der französischen Armee zur Zeit der Dekolonialisierung (1943–1966)« um Steffen Prauser waren für meine Arbeit sehr bereichernd.

Dem DHIP und seinem Direktor Thomas Maissen sowie dessen Stellvertreter Stefan Martens danke ich zudem für die Aufnahme der Studie in die Reihe der Pariser Historischen Studien. Ich danke meiner Lektorin Cordula Hubert, die der Arbeit sprachlich den letzten Schliff gab. Vor allem danke ich der Redakteurin der Reihe, Veronika Vollmer, die den Publikationsprozess mit einer bewundernswerten Genauigkeit und mit sehr viel Geduld begleitet hat.

Für die Arbeit musste ich sehr umfangreiches Archivmaterial sichten. Ohne die kompetente Unterstützung der Archivare in den Archives nationales und im Service historique de la Défense wäre ich in der Quellenflut untergegangen. Ich danke ihnen für Beratung und Unterstützung bei der Auswahl. Zudem bin ich den Archivaren der Fnaca und der CFDT zu Dank verpflichtet, die mir zielgerichtete Recherchehilfen gaben, wodurch ich äußerst interessante Dokumente ausfindig machen konnte.

Eine besondere Unterstützung war der gesamte Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas in Freiburg. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Sonja Levsen, Christina Schröder und Theo Jung standen als Ansprechpersonen stets bereit. Ihnen, ebenso wie allen Doktoranden und Doktorandinnen, die die Arbeit in verschiedenen Entwicklungsstadien kritisch kommentiert und so zu ihrer Verbesserung beigetragen haben, danke ich für ihre Hilfe. Besonders wertvoll war die Möglichkeit, in einem Gemeinschaftsbüro zu arbeiten. Danke an Axel Dröber, Benjamin Marquart und Fabian Rausch, deren Anwesenheit unzählige Male half, Denkblockaden zu lösen sowie Motivationskrisen zu meistern, und die das Arbeiten vor allem mit sehr viel Humor anreicherten. Für eine exzellente Organisation und auch für ihren Humor danke ich der Sekretärin des Lehrstuhls, Athanasia Koiou.

In der Korrekturphase der Arbeit konnte ich auf die Mithilfe von Ute Seitz, Christian Burbaß und Christian Kellert zählen. Auch ihnen gebührt mein Dank.

Nicht nur die materielle und wissenschaftliche Unterstützung waren grundlegend für das Entstehen der Dissertation. Danke an Elisa Marcobelli, Sabrina Chibout und ein weiteres Mal an Axel Dröber, die mich in Paris immer wieder sehr offen aufgenommen haben. Insbesondere danke ich meinen Eltern Chrisse Laiß und Didi Kaiser dafür, dass sie mich in allem unterstützt haben, und zwar stets, ohne besondere Leistungen zu erwarten, aber mit der Aufforderung, die Leichtigkeit des Lebens nicht zu vernachlässigen. Von unschätzbarem Wert für diese Arbeit war mein Partner Uli Seitz. Er hat mich unablässig motiviert, hat mich mit unendlicher Geduld durch sämtliche Schaffenskrisen gebracht, immer wieder selbst zurückgesteckt, um mir den Rücken freizuhalten, und nicht zuletzt selbst sehr viele Stunden mit inhaltlichen Gedanken und mit der sprachlichen Korrektur der Arbeit verbracht. Die Zeit, die wir beide investiert haben, ging in der Endphase der Dissertation auf Kosten unserer Tochter Yara. Ich danke ihr dafür, dass sie diese Phase durch ihr von Geburt an ausgeglichenes und positives Wesen unterstützt hat. Ihr und Uli widme ich dieses Buch.

Anna Laiß, im Oktober 2020

1. Einleitung

1.1 Die »harkis« zwischen universalistischem Ideal und kolonialen Kontinuitäten

»La France est raciste, *ama*. Pourquoi vous nous avez emmenés dans ce pays?«¹ Mit diesen Worten brachte Dalila Kerchouche ihre Schwierigkeit zum Ausdruck, als Tochter eines *harki* in der französischen Nation ihren Platz zu finden. Ihr Vater hatte als Hilfssoldat die französische Armee im Kampf gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung Front de libération nationale (FLN) unterstützt. Wie ungefähr 85 000 weitere Hilfssoldaten und Familienangehörige hatte er mit seiner Familie nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges Algerien in Richtung Frankreich verlassen, nachdem in Algerien massive Racheakte an den vom FLN zu Verrätern erklärten Hilfssoldaten einsetzten, die die französische Armee ins Zivilleben entlassen hatte².

Bereits 1956 hatte die französische Armee die ersten muslimischen Hilfssoldaten rekrutiert. Eine systematische Anwerbung begann jedoch erst mit der 1958 von Charles de Gaulle in Algerien initiierten Integrationspolitik³. Mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung wollte de Gaulle auch den Unabhängigkeitskampf des FLN beenden. Auf dem Forum von Algier wandte er sich im Mai 1958 an die Bevölkerung Algeriens und verkündete tiefgreifende Reformen. Fortan gebe es »dans toute l'Algérie« nur noch »Français à part entière, des Français à part entière, avec les mêmes droits et les mêmes devoirs«⁴. Mit die-

1 Dalila KERCHOUCHE, *Mon père, ce harki*, Paris 2003, S. 189.

2 Zu diesen Zahlen vgl. Abderahmen MOUMEN, *La notion d'abandon par les autorités françaises*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 47–62, hier S. 59.

3 Vgl. hierzu [Kap. 2.1](#).

4 Charles de Gaulle, *Discours du forum d'Alger*, 4.6.1958, <http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/03/Discours-du-forum-dAlger.pdf> (26.2.2020).

1. Einleitung

sen Worten kündigte er die Abschaffung des auf rassistischen Kriterien beruhenden Zweiklassenwahlrechts an, in dem rund acht Millionen »Français musulmans« ebenso viele Stimmen hatten wie rund eine Million »Français d'origine européenne«⁵. Die muslimischen Hilfssoldaten gewannen mit dieser Reform an Bedeutung, symbolisierten sie doch die von de Gaulle verkündete Integrationspolitik. Im Jahr 1961 änderte de Gaulle seinen Kurs in der Algerienpolitik und nahm Verhandlungen mit dem FLN auf. Seine Aussage von 1958, die Hilfssoldaten seien wie alle »Français musulmans« als »Français à part entière« anzusehen, galt dann offenkundig nicht mehr. Sie wurden mit dem Ende des Krieges nicht wie die europäischen Siedler nach Frankreich repatriert, sondern erhielten angesichts der Gewalt gegen sie nur sehr zögerlich die Genehmigung, nach Frankreich auszureisen⁶.

Nachdem die Hilfssoldaten mit ihren Familien nach Frankreich gekommen waren, brachte die Regierung sie dort zunächst in Militärlagern unter, ein Provisorium, das jedoch bald zur dauerhaften Lösung wurde. Darüber hinaus gründete die Regierung sogenannte Walddörfer, in denen ehemalige Hilfssoldaten unter der Aufsicht ehemaliger Militärs an das Leben in Frankreich gewöhnt werden sollten. Ehemalige Hilfssoldaten verbrachten teils über zehn Jahre mit ihren Kindern in den Lagern und Walddörfern, die von Sozialwissenschaftlern als Fortsetzung kolonialer Strukturen angesehen werden. Tom Charbit bezeichnet die Lager und Walddörfer als »une petite partie de ce monde colonial [...] rapatriée en France«⁷. Insbesondere bei den Söhnen und Töchtern der ehemaligen Hilfssoldaten, die großteils seit ihrer Geburt französische Staatsbürger waren, rief diese Situation das Gefühl der gesellschaftlichen Ausgrenzung und der Diskriminierung hervor. Dies brachten einige von ihnen Mitte der 1970er Jahre und erneut 1991 durch Aufstände zum Ausdruck⁸. Für die Nachkommen der »harkis« stellte sich die Frage nach ihrer Identität. Die Sozialwissenschaft-

⁵ Todd SHEPARD, 1962. Comment l'indépendance algérienne a transformé la France, Paris 2012, S. 42–74.

⁶ Vgl. zur Ausreise der Hilfssoldaten am Ende des Krieges u.a Saliha ABDELLATIF, Algérie 62: »Cessez-le-feu« et devenir des supplétifs musulmans, in: René GALLISSOT (Hg.), Les accords d'Évian en conjoncture et en longue durée, Paris 1997, S. 121–131.

⁷ Tom CHARBIT, Les harkis, Paris 2006, S. 89.

⁸ Vgl. Saliha TELALI, Les enfants des harkis. Entre silence et assimilation subie, Paris 2009; Tom CHARBIT, Les harkis de la »deuxième génération«, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), Les harkis dans la colonisation, S. 169–172; Giulia FABBIANO, Devenir-harki. Les modes d'énonciation identitaire des descendants des anciens supplétifs de la guerre d'Algérie, in: Migrations société 20 (2008), S. 155–172; Mohamed KARA, Les tentations du repli communautaire. Le cas des Franco-Maghrébins en général et des enfants de harkis en particulier, Paris 1997; Jacques DELARUE, La malédiction des enfants des harkis, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps 26 (1992), S. 29–36; Michel ROUX, À

1.1 Die »harkis« zwischen universalistischem Ideal und kolonialen Kontinuitäten

lerin Stéphanie Abrial spricht von einem »double paradoxe identitaire« dieser Generation. Sie fühlten sich nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger, wurden zugleich jedoch aufgrund des Engagements ihrer Väter im Algerienkrieg auf französischer Seite auch nicht von der maghrebischen Gemeinschaft in Frankreich akzeptiert⁹.

Als es Ende der 1990er Jahre zu Debatten um den Algerienkrieg kam, beteiligten sich ehemalige Hilfssoldaten und besonders deren Söhne und Töchter rege daran. Sie wiesen erneut auf das Problem ihrer Identitätsfindung in der Französischen Republik hin¹⁰. Während Hilfssoldaten von staatlich-offizieller Seite in Militärzeremonien geehrt und zu treuen Soldaten an der Seite Frankreichs erklärt wurden¹¹, bezeichnete der algerische Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika sie im französischen Fernsehen als »collabos« und setzte sie so mit den Kollaborateuren des Zweiten Weltkriegs gleich¹². Dalila Kerchouche, die vierzig Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens den Vorwurf erhob, Rassismus durchziehe die Französische Republik, fand sich in keiner der beiden Erzählungen wieder. Sie fühlte sich als französische Staatsbürgerin und sah sich dennoch mit Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert¹³.

Die Aussagen Kerchouches verdeutlichen ihre schwierige Suche nach einem Platz in der Französischen Republik. Verschiedene Fremdbilder prägten die Diskurse um die Hilfssoldaten, was ihnen selbst und ihren Nachkommen die Identitätsfindung erschwerte. Die Arbeit nimmt die von unterschiedlichen Fremdbildern geprägten Diskurse um die Hilfssoldaten in den Blick und fragt danach, wie sich die Hilfssoldaten und deren Nachkommen selbst in diesen Auseinandersetzungen positionierten und inwiefern sie sich in den Fremdbildern wiederfinden konnten, die den öffentlichen Diskurs bestimmten.

propos des événements de l'été 1991, le casse-tête harki, in: *Migrations société* 4 (1992), S. 17–29.

9 Stéphanie ABRIAL, *Les enfants de harkis. De la révolte à l'intégration*, Paris 2002.

10 Vgl. zu den Kontroversen um die koloniale Vergangenheit u. a. Romain BERTRAND, *Mémoires d'Empire. La controverse autour du »fait colonial«*, Bellecombe-en-Bauges 2006; Éric SAVARESE, *Algérie, la guerre des mémoires*, Paris 2007; Dietmar HÜSER, *Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Frankreich. Vom zersplitterten Gedenken an den Algerienkrieg seit 1962*, in: *Frankreich-Jahrbuch*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Bonn 2000, S. 107–128; Frank RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.

11 Die wichtigste Militärzeremonie stellt die *Journée nationale d'hommage aux harkis* dar, die seit dem Jahr 2000 alljährlich begangen wird.

12 Bouteflika et les harkis, 10.8.2004, <http://www.ina.fr/video/2630373001020> (26.2.2020).

13 KERCHOUCHE, *Mon père, ce harki*, S. 189.

1. Einleitung

Die Auseinandersetzungen um die Hilfssoldaten lassen sich in die Forschungsdebatte um die Auswirkungen des Kolonialismus auf die Französische Republik über die gesamte Zeit der Dekolonisation hinweg einordnen. In der Forschung dominiert die These des *maximal impact*, die besagt, dass der Kolonialismus auf verschiedenen Ebenen in die Fünfte Französische Republik hinein rückwirkte und die Nation grundlegend prägte¹⁴. Aus dem französischen Imperium wurde mit der Dekolonisation ein europäischer Nationalstaat. Es fand eine Umorientierung statt, weg von einer imperialen Auswärtsorientierung hin zu einem neuen europäischen Selbstverständnis. In einer nun räumlich auf einen europäischen Nationalstaat begrenzten Republik nahm, bedingt durch die postkoloniale, aber auch durch die Zunahme der Arbeitsmigration, der Pluralitätsgrad der Bevölkerung zu. Dies führte zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um das nationale Selbstverständnis der Republik¹⁵. Die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien wurden durch die Kolonisation eine soziale Gruppe in der französischen Gesellschaft. Da sie Algerien nach der Unabhängigkeit in Richtung der einstigen Metropole verließen, blieben sie über die Dekolonisation hinweg ein Teil der französischen Gesellschaft. Die um die Hilfssoldaten geführten Diskurse sind dadurch in die im Zuge der Dekolonisation geführten Auseinandersetzungen um das nationale Selbstverständnis und den Stellenwert von Pluralismus in einer nun auf einen europäischen Nationalstaat beschränkten Republik einzuordnen. Die Analyse dieser Diskurse kann somit dazu beitragen, die Krise des französischen Nationsverständnisses im Kontext der Dekolonisation zu erhellen.

1.2 Forschungsstand und Erkenntnisinteresse

Die Geschichtswissenschaft analysiert die Hilfssoldaten bisher aus drei verschiedenen Perspektiven. Aus einer militär- und politikhistorischen Perspektive widmeten sich Wissenschaftler der Rolle der Hilfssoldaten in der französischen Armee während des Algerienkriegs sowie den Bedingungen ihrer Demobilisierung am Ende des Krieges. Migrationshistoriker interessierten sich ebenso wie Sozialwissenschaftler für die Integration der Hilfssoldaten und deren Familien

¹⁴ Vgl. u. a. Christoph KALTER, Martin REMPE, La République décolonisée. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2011), S. 157–197. Zu diesen Rückwirkungen des Kolonialismus auf die Fünfte Französische Republik am Beispiel der *pieds-noirs* vgl. Manuel BORUTTA, Jan C. JANSEN (Hg.), *Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France*, Basingstoke 2016.

¹⁵ Jan C. JANSEN, Jürgen OSTERHAMMEL, *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*, München 2013, S. 116–118.

nach deren Ankunft in Frankreich. Durch die Ende der 1990er Jahre einsetzenden kontroversen Debatten um die koloniale Vergangenheit rückten die Hilfssoldaten zudem in den Fokus von Historikern, die sich mit Erinnerungsgeschichte befassten.

Der Topos der Hilfssoldaten als »soldats fidèles à la France« und die Erzählung des *abandon*, die am Ende des Algerienkrieges entstanden und die Debatten um die Hilfssoldaten dauerhaft prägen sollten, begründeten die Ende der 1980er Jahre entstehende erste Forschungsperspektive. Akteure, die für den Erhalt der *Algérie française* kämpften, warfen de Gaulle und dessen Regierung am Ende des Krieges vor, Hilfssoldaten rekrutiert zu haben, die als »soldats fidèles à la France« für die *Algérie française* gekämpft hätten, um sie anschließend den vom FLN gesteuerten Massakern auszuliefern. Dieser Vorwurf wurde auch über die Dekolonisation hinaus immer wieder erhoben¹⁶. Basierend auf einem Bericht über die Opferzahlen in der Unterpräfektur von Akbou entstand der Mythos, 150 000 Hilfssoldaten oder Familienangehörige von Hilfssoldaten seien den vom FLN gesteuerten Massakern zum Opfer gefallen, da die französische Armee sie schutzlos in Algerien zurückgelassen habe¹⁷.

Der Soziologe Mohand Hamoumou, selbst Sohn eines Hilfssoldaten, widerlegte in seiner hauptsächlich auf Interviews beruhenden Arbeit erstmals das Motiv der »soldats fidèles à la France« und zeigte auf, dass das Engagement der Hilfssoldaten nur in Einzelfällen als ideologisches Bekenntnis für ein französisches Algerien gewertet werden konnte¹⁸. Der französische Kolonialhistoriker Charles Ageron relativierte das Motiv des *abandon*, indem er die Demobilisierung und nur zögerliche Repatriierung der Hilfssoldaten im Zusammenhang mit den innen- und außenpolitischen Zwängen der Regierung untersuchte und dementsprechend als realpolitisches Vorgehen wertete. Zudem stellte Ageron die Opferzahlen in Frage, die Zahl 150 000 sah er dabei als in hohem Maße übertrieben an¹⁹. Agerons Forschung begründete ein neues wissenschaftliches Interesse am Engagement der Hilfssoldaten, an deren Demobilisierung und an

¹⁶ Zu diesen Motiven Gilles MANCERON, *Les supplétifs dans la guerre d'Algérie. Mythes et réalités*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 22–34, hier S. 22.

¹⁷ Vgl. Rapport de M. Jean-Marie Robert, sous-préfet d'Akbou en 1962 à Alexandre Parodi, vice-président du Conseil d'État, mai 1964, abgedruckt in: Maurice FAIVRE, *Les combattants musulmans de la guerre d'Algérie. Des soldats sacrifiés*, Paris 1995. Vgl. zur Kontroverse um die Opferzahlen u. a. Sylvie THÉNAULT, *Massacre des harkis ou massacres de harkis? Qu'en sait-on?*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 81–91.

¹⁸ Mohand HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*, Paris 1993.

¹⁹ Charles-Robert AGERON, *Le drame des harkis en 1962*, in: *Vingtième siècle* 42 (1994), S. 3–6; DERS., *Le »drame des harkis«*. *Mémoire ou histoire?*, in: *Vingtième siècle* 68

1. Einleitung

den Massakern an den Hilfssoldaten. Verschiedene Historiker widmeten sich der Frage, wie die Rekrutierung der Hilfssoldaten sowie das Handeln de Gaulles und der französischen Regierung am Ende des Krieges zu erklären sei, und relativierten somit ebenfalls das Motiv des *abandon*²⁰. Auch mit den Opferzahlen beschäftigten sich weitere Wissenschaftler, die meist der Auffassung Agerons folgten, die Zahlen seien übertrieben²¹. Lediglich der dem Militär nahestehende Historiker Maurice Faivre hielt an dem Motiv fest und wertete auch die Opferzahl als nur geringfügig zu hoch²². Eine fundierte und umfassende Studie zu den Hilfssoldaten während und am Ende des Krieges legte der Historiker François-Xavier Hautreux im Jahr 2013 vor. Ausgehend von der Frage, welches Interesse die französische Armee gehabt hatte, muslimische Hilfssoldaten zu rekrutieren, untersuchte er deren Rolle in der von der französischen Armee geführten *guerre psychologique*. Von diesem Ansatz ausgehend widerlegte er das Motiv der »soldats fidèles à la France«, indem er die propagandistische Bedeutung der muslimischen Hilfssoldaten für die französische Regierung und für das französische Militär aufzeigte. Er stellte zudem die Verantwortung des FLN für die Massaker an den Hilfssoldaten in Frage, indem er die Massaker in Verbindung mit der Erosion staatlicher Macht in Algerien im Sommer 1962 brachte²³.

In der jüngsten Forschung kritisierte der US-amerikanische Historiker Todd Shepard, der die Dekolonisierung Algeriens mit einem Fokus auf den

(2000), S. 3–15; DERS., *Les supplétifs algériens dans l’armée française pendant la guerre d’Algérie*, in: *Vingtième siècle* 48 (1995), S. 3–20.

²⁰ Vgl. u. a. MOUMEN, *La notion d’abandon*; Chantal MORELLE, *Les pouvoirs publics français et le rapatriement des harkis en 1961–1962*, in: *Vingtième siècle* 83 (2004), S. 109–119; Christophe CAZORLA, *Concept d’emploi et évolution statutaire des supplétifs durant la guerre d’Algérie*, in: *Revue historique des armées* 229 (2002), S. 69–82; ABDELLATIF, *Algérie* 62; Guy PERVILLÉ, *La tragédie des harkis. Qui est responsable?*, in: *L’Histoire* 231 (1999), S. 64–67.

²¹ Vgl. Aberrahmen MOUMEN, *Les massacres de harkis lors de l’indépendance de l’Algérie*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 63–77; THÉNAULT, *Massacre des harkis*.

²² Maurice FAIVRE, *L’histoire des harkis*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 202–203 (2001), S. 55–63; DERS., *Les archives inédites de la politique algérienne, 1958–1962*, Paris 2000; DERS., *Les combattants musulmans*; DERS., *Les Français musulmans dans la guerre d’Algérie*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 180 (1995), S. 145–170.

²³ François-Xavier HAUTREUX, *Quelques pistes pour une meilleure compréhension de l’engagement des harkis (1954–1962)*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 44–52; DERS., *La guerre d’Algérie des harkis, 1954–1962*, Paris 2013; DERS., *Les supplétifs pendant la guerre d’Algérie*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 37–50; François-Xavier HAUTREUX, *L’engagement des harkis (1954–1962). Essai de périodisation*, in: *Vingtième siècle* 90 (2006), S. 33–45.

französischen Republikanismus untersuchte, die Forschungsergebnisse Agerons und Hautreux' bezüglich der Frage der Verantwortung der französischen Regierung und de Gaulles an den Massakern. Er warf den beiden Wissenschaftlern vor, den republikanischen Kontext in ihrer Forschung auszuklammern und von der Prämisse auszugehen, Algerien sei eine Kolonie und es bestünde ein Antagonismus zwischen Kolonialismus und republikanischem Universalismus. Mit den Reformen de Gaulles 1958 sei jedoch die republikanische Idee des Universalismus auf Algerien übertragen worden. Shepard plädierte dafür, die republikanische Idee des Universalismus im Spannungsfeld zwischen universalistischer Norm und in der Praxis bestehenden kolonialen Praktiken und Denkmustern zu analysieren²⁴.

Migrationshistoriker und Sozialwissenschaftler nahmen dieses Spannungsfeld in den Blick, um die Integration der Hilfssoldaten und deren Familien in Frankreich nach der Unabhängigkeit Algeriens zu untersuchen. Sung Choi widmete sich aus historischer Perspektive der staatlichen Integrationspolitik²⁵. Aus juristischer Perspektive zeigte Élise Langelier auf, dass die Hilfssoldaten und deren Familien zwar französische Staatsbürger waren, die Regierung ihnen jedoch einen auf Rasse und Religion beruhenden rechtlichen Status zuschrieb und somit koloniale Praktiken fortgesetzt wurden²⁶. Auch Sozialwissenschaftler konstatierten diese postkolonialen Mechanismen²⁷. Insbesondere in Bezug auf die Lager und Walddörfer, in denen Hilfssoldaten mit ihren Familien lange Zeit lebten, besteht in der Forschung weitgehend ein Konsens über die Fortsetzung kolonialer Praktiken²⁸. In Bezug auf die insbesondere von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten getragenen Aufständen Mitte der 1970er Jahre und erneut 1991 widmeten sich sozialwissenschaftliche Forscher der Frage, wie sich das Span-

²⁴ Todd SHEPARD, *La République face aux harkis. Questions aux historiens*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 53–64.

²⁵ Sung CHOI, *Les anciens combattants dans la France postcoloniale. La politique d'intégration des harkis après 1962*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 120–139.

²⁶ Élise LANGELIER, *La situation juridique des harkis (1962–2007)*, Paris 2010.

²⁷ Yann SCIOLDO-ZÜRCHER, *Les harkis sont-ils des rapatriés comme les autres*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 90–104; Laure PITTI, *De l'histoire coloniale à l'immigration postcoloniale. Le cas des harkis*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 78–88.

²⁸ CHARBIT, *Les harkis*; DERS., *Un petit monde colonial en métropole. Le camp de harkis de Saint-Maurice-l'Ardoise (1962–1976)*, in: *Politix* 19 (2006), S. 31–52; Michel ROUX, *Les harkis, les oubliés de l'Histoire, 1954–1991*, Paris 1991.

1. Einleitung

nungsfeld zwischen universalistischer Norm und kolonialen Kontinuitäten auf die Identität der zweiten Generation auswirkte²⁹.

Mit dem Aufkommen der Debatten um die koloniale Vergangenheit Frankreichs rückten die Hilfssoldaten in den Fokus von Erinnerungsforschern. Bis dato hatten diese insbesondere das Schweigen der Hilfssoldaten selbst sowie das Verschweigen ihrer Geschichte innerhalb Frankreichs thematisiert³⁰. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts begannen sie sich für die ehemaligen Hilfssoldaten, deren Kinder und inzwischen auch für die dritte Generation als handelnde Subjekte in den Auseinandersetzungen um die Deutung des Algerienkriegs zu interessieren. Insbesondere weibliche Vertreterinnen der zweiten Generation veröffentlichten Anfang des 21. Jahrhunderts Autobiografien und Romane und zogen damit die Aufmerksamkeit von Sozialwissenschaftlern, aber auch Literaturwissenschaftlern auf sich³¹. In erster Linie ging es dabei um die Identitätssuche der zweiten Generation³². Die Wissenschaftler fragten auch

²⁹ TELALI, *Les enfants des harkis*; CHARBIT, *Les harkis de la »deuxième génération«*; FABBIANO, *Devenir-harki*; KARA, *Les tentations du repli*; DELARUE, *La malédiction*; ROUX, *À propos*, S. 17–29.

³⁰ Vgl. zum Schweigen der Hilfssoldaten Laurent MULLER, *Le silence des harkis*, Paris 1999; DERS., *L'exil intérieur des harkis*, in: *Revue des sciences sociales de la France de l'Est* 24 (1997), S. 107–111; Mohand HAMOUMOU, Jean-Jacques JORDI, *Les harkis. Une mémoire enfouie*, Paris 1999; Mohand HAMOUMOU, *L'histoire des harkis et Français musulmans. La fin d'un tabou?*, in: Mohammed HARBI, Benjamin STORA (Hg.), *La guerre d'Algérie, 1954–2004, fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 317–344; vgl. außerdem Mohand HAMOUMOU, *Les harkis. Une double occultation*, in: Gilles FERRÉOL (Hg.), *Intégration et exclusion dans la société française contemporaine*, Lille 1992, S. 79–105; Mohand HAMOUMOU, *Les harkis, un trou de mémoire franco-algérien*, in: *Esprit* 161 (1990), S. 25–45.

³¹ Vgl. u. a. Zineb ALI-BENALI, *Porteurs de mémoire. Quand la littérature est attente d'histoire*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 115–123.

³² Vgl. Claire ELDRIDGE, *»We've never had a voice«*. *Memory Construction and the Children of the Harkis (1962–1991)*, in: *French History* 23 (2009), S. 88–107; Giulia FABBIANO, *Enrôlements en mémoire, mémoires d'enrôlement*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 98–114; Emmanuel BRILLET, *Scène judiciaire et mobilisation politique. Les actions en justice des représentants de la communauté harkie*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 45–58; DERS., *A Remarkable Heritage. The »Daily Round« of the Children of the Harkis. Between Merger and Vilification*, in: *Immigrants & Minorities* 22 (2003), S. 333–345; DERS., *Les problématiques contemporaines du pardon au miroir du massacre des harkis*, in: *Cultures & Conflits* 41 (2001), S. 47–73; Géraldine ENJELVIN, *The Harki Identity. A Product of Marginalisation and Resistance to Symbolic Violence?*, in: *National Identities* 8 (2006), S. 113–127; DIES., *Entrée des harkis dans l'histoire de France?*, in: *French Cultural Studies* 15 (2004), S. 61–75; DIES., *Carte d'identité française, mais identité harkie à la carte?*, in: *Modern and Contemporary France* 11

unter genderspezifischen Gesichtspunkten nach dem Zusammenhang zwischen Erinnerung und Identität³³.

Diese Arbeit greift die in der Forschung zentrale Frage nach universalistischer Norm und kolonialen Praktiken und Denkmustern auf und untersucht die Hilfssoldaten im Kontext der Auseinandersetzungen um das französische Nationsverständnis im Übergang vom Imperium zu einem gewöhnlichen europäischen Nationalstaat. Ausgehend von der Prämisse, die schwierige Suche der Hilfssoldaten nach einem Platz in der Französischen Republik manifestiere sich in Diskursen, in den Auseinandersetzungen um die »harkis«, erfolgt die Analyse zunächst aus einem kulturhistorischen Blickwinkel. Aus der weiteren Prämisse, dass vielfältige Akteure die Diskurse um die Hilfssoldaten prägten, ergibt sich ein akteurszentrierter Zugang zu dem Thema. Es lassen sich innerhalb der Republik politische, militärische und gesellschaftliche Akteure identifizieren, die die Auseinandersetzungen um die »harkis« bestimmten, wobei all diese Akteure in ihrem Handeln und Sprechen von ihren eigenen Interessen und Zielsetzungen geleitet wurden. Die Frage, welche Motive und Topoi diese Akteure in den Diskursen um die Hilfssoldaten jeweils prägten, ist stets verbunden mit der Frage, welche individuellen Ziele und Interessen sie in ihrem Handeln und Sprechen verfolgten.

In diesem akteurszentrierten Zugang liegt ein wichtiges Desiderat der Forschung. Sowohl in der militär- und politikhistorischen Forschung als auch im Kontext der Migrationsgeschichte und der Erinnerungsgeschichte liegt meist der Schwerpunkt auf der staatlich-offiziellen Sichtweise. Nur vereinzelt und in Bezug auf kurze Zeiträume untersuchten Forscher die Beziehung zwischen den Hilfssoldaten und anderen Akteuren. Wissenschaftler, die sich mit der Demobilisierung und der Repatriierung der Hilfssoldaten am Ende des Algerienkriegs beschäftigten, rückten einzelne Kolonialmilitärs in den Fokus und stellten die Frage, wie und warum sich diese für die Repatriierung von Hilfssoldaten stark

(2003), S. 161–174; DIES., *Les harkis. À jamais perdants dans la bataille de la mémoire?*, in: *International Journal of Francophone Studies* 3 (2000), S. 25–32.

³³ Vgl. Zineb ALI-BENALI, *Une généalogie de la parole »harkis«*. *Mémoires des filles, paroles des mères*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 186–196; Susan IRELAND, *Facing the Ghosts of the Past in Dalila Kerchouche's »Mon père, ce harki« and Zahia Rahmani's »Moze«*, in: *Contemporary French and Francophone Studies* 13 (2009), S. 303–310; Michèle CHOSSAT, *In a Nation of Indifference and Silence. Invisible Harkis or Writing the Other*, in: *Contemporary French and Francophone Studies* 11 (2007), S. 75–83; Nina SUTHERLAND, *Harki Autobiographies or Collecto-Biographies? Mothers Speak through their Daughters*, in: *Romance Studies* 24 (2006), S. 193–201.

1. Einleitung

machten³⁴. In den Untersuchungen zu postkolonialen Mechanismen in den Lagern und den Walddörfern standen ebenso Mitglieder beziehungsweise ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs und mit ihnen repatriierte Siedler im Fokus der Forschung, da diese meist für die Aufsicht und die Betreuung der Hilfssoldaten und deren Familien in Lagern und Walddörfern verantwortlich waren³⁵. Bei der Analyse der Identität der Söhne und Töchter der Hilfssoldaten widmeten sich Sozialwissenschaftler auch der Frage nach der Beziehung zwischen dieser zweiten Generation und der maghrebinischen Gemeinschaft. Die Sozialwissenschaftlerin Rosella Spina relativierte die bis dato vorherrschende These der doppelten Ausgrenzung und machte seit den 1980er Jahren eine Annäherung zwischen den Söhnen und Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten und den maghrebinischen Einwanderern der zweiten Generation aus³⁶. Claire Eldridge analysierte von einer erinnerungshistorischen Perspektive aus die Beziehungsgeflechte zwischen ehemaligen Hilfssoldaten und repatriierten Siedlern³⁷. Allerdings fehlt bis jetzt eine umfassende Analyse des komplexen Beziehungs- und Interessengeflechts rund um die »harkis«, insbesondere da relevante Akteure wie die kolonialkritische Linke ebenso wie rechtsextreme Akteure in Frankreich in der Forschung bis jetzt gänzlich ignoriert wurden.

Die Arbeit liefert insofern auch einen wichtigen Beitrag zur Forschung, da sie die Diskurse um die Hilfssoldaten von Beginn der Fünften Republik über einen Zeitraum von knapp fünfzig Jahren untersucht. Sowohl der Kontext des Algerienkriegs und die Demobilisierung der Hilfssoldaten am Ende des Krieges sowie die postkoloniale Migration als auch die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um die koloniale Vergangenheit sind Gegenstand der Untersuchung. Es liegt somit eine Verknüpfung von Militär-, Politik-, Migrations- und Erinnerungsgeschichte vor. Der Beginn des Untersuchungszeitraums im

³⁴ Vgl. u. a. Neil MACMASTER, *L'idéologie des officiers de supplétifs. Le cas de Jean Servier et de Raymond Montaner*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 35–46.

³⁵ Vgl. u. a. CHARBIT, *Les harkis*.

³⁶ Vgl. zu der These der doppelten Ausgrenzung ABRIAL, *Les enfants de harkis*; Régis PIERRET, *Les filles et fils de harkis. Entre double rejet et triple appartenance*, Paris 2008; siehe auch DERS., *Les révoltes des enfants de harkis*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 140–158; DERS., *Les enfants de harkis, une jeunesse dans les camps*, in: *Pensée plurielle* 1 (2007), S. 179–192; DERS., *Les expressions du racisme colonial en situation post-coloniale. L'exemple des enfants de harkis*, in: Manuel BOUCHER (Hg.), *Discrimination et ethnicisation. Combattre le racisme en Europe*, Paris 2005, S. 38–54; vgl. zur Relativierung dieser These Riosella SPINA, *Enfant de harkis et enfants d'émigrés. Parcours croisés et identités à recoudre*, Paris 2012.

³⁷ Claire ELDRIDGE, *From Empire to Exile. History and Memory within the »Pied-Noir« and »Harki« Communities*, Manchester 2016.

Jahr 1958 liegt in der Phase der Dekolonisation. Das Ende der Präsidentschaft Jacques Chiracs markiert das Ende des Untersuchungszeitraums. Durch die Analyse der von einem mannigfaltigen Beziehungs- und Interessengefüge beeinflussten Diskurse um die Hilfssoldaten können Kontinuitäten ebenso wie Brüche im Übergang vom Imperium zum europäischen Nationalstaat herausgearbeitet werden.

1.3 Universalistisches Ideal und koloniales Denken

Im Zentrum der Auseinandersetzungen um das nationale Selbstverständnis zwischen französischem Imperium und einem gewöhnlichen europäischen Nationalstaat steht die für das nationale Selbstverständnis Frankreichs zentrale Idee des Universalismus. Historisch ist die Idee der französischen Identität geprägt von dem politisch-philosophischen Universalismusbegriff, der in den Ideen der Aufklärung von Freiheit und Gleichheit wurzelt³⁸. Für die Definition von Nation bedeutet der Universalismus, dass alle Menschen gleichberechtigte Mitglieder der Nation sind. Differenzkategorien wie Geschlecht, Religion oder Ethnizität sind bedeutungslos. Allein der Wille der Individuen, der Nation anzugehören, bestimmt deren Zugehörigkeit. Entscheidend für das theoretische Gerüst dieses Nationsverständnisses war die von Ernest Renan 1882 an der Sorbonne gehaltene Rede, in der dieser folgende Definition der französischen Nation vorlegte:

Une nation est une âme, un principe spirituel. Deux choses qui, à vrai dire, n'en font qu'une, constituent cette âme, ce principe spirituel. L'une est dans le passé, l'autre dans le présent. L'une est la possession en commun d'un riche legs de souvenirs; l'autre est le consentement actuel, le désir de vivre ensemble, la volonté de continuer à faire valoir l'héritage qu'on a reçu indivis. [...] L'existence d'une nation est [...] un plébiscite de tous les jours³⁹.

In der Dritten Französischen Republik entwickelte sich der Universalismus zum unumstößlichen Kern des französischen Nationsverständnisses und bestimmte seitdem die Diskurse und Praktiken um Integration⁴⁰. Aus dem Universalismusverständnis leitet sich für die Genese der Nation das Prinzip der Assimilation

³⁸ Naomi SCHOR, *The Crisis of French Universalism*, in: *Yale French Studies* 100 (2001), S. 43–64, hier S. 43–48.

³⁹ Ernest RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*, in: DERS., *Qu'est-ce qu'une nation? et autres écrits politiques*, hg. von Raoul GIRARDET, Paris 1996, S. 223–249, hier S. 240f.

⁴⁰ SCHOR, *The Crisis of French Universalism*, S. 47.

1. Einleitung

ab⁴¹. All jenen, die dem »plébiscite de tous les jours« zustimmen, steht die Republik gleichermaßen offen. Das Plebiszit beinhaltet jedoch auch, dass die Individuen etwaige Partikularismen ablegen müssen, um in der Republik aufzugehen⁴². Der auf Migrationsforschung spezialisierte Sozialwissenschaftler Rogers Brubaker bezeichnet Frankreich als »a classical, perhaps the classical country of assimilation«⁴³. Er beleuchtet das Konzept der Assimilation kritisch und merkt an, dass es zu oft als vollständige Absorption der schwächeren Gruppe verstanden werde. Individuen und Gruppen müssten sich demnach vollständig den vorherrschenden Werten und der vorherrschenden Kultur anpassen und sich in vollem Maße mit der Geschichte der Nation identifizieren, so dass keine Pluralismen mehr auszumachen seien. Brubaker stellt die Zweitwertigkeit des Assimilationskonzepts in den Vordergrund, das aus Angleichung, aber auch aus Gleichbehandlung bestehe. Unter dem universalistischen Verständnis der Assimilation sei ein Prozess, eine zunehmende Gleichheit oder Ähnlichkeit, der Prozess des Gleichwerdens und des Angleichens zu verstehen, dies werde jedoch gekoppelt mit dem Gleichbehandeln⁴⁴.

Das universalistische Nationsverständnis ist bereits seit der Dritten Republik geprägt von einem Widerspruch, der auf den ersten Blick offensichtlich zu sein scheint: dem Kolonialismus. Ein Imperium ist geprägt von Heterogenität. So war auch das französische Kolonialreich mit einem hohen Grad an Pluralität konfrontiert. Zugleich beruhte die Herrschaftsausübung in den Kolonien auf Differenzkategorien und auf der Herabsetzung der indigenen Bevölkerung. In den Kolonien galt das Prinzip der Freiheit und Gleichheit für die indigene Bevölkerung nicht. Sie unterlag als Gruppe einer anderen Rechtsprechung und die französische Regierung verwehrte ihr die Bürgerrechte, womit sie von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen war⁴⁵. In Algerien existierte ein Zweiklassensystem, das sich entgegen der universalistischen Idee an verabsolutierten ethnisch-religiösen Merkmalen orientierte. Die *Français musulmans* waren als »Français de statut civil de droit local« dem *code de l'indigénat* unter-

41 Gérard NOIRIEL, *Le creuset français*, Paris 1988, S. 341.

42 Patrick WEIL, John CROWLEY, *Integration in Theory and Practice. A Comparison of France and Britain*, in: Martin BALDWIN-EDWARDS, Martin A. SCHAIN (Hg.), *The Politics of Immigration*, Newbury Park 1994, S. 110–126.

43 Rogers BRUBAKER, *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, London 1992, S. 184.

44 DERS., *Ethnizität ohne Gruppen*, Hamburg 2007, S. 169–171.

45 Vgl. hierzu u. a. Emmanuelle SAADA, *Les enfants de la colonie. Les métis de l'Empire français entre sujétion et citoyenneté*, Paris 2007; DIES., *Une nationalité par degré. Civilité et citoyenneté en situation coloniale*, in: Patrick WEIL, Stéphane DUFOIX (Hg.), *L'esclavage, la colonisation et après...*, Paris u. a. 2005, S. 193–227.

worfen, einer Gesetzessammlung, die ausschließlich für die muslimische Bevölkerung galt und ihr den Status von Untertanen zuschrieb⁴⁶. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei nur vordergründig an der Religion der Bevölkerung, sondern biologisierte dieses Merkmal. Auch *Français musulmans*, die die Religion wechselten, gehörten nicht automatisch zu den »Français de droit commun«⁴⁷. Diese Praxis war in ihrer Logik von inegalitärem Rassismus geprägt, der sich einer allgemeinen Definition folgend an diesen Merkmalen festmachen lässt: der Ablehnung des Universellen, der Kategorisierung von Individuen, der Verabsolutierung und Biologisierung von Unterschieden, anhand derer eine Hierarchisierung der ausgemachten Gruppen erfolgt⁴⁸. Der hier vom Gesetzgeber angewandte Rassismus kommt ohne den Begriff »Rasse« aus. Kulturelle Merkmale wurden als Differenzkategorien festgelegt, dann aber naturalisiert und dadurch als unveränderlich postuliert⁴⁹. Der Gesetzgeber machte im kolonialen Algerien die Religion als vordergründiges Merkmal zur Kategorisierung der indigenen Bevölkerung aus. Dieses Merkmal schrieb er der Bevölkerung als grundsätzlichen und bestimmenden Faktor ihres Menschseins zu und teilte ihr hiervon ausgehend eine Minderwertigkeit zu, die die Herrschaftsausübung über sie rechtfertigen sollte. Dieses Vorgehen stand klar im Widerspruch zum universalistischen Ideal des französischen Nationsverständnisses.

Bereits die Verantwortlichen der Dritten Republik bemühten sich, die Idee der universalistischen Nation auf das Kolonialreich zu übertragen. Die Genese der Nation im imperialen Kontext folgte einer Idee der Assimilation, die mit der *mission civilisatrice* verknüpft war. Unterschiede wurden nicht mehr naturalisiert, sondern als durch Assimilation überwindbar angesehen, wobei jedoch das von Brubaker ausgemachte Zusammenspiel von Angleichen und Gleichbehandlung nicht bestand. Erst einer vorhergegangenen Angleichung sollte auch eine Gleichbehandlung der indigenen Bevölkerung folgen – so die Idee. Diesem Ziel lag eine auf Differenzkategorien beruhende Herabsetzung der indigenen

⁴⁶ Sylvie THÉNAULT, Le »code de l'indigénat«, in: BOUCHÈNE u. a. (Hg.), *Histoire de l'Algérie*, S. 200–206.

⁴⁷ Vgl. zu der französischen Rechtsprechung in Algerien Kamel KATEB, *Européens, »indigènes« et juifs en Algérie (1830–1962). Représentations et réalités des populations*, Paris 2001.

⁴⁸ Pierre-André TAGUIEFF, *Le néo-racisme différentialiste. Sur l'ambiguïté d'une évidence commune et ses effets pervers*, in: *Langage et société* 34 (1985), S. 69–98. Taguieff erweitert diese Definition und führt den Begriff »differentialistischen Rassismus« ein, der den Fokus nicht auf die Hierarchie, sondern auf die Differenzen legt. Diesem Begriff bedient sich vor allem die *nouvelle droite*, um den Ausschluss von Einwanderern aus der Republik zu fordern.

⁴⁹ Vgl. zum »Rassismus ohne Rassen« Étienne BALIBAR, Immanuel WALLERSTEIN, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg, Berlin ²1992.

1. Einleitung

Bevölkerung zugrunde. Die in der Aufklärung begründete Idee einer teleologischen Entwicklungsgeschichte führte zu der Prämisse, die indigene Bevölkerung sei »barbarisch«, »primitiv« und »unzivilisiert« und benötige Unterstützung auf dem Weg zu einem höheren Entwicklungsstadium⁵⁰. Die republikanistischen Ideen der Aufklärung wurden hier mit inegalitärem Denken verknüpft und dienten letztendlich der Herrschaftslegitimation in den Kolonien. In Form der *mission civilisatrice* verband sich das universalistische Ideal mit der Herabsetzung einer aufgrund von Differenzkategorien ausgemachten Gruppe. Dieser Idee lag ein ebenfalls in der Aufklärung wurzelndes inegalitäres Denken zugrunde, die Idee der zivilisatorischen Rückständigkeit der indigenen Bevölkerung und der Höherwertigkeit der eigenen Kultur. Der italienische Politikwissenschaftler Dino Constantini vertritt die Ansicht, durch dieses Denken sei die Idee der Assimilation dauerhaft verändert worden, so dass ein inegalitäres Denken Einzug in das universalistische Nationsverständnis der Französischen Republik gefunden habe⁵¹. Neuere Imperiumsforscher kommen jedoch zu dem Schluss, dass der Widerspruch zwischen Kolonialismus und universalistischem Nationsverständnis durchaus aufgelöst werden konnte. Shepard wertet entsprechend die von de Gaulle 1958 eingeleiteten Reformen⁵².

Auch Wissenschaftler, die sich mit der Migration in der Fünften Republik auseinandersetzen, stellen sich die Frage, wie sich inegalitäres Denken mit dem universalistischen Ideal verbinden kann. Mit dem Ende des Kolonialreichs sank der Pluralitätsgrad in der Französischen Republik nicht erheblich, Migrationsbewegungen erhielten ihn aufrecht. Die Migrationsbewegungen aus dem nordafrikanischen Raum sind nicht ausschließlich mit der Dekolonisation zu erklären. Lediglich die Anwesenheit der aus den ehemaligen Kolonien Repatriierten war direkt mit der Dekolonisation zu begründen⁵³. Arbeitsmigration war bereits ein Phänomen innerhalb des Kolonialreichs gewesen, das ein recht durchlässiges System dargestellt hatte. Insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs warb die französische Regierung unter anderem aus dem nordafrikanischen Raum Arbeitskräfte an, die jedoch mittelfristig in ihre Heimatländer zurückkehren sollten. Die Frage nach der Integration dieser Gruppe in die Nation stellte sich zunächst nicht. Erst nachdem der Familienzug eingesetzt hatte, weil die Durchlässigkeit zunehmend zurückgenommen wurde, und in

⁵⁰ Vgl. hierzu Carole REYNAUD-PALIGOT, *La République raciale. Paradigme racial et idéologie républicaine (1860–1930)*, Paris 2007.

⁵¹ Dino CONSTANTINI, *Mission civilisatrice. Le rôle de l'histoire coloniale dans la construction de l'identité politique française*, Paris 2008.

⁵² SHEPARD, *La République face aux harkis*, S. 53–64.

⁵³ Vgl. zu den Repatriierten u. a. die Beiträge in BORUTTA, JANSEN (Hg.), *Vertriebene and Pieds-Noirs*.

den 1980er Jahren sichtbar wurde, dass eine Generation herangewachsen war, die teils in Frankreich geboren, zumindest aber in Frankreich aufgewachsen war und größtenteils auch die französische Staatsbürgerschaft hatte, kam die Frage ihrer Integration auf⁵⁴.

Im Umgang mit der muslimisch geprägten Migration aus den ehemaligen Kolonien entstand die These der Krise des Universalismus, die sowohl den öffentlichen Diskurs als auch die Forschung dominierte⁵⁵. Entgegen dem Ideal des universalistischen Assimilationskonzepts blieben die aus Nordafrika stammenden Migranten als Gruppe innerhalb der Französischen Republik erkennbar, was sich insbesondere in Form von sozialen Spannungen niederschlug⁵⁶. Die sich auf einen europäischen Nationalstaat zurückziehende Republik sah sich so mit einem hohen Grad an Pluralismus konfrontiert. Die Reaktionen hierauf oszillierten zwischen einer rassistischen Ausgrenzungs- und einer universalistischen Integrationsrhetorik. Einige Stimmen unterstellten der aus der Migration hervorgehenden muslimischen Gruppe einen hohen Grad an Differenz und verlangten ihren Ausschluss aus der Republik. So forderte der französische Journalist und Politiker Alain Griotteray 1984 eine Abkehr vom *ius soli*, einem zentralen Bestandteil des universalistischen Ideals. Muslimisch geprägte Einwanderung sei aufgrund zu großer kultureller Unterschiede nicht assimilierbar, so begründete er seine Forderung⁵⁷. Ausgehend von der Idee, eine Angleichung sei nicht möglich, stellten diese Akteure für eine bestimmte Gruppe die Gleichbehandlung in Frage. Diese Argumentation lässt sich unter den von dem Sozialwissenschaftler Pierre-André Taguieff definierten differentialistischen Rassismus fassen. Ohne vordergründig eine Hierarchisierung von Gruppen vorzunehmen, wird einer anhand verabsolutierter Merkmale ausgemachten Gruppe eine unüberwindbare Differenz zugeschrieben und somit deren Exklusion begründet. Dabei dienen insbesondere kulturelle Merkmale, die naturalisiert werden, als Differenzkategorien⁵⁸.

Der universalistische Integrationsdiskurs zielt dagegen klar auf Inklusion ab, doch ist in ihm zugleich inegalitäres Denken auszumachen. Die Sozialwissenschaftlerin Dominique Schnapper kritisiert, dass Assimilation zu sehr als Absorption der anderen Kultur angesehen werde, wodurch diese herabgesetzt werde. Die andere Kultur solle zugunsten der dominierenden Kultur vollständig

54 Patrick WEIL, *La France et ses étrangers*, Paris 1991, S. 141–197.

55 Vgl. u. a. SCHOR, *The Crisis of French Universalism*.

56 Patrick WEIL, *La République et sa diversité*, Paris 2005, S. 77–79.

57 Alain GRIOTTERAY, *Les immigrés. Le choc*, Paris 1984.

58 TAGUIEFF, *Le néo-racisme différentialiste*.

1. Einleitung

verschwinden⁵⁹. Benjamin Stora sieht in den Debatten um die Integration der muslimisch geprägten Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien die Fortsetzung eines kolonialen Denkens und Handelns⁶⁰. Die koloniale Prämisse der zivilisatorischen Rückständigkeit der indigenen Bevölkerung kann als Erklärung dafür herangezogen werden, dass das Angleichen im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption in den Debatten um die aus den ehemaligen Kolonien stammenden Migranten in den Vordergrund rückt.

Im Rahmen der in den 1990er Jahren einsetzenden, kontroversen Debatten um die erinnerungspolitische Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit schlugen sich erneut die Auseinandersetzungen um das nationale Selbstverständnis Frankreichs nach dem Ende des Kolonialreichs nieder. In diesen zeigte sich der Widerstreit zwischen einem Streben nach Homogenität und einer real vorhandenen Pluralität, die mit der kolonialen Vergangenheit in Zusammenhang stand. Der französische Soziologe Maurice Halbwachs zeigte die soziale Bedingtheit kollektiver Erinnerungen auf. Ihm zufolge könnten Individuen nur Erinnerungen abrufen, die durch sozialen Austausch Bestätigung fänden, wodurch nur die geteilten sinnstiftenden Erinnerungen erhalten blieben. Dadurch hätten diese Erinnerungen für Gruppen eine verbindende soziale Funktion⁶¹. Die französische Erinnerungspolitik zielt gemeinhin darauf ab, die Vergangenheit in einem einheitsstiftenden Mythos kollektiver nationaler Erinnerungen umzudeuten. Die Nation gilt als Bezugsgröße des kulturellen Gedächtnisses. Pluralistische Erinnerungen werden als *communautarisme* und somit als Gefahr für die am universalistischen Ideal orientierte Republik gewertet⁶².

Der französische Historiker Claude Liauzu bezeichnete die kontroversen Auseinandersetzungen um die koloniale Vergangenheit Algeriens und den Algerienkrieg als eine *guerre des mémoires*, die die einstigen Akteure des Krieges, ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs, repatriierte Siedler, algerische Migranten und auch ehemalige Hilfssoldaten, auf der Ebene der Erinnerungen führten⁶³. Es stellt sich bis heute die Frage, wie dieser *guerre des mémoires* zu

⁵⁹ Dominique SCHNAPPER, *La relation à l'autre. Au cœur de la pensée sociologique*, Paris 1998, S. 37.

⁶⁰ Benjamin STORA, *Le transfert d'une mémoire. De »l'Algérie française« au racisme anti-arabe*, Paris 1999.

⁶¹ Vgl. Maurice HALBWACHS, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985.

⁶² Benjamin STORA, *Entretiens avec Thierry Leclère. La guerre des mémoires. La France face à son passé colonial*, Paris 2007.

⁶³ Claude LIAUZU, *Violence et colonisation. Pour en finir avec les guerres des mémoires*, Paris 2003.

begegnen ist, und insbesondere, wie mit den Erinnerungen der ursprünglich aus den Kolonien stammenden Bevölkerungsgruppe umgegangen werden soll. Wie werden deren Erinnerungen in das universalistische Gedenken der Nation integriert? Der französische Historiker Pierre Nora stellte für die französische Nation ein Inventar der *lieux de mémoires* auf, die er als einheitsstiftend für die Nation kategorisierte. In diesen *lieux de mémoires* sollen sich gemäß dem universalistischen Prinzip alle Bürger der Republik gleichermaßen wiederfinden können. Nora nahm nicht nur den Algerienkrieg nicht in sein Inventar auf, sondern ließ Kolonisation und Dekolonisation weitgehend unbeachtet. Die Kolonialgeschichte beschränkt sich in Noras Werk auf die Pariser Kolonialausstellung von 1931⁶⁴.

Doch nicht nur hier tauchte der Algerienkrieg nicht auf. Stora sieht in der versuchten systematischen Verdrängung der Erinnerungen an den Algerienkrieg den Grund für die *guerre des mémoires*. In Bezug auf den Algerienkrieg konstatiert er, dieser sei innerhalb der französischen Nation zu lange verdrängt worden, weshalb er nun wie ein Wundbrand an der Nation nage⁶⁵. Staatliche Versuche, diesem Pluralismus mit universalistischer Logik zu begegnen, offenbarten koloniale Kontinuitäten im französischen Nationenverständnis. Mit einem 2005 unter Jacques Chirac erlassenen Gesetz versuchte der Gesetzgeber, »le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord« als von oben oktroyierte sinnstiftende Erinnerung durchzusetzen⁶⁶. Mit diesem Gesetz wurde die einst indigene Bevölkerung Nordafrikas als »zivilisatorisch rückständige« Bevölkerung, der Frankreich zu einem höheren Entwicklungsstand verholfen habe, in das nationale Gedenken eingeschrieben. Im Kolonialismus begründetes inegalitäres Denken offenbarte sich so erneut in Verbindung mit dem universalistischen Ideal.

Anhand der »harkis« lassen sich langfristige Rückwirkungen von im Kolonialismus begründetem inegalitärem Denken auf das französische Nationenverständnis besonders gut aufzeigen. Es handelt sich um eine Gruppe, der in den Auseinandersetzungen um das Nationsverständnis zwischen Imperium und auf die einstige Metropole beschränktem Nationalstaat eine besondere Rolle zukam. Die »harkis« galten mit der 1958 von de Gaulle verkündeten Integrationspolitik zunächst als Sinnbild der Bemühungen um eine Integration der *Français musulmans* nach universalistischem Ideal. Sie blieben über die Unabhän-

⁶⁴ Charles-Robert AGERON, L'Exposition coloniale de 1931. Mythe républicain ou mythe impérial?, in: Pierre NORA (Hg.), Les lieux de mémoire, Bd. 1: La République, Paris 1984, S. 561–591.

⁶⁵ Benjamin STORA, La gangrène et l'oubli, Paris 1992.

⁶⁶ Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

1. Einleitung

gigkeit hinaus ein Teil der französischen Nation und trugen zugleich mit ihrer Präsenz in Frankreich dazu bei, dass der Grad an Pluralität hoch blieb. In den kontroversen Debatten um die koloniale Vergangenheit existiert bis heute das Bild der »harkis« als Beleg für das in den Kolonien vorherrschende universalistische Ideal, ein Bild, in dem sich die Nachkommen der Hilfssoldaten nicht wiederfinden können. So lassen sich ausgehend von einem akteurszentrierten Ansatz anhand der Diskurse um die »harkis« innerhalb der französischen Gesellschaft und Politik vorherrschende Lesarten des universalistischen Nationsverständnisses sowie Abweichungen von diesem herausarbeiten und aufzeigen, wie sich koloniales Denken in diesen Lesarten und in den Abweichungen niederschlug.

Bei der Analyse des mannigfaltigen Beziehungs- und Interessengeflechts rund um die »harkis« sind besonders folgende Fragen wichtig: Welche Akteure orientierten sich an der universalistischen Idee und waren daran interessiert, die »harkis« nach dem assimilatorischen Ansatz in die Nation zu integrieren? Wie füllten diese Akteure den assimilatorischen Ansatz aus? Befürworteten sie ein Zusammenspiel von Gleichbehandlung und Angleichung? Oder spiegelten sich in ihrer Vorstellung von Assimilation im Kolonialismus begründete inegalitäre Lesarten einer zivilisatorischen Rückständigkeit der Hilfssoldaten und deren Familien wider, wodurch die Vorstellung der Assimilation als vollständige kulturelle Absorption in den Vordergrund drängte und das Prinzip der Gleichbehandlung an Bedeutung verlor? Rückten Akteure gar vom universalistischen Ideal der Integration ab und bedienten sich in ihrer Argumentation einer inegalitären oder differentialistischen Lesart des Rassismus, um die Hilfssoldaten und deren Familien aus der Nation auszuschließen?

Die Analyse der Diskurse um die Hilfssoldaten dient letztlich dazu, der Frage nachzugehen, wie sich die »harkis« selbst in der französischen Nation positionierten. Ein wichtiges Element der Arbeit ist deshalb die Analyse ihrer Binnendiskurse. Wie standen sie selbst zu den vorherrschenden universalistischen Ideen und dem angewandten Konzept der Assimilation? In diesem Kontext gewinnt das Konzept der hybriden Identitäten an Bedeutung. Dieses Konzept entstammt der postkolonialen Theorie und wurde von dem indischen Theoretiker Homi K. Bhabha geprägt. Bhabha geht davon aus, dass Individuen durch den auf Kolonialismus beruhenden Kulturkontakt aus Elementen unterschiedlicher kultureller, sozialer oder religiöser Lebenswelten neue Handlungs- und Denkmuster herausbildeten⁶⁷. Diesem Konzept folgend fand durch Assimilationsbestreben im kolonialen Kontext stets eine Angleichung statt. Dabei kam es jedoch nie zu einer vollständigen Absorption, sondern es entstanden neue kulturelle, religiöse und soziale Handlungs- und Denkmuster. Diesen gilt es in

⁶⁷ Homi K. BHABHA, *The Location of Culture*, London 1994, S. 37f.

den Positionen und Handlungsweisen der Hilfssoldaten und deren Nachkommen nachzugehen.

Die divergierenden Ideen zum Nationsverständnis im Diskurs um die »harkis« entstehen nicht zuletzt durch die jeweiligen Ziele und Interessen der Akteure und den komplexen Beziehungen zwischen diesen. Es lässt sich somit aufzeigen, wie Akteure die universalistische Rhetorik zur Verschleierung anderer Ziele instrumentalisierten und wie das Beziehungsgefüge zwischen den verschiedenen Akteuren vielfältige Lesarten des Universalismus bedingte. Eine solche Herangehensweise zeigt nicht nur die in Frankreich vorherrschenden unterschiedlichen Vorstellungen von Nation auf. Es lassen sich so auch Erklärungsmuster für die auf einer diachronen Ebene auszumachenden Brüche und Kontinuitäten vom imperialen Zeitalter bis weit in die Zeit des nun europäisch ausgerichteten Nationalstaates finden.

1.4 Methodik, Akteure und Quellen

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist der öffentliche Diskurs um die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Es liegt jedoch keine Diskursgeschichte im Foucault'schen Sinne vor. Der für die empirische Arbeit genutzte Diskursbegriff ergibt sich aus der von Achim Landwehr geprägten Definition des Diskurses als »all jene textlichen, audiovisuellen, materiellen und praktischen Hervorbringungen [...], die das Thema des Diskurses in irgendeiner Weise behandeln oder auch nur nebenher streifen«⁶⁸. Aus dieser Definition ergibt sich für die empirische Arbeit zunächst, dass Hervorbringungen, in denen die Hilfssoldaten in der Öffentlichkeit behandelt oder gestreift werden, im Hinblick auf charakteristische, das heißt sich wiederholende Aussagen zu ihnen zu untersuchen sind. Welche Topoi und Motive prägen diese Hervorbringungen? Wo sind Auslassungen erkennbar? Wo sind in dem langen Untersuchungszeitraum Brüche und Kontinuitäten auszumachen?

Entscheidend für die Arbeit ist jedoch die Prämisse, der Diskurs sei geprägt von verschiedenen Gruppenakteuren, die bestimmte Motive und Topoi hervorbringen, um diese für ihre Interessen zu instrumentalisieren. So entsteht ein Diskurs aus dem Zusammenspiel verschiedener Gruppenakteure, die in der Öffentlichkeit agieren. Die Öffentlichkeit ist in diesem Sinne als die Interaktion

⁶⁸ Achim LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a. M., New York 2008, S. 102.

1. Einleitung

all jener Gruppenakteure zu verstehen, die die verschiedenen Motive und Topoi produzierten und auch konsumierten⁶⁹.

Durch diese Definition des Diskurses als Zusammenspiel verschiedener Gruppenakteure ergibt sich für die empirische Arbeit zugleich ein akteurszentrierter Ansatz. Was Emmanuel Sivan und Jay Winter für die kollektiven Erinnerungen konstatierten, gilt hier für die Entstehung des öffentlichen Diskurses. Der Diskurs entsteht durch Handlungen der Akteure, durch *agency*. Die Interessen der verschiedenen Akteure sind in einem institutionellen und sozialen Kontext eingebunden⁷⁰. Die Ausgestaltung dessen ist ebenso Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit wie die Frage, mit welchen Praktiken die Akteure versuchen, ihre Interessen in dem gesteckten Rahmen durchzusetzen. Die identifizierten Motive und Topoi werden zu einem Instrument des sozialen Handelns der relevanten Akteure. Der Austausch im sozialen Gefüge führt dazu, dass die bestehenden Motive und Topoi umgedeutet, manipuliert und zur Durchsetzung bestimmter Interessen instrumentalisiert werden. Die sozialen Prozesse werden dabei als *bottom-up*-Prozesse verstanden. Der öffentliche Diskurs entsteht nicht durch eine Oktroyierung bestimmter Motive und Topoi von oben, sondern durch die Interaktionen von Akteuren, die durch Verbandsarbeit, durch literarische Erzeugnisse und durch öffentliche Medien ihre Motive und Topoi durchzusetzen suchen. Propaganda und Lobbyarbeit führen zu einer Verzerrung des Diskurses. Für die empirische Arbeit bedeutet diese Verbindung von Diskurs und *agency*, dass die in den Hervorbringungen ausgemachten Motive und Topoi in Verbindung mit dem Interessens- und Beziehungsgefüge zu analysieren sind, in dem sie entstanden. Inwiefern lässt sich deren Entstehung durch die Interessen der Gruppenakteure und deren soziale Interaktionen erklären? Es findet so eine Analyse der Prozesse statt, durch die bestimmte Motive und Topoi im Diskurs um die »harkis« Einzug erhielten. Die Untersuchung der *agencies* der einzelnen Akteure trägt somit zur Erklärung der Brüche und Kontinuitäten im öffentlichen Diskurs um die »harkis« bei.

Akteure

Für alle relevanten Akteure gilt, dass der Algerienkrieg für sie aus unterschiedlichen Gründen ein solch einschneidendes Ereignis war, dass sie sich über das Ende des Kolonialreichs hinweg an den Diskursen um die »harkis« beteiligten.

⁶⁹ Zum Begriff »Öffentlichkeit« vgl. Emmanuel SIVAN, Jay WINTER, *Setting the Framework*, in: DIES. (Hg.), *War and Remembrance in the Twentieth Century*, Cambridge 1999, S. 6–40, hier S. 6.

⁷⁰ *Ibid.*, S. 6–40.

Ausdifferenzieren lassen sich die Gruppenakteure durch gemeinsames *agency*, das zum Hervorbringen gemeinsamer Motive und Topoi im Diskurs um die »harkis« führt. Es lassen sich zunächst sieben verschiedene Akteursgruppen ausmachen, wobei diese Gruppen teilweise weiter ausdifferenziert werden können. Zuerst gilt es den offiziellen Diskurs der staatlichen und militärischen Führung zu untersuchen. Das Militär spielt neben der Politik eine wichtige Rolle, weil die Hilfssoldaten ihm zugeordnet waren. Außerdem verabschiedete das französische Parlament im März 1956 unter der Führung des sozialistischen Premierministers Guy Mollet die *pouvoirs spéciaux*, mit denen das Militär in Algerien umfassende Befugnisse übertragen bekam. Die Historikerin Sylvie Thénault bezeichnete diese Sondervollmachten als »carte blanche [...] sur le terrain répressif«⁷¹. Dank dieser Entscheidung hatte das Militär umfassende Befugnisse und konnte in weiten Teilen eigenständig agieren. Zur Untersuchung des politischen Diskurses kommt für die Zeit nach der Unabhängigkeit Algeriens dem jeweiligen Staatssekretariat oder Ministerium für Repatriierte besondere Beachtung zu, in deren Verantwortungsbereich die Hilfssoldaten den Großteil des Untersuchungszeitraums hindurch fielen. Dem Prinzip der Subsidiarität folgend sind zudem einzelne Tiefenbohrungen vorzunehmen und der Diskurs der Präfekten sowie Debatten auf kommunaler Ebene einzubeziehen. Im dritten Teil der Arbeit liegt der Schwerpunkt klar auf dem Diskurs des Staatspräsidenten Jacques Chirac, da dieser die erinnerungspolitische Debatte um die ehemaligen Hilfssoldaten entscheidend prägte.

Nicht alle Militärs folgten uneingeschränkt der Politik de Gaulles, insbesondere nicht, als dieser im Algerienkrieg auf eine Verhandlungslösung mit dem FLN setzte. Vor allem Offiziere der 1955 vom Generalgouverneur Algeriens Jacques Soustelle gegründeten *sections administratives spécialisées* (SAS) widersetzten sich der Politik de Gaulles, indem sie trotz offiziellen Verbots Hilfssoldaten nach Frankreich brachten und sich dort um deren Aufnahme kümmerten⁷². Aus diesem Engagement gingen zwei Verbände hervor, die sich noch viele Jahre für die ehemaligen Hilfssoldaten einsetzen sollten: die Association des anciens des affaires algériennes (AAAA) und das Comité national des musulmans français (CNMF), das seine Arbeit erst im Jahr 2006 einstellte⁷³.

⁷¹ Sylvie THÉNAULT, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001, S. 48.

⁷² Vgl. zu den SAS Jacques FRÉMEAUX, *Les SAS (sections administratives spécialisées)*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 208 (2002), S. 55–68; Grégor MATHIAS, *Les sections administratives spécialisées en Algérie. Entre idéal et réalité (1955–1962)*, Paris 1998.

⁷³ Vgl. zu den Verbänden und deren Aktivitäten Maurice FAIVRE, *Le colonel Paul Schoen du SLNA au comité Parodi*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 208

1. Einleitung

Einige, teils hochrangige Militärs gingen in ihrem Widerstand gegen die Politik de Gaulles bis zum Äußersten. Sie versuchten innerhalb der 1961 gegründeten Organisation d'armée secrète (OAS) mit Terrorakten aus dem Untergrund die Unabhängigkeit zu verhindern⁷⁴. Diese Militärs sind der Gruppe der Aktivisten der *Algérie française* zuzuschreiben, die über die Waffenstillstandsabkommen von Évian hinaus hofften, die Unabhängigkeit Algeriens könne noch abgewendet werden. Zu dieser Gruppe gehörten neben Militärs in erster Linie europäische Siedler sowie eine sich neu formierende extreme Rechte der Metropole. Diese Akteursgruppe existierte weit über das Ende der *Algérie française* hinaus, was unter anderem mit der Repatriierung der Siedler nach Frankreich zu erklären ist. Es wurden rund eine Million Siedler nach Frankreich repatriert, wo es galt, diese in die Republik zu integrieren. Die Repatriierten stellten sowohl in ihrer sozialen Zusammensetzung als auch in ihren politischen Ansichten eine äußerst heterogene Gruppe dar. Diese Heterogenität zeigte sich auch in der Entstehung zahlreicher Repatriiertenverbände auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, von denen jedoch nur wenige zahlenmäßig Bedeutung gewannen und Einfluss auf das politische Geschehen in Frankreich nehmen konnten. Ein großer Teil der ehemaligen Siedler integrierte sich zudem in die Republik, ohne sich weiterhin der Gruppe der Repatriierten zugehörig zu fühlen⁷⁵. Ein Teil der Siedler trug jedoch mithilfe ihrer Interessensvertretungen die Ideen der *Algérie française* in die einstige Metropole hinein. Nachdem im Jahr 1968 die einstigen Mitglieder der OAS amnestiert worden waren, formierten sich auch diese um die Idee der *Algérie française* neu. Auch die extreme Rechte, die mit der Gründung des Front national (FN) 1972 wieder erstarkte, profitierte von der Amnestierung der OAS-Mitglieder. Um Jean-Marie Le Pen, der selbst während des Algerienkriegs als Politiker für die Verteidigung der *Algérie française* eingetreten war, sammelten sich verschiedene einstige Sympathisanten und Mitglieder der OAS⁷⁶.

(2002), S. 69–89; Patrick BOURELLE, La contribution de la marine nationale à l'évacuation des supplétifs et de la population européenne d'Algérie, in: *Revue historique des armées* 229 (2002), S. 51–68; Guy PERVILLÉ, Guerre d'Algérie. L'abandon des harkis, in: *Histoire* 102 (1987), S. 30–34, hier S. 32f.

⁷⁴ Vgl. zur OAS Alain RUSCIO, *Nostalgie. L'intérminable histoire de l'OAS.*, Paris 2015; Rémy KAUFFER, *OAS. Histoire d'une guerre franco-française*, Paris 2002; Anne-Marie DURANTON-CRABOL, *Le temps de l'OAS*, Brüssel, Paris 1995.

⁷⁵ Vgl. dazu u. a. Valérie ESCLANGON-MORIN, *Les rapatriés d'Afrique du Nord de 1957 à nos jours*, Paris 2008.

⁷⁶ RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*, S. 385–408; Peter DAVIES, *The National Front and France. Ideology, Discourse, and Power*, London, New York 1999, S. 154f.

Darüber hinaus ist der FLN als zentraler Akteur anzusehen. Es muss jedoch unterschieden werden zwischen dem FLN, der in Algerien agierte, und der französischen Föderation, der Vertretung des FLN in der Metropole⁷⁷. Als sich die französische Föderation nach der Unabhängigkeit Algeriens auflöste, entstand die Struktur der Amicale des Algériens (AA), die als offizielle Vertretung des FLN auf französischem Boden und als Sprachrohr der algerischen Gemeinde in Frankreich agierte. In den 1980er Jahren verlor der AA seinen Alleinvertretungsanspruch für die algerische Gemeinde, nachdem die sozialistische Regierung das Vereinsrecht dahingehend verändert hatte, dass die französische Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung mehr für die Gründung eines Vereins war⁷⁸. Zudem politisierte sich die zweite Generation der einstigen Arbeitsmigranten und schloss sich ebenfalls in Verbänden zusammen⁷⁹.

Der Algerienkrieg galt als konstituierendes Moment für eine breite Schicht linker Intellektueller in Frankreich⁸⁰. Während die parlamentarische Linke in der Frage des Algerienkriegs gespalten war, formierte sich ein außerparlamentarischer Widerstand gegen den Algerienkrieg, den diese Akteure als Gefahr für die Werte der Französischen Republik und die Rechtsstaatlichkeit werteten. Getragen wurde dieser Widerstand von Intellektuellen, die in großen Teilen von ihren Erfahrungen in der Résistance geprägt waren. Viele dieser Intellektuellen entstammten dem christlich-katholischen Milieu, das den Widerstand gegen den Algerienkrieg stark prägte⁸¹. Auch das katholisch geprägte gewerkschaftliche Milieu, das sich in der Confédération française des travailleurs chrétiens (CFTC) formierte, war in diesem Bereich stark engagiert⁸². Aus diesem kolonialkritischen Umfeld entstand insbesondere nach dem Mai 1968 eine anti-rassistische Linke, die sich mit den Arbeitsmigranten in Frankreich solidari-

77 Vgl. zu der französischen Föderation des FLN Linda AMIRI, *La Fédération de France du FLN, acteur majeur de la guerre d'indépendance*, in: BOUCHÈNE u. a. (Hg.), *Histoire de l'Algérie*, S. 576–582.

78 Rémy LEVEAU, Catherine WIHTOL DE WENDEN, *La bourgeoisie. Les trois âges de la vie associative de l'immigration*, Paris, 2001, S. 27–33.

79 *Ibid.*, S. 33–60.

80 Pascal ORY, Jean-François SIRINELLI, *Les intellectuels en France. De l'affaire Dreyfus à nos jours*, Paris 1992, S. 195.

81 Vgl. zur kolonialkritischen Linken Christoph KALTER, *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt a. M. 2011, S. 143–195; Jean-Pierre BIONDI, *Les anticolonistes*, Paris 1992, S. 313–341; Claude LIAUZU, *Histoire de l'anticolonialisme en France*, Paris 2007, S. 224–263.

82 Vgl. zur Position der CFTC während des Krieges Michel BRANCIARD, *Un syndicat dans la guerre d'Algérie. La CFTC qui deviendra CFDT*, Paris 1984.

1. Einleitung

sierte⁸³. Einige der vom Algerienkrieg geprägten Intellektuellen konzentrierten sich nach der Unabhängigkeit Algeriens auf die Wissenschaft und arbeiteten als Historiker die koloniale Vergangenheit Frankreichs auf⁸⁴. Diese Akteure spielen hier eine Doppelrolle: Das Projekt bezieht in großen Teilen ihre wissenschaftlichen Ergebnisse ein, doch gleichzeitig sind sie auch als Akteure in den Kontroversen über die Deutung des Algerienkriegs relevant.

Eine anders geartete Sonderrolle nimmt innerhalb der kolonialkritischen Linken die Fédération nationale des anciens combattants en Algérie, Maroc et Tunisie (Fnaca) ein. Der bereits während des Krieges unter dem Namen Fédération nationale des anciens d'Algérie (FNAA) und unter dem Vorsitz von Jean-Jacques Servan-Schreiber gegründete Veteranenverband stand zunächst dem Parti communiste (PC) nahe, bevor er sich im Laufe der Jahre dem Parti socialiste (PS) annäherte. Dieser Verband prägte einen eigenen, sehr speziellen Diskurs um die Hilfssoldaten, da er sich sehr bald nach dem Ende des Krieges dafür einsetzte, den 19. März, das Datum des Inkrafttretens der Waffenstillstandsabkommen von Évian im Jahr 1962, als nationalen Gedenktag zu begehen – dieser Tag markierte auch den Beginn der Massaker an den in Algerien zurückgelassenen Hilfssoldaten⁸⁵.

Mit der muslimischen Elite rückt ein Gruppenakteur in den Fokus, den die Regierung nach 1962 mit der Gruppe der Hilfssoldaten unter dem Verwaltungsbegriff *Français musulmans rapatriés* (FMR) zusammenfasste. Zu den FMR gehörten all die »Français de statut local«, die während des Krieges auf der französischen Seite gestanden hatten und infolgedessen nach dem Ende des Krieges Algerien in Richtung Frankreich verlassen mussten, wo sie die französische Staatsbürgerschaft und den Repatriiertenstatus bekamen⁸⁶. Obwohl sie sich selbst dagegen wehrte, wurde die muslimische Elite in den Diskursen teils unter dem Begriff »harkis« mit den Hilfssoldaten als eine Einheit verstanden, was damit zu begründen ist, dass es sich zunehmend durchsetzte, den Begriff »harkis« auch synonym mit dem Begriff FMR zu verwenden. Aufgrund dieser Überschneidungen sind die Vertreter der muslimischen Elite Objekt der Diskurse. Darüber hinaus sind sie jedoch auch als Subjekt von Bedeutung, da sich Vertreter dieser Gruppe als Fürsprecher der Hilfssoldaten verstanden und so den Diskurs entscheidend prägten. Unter der muslimischen Elite ist in diesem Projekt die auch als *élite francisée* bezeichnete Gruppe zu verstehen, die sich

⁸³ Vgl. hierzu Daniel A. GORDON, *Immigrants & Intellectuals. May '68 & the Rise of Anti-Racism in France*, Pontypool 2012.

⁸⁴ Raphaëlle BRANCHE, *La guerre d'Algérie. Une histoire apaisée*, Paris 2005, S. 297–313.

⁸⁵ RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*, S. 259–326.

⁸⁶ SCIOLDO-ZÜRCHER, *Les harkis*, S. 90–104.

insbesondere aus hohen Beamten und Abgeordneten zusammensetzte, auf die sich der französische Verwaltungsapparat in Algerien stützte. Ebenfalls zur muslimischen Elite gehören muslimische Militärs, die innerhalb der französischen Armee Karriere gemacht hatten. Diese Akteure konnten meist auf eine Familientradition in der französischen Verwaltung oder im französischen Militär zurückblicken. Einige von ihnen waren bereits vor 1958 eingebürgert worden und in Einzelfällen waren sie sogar zum Katholizismus konvertiert⁸⁷. Rekurrierend auf die französische Verwaltungssprache, die den Begriff *Français musulmans rapatriés* biologisierte, sind auch sie als muslimische Elite anzusehen⁸⁸.

Die Hilfssoldaten stellen den Kern der Gruppe der »harkis« dar, die jedoch nicht klar umrissen ist und unterschiedliche Realitäten widerspiegelt⁸⁹. Abhängig vom zeitlichen Kontext und vom Akteur, der den Begriff verwendet, bekommt er eine andere Bedeutung und umfasst eine andere Gruppe. Der Begriff leitet sich ursprünglich vom arabischen Wort *harka* ab, was Bewegung bedeutet. Während des Algerienkriegs gründete die französische Armee sogenannte *harkas*, mobile Einheiten, für die sie muslimische Hilfssoldaten rekrutierte. Die Mitglieder dieser *harkas* sind die *harkis* im eigentlichen Sinne. Da die *harkis* zahlenmäßig die größte Gruppe der Hilfssoldaten darstellten, setzte sich dieser Begriff bereits während des Krieges zur Bezeichnung aller muslimischen Hilfskräfte in der französischen Armee durch⁹⁰. Auch die in der Metropole eingesetzten muslimischen Hilfspolizisten wurden als »harkis de Paris« bekannt. Ebenfalls bereits während des Krieges bekam der Begriff von algerischer Seite und auch in der kolonialkritischen Linken die Konnotation »Verräter«, wodurch er noch mehr an semantischer Schärfe verlor. Dadurch konnten all diejenigen unter dem Begriff gefasst werden, die sich während des Krieges auf die französische Seite stellten, also auch Berufssoldaten, Wehrpflichtige und zivile Akteure. Dieser Problematik muss insofern Rechnung getragen werden, als für die Zeit des Krieges auch die Wehrpflichtigen und einfachen Berufssoldaten als Objekte und Subjekte des Diskurses zu betrachten sind. Sie sind gemeinsam mit der Gruppe der Hilfssoldaten zu untersuchen; wo dies möglich ist, wird jedoch eine Binnendifferenzierung vorgenommen. Mit der Ausreise aus Algerien ist die Gruppe der Hilfssoldaten klarer auszumachen, da die militärische und politische Führung zunächst lediglich die Hilfskräfte von der

87 HAMOUMOU, L'histoire des harkis, S. 320f.

88 Vgl. hierzu LANGELIER, La situation juridique des harkis.

89 Catherine WIHTOL DE WENDEN, Qui sont les harkis? Difficulté à les nommer et les identifier, in: Hommes et migrations 1135 (1990), S. 7–12.

90 Nordine BOULHAIS, Les harkis chaouiâs, des Aurès au bassin de la Sambre (1954–1996), in: Revue de Lille 78 (1996), S. 581–604, hier S. 590.

1. Einleitung

Repatriierung ausnahm, während sowohl für die muslimische Elite als auch für die Berufssoldaten die Ausreise nach Frankreich vorgesehen war. Allerdings ergibt sich mit der Ausreise nach Frankreich eine neue begriffliche Schwierigkeit. Da die Hilfssoldaten gemeinsam mit ihren Familienangehörigen ausreisten, wurden auch diese als »harkis« bezeichnet, wodurch sich der Begriff zu einem Gattungsterm entwickelte. Seit in den 1970er Jahren die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten die Aufmerksamkeit auf sich zogen, war auch von den »harkis« der zweiten Generation die Rede. Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit des Begriffs wird in dieser Arbeit von Hilfssoldaten und im Fall der »harkis de Paris« von Hilfspolizisten die Rede sein. Der Begriff »harki« taucht lediglich rekurrierend auf die Quellsprache als Fremd- und Eigenschrift auf. Darüber hinaus ist unter einem *harki* (in kursiver Schreibung) in dieser Arbeit ein Mitglied einer *harka* zu verstehen.

Quellen

Der Quellskorpus lässt sich aus der Verbindung des von Landwehr vorgelegten Diskursbegriffs und der *agency*-Methode ableiten. Gegenstand der Untersuchung sind textliche Hervorbringungen, die den genannten Gruppenakteuren zuzuordnen sind und die »das Thema des Diskurses in irgendeiner Weise behandeln oder auch nur nebenher streifen«⁹¹. Um aufzuzeigen, durch welche Prozesse die in den Hervorbringungen ausgemachten Motive und Topoi in den öffentlichen Diskurs gelangten, sind Quellen hinzuziehen, die die Handlungen der Akteure zur Durchsetzung dieser Motive und Topoi im öffentlichen Diskurs innerhalb eines komplexen Beziehungs- und Interessensgefüge aufzeigen. Hieraus ergibt sich ein heterogener Quellskorpus aus verschiedenen veröffentlichten Quellen sowie einem umfangreichen Bestand an archivalischen Quellen.

Zunächst sind aus dem Bereich der veröffentlichten Quellen literarische Hervorbringungen zu nennen: Romane sowie Ego-Dokumente wie Erfahrungsberichte und Memoiren einzelner Personen, die den jeweiligen Gruppenakteuren zuzuordnen sind. Veröffentlichungen, die sich explizit mit den Hilfssoldaten auseinandersetzen, Romane, Erfahrungsberichte und Memoiren von Hilfssoldaten selbst sowie deren Nachkommen, aber auch literarische Veröffentlichungen von Mitgliedern des Kolonialmilitärs sowie Repatriierten, die ihre Erfahrungen mit Hilfssoldaten literarisch verarbeiteten und somit Bilder der Hilfssoldaten prägten, stellen wichtige Quellen dar. Wenig Beachtung finden in der Forschung literarische Erzeugnisse, die sich nur marginal mit den Hilfssoldaten beschäftigen, jedoch stark rezipiert wurden und so durchaus bestimmte Motive

⁹¹ LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, S. 102.

und Topoi um die Hilfssoldaten prägten. Schriften, die im Kontext des FLN entstanden sind, wie die Schriften Frantz Fanons, gewinnen dadurch ebenso an Bedeutung wie die Memoiren Jean-Marie Le Pens. Auch Forschungsliteratur stellt teilweise zugleich eine Quelle dar, was sich aus der Doppelrolle einiger Historiker als Akteure zur Zeit des Algerienkriegs und als über die koloniale Vergangenheit arbeitende Wissenschaftler ergibt.

Verbands- und Parteiorgane erweitern den Quellenbestand, da Gruppenakteure über Verbände und Zugehörigkeit zu Parteien erfasst werden können. Veröffentlichungen in diesen Organen prägten nicht nur die Diskurse über die Hilfssoldaten, es lassen sich aus diesen Organen auch Interessen und Zielsetzungen der Akteure herauslesen. Sie geben Aufschluss über Verflechtungen verschiedener Akteure sowie über gezielte Lobbyarbeit. Systematisch gesichtet wurden zu diesem Erkenntnisgewinn Verbandsorgane verschiedener Verbände, in denen sich Hilfssoldaten zusammenschlossen. Diese Verbände erreichten jedoch nur in Ausnahmefällen einen hohen Grad an Organisiertheit, weshalb ihre Organe nur in sehr unregelmäßigen Abständen erschienen. Im Gegensatz dazu erschien das Verbandsorgan des Repatriiertenverbands Association nationale des Français d'Afrique du Nord, d'outre-mer et de leurs amis (Anfanoma) regelmäßig und konnte systematisch gesichtet werden. Die Hilfssoldaten fanden in dem Organ der Anfanoma recht große Beachtung, weshalb es als Quelle bei Untersuchungen zu den Hilfssoldaten zentral ist. Bei anderen Organen liegt die Bedeutung für eine Untersuchung über die Hilfssoldaten nicht auf der Hand, da das Thema selten explizit auftaucht, sondern häufig nur gestreift wird. Doch auch die Verbandszeitschriften, die die AAAA über knapp 30 Jahre herausgab, sind eine elementare Quellengrundlage dieser Arbeit, ebenso wie das Parteiorgan des FN.

Die öffentlichen Printmedien sind weitere wichtige Quellen. Einige Tages- und Wochenzeitungen wurden für die Zeitpunkte systematisch gesichtet, an denen sich die Debatten um Hilfssoldaten verdichteten. Das Erkenntnisinteresse lag hier insbesondere auf der Darstellung der Hilfssoldaten durch die kolonialkritische Linke, die sich hauptsächlich auf diesem Wege zu den Hilfssoldaten äußerte. Die Forschung widmet sich nicht explizit dem Blick der kolonialkritischen Linken auf die Hilfssoldaten. Lediglich vereinzelte Artikel, wie der im November 1962 in »Le Monde« erschienene Artikel des Althistorikers Pierre Vidal-Naquet, finden Beachtung⁹². Die Sichtung von Periodika wie »Libération«, »L'Humanité«, »Le Monde« oder »Témoignage chrétien« brachte für diese Arbeit jedoch weitere Veröffentlichungen zu Tage, in denen

⁹² Pierre VIDAL-NAQUET, La guerre révolutionnaire et la tragédie des harkis, in: Le Monde, 11.–12.11.1962.

1. Einleitung

sich Vertreter der kolonialkritischen Linken zu diesem Thema zu Wort melden.

Parlamentsdebatten und Gesetze komplettieren den Quellenkorpus aus dem Bereich der veröffentlichten Quellen. Sie zeigen auf, wie staatlich-offizielle Akteure die Hilfssoldaten thematisierten. Weitaus bedeutender sind hierfür jedoch archivalische Quellen. Wie auch zum Militär ermöglichen hauptsächlich Archivbestände den Zugang zu politischen Akteuren. Neben militärischen Beständen des Service historique de la Défense sind Bestände verschiedener Präsidenten der Fünften Republik relevant sowie der Ministerien, in deren Zuständigkeitsbereich die Hilfssoldaten und deren Familien in verschiedenen Zeiträumen fielen. Diese Bestände zeigen auf, wie im Kontext der staatlich-offiziellen Kolonial-, Migrations-, Integrations- und Erinnerungspolitik Gesetze und Regelungen zu den Hilfssoldaten diskutiert und festgehalten wurden. Sie geben aber auch Aufschluss über die Lobbyarbeit verschiedener Akteure. Die staatlichen Archivbestände zeigen immer wieder, wie einzelne Verbände versuchten, Einfluss auf die politischen Akteure zu nehmen, um bestimmte Darstellungen der Hilfssoldaten durchzusetzen. Auch Propaganda verschiedener Akteure lässt sich durch staatlich-offizielle Archivbestände erschließen. Sowohl in Beständen des Militärs als auch des Innenministeriums und der Polizei sind Flugblätter zu finden, in denen die Hilfssoldaten behandelt werden. Flugblätter des FLN konnten ebenso aufgefunden werden wie bisher in diesem Zusammenhang nur wenig beachtete Flugblätter der OAS, die sich an Hilfssoldaten richteten oder diese in ihrer Propaganda thematisieren. Auch Flugblätter von Aktivisten unter den Nachkommen der Hilfssoldaten sind überliefert.

Hervorzuheben sind archivalische Quellen, die Einblick in Auseinandersetzungen innerhalb verschiedener Verbände sowie in das Zusammenspiel verschiedener Verbände geben und so das von den Akteuren betriebene *agency* erhellen. Dokumentationen des Innenministeriums konnten hierfür ebenso fruchtbar gemacht werden wie archivalische Verbandsquellen, die Aufschluss über die innere Zusammensetzung, Ziele und Interessen verschiedener Verbände geben. Hierbei sind vor allem die umfangreichen Archivbestände des CNMF von Bedeutung. Das CNMF, nach seinem langjährigen Vorsitzenden Alexandre Parodi auch Comité Parodi genannt, stand in regem Kontakt zu diversen anderen Interessensvertretungen, weshalb seine Archivbestände nicht nur Einblick in die innere Struktur bieten, sondern auch in die Struktur weiterer Verbände sowie in die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppenakteuren. Diese Bestände fanden zwar in der Forschung bereits Beachtung, wurden jedoch noch nicht in diesem Umfang ausgewertet. Ebenso hervorzuheben ist aus dem Bereich der archivalischen Verbandsquellen ein kleiner Bestand der Gewerkschaft Confédération française démocratique du travail (CFDT), die sich während des Algerienkriegs noch unter dem Namen CFTC auf der Seite der

kolonialkritischen Linken engagierte. Dieser Bestand ist zwar nicht umfangreich, aber wertvoll, da er einen seltenen Einblick in die internen Auseinandersetzungen eines kolonialkritischen Akteurs um den Umgang mit den Hilfssoldaten gibt.

Erzeugnisse, die in den letzten Jahren nach Ende des Untersuchungszeitraums entstanden, stellen keine Quellengrundlage dieser Arbeit dar. Insbesondere um das Jahr 2012 war zum 50-jährigen Bestehen Algeriens ein Erinnerungsboom festzustellen. Es entstanden Filme, Memoiren, Erfahrungsberichte sowie Romane zur kolonialen Vergangenheit Algeriens, die das Thema »harkis« häufig behandelten oder zumindest streiften⁹³. Auch für die Hilfssoldaten relevante Gedenkstätten sind in den letzten Jahren und somit außerhalb des Untersuchungszeitraums entstanden⁹⁴. Oral History ist ebenfalls keine Quellengrundlage dieser Arbeit. Ein wichtiges Erkenntnisinteresse liegt darin, diachrone Brüche und Kontinuitäten in den Diskursen um die Hilfssoldaten in einem langen Zeitraum herauszuarbeiten und nach der Entstehung dieser Brüche und Kontinuitäten zu fragen. Zeitzeugeninterviews können einen Beitrag zu der Frage leisten, wie sich Akteure an die Hilfssoldaten erinnern, können jedoch nur schwer selbst in die zeitgenössischen Diskurse eingeordnet werden.

1.5 Hypothesen und Aufbau

Die Arbeit untersucht die Hilfssoldaten vom Ende des französischen Kolonialreichs bis in die jüngste Vergangenheit hinein. Dementsprechend fällt der Untersuchungszeitraum vollständig in die Zeit der Fünften Französischen Republik. Der Algerienkrieg bedingte 1958 den Übergang zur Fünften Republik und die Rückkehr von Charles de Gaulle auf die politische Bühne. Der amerikanische Historiker Todd Shepard wertete die Integrationspolitik de Gaulles als Integration der kolonialisierten Bevölkerung Algeriens in die neue Republik. Sie galten zwar nach wie vor rechtlich als eigene Gruppe, doch de Gaulle stattete sie mit den vollen staatsbürgerlichen Rechten aus. Bereits 1944 hatten die Muslime Algeriens das Wahlrecht erhalten. Allerdings wählten sie in einer gesonderten Wahlkammer, so dass die Stimmen von acht Millionen Muslimen so viel zählten wie die Stimmen von einer Million europäischer Siedlern⁹⁵. Erst

⁹³ Besondere Beachtung wurde dem 2017 erschienenen Roman »L'Art de perdre« von Alice Zeniter zuteil. Vgl. Alice ZENITER, *L'Art de perdre*, Paris 2017.

⁹⁴ So wurde z. B. das für die »harkis« bedeutende Mémorial du camp de Rivesaltes 2015 eröffnet.

⁹⁵ Vgl. zur französischen Rechtsprechung in Algerien KATEB, *Européens, »indigènes« et juifs en Algérie*.

1. Einleitung

1958 wurden die *Français musulmans* mit der Rückkehr de Gaulles und dem Beginn der Fünften Republik staatsrechtlich als »Français à part entière« anerkannt und die Wahlkammern abgeschafft⁹⁶. Algerien ist Shepard folgend nach 1958 als Teil der Republik zu verstehen. Aus dieser Annahme ergibt sich für den ersten Teil der Arbeit ein Raum, der Algerien einschließt. Dennoch ist begrifflich eine Unterscheidung zwischen der Metropole und Algerien vorzunehmen, da in Algerien koloniale Realitäten vorherrschten, die sich grundlegend von den Realitäten der Metropole unterschieden. Mit der Unabhängigkeit Algeriens fällt diese Unterscheidung weg. Der Untersuchungsraum beschränkt sich fortan auf die nun auf einen gewöhnlichen europäischen Nationalstaat verkleinerte Französische Republik. Es werden nur noch fragmentarische Schlaglichter auf die Algerische Republik geworfen, wenn der in Algerien geführte Diskurs die Debatten in Frankreich beeinflusste.

Der Untersuchungszeitraum setzt einige Monate vor dem offiziellen Beginn der neuen Republik ein und endet mit dem Abtritt Jacques Chiracs als Präsident im Jahr 2007, da Chirac für die Aufarbeitung des Algerienkriegs eine wichtige Rolle spielte und den Diskurs um die Hilfssoldaten entscheidend prägte. Er hatte selbst als Soldat im Algerienkrieg gedient, weshalb er die erinnerungspolitische Aufarbeitung des Krieges zu einem seiner Hauptanliegen machte und diesbezüglich wichtige Entscheidungen in seine Amtszeit fielen⁹⁷. Die Analyse umfasst somit die beinahe ein halbes Jahrhundert dauernde Epoche von de Gaulle bis Chirac. Die drei Großkapitel sind sowohl thematisch als auch grob chronologisch eingeteilt. Da die Diskurse zu den ausgewählten Themen sich jedoch teils überschneiden, überlappen im Detail auch die Zeiträume. Von 1958 bis einige Monate über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus waren die Debatten um die Rolle der Hilfssoldaten während des Krieges sowie die Frage nach deren Zukunft nach dessen Ende zentral. Die Diskurse um die Aufnahme und die Integration der demobilisierten Hilfssoldaten und deren Familien in einem nun auf die Metropole beschränkten Frankreich begannen bereits, bevor mit den Abkommen von Évian offiziell der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Erst mit dem Ende der Präsidentschaft François Mitterrands und dem Beginn der Amtszeit Jacques Chiracs 1995 flachten die Debatten um die Integration der »harkis« ab, da sich mit Chirac der Fokus der Debatten auf die erinnerungspolitische Ebene verschob. Die Integrationsdebatten hatten jedoch über dreißig Jahre andauert, weshalb hier generationelle Brüche zum Vorschein kamen. Als in den 1980er Jahren die zweite Generation der maghrebini-schen Migranten auf sich aufmerksam machte, zog dies auch einen entscheidenden Wandel der Debatten um die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Kin-

⁹⁶ Vgl. u. a. SHEPARD, 1962.

⁹⁷ Bernard DROZ, Lieutenant en Algérie, in: L'Histoire 313 (2006), S. 52f.

der nach sich, weshalb die 1980er Jahre einen Bruch in den Diskursen markieren. In der Forschung wird gemeinhin die These vertreten, die erinnerungspolitische Aufarbeitung des Algerienkriegs sei lange Zeit verdrängt worden und habe erst in den 1990er Jahren – auch begründet durch die Auseinandersetzungen um die Vichy-Vergangenheit – eingesetzt⁹⁸. Allerdings zeigen Frank Renken und Jan Jansen, dass einzelne Akteure unabhängig von der staatlichen Aufarbeitung bereits früher in die Auseinandersetzung um die Vergangenheitsdeutung eintraten⁹⁹. Dies begründet, dass der Schwerpunkt der Untersuchung der erinnerungspolitischen Ebene zwar in den 1990er Jahren liegt, jedoch auch Akteure betrachtet werden, die sich teils schon zu Beginn der 1980er Jahre zu diesem Thema zu Wort meldeten.

⁹⁸ Vgl. zum Motiv des Verdrängens STORA, *La gangrène et l'oubli*; zum Zusammenhang zwischen der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit und des Algerienkriegs Étienne FRANÇOIS, *Die späte Debatte um das Vichy-Regime und den Algerienkrieg in Frankreich*, in: Martin SABROW, Ralph JESSEN, Klaus GROSSE KRACHT (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 264–287; Henry ROUSSO, *La guerre d'Algérie, la mémoire de Vichy*, in: *L'Histoire* 266 (2002), S. 28f.

⁹⁹ Jan C. JANSEN, *Politics of Remembrance, Colonialism and the Algerian War of Independence in France*, in: Małgorzata PAKIER, Bo STRÄTH (Hg.), *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, New York 2010, S. 275–294; RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums (1958–1962)

Anknüpfend an politik- und militärhistorische Untersuchungen steht in diesem Teil der Arbeit die Rolle der Hilfssoldaten in der französischen Armee während des Algerienkriegs im Zentrum, wobei der Beginn der Demobilisierung der Hilfssoldaten einen wichtigen Bruch markiert. Hilfssoldaten spielten in der französischen Armee bereits eine Rolle, kurz nachdem der FLN 1954 den Beginn des Unabhängigkeitskampfes verkündet hatte. Das Jahr 1958 war jedoch insofern von Bedeutung, als de Gaulle die Integrationspolitik verkündete und alle *Français musulmans* die vollständigen staatsbürgerlichen Rechte bekamen, womit eine gezielte Assimilationspolitik einherging. Regierung und Militärführung stilisierten die Hilfssoldaten zum Sinnbild dieser Integrationspolitik, standen sie doch in den Reihen der französischen Armee in engem Kontakt mit den Kolonialherren.

Hautreux arbeitete in seiner Forschung die propagandistische Bedeutung der Hilfssoldaten für Regierung und Militär heraus. Sie nutzten das Motiv der Hilfssoldaten als »soldats fidèles à la France«, um die Unabhängigkeitsbewegung zu diskreditieren¹; es war also Bestandteil der französischen Kriegspropaganda. Auf der Gegenseite ist das vom FLN verbreitete Motiv der Hilfssoldaten als »traîtres à la nation« ebenfalls als Propaganda zu werten. Doch nicht nur für das französische Militär und die Regierung hatten die Hilfssoldaten einen propagandistischen Wert. Auch Aktivisten der *Algérie française* ebenso wie die kolonialkritische Linke bedienten sich der Hilfssoldaten, um ihre Position zur Algerienfrage zu unterstreichen. Anhand staatlich-militärischer Archivbestände lassen sich nicht nur die Motive und Topoi aufzeigen, die in den internen und nach außen gerichteten Diskursen in Regierung und Militär vorherrschten. Die archivalischen Quellen offenbaren auch, welche Interessen politische und militärische Akteure hinter diesen Diskursen verbargen. Propagandistische Schriften des FLN, von Aktivisten der *Algérie française* – unter anderem der OAS –, von Mitgliedern des Kolonialmilitärs sowie von Vertretern der muslimischen Elite werden ebenso auf Motive und Topoi zu den Hilfssolda-

1 HAUTREUX, La guerre d'Algérie.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

ten untersucht wie einzelne Tages- und Wochenzeitungen, in denen sich Vertreter der kolonialkritischen Linken zu Wort meldeten. Staatlich-offizielle Archivbestände geben darüber hinaus Einblick in die Beziehung zwischen den einzelnen Akteuren und deren Interessen, so dass zum Vorschein kommt, wie die Akteure sich zu verschiedenen Zeitpunkten dieser Motive und Topoi bedienten, um ihre Sicht auf den Unabhängigkeitskampf zu unterstreichen.

Die Hilfssoldaten selbst beteiligten sich in dem hier untersuchten Zeitraum nicht an den Diskursen. Die Militärführung installierte jedoch gegen Ende des Krieges ein umfassendes Kontrollsystem, um zu verhindern, dass Hilfssoldaten desertierten. Offiziere hatten die Verhaltensweisen der Hilfssoldaten innerhalb der Armee und deren Reaktionen auf das Kriegsgeschehen zu dokumentieren. Aus diesen Dokumentationen lassen sich die Haltungen der Hilfssoldaten zur Französischen Republik herauslesen. Sahen sie sich selbst als Bürger dieser Republik? Griff die staatlich verordnete Assimilationspolitik? Bildeten sie neue Verhaltens- und Denkmuster und somit hybride Identitäten heraus? Die Antworten auf diese Fragen zeigen auf, wie sich die Hilfssoldaten am Ende des kolonialen Algeriens zwischen den dominierenden Fremdbildern selbst positionierten.

2.1 Die »harkis« vor dem Beginn der Fünften Republik

Nicht erst mit dem Beginn der Fünften Republik spielten Muslime in der französischen Armee eine wichtige Rolle. Während der gesamten Dauer der französischen Präsenz auf algerischem Territorium rekrutierte die französische Armee auch Muslime, um ihre Reihen zu erweitern, insbesondere während der beiden Weltkriege. Diese wurden nicht nur auf freiwilliger Basis rekrutiert, sondern zudem durch die Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1912 zum Dienst an der Waffe verpflichtet. Es war allerdings keine allgemeine Wehrpflicht, sondern es fand ein Losverfahren statt. Die Wehrpflicht stieß jedoch auf großen Widerstand, vor allem weil Muslime drei Jahre Wehrdienst zu leisten hatten, während es bei den europäischen Siedlern lediglich zwei Jahre waren. Da die Wehrpflicht derart unbeliebt war, bemühte sich die Armee, vor allem Berufssoldaten zu engagieren und die Zahl der Wehrdienstleistenden gering zu halten. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, dienten lediglich 3878 algerische Muslime als Wehrpflichtige, jedoch 28 930 muslimische Berufssoldaten. Im Laufe des Krieges weitete die Armee jedoch die Wehrpflicht in einem solchem Maß aus, dass sich

schließlich neben den rund 87 000 Berufssoldaten ca. 81 000 Wehrdienstleistende an den Kämpfen beteiligen mussten².

Auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs rekrutierte die französische Armee in hohem Maße aus der muslimischen Bevölkerung Algeriens. Jedoch setzte sie wieder zunehmend auf ein freiwilliges Engagement und setzte die Anzahl der Wehrpflichtigen in Algerien zunächst herab. Dennoch waren auch während des Zweiten Weltkriegs erneut muslimische Soldaten für Frankreich von großer Bedeutung. Ursache hierfür ist die räumliche Organisation der Befreiung Frankreichs, die weitgehend von Algerien ausging, das durch die Landung der amerikanischen Truppen im November 1942 zu einer Basis der Alliierten wurde. Von den Amerikanern ausgerüstet, war es aus diesem Grunde vor allem die *Armée d'Afrique*, die gemeinsam mit den *Forces françaises libres* unter General Leclerc und den *Troupes coloniales de l'Afrique occidentale française* den französischen Beitrag zur Befreiung Frankreichs leistete³. Über 200 000 algerische Muslime kämpften auf französischer Seite⁴.

Als der FLN am 1. November 1954 mit einer Anschlagswelle in den Kampf um die Unabhängigkeit Algeriens eintrat, dienten nach Angaben Faivres 10 000 Muslime als Berufssoldaten in der französischen Armee und weitere 12 000 absolvierten zu diesem Zeitpunkt ihren Wehrdienst⁵. Diese Soldaten sahen sich vor die Wahl gestellt, zu desertieren, um sich dem Kampf des FLN anzuschließen, oder in der französischen Armee zu verbleiben, auch auf die Gefahr hin, früher oder später gegen die eigenen Landsleute kämpfen zu müssen. Obwohl Faivre zufolge die Desertionen nach dem Jahr 1954 zunächst stetig zunahmen und mit über 850 fahnenflüchtigen *Français musulmans* pro Monat gegen Ende des Jahres 1955 ihren Höhepunkt erreichten, verblieb doch die Mehrheit der Soldaten in der französischen Armee⁶. Die französische Armee konnte sogar einen Anstieg der Muslime in ihren Reihen verzeichnen, und zwar nicht nur der Wehrpflichtigen, deren Zahl 1961 den Höchststand von

2 Belkacem RECHAM, *Les musulmans algériens dans l'armée française (1919–1945)*, Paris 1996, S. 23. Vgl. hierzu auch Gilbert MEYNIER, *L'Algérie révélée. La guerre de 1914–1918 et le premier quart du xx^e siècle*, Genf 1981.

3 RECHAM, *Les musulmans algériens*, S. 51f.

4 Martin EVANS, *The Harkis. The Experience and Memory of France's Muslim Auxiliaries*, in: Martin S. ALEXANDER, Martin EVANS, J.F.V. KEIGER (Hg.), *The Algerian War and the French Army, 1954–62. Experiences, Images, Testimonies*, Basingstoke 2002, S. 117–137, hier S. 120.

5 FAIVRE, *Les Français musulmans*, S. 250.

6 *Ibid.*, S. 255.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

40 000 erreichte. Auch die Anzahl der muslimischen Berufssoldaten stieg im Verlauf des Krieges stetig an⁷.

Die französische Armee war zu Beginn des Algerienkriegs noch stark geschwächt, da sich aufgrund des noch andauernden Indochinakriegs zahlreiche Truppen außer Landes befanden. Aus diesem Grund begannen sich offizielle Stimmen im Militär für die Rekrutierung muslimischer Hilfskräfte auszusprechen. Dieser Forderungen gab die Regierung schließlich im Januar 1955 statt, als der Innenminister François Mitterrand die Einrichtung der ersten *groupes mobiles de protection rurale* (GMPR), die später in *groupes mobiles de sécurité* (GMS) umbenannt wurden, anordnete⁸. Allerdings dienten diese Einheiten nicht direkt der Stärkung der Armee, da sie nicht dem Militär, sondern dem Innenministerium unterstanden. Sie sollten eine strukturelle Schwäche der Polizei in Algerien ausgleichen. Für diese mobilen Einheiten rekrutierte die Polizei vor allem muslimische Veteranen der beiden Weltkriege. Sie erhielten einen verlängerbaren Vertrag über sechs oder zwölf Monate, der ihnen den Zugang zu sämtlichen Sozialleistungen sicherte⁹.

Eine weitere Gruppe von Hilfskräften entstand mit der Einrichtung der SAS. Diese lösten die *bureaux arabes des affaires indigènes* ab, denen es nicht gelungen war, gegen den mangelhaften Ausbau der Verwaltung im Land vorzugehen. Neben einer militärischen Präsenz sollten die SAS die Präsenz der französischen Verwaltung in den abgelegenen Dörfern demonstrieren. Sie dienten somit der Kontrolle der muslimischen Bevölkerung, sollten jedoch auch die medizinische Versorgung sicherstellen und deren Alphabetisierungsgrad erhöhen, weshalb auch ziviles Personal rekrutiert wurde¹⁰. Für die Sicherheit der SAS-Mitarbeiter bei der Durchführung dieser Aufgaben waren die *maghzens*, Einheiten aus jeweils 30 *moghaznis*, zuständig. Dies bedeutete, dass sie sich sowohl an polizeilichen als auch an militärischen Operationen auf dem Gebiet der jeweiligen SAS zu beteiligen hatten. Die *moghaznis* waren vertraglich an die Armee gebunden, was ihnen den Zugang zu den gleichen Sozialleistungen wie den Mitgliedern der GMPR/GMS ermöglichte¹¹. Die Anzahl dieser Hilfskräfte der Armee stieg proportional zur Anzahl der SAS an und erreichte Ende 1959 mit 20 000 Mitgliedern ihren Höhepunkt¹².

⁷ Ibid., S. 250.

⁸ FAIVRE, L'histoire des harkis, S. 55f.

⁹ DERS., Les Français musulmans, S. 30.

¹⁰ FRÉMEAUX, Les SAS, S. 55–68.

¹¹ FAIVRE, Les Français musulmans, S. 30.

¹² Ibid., S. 250.

Die *harkas* wurden offiziell erst 1956 unter dem Oberkommandanten der Streitkräfte in Algerien Raoul Salan als offizielle Hilfseinheiten gegründet und dem Militär unterstellt. Ihr Tätigkeitsfeld lag vor allem im direkten Kampf gegen die Armée de libération nationale (ALN), weshalb sie vor allem in den Hochburgen des FLN, in Aurès und in der Kabylei, zum Einsatz kamen¹³. Die *harkas* unterschieden sich von den bereits vorgestellten Einheiten vor allem durch ihren unsicheren Status. Die Bedingungen ihrer Rekrutierung waren nicht durch einen Gesetzestext festgeschrieben. Sie erhielten von der Armee zwar Lohn, waren jedoch weder fest eingestellt, noch erhielten sie Unterkunft und Verpflegung. Auch ein Anspruch auf Sozialleistungen bestand nicht. Sie hatten den rechtlichen Status von Tagelöhnern¹⁴. Aufgrund dieser Nachteile konnten im ersten Jahr zunächst nur wenige *harkis* rekrutiert werden. Sie sollten erst in der Fünften Republik im Zuge des nach dem neuen Oberkommandanten der Streitkräfte Maurice Challe benannten *plan Challe* an Bedeutung gewinnen¹⁵.

Als weitere Hilfseinheiten müssen die *groupes d'autodéfense* (GAD) angesehen werden, die Ende des Jahres 1956 entstanden. Diese stellten zwar keine militärischen Hilfstruppen im eigentlichen Sinn dar, ihre Bedeutung für die Armee ist jedoch nicht zu unterschätzen. Das Konzept der GAD bestand darin, die Bewohner abgelegener Dörfer zu bewaffnen, damit diese sich selbst gegen den FLN zur Wehr setzen konnten. Neben der Selbstverteidigung hatten diese zudem die wichtige Aufgabe, das Militär mit Informationen über die Aktivitäten der FLN zu versorgen¹⁶. Anders als die Hilfssoldaten und Hilfspolizisten erhielten die Mitglieder der GAD hierfür keinen Lohn, sondern dienten auf freiwilliger Basis. Die französische Verwaltung honorierte ihre Dienste jedoch durch eine privilegierte Behandlung, vor allem durch eine besondere Berücksichtigung bei der Lebensmittelverteilung, so dass zahlreiche Dorfbewohner sich freiwillig für diese Aufgabe zur Verfügung stellten¹⁷. Wie die *harkas* sollten auch die GAD erst nach dem Beginn der Integrationspolitik an breiter Bedeutung gewinnen. Die Gruppe der während des Algerienkriegs in der französischen Armee kämpfenden Hilfssoldaten bestand somit aus muslimischen Hilfskräften, die teils dem Militär, teils dem Innenministerium unterstellt waren und die sich sowohl in ihren Aufgaben als auch in ihrer rechtlichen Stellung grund-

¹³ HAUTREUX, L'engagement des harkis, S. 35.

¹⁴ CAZORLA, Concept d'emploi, S. 72f.

¹⁵ ABDELLATIF, Algérie 62, S. 125.

¹⁶ AGERON, Les supplétifs algériens, S. 8.

¹⁷ ROUX, Les harkis, S. 43.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

legend unterschieden. Trotz dieser Heterogenität sollten sie bald schon als eine Gruppe, als die Gruppe der »harkis«, wahrgenommen werden.

2.2 Von »Français à part entière« zu »réfugiés«

Der Mai 1958 stellt in der französischen Geschichte eine wichtige Zäsur dar. Nach Demonstrationen und einem Putsch der Anhänger der *Algérie française* am 13. Mai wurde die Vierte Republik zu Fall gebracht und der Weg für die Rückkehr de Gaulles und zur Gründung der Fünften Republik bereitet. Von de Gaulle wurde auch ein Wandel in der Algerienpolitik erwartet. Sowohl die Militärs als auch die französischen Siedler sahen in ihm den starken Mann, der benötigt wurde, um das französische Empire und insbesondere Algerien zu retten. Es ist nur schwer möglich, de Gaulles Haltung zur kolonialen Frage und zur *Algérie française* zu fassen. Seine Äußerungen dazu blieben vage und widersprüchlich. Die Verteidiger der *Algérie française* deuteten seine Aussagen jedoch so, dass es de Gaulles klares Ziel gewesen sei, Algerien als integralen Bestandteil der Französischen Republik zu halten. Als Beleg hierfür wurde sein Ausruf »Vive l'Algérie française« während seiner Algerienreise im September 1958 angeführt¹⁸.

Während de Gaulle diese Worte nur in dieser einen Rede benutzte, fielen in seinen Reden immer wieder die Schlagwörter *égalité* und *fraternité*. Er propagierte eine Integrationspolitik, durch die ein neues Algerien auf der Grundlage der Gleichheit und der Brüderlichkeit entstehen sollte. Konkret schlug sich diese Integrationspolitik zunächst in der Abschaffung der zwei verschiedenen Wahlkammern nieder. Diese Maßnahme verkündete de Gaulle im Juni 1958 in einer viel beachteten und viel zitierten Rede auf dem Forum von Algier mit folgenden Worten: »Je vous ai compris. [...] Je prends acte au nom de la France et je déclare qu'à partir d'aujourd'hui, la France considère que, dans toute l'Algérie, il n'y a qu'une seule catégorie d'habitants: il n'y a que des Français à part entière, des Français à part entière, avec les mêmes droits et les mêmes devoirs«¹⁹.

Somit wurde der Amtsantritt de Gaulles auch in der Algerienpolitik als eine wichtige Zäsur angesehen. Die Unterscheidung zwischen »Français de statut commun« und »Français de statut civil de droit local« blieb zwar rechtlich bestehen, politisch erhielten jedoch auch die Muslime den Status von »Français à part entière«. Die Integrationspolitik sollte perspektivisch nicht auf diese

18 Martin EVANS, *Algérie. France's Undeclared War*, Oxford 2012, S. 233–243.

19 Charles de Gaulle, Discours du forum d'Alger, 4.6.1958, <http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/03/Discours-du-forum-dAlger.pdf> (26.2.2020).

politische Gleichheit beschränkt bleiben. Der Ansicht folgend, dass eine wirkliche politische Gleichheit nur durch eine Reduktion der wirtschaftlichen Ungleichheit realisiert werden könne, wurde diese politische Reform von dem *plan de Constantine*, einem Dreistufenplan, der die wirtschaftliche Situation der muslimischen Bevölkerung verbessern sollte, begleitet²⁰. Parallel dazu gedachte de Gaulle jedoch auch, durch den *plan Challe* den militärischen Druck zu erhöhen. So sollte der FLN durch die Kombination von Reformen und Repressionspolitik besiegt werden²¹.

Für diese Reformpläne war es zentral, Muslime für die französische Seite zu gewinnen. Zunächst war es politisch von Bedeutung, eine weitere Kraft neben dem FLN in Algerien aufzubauen. Auf der politischen Ebene sollten Muslime, die bereit waren, sich dem vom FLN angeordneten Wahlboykott zu widersetzen und sich als Kandidaten zur Verfügung zu stellen, diese weitere Kraft repräsentieren²². Bei den Parlamentswahlen im November 1958 traten so muslimische und europäische Kandidaten mit gemeinsamen Listen an, die bereits durch die Namensgebung auf die Reformen de Gaulles verwiesen. Die Worte *union*, *fraternité* und *intégration* fanden sich in Listennamen quer durch alle politischen Richtungen wieder, etwa »Liste d'union démocratique et de fraternité algérienne«, »Liste d'une union pour le renouveau national et l'intégration sans compromission dans l'esprit véritable du 13 mai«, »Liste d'union des socialistes et des démocrates pour la fraternité en Algérie« sowie »Liste d'union franco-musulmane«²³.

Neben den muslimischen Abgeordneten erfüllten die Muslime innerhalb des Militärs im Rahmen der Integrationspolitik de Gaulles politische und strategische Funktionen. Nachdem de Gaulle in seiner Rede in Constantine die Prinzipien der ökonomischen Entwicklung formuliert hatte und der entsprechende Dreistufenplan entwickelt worden war, erläuterte der Armeeminister in einem Rundschreiben, wie diese Prinzipien innerhalb der Armee umzusetzen seien. Das Ziel der Regierungspolitik definierte das Ministerium dahingehend, den Algeriern in einem französischen Algerien Würde und Arbeit zu geben. Dazu sollte die Armee ihren Beitrag leisten, indem sie als Mittel im Kampf gegen die Unterbeschäftigung vermehrt muslimische Soldaten rekrutieren und eine technische Ausbildung der muslimischen Soldaten etablieren sollte, die diese Kenntnisse dann auch im zivilen Bereich einsetzen konnten. Zudem gedachte das Ministerium, die Muslime innerhalb der Armee besserzustellen. Durch eine

²⁰ SHEPARD, 1962, S. 81–83.

²¹ EVANS, Algérie, S. 244–246.

²² Ibid., S. 242.

²³ Direction de la Sûreté nationale en Algérie. Élections législatives, 30.11.1958, AN: F7/15350.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

spezielle Ausbildung sollte ihnen innerhalb der Armee Führungspositionen zugeteilt und so ihre »valeur humaine« verbessert werden. Die Zielvorgaben des Ministeriums sahen eine Besetzung von insgesamt zehn Prozent der Unteroffiziers- und Offiziersposten durch Muslime vor, für deren Ausbildung spezielle Ausbildungszentren vorgesehen waren²⁴. Stellvertretend für das für die Armee zuständige Ministerium wies General André Zeller darauf hin, dass die Ausbildung der muslimischen Soldaten zwar grundsätzlich aufwendiger sei, dass diese speziellen Anstrengungen jedoch nötig seien, um den Geist der Brüderlichkeit und der Gleichheit innerhalb der Armee zu verwirklichen. Mit den Worten »[i]l importe que tous en soient persuadés et œuvrent en considération du prix que j'attache à ces idées« brachte Zeller seine eigene Überzeugung für den Integrationsgedanken zum Ausdruck²⁵. Ihm zufolge müsse die Armee ihren Beitrag zur Verwirklichung dieser Idee leisten, auch wenn damit höhere Kosten und ein größerer Aufwand verbunden seien.

Innerhalb der politischen und militärischen Führung waren nicht alle Verantwortlichen von der Idee der Integration überzeugt. Die Integrationspolitik wurde mit militärischen Zielen verwoben. Der *plan Challe* zielte darauf ab, den militärischen Druck zu erhöhen weshalb mehr Soldaten benötigt wurden. Die Erhöhung der Anzahl der muslimischen Soldaten und deren spezielle Ausbildung hatte demnach zunächst einen militärischen Nutzen: Es sollte die Truppenstärke gehalten werden. Diese war bedroht, da geplant war, die Wehrpflicht in Frankreich zu verkürzen. De Gaulle benötigte die Unterstützung der französischen Bevölkerung für seine Algerienpolitik. Aus diesem Grund versuchte er die Metropole so wenig wie möglich mit diesem Krieg zu konfrontieren. Der Einsatz muslimischer Soldaten anstatt Wehrpflichtiger aus der Metropole war hierfür ideal geeignet²⁶. So wurde trotz der Skepsis im Armeeministerium gegenüber einer »africanisation« der Einheiten und der Schwierigkeiten mit der Ausbildung der muslimischen Soldaten die verstärkte Rekrutierung von Muslimen als eine gute Lösung gesehen. Durch eine gezielte Kampagne sollte die Zahl der muslimischen Rekruten von 500 auf 3000 im Monat erhöht werden²⁷. Besonders die Hilfssoldaten gewannen so an Bedeutung. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Algerien Maurice Challe setzte in Absprache mit General de Gaulle durch, die Anzahl der Hilfssoldaten 1959 um 30 000 Mann zu

²⁴ Ministère des armées »terre«. Note sur la politique militaire musulmane de l'armée de terre, 1.12.1958, SHAT: 1 R 323/6.

²⁵ Ministère des armées »terre«. Note sur les sous-officiers et hommes de troupe FSNA, 26.12.1958, ibid.

²⁶ MANCERON, Les supplétifs dans la guerre d'Algérie, S. 25–27.

²⁷ Ministère des armées. Note relative au retour au service de 24 mois, 1.1.1958, SHAT: 1 R 321/11.

erhöhen²⁸. Der *plan Challe* beinhaltete auch den Aufbau von sogenannten *commandos de chasse*, leichten, mobilen Einheiten, die gezielt für die Suche nach den Kämpfern der ALN eingesetzt werden sollten. Da in diese Einheiten *harkis* integriert wurden, erklärte die Militärführung insbesondere deren Rekrutierung und Ausbildung zur obersten Priorität²⁹. Aus diesem Grund handelte Challe die Zielvorgabe aus, monatlich 3500 *harkis* zu rekrutieren³⁰. Wie aus einer Direktive der Militärführung des Sektors Collo hervorgeht, stellte die Rekrutierung der *harkis* die einzige Möglichkeit dar, die Truppenstärke auf einem »niveau souhaitable« zu halten, weshalb jeder Kommandeur dazu angehalten war, in besonderem Maße auf die Rekrutierung und Ausbildung der *harkis* zu achten³¹. Nur mithilfe der Hilfssoldaten konnten der militärische Druck erhöht und zugleich die Bevölkerung in der Metropole entlastet werden.

Die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten waren im Kontext der Integrationspolitik aus einem weiteren Grund für die Militärführung von Bedeutung. Für die psychologische Kriegsführung konnten sie im Rahmen der von de Gaulle angekündigten Reformen von großem Nutzen sein. Das innerhalb des Generalstabs der Armee für »actions psychologiques« zuständige Fünfte Büro griff den Integrationsgedanken auf, um auf das Potential der muslimischen Soldaten für die psychologische Kriegsführung hinzuweisen³². In der Verwirklichung des Integrationsgedanken innerhalb der Armee sah man die Möglichkeit, die Muslime innerhalb der Armee für die Idee der *Algérie française* zu gewinnen, um diese dann als Propagandainstrument einzusetzen. Man könne »le mouvement de confiance résultant des événements du 13 mai« nutzen, um »le ›harki-gamelle‹« in einen »partisan convaincu et propagandiste ardent de la cause qu'il sert« umzuwandeln, hieß es im Fünften Büro³³. Man ging davon aus, dass die Hilfssoldaten nicht aus Überzeugung für ein französisches Algerien in den Dienst der Armee eintraten, sondern da die Armee ihnen ihren »Fress-

28 Le général Maurice Challe, adjoint interarmées au général commandant en chef en Algérie, à monsieur le général d'armée, 11.12.1958, *ibid.*

29 Antony CLAYTON, *The Wars of French Decolonization*, London, New York 1994, S. 159.

30 Le général Maurice Challe, adjoint interarmées au général commandant en chef en Algérie, à monsieur le général d'armée, 11.12.1958, SHAT: 1 R 321/11.

31 Directive du commandement le 75^e régiment d'infanterie motorisée et le secteur de Collo. Orientation à donner à l'action de la force de l'ordre dans le secteur de Collo, 27.9.1959, SHAT: 1 H 3613/1.

32 Vgl. zum Aufbau und der Funktion des Fünften Büros Denis LEROUX, *Promouvoir une armée révolutionnaire pendant la guerre d'Algérie. Le Centre d'instruction pacification et contre-guérilla d'Arzew (1957–1959)*, in: *Vingtième siècle* 120 (2013), S. 101–112.

33 10^e région militaire corps d'armée de Constantine, cabinet civil, 5^e bureau. Note de service sur l'action psychologique à mener sur les *harkis*, 26.6.1958, SHAT: 1 H 3868/2.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

napf« vorsetzte. Im Integrationsgedanken wurde nun die Möglichkeit gesehen, die Hilfssoldaten mit gezielter Propaganda zu überzeugten Anhängern der *Algérie française* zu machen. Man wollte ihnen mithilfe von Fotos und Filmen vermitteln, dass Frankreich den muslimischen Glauben respektiere und dass sie in der Armee nicht gegen die muslimische Bevölkerung, sondern gegen Rebellen und für die algerische Bevölkerung kämpften. Zudem sollten ihre militärischen Vorgesetzten ihnen wiederholt ins Gedächtnis rufen, de Gaulle, der den Willen des gesamten französischen Volkes vertrete, habe versprochen, Algerien nie im Stich zu lassen³⁴. Mit dieser Argumentation wollten die Verantwortlichen im Fünften Büro die Hilfssoldaten davon überzeugen, dass sie im Namen der muslimischen Bevölkerung für die *Algérie française* kämpften.

Damit diese Propaganda bei den Muslimen in der Armee auf fruchtbaren Boden fallen konnte, musste dem Fünften Büro zufolge dort jedoch zunächst Gleichheit und Brüderlichkeit durchgesetzt werden. Die Verbundenheit der muslimischen Militärs zur *Algérie française* hänge entscheidend von der Atmosphäre in ihrer Truppe ab, es müsse eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens vorherrschen. Man konstatierte jedoch innerhalb der Armee eine Divergenz zwischen der Norm der Gleichheit und den real vorherrschenden Verhältnissen. Die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten würden nicht nur von den europäischen Soldaten exkludiert, sondern seien auch diskriminierenden Maßnahmen ausgesetzt. Aus diesem Grund ging die Order heraus, auf eine erhöhte Durchmischung im Truppenleben zu achten: Die muslimischen und die europäischen Soldaten sollten in gemeinsamen Schlafräumen untergebracht werden und es dürfe nicht mehr passieren, dass muslimische Soldaten als Dienstpersonal der europäischen fungierten³⁵. Nicht nur die muslimischen Soldaten selbst sollten so zu Verfechtern der *Algérie française* werden, sondern sie sollten zugleich als Multiplikatoren dienen. Man vertrat im Fünften Büro die Ansicht, dass ein *harki*, auch ohne sich dessen bewusst zu sein, durch seinen engen Kontakt zur muslimischen Bevölkerung und insbesondere durch seine familiären Bindungen die Ideen der *Algérie française* weitertragen könne³⁶. Die Hilfssoldaten waren somit für die Armee ein ideales Propagandainstrument.

Als Propagandainstrument gewannen die muslimischen Militärs insbesondere im September 1959 an Bedeutung, nachdem de Gaulle das Prinzip der Autodetermination verkündet hatte. Ohne einen genauen Zeitplan vorzulegen, kündigte de Gaulle an, der Bevölkerung Algeriens die Möglichkeit zu geben,

³⁴ Ibid.

³⁵ 10^e région militaire corps d'armée de Constantine, état-major, 5^e bureau. Note de service sur l'attitude à l'égard des FSNA dans les unités FSE, 14.5.1958, ibid.

³⁶ Ibid.

selbst über eine eventuelle Unabhängigkeit zu entscheiden³⁷. Spätestens nachdem de Gaulle dies angekündigt hatte, wurde es zur obersten Priorität, das Vertrauen der muslimischen Bevölkerung zu gewinnen. Diesem Zweck diene unter anderem die *opération Jumelles*, durch die die Bevölkerung dazu gebracht werden sollte, sich aktiv am Kampf gegen den FLN zu beteiligen³⁸. Die muslimische Bevölkerung sollte der Politik de Gaulles nicht nur ihr Vertrauen schenken, sondern dieses Vertrauen aktiv unter Beweis stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Anzahl der GAD ausgeweitet. Auf der Grundlage ethnologischer Studien und durch eine Propagierung der von de Gaulle auf den Weg gebrachten Reformen sollten Militärs systematisch Dorf für Dorf für Frankreich und den Kampf gegen den FLN gewinnen.³⁹ Die Anzahl der Hilfssoldaten, insbesondere der GAD und der *harkis*, sah man als Gradmesser dafür an, wie weit es gelungen war, die Bevölkerung für die Sache Frankreichs zu gewinnen. Oberst d'Esclaises, der Kommandant des Militärsektors Djidjelli fasste dies in einem Bericht mit folgenden Worten zusammen: »[L]e jour où les FSNA accepteront de ›s'engager‹ sans arrière-pensées, à nos côtés, comme harkis ou dans de nombreuses autodéfenses, ce jour-là, la guerre d'Algérie sera gagnée«⁴⁰. Man hoffte, das Rekrutieren möglichst vieler Hilfssoldaten würde sich auf das Ergebnis der Autodetermination auswirken.

D'Esclaises hielt jedoch in seinem Schreiben auch fest, dass das Ziel, alle Muslime Algeriens für die französische Seite zu gewinnen, trotz aller Maßnahmen zur Realisierung der Gleichheit und Brüderlichkeit in weiter Ferne liege⁴¹. Diese Einschätzung rührte nicht zuletzt daher, dass selbst innerhalb der Armee das Ideal der Gleichheit eine Illusion blieb, was insbesondere für die Hilfssoldaten galt. Die militärische Führung gab immer wieder Direktiven an alle Militärs aus, die Hilfssoldaten wie alle anderen Soldaten zu behandeln. Man müsse den

³⁷ Benjamin STORA, *Le mystère de Gaulle. Son choix pour l'Algérie*, Paris 2009, S. 15–29.

³⁸ Directive du commandement le 75^e régiment d'infanterie motorisée et le secteur de Collo. Orientation à donner à l'action de la force de l'ordre dans le secteur de Collo, 27.9.1959, SHAT: 1 H 3613/1.

³⁹ Opération jumelles, 3^e phase. Guide pour l'action, Sep. 1959, *ibid.*

⁴⁰ Le colonel d'Esclaises, commandant le secteur de Djidjelli, à monsieur le général commandant la 14^e division d'infanterie et la zone nord constantinois, état-major, 3^e bureau. Note sur l'autodéfenses et harkas, 9.5.1960, *ibid.*

⁴¹ Directive du commandement le 75^e régiment d'infanterie motorisée et le secteur de Collo. Orientation à donner à l'action de la force de l'ordre dans le secteur de Collo, 27.9.1959, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Hilfssoldaten als »un combattant à part entière et non comme un auxiliaire plus ou moins valable ou suspect dont on ne s'occupe pas suffisamment« ansehen⁴².

Allerdings konnten die Hilfssoldaten allein aufgrund ihrer rechtlichen Stellung nicht als »combattant à part entière« angesehen werden. Sie waren eben *Hilfssoldaten*. Dies galt insbesondere für die *harkis*, die den Status von Tagelöhnern hatten, von jeglichen Sozialleistungen ausgeschlossen waren und nur Jagdgewehre tragen durften⁴³. Die Militärführung war sich dieser Problematik bewusst. Nachdem die *harkas* innerhalb des *plan Challe* an Bedeutung gewonnen hatten, verbesserte man die Situation der *harkis* zwischen 1959 und 1961 mehrmals leicht. Ihr Lohn wurde etwas erhöht und man gestand ihnen nach einer gewissen Dienstzeit einige Tage Urlaub zu. Die wichtigste Neuerung war, dass Verletzungen als Arbeitsunfall angesehen werden konnten und die betroffenen *harkis* eine Invalidenrente beantragen konnten⁴⁴. Ihr Status blieb jedoch prekär, zumal die Neuerungen nur schlecht durchgeführt wurden. Der Divisionsgeneral Lennuyeux hielt in einem Schreiben an die Militärführung in Algerien im Juni 1961 fest, dass in seinem Zuständigkeitsbereich 338 *harkis* eine Invalidenrente beantragt hätten, jedoch keine ausgezahlt worden sei⁴⁵. Er warf mit diesem Schreiben die Frage auf, inwiefern die Militärführung selbst vom Integrationsgedanken überzeugt war.

Die militärische Führung wurde bei der Durchsetzung dieser Neuerungen nicht in erster Linie vom Integrationsgedanken geleitet, sondern verfolgte militärisch-strategische Ziele. Diese Maßnahmen wurden offensichtlich nötig, da sich die Rekrutierung der *harkis* schwierig gestaltete und die Zielvorgaben nicht erreicht wurden⁴⁶. Der militärische Führungsstab verwies im September 1960 darauf, dass die Kämpfer des FLN finanziell besser abgesichert seien als die *harkis*. Der Sozialdienst des FLN lasse der Ehefrau oder Mutter jedes Kämpfers monatlich 100 bis 150 Franc zukommen. Ein *harki* habe weniger finanzielle Mittel zur Versorgung seiner Familie zur Verfügung⁴⁷. Unter diesen Bedingungen sei es schwer, *harkis* zu rekrutieren, zumal diese durch den Wandel in der Algerienpolitik de Gaulles die Unabhängigkeit Algeriens fürchteten und sich

⁴² Ibid.

⁴³ AGERON, *Les supplétifs algériens*, S. 5f.

⁴⁴ CAZORLA, *Concept d'emploi*, S. 73–75.

⁴⁵ Le général de division Lennuyeux, commandant la région territoriale et le corps d'armée de Constantine, à monsieur le général commandant en chef des forces en Algérie, 14.6.1961, SHAT: 1 H 1397/7.

⁴⁶ Commandement en chef des forces en Algérie. Fiche sur l'état d'esprit des supplétifs, 24.9.1960, *ibid*.

⁴⁷ Commandement en chef des forces en Algérie. Fiche sur l'état d'esprit des supplétifs, problème de solde, 20.9.1960, *ibid*.

Sorgen um ihre Zukunft machten⁴⁸. Die Neuerungen sollten die Rekrutierung muslimischer Hilfssoldaten erleichtern. So konstatierte Lennuyeux in seinem regelmäßigen Bericht zur Situation der Muslime innerhalb der Armee, zur Rekrutierung von Hilfssoldaten könne nun auch auf die »campagnes ›accidents‹ et ›munitions‹« verwiesen werden⁴⁹.

Spätestens als die Muslime innerhalb der Armee begannen, sich wegen der Algerienpolitik des Präsidenten um ihre Zukunft zu sorgen, wurde deutlich, dass die Durchsetzung der Integrationspolitik innerhalb des Militärs für die militärische Führung nur von untergeordneter Bedeutung war. In der Führung wuchs die Furcht vor Deserteuren unter den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten. Die muslimischen Soldaten, sowohl die Hilfssoldaten als auch diejenigen, die in den regulären Einheiten dienten, sahen sich stets mit dem Generalverdacht konfrontiert, potentielle Deserteure zu sein. In der Tat bemühte sich der FLN, diese Soldaten zum Überlaufen zu bewegen. Er richtete sich gezielt mit Flugblättern an sie und übte Druck auf sie aus, wobei er die oftmals vorhandenen familiären Beziehungen nutzen konnte⁵⁰. Laut den Berichten der französischen Armee stieg die Anzahl der Deserteure im Jahre 1959 nach der Verkündung der Autodetermination leicht an. Der Großteil der Deserteure floh mit seinen Waffen, wodurch sich das Waffenlager des FLN vergrößerte. Zudem waren die Desertionen oftmals auch mit Sabotageakten verbunden und stellten somit ein hohes Sicherheitsrisiko für die Armee dar. Um dem entgegenzuwirken, entwickelte die militärische Führung ein spezielles Sicherheitssystem. Es sollten Informationen über die Persönlichkeit, die Gründe des Engagements, die politische Orientierung und über die familiäre Situation der einzelnen Soldaten gesammelt, die Waffen und Munition präventiv gut verschlossen und regelmäßige Kontrollen durchgeführt werden. Jeder einzelne Militär sollte innerhalb seiner Einheiten vor allem die muslimischen Hilfssoldaten und Wehrpflichtigen beobachten, Indizien sammeln und melden⁵¹. Diese Männer standen also unter ständiger Beobachtung. Die Überwachung wurde verstärkt, je mehr die Unzufriedenheit und die Unruhe unter den muslimischen Militärs zunahmen. Insbesondere als de Gaulle 1961 Verhandlungen mit dem FLN aufnahm und sich der Abzug der französischen Armee aus Algerien damit sehr deutlich abzuzeichnen begann, stieg die Anzahl der Deserteure erheblich an. Die politische Führung

48 Ibid.

49 Le général de brigade Lennuyeux, commandant la zone nord constantinoise et la 14^e division d'infanterie. Rapport semestriel sur le moral des FSNA, 8.6.1960, SHAT: 1 H 3868/2.

50 Vgl. hierzu [Kap. 2.4](#).

51 Région territoriale et corps d'armée de Constantine, état-major, 2^e bureau, 27.11.1959, SHAT: 1 H 3613/1.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

hatte ein Interesse daran, diese Schwächung der Armee zu unterbinden, da für de Gaulle eine starke Position in den Verhandlungen von Bedeutung war⁵². Aus diesem Grund wies die militärische Führung alle Offiziere darauf hin, wie wichtig es sei, die bereits bestehenden Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten⁵³.

Als de Gaulle den Weg in Richtung algerische Unabhängigkeit eingeschlagen hatte, stellten die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten zunehmend ein Hindernis dar. Nicht nur die Deserteure wurden zum Problem, sondern insbesondere in Bezug auf die Hilfssoldaten mussten sich die politischen und militärischen Verantwortlichen mit der Frage auseinandersetzen, wie im Falle eines Rückzugs der französischen Armee aus Algerien zu handeln sei. Sie verfolgten zunächst eine doppelte Strategie und setzten zugleich auf Demobilisierung und Aufwertung. Im Juni 1961 wurde zunächst ein Zeitplan zur Reduzierung der *harkis* vorgelegt⁵⁴. Zeitgleich arbeitete der Premierminister Maßnahmen aus, die die Stellung der *harkis* einerseits aufwerten, andererseits aber ihre Demobilisierung vorantreiben sollten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Maßnahmen waren Bildungsprogramme, um den *harkis* im Handwerk oder in der Verwaltung Stellen zu vermitteln⁵⁵. *Harkis* konnten sich freiwillig melden und durch Praktika in das Zivilleben zurückgeführt werden⁵⁶. Im Oktober und November 1961 reformierte die Regierung zudem den Status der *harkis*. Sie unterschrieben nun erstmals einen Vertrag für die Dauer von einem Monat, der monatlich verlängert wurde. Es wurde ein Mindestalter von 18 und ein Höchstalter von 50 Jahren festgelegt und zudem die physische Verfasstheit der Kandidaten überprüft⁵⁷. Allerdings wollte man nur zwei Drittel der *harkis* unter Vertrag nehmen⁵⁸, nutzte also auch diese Reform, um gleichzeitig ihre Anzahl zu reduzieren. Diese Doppelstrategie kann damit erklärt werden, dass unter den muslimischen Militärs insgesamt eine große Unruhe vorherrschte und die Verantwortlichen einen Anstieg der Zahl an Deserteuren fürchteten. So wurde in dem Rundschreiben, durch das der Generalstab im Juni 1961 die Reduzierung der *harkis* verkündete, darauf hingewiesen, dass aufgrund der »extrême sensi-

52 EVANS, Algérie, S. 300f.

53 Région territoriale et corps d'armée de Constantine, 11.3.1961, SHAT: 1 H 3613/1.

54 Commandement supérieur des forces en Algérie. Réduction des effectifs harkis au cours de l'année 1961, 27.6.1961, SHAT: 1 H 1260/1.

55 Région territoriale et corps d'armée d'Oran – 29^e division, état-major, 3^e bureau. Situation des harkis et aassès, 12.6.1961, *ibid*.

56 Commandement supérieur des forces en Algérie. Formation des harkis à des activités manuelles ou administratives, 19.8.1961, *ibid*.

57 AGERON, Les supplétifs algériens, S. 5f.

58 Commandement supérieur des forces en Algérie. Statut des harkis, 11.12.1961, SHAT: 1 H 1260/1.

bilité actuelle du moral des supplétifs« jegliche Maßnahmen mit großer Umsicht zu vermitteln seien⁵⁹.

Als der Waffenstillstand sich abzeichnete, intensivierte der Generalstab seine Bemühungen, die Hilfssoldaten zu demobilisieren. Bereits im November 1961 hielt man im Generalstab zu einem möglichen Waffenstillstand fest, dass zuvor für die Hilfssoldaten präzise Regelungen auszuarbeiten seien. Der Generalstab forderte weitere Vorschläge zur Demobilisierung ein. Die GAD sollten bis zu einem möglichen Waffenstillstand vollständig verschwunden und entwaffnet sein⁶⁰. Allerdings tat man sich von politischer Seite schwer, präzise Regelungen auszuarbeiten, was für Unruhe in der Militärführung sorgte. General Charles Ailleret, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Algerien, warnte die politischen Verantwortlichen im Februar 1962 vor einem überstürzten Waffenstillstand, da einige Probleme noch nicht in ausreichendem Maße geklärt seien, darunter die Zukunft der Muslime innerhalb der Armee⁶¹. Unter anderem diese ausdrückliche Warnung muss als Grund dafür angesehen werden, dass präzise Bestimmungen ausgearbeitet und noch vor Unterzeichnung des Waffenstillstands verkündet wurden. Der Armeeminister Pierre Messmer verkündete am 23. Februar 1962 die endgültigen Regelungen. Die Wehrpflichtigen gedachte der Minister bis zum Ablauf ihrer Wehrpflicht entweder weiterhin in der französischen Armee zu halten oder in die *force d'ordre locale*, die der provisorischen Regierung als französisch-algerische Einheit zur Verfügung gestellt werden sollte, zu integrieren, ebenso wie die Hilfspolizisten der GMS. Die Hilfssoldaten der SAS sollten entweder in die *centres d'aide administrative* eingegliedert werden, die die SAS ersetzten, oder sie sollten die Möglichkeit erhalten, einen Vertrag mit der Armee zu unterschreiben. Zuletzt wurde ihnen noch die Möglichkeit gegeben, nach Auszahlung einer Prämie in das Zivilleben zurückzukehren. Die *harkis* konnten zwischen drei Optionen wählen: Sie konnten ebenfalls bei entsprechender physischer Verfasstheit in die Armee eintreten, mit einer Prämie ins Zivilleben zurückkehren oder einen sechsmonatigen Vertrag als zivile Kraft der Armee unterschreiben und erst nach diesen sechs Monaten definitiv eine Wahl treffen⁶².

59 Région territoriale et corps d'armée d'Oran – 29^e division, état-major, 3^e bureau. Situation des harkis et aassès, 12.6.1961, *ibid*.

60 Le chef d'état-major général de la défense nationale. Note sur les dispositions concernant le cessez-le-feu, 14.11.1961, SHAT: 1 H 1264/1.

61 Centre opérationnel de défense. Note à l'attention du Premier ministre, 3.2.1962, *ibid*.

62 Le général de corps d'armée, commandement supérieur des forces en Algérie. Citation de P. Messmer, Feb. 1962, SHAT: 1 H 1260/1.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Diesen Regelungen messen einige Historiker Ageron folgend eine große Bedeutung zu und werten sie dahingehend, dass die französische Regierung sich durchaus vor der Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen mit der Frage nach der Zukunft der Hilfssoldaten beschäftigt hätte. Man sei in der französischen Regierung davon überzeugt gewesen, mit diesen Regelungen sowie mit dem in den Waffenstillstandsabkommen eingeschriebenen Amnestieabkommen für die Sicherheit und die Zukunft der Hilfssoldaten gesorgt zu haben⁶³. Das lange Zögern der Regierung, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, sowie das weitere Vorgehen der politischen Führung verdeutlichen jedoch, dass die Frage nach der Zukunft der Hilfssoldaten für die Regierung nur von niedriger Priorität war. Die ausgehandelten Maßnahmen dienten insbesondere dem Ziel, die Muslime innerhalb der Armee zu beruhigen. Messmer ordnete in einem Rundschreiben an die befehlshabenden Militärs an, alle Hilfssoldaten über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten, damit diese Entscheidungen über ihre Zukunft treffen könnten. Die Militärs sollten den Hilfssoldaten versichern, ihre »intérêts légitimes de soldat et de citoyen« würden gewahrt, unabhängig davon, für welche Möglichkeit sie sich entschieden⁶⁴. Mit diesen Worten erklärte Messmer zwar, auch die Hilfssoldaten als Soldaten und Bürger Frankreichs anzusehen. Seine Worte müssen jedoch im Kontext der Furcht der politischen und militärischen Führung vor einem massenhaften Überlaufen der Hilfssoldaten in die Reihen der ALN nach der Verkündung des Waffenstillstands gelesen werden.

Nach der Verkündung der Abkommen von Évian desertierten zahlreiche muslimische Soldaten und insbesondere Hilfssoldaten⁶⁵. Der Umgang mit Deserteuren blieb deshalb ein zentrales Thema. Die Frage bestimmte nach dem 19. März den Diskurs über die muslimischen Soldaten innerhalb der zur Überwachung der Waffenstillstandsabkommen eingerichteten *commission mixte du cessez-le-feu*. Der Oberkommandant der Streitkräfte in Algerien ordnete am

⁶³ Ein Amnestieabkommen wurde mit folgenden Worten in den Abkommen von Evian festgehalten: »Nul ne peut être inquiété, recherché, poursuivi, condamné ni faire l'objet de décision pénale, de sanction disciplinaire ou de discrimination quelconque, en raison d'actes commis en relations avec les événements politiques survenus en Algérie avant le jour de la proclamation du cessez-le-feu«, zitiert nach: Texte original des accords d'Évian, Déclaration des garanties, abgedruckt in: Redha MALEK, *L'Algérie à Evian. Histoire des négociations secrètes, 1956–1962*, Paris 1995, S. 331. Zu der Ansicht, die Regierung habe die Hilfssoldaten in Sicherheit gesehen, vgl. u. a. AGERON, *Les supplétifs algériens*; HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*.

⁶⁴ Le général de corps d'armée, commandement supérieur des forces en Algérie. Citation de P. Messmer, Feb. 1962, SHAT: 1 H 1260/1.

⁶⁵ Vgl. zur Anzahl an Deserteuren die Grafik »Désertions dans les unités FSNA (janvier–avril 1962)«, in: HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 301.

20. März, unmittelbar nach der Verkündung des Waffenstillstands, in einer Direktive an, Deserteure rigoros zu verfolgen, außer sie befänden sich bereits in von der ALN kontrollierten Gebieten. Nach der Aufforderung, sich zu ergeben, sei das Feuer auf die Deserteure zu eröffnen⁶⁶. Zudem wurde in den folgenden Wochen in der *commission mixte du cessez-le-feu* ausgehandelt, in den verschiedenen Einheiten der ALN, den *wilayas*, Flugblätter zu verteilen, um diese davon abzuhalten, Deserteure aufzunehmen⁶⁷. Zudem forderte die französische Vertretung innerhalb der Kommission die Auslieferung der Deserteure, die die ALN entgegen dieser Richtlinie aufgenommen hatte⁶⁸. Man machte somit auch nach den Abkommen von Évian deutlich, dass die Muslime in der französischen Armee als integraler Bestandteil der Armee anzusehen seien. Die Armee duldet kein Überlaufen in die Reihen der ALN.

Auf französischem Boden wollte man die Hilfssoldaten allerdings auch nicht sehen. Obwohl den Hilfssoldaten offiziell die Möglichkeit zur Ausreise nach Frankreich in Aussicht gestellt wurde, räumte die französische Regierung einer Integration der Hilfssoldaten in ein unabhängiges Algerien Priorität ein. Pervillé interpretiert die Ausbildungsprogramme sowie die finanziellen Anreize durch die Prämien entsprechend⁶⁹. In Rundschreiben innerhalb des Militärs tauchte zudem bereits vor den Abkommen von Évian immer wieder folgender Satz auf: »Il convient favoriser de préférence retour volontaire à vie civile sinon admission dans armée régulière des harkis qui en expriment désir«⁷⁰. Die Hilfssoldaten sollten dazu bewogen werden, sich für eine Rückkehr in ihr altes Leben in Algerien zu entscheiden. Allerdings sollte die Armee deren Schutz ebenso wie den Schutz aller anderen Muslime, die die Französische Republik in Algerien unterstützt hatten, gewährleisten, wenn nötig auch durch eine Ausreise in die Metropole. Der Staatsminister für algerische Angelegenheiten Louis Joxe wandte sich am 7. April an den Hochkommissar der Republik in Algerien, um diesen darauf hinzuweisen, dass in den kommenden Wochen und Monaten damit zu rechnen sei, dass sich Personen, die sich entweder innerhalb der Armee oder innerhalb der Verwaltung auf der französischen Seite engagiert hatten, in besonderem Maße bedroht fühlten und um Schutz für sich selbst sowie für ihre Familien bitten würden. Man dürfe nicht zögern »ceux qui se

⁶⁶ Région territoriale et corps d'armée de Constantine, état-major, 2^e et 3^e bureau, 20.3.1962, SHAT: 1 H 2982/1.

⁶⁷ Message du corps d'armée de Constantine sur le fonctionnement de la commission mixte du cessez-le-feu, 25.4.1962, *ibid.*

⁶⁸ Message sur le fonctionnement de la commission mixte du cessez-le-feu, 19.5.1962, *ibid.*

⁶⁹ PERVILLÉ, La tragédie des harkis, S. 64–66.

⁷⁰ Message génésuper Reghaia, 4.3.1962, SHAT: 1 H 2772/3.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

trouveraient effectivement menacés« zu beschützen und gegebenenfalls auch nach Frankreich zu bringen⁷¹. Um sie zu schützen, war demnach auch für die Hilfssoldaten eine Ausreise nach Frankreich vorgesehen.

Allerdings sah die Regierung lediglich eine Ausreise der Hilfssoldaten im Fall einer Bedrohung vor, nicht eine Repatriierung als französische Staatsbürger. Die Repatriierung der europäischen Siedler hatte die Regierung vorausschauend bereits 1961 geregelt. Am 26. September 1961 trat die sogenannte *loi Boulin* in Kraft, derzufolge alle in Übersee lebenden Franzosen, die sich durch politische Ereignisse gezwungen sahen, ein Territorium zu verlassen, das zuvor französisches Staatsgebiet oder französisches Protektorat gewesen war, als Repatriierte anzusehen seien⁷². Dieser Definition folgend galten auch die Muslime als Repatriierte, vorausgesetzt, man sah sie als französische Staatsbürger an. Aufgrund der sich abzeichnenden Bedrohung für die Muslime, die sich auf die Seite Frankreichs gestellt hatten, kam in der Regierung die Frage auf, inwiefern das Gesetz auch für Muslime gelte. So zog Joxe in Betracht, muslimische Abgeordnete und Beamte könnten von den Regelungen der *loi Boulin* in gleichem Maße wie die »Français de souche européenne« profitieren⁷³. Ailleret machte sich währenddessen für die muslimischen Berufssoldaten stark und machte in einem Rundschreiben vom 8. April 1962 klar, dass diese von den gleichen Rechten und Vorteilen profitieren würden wie alle anderen Soldaten Frankreichs. Demzufolge könnten sie auch eine Versetzung nach Frankreich beantragen⁷⁴.

Für die Hilfssoldaten blieb die Frage der möglichen Ausreise nach Frankreich zunächst noch ungeklärt. Eine interministerielle Kommission, die am 10. April 1962 ihren ersten Bericht vorlegte, sollte diese Frage klären. Der Präsident der Kommission, Michel Massenet, betonte in diesem Bericht, die Klärung der Frage, ob die Hilfssoldaten als französische Bürger von den Maßnahmen der *loi Boulin* profitieren könnten, sei nicht die Aufgabe der Kommission gewesen. Er rückte die reale Bedrohung der Hilfssoldaten in den Vordergrund. Aufgrund der derzeitigen Bedrohung sei damit zu rechnen, dass einige Tausend *harkis* sowie *moghaznis* »en nombre important« nach Frankreich kommen würden. Es wurde die Frage erörtert, wie diese in Algerien zu beschützen seien

71 Le ministre d'État chargé des affaires algériennes à monsieur le haut-commissaire de la République en Algérie, 7.4.1962, AN: vers. 19910467/2.

72 SCIOLODO-ZÜRCHER, *Les harkis*, S. 91.

73 Le ministre d'État chargé des affaires algériennes à monsieur le haut-commissaire de la République en Algérie, 7.4.1962, AN: vers. 19910467/2.

74 Le général de corps d'armée Ailleret, commandant supérieur des forces en Algérie. Note de service sur les dispositions concernant les personnels troupes FSNA sous contrat, 6.4.1962, SHAT: 1 H 1260/1.

und wie die Ausreise nach Frankreich vonstatten gehen solle. Massenet machte klar, dass der Schutz nur eingeschränkt gewährleistet werden könne, und zwar nur, wenn schnell gehandelt würde. Noch vor der Autodetermination müsse das Problem geregelt werden. Er schlug vor, die Hilfssoldaten zunächst in den ehemaligen Internierungslagern unterzubringen und dort für deren Schutz zu sorgen. Es wurde hervorgehoben, dass Hilfssoldaten als »réfugiés« zu behandeln seien. Erst nach ihrer Ankunft in Frankreich könne darüber nachgedacht werden, ob sie den Status als Repatriierte erhalten sollten. Auf jeden Fall kam die Kommission zu dem Schluss, dass das Problem der Hilfssoldaten unabhängig vom Problem der Repatriierung europäischer Siedler zu lösen sei⁷⁵. Massenet empfahl, die bedrohten Hilfssoldaten zu Flüchtlingen zu erklären. Gemäß der im Jahre 1951 auf einer UN-Sonderkonferenz in Genf verabschiedeten Flüchtlingskonvention gilt eine Person als Flüchtling, die »aus der begründeten Furcht vor Verfolgung [...] sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, [...] oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte«⁷⁶. Den Hilfssoldaten wurde so die französische Staatsbürgerschaft abgesprochen, bevor sie diese mit der Unabhängigkeit Algeriens tatsächlich verloren. Massenet setzte auf die Eigeninitiative der bedrohten Hilfssoldaten. Diejenigen, die sich akut bedroht fühlten, sollte nicht das Militär nach Frankreich bringen, sondern sie sollten sich selbst auf den Weg nach Frankreich machen, um dort den Flüchtlingsstatus beantragen zu können. Massenet wusste jedoch, auf welche Hindernisse die Hilfssoldaten so treffen würden. Obwohl seit 1947 offiziell Reisefreiheit zwischen Algerien und der Metropole herrschte und dies auch in den Abkommen von Évian bestätigt worden war, waren der französische Innenminister sowie der Minister für algerische Angelegenheit daran interessiert, die ansteigende Arbeitsmigration einzuschränken. Bereits seit November 1961 forderte man an der französischen Grenze von den einreisewilligen algerischen Muslimen ein »certificat d'héber-

75 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

76 UNHCR, Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen, 28.7.1951. Artikel 1, A2, http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK_Pocket_2015_RZ_final_ansicht.pdf (26.2.2020).

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

gement«⁷⁷. Massenet empfahl der Regierung, zum Prinzip der Reisefreiheit zurückzukehren, um den Hilfssoldaten so bei Bedarf die Flucht zu erleichtern⁷⁸.

Massenet stieß mit seinem Vorschlag jedoch auf den Widerstand des Innenministeriums. Bereits zwei Tage nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hatte, war aus dem Innenministerium zu hören, dass es wegen des beunruhigenden Anstiegs der Arbeitsmigration strenge Kontrollen geben müsse. Das Innenministerium warnte davor, das Problem der »individus menacés« mit der Arbeitsmigration zu vermischen, und plädierte dafür, die bestehenden Regelungen aufrechtzuerhalten und die Rettung der »individus menacés« dem Ministerium für algerische Angelegenheiten zu überlassen⁷⁹. Der Generaldirektor der Sûreté nationale Jacques Aubert wandte sich schließlich direkt an Massenet und sprach sich dafür aus, so wenigen Hilfssoldaten wie möglich die Ausreise zu ermöglichen. Es sei in Algerien eine Entspannung zu beobachten, weshalb nur wenige hundert demobilisierte Hilfssoldaten in Frankreich in Sicherheit zu bringen seien. Zudem müsste es zunächst dem Gouvernement provisoire de la République algérienne (GPRA) überlassen werden, eventuell vorhandene Spannungen zu lösen. Nur so könne eine ernsthafte Zusammenarbeit zwischen dem französischen und dem zukünftigen algerischen Staat gewährleistet werden. Die Abkommen von Évian müssten strikt eingehalten werden⁸⁰. Im Innenministerium schloss man demnach die Rückkehr zur Reisefreiheit aus und plädierte für eine kontrollierte Ausreise einer sehr begrenzten Anzahl an Hilfssoldaten.

Der Grund dafür, dass man im Innenministerium möglichst wenig Hilfssoldaten in Frankreich sehen wollte, lag nicht nur am Anstieg der Arbeitsmigration. Aubert verwies auch auf die Gefahr, dass »mouvements extrémistes« demobilisierte Hilfssoldaten instrumentalisieren und so das politische Gleichgewicht in Frankreich zerstören könnten⁸¹. Er sprach hier eine Furcht an, die viele in Frankreich teilten: die mögliche Instrumentalisierung der muslimischen Militärs durch die Terrororganisation OAS, die mithilfe von Attentaten sowohl in Algerien als auch in Frankreich versuchte, die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern. Es wurde befürchtet, nach Frankreich kommende Hilfssoldaten

⁷⁷ Amelia H. LYONS, French or Foreign? The Algerian Migrants' Status at the End of the Empire, in: *Journal of Modern European History* 12 (2014), S. 126–145, hier S. 129.

⁷⁸ Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

⁷⁹ Note pour monsieur le directeur général de la Sûreté nationale, 12.4.1962, *ibid.*

⁸⁰ Jacques Aubert an Michel Massenet, 25.4.1962, *ibid.*

⁸¹ *Ibid.*

könnten dort den Terror anheizen.⁸² Mit der Ausreisegenehmigung für Hilfssoldaten helfe man »un part du pire en France qui veut cela pour terminer sur un constat de faillite le chapitre de l'histoire de notre République«, schrieb Aubert⁸³. Er sprach sich so aus politischen Gründen dafür aus, so wenige Hilfssoldaten wie nur möglich nach Frankreich zu bringen. Diejenigen, die tatsächlich nicht in Algerien bleiben könnten, sollte die Armee »avec de larges moyens [...] *mais avec discrétion*« nach Frankreich bringen⁸⁴. Er schätzte die Bedrohung der Hilfssoldaten innerhalb Algeriens als gering ein und die Gefahr, die Hilfssoldaten könnten sich von Verteidigern eines französischen Algerien instrumentalisieren lassen, als groß. Im noch in Algerien stationierten Militär waren Stimmen zu hören, die seine Einschätzungen teilten. Der Präfekt des Departements Constantine betonte im April, dass derzeit keine Bedrohung für die Hilfssoldaten bestehe, und verwies gleichzeitig auf konkrete Aktivitäten von Offizieren, in erster Linie ehemaliger SAS-Offiziere, die außerhalb des offiziellen Weges Hilfssoldaten nach Frankreich brachten. Er schrieb diese Aktivitäten in die Kontexte politischer Aktivitäten der Verteidiger der *Algérie française* ein und betonte, dass diese »anciens supplétifs difficilement réadaptable à la vie civile« sehr leicht zur Beute von Extremisten werden könnten⁸⁵.

Massenet verteidigte im Mai gegenüber den Zweiflern seinen Plan, die Reisefreiheit zwischen Algerien und Frankreich zu gewährleisten, um so den Hilfssoldaten die Flucht nach Frankreich zu ermöglichen. Man müsse sich so keine Gedanken mehr darüber machen, ob die *loi Boulin* anzuwenden sei, sondern könne den Hilfssoldaten den Flüchtlingsstatus zuschreiben⁸⁶. Er konnte sich jedoch mit seinen Forderungen nicht durchsetzen. Der Minister für algerische Angelegenheiten Louis Joxe hatte dem Militär bereits die Order gegeben, unter den muslimischen Militärs »des personnes, en nombre limité, particulièrement menacées« ausreisen zu lassen⁸⁷. Gegenüber dem Hochkommissar der Republik in Algerien präzisierte Joxe, dass eine Liste der Betroffenen anzufertigen sei, allerdings erst nachdem alle Möglichkeiten, sie in Algerien ins Zivilleben zu integrieren, ausgeschöpft seien. Zudem betonte er, dass keine Ausreise ohne seine Zustimmung und ohne die Gewährleistung einer zufriedenstellen-

82 Vgl. zur Furcht vor einer Instrumentalisierung durch die OAS [Kap. 2.6](#).

83 Note pour monsieur le directeur général de la Sûreté nationale, 12.4.1962, AN: vers. 19910467/2.

84 Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

85 Préfet constantinois au ministre des Affaires algériennes, 11.4.1962, *ibid.*

86 Note explicative à l'attention de monsieur le directeur général de la Sûreté nationale, 3.5.1962, *ibid.*

87 Le ministre d'État chargé des affaires algériennes à monsieur le ministre de l'Intérieur, 18.4.1962, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

den Aufnahme in der Metropole möglich sei⁸⁸. Die *loi Boulin* fand für die Hilfssoldaten keine Anwendung. Ihre Ausreise wurde nicht wie bei den europäischen Siedlern als Selbstverständlichkeit angesehen. Gleichzeitig entschieden sich die Verantwortlichen jedoch auch nicht dafür, ihnen die Flucht nach Frankreich zu ermöglichen und ihnen dort den Status von Flüchtlingen zuzuerkennen. Nur unter strenger Kontrolle sollten die Hilfssoldaten nach Frankreich gelangen, was mit sicherheits- und außenpolitischen Überlegungen begründet wurde. Man war darauf bedacht, den Waffenstillstand einzuhalten und die Beziehungen zu dem neuen algerischen Staat auf eine gute Grundlage zu stellen. Zugleich wurde eine strenge Limitierung und Kontrolle der Einreise von Muslimen nach Frankreich für notwendig erachtet, um zum einen die Arbeitsmigration zu beschränken und, zum anderen den Kräften der OAS keine Rekrutierung von Hilfssoldaten zu ermöglichen.

Diese außen- und sicherheitspolitischen Gründe erklären das Zögern der Regierung, Hilfssoldaten in Frankreich aufzunehmen. Sie beantworten jedoch nicht die Frage, ob man in der Regierung die Bedrohungslage für die Hilfssoldaten tatsächlich als gering einschätzte oder ob man diese Bedrohung den außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen unterordnete. Im Abschlussbericht der interministeriellen Kommission wies Massenet ausdrücklich auf die akute Bedrohung der Hilfssoldaten hin. Zudem muss konstatiert werden, dass bereits zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen über die Zukunft der Hilfssoldaten geführt wurden, immer mehr Berichte über Repressalien eingingen. So berichtete der Kommandant der Streitkräfte von Oran in einem Schreiben von einem Grab, in dem mehrere Leichen von ehemaligen Hilfssoldaten gefunden worden waren, und schrieb, dass sich solche Ereignisse häuften und dringend dagegen vorgegangen werden müsse. Es sei »pour le moral et la discipline des cadres et de la troupe« unerlässlich, dass man sich an den GPRA wende und eine offizielle Verurteilung solcher Verbrechen fordere⁸⁹. Gemäß dem von Aubert formulierten Prinzip, die Einhaltung der Abkommen von Évian habe Priorität und es liege in erster Linie am GPRA, gegen Repressalien vorzugehen, wurde diese Angelegenheit den algerischen Behörden vorgelegt. Die Repressalien wurden auf die Tagesordnung der *commission mixte du cessez-le-feu* gesetzt. Die französischen Vertreter der Kommission konstatierten wiederholt, die Vertreter des FLN aufgefordert zu haben, solche Racheakte zu unterbinden. Die französischen Vertreter der Kommission aus Geryville in der *wilaya V* berichteten Anfang Juni, sie hätten erfolgreich mit den Vertretern des FLN über dieses

⁸⁸ Ibid.

⁸⁹ Le général de corps d'armée Cantarel commandant la région territoriale et le corps d'armée d'Oran. Crimes commis par des éléments de l'ALN, 2.5.1962, SHAT: 1 H 1794/1.

Problem verhandelt und die ALN habe sich verpflichtet, Racheakte gegen ehemalige Militärs der französischen Armee nicht mehr zuzulassen⁹⁰.

Durch solche Appelle wurden jedoch die Übergriffe nicht verhindert. Wie von der interministeriellen Kommission unter Leitung Massenets befürchtet, eskalierte die Lage insbesondere nach der Unabhängigkeitserklärung Algeriens im Juli 1962 und die Berichte über Vergehen an den ehemaligen Hilfssoldaten häuften sich. Angesichts dieser Welle von Gewalt rückte die französische Regierung zunehmend von ihrer zuvor beschlossenen Leitlinie ab. Es wurde deutlich, dass mehr Muslime nach Frankreich gebracht werden müssten als zuvor vermutet. Die Leitlinie, die muslimischen Hilfskräfte so weit wie möglich in ein unabhängiges Algerien zu integrieren, ließ sich nicht mehr aufrechterhalten. Ageron zeigt auf, dass die Behörden ab dem Sommer 1962 immer mehr Hilfssoldaten die Genehmigung erteilten, nach Frankreich auszureisen. Konnten diese glaubhaft versichern, dass sie ernsthaft bedroht waren, wurden sie – zusammen mit ihren Familien – in vom französischen Militär zur Verfügung gestellten Lagern untergebracht, in welchen sie auf ihre Ausreise nach Frankreich warteten⁹¹. Mit diesem Vorgehen entfernte sich die französische Regierung von der Politik, die auf eine strikte Einhaltung der Abkommen von Évian abzielte. Man war auch weiterhin bemüht, mit der algerischen Regierung zu kooperieren. Messmer forderte im Juli 1962 den Minister für algerische Angelegenheiten auf, Druck auf die algerischen Behörden auszuüben, damit die Racheakte unterbunden würden⁹². Gleichzeitig nahm jedoch das französische Militär aufgrund der anhaltenden Übergriffe auf Hilfssoldaten zunehmend auch Konflikte mit der algerischen Seite in Kauf, wenn es darum ging, diese Übergriffe zu verhindern. Im August 1962 bestanden die Schutzmaßnahmen nicht mehr ausschließlich darin, die Schutzsuchenden in den französischen Militärstützpunkten aufzunehmen und gegebenenfalls die Ausreise nach Frankreich zu organisieren. Das Militär ging dazu über, die bedrohten Familien aus den Dörfern in die Militärlager zu eskortieren, wobei die Soldaten ausdrücklich angewiesen waren, diese Familien nicht der ALN zu übergeben, die eventuell das betreffende Gebiet kontrollierte. Sollten die Soldaten der ALN auf die Auslieferung bestehen, sollte im Zweifelsfall die zuständige *commission mixte* kontaktiert werden⁹³.

90 Gènesuper Reghaia sur les activités des commissions mixtes du cessez-le-feu pour le 21 au 28 mai, 2.6.1962, SHAT: 1 H 2982/1.

91 AGERON, Le drame des harkis en 1962, S. 4.

92 Le ministre des Armées à monsieur le ministre d'État chargé des affaires algériennes, 19.7.1962, SHAT: 1 H 1260/2.

93 Commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie. Regroupements familles FSNA sous contrat volontaires pour mutation France, 17.8.1962, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Während das Militär vor Ort seine Bemühungen intensivierte, die Hilfssoldaten und deren Familien in Sicherheit zu bringen, versuchten gleichzeitig die politisch Verantwortlichen die Ausreise weiter zu beschränken. Die muslimische Bevölkerung verlor mit der Unabhängigkeit Algeriens die französische Staatsbürgerschaft. Am 21. Juni hatte das Komitee für algerische Angelegenheiten beschlossen, dass die »*Français civils de statut local*« mit der Unabhängigkeit Algeriens ihre Staatsbürgerschaft verlieren würden, wenn sie diese nicht vor dem 3. Juli beantragten. Diese Regelung wurde am 21. Juli dahingehend geändert, dass die französische Staatsbürgerschaft lediglich auf dem französischen Territorium beantragt werden konnte⁹⁴. So wurden die Hilfssoldaten, die nun um eine Ausreise nach Frankreich baten, auch offiziell nicht mehr als französische Staatsbürger angesehen. Von de Gaulle persönlich wurde schließlich der Status der Hilfssoldaten geklärt. Er soll am 25. Juli 1962 im Ministerrat folgende Worte geäußert haben: »Le terme de rapatriés ne s'applique évidemment pas aux musulmans: ils ne retournent pas dans la terre de leurs pères! Dans leur cas, il ne saurait s'agir que de réfugiés!«⁹⁵ Diese Einstellung schlug sich im Umgang mit den schutzsuchenden Hilfssoldaten nieder. Den Hilfssoldaten, die um eine Ausreisegenehmigung gebeten hatten, bot das noch in Algerien stationierte französische Militär zunächst Schutz in Militärslagern vor Ort. Teils verharren die Hilfssoldaten bis zu ihrer Abreise in den gleichen Lagern wie die europäischen Siedler, die ebenfalls auf ihre Ausreise warteten. Allerdings machten die Verantwortlichen durch eine getrennte Unterbringung sowie eine grundverschiedene Behandlung der Europäer und der Hilfssoldaten deutlich, dass Letztere nicht als *rapatriés* angesehen wurden. Im Militärlager von Labat achtete man strikt auf eine räumliche Trennung zwischen Europäern und Muslimen. Es gab innerhalb des Lagers eine Unterbringung für europäische Siedler, die auf ihre Repatriierung warteten. Die ausreisewilligen muslimischen Hilfssoldaten wurden hingegen in einem Schuppen außerhalb des Lagers untergebracht. Während die europäischen Siedler auf Feldbetten oder Stockbetten untergebracht waren und dort über Kissen, Decken und Laken verfügten, wurden für die Muslime wenige Feldbetten und hauptsächlich einfache Matratzen sowie einfache Decken zur Verfügung gestellt. Auch bei der Versorgung wurden Unterschiede gemacht. Während die europäischen Siedler sich in einem Speisesaal selbst bedienen durften, bekamen die Muslime Essensrationen zugeteilt⁹⁶.

94 SCIOLDO-ZÜRCHER, *Les harkis*, S. 93.

95 Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. I: *La France redevient la France*, Paris 1994, S. 196.

96 Commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie, *Organisation des centres d'hébergement du camp Labat*, 4.8.1962, SHAT: 1 H 2789/6.

Da Militär und Politik in Frankreich nicht auf die große Anzahl an Ausreiseträgern von Hilfssoldaten vorbereitet waren, waren die Aufnahmekapazitäten sowohl in Algerien als auch in Frankreich schnell ausgeschöpft. Daher forderte Messmer die Militärs vor Ort auf, die Schutzbedürftigkeit genauer zu überprüfen. Er sah weiterhin nur »quelques rares individus« als tatsächlich bedroht an und unterstellte den Hilfssoldaten, die Gelegenheit zu nutzen, um von einer Ausreise nach Frankreich wirtschaftlich profitieren zu können⁹⁷. Aus diesem Grund versuchte man in den Regierungen, Kriterien auszuarbeiten, um tatsächlich bedrohte Hilfssoldaten von Algeriern zu unterscheiden, die auf der Suche nach Arbeit nach Frankreich einreisen wollten. So schlug man vor, alleinreisenden Familienvätern die Ausreise zu verwehren, da diese kaum als bedroht angesehen werden könnten, wenn sie bereit seien, ihre Familie zurückzulassen. Mit dem Argument, die Ressourcen seien ausgeschöpft, wurde auch der Flüchtlingsstatus der Hilfssoldaten immer weiter ausgehöhlt. Die Anzahl an Hilfssoldaten in Frankreich sollte nicht nur begrenzt werden, indem die Schutzbedürftigkeit genau untersucht wurde, sondern ihre Ausreisegenehmigung wurde zusätzlich an Kriterien der Verwertbarkeitslogik gekoppelt. So sollten weitere Kosten für den Staat vermieden werden, indem Hilfssoldaten, die dauerhaft auf staatliche Hilfe angewiesen sein könnten, die Ausreise verwehrt werden sollte. Es wurde die Leitlinie formuliert, Personen, die aufgrund ihres zu hohen Alters oder körperlicher Gebrechen nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren seien, ebenso abzuweisen wie Familien, die den Anschein erweckten, mit ihren Kindern überfordert zu sein, und junge Mädchen, die alleine auszureisen gedachten. All diese Personen würden nach ihrer Ausreise entweder von der »charité publique« leben oder als Prostituierte enden, war in einem internen Schreiben der Militärführung zu lesen⁹⁸. Mit diesen Überlegungen rückte man in der Regierung die Ausreise der Hilfssoldaten in den Kontext der Arbeitsmigration. Nach der Unabhängigkeit Algeriens war man in noch größerem Maße darauf bedacht, die Einwanderung von Algeriern strenger zu kontrollieren und nur Personen ins Land zu lassen, die in Frankreich als Arbeiter benötigt wurden⁹⁹. Die Ausreise der Hilfssoldaten wurde nun der gleichen Logik unterworfen.

Spätestens mit diesen Überlegungen der Militärführung wird deutlich, wie sehr man von der Idee, die Hilfssoldaten seien »Français à part entière«, abgerückt war. Selbst als Flüchtlinge wurden sie einer Verwertbarkeitslogik unter-

⁹⁷ Le ministre des Armées à monsieur le ministre d'État chargé des affaires algériennes, 19.7.1962, SHAT: 1 H 1260/2.

⁹⁸ Bureau du moral. Recasement des supplétifs et civils FSNA menacés, ohne Datum, *ibid.*

⁹⁹ WEIL, La France, S. 65.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

worfen. Sie waren zwar 1958 wie alle Muslime Algeriens politisch gleichgestellt geworden, gleichwohl waren sie »Français de statut civil de droit local« geblieben. Zwar galt die Leitlinie, die muslimischen Militärs und auch die Hilfssoldaten sollten innerhalb der Armee diesen Status nicht zu spüren bekommen. Dieses Ideal wurde jedoch nie erreicht. Dies lag daran, dass die Idee, den Universalismus auf Algerien zu übertragen, in erster Linie aus militärisch-strategischen Überlegungen geboren war und ein Instrument der psychologischen Kriegsführung darstellte. Weder die politische noch die militärische Führung setzte sich mehrheitlich aus wirklicher Überzeugung für den Geist der Gleichheit und der Brüderlichkeit ein. So wurde die Integrationsidee anderen militärisch-strategischen Zielen untergeordnet, was der Umgang mit den Hilfssoldaten verdeutlichte. Entgegen offizieller Verlautbarungen wurden diese nicht als »combattant à part entière« angesehen und in diesem Sinne auch nicht wie französische Staatsbürger behandelt. Vielmehr kann dem britischen Historiker Neil MacMaster folgend von »soldats-sujets« gesprochen werden¹⁰⁰. Die muslimischen Militärs hatten zwar nach 1958 die politischen Rechte von französischen Staatsbürgern, sie wurden jedoch weiterhin wie koloniale Subjekte behandelt, derer sich die politische und die militärische Führung bedienten, um die Unabhängigkeitsbewegung zu unterdrücken.

2.3 »Harkis« als Sinnbild der »mission civilisatrice« und Waffe im Kampf für die »Algérie française«

Nicht die politische und militärische Führung war in erster Linie für die Realisierung des Ideals der Gleichheit und Brüderlichkeit innerhalb der Armee zuständig, sondern die Offiziersebene. Laut dem Fünften Büro sollten die Offiziere diese Ideale möglichst verinnerlichen und sie ihren Untergebenen vorleben, um so »l'amalgame intégral dans leur unité« zu realisieren. Auf allen Führungsebenen sollten die militärischen Vorgesetzten als Beispiel vorangehen. Bei Nichtbeachtung drohte die Militärführung mit exemplarischen Strafen¹⁰¹. Viele Offiziere mussten nicht ermahnt werden, diese Ideen innerhalb der Armee durchzusetzen. Sie hatten auf die Reformen von 1958 gewartet. Dies galt in besonderem Maße für die Offiziere der 1955 gegründeten SAS. Diese nahmen innerhalb des Militärs eine besondere Rolle ein. Sie hatten neben einer militärischen Funktion auch die Aufgabe, gegen den mangelhaften Ausbau der Verwaltung im Land vorzugehen und die vorherrschende Misere der Bevölkerung zu

100 MACMASTER, L'idéologie des officiers, S. 36.

101 10^e région militaire corps d'armée de Constantine, cabinet civil, 5^e bureau. Note de service sur l'action psychologique à mener sur les harkis, 26.6.1958, SHAT: 1 H 3868/2.

mildern. Zu diesem Zweck wurden den SAS-Offizieren Ärzte und Lehrer an die Seite gestellt, die sich um die medizinische Versorgung und die Bildung der Bevölkerung kümmerten. Sie hatten somit einen sehr engen Kontakt zur Bevölkerung¹⁰².

Der SAS-Offizier Jean-Yves Alquier verließ seinen Posten bereits 1957 wieder und ging nach Paris zurück, wo er unter dem Titel »Nous avons pacifié Tazalt« sein Marschtagebuch veröffentlichte¹⁰³. Alquier beschrieb darin, wie er bereits 1957 auf politische Reformen hoffte¹⁰⁴. Für ihn war seine Aufgabe als SAS-Offizier, einen Entwicklungsprozess in Algerien einzuleiten, und er schrieb seinen Hilfssoldaten in diesem Prozess eine bedeutende Rolle zu. Alquier widmete sein Marschtagebuch seinen »amis français musulmans qui, chaque jour, risquent leur vie par fidélité à la France, et poursuivent sans relâche la lutte contre la rébellion«¹⁰⁵. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieses »freundschaftliche Verhältnis« bedeutete, dass er den Hilfssoldaten auf Augenhöhe begegnete. Er bezeichnete sich selbst als ihr »père« und sprach sich und seinen Kollegen die Rolle der »officiers frères aînés« zu¹⁰⁶. Aus diesen Worten spricht ein ungewöhnlich hohes Maß an Paternalismus. Innerhalb der streng hierarchischen militärischen Struktur ist das Verhältnis der Offiziere zu ihren Soldaten stets paternalistisch geprägt. Allerdings lässt sich MacMaster folgend an dem Umgang vieler Offiziere mit den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten wie bei Alquier ein Paternalismus rassistischer Prägung konstatieren, der ihrem Diskurs von Integration und Gleichheit diametral entgegenstand. Sie sprachen sich einen Erziehungsauftrag für die muslimischen Hilfssoldaten zu. Sie sahen sie mit dem Blick »zivilisierter« Offiziere, die sich zum Ziel gesetzt hatten, den »unzivilisierten« muslimischen Hilfssoldaten dem Modernisierungsgedanken folgend ihre westliche Lebensweise nahezubringen und sie dementsprechend zu zivilisieren¹⁰⁷.

Während Alquier die Zivilisierung der muslimischen Bevölkerung als seine Mission ansah, zweifelten andere Offiziere an der Realisierbarkeit der Reformen de Gaulles. Der Südfranzose Thadée Chamski verarbeitete seine Kriegserfahrungen als Offizier im Algerienkrieg in dem im Jahre 1961 veröffentlichten Roman »La harka«¹⁰⁸. Er beschrieb darin, wie die Offiziere gemein-

102 MATHIAS, *Les sections administratives*, S. 153–185.

103 Jean-Yves ALQUIER, *Nous avons pacifié Tazalt*, Paris 1957.

104 *Ibid.*, S. 182.

105 *Ibid.*, Widmung.

106 *Ibid.*, S. 136, 186.

107 MACMASTER, *L'idéologie des officiers*, S. 40–42.

108 Thadée CHAMSKI, *La harka*, Paris 1961.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

sam mit den muslimischen Militärs für die Umsetzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen zuständig gewesen seien. Seiner Romanfigur Philippe Mercier, Kommandant einer *harka*, schrieb er ein sehr enges Vertrauensverhältnis zu seinen Hilfssoldaten zu. Er habe mit ihnen die »joie créatrice« beim Aufbau einer neuen Gesellschaft geteilt, für die sie die Bevölkerung gewinnen wollten¹⁰⁹. Er selbst habe durch seine *harkis* gelernt, die muslimische Bevölkerung mit anderen Augen wahrzunehmen. Chamski ließ seine Romanfigur erzählen, wie diese zunächst beim ersten Anblick der *harkis* mit einem »instinctif mouvement de recul« reagiert habe, um jedoch nach nur sechs Monaten diese Männer allen anderen Kombattanten vorzuziehen¹¹⁰. Die Beziehung sei schließlich von gegenseitigem Vertrauen geprägt gewesen¹¹¹. Chamski stellte mit dieser Erzählung den engen Kontakt zwischen europäischen Militärs und Hilfssoldaten als Chance für die Europäer dar, rassistische Denkmuster zu überwinden.

Ogleich Chamski mit seinem Roman darauf abzielte, eine auf Brüderlichkeit und Gleichheit beruhende Gesellschaft Algeriens zu präsentieren, ist auch in seinem Werk inegalitäres Denken zu erkennen. Chamski schrieb den *harkis* eine »heureuse cruauté« und eine »vieille sagesse d'un monde ancien« zu und bezeichnete sie mit diesen Worten als »archaisch« und »barbarisch«¹¹². In besonderem Maße kommt dieses Denken an den Stellen des Romans zum Vorschein, an denen er die Folterungen zur Informationsbeschaffung thematisiert. Chamski ließ seinen Helden seine *harkis* beobachten, die ihm zufolge ohne Zögern bereit waren, einen Verdächtigen zu foltern, um mithilfe der Informationen den Tod französischer Soldaten zu verhindern. Chamski schrieb den *harkis* eine gewisse Freude beim Foltern zu und zeichnete dem Folterer »un grand sourire« auf das Gesicht¹¹³. Mit Verweis auf dessen humanistische und christliche Erziehung ließ er seinen Held hingegen zögern¹¹⁴. Chamski stellte so seinen Helden, der eine christlich-westlich Erziehung genossen hatte, diametral den »unzivilisierten« *harkis* gegenüber. Diese Unterschiede sah er im Gegensatz zu Alquier als nicht überbrückbar an. Chamski ließ seinen Helden denken, er könne sich nicht vorstellen, dass seine *harkis* in Frankreich zurechtkämen. Er selbst würde ihnen dort wahrscheinlich mit Misstrauen und Verachtung entgegentreten. Das beiderseitige Vertrauen sah er auf den militärischen Kontext in

¹⁰⁹ Ibid., S. 35.

¹¹⁰ Ibid., S. 14.

¹¹¹ Ibid., S. 15.

¹¹² Ibid., S. 163.

¹¹³ Ibid., S. 241–243. Der Ausdruck »un grand sourire« findet sich auf S. 273.

¹¹⁴ Ibid., S. 244.

Algerien beschränkt¹¹⁵. Das Bild von einer auf dem Ideal der Gleichheit und Brüderlichkeit beruhenden französischen Armee in Algerien weichte Chamski somit durch seine eigenen rassistischen Denkmuster auf, die in seinem Roman an mehreren Stellen sichtbar werden. Er schrieb den Muslimen Algeriens eine in ihrer Natur eingeschriebene Grausamkeit und Rückständigkeit zu, die er als nicht überwindbar ansah. Ausgehend von diesen Denkmustern stellte er in Frage, dass durch die von de Gaulle eingeleiteten Reformen eine auf den Prinzipien der Gleichheit und Brüderlichkeit beruhende Gesellschaft in Algerien entstehen könne.

Anderen Offizieren war das propagierte Ideal der Gleichheit und Brüderlichkeit gänzlich fremd, was in einem von offenem Rassismus geprägten Handeln resultierte. Anfang 1959 wies ein Kommandant den zuständigen Generalkommandanten in einem Bericht über Desertionen darauf hin, dass unter anderem die Nichtbeachtung des Integrationsprinzips die betroffenen muslimischen Soldaten dazu bewogen habe, von der Truppe zu desertieren. Sie seien unzufrieden gewesen, da man sie nicht als gleichberechtigte Soldaten behandelt habe, sondern vielmehr als »einheimische« Arbeitskräfte. Ihre Vorgesetzten hätten sie öfter zu Arbeitsdiensten eingeteilt als die europäischen Soldaten und ihre Kameraden sowie ihr Kader hätten sie mit rassistischen Äußerungen konfrontiert und als »bicots« und »melons« bezeichnet. Sie berichteten sogar von Schlägen vonseiten des europäischen Kadets¹¹⁶. Solche Vorfälle untergruben zum Ärgernis der Militärführung die angeordnete Propagandaaarbeit¹¹⁷.

Doch auch eine enge Bindung zwischen Offizieren und muslimischen Hilfssoldaten konnte zum Ärgernis der Militärführung werden. Trotz latenter oder offen sichtbarer rassistischer Denkmuster waren die Beziehungen zwischen den Offizieren und den muslimischen Soldaten häufig von einem Vertrauensverhältnis geprägt. Gerade der paternalistische Blick vieler Offiziere auf die Muslime trug hierzu bei. Viele Offiziere sahen es als Teil ihrer Mission in Algerien an, für ihre muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten zu sorgen. Dadurch entstanden Konflikte mit der politischen und militärischen Führung, die die Hilfssoldaten in erster Linie als Propagandamaterial und entgegen der offiziellen Rhetorik nicht als Soldaten Frankreichs betrachtete. Die oberste Mili-

115 Ibid., S. 164.

116 Service de sécurité de la défense nationale des forces armées »Guerre«, poste de Colomb-Béchar n° 74. Fiche à l'attention de monsieur le général commandant la zone de l'ouest saharien et la subdivision de la Saoura sur désertions au 2/35^e régiment d'infanterie, 12.1.1959, SHAT: 1 H 3309/1.

117 Commandement interarmées au Sahara, zone de l'ouest saharien et subdivision de la Saoura. Fiche à l'attention du général commandant la zone de l'ouest saharien sur l'affaire de désertion du II/35^e régiment d'infanterie, 10.1.1959, ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

tärführung hatte die Offiziersebene nach der Verkündung der Integrationspolitik 1958 einerseits angewiesen, für die Durchsetzung der Gleichheit innerhalb der Truppe zu sorgen, jedoch zugleich gefordert, die Sicherheitsvorschriften gegenüber den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten genau zu beachten, um so Desertionen zu verhindern. Chamski beschrieb in seinem Roman die Probleme der Offiziere, ein Vertrauensverhältnis herzustellen und gleichzeitig die Vorschriften ihrer Vorgesetzten zu befolgen, die darauf hinausliefen, die Muslimen in der Armee unter Generalverdacht zu stellen¹¹⁸. Auch in Berichten des Verteidigungsministeriums ist von diesem Problem die Rede. Immer wieder sahen sich Offiziere mit dem Vorwurf konfrontiert, den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten ein zu großes Vertrauen entgegenzubringen und deren Kontrolle zu vernachlässigen. Nachdem im November 1960 ein *harki* mit seinen Waffen desertiert war, wurde dem Befehlshaber der Streitkräfte in Algerien gemeldet, der Kommandant der Truppe sei für diesen Vorfall mitverantwortlich. Die *harkis* hätten in seiner Truppe einen zu leichten Zugang zu den Waffen gehabt. Der Deserteur sei allein zur Wache eingeteilt worden und dessen Vorgesetzter habe zudem über seine Moral und sein Verhalten nicht ausführlich Bericht erstattet¹¹⁹. Vielen Offizieren wurde durch solche Ermahnungen der Militärführung die Diskrepanz zwischen Norm und Realität deutlich. Ihnen wurde vor Augen geführt, wie schwer sich das Prinzip der Gleichheit und der Brüderlichkeit innerhalb der Armee konkret umsetzen ließ, wenn dort gleichzeitig die Muslime unter dem Generalverdacht standen, zu desertieren.

Auch den prekären Status der Hilfssoldaten, insbesondere der *harkis*, sahen Offiziere als konkretes Hindernis zur Realisierung der Idee der Gleichheit an. Dass sich der Status der *harkis* schrittweise verbesserte, ist auch als Reaktion auf die Kritik ihrer Offiziere zu verstehen, die immer wieder auf Missstände hinwiesen. So schrieb Oberst Charton in einem Bericht über die Moral der *harkis* an seinen Vorgesetzten, dass gerade die *harkis* für die militärischen Operationen von großer Bedeutung seien. Meistens kämen die für eine erfolgreiche Operation notwendigen Informationen von ihnen und sie stünden in der ersten Reihe, wenn es darum ginge, diese Operationen durchzuführen. Wenn man sie besser ausrüste und für eine bessere Moral unter den Hilfssoldaten Sorge, seien sie die »meilleurs atouts pour diriger l'autodétermination de demain dans le sens désiré par la France«¹²⁰. Gerade weil die Offiziere den muslimischen Hilfssoldaten eine wichtige Bedeutung innerhalb der französischen

118 ALQUIER, Nous avons pacifié Tazalt, S. 17.

119 Ministère de la Défense nationale à M. le général commandant en chef des forces en Algérie, 17.11.1960, SHAT: 1 H 1397/7.

120 Fiche du colonel Charton à l'attention du général Sauvagnas sur le moral des *harkis*, 3.9.1960, *ibid.*

Armee zugeschrieben, kritisierten sie deren prekären Status. Oberst Charton zufolge seien sich die Hilfssoldaten inzwischen selbst ihrer Bedeutung für die Armee bewusst und wüssten, dass sie unersetzbar seien. Umso schwerer wiege für sie, dass sie sich noch immer als »parents pauvres de l'armée« behandelt fühlten¹²¹. Wenn ihr Blick auf die Muslime auch von einem auf inegalitären Denken beruhenden Paternalismus durchdrungen war, so hatten die Offiziere doch mehrheitlich ein Interesse daran, innerhalb ihrer Truppe das Ideal der Gleichheit und der Brüderlichkeit durchzusetzen, und sahen die Muslime, auch die Hilfssoldaten, nicht als *soldats-sujets* an.

Die Oppositionshaltung vieler Offiziere nahm zu, als sich die Unabhängigkeit Algeriens abzuzeichnen begann, insbesondere nachdem de Gaulle im Februar 1961 Verhandlungen mit dem FLN aufgenommen hatte¹²². Die Offiziere sorgten sich um die Zukunft ihrer muslimischen Soldaten, insbesondere der Hilfssoldaten. Sie berichteten von einer zunehmenden Unruhe unter den Muslimen innerhalb ihrer Einheiten und drängten darauf, im Falle der Unabhängigkeit Algeriens deren Zukunft nicht außer Acht zu lassen. Sie zeigten Verständnis für die Unruhe der Muslime, da sie deren Furcht vor Repressalien nachvollziehen konnten. Kommandant Lennuyeux berichtet, die Ängste seiner *harkis* seien auf konkrete Drohungen der muslimischen Bevölkerung zurückzuführen, die ihnen hasserfüllt gegenüberstehe. Ihnen werde offen mit einer unsicheren Zukunft in einem unabhängigen Algerien gedroht¹²³.

Als tatsächlich die Demobilisierung der muslimischen Hilfssoldaten einsetzte und sich zunehmend abzeichnete, dass die französischen Truppen früher oder später aus Algerien abziehen würden, widersetzten sich einige Offiziere auf verschiedene Weise den Befehlen der politischen und militärischen Führung. Offiziere drängten darauf, eine Antwort darauf zu erhalten, wie die Zukunft ihrer Soldaten und Hilfssoldaten aussehen solle. Der Kommandant des Sektors Maison-Blanche Ain Taya berichtete, nachdem im Juli 1961 die erste Demobilisierung von *harkis* beschlossen worden war, an die Heeresführung seiner Zone, dass derzeit in seinem Sektor die Moral der *harkis* nicht ausgezeichnet und die Handlungsfähigkeit der Truppe dadurch eingeschränkt sei. Er forderte eine Entscheidung zur Zukunft dieser *harkis* ein und erinnerte daran, dass man sie mit dem Versprechen rekrutiert habe, sie nicht im Stich zu lassen¹²⁴.

Die Ungewissheit über die Zukunft der Muslime innerhalb des Militärs und die sich abzeichnende Bedrohung insbesondere der Hilfssoldaten wusste

¹²¹ Ibid.

¹²² Vgl. zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem FLN EVANS, Algérie, S. 299–301.

¹²³ Bulletin de renseignement de la division Lennuyeux, 7.6.1961, SHAT: 1 H 1397/7.

¹²⁴ Le colonel Boquet, commandant le secteur Maison-Blanche Ain Taya, à monsieur le général commandant la zone nord algérois, 7.7.1961, SHAT: 1 H 2772/3.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

mit der Demobilisierung der ersten *harkis* auch die OAS für sich zu nutzen. Die Organisation war bereits Anfang des Jahres 1960 von zivilen Aktivisten in Madrid gegründet worden. Sie konnte sich jedoch erst wirksam formieren, als sich die ehemals hochrangigen Militärs André Zeller, Edmond Jouhaud und Maurice Challe in Algerien ihr anschlossen, während die Initiatoren der Barrikadenwoche vom Februar 1960 gemeinsam mit dem aus dem Militärdienst entlassenen ehemaligen Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Algerien Salan die Strukturen der Organisation in Madrid erweiterten¹²⁵. Im Frühjahr 1961 kehrte Salan in Begleitung weiterer Aktivisten aus Spanien nach Algerien zurück, setzte sich im Untergrund an die Spitze der Organisation und richtete einen Appell an die Bevölkerung Algeriens, den Kampf der OAS für die *Algérie française* zu unterstützen¹²⁶.

Mit seinem Appell sprach Salan Militärs, aber vor allem auch die französischen Siedler Algeriens an, die das Ende der *Algérie française* am meisten fürchteten. Nachdem sich die europäischen Siedler stets gegen jegliche demokratischen Reformen zugunsten der muslimischen Bevölkerung gewehrt hatten, hatten sie nach dem 13. Mai 1958 mehrheitlich die von de Gaulle eingeleiteten Reformen unterstützt. Sie waren seitdem bemüht, das Bild einer friedlichen Gemeinschaft von Europäern und Muslimen, die alle hinter de Gaulle standen, um mit ihm gemeinsam die *Algérie française* zu verteidigen, nach Frankreich zu tragen. Um die Unterstützung für de Gaulles Integrationspolitik zu demonstrieren, hatten europäische Siedler Verbände gegründet, die den 13. Mai als Ausgangspunkt dieser Politik propagierten¹²⁷. Die politische Führung zweifelte jedoch daran, dass die in diesen Verbänden organisierten europäischen Siedler tatsächlich von der Idee der Integration der muslimischen Bevölkerung auf dem Prinzip der Gleichheit und der Brüderlichkeit überzeugt waren, und beobachtete misstrauisch die entstehenden Verbandsstrukturen. All diese Verbände und Gruppierungen stünden für ein gemeinsames Ziel ein; dieses sei jedoch nicht das Ideal einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft, sondern die Rettung der *Algérie française*. Die Furcht, Algerien könne unabhängig werden, sitze so tief, war in einem Bericht der Regierungsvertretung in Algerien zu lesen, dass die europäischen Siedler allesamt die Integration der muslimischen Bevölkerung, der sie sich bis dato stets verwehrt hatten, befürworteten. Allerdings sei dem

¹²⁵ DURANTON-CRABOL, *Le temps de l'OAS*, S. 26–34.

¹²⁶ KAUFFER, *OAS*, S. 136f.

¹²⁷ Direction de la Sûreté nationale en Algérie, sous-direction des renseignements généraux. Organisation et activité des partis politiques en Algérie, organisations traditionnelles et groupements patriotiques, 22.1.1959, AN: 5AG1/1739.

»homme de la rue« die genaue Bedeutung dieses Wortes nicht bewusst¹²⁸. Man konstatierte, dass diese Vertretungen europäischer Siedler nach außen die Integration befürworteten und das Bild einer gleichen Gesellschaft verbreiteten. Ihr eigentliches Ziel wurde jedoch in der Rettung der *Algérie française* gesehen.

Salan knüpfte in seinem Appell an die Argumentationsstruktur an, die bis dato den Diskurs innerhalb dieser Verbände beherrscht hatte. Er verwies auf den von de Gaulle 1958 propagierten Integrationsgedanken und warf dem Präsidenten vor, diesen und damit auch die muslimische Bevölkerung Algeriens verraten zu haben. Die gesamte Bevölkerung sei gefragt, um mit allen Mitteln die *Algérie française* und damit die »[u]nion sacrée de tous les Algériens« zu verteidigen. Er betonte damit die Idee einer auf Freiheit und Gleichheit beruhenden algerischen Gesellschaft¹²⁹. Auch in den folgenden Flugblättern richtete sich Salan stets an die »Algériens, Algériennes de toutes confessions« und wiederholte stets, dass die OAS keine Bewegung der »Français de souche« sei, sondern zahlreiche Muslime die OAS unterstützten und ihr volles Vertrauen entgegenbrächten¹³⁰. Die OAS werde weder die europäischen Siedler noch die Muslime im Stich lassen¹³¹. Salan nahm die Rolle des Gerechten ein, der dafür eintrat, das Versprechen einzuhalten, das de Gaulle am 13. Mai den Europäern, aber vor allem der muslimischen Bevölkerung gegeben hatte. An diesem Tag hätten eine Million Europäer und mehrere Millionen Muslime geglaubt, »que leur intégration à la mère patrie était un fait acquis sur lequel personne ne reviendrait jamais plus«, war in einem von Salan unterzeichneten Flugblatt zu lesen. De Gaulle habe jedoch Frankreich und insbesondere die französischen Muslime betrogen und zeige nun, da er den Moment gekommen sehe, den »égorgeurs du FLN« Algerien zu überlassen, sein wahres Gesicht¹³².

Die Demobilisierung der Hilfssoldaten und deren ungewisse Zukunft bot der OAS die Gelegenheit zu zeigen, dass sie sich auch um die muslimische Bevölkerung kümmere, die von de Gaulle verraten worden sei. Salan wandte sich mit zweisprachigen Flugblättern direkt an die Hilfssoldaten und »befahl« ihnen, ihre Waffen nicht abzugeben, sondern stattdessen mit den Waffen zu desertieren und sich den Reihen der OAS anzuschließen:

128 Délégation générale du gouvernement en Algérie. Évolution politique des milieux européens d'Algérie 1954–1959, Alger, 13.1.1960, *ibid.*

129 Salan. Appell du 26 mai 1961, AN: F7/15189.

130 Salan. OAS vous parle. Voilà ce que c'est l'OAS, Dez. 1961, *ibid.*

131 Lettre adressée à M. Pierre Lazareff par le général Salan, Sep. 1961, *ibid.*

132 Proclamation du général Salan, ohne Datum, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

- Aux moghaznis, GMS, harkis et supplétifs musulmans de l'armée française
- Ne reculant devant aucun parjure, de Gaulle voudrait désarmer ceux qui ont donné le meilleur d'eux-mêmes à la France. Il voudrait vous livrer sans défense à son complice *Ben Khedda* pour vous laisser exterminer!
 - Moi, *Raoul Salan*, commandant en chef de l'OAS, je vous promets que cela ne sera pas.
 - Je vous ordonne de conserver vos armes. Vous êtes de soldats dignes et votre courage a prouvé à vos chefs que vous méritiez de les porter.
 - N'écoutez désormais plus que les consignes et les ordres de l'OAS¹³³.

Salan bezeichnete die Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs, empfahl ihnen jedoch, nicht länger den Befehlen des Staatspräsidenten und der Militärführung, sondern nur noch seinen Anweisungen Folge zu leisten. Während de Gaulle sie entwaffnen und somit ihre Vernichtung zulassen wolle, wisse die OAS zu schätzen, was sie für Frankreich geleistet hätten, und stelle sich an ihre Seite. Die OAS eröffnete den Hilfssoldaten mit diesem Angebot die Möglichkeit, weiterhin ihre Waffen zu tragen und somit auch sich selbst schützen zu können, wenn das französische Militär sich aus Algerien zurückziehen werde. Die Ansprache der Hilfssoldaten erfolgte nicht nur über Flugblätter. Roger Holeindre, der nach seinem Dienst in Indochina und in Algerien 1961 das Militär verließ und für die OAS zur Waffe griff, nutzte die Entwaffnung der GAD und der *harkis*, um die OAS Bonaparte zu gründen. Gezielt wandte Holeindre sich in der Region Guelma und Tébessa an die entwaffneten Mitglieder der GAD und der *harkas*, um diese für den Untergrundkampf zu gewinnen¹³⁴.

Es war jedoch nicht in erster Linie die Sorge um die Hilfssoldaten, die die OAS um sie werben ließ, sondern ihr militärischer und besonders propagandistischer Nutzen für die Organisation. 150 000 Hilfssoldaten stünden an der Seite der französischen Armee und kämpften »pour que vive cette Algérie française«, hieß es in einem Flugblatt der OAS Bonaparte. Mit ihren Familien und Freunden würden diese Hilfssoldaten eine Masse von 1,5 Millionen Muslimen darstellen, hieß es weiter. Diese Muslime stünden repräsentativ für die muslimische Bevölkerung Algeriens, nicht die vom Ausland gesteuerte »poignée de fellaghas«¹³⁵. Indem die Organisation an der Rhetorik festhielt, der sich die politische und militärische Führung 1958 bedient hatte, um Muslime für den Kampf gegen den FLN zu gewinnen, stilisierten sich ihre Vertreter selbst zu überzeugten Verfechtern des universalistischen Ideals, die an der 1958 verkün-

¹³³ OAS, état-major musulman, sousigné par Raoul Salan, ohne Datum, ibid. (Hervorh. i. Orig.).

¹³⁴ Armand Bénésis de ROTROU, Commando »Georges« et l'Algérie d'après. Légion étrangère – harkis – OAS, Paris 2009, S. 198.

¹³⁵ OAS métropole réseau Bonaparte, 29.1.1962, AN: F7/ 15191.

deten Idee der Integration der muslimischen Bevölkerung auf der Grundlage der Gleichheit und der Brüderlichkeit festhielten, obwohl dies bedeutete, sich gegen die eigene politische und militärische Führung zu stellen. Insbesondere die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten, die für diese Idee gekämpft hätten, könne man nicht diesem Verrat preisgeben. In Frankreich kursierten Flugblätter, in denen Militärs bekannten, sich der OAS angeschlossen zu haben, um die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten nicht verraten zu müssen. Vertreter der in der Metropole agierenden Organisation Jeune nation der OAS richteten in ihren Flugblättern die Rubrik »Des soldats gagnés pour la France« ein. Sie zitierten hier im Januar 1962 einen jüngst für die Reihen der OAS gewonnenen Offizier mit den Worten: »[N]ous ne trahirons pas les musulmans qui ont cru en nous et qui sont morts à nos côtés. [...] La victoire reste toujours à la cause qui est noble et juste«¹³⁶. Mit Leutnant Chadeyron kam ein weiterer Militär zu Wort, der angab, sich der OAS angeschlossen zu haben, da es innerhalb des Militärs nicht möglich gewesen sei, das Wort zu halten, das er seinen *harkis* gegeben habe¹³⁷. Den Militärs, die der Armee den Rücken kehrten und in den Untergrund gingen, diente die Demobilisierung der Hilfssoldaten somit als Legitimation für ihr Handeln.

Um herauszuarbeiten, inwiefern die Aktivisten der OAS tatsächlich um die Sicherheit der *harkis* bemüht waren, muss man die Heterogenität der OAS beachten. Obwohl die Organisation den Anspruch hatte, streng hierarchisch aufgebaut zu sein, hat sich in der Forschung die Meinung durchgesetzt, dass Salan keinen großen Handlungsspielraum hatte, sondern verschiedene Akteure teils unabhängig voneinander agierten¹³⁸. Die vor der Gründung der OAS vorherrschenden Differenzen zwischen den Vorstellungen von Militärs und Zivilisten, den französischen Siedlern in Algerien und den Akteuren in der Metropole sowie zwischen verschiedenen politischen Lagern blieben bestehen¹³⁹. Einem Bericht der Sûreté nationale zufolge hatte für den militärischen Flügel der Organisation die Verteidigung der *Algérie française* höchste Priorität. Dieses Ziel verknüpften sie jedoch mit demokratischen Reformen und einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die muslimische Bevölkerung¹⁴⁰. Demzufolge ging man bei der Sûreté nationale davon aus, dass hinter der Rhetorik der mili-

¹³⁶ Un officier après tant d'autres rejoint les rangs de l'OAS, in: Vive la France, 1.1.1962, S. 5, AN: F7/ 15251.

¹³⁷ Richard ROTROU, Bernard ROTROU, Des soldats gagnés pour la France, in: Vive la France, 15.12.1961, S. 3, AN: F7/ 15251.

¹³⁸ Jean MONNERET, La phase finale de la guerre d'Algérie, Paris 2000, S. 14–16.

¹³⁹ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 51.

¹⁴⁰ Direction de la Sûreté nationale en Algérie. Évolution des formations activistes – Constitution de l'OAS, 25.9.1961, AN: F7/15189.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

tärischen Aktivisten, de Gaulle habe die muslimische Bevölkerung und insbesondere die Hilfssoldaten verraten, der Wille stand, die muslimische Bevölkerung auf der Basis der Gleichheit und der Brüderlichkeit in die Französische Republik zu integrieren. Dieser Einschätzung folgt Shepard¹⁴¹. Nach dieser Argumentation sahen die militärischen Vertreter der OAS die muslimischen Hilfssoldaten als französische Soldaten an und widersetzten sich aus diesem Grund ihrer Demobilisierung.

Dem militärischen Flügel stand jedoch ein stark gespaltener ziviler Flügel gegenüber, dem die Sûreté nationale teils faschistische und deutlich rassistische Tendenzen zuschrieb. Einige Akteure versuchten mit Gewalt, die Privilegien der europäischen Bevölkerung Algeriens zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen, war in einem Bericht der Sûreté nationale zur OAS zu lesen. Die militärische Führung sei bemüht, ihre Ziele und Ideen gegen die faschistischen und rassistischen Strömungen durchzusetzen. So verurteilte die militärische Spitze der Organisation diesem Bericht zufolge deutlich in einem Flugblatt die Ausschreitungen gegen die muslimische Bevölkerung und distanzierte sich von solchen Unterfangen¹⁴². Die in Frankreich dominierende Jeune nation wird in der Forschung als klar faschistisch und rassistisch eingestuft. Bereits 1950 von Dominique Venner gegründet, wurde sie nach ihrer Teilnahme an dem Putschversuch von 1958 in Paris verboten, agierte jedoch in der Illegalität weiter und ging schließlich in der OAS auf, wo sie für einen großen Bestandteil des Terrors in der Metropole verantwortlich war¹⁴³. Die Verantwortlichen des Verbands kritisierten in ihrem Organ »Vive la France« die ihrer Ansicht nach zu demokratische Gesinnung der militärischen Spitze¹⁴⁴. Angesichts dieser faschistischen und rassistischen Orientierung muss der Verweis auf den »Verrat« de Gaulles an der muslimischen Bevölkerung und insbesondere an den muslimischen Hilfssoldaten im Verbandsorgan dieser Organisation als reine Propaganda gewertet werden. Die Vertreter dieser Organisation handelten aus rein rationalem Kalkül mit dem Ziel, die Taten der OAS zu rechtfertigen und weitere Anhänger, insbesondere auch die entwaffneten Hilfssoldaten, zu gewinnen. Dieses Kalkül offenbarte die Berichterstattung im »Ouest nationaliste«, einem im Westen Frankreichs kursierenden Flugblatt einer kleinen, ebenfalls der OAS untergeordneten Organisation. Auf einen Bericht über das Schicksal der muslimischen Hilfssoldaten folgte dort eine auf rassistischer Argumentationsweise

¹⁴¹ SHEPARD, 1962, S. 152–162.

¹⁴² Direction de la Sûreté nationale en Algérie. Évolution des formations activistes – Constitution de l'OAS, 25.9.1961, AN: F7/15189.

¹⁴³ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 51.

¹⁴⁴ Ce qu'est l'Organisation de l'armée secrète, in: Vive la France, 15.1.1962, S. 4–6, AN: F7/15251.

beruhende Legitimation des Kolonialismus. Nur Frankreich allein könne durch »son génie colonisateur, sa race particulière« Afrika zivilisieren, war dort zu lesen¹⁴⁵. Diese Strömungen innerhalb der OAS folgten klar einem rassistischen Argumentationsmuster und verdeutlichten, dass sie die Muslime Algeriens und somit auch die Muslime in der Armee als eine unterlegene Rasse ansahen und keine Gleichstellung zwischen Muslimen und Europäern anstrebten. Ihre Sorge um die demobilisierten Hilfssoldaten ist demnach als reine Propagandamaßnahme zu verstehen.

Die Sorgen und Ängste, die Militärs gegenüber Vertretern der Jeune nation geäußert hatten, sind jedoch nicht nur als Propagandamittel zu verstehen. Nach der Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen nahm im Offiziersstab die Angst um die Sicherheit der Hilfssoldaten zu. Noch in Algerien stationierte Offiziere versuchten zunächst, ihr Versprechen, zumindest für die Sicherheit der von ihnen rekrutierten Hilfssoldaten zu sorgen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzuhalten, ohne offen mit Politik und Militär zu brechen. Sie übten Druck auf die Behörden aus, diese Sicherheit zu gewährleisten. Der Kommandant des Sektors Dra el Mizan machte die Militärführung auf einen *harki* aufmerksam, der gemeinsam mit seiner Familie in seinem Dorf unter Hausarrest gestellt worden war und somit einer extremen Bedrohung ausgesetzt war. Der Kommandant forderte die Militärführung auf, in diesem Fall schnell zu handeln, und begründete dies damit, dass die französische Regierung ansonsten an Glaubwürdigkeit verliere. Die Bevölkerung beginne, an den von der Regierung formulierten Schutzgarantien zu zweifeln¹⁴⁶. Je mehr die Berichte über die Racheakte in Algerien zunahmen, desto mehr wuchs bei vielen Offizieren das Gefühl, die Regierung sei nicht daran interessiert, die Sicherheit der in großem Stil rekrutierten Hilfssoldaten zu gewährleisten. Dieses Gefühl hatte seine Ursache insbesondere im nach den Abkommen von Évian stark begrenzten Handlungsspielraum der Militärs in Algerien. Für de Gaulle hatte die Einhaltung der Abkommen oberste Priorität. Er wollte unter allen Umständen eine Fortsetzung des Krieges verhindern. Aus diesem Grund hatten die noch in Algerien stationierten Truppen die Order, nicht direkt einzugreifen, wenn sie von Übergriffen auf ehemals muslimische Soldaten oder Zivilpersonen erfuhren. Sie sollten entsprechende Vorkommnisse zunächst an die Militärführung melden¹⁴⁷.

Einige Offiziere versuchten diesen begrenzten Handlungsspielraum zu erweitern, indem sie muslimische Hilfssoldaten entgegen den offiziellen

145 Le miracle n'existe pas en politique, in: Ouest nationaliste, 3.10.1962, S. 1, *ibid*.

146 Le lieutenant-colonel Rouast, commandant le secteur de Dra el Mizan, à monsieur le général, commandant la zone est algérois et la 27^e division d'infanterie, 6.4.1962, SHAT: 1 H 3488 (1).

147 AGERON, Le »drame des harkis«, S. 13.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Anweisungen nach Frankreich brachten. Bereits im Mai 1962 wurden offizielle Stellen auf derartige Aktivitäten aufmerksam. Der Staatsminister für algerische Angelegenheiten, Louis Joxe, versandte am 16. Mai 1962 ein Telegramm an das Hochkommissariat der Republik in Algerien und wies auf die Existenz ganzer Netzwerke in Algerien und Frankreich hin, die sich darauf spezialisiert hätten, Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen. Er ordnete an, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch innerhalb der Armee die Zuständigen ausfindig zu machen und angemessen zu bestrafen. Die Hilfssoldaten, die durch diese Netzwerke nach Frankreich gekommen seien, sollten nach Algerien zurückgeschickt werden. Joxe räumte ein, dass dieses Vorgehen von den »propagandistes de la section« als Weigerung angesehen werden könne, die Sicherheit derjenigen zu gewährleisten, die mit seinen Worten »nous sont demeurés fidèles«¹⁴⁸. Dennoch erachtete er ein solches Vorgehen als notwendig.

Joxe zufolge waren die Offiziere, die die Hilfssoldaten auf diesem Wege in Sicherheit brachten, unter den ehemaligen SAS-Offizieren zu suchen¹⁴⁹. In der Tat stellten sie zunächst den Kern dieser Netzwerke dar. Dies liegt unter anderem daran, dass die *moghaznis*, die die Armeeführung den SAS-Offizieren als Hilfssoldaten zur Seite gestellt hatte, offiziell nicht in gleichem Maße als bedroht angesehen wurden wie die *harkis*, weshalb für sie keine Ausreise nach Frankreich vorgesehen war. Gemäß den offiziellen Richtlinien sollten die *moghaznis* daher nur durch das Militär vor Ort geschützt werden. Diese Regelung kritisierten Militärs vor Ort heftig. In Tizi Ouzou wurden im Juni 1962 mehr als 1000 *moghaznis* in einem Militärlager aufgenommen. Der zuständige Oberst bezeichnete gegenüber seinen Vorgesetzten die Tatsache, dass sie nicht ausreisen durften, als einen Akt der Diskriminierung und forderte eindringlich, ihnen die Ausreise zu genehmigen. Es sei unmöglich, den tatsächlichen Grad der Bedrohung realistisch einzuschätzen, schrieb er an seinen direkten militärischen Vorgesetzten. Jedoch gehe er davon aus, dass die *moghaznis* nicht ohne Grund die Ausreise nach Frankreich beantragten. Die Entwurzelung stelle für sie einen großen Nachteil dar. Sie selbst würden ihr Leben lieber in Algerien fortsetzen. Sie in ihr Dorf zurückzuschicken bezeichnete der Oberst als »injustices«. Zudem stelle ein solches Vorgehen die für diese Aufgabe zuständigen Offiziere vor unlösbare Gewissenskonflikte¹⁵⁰.

Solche Gewissenskonflikte müssen als einen Motivationsgrund der ehemaligen SAS-Offiziere angesehen werden, die beschlossen, den *moghaznis* die Aus-

148 Télégramme Louis Joxe, 16.5.1962, SHAT: 1 H 1260/1.

149 Ibid.

150 Le colonel Bertin, commandant la zone est algérois et de la 27^e division d'infanterie, à M. le général commandant la région territoriale du corps d'armée d'Alger. Prise en charge par armée, rapatriement moghaznis menacés, 14.6.1962, SHAT: 1 H 3488.

reise nach Frankreich zu ermöglichen. Bereits im Dezember 1961, nachdem die SAS reformiert worden waren, hatten mehrere Offiziere, darunter auch Alquier, sich zu einem losen Verband mit dem Ziel zusammengeschlossen, die Arbeit der SAS fortzusetzen. Aus diesem losen Zusammenschluss ging im Mai 1962 die AAAA hervor, die ihre Aufgabe darin sah, »le dépôt moral de l'œuvre réalisée« zu bewahren¹⁵¹. Diese Offiziere wollten sich nicht damit abfinden, dass die Aufgabe der SAS beendet war. Wie sie ein Jahr später in ihrem offiziellen Statut festhielten, bestand die Idee ihres Vereins darin, die Erinnerungen an das Werk der SAS in Algerien aufrechtzuerhalten und das Ideal zu propagieren, das der Idee der SAS zugrunde gelegen hätte. Zudem sollte der Verein die Interessen der ehemaligen SAS-Mitglieder wahren. Die provisorische Spitze des Verbandes beschloss jedoch 1962, diese Ziele angesichts der massiven Gefahr, der sie die Muslime ausgesetzt sahen, die in der SAS gedient hatten, in den Hintergrund zu stellen. Das Ziel des Verbandes bestand so nach den Abkommen von Évian darin, Hilfssoldaten die Ausreise nach Frankreich zu ermöglichen¹⁵². Die ehemaligen SAS-Offiziere konnten für ihre Aufgabe auch einflussreiche Persönlichkeiten gewinnen. So unterstützte der Vizepräsident des Staatsrates Alexandre Parodi ihre Arbeit, der im Frühjahr 1963 das CNMF gründen sollte, um sich fortan als Vorsitzender dieses Verbandes gemeinsam mit den Vertretern der AAAA für die Hilfssoldaten einzusetzen¹⁵³. Die Mitglieder der AAAA gaben sich nicht damit zufrieden, auf eigene Initiative Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, sondern nutzten ihre Verbindungen zur Politik, um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, Ausreisegenehmigungen großzügiger zu verteilen. Ihre Arbeit war ein Grund dafür, dass der Armeeminister im Sommer 1962 verkündete, fortan könne auch für *moghaznis* ein Ausreiseantrag gestellt werden¹⁵⁴.

Während sich SAS-Offiziere in den genannten Netzwerken um die Ausreise möglichst vieler Hilfssoldaten bemühten, verdichtete die OAS nach den Abkommen von Évian ihre Aktivitäten, um das Ende der *Algérie française* zu verhindern¹⁵⁵. Zu diesem Zwecke bemühten sich Aktivisten der Organisation in Algerien vermehrt, muslimische Hilfssoldaten für den bewaffneten Kampf zu gewinnen. Salan nutzte hierfür seine Kontakte zur muslimischen Elite. Bereits seit einiger Zeit stand Salan in Verbindung mit dem angesehenen Abgeordne-

151 Communiqué AAAA, 6.7.1962, AN: vers. 20120054/95.

152 Première assemblée générale des SAS, 18.5.1963, *ibid.*

153 FAIVRE, *Le colonel Paul Schoen*, S. 88.

154 Génésuper Reghaia, au haussaire (cabinet militaire) Rocher noir. Recasement en France supplétifs et civils FSNA engagés aux côtés des forces armées, Aug. 1962, SHAT: 1 H 3488.

155 DURANTON-CRABOL, *Le temps de l'OAS*, S. 207–227.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

ten und Vizepräsidenten der Nationalversammlung Saïd Boualam. Im September 1960, kurz bevor Salan Paris verlassen hatte, um sich in Spanien niederzulassen, hatten Salan und Boualam den Rassemblement civique als Front gegen die Algerienpolitik de Gaulles gegründet¹⁵⁶. Diese Verbindung sollte der OAS nun nutzen. Der Spezialist für psychologische Kriegsführung Jean Gardes trat in Absprache mit Salan mit dem Vorschlag an Boualam heran, in der Region Ouarsenais einen aus europäischen Soldaten und *harkis* bestehenden *maquis* zu schaffen. Sie konnten mehrere tausend Männer mobilisieren¹⁵⁷. Dieser Erfolg war vor allem Boualam zuzuschreiben. In der von Stammesstrukturen geprägten Region Ouarsenais galt der *bachaga* Boualam sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich als uneingeschränkte Autorität. Mit Erlaubnis der Militärführung hatte er eine aus 4000 bis 5000 Mann bestehende *harka* aufgebaut¹⁵⁸. Teile dieser *harka* stellte Boualam nun unter dem Kommando seines Sohnes, ebenfalls Offizier der französischen Armee, der OAS zur Verfügung. Das Unterfangen scheiterte jedoch. Der *maquis* wurde vom französischen Militär gestoppt, nicht zuletzt da Boualam ihm seine Unterstützung kurzfristig wieder entzog¹⁵⁹.

Dass Boualam mit seinem Rückzug für das Scheitern des Projekts zuständig war, wurde in der Propaganda der OAS unterschlagen. Die französischen Medien berichteten bereits Anfang Januar von diesem erfolglosen Unterfangen¹⁶⁰. Trotzdem war in der »Vive la France« vom 1. Mai zu lesen, Boualam sei zu »moins de cœur avec l'OAS« und Teile seiner *harka* operierten noch immer unter dem Befehl Gardes'¹⁶¹. Diese Berichterstattung der Jeune nation ist auch damit zu begründen, dass gerade zwischen April und Mai die These an Bedeutung gewann, die OAS kämpfe für und mit muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten, da sich Salan und Jouhaud, die Nummer zwei der Organisation, vor Gericht zu verantworten hatten. Der Prozess gegen Jouhaud fand im April statt, Salan musste im Mai in den Gerichtsstand treten. Somit fielen beide Prozesse in die Zeit, als die Racheakte gegenüber den muslimischen Hilfssoldaten einsetzten. Ihr Schicksal wurde daher in beiden Prozessen Teil der Verteidigungsstrategie. Jouhaud brachte in diesem Kontext die Gewissenskonflikte der ehemali-

¹⁵⁶ Direction générale de la Sûreté nationale. Réunion départementale privée UDCA, 29.10.1960, AN: F7/15619.

¹⁵⁷ KAUFFER, OAS, S. 316–318.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu [Kap. 2.7](#).

¹⁵⁹ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 208f. Vgl. zu den Gründen Boualams, seine Unterstützung zurückzuziehen, [Kap. 2.7](#).

¹⁶⁰ Vgl. zur Berichterstattung der französischen Medien [Kap. 2.6](#).

¹⁶¹ Colonel M.X., Lettre ouverte à ces messieurs du pouvoir gaulliste, in: Vive la France, 1.5.1962, S. 3f., AN: F7/15251.

gen SAS-Offiziere vor, die versuchten, diese Konflikte zu lösen, indem sie möglichst vielen Hilfssoldaten die Ausreise nach Frankreich ermöglichten. Sie hätten Muslime mit dem Versprechen angeworben, sie nie im Stich zu lassen, und seien nun gezwungen, die als Offiziere und somit als Repräsentanten Frankreichs gegebenen Versprechen zu brechen¹⁶².

Salan führte das bereits von Jouhaud vorgebrachte Argument in seiner Verteidigungsrede näher aus. Viele Muslime hätten ihre Treue zu Frankreich erklärt. Muslimische Soldaten und Hilfssoldaten hätten für die »pacification« gekämpft. Nachdem man sie davon überzeugt habe, dass Algerien französisch bleiben werde, lasse man sie nun auf niederträchtige Art und Weise im Stich. Lediglich die OAS stelle ihnen gegenüber noch die Treue Frankreichs unter Beweis: »C'est une honte pour le pouvoir, mais c'est l'honneur de l'OAS de leur avoir montré la fidélité de la France«¹⁶³. Um Salans Aussage mehr Gewicht zu verleihen, wurde der gerade aus Algerien zurückgekehrte Hauptmann Boisanger angehört. Mit erstickter Stimme berichtete dieser von den Racheakten des FLN an den Hilfssoldaten und klagte die Regierung und die Militärführung an, nichts für deren Schutz unternommen zu haben. Obwohl er selbst nicht der OAS angehöre, könne er doch diejenigen verstehen, die beschlossen hätten, mit allen Mitteln die muslimischen Hilfssoldaten zu verteidigen¹⁶⁴. Das Schicksal der Hilfssoldaten wurde zum Teil der Verteidigungsstrategie der OAS-Führung.

Salan und Jouhaud nutzten diese Argumentationsstrategie, um das Gericht davon zu überzeugen, dass sie entgegen dem Vorwurf der Anklage in ihrem Handeln weder faschistischen noch rassistischen Denkmustern folgten. Sie stilisierten sich selbst zu überzeugten Verteidigern der universalistischen Idee, die angetreten seien, um die von de Gaulle 1958 eingeführte Integrationspolitik im Sinne der muslimischen Bevölkerung Algeriens fortzusetzen. Jouhaud betonte, in den von ihm unterzeichneten Flugblättern werde stets die Gemeinschaft zwischen der muslimischen und europäischen Bevölkerung Algeriens beschworen. Ihm sei bewusst, dass diese Brüderlichkeit beider Gemeinschaften kein leicht zu erreichendes Ziel sei. Dass dieses Ziel jedoch nun definitiv nicht erreicht werden könne, sei nicht der OAS zuzuschreiben, sondern dem FLN und de Gaulle, der sein Versprechen gebrochen und die Integrationspolitik verraten habe¹⁶⁵. Von verschiedenen Vertretern der muslimischen Elite ließen sich die beiden Angeklagten dieses Bild bestätigen. Der Abgeordnete Robert Abdesselam bezeugte, Salan habe stets die Überzeugung vertreten, die muslimische Bevöl-

¹⁶² Le procès d'Edmond Jouhaud, compte rendu sténographique, Paris 1962, S. 15.

¹⁶³ M. GARÇON (Hg.), Le procès du général Raoul Salan, sténographie complète des audiences, réquisitoire, plaidoiries, verdict; note liminaire des avocats, Paris 1962, S. 83.

¹⁶⁴ Ibid., S. 310.

¹⁶⁵ Le procès d'Edmond Jouhaud, S. 169.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

kerung müsse in Algerien mehr einbezogen werden. Zudem sagte er aus, dass Salan sich stets darum bemüht habe, die republikanischen Gesetze zu achten, und keineswegs als Faschist angesehen werden könne¹⁶⁶. Diese Aussage wurde von Chérif Sid Cara, einem Abgeordneten aus Oran, bestätigt. Nicht Salan habe die Idee verraten, die muslimische Bevölkerung in die Republik zu integrieren, sondern de Gaulle, sagte Sid Cara im Zeugenstand aus¹⁶⁷.

Wie bereits ausgeführt, sprach die *Sûreté nationale* der militärischen Spitze der OAS durchaus einen republikanischen Geist zu und sah sie als Befürworter demokratischer Reformen zugunsten der muslimischen Bevölkerung Algeriens an. Auch in der Forschung wird diese Ansicht vertreten¹⁶⁸. In diesem Sinne war der Verweis der OAS-Spitzen auf den Verrat an der muslimischen Bevölkerung und insbesondere an den Hilfssoldaten, die nun in Algerien um ihr Leben fürchteten, nicht nur als reine Verteidigungsstrategie zu sehen, sondern spiegelte auch die Enttäuschung der beiden Militärs darüber wider, dass sie die dem Militär zugewiesene Mission nicht realisieren konnten. Die Prozesse gegen Salan und Jouhaud standen somit sinnbildlich für die Zerreißprobe des Militärs am Ende des Algerienkriegs. Militärs warfen de Gaulle vor, den Integrationsgedanken verraten zu haben. Noch schwerer wog jedoch für viele Militärs, Salan und Jouhaud eingeschlossen, dass der Präsident auf eine Verhandlungslösung gesetzt hatte, die schließlich in die Unabhängigkeit führte, obwohl der Krieg ihnen zufolge zu gewinnen gewesen wäre. In der Armee entwickelte sich, was Renken als Dolchstoßlegende bezeichnete. Militärs warfen de Gaulle vor, er würde die Erfolge auf militärischem Terrain seinen politischen Interessen opfern¹⁶⁹.

Die nach den Abkommen von Évian und vermehrt im Sommer 1962 stattfindenden Massaker an den Hilfssoldaten nährten diese »Dolchstoßlegende« dadurch, dass die noch in Algerien stationierten Militärs die Aufgabe hatten, über die Massaker zu berichten, ohne eingreifen zu dürfen. Auch nach der Unabhängigkeit Algeriens verblieben französische Truppen auf algerischem Territorium. Regelmäßig erreichten die militärische Führung Berichte über Leichenfunde, über von sogenannten Volkstribunalen verhängte Todesurteile und über Arbeitslager, in denen sogenannte Volksverräter bestraft wurden¹⁷⁰. Die Berichterstatter waren keinesfalls um einen neutralen Ton bemüht, sondern brachten in diesen Berichten klar ihren Unmut über das zögerliche Vorgehen

166 GARÇON (Hg.), *Le procès du général Raoul Salan*, S. 185.

167 *Ibid.*, S. 318.

168 SHEPARD, 1962, S. 152–162.

169 RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*, S. 345f.

170 Vgl. zu den Massakern [Kap. 2.4](#).

der Verantwortlichen zum Ausdruck. Im Oberkommando der französischen Armee in Frankreich konstatierte man im August 1962, dass die Moral vieler Offiziere durch die Lage ihrer ehemaligen Kameraden erheblich gestört sei. Sie hätten das Gefühl, die Armee komme ihrer Pflicht nicht nach, wenn sie solche Gräueltaten geschehen lasse, anstatt für den Schutz der Opfer zu sorgen¹⁷¹. Der Brigadegeneral Frat sprach in einem Bericht vom August 1962 von einem Horror, der jegliche Vorstellungskraft überschreite, und klagte die Passivität der offiziellen französischen Stellen an. Er sehe sich in der Pflicht, mit Bedauern darauf hinzuweisen, dass keine offizielle Stimme zu hören sei, die diese eklatanten Verstöße gegen die Abkommen von Évian, an die sie sich selbst rigoros hielten, verurteilte. Jeden Tag kämen in Algerien Menschen zu Tode, weil sie an Frankreich geglaubt und Frankreich gedient hätten. Und die Armee unternehme nichts, um diese Menschen zu retten. Frat erklärte, das Schweigen und Nichteingreifen hinterlasse »une pénible impression de lâcheté et un goût amer de défaite«¹⁷². Das Zitat verdeutlicht, wie das aus dem militärischen Rückzug resultierende Gefühl der »lâcheté« und der »défaite« dadurch verstärkt wurde, dass die Militärs vor Ort nicht militärisch eingreifen durften, um Hilfssoldaten zu beschützen.

Die Frage der Hilfssoldaten verstärkte somit die Spaltung des Militärs und war wohl auch für einzelne Vertreter ein Argument dafür, am Ende des Krieges zu desertieren, um in den Reihen der OAS den Kampf fortzusetzen. Dies ließ wiederum die Regierung in der Frage der Ausreise der Hilfssoldaten weiter zögern, aus Furcht, Rekruten der OAS nach Frankreich zu holen. Die Regierung unterstellte auch der AAAA einen subversiven Charakter und rückte sie in die Nähe der OAS. Diesen Verdacht sah die militärische und politische Führung schon früh bestätigt, da interne Dokumente, das bereits zitierte Schreiben Joxes sowie ein weiteres internes Dokument auf ominösem Wege in die Öffentlichkeit gelangten. Man fürchtete, die AAAA plane aus politischen Gründen, Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, um dort den Kampf der OAS zu unterstützen¹⁷³.

Tatsächlich gab es Überschneidungen zwischen den Netzwerken der AAAA und der OAS. So unterstützte der einstige SAS-Offizier Alquier die

¹⁷¹ Commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie, état-major interarmées. Situation des ex-harkis en Algérie depuis le cessez-le-feu, 13.8.1962, SHAT: 1 H 1793/1.

¹⁷² Le général de brigade Frat, commandant la 14^e division d'infanterie, à monsieur le général de division commandant le 22^e corps d'armée, 19.8.1962, SHAT: 1793/1.

¹⁷³ Le gouvernement s'efforce d'empêcher que l'installation de harkis en France ne soit exploitée à des fins politiques, in: Le Monde, 24.5.1962.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Arbeit der AAAA, fand sich jedoch auch in den Reihen der OAS wieder¹⁷⁴. Insgesamt war jedoch sowohl die AAAA als auch das CNMF bemüht, sich von der OAS zu distanzieren und ihren Widerstand gegen die Algerienpolitik der Regierung auf die Unterstützung der Hilfssoldaten zu beschränken. Insbesondere durch den Einfluss Parodis ging der Verband dazu über, mit der Regierung und der Militärführung zu kooperieren. Grundvoraussetzung hierfür war, dass die Organisation ihren unpolitischen Charakter unter Beweis stellte und sich von jeglichen Aktivisten der OAS distanzierte. Parodi gründete Ende des Jahres 1962 ein *comité restreint*, in dem sich verschiedene Persönlichkeiten versammelten, die sich für die Rettung der Hilfssoldaten einsetzten. Das Komitee diskutierte kontrovers die Mitgliedschaft von Persönlichkeiten, denen eine zu große Nähe zur OAS zugeschrieben wurde. Es gab Einwände gegen die Mitgliedschaft der beiden muslimischen Abgeordneten Saïd Boualam und Robert Abdesselam, zwei einflussreichen Persönlichkeiten, die jedoch unter dem Verdacht standen, mit der OAS zu sympathisieren. Um eine Politisierung zu verhindern, erklärte zudem François Reverchon, der Präsident der AAAA, dass er zwar ungern auf ihn verzichte, jedoch werde sich auch Alquier »discrètement« zurückziehen, sobald die Organisation in das Licht der Öffentlichkeit rücke¹⁷⁵.

Aus den Bemühungen, eine Nähe zur OAS möglichst zu vermeiden, wird deutlich, wie sich die Ziele der in den beiden Verbänden organisierten SAS-Offiziere von den Zielen der OAS unterschieden. Reverchon erklärte es zum Ziel der AAAA, die Regierung zur Aufnahme »de nos harkis et frères d'armes musulmans qui nous demandent asile« zu bewegen¹⁷⁶. Wie Alquier hatten viele SAS-Offiziere auf demokratische Reformen gewartet. Nach den von de Gaulle 1958 eingeleiteten Reformen hatten sie zu den Offizieren gehört, die hofften, ihren Beitrag zu einem auf Gleichheit beruhenden französischen Algerien leisten zu können. Hierfür hatten sie Muslime angeworben und ihnen nicht nur versprochen, dieses neue Algerien aufzubauen, sondern auch, die französische Armee werde sie nicht im Stich lassen, auch nicht im Fall einer militärischen Niederlage. Im Gegensatz zu vielen anderen Offizieren hatten sie an dieses Ideal der Gleichheit geglaubt, wenn sie auch in inegalitären Denkmustern verfangen blieben. Ihr Verhältnis zu den muslimischen Hilfssoldaten war von einer besonderen Form des Paternalismus geprägt. Sie sahen die Muslime als rückständig an, vertraten jedoch die Ansicht, diese Rückständigkeit könne mit ihrer Hilfe überwunden und die Muslime in die Französische Republik assimiliert werden.

¹⁷⁴ Jean-Yves Alquier war nach seiner militärischen Tätigkeit als Publizist in Paris tätig und fand sich schließlich in den Reihen der OAS wieder. Vgl. KAUFFER, OAS, S. 194.

¹⁷⁵ Comité restreint, réunion du 19 novembre 1962, 19.11.1962, AN: vers. 20120054/2.

¹⁷⁶ Procès verbal de la réunion du comité restreint, 6.10.1962, ibid.

Diese SAS-Offiziere wollten die Hilfssoldaten aus zwei Gründen nicht in Algerien zurücklassen. Zum einen sahen sie sich durch ihr paternalistisches Verhältnis zu ihnen in der Verantwortung, für ihre Sicherheit zu sorgen. Zum anderen sahen sie in der Rettung der Hilfssoldaten eine Möglichkeit, ihre »Zivilisierungsmission« auch über die Unabhängigkeit hinaus fortzusetzen. Ihr Einsatz für die Hilfssoldaten war ein Mittel, um ihre Unzufriedenheit und ihre Enttäuschung über die Wende in der Algerienpolitik de Gaulles zum Ausdruck zu bringen. Diese Enttäuschung stand im Zusammenhang mit der »Dolchstoßlegende«. Sie resultierte jedoch nicht wie bei vielen anderen Militärs in erster Linie daraus, dass sie ihre militärischen Erfolge verraten sahen. Vielmehr bezog sich für sie der Verrat darauf, dass sie ihre für sich definierte Mission in Algerien nicht fortsetzen konnten. Viele SAS-Offiziere hatten hohe Erwartungen in die Integrationspolitik de Gaulles gesetzt und gehofft, in diesem Rahmen die Zivilisierungsmission realisieren zu können. Um sich nicht mit dem Ende dieser Mission abfinden zu müssen, hatten sie ursprünglich die AAAA gegründet. Zumindest das moralische Erbe ihrer Mission sollte aufrechterhalten werden. Das Engagement für die Hilfssoldaten war für die Vertreter des Verbandes die Möglichkeit, dieses moralische Erbe zu bewahren. Erneut traten sie, auch gegen den Widerstand der Regierung, als Fürsprecher der Hilfssoldaten auf und setzten so die Mission, die sie in Algerien begonnen hatten, fort.

Das Festhalten an der Zivilisierungsmission und die Opposition zur Politik de Gaulles rückten die SAS-Offiziere in die Nähe der extremistischen Kräfte, die auch mit Waffengewalt die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern suchten. Allerdings unterschieden sie sich nicht nur in ihren Handlungsstrategien, sondern auch in ihrem Denken von zahlreichen OAS-Aktivisten. Die OAS war keineswegs die am universalistischen Ideal ausgerichtete Organisation, als die Salan und Jouhaud sie präsentierten. Sie war vielmehr ein komplexes, mehrere Gruppierungen und Strömungen vereinendes Gebilde. Getragen wurde die OAS nicht in erster Linie von Militärs, sondern von europäischen Siedlern. Diese hatten zwar die demokratischen Reformen de Gaulles 1958 begrüßt, jedoch nur, da sie diese Reformen als letzte Möglichkeit ansahen, die *Algérie française* zu retten. Die europäischen Siedler nutzten den Integrationsgedanken, um de Gaulle Verrat an der muslimischen Bevölkerung vorzuwerfen, und wurden dabei von in Frankreich agierenden Aktivisten eines breiten politischen Spektrums unterstützt. So fanden sich rassistische und auch faschistische Strömungen in der OAS wieder, die das Ziel einte, die *Algérie française* zu verteidigen.

Einzelne Vertreter der OAS mögen für die Integration der muslimischen Bevölkerung eingetreten sein. Diese Vertreter gehörten dem militärischen Umfeld an, was daran lag, dass das Militär dem Ideal der Gleichheit nach 1958 einen besonderen Wert beimaß und die Militärs auf allen Ebenen angehalten waren, Muslime zu rekrutieren und diesen als »combattants à part entière« auf

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Augenhöhe zu begegnen. So sahen militärische Vertreter der OAS die Hilfssoldaten als französische Soldaten an und zeigten teils ehrliche Betroffenheit für ihr Schicksal, insbesondere als die Massaker einsetzten. Dennoch nutzten auch diese Vertreter der OAS die Hilfssoldaten zugleich als Waffe, um ihr eigentliches Ziel, die Verteidigung der *Algérie française*, gegen de Gaulle durchzusetzen. Zu diesem Zwecke bemühte sich Salan, Hilfssoldaten für die OAS zu rekrutieren, und nutzte zugleich deren Schicksal als Verteidigungsstrategie. Die OAS bemühte sich nicht, den Hilfssoldaten tatsächlich zur Seite zu stehen.

Die Anklage warf Jouhaud vor, es bestehe eine Divergenz zwischen seinen Taten und seinen Worten. Er beteuere seine Überzeugung für die Integrationspolitik im Geiste der Brüderlichkeit zwischen der muslimischen und der europäischen Bevölkerung und verurteile die von der OAS begangenen Anschläge gegen die muslimische Bevölkerung Algeriens. Doch bei diesen Verbrechen seien Unschuldige gestorben, darunter muslimische Frauen und Kindern. Man konfrontierte Jouhaud mit der Frage, wie er diese Verbrechen mit der »idée de fraternité franco-musulmane« in Einklang bringen könne¹⁷⁷. Trotz aller Bekundungen zur Brüderlichkeit vertiefte die OAS mit ihren blinden Anschlägen den Graben zwischen Muslimen und Europäern und steigerte den Hass und das Bedürfnis der muslimischen Bevölkerung nach Rache¹⁷⁸. Da sie bemüht war, die muslimischen Hilfssoldaten für ihren Kampf zu gewinnen, und propagierte, diese stünden an ihrer Seite, lieferte sie, wie Guy Pervillé aufzeigt, damit dem FLN eine Rechtfertigung für Gewalttaten gegenüber Hilfssoldaten¹⁷⁹. Somit verschlimmerte die OAS de facto am Ende des Krieges die Situation der Muslime, die auf französischer Seite gestanden hatten. Auch die Ausreise der Hilfssoldaten nach Frankreich wurde durch die Aktivitäten der OAS erschwert. Der Verdacht, Hilfssoldaten könnten innerhalb Frankreichs als Soldaten der OAS fungieren, war ein wichtiges Argument der französischen Behörden, um deren Ausreise zu beschränken und streng zu reglementieren¹⁸⁰. Zudem stellte die OAS sich prinzipiell gegen eine Ausreise sowohl der Muslime als auch der europäischen Siedler nach Frankreich. Ihr oberstes Ziel bestand darin, Algerien nicht dem FLN zu überlassen und den Krieg fortzusetzen. Algerien zu verlassen, würde bedeuten, das Ende der *Algérie française* zu akzeptieren.

Um solche Ausreisen zu verhindern, patrouillierte die OAS an Häfen¹⁸¹. Diese Patrouillen erschwerten auch denjenigen, die Hilfssoldaten auf illegalem

¹⁷⁷ Le procès d'Edmond Jouhaud, S. 106f.

¹⁷⁸ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 218.

¹⁷⁹ PERVILLÉ, Guerre d'Algérie, S. 32f.

¹⁸⁰ Vgl. hierzu Kap. 2.2.

¹⁸¹ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 224–226.

Wege nach Frankreich bringen wollten, die Arbeit. Auch für die individuelle Flucht von Hilfssoldaten stellten diese Patrouillen ein Hindernis dar. Einzelne Militärs mögen von der Idee der Integration der muslimischen Bevölkerung überzeugt gewesen sein und die Hilfssoldaten in diesem Sinne als französische Soldaten und Staatsbürger angesehen haben, doch es war das erklärte Ziel der OAS, die *Algérie française* zu verteidigen, und die Hilfssoldaten waren lediglich ein Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Für die in der AAAA und im CNMF organisierten SAS-Offiziere stand hingegen der konkrete Schutz der Hilfssoldaten über dem Ziel, die *Algérie française* zu retten, weshalb sie bereit waren, mit den politisch Verantwortlichen zu kooperieren, um die Ausreise möglichst vieler Hilfssoldaten durchzusetzen.

2.4 Die Fraternisierungskampagne des FLN

Der dritte Weg, den de Gaulle mit seinen Reformen von 1958 anstrebte, war für den FLN keine Alternative. Es sah den Kolonialismus als Unterdrückungssystem an, den er für die Misere der muslimischen Bevölkerung Algeriens verantwortlich machte¹⁸². Der FLN hatte 1954 den gemäßigten Nationalismus Messali Hadjs abgelöst und am 1. November mit einer Serie von Anschlägen Frankreich den Krieg erklärt, um dieses Unterdrückungssystem zu überwinden und Algerien in die Unabhängigkeit zu führen. Während Hadj stets auf demokratische Reformen gehofft hatte, strebte der FLN kompromisslos die Unabhängigkeit Algeriens an. Da die Vertreter der Französischen Republik sich bis dato jeglichen Reformen verwehrt hatten, sah der FLN den gewaltsamen Kampf als letzte Möglichkeit an, das algerische Volk aus der Unterdrückung zu befreien¹⁸³. Die von de Gaulle auf den Weg gebrachten Reformen kamen demnach zu spät. Der auf Martinique geborene Theoretiker Frantz Fanon, der sich in Algerien dem FLN anschloss und als intellektueller Kopf der Bewegung fungierte, erklärte es als absurd, Menschen zu »muselmanischen Franzosen« abzustempeln¹⁸⁴. In Algerien sei eine neue Generation herangewachsen, die dem Kolonialismus keine Chance mehr gebe, sondern Algerien bereits als unabhängige Nation ansehe¹⁸⁵. Für den FLN waren die Reformen de Gaulles nichts Weiteres als ein Instrument zur Bewahrung der Kolonialherrschaft. So war in einem in der *wilaya III* verteilten Flugblatt zu lesen, »les colonialistes français« gäben sich

¹⁸² Gilbert MEYNIER, *Histoire intérieure du FLN*, Paris 2002, S. 159.

¹⁸³ EVANS, *Algérie*, S. 113–123.

¹⁸⁴ Frantz FANON, *Aspekte der algerischen Revolution*, Frankfurt a. M. 1969, S. 14f.

¹⁸⁵ *Ibid.*, S. 10–17.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

große Mühe, um ihre unvermeidbare Niederlage im Algerienkrieg zu tarnen. Zu diesem Zwecke führten sie im ganzen Land die »comédie de réconciliation et de fraternisation« auf¹⁸⁶.

Der FLN agierte mit Alleinvertretungsanspruch. Er behauptete, das algerische Volk unterstütze geschlossen den von ihm geführten Befreiungskampf. All diejenigen, die nicht der Order des FLN folgten, wurden zu Verrätern erklärt und als Gegner bekämpft¹⁸⁷. Gemäß diesem totalitären Anspruch machten die Verantwortlichen im Mai 1958 umgehend klar, dass jeder, der sich von dem »Schauspiel der Kolonialisierenden« täuschen ließe, als Gegner der algerischen Befreiungsbewegung und somit als Verräter zu betrachten sei¹⁸⁸. Dieser Argumentation folgend erklärte der FLN 1958 die Muslime, die sich de Gaulle als politische Vertreter zur Verfügung stellten, ebenso zu Verrätern wie diejenigen, die sich als Hilfssoldaten rekrutieren ließen und somit der französischen Seite als Beleg dafür dienten, dass die muslimische Bevölkerung nicht hinter dem FLN stehe, sondern die *Algérie française* verteidige. Bereits im Vorfeld des im September 1958 angesetzten Referendums gab der FLN ein strenges Verbot heraus, sich aktiv oder passiv an den Wahlen zu beteiligen¹⁸⁹. Die muslimischen Kandidaten wurden in Flugblättern als Diener des Kolonialismus diskreditiert. So bezeichnete man in der Region Orléansville den Kandidaten Mohamed Mir, Veteran der französischen Armee, als »grande sueur des burnous« und den Kandidaten Mohamed Baouya als »serviteur dévoué du colonialisme retrograde«. Besonders hob der FLN unter den Kandidaten den »traître bachaga Boualam« hervor, den er als Kommandant einer *harka* für den Tod »de nombreux innocents« verantwortlich machte¹⁹⁰. Er verbot, diese »créatures colonialistes« zu wählen, die lediglich ihre eigenen Interessen und die der Kolonialisten verträten. Die muslimische Bevölkerung solle jeglichen Wahlen fernbleiben, da sie sich mit dem 1. November 1954 bereits für den FLN entschieden hätte, den einzigen Vertreter des algerischen Volkes, so ein Flugblatt¹⁹¹. Der FLN machte mit diesen Worten seinen Alleinvertretungsanspruch klar und erklärte die Muslime, die in den Wahlen mit dem Anspruch antraten, die Bevölkerung Algeriens zu repräsentieren, zu Gegnern der sich formierenden Nation.

186 Copie d'un tract Front et Armée de libération nationale, wilaya III, ultime manœuvre, 20.6.1958, BNF: Quellensammlung.

187 EVANS, Algérie, S. 118–120.

188 Copie d'un tract affiché le 27 mai à la djemaa du village Agouni-Ahmed, commune de Beni-Yizuit, BNF: Quellensammlung.

189 MEYNIER, Histoire intérieure du FLN, S. 298.

190 Tracts du FLN/ALN, BNF: Quellensammlung.

191 Ibid.

Gegenüber den Hilfssoldaten schlug der FLN 1958 einen anderen Ton an. Anstatt sie als Verräter zu verurteilen, setzte der FLN den demokratischen Reformen de Gaulles und seinem Diskurs von Gleichheit und Brüderlichkeit eine eigene Fraternisierungskampagne gegenüber. Bereits während der Zeit der Vierten Republik hatte sich der FLN insbesondere an die Wehrpflichtigen und die muslimischen Hilfssoldaten gewandt, um diese davon zu überzeugen, die Reihen der französischen Armee zu verlassen und sich der ALN anzuschließen. Diese Bemühungen wurden nun intensiviert. Zugleich erfuhr die Kampagne einen inhaltlichen Wandel. Zur Zeit der Vierten Republik hatte man den Hilfssoldaten in diesen Flugblättern zwar eine Amnestie in Aussicht gestellt, sie für ihre Unterstützung der französischen Kolonialmacht jedoch mit deutlichen Worten verurteilt. Die Macher eines im Januar 1957 verteilten Flugblattes bezeichneten sie als »cobayes« du colonialisme«, die für ein bisschen Geld den Kolonialherren die Hand gereicht hätten¹⁹². Solch drastische Worte verwendete der FLN nach 1958 nicht mehr. Ende Mai ließ er in einem Flugblatt einen Deserteur der französischen Armee zu Wort kommen, der sich an die »Algériens qui malgré eux et contre eux servent dans l'armée d'occupation« wandte¹⁹³. Er rief seine »frères« dazu auf, seinem Beispiel zu folgen, »avec dégoût« die Uniform des Aggressors abzuwerfen und sich den Reihen der ALN anzuschließen¹⁹⁴. Mit diesem Flugblatt vermittelte die Organisation das Bild, die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten dienten gegen ihren Willen in der französischen Armee. In einer versöhnlichen Sprache erklärte der FLN den Hilfssoldaten, auch sie seien Teil der sich formierenden algerischen Nation, weshalb sie sich dem Kampf des FLN anschließen sollten.

Man konfrontierte die Muslime der französischen Armee mit der Frage, ob sie es akzeptieren wollten, das Leben eines Sklaven zu führen, und ob sie es akzeptieren könnten, dass ihre Persönlichkeit, ihr Vaterland und ihre Religion gedemütigt würden. Könnten sie sich als Algerier und als Muslime wirklich aus dem Befreiungskampf ausnehmen? Auch sie seien doch Algerier und Muslime, sie sprächen die gleiche Sprache wie der Rest der muslimischen Bevölkerung und teilten die gleichen Leiden und Hoffnungen. Sie seien nicht in der Lage, auf ihre »frères« zu schießen, sie könnten nicht ihre Hände im Blut ihrer »frères« waschen¹⁹⁵. Der FLN definierte hier die sich formierende algerische Nation auf der Grundlage der muslimischen Religion und der arabischen Sprache sowie

¹⁹² ALN. Appel aux goumiers, tract récupéré en janvier 1957, SHAT: 1 H 2587/1.

¹⁹³ Appel du lieutenant Ben Chérif aux Algériens qui malgré eux et contre eux servent dans l'armée d'occupation, tract récupéré, 29.5.1958, BNF: Quellensammlung.

¹⁹⁴ Ibid.

¹⁹⁵ FLN, wilaya IV, ALN, zone III. Appel aux Algériens qui malgré eux et contre eux portent encore l'uniforme ennemi, tract récupéré, 24.7.1958, ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

auf der gemeinsamen Erfahrung der Unterdrückung durch den Kolonialherren und der Hoffnung auf ein freies Leben. In Teilen widersprach dies dem Nationenbild, das nach 1954 den Diskurs des FLN prägte. Aufgrund der großen Differenzen innerhalb Algeriens definierte er die algerische Nation als eine Gemeinschaft von Individuen, die sich durch den gemeinsamen Freiheitskampf beweisen sollten. Die gemeinsame Religion wurde nicht betont, da man hoffte, auch die jüdische Bevölkerung für den Unabhängigkeitskampf gewinnen zu können. Insbesondere vermied der FLN in den ersten Jahren des Befreiungskampfes den Verweis auf die arabische Sprache, um die Berber nicht auszuschließen¹⁹⁶. Gegenüber den Muslimen innerhalb der Armee war der Verweis auf die Sprache und Religion jedoch insbesondere als Antwort auf die Integrationspolitik de Gaulles von Bedeutung, um die Gemeinsamkeiten der muslimischen Bevölkerung in Abgrenzung zur europäischen zu verdeutlichen. Man unterstrich damit, dass sie der algerischen Nation und nicht der Französischen Republik angehörten, deren Vertreter sie stets unterdrückt und gedemütigt hätten. Sie wurden aufgrund der gemeinsamen Unterdrückungserfahrung und auf der Grundlage ihrer Sprache und Religion bereits potentiell als Teil der algerischen Nation angesehen, müssten sich nun jedoch für die richtige Seite entscheiden und durch eine Beteiligung am Befreiungskampf zeigen, dass sie würdige Mitglieder dieser Nation seien.

Diese versöhnlichen Töne des FLN können damit erklärt werden, dass er versuchte, die Bemühungen der französischen Armee, vermehrt Hilfssoldaten anzuwerben, zu durchkreuzen. Man fürchtete, der von de Gaulle eingeschlagene Weg könne erfolgreich sein und die muslimische Bevölkerung von den eigenen Zielen entfernen. Tatsächlich machte sich die Politik de Gaulles bemerkbar. Die ALN durchlebte nach seinem Amtsantritt eine Phase der militärischen Schwäche, nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Rekrutierung muslimischer Hilfssoldaten. Insbesondere der *plan Challe* wird in der Forschung als militärische Erfolgsstrategie angesehen, unter anderem durch den offensiven Einsatz der *harkas* innerhalb der *groupes de chasse*¹⁹⁷. Der Führungsstab der ALN nahm die militärische Bedeutung der Hilfssoldaten wahr. So hielt er Anfang des Jahres 1959 fest, dass insbesondere die *harkis* eine große Stütze für die französische Armee darstellten, da durch sie die Truppenstärke gehalten werde und sie zudem aufgrund ihrer Kenntnisse des Terrains und teilweise auch der Strategien der ALN von großer Bedeutung seien. Insbesondere die Versuche der französischen Armee, Soldaten aus den Reihen der ALN als Hilfs-

¹⁹⁶ MEYNIER, Histoire intérieure du FLN, S. 252–254.

¹⁹⁷ Ibid., S. 299–301.

soldaten abzuwerben, sah man als große Gefahr an, kannten sie doch die Strategien und Verstecke der ALN¹⁹⁸.

Da die Verantwortlichen der ALN sahen, dass die erfolgreiche Rekrutierung von Hilfssoldaten eine Gefahr für ihren Unabhängigkeitskampf darstellte, entwickelte der FLN gezielt Strategien, um die Muslime in der französischen Armee für die eigene Armee zu gewinnen. Die bereits in den Flugblättern von 1958 erkennbare Fraternisierungskampagne wurde 1959 systematisch fortgesetzt. Während der FLN sich weiterhin bemühte, die muslimischen Abgeordneten zu diskreditieren, beschloss er 1959, man müsse bei den Hilfssoldaten Vertrauen in die ALN wecken¹⁹⁹. Da die Hilfssoldaten vor allem Repressalien fürchteten, wenn sie sich der Befreiungsarmee anzuschließen versuchten, schlug der Generalstab vor, ihnen mit Flugblättern diese Angst zu nehmen. Zudem solle ein Verantwortlicher der ALN eine Erklärung abgeben, in der sie allen Hilfssoldaten Vergebung versprachen und sie als irregeleitet und als Opfer des vom Feind ausgeübten Drucks darstellten²⁰⁰. Man beschloss, an die Zugehörigkeit der in den französischen Reihen kämpfenden Muslime zur algerischen Nation zu appellieren und vor allem die Unterdrückung und die Demütigungen vonseiten der französischen Armee zu betonen. Es sollte diesen Muslimen vor Augen geführt werden, dass die rassistischen Denkmuster und Handlungsstrategien der Kolonialherren trotz der von de Gaulle eingeleiteten Integrationspolitik fortbeständen. Als 13 Hilfssoldaten an dem Militärposten Ait Said zu Tode kamen, hatten Verantwortlichen des FLN in Tunesien die Idee, dieses Ereignis propagandistisch auszunutzen. Der Tod dieser Hilfssoldaten sollte als Resultat einer kollektiven Protestaktion der Hilfssoldaten gegen die rassistischen Handlungsmuster der französischen Offiziere und gegen die an der muslimischen Bevölkerung verübten Massaker der französischen Armee dargestellt werden²⁰¹.

In Marokko griffen Verantwortliche des FLN diese Idee auf und arbeiteten auf dieser Grundlage eine großangelegte Propagandaaktion aus, um die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten für die ALN zu gewinnen. In Briefen an die Familien, mithilfe mündlicher Propaganda und der Verbreitung von Gerüchten sollte der FLN den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten erklären, dass die französischen Offiziere in ihrem Handeln und Denken von Rassismus geprägt seien und sie den Muslimen in ihren Reihen nicht vertrauten. Zudem sollte die

198 Premier ministre. Le FLN et les harkas, 30.4.1959, SHAT: 10 T 535/1.

199 Die Leitlinie, die muslimischen Abgeordneten zu diskreditieren, wurde im August 1959 herausgegeben. Vgl. Premier ministre. Directives du chef de l'état-major ouest, 18.8.1959, *ibid.*

200 Premier ministre. Le FLN et les harkas, 30.4.1959, *ibid.*

201 Premier ministre. Au sujet des harkas, 2.6.1959, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Organisation verbreiten, die französische Armee schicke insbesondere die Muslime in den Tod, um die europäischen Soldaten zu schützen. Auch das Argument, dass die französische Armee die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten nach dem Ende des Krieges ihrem Schicksal überlassen werde, wurde für diese Propagandaaktion genutzt. Zugleich sollte an den muslimischen Glauben der Hilfssoldaten appelliert werden, um die Hilfssoldaten an ihre Zugehörigkeit zur muslimischen Bevölkerung Algeriens und somit zur algerischen Nation zu erinnern. Man sollte sie damit konfrontieren, dass sie aus der »famille musulmane« ausgeschlossen würden, wenn sie weiterhin die ALN bekämpften. Sie verlören das Recht, auf Pilgerfahrten zu gehen, und ihre Gebete würden von Allah nicht mehr erhört²⁰². Der FLN setzte so in der Propaganda zum einen auf das Bild einer durch die Unterdrückungserfahrung geprägten Schicksalsgemeinschaft, betonte jedoch zugleich die Gemeinsamkeiten aufgrund der Religion. Er sendete die Botschaft an die Muslime in den französischen Reihen, diese seien ein Teil der algerischen Nation, müssten dies jedoch durch ihr Handeln unter Beweis stellen.

Nach außen stellte der FLN diese Informationsstrategie als Erfolg dar. In dem Organ des FLN, »El Moudjahid«, zitierte die Redaktion Anfang des Jahres 1960 zu diesem Thema Offiziere der ALN. Diese bestätigten zwar, dass es der französischen Armee durch »chantage à la misère, à la famine ou pire, en utilisant les vieilles rancunes familiales comme il existe chez tous les paysans« 1958 kurzzeitig gelungen sei, vermehrt muslimische Hilfssoldaten anzuwerben²⁰³. Dank einer breit angelegten Aufklärungskampagne hätten jedoch FLN und ALN diese Rekrutierung unterbinden und in großem Maße muslimische Militärs zum Überlaufen bewegen können. Die Muslime, die noch in den französischen Reihen dienten, stünden in Kontakt mit der ALN und leisteten durch ihren Dienst in der französischen Armee ihren Beitrag zum algerischen Befreiungskampf. Ein Hilfssoldat in der Familie stelle einen Schutz vor Übergriffen der französischen Armee für die gesamte Familie dar, was insbesondere dann wichtig sei, wenn andere Familienmitglieder den FLN unterstützten oder in der ALN dienten. Die ALN sei derzeit noch nicht in der Lage, alle Männer aufzunehmen, die sich dem Kampf anzuschließen wünschten. Deshalb lasse man einige bewusst in den Reihen der Gegner, stehe jedoch jederzeit mit ihnen in Kontakt²⁰⁴. Diese Berichterstattung verdeutlicht, in welchem Maße der FLN die auf der französischen Seite kämpfenden Muslime als Gefahr für seine Ziele

²⁰² Premier ministre. Action psychologique du FLN pour la désertion des harkis, 15.6.1959, *ibid.*

²⁰³ Échec au plan Challe. Trois officiers de l'ALN parlent, in: *El Moudjahid* 60 (1960), S. 7.

²⁰⁴ *Ibid.*

ansah. Aus diesem Grund war er bemüht, sie für die eigenen Reihen zu gewinnen, und lieferte zudem nach außen Erklärungen dafür, dass Muslime bereit waren, für den FLN zur Waffe zu greifen.

Frantz Fanon lieferte 1961 in seinem Werk »Les damnés de la terre« eine theoretische Erklärung für das Vorgehen des FLN gegenüber den muslimischen Hilfssoldaten. Diese Theorie der Dekolonialisierung spiegelte seine Erfahrungen aus dem algerischen Unabhängigkeitskampf wider²⁰⁵. Fanon beschrieb den Befreiungskampf der Kolonialiserten als soziale Revolution, die vor allem von den agrarisch geprägten Schichten, aber auch von dem auf der Suche nach Arbeit in die Städte gezogenen »Lumpenproletariat« getragen werde. Er bezog sich hierbei auf die Bonapartismustheorie von Karl Marx²⁰⁶. Dieses »Lumpenproletariat« stellte Fanon zufolge jedoch nicht nur für die Unabhängigkeitsbewegung, sondern auch für den Kolonialherren ein beachtliches Potential dar. Es lasse sich zwar zunächst für den Unabhängigkeitskampf begeistern, da es sich davon eine Verbesserung seiner sozialen Situation verspreche, sei jedoch auch stets bereit, sich als Söldner dem Kolonialherren zur Verfügung zu stellen, sobald der Kampf ins Stocken geriete. Aus diesem »Lumpenproletariat« rekrutierte Fanon zufolge die französische Armee ihre Hilfssoldaten²⁰⁷. Er schrieb diesem Milieu ein mangelndes Bewusstsein für die Zugehörigkeit zur algerischen Nation zu, bezeichnete die Hilfssoldaten als »sous-hommes«, sah es jedoch zugleich für den Erfolg des Befreiungskrieges als essentiell an, diese als Unterstützer zu gewinnen²⁰⁸.

Auf der Grundlage dieses theoretischen Erklärungsansatzes Fanons kann die Strategie gegenüber den Hilfssoldaten als Versuch gedeutet werden, diese zu ideologisieren und für den Befreiungskampf zu gewinnen. Die erfolgreiche Rekrutierung von Muslimen durch die französische Armee stellte eine Gefahr für den erfolgreichen Unabhängigkeitskampf des FLN dar. Sowohl die Außenwirkung als auch die Kriegsführung litten darunter. Während die muslimische Elite eine kleine, in der muslimischen Bevölkerung nur wenig verankerte Gruppe darstellte, waren die Hilfssoldaten zahlenmäßig von Bedeutung und in der Bevölkerung verwurzelt und somit bedeutende Multiplikatoren. Aus diesem Grund erklärte der FLN die Hilfssoldaten nicht wie die muslimischen Abgeord-

²⁰⁵ Vgl. dazu Michael AZAR, In the Name of Algeria. Frantz Fanon and the Algerian Revolution, in: Anthony C. ALESSANDRINI (Hg.), Frantz Fanon. Critical Perspectives, London, New York 1999, S. 21–33.

²⁰⁶ Vgl. zu den Bezügen der Theorie Fanons auf die Bonapartismustheorie von Karl Marx Erik M. VOGT, Jean-Paul Sartre und Frantz Fanon, Antirassismus – Antikolonialismus – Politiken der Emanzipation, Berlin 2012, S. 131–133.

²⁰⁷ Frantz FANON, Les damnés de la terre, Paris 1968, S. 258.

²⁰⁸ Ibid., S. 79–81.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

neten zu Verrätern und schloss sie nicht aus der sich formierenden Nation aus, sondern reichte ihnen die Hand zur Vergebung. Durch eine gezielte Propagandakampagne versuchte man sie als Anhänger der Nationalbewegung zu gewinnen, indem man ihnen verdeutlichte, sie gehörten der algerischen Gemeinschaft an, sie müssten dies lediglich rechtzeitig erkennen und durch ihre Teilnahme am Befreiungskampf ihren Platz in der zukünftigen algerischen Nation sichern.

Auch als er im Frühjahr 1961 Verhandlungen mit der französischen Regierung aufnahm, setzte der FLN seine Propagandakampagne gegenüber den muslimischen (Hilfs-)Soldaten fort und bemühte sich, diese für die Reihen der ALN zu gewinnen. Im Juni 1961 wurde in »El Moudjahid« die Rubrik »Les exploits de l'Armée de libération nationale« eingeführt. An dieser Stelle berichtete die Redaktion regelmäßig von den Erfolgen der ALN. Die Aufnahme von Deserteuren oder erfolgreiche Offensiven mithilfe von Deserteuren nahmen in dieser Rubrik einen bedeutenden Platz ein. Im Zentrum standen Fragen wie: Wie viele Deserteure konnte die ALN aufnehmen, wie konnte sie dabei ihr Waffenarsenal erweitern und welche gegnerischen Verluste konnten gegebenenfalls durch die Informationen und Handlungen eines Deserteurs verbucht werden? Im Juni 1961 konnte die ALN zum Beispiel vermelden, dass es einer ihrer Einheiten mit der Hilfe von 19 muslimischen Soldaten gelungen war, in einen Posten eines GAD einzudringen. Alle Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten seien getötet und alle Waffen des Postens erbeutet worden²⁰⁹. Diese Berichterstattung ist damit zu erklären, dass der FLN wie auch de Gaulle versuchte, aus einer Position der Stärke in die Verhandlungen einzutreten²¹⁰. Hierfür war es von Bedeutung den Alleinvertretungsanspruch des FLN sowie militärische Stärke zu demonstrieren. Aus diesem Grund nahm die ALN auch weiterhin Überläufer auf, insbesondere wenn diese ihr Waffenarsenal vergrößerten und halfen, dem Gegner militärische Rückschläge zu versetzen.

Auch nachdem die Waffenstillstandsabkommen von Évian unterzeichnet worden waren, hielt der FLN an dieser Strategie fest. Offiziell wurden zwar die Kriegshandlungen eingestellt, de facto fanden jedoch weiterhin Kämpfe statt. Die französische Seite war zwar bemüht, den Waffenstillstand einzuhalten, durch die Terrorakte der OAS ging jedoch de facto von französischer Seite weiterhin Gewalt aus. Auch der FLN stellte seine Kampfhandlungen nicht ein – die Gewaltspirale war mit dem Waffenstillstand nicht gestoppt²¹¹. Die in den Abkommen von Évian eingeschriebene Amnestieklausel verlor somit an Bedeutung. Gegenüber den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten blieb der FLN jedoch bei der Linie, Deserteure aus den Reihen der französischen Armee oder

²⁰⁹ Les exploits de l'Armée de libération nationale, in: El Moudjahid 82 (1961), S. 2.

²¹⁰ Jean-Paul BRUNET, Charonne. Lumières sur une tragédie, Paris 2003, S. 56.

²¹¹ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 214–218.

der *force d'ordre locale* aufzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag zur Entstehung der algerischen Nation zu leisten, obwohl dies ein Bruch mit den Abkommen von Évian darstellte. Dies rechtfertigte ein Kommandant der ALN damit, dass er Deserteure mit Waffen nicht abweisen könne, da er ihnen mit dieser Ablehnung die Möglichkeit nehme, einen Platz im unabhängigen Algerien zu finden und von der Bevölkerung akzeptiert zu werden²¹². Der GPRA beschloss auf einer Versammlung, reguläre muslimische Soldaten möglichst nicht aufzunehmen, Hilfssoldaten jedoch zum Desertieren aufzufordern. Die ALN sollte diese aufnehmen, jedoch zunächst unter besondere Aufsicht stellen und sie nicht einsetzen²¹³.

Den Hilfssoldaten wurde durch Flugblätter mitgeteilt, dass die ALN sie auch weiterhin aufnehmen würde. Allerdings verschärfte der FLN seinen Ton und der Befehl, mit Waffen zu desertieren, gewann an Bedeutung. So hieß es in einem persönlich an einen Hilfssoldaten gerichteten Flugblatt: »Espèce d'idiot, va-t-en, débrouille toi [...]. Viens avec le gouvernement algérien, viens, viens, sers-toi pour les armes«. Wenn es ihm gelinge, so viele Waffen wie möglich zu enteignen, sei die ALN bereit, ihn aufzunehmen²¹⁴. Es galt nicht mehr die Unschuldsvermutung, sondern man warf den muslimischen Hilfssoldaten mit aller Deutlichkeit vor, zu lange auf der falschen Seite gestanden zu haben. Aus diesem Grund war der Waffendiebstahl ein wichtiger Bestandteil des Überlaufens: Er wurde als Beitrag zum Unabhängigkeitskampf angesehen. Nur für eine Gegenleistung konnten nun diejenigen, die auf der falschen Seite gestanden hatten, noch in die algerische Gemeinschaft aufgenommen werden.

Abgesehen von Waffen akzeptierte der FLN auch Strafzahlungen. Er verteilte Flugblätter an einzelne Hilfssoldaten mit der Anweisung, eine der jeweiligen finanziellen Situation angemessene Summe zu bezahlen, um als Unterstützer des FLN und der ALN anerkannt zu werden. Auf diesem Wege könnten sie sich ein »certificat de patriotisme« und damit für sich selbst und ihre Familien ein ehrenvolles Leben in der unabhängigen algerischen Republik erwerben. Eine Nichtbeachtung dieser Aufforderung sei hingegen als deutliches Zeichen anzusehen, hieß es weiter in dem Flugblatt, und ziehe schwere Konsequenzen nach sich, für die allein der Betroffene die Verantwortung trage²¹⁵. Die Zah-

²¹² Commandant compagnie gendarmerie de Maison-Blanche. Message n° 1.148/4, avril 1962, SHAT: 1 H 1788/3.

²¹³ Information recueillie le 20 mai 1962 sur les décisions prises dernières réunions GPRA, ohne Datum, SHAT: 1 H 1787/3.

²¹⁴ République algérienne, FLN/ALN, wilaya V. De l'adjutant Lahbib Bourguiba au frère Menouar, lettre adressée à un harki de Serbou, 10.4.1962, SHAT: 1 H 1788/2.

²¹⁵ GPRA, FLN/ALN, état-major général, wilaya IV. Au frère algérien Si [bachaga Boualam], ohne Datum, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

lungsaufforderung ist auch im Kontext der Tatsache zu betrachten, dass alle Muslime Algeriens während der Zeit des Unabhängigkeitskampfes verpflichtet worden waren, Geld oder Lebensmittel als Beitrag zum Kampf gegen die französische Kolonialmacht zu leisten²¹⁶. Mit der festgelegten Summe sollten die Hilfssoldaten nun im Nachhinein diesen Beitrag leisten.

Während der FLN sein Vorgehen damit begründete, die Hilfssoldaten in das entstehende Algerien integrieren zu wollen und ihnen hierfür eine letzte Chance zu geben, unterstellte die französische Seite ihm rein taktische Überlegungen. In einem militärinternen Schreiben hieß es, der FLN ziele mit seiner Strategie darauf ab, die Stimmen der muslimischen Hilfssoldaten für das anstehende Referendum zu gewinnen. Der FLN verstecke jedoch nicht seine wahren Absichten, nach der Unabhängigkeit mit ihnen ins Gericht zu ziehen²¹⁷. Diese zeitgenössische Aussage wirft die Frage nach der Verantwortung des FLN für die erstmals nach den Waffenstillstandsabkommen, insbesondere jedoch nach der Unabhängigkeitserklärung einsetzenden Massakern an den demobilisierten Hilfssoldaten auf. In der Forschung konzentrierte man sich lange auf die Verantwortung der französischen Regierung. Die Haltung des FLN wurde nicht in Frage gestellt. Allerdings deuten Historiker heute die Massaker im Kontext der Auseinandersetzungen im Inneren des FLN und der Erosion der staatlichen Gewalt und relativieren dadurch die Verantwortung des FLN²¹⁸. Gleichwohl verweisen interne Korrespondenzen des FLN zumindest auf eine indirekte Verantwortung der Organisation. Es waren taktische Überlegungen, die der Entscheidungen zugrunde lagen, die Hilfssoldaten aufzunehmen. In einer Direktive vom April 1962 hieß es, aus Rücksicht auf die mit Frankreich getroffenen Abkommen sollten desertierende Soldaten nicht aufgenommen werden. Niemand solle jedoch desertierende Hilfssoldaten abweisen. Es werde derzeit das Gerücht verbreitet, der FLN hätte alle Hilfssoldaten verurteilt. Sie abzuweisen würde dieses Gerücht bestätigen. In diesem Fall bestehe die Gefahr, dass sie sich in den Reihen der OAS wiederfänden²¹⁹.

Auch für die These, der FLN nehme die Hilfssoldaten auf, um diese in Sicherheit zu wiegen, und bereite gleichzeitig eine Rachekampagne vor, finden sich in internen Direktiven Belege. Unmittelbar nach den Abkommen gaben Verantwortliche in der *wilaya V* die Direktive heraus, die Hilfssoldaten seien zwar aufzunehmen, ihre Waffen jedoch den Soldaten der ALN zuzuweisen und

²¹⁶ MEYNIER, *Histoire intérieure du FLN*, S. 156.

²¹⁷ Bulletin de renseignement n° 165–048/577/186/s., 19.4.1962, SHAT: 1 H 1787/3.

²¹⁸ HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 334–365; MOUMEN, *Les massacres de harkis*; THÉNAULT, *Massacre des harkis*.

²¹⁹ République algérienne FLN/ALN/wilaya IV, zone 2. Directive générale, 19.4.1962, SHAT: 1 H 1788/2.

die Deserteure selbst unter Aufsicht zu stellen, um sie einem »lavage de cerveau« zu unterziehen²²⁰. In der Reaktion auf eine konkrete Anfrage, wie mit sechs einzelnen Deserteuren zu verfahren sei, wurde darauf verwiesen, wie wichtig es sei, den Deserteuren keine internen Informationen der ALN weiterzugeben. Da sie erst nach den Waffenstillstandsabkommen geflohen seien, sei noch nicht klar, ob der GPRA sie akzeptiere oder nicht²²¹. Nicht nur das Misstrauen gegenüber den Hilfssoldaten ist aus dieser Direktive herauszulesen, sondern auch die Unsicherheit darüber, ob der FLN letztendlich die Hilfssoldaten im unabhängigen Algerien akzeptiert würde. Andere Direktiven lassen den Schluss zu, der FLN würde den Hilfssoldaten nicht vergeben, sondern es sei lediglich der richtige Augenblick für die Rache noch nicht gekommen. Sie hätten sich freiwillig den »maîtres colonialistes« unterstellt und seien gegen das eigene Volk vorgegangen. Ihre »honteuse et abominable histoire« werde nie in Vergessenheit geraten. Auch die folgenden Generationen würden sich daran erinnern. Die Revolution habe sie bereits verurteilt, nun müsse das Volk sie noch mit seiner Verachtung strafen, war in einer Direktive der *wilaya V* zu lesen. Da mit dem Waffenstillstand jedoch noch kein Frieden hergestellt worden sei, müsse man taktisch klug vorgehen und sie vorübergehend für die eigenen Reihen gewinnen. Ansonsten gebe man ihnen erneut die Möglichkeit, sich dem Feind anzuschließen. Ihre Verurteilung werde in einem freien und unabhängigen Algerien stattfinden. Das algerische Volk habe dann die Möglichkeit, über ihr Schicksal zu bestimmen. Bis dahin müsse man »ce peuple assoiffé de vengeance« bitten, seine Wut zu zügeln. Man stelle jedoch eine »liste noire« zusammen, die bis nach der Unabhängigkeit sorgsam aufzubewahren sei²²². Anhand dieser Dokumente der *wilaya V* lässt sich schlüssig argumentieren, der FLN habe den Hilfssoldaten nur zum Schein die Hand gereicht und die Massaker gezielt vorbereitet.

Diese Schlussfolgerung ließe jedoch die Differenzen innerhalb des FLN außer Acht, die nach der Unabhängigkeitserklärung deutlich zum Vorschein traten. Während bis zur Unabhängigkeitserklärung präzise darauf geachtet wurde, jegliche internen Spannungen zu verbergen und Einheit zu demonstrieren,

²²⁰ Extrait de la directive n° 431 adressée après la signature du cessez-le-feu par le commandement de la wilaya V à toutes les zones, in: Dossiers sur des déclarations gouvernementales à l'Algérie, SHAT: 1 H 1786/1.

²²¹ République algérienne FLN/ALN/wilaya V, zone 4, 26.3.1962, SHAT: 1 H 1787/3. Diese Information wurde an alle Verantwortlichen der einzelnen Regionen in der *wilaya V* gesandt, wie aus folgendem Dokument hervorgeht: République algérienne FLN/ALN/wilaya V, zone 4. Du conseil Abderrahmane à toutes les régions de la zone 4, 27.3.1962, *ibid.*

²²² Extrait de la directive n° 442 du 10 avril 1962 du commandant de la wilaya V, in: Dossiers sur des déclarations gouvernementales à l'Algérie, SHAT: 1 H 1786/1.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

ren, konnte das algerische Volk am Tag der Unabhängigkeit erkennen, dass die propagierte Einheit nicht existierte. Als der GPRA nach Algerien zurückkehrte, trat die Führung des FLN nicht geschlossen auf. Zwei der *chefs historiques*, Mohamed Khider und Ahmed Ben Bella, blieben zunächst im Ausland. In den folgenden Monaten stürzten die zunehmenden Differenzen das gerade unabhängig gewordene Land in einen Bürgerkrieg. Ben Bella stellte sich mit der militärischen Unterstützung der Grenzarmee unter Houari Boumedienne dem GPRA entgegen, den er als zu profranzösisch und zu gemäßigt ansah. Dabei ging auch eine Spaltung durch die *wilaya*. Die Verantwortlichen der *wilaya V* gehörten zu den Vertretern, die den radikalen Konfrontationskurs Ben Bellas und Boumediennes unterstützten²²³. Aus diesem Grund muss angezweifelt werden, dass die oben untersuchten Direktiven dieser *wilaya* die zu diesem Zeitpunkt vorherrschende Leitlinie des FLN widerspiegeln. Hautreux macht zudem geographische Unterschiede in der Intensität der Massaker aus. Er kommt zu dem Schluss, dass gerade in der *wilaya V* am wenigsten Massaker stattfanden²²⁴. Es kam demnach gerade nicht in der *wilaya*, in der die Führung einen äußerst radikalen Kurs im Umgang mit den Hilfssoldaten anstrebte, zu den meisten Massakern.

Die Massaker müssen vielmehr, wie in der aktuellen Forschung belegt, im Kontext der Erosion der staatlichen Gewalt gedeutet werden. Bereits vor der Unabhängigkeit kam es zu ersten Übergriffen auf Hilfssoldaten und andere Muslime, die die französische Seite unterstützt hatten. In einigen Gegenden wurden Parallelstrukturen eingerichtet und Muslime, die auf der französischen Seite gestanden hatten, vor Volksgerichte gestellt und verurteilt²²⁵. Folgt man jedoch der Einschätzung der französischen Militärführung, so brach die allgemeine Gewaltwelle erst nach der Unabhängigkeitserklärung aus. In einem Bericht des Oberkommandos der französischen Streitkräfte in Algerien ist von einer »campagne de répression généralisée« die Rede, die nach der Unabhängigkeit ausbrach, begleitet von extremer Gewalt²²⁶. Dass dies mit der Erosion der staatlichen Gewalt zu erklären ist, geht aus mehreren militärischen Berichten der französischen Seite hervor. Die nach der Unabhängigkeitserklärung Algeriens noch in Algerien stationierten Militäreinheiten berichteten von einem zunehmenden Kontrollverlust der ALN. Es sei davon auszugehen, dass

²²³ Benjamin STORA, *Histoire de l'Algérie depuis l'indépendance*, Paris 2004, S. 8f.

²²⁴ HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 338–340.

²²⁵ Région territoriale et corps d'armée d'Alger. Synthèse de renseignements, 18.5.1962, SHAT: 1 H 1786/1.

²²⁶ Commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie, état-major interarmées, 13.8.1962, SHAT: 1 H 1793/1.

bald die »résistants de dernière heure« die Kontrolle übernehmen würden²²⁷. Gerade diese »résistants de dernière heure« riefen zu Racheakten an der Bevölkerung auf, hieß es in einem weiteren Bericht. In Tamalous hätten Zivilisten, »résistants du 19 mars«, die Bevölkerung versammelt und dazu aufgefordert, alle *harkis* zu töten²²⁸. Es waren diesen Berichten zufolge die Widerstandskämpfer der letzten Stunde, die, um ihren eigenen Nationalismus unter Beweis zu stellen, zur physischen Vernichtung derjenigen aufriefen, die sich offen gegen die Unabhängigkeitsbewegung gestellt hatten.

Die Führung des FLN bemühte sich vereinzelt, die Massaker an den Hilfssoldaten zu verhindern, konnte ihrer Autorität jedoch immer weniger Geltung verschaffen. Der algerische Präsident Abderrahmane Farès erklärte gegenüber dem französischen Botschafter, er unternehme alles, was in seiner Macht stehe, um solche Übergriffe zu verhindern. Er gab jedoch auch zu verstehen, dass in einigen Fällen die Hilfssoldaten durch ihr Verhalten diese Reaktionen der Bevölkerung hervorgerufen hätten. Es sei schwierig, die Gemüter sofort wieder zu beruhigen²²⁹. Farès gehörte zu den Vertretern des FLN, die in der Linie des GPRA bemüht waren, die Verträge von Évian einzuhalten und die französische Regierung nicht zu provozieren. Er stand jedoch in ständigem Konflikt mit Vertretern des politischen Büros des FLN und Militärs, die sich schließlich gegen ihn durchsetzen sollten²³⁰. Sein Zögern, die Massaker zu unterbinden, ist im Kontext seiner Machtlosigkeit zu erklären, was die vor Ort stationierten französischen Militärs bestätigten. In einem Bericht an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Algerien war zu lesen, die lokale Bevölkerung behandle die demobilisierten Hilfssoldaten stets dann als Verräter, wenn sie mit der ehemals in Tunesien stationierten Einheit der ALN unter Führung Boumediennes in Kontakt käme²³¹. Diese Beobachtung stellte einen Zusammenhang zwischen den Massakern und den Vorstößen der Grenzarmee Boumediennes her. Die Untersuchungen Hautreux' zur Intensität der Massaker in den verschiedenen Regionen Algeriens bestätigten diese Beobachtung. Die Massaker fanden hauptsächlich im Osten Algeriens statt, wo im Sommer die militärischen Auseinan-

227 23^e corps d'armée, 9^e division d'infanterie, bulletin de renseignement. Situation de l'ALN en zone 43, 6.7.1962, SHAT: 1 H 1787/3.

228 Le lieutenant Blois, commandant la compagnie de gendarmerie de Collo. Bulletin de renseignement, 30.7.1962, SHAT: 1 H 1793/1.

229 Ambafrance en Algérie à Minalgérie Paris, 28.8.1962, *ibid*.

230 STORA, *Histoire de l'Algérie*, S. 19.

231 Le général de brigade Lapaume, commandant provisoirement le 22^e corps d'armée, à monsieur le général commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie. Massacres de musulmans anciens membres des forces armées françaises, disparitions et exécutions d'Européens, 13.8.1962, SHAT: 1 H 1793/1.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

dersetzungen der Grenzarmee mit der ALN der verschiedenen *wilayas* stattfanden²³². Insbesondere während dieser Zusammenstöße schien ein Autoritätsverlust der ALN einzusetzen, von dem Agitatoren profitierten, um zu Massakern an ehemaligen Hilfssoldaten aufzurufen. Zweifelsfrei versuchte die ALN nicht immer, diese Massaker zu verhindern, und teilweise waren Elemente der ALN selbst an den Massakern beteiligt. Der Höhepunkt der Massaker fiel zeitlich jedoch tatsächlich mit der Erosion der staatlichen Autorität in Algerien zusammen.

Als sich die Gesamtsituation in Algerien beruhigte und sich mit dem Sieg der Gruppe um Ben Bella und Boumedienne über den GPRA im September die staatliche Macht wieder festigte, fanden erkennbar weniger Massaker statt, sie waren jedoch noch nicht beendet. Der FLN knüpfte nicht an die Versöhnungskampagne der Zeit kurz nach den Abkommen von Évian an. Vielmehr setzte nun die Phase der staatlich kontrollierten Vergeltungsaktionen ein. Moumen arbeitete heraus, dass um diese Zeit die Vergeltungsaktionen zunehmend von der neuen algerischen Armée nationale populaire durchgeführt wurden und Lager entstanden, in denen die ehemaligen muslimischen Hilfssoldaten der französischen Armee zu Strafarbeiten eingesetzt wurden²³³. Auch Vertreter des FLN begannen um diese Zeit öffentlich zu Vergeltungsaktionen aufzurufen. Die französische Botschaft berichtete im November 1962, der Verantwortliche der *wilaya II*, Larbi, habe die Hilfssoldaten im Radio Constantine als Verräter bezeichnet, die die Befreiungskämpfer bekämpft hätten und noch immer für den Feind spionierten. Er wiederholte, dass die ehemaligen Hilfssoldaten dem FLN bekannt seien und insbesondere diejenigen ihre Namen wüssten, die wegen ihnen gelitten hätten²³⁴. Larbi hob mit dieser Ansprache hervor, dass sie als Täter anzusehen und Befreiungskämpfer wegen ihnen zu Schaden gekommen seien. Somit rechtfertigte er Racheaktionen.

Erst im Juni 1963 sprach sich Ben Bella offiziell für eine Versöhnung aus. Öffentlich bezeichnete er die Gewalt gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten als kriminell und verurteilte sie. Man müsse ein neues Kapitel aufschlagen und die Gewalt hinter sich lassen. Ihm zufolge hätten 130 000 Hilfssoldaten in den Reihen der französischen Armee gekämpft. Unkontrollierte Racheakte gegenüber so vielen Menschen würden Algerien ins Chaos stürzen²³⁵. Die staatliche Repressionspolitik bestand jedoch auch nach dieser Rede Ben Bellas fort. Weiterhin wurden Hilfssoldaten in Lagern interniert, obgleich die algerische Regie-

²³² HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 334–342.

²³³ MOUMEN, *Les massacres de harkis*, S. 67.

²³⁴ Ambassade française en Algérie au ministre des Affaires algériennes. Télégramme, 30.11.1962, AN: 5 AG 1/1813.

²³⁵ *SecretAlgérie*, 4.6.1963, *ibid.*

nung sich zu diesem Sachverhalt unterschiedlich äußerte. Ben Bella erklärte gegenüber dem französischen Botschafter im Februar 1963, nachdem in einem Presseartikel in Paris von der Existenz der Internierungslager für ehemalige Hilfssoldaten berichtet worden war, die Lager würden zu deren Schutz eingerichtet²³⁶. Nur einen Tag später erklärte der Justizminister als Reaktion auf diesen Presseartikel, es existierten keine solchen Lager auf algerischem Boden²³⁷. Diese widersprüchlichen Erklärungen müssen als eine Strategie gegenüber der französischen Regierung gewertet werden. Der FLN lehnte unter Ben Bella und Boumedienne die Abkommen von Évian als neokolonialistisches Vertragswerk ab und setzte gegenüber Frankreich auf eine Politik der Konfrontation²³⁸. Die in den algerischen Lagern internierten ehemaligen Hilfssoldaten gaben dem FLN die Möglichkeit, gegenüber der französischen Regierung, die immer wieder die Ausreisegenehmigung von internierten Hilfssoldaten forderte, Stärke zu beweisen. Erklärte Ben Bella sich im Februar grundsätzlich bereit, diesen Forderungen nachzukommen, verknüpfte er im Juni die Ausreisegenehmigungen mit Bedingungen und verlangte die Freilassung von acht in Frankreich inhaftierten Franzosen, die den FLN während des Krieges unterstützt hatten. Solange diese nicht freigelassen würden, werde er keinen einzigen Hilfssoldaten mehr befreien²³⁹ – offen erpresste er die französische Regierung.

Der algerische Justizminister verteidigte das Recht, die ehemaligen Hilfssoldaten zu bestrafen. Direkt nach dem Waffenstillstand hätte der FLN alle Muslime, die mit der Besatzungsmacht kollaboriert hatten, verhaften und verurteilen müssen, wie dies alle Länder Europas – auch Frankreich – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gehandhabt hätten. Dies sei jedoch nicht möglich gewesen, da der FLN sich bemüht habe, die Waffenstillstandsabkommen einzuhalten. Als Reaktion darauf sei es einerseits zu Vergeltungsaktionen der Bevölkerung gekommen, die es nicht ertragen habe, dass Kriminelle ungestraft und mit vollen Rechten ausgestattet davongekommen seien. Andererseits habe auch die algerische Armee sich teils mit brutalen Methoden gerächt²⁴⁰. Mit diesen Worten sprach der Justizminister die algerische Regierung von jeglicher Verantwortung frei. Er wies vielmehr der französischen Regierung die Verantwortung zu, die durch die in den Abkommen von Évian festgeschriebene Amnestieklausel eine gerechte und geordnete Bestrafung der »Kollaborateure« verhin-

²³⁶ SecretAlgérie, 18.2.1963, *ibid.*

²³⁷ SecretAlgérie, 20.2.1963, *ibid.*

²³⁸ MOUMEN, *Les massacres de harkis*, S. 68.

²³⁹ SecretAlgérie, 18.6.1963, AN: 5 AG 1/1813.

²⁴⁰ Bulletin de renseignement n° 330 à M. le général la 2^e division, état-major, 2^e bureau. Visite du ministre de la Justice au sujet des ex-harkis et GMS, 14.6.1963, SHAT: 1 H 1793/4.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

dert habe. Die algerische Regierung habe stets versucht, die Hilfssoldaten zu schützen, allein zu diesem Zwecke seien die Lager eingerichtet worden²⁴¹. Aus den Worten des Justizministers geht hervor, dass der FLN die Fraternalisierungskampagne aus rein taktischen Gründen fortgesetzt hatte. Die Hilfssoldaten wurden als Kollaborateure angesehen, die bestraft werden mussten.

Die Argumentationsweise des algerischen Justizministers ist aus einem weiteren Grund interessant. Er gab an, die Hilfssoldaten seien größtenteils Gegner des Regimes und agitierten heimlich gegen den FLN. Aus diesem Grund müsse man sie zunächst »désintoxiquer«. Noch immer bestehe die Gefahr, dass sie sich zu einem *maquis* zusammenschließen, um gegen die algerische Regierung vorzugehen²⁴². Aus diesen Aussagen des Justizministers wird deutlich, dass der FLN die ehemaligen muslimischen Hilfssoldaten als Feinde ansah, aber dennoch als algerische Bürger und nicht als Teil der Französischen Republik. Es sei nicht möglich, alle ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien nach Frankreich ausreisen zu lassen, fügte der Justizminister hinzu. Dies würde eine Ausreise von 500 000 bis 600 000 algerischen Bürgern und somit das Ausbluten des Landes bedeuten²⁴³. Nach der Staatsbürgerschaftsregelung waren die ehemaligen Hilfssoldaten algerische Staatsbürger. Alle »Français de statut de droit local« hatten mit der Unabhängigkeit die französische Staatsbürgerschaft verloren²⁴⁴. Zudem hatte der FLN die muslimische Bevölkerung Algeriens nie als französische Staatsbürger, sondern stets als Algerier angesehen. Der französischen Regierung nun die Verantwortung für die ehemaligen Hilfssoldaten zu überlassen, hätte die These bestätigt, zahlreiche Muslime hätten die *Algérie française* unterstützt und sogar in den Reihen der französischen Armee dafür gekämpft, Bürger der Französischen Republik zu bleiben.

Mit Ben Bella und Boumedienne hatte sich der muslimisch-islamisch geprägte Flügel des FLN durchgesetzt. Der FLN rückte die arabisch-muslimische Tradition Algeriens zunehmend in den Vordergrund²⁴⁵. Als Muslime gehörten die ehemaligen Hilfssoldaten demnach der algerischen Nation an. Entscheidend für die Zugehörigkeit zur algerischen Nation blieb jedoch für den FLN die Beteiligung am Unabhängigkeitskampf. Alle diejenigen, die sich auf die französische Seite gestellt hatten, waren demnach Verräter. Aus diesem Grund verfolgte der FLN unter Ben Bella die Strategie, die Hilfssoldaten in Lagern zu internieren, um sie dort zu »entgiften«. Man sah sie auf der Grundlage eines

241 Ibid.

242 Ibid.

243 Ibid., der Justizminister kommt auf diese Zahlen, da er die Familien der Hilfssoldaten mit einbezieht.

244 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

245 MEYNIER, *Histoire intérieure du FLN*, S. 257

ethnisch-kulturellen Nationenverständnis als Teil der algerischen Nation an, warf ihnen jedoch der Theorie Fanons folgend vor, sich nie aus der kolonialen Abhängigkeit befreit zu haben, weshalb sie sich jederzeit wieder instrumentalisieren lassen könnten. Erst 1964 wurden die letzten Lager geschlossen. Bis dahin hatten ca. 85 000 ehemalige Hilfssoldaten und deren Familien Algerien verlassen und sich in Frankreich niedergelassen²⁴⁶.

2.5 Die französische Föderation des FLN und die »harkis de Paris«

Ab Ende des Jahres 1959 musste sich der FLN mit den sogenannten Forces de police auxiliaire (FPA) auseinandersetzen, nachdem die französische Polizei die in Algerien praktizierte psychologische Kriegsführung auf Frankreich übertragen hatte, um die dort agierende französische Föderation des FLN zu bekämpfen. Die französische Föderation hatte bis 1958 die Aufgabe, ein politisches Netzwerk zu installieren, um in erster Linie die aus Algerien stammenden Migranten zu kontrollieren und den Alleinvertretungsanspruch des FLN durchzusetzen. Essentiell war dies insbesondere, da die Migranten wie alle Muslime Algeriens zu regelmäßigen Zahlungen an den FLN verpflichtet wurden. Aufgrund der verhältnismäßig hohen Finanzkraft der Migranten in Frankreich wurde der Krieg des FLN hauptsächlich von Frankreich aus finanziert. Der Kampf der französischen Föderation bestand aus diesem Grund in erster Linie darin, die algerischen Migranten dem Einfluss Messali Hadjs zu entziehen, der insbesondere in Frankreich über einen großen Rückhalt verfügte²⁴⁷. Vor 1958 beschränkte sich der Krieg innerhalb Frankreichs somit weitgehend auf Auseinandersetzungen und Kampfhandlungen innerhalb der algerischen Gemeinschaft, die für die französische Bevölkerung nur in geringem Maße sichtbar wurden. Der Krieg spielte sich insbesondere in den Vororten (*banlieue*) von Paris ab, in denen der größte Teil der aus Nordafrika stammenden Migranten lebte.

²⁴⁶ Moumen kommt folgendermaßen zu dieser Zahl: 3200 ehemalige Hilfssoldaten unterschrieben letztendlich einen Vertrag mit der französischen Armee, 42 000 bekamen als »personnes menacées« die Genehmigung, nach Frankreich auszureisen, und ca. 40 000 kamen ohne oder mit privater Hilfe nach Frankreich. Vgl. hierzu MOUMEN, La notion d'abandon, S. 59.

²⁴⁷ Rémy VALAT, Les calots bleus et la bataille de Paris. Une force de police auxiliaire pendant la guerre d'Algérie, Paris 2007, S. 25f. Vgl. zu den Messalisten während des Algerienkriegs Jacques VALETTE, Militants et combattants messalistes, 1954–1962, in: Jean-Charles JAUFFRET, Charles-Robert AGERON (Hg.), Des hommes et des femmes en guerre d'Algérie, Paris 2003, S. 320–341.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Im Sommer 1958 weiteten sich die Kriegshandlungen innerhalb Frankreichs aus. Unterstützt vom GPRA entschieden die Verantwortlichen der französischen Föderation, mit einer gegen militärisch wichtige Punkte in ganz Frankreich gerichteten Anschlagserie am 25. August um 24 Uhr eine zweite Kriegsfront zu eröffnen. Damit reagierte der FLN auf die militärische Schwäche der ALN in Algerien²⁴⁸. Nach dieser Kriegserklärung sah sich der Polizeipräfekt von Paris, Maurice Papon, im Krieg und versuchte die Polizei in Paris nach militärischem Vorbild aufzubauen, um diesen Kampf gegen den FLN für sich entscheiden zu können. Wie das Militär in Algerien setzte er auf eine Kombination von Repression und Integrationsmaßnahmen. Dem FLN sollte in Frankreich die Unterstützung durch die aus Nordafrika stammenden Arbeitsmigranten entzogen werden. Dazu setzte die Polizeiführung nicht nur auf Repression, sondern auch auf psychologische Kriegsführung. Es wurden Offiziere der SAS nach Paris gebracht, die die sozialen Bedingungen der Arbeitsmigranten verbessern und diese zugleich kontrollieren sollten²⁴⁹. Unter dem Kommando dieser SAS-Offiziere rekrutierte die Polizei muslimische Hilfspolizisten und schuf die Einheit der FPA. Deren Aufgabe bestand darin, die Netzwerke des FLN in französischen Großstädten, insbesondere in Paris, auszuheben. Sie wurden in Hotels in den Vierteln und Vororten von Paris untergebracht, in denen zahlreiche nordafrikanische Migranten lebten, von wo aus sie unter dem Schutz des Polizeipräsidenten Papons sowie ihres direkten Verantwortlichen Raymond Montaner, eines ehemaligen SAS-Offiziers, außerhalb des legalen Rahmens agierten, um Informationen zu beschaffen²⁵⁰.

Gegenüber diesen Hilfspolizisten setzte der FLN auf eine Doppelstrategie. Während die französische Föderation einerseits versuchte, sie mit Flugblättern zum Desertieren zu bewegen, wurden sie gleichzeitig nicht nur bevorzugtes Anschlagziel des FLN, sondern auch ein wichtiger Bestandteil der sowohl an die muslimische Gemeinde als auch an die gesamte Bevölkerung Frankreichs gerichteten Propagandakampagne. In einem im Juli 1960 an die FPA gerichteten Flugblatt setzte der FLN darauf, das Engagement der Hilfspolizisten in den Reihen der französischen Polizei als das Ergebnis von Druck und Zwang vonseiten der französischen Polizei darzustellen. Man wisse genau, unter welchen Bedingungen die Polizei sie rekrutiert habe. Man wisse genau, welcher List, welchem Druck und welchen Erpressungsversuchen sie ausgesetzt gewesen seien. Die französische Seite zwingt sie dazu, gegen ihre »compatriotes« zu kämpfen und

²⁴⁸ Linda AMIRI, *La bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole*, Paris 2004, S. 80.

²⁴⁹ Jim HOUSE, Neil MACMASTER, Paris 1961. *Algerians, State Terror, and Memory*, Oxford 2006, S. 67–77.

²⁵⁰ *Ibid.*, S. 77–80.

unter deren Kugeln zu sterben²⁵¹. Mit deutlichen Worten stellte der FLN den französischen Unterdrückungsapparat als Gegner aller Muslime Algeriens dar und schloss auch die FPA in die Leidensgemeinschaft der Unterdrückten ein. Indem er sie als *compatriotes* bezeichnete, machte er deutlich, dass er sie als Teil der algerischen Nation ansah. Mit den Worten »[v]ous ne pouvez renier vos origines: votre place vous attend parmi vos frères« erinnerte man die Hilfspolizisten an diese Zugehörigkeit und forderte sie auf, sich der algerischen Unabhängigkeitsbewegung anzuschließen²⁵².

Nach außen hin setzte der FLN hingegen auf eine andere Rhetorik. Die französische Föderation des FLN verkündete im April 1960, den FPA den Krieg erklärt zu haben. Mit dieser Erklärung legitimierte der FLN gegenüber den Migranten und der französischen Bevölkerung die vermehrten Attentate gegen die Hilfspolizisten. Sie sollten zum bevorzugten Anschlagziel werden. Wiederholt griff der FLN die Hotels in Paris und in den Pariser Vororten an, in denen die Hilfspolizisten stationiert waren²⁵³. Diesen Kampf bezeichneten die Verantwortlichen des FLN in Frankreich als legitim. Man gehe im Namen der »immigration algérienne« gegen die »nouveaux mercenaires du colonialisme« vor. Die Verantwortung für zukünftige Tote liege jedoch nicht beim FLN, sondern bei Papon und dessen Vorgesetzten, war in einer Erklärung des FLN zu lesen²⁵⁴. Diese Erklärung ist im Kontext einer Propagandaoffensive zu lesen, mit der der FLN darauf abzielte, insbesondere die Bevölkerung Frankreichs von der Legitimität seines Unabhängigkeitskampfes zu überzeugen. Ein wichtiger Teil dieser Propagandaoffensive war die Diskreditierung der von Papon verfolgten Polizeistrategie. Man warf Papon vor, in seiner Polizeiarbeit einer rassistischen Logik zu folgen und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen. In einer Broschüre mit dem Titel »La vie quotidienne des travailleurs algériens en France« richtete sich die französische Föderation ausdrücklich an die französische Öffentlichkeit sowie an die Weltöffentlichkeit. Sie forderte diese auf, einen anderen Blick auf Paris zu werfen, die Stadt nicht nur als Sitz der Regierung und als Attraktion für Touristen zu sehen, sondern auch die Situation der muslimischen Migranten zu betrachten. Im Herzen Frankreichs lebe »une émigration algérienne unie dans le combat libérateur«. Diese seien alltäglich mit

251 Appel aux harkis, calots bleus, membres des Forces de police auxiliaire, diffusé à Paris le 14 juillet 1960, abgedruckt in: Paulette PÉJU, *Les harkis à Paris*, Paris 1961, S. 92.

252 Ibid.

253 VALAT, *Les calots bleus*, S. 166–171.

254 Communiqué du FLN concernant la FPA, 11 avril 1960, zitiert nach: AMIRI, *La bataille de France*, S. 105f.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Repression konfrontiert²⁵⁵. Auf zwölf Seiten beschrieb der FLN das Alltagsleben der Migranten in den Vororten von Paris, deren ohnehin hartes Leben durch die Repressionen der Pariser Polizei zusätzlich erschwert würde. Diese Repressionen folgten dem FLN zufolge einer rassistischen Logik. »Le teint et le prénom algériens« seien ausreichend, um unter der ständigen Beobachtung der französischen Polizei zu stehen und beschattet und durchsucht zu werden²⁵⁶. Dabei verletze die Polizei durch beliebige Razzien und willkürliche Verhaftungen sowie dadurch, dass Menschen verschwänden, jegliche Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit²⁵⁷.

Insbesondere hob die französische Föderation des FLN in dieser Broschüre die Folter als gängige Praxis der französischen Polizei hervor. Die Polizeikräfte versuchten um jeden Preis, Festgenommenen Informationen zu entreißen²⁵⁸. Im Kontext der willkürlichen Razzien und Verhaftungen, insbesondere jedoch im Kontext der Folter schrieb der FLN den FPA eine wichtige Rolle zu. Erstmals im Frühjahr 1960 waren vereinzelt Artikel in französischen Zeitungen und Zeitschriften erschienen, in denen den Hilfspolizisten vorgeworfen worden war, in den Kellern der Hotels, in denen sie untergebracht waren, Folterungen durchzuführen²⁵⁹. In der Broschüre der französischen Föderation wurden die Hilfspolizisten als diejenigen dargestellt, die die brutalen Praktiken durchführten. Sie wurden als »ramassis de traîtres algériens, marocains et tunisiens« bezeichnet, die sich durch ein besonderes Ausmaß an Brutalität auszeichneten²⁶⁰. Explizit hob man hervor, dass sie in ihrem Vorgehen brutaler seien als die französischen Polizisten²⁶¹. In einem weiteren Flugblatt erklärte der FLN, diese Hilfspolizisten seien »collaborateurs tunisiens et marocains et des traîtres algériens, tous condamnés par leurs peuples«. Sie hätten bereits zu mehreren Gelegenheiten an der französischen Seite gestanden. Die französische Regierung bediene sich ihrer, um die Zerrissenheit des algerischen Volkes zu demonstrieren²⁶². Mit dieser Rhetorik unterstrich der FLN nach außen die Einheit der muslimischen Bevölkerung Algeriens. Er beschrieb die Hilfspolizisten als brutale Söldner, die

²⁵⁵ La vie quotidienne des travailleurs algériens en France, hg. von FLN Fédération France, Paris 1960, S. 1.

²⁵⁶ Ibid.

²⁵⁷ Ibid., S. 2f.

²⁵⁸ Ibid., S. 2.

²⁵⁹ Vgl. hierzu Kap. 2.6.

²⁶⁰ La vie quotidienne, S. 11f.

²⁶¹ Ibid., S. 12.

²⁶² Communiqué du FLN concernant la FPA, 11.4.1960, zitiert nach: AMIRI, La bataille de France, S. 105f.

sich aus Eigeninteresse von der Besatzungsmacht instrumentalisieren ließen und deren brutale Repressionspolitik umsetzen.

Im Februar 1961 gerieten die Praktiken der FPA verstärkt in den Blick der französischen Öffentlichkeit, nachdem ein Anwaltskollektiv unter der Führung von Jacques Vergès dagegen Klage erhoben hatte²⁶³. Die Anwälte prangerten in einer Pressemitteilung die von den Hilfspolizisten angewandten Folterpraktiken an. Die eingereichten Klagen inklusive der detaillierten Aussagen der Opfer und der ärztlichen Gutachten wurden von französischen Journalisten veröffentlicht²⁶⁴. Hinter dieser Kampagne verbarg sich eine bewusste Strategie der französischen Föderation des FLN. Der damalige Verantwortliche für Presse- und Informationsarbeit des FLN Ali Haroun gab in seinen Memoiren an, die Folterungen der Hilfspolizisten genutzt zu haben, um diese und damit zugleich die Pariser Polizei unter Papon zu diskreditieren. Das Anwaltskollektiv, das die Klagen koordinierte, sei vom FLN organisiert und bezahlt worden²⁶⁵. Es sei nicht nur für die Klagen selbst zuständig gewesen, sondern habe zudem die detaillierten Informationen an Journalisten weitergegeben²⁶⁶. Der FLN zeichnete die Hilfspolizisten gegenüber der französischen Öffentlichkeit demnach bewusst als brutale Söldner, die im Auftrag Papons als Folterknechte agierten. Die Klage zielte darauf ab, dem französischen Volk diese Praktiken vor Augen zu führen, in der Hoffnung, die Bevölkerung würde an die Menschenwürde und die Rechtsstaatlichkeit appellieren und so den Einsatz der Hilfspolizisten stoppen. Dies war für die französische Föderation des FLN von großer Bedeutung, da ihre Aktivitäten durch die Anwesenheit der Hilfspolizisten unter den muslimischen Migranten gefährdet worden waren²⁶⁷. Ihre Strategie war insofern erfolgreich, als Papon gezwungen wurde, die Aktivitäten der FPA zu erklären. Vor dem Regionalrat behauptete er, der FLN habe an seine Mitglieder die Direktive herausgegeben, sich selbst Verletzungen zuzufügen, um so die Hilfspolizisten und damit die Pariser Polizei zu diskreditieren²⁶⁸. Die Berichterstattung führte zwar nicht dazu, dass Papon den Einsatz der FPA beenden musste, er musste jedoch deren Handlungsspielraum beschränken. Die Hilfspolizisten wurden aus ihren Quartieren in den Hotels in den verschiedenen Vierteln abgezogen und zentral im Fort de Noisy kaserniert. Die Polizeiführung setzte sie nur

²⁶³ Vgl. zu dem Anwaltskollektiv KALTER, Die Entdeckung der Dritten Welt, S. 161–166.

²⁶⁴ Vgl. hierzu Kap. 2.6.

²⁶⁵ Ali HAROUN, La 7^e wilaya. La guerre du FLN en France, 1954–1962, Paris 1986, S. 173.

²⁶⁶ Ibid., S. 182.

²⁶⁷ VALAT, Les calots bleus, S. 160–162.

²⁶⁸ AMIRI, La bataille de France, S. 115–122.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

noch zu vereinzelt Einsätzen ein. Die dauerhafte Kontrolle, der die muslimischen Migranten zuvor durch sie ausgesetzt gewesen waren und die zudem den Handlungsspielraum des FLN beschränkt hatte, war so nicht mehr möglich²⁶⁹.

Die französische Föderation des FLN gewann durch die Einkasernierung der Hilfspolizisten wieder Handlungsspielraum zurück. Dies führte dazu, dass sie auch dazu überging, die Strategie gegenüber den Hilfspolizisten zu überdenken. So warf Anfang Oktober einer der Verantwortlichen der Föderation in einem internen Schreiben seinen Mitstreitern vor, im Umgang mit den Hilfspolizisten den falschen Weg eingeschlagen zu haben. Sie würden zu offensiv bekämpft und diskreditiert, was nicht die sinnvollste Strategie sei. Zielführender sei, sie für die eigene Sache zu gewinnen, um innerhalb der Kaserne den Widerstand zu organisieren. Wenn es dem FLN gelinge, sie für die eigene Sache zu gewinnen, könne man eine spektakuläre Aktion durchführen. Dies sei weit aus gewinnbringender als die zahlreichen Vergeltungsaktionen gegenüber »des pauvres types égarés«²⁷⁰. Der Verfasser des Schreibens stellte die Hilfspolizisten nicht wie in dem an sie gerichteten Flugblatt als brutale Söldner, sondern als Teil der unterdrückten Leidensgemeinschaft dar. Sie seien lediglich fehlgeleitet und der FLN müsse sie wieder für den Unabhängigkeitskampf gewinnen.

Die Strategie, sich den Hilfspolizisten anzunähern, schien sich im Herbst 1961 als neue Leitlinie durchzusetzen. Obwohl sie auch weiterhin an den Repressionsmaßnahmen der Pariser Polizei beteiligt waren, wurden sie in der Propagandakampagne des FLN in Frankreich nicht mehr thematisiert. Im Herbst 1961 setzte man in Paris eine Ausgangssperre für Migranten aus Nordafrika durch. Nach 20 Uhr durften diese sich nicht mehr auf den Straßen bewegen. Diese Methode war insofern wirksam, als sie die Aktivitäten des FLN enorm einschränkte, sie zog jedoch die Gesamtheit der nordafrikanischen Migranten in Mitleidenschaft. Sie konnten ihrem Alltagsleben nicht mehr wie gewohnt nachgehen²⁷¹. Der FLN wehrte sich gegen diese Maßnahme, indem er die algerischen Migranten dazu aufrief, am 17. Oktober gezielt die Ausgangssperre zu missachten und auf den Straßen von Paris öffentlich zu demonstrieren. Diese Demonstration führte zu einer Eskalation der Gewalt und zu mehreren Toten auf der Seite der Demonstranten. Wie viele Opfer es tatsächlich waren, ist bis heute umstritten, ebenso wie die Frage, von welcher Seite die Gewalt ausging, und der Vorwurf, dass die Polizei zahlreiche Leichen in der Seine verschwinden ließ²⁷². Der FLN wandte sich unmittelbar nach dieser

²⁶⁹ VALAT, *Les calots bleus*, S. 199.

²⁷⁰ Directive signée Kr, Francfort, le 7 octobre 1961, zitiert nach: Pierre VIDAL-NAQUET, Préface: Alger–Paris–Alger, in: PÉJU, *Ratonnades à Paris*, S. 5–19, hier S. 9.

²⁷¹ AMIRI, *La bataille de France*, S. 125f.

²⁷² Vgl. zu dieser Debatte [Kap. 4.6](#).

Demonstration mit einem Appell an die französische Öffentlichkeit und betonte, die Gewalteskalation sei auf den Hass und die Aggressionen der französischen Polizei zurückzuführen, in deren Reihen zunehmend faschistische und rassistische Ansichten um sich griffen. Die französische Föderation wandte sich explizit an die »travailleurs français«, die »démocrates français« und die »hommes de gauche« und forderte diese auf, gegen den Algerienkrieg zu kämpfen. Seit sieben Jahren würden durch diesen schmutzigen Krieg »les valeurs de liberté et d'humanisme« verraten, die Frankreich bis dato der Welt vorgelebt habe. Man müsse die »répression colonialiste« bekämpfen, um diese Werte zu bewahren²⁷³.

Die Propagandaoffensive des FLN konzentrierte sich auf die Argumentation, das französische Volk müsse handeln, damit die Französische Republik nicht einem faschistischen und rassistischen Staat weichen müsse. Hierzu verglich man die gegenüber den muslimischen Migranten durchgeführten Maßnahmen mit den antisemitischen Maßnahmen des Naziregimes. Der FLN warf in seinem Appell die Frage auf, wann der gelbe Stern für Algerier eingeführt würde²⁷⁴. Die französische Bevölkerung forderte er dazu auf, die »militants algériens« im Kampf gegen die »répression barbare et raciste« zu unterstützen²⁷⁵. Er verlor kein Wort über die FPA, die entscheidend an den Ereignissen vom 17. Oktober beteiligt gewesen waren. In der Forschung besteht bis heute noch kein Konsens darüber, was sich an diesem Tag genau ereignete und wer die Verantwortung für die Eskalation der Gewalt trug. Die französische Historikerin Linda Amiri schreibt jedoch den Hilfspolizisten eine Mitverantwortung am Ausmaß der Gewalt zu. Unter der Leitung des ehemaligen SAS-Offiziers Montaner waren die muslimischen Hilfspolizisten an diesem Tag dafür zuständig, am Pont de Neuilly den Demonstranten aus den Vororten im Westen von Paris den Zugang zum Zentrum der Stadt zu verwehren. Amiri führt mehrere Zeugenaussagen an, denen zufolge einer dieser Hilfspolizisten das Feuer auf die Demonstranten eröffnete habe²⁷⁶. Der FLN bezog sie dennoch nicht in ihre Propagandakampagne ein. Dies kann zum einen damit begründet werden, dass er seine Strategie geändert hatte und darauf hoffte, die in der Kaserne internierten Hilfspolizisten geschlossen für eine militärische Aktion gewinnen zu können. Es kann jedoch auch dadurch erklärt werden, dass die FPA im Oktober 1961 nicht mehr die größte Bedrohung für den Handlungsspielraum des FLN in

²⁷³ FLN Fédération France, Appel au peuple français, in: Les Temps modernes 186 (1961), S. 621–623, hier S. 622 (Hervorh. i. Orig.).

²⁷⁴ Ibid., S. 621.

²⁷⁵ Ibid., S. 622.

²⁷⁶ AMIRI, La bataille de France, S. 135–137.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Frankreich darstellte, sondern Haroun zufolge die Ausgangssperre²⁷⁷. Aus diesem Grund konzentrierte der FLN sich darauf, durch seine Propagandaoffensive gegen diese als faschistisch und rassistisch bezeichnete Maßnahme vorzugehen, und ließ die Hilfspolizisten außen vor.

Der Umgang mit den FPA verdeutlicht, dass die Fraternisierungskampagne, die der FLN gegenüber den Hilfssoldaten in Algerien 1958 startete, in Frankreich nur in sehr begrenztem Rahmen übernommen wurde. Die französische Föderation wandte sich zwar mit Flugblättern an die Hilfspolizisten, um diese daran zu erinnern, dass sie Teil der algerischen Nation seien. Nach außen wurden die FPA jedoch nicht wie die Hilfssoldaten in Algerien als verdeckte Anhänger der Nationalbewegung dargestellt, sondern als brutale Söldner. Diese feindselige Rhetorik überdeckte die Fraternisierungskampagne. Sie war damit zu erklären, dass sie Teil der Propagandaoffensive der französischen Föderation wurde, durch die sie die Polizeistrategie Papons zu diskreditieren suchte. Die Hilfspolizisten wurden zu Söldnern erklärt, die die algerische Nation verrieten, um faschistischen und rassistischen Polizeikräften zu dienen. Dass sie in der Kampagne des FLN einen wichtigen Platz einnahmen und ihre Brutalität herausgestellt wurde, liegt daran, dass die Hilfspolizisten den Handlungsrahmen des FLN einschränkten und der FLN hoffte, diese Situation durch seine Propaganda umkehren zu können. Nachdem der FLN in Frankreich dieses Ziel durch die Kasernierung der Hilfspolizisten erreicht hatte, änderte der FLN seinen Diskurs. In der Propagandaoffensive gegen den als faschistisch und rassistisch bezeichneten Polizeiapparat thematisierte er die FPA nicht mehr. Im inneren Diskurs fanden Überlegungen statt, die Hilfspolizisten geschlossen für die Unabhängigkeitsbewegung zu gewinnen. Sie wurden als fehlgeleitete Elemente angesehen, die noch immer ein Teil der algerischen Nation werden könnten, wenn sie ihre Unterstützung für den Feind einstellten und für den FLN zu den Waffen griffen. Obwohl sich einzelne Hilfspolizisten dem Netzwerk des FLN in Frankreich anschlossen, blieb doch ein kollektives Bekenntnis der FPA für die algerische Nation aus²⁷⁸. Die Einheit der FPA hatte zwar bereits im Herbst 1961 an Bedeutung verloren, sie bestand jedoch noch bis nach den Abkommen von Évian fort. Danach desertierten einige von ihnen, die Mehrheit verblieb jedoch unter der Aufsicht Montaners in der Kaserne, bis sie in die regulären Einheiten der französischen Polizei integriert wurden²⁷⁹. Sie wurden damit zu Bürgern der Französischen Republik, sollten jedoch in vielen Punkten das Schicksal der

²⁷⁷ HAROUN, La 7^e wilaya, S. 363.

²⁷⁸ VALAT, Les calots bleus, S. 122–130.

²⁷⁹ Ibid., S. 137f.

Hilfssoldaten teilen, die in Frankreich Zuflucht vor den Repressalien des FLN suchten²⁸⁰.

2.6 Kolonialkritik und Folterdebatten in der französischen Linken

Die sozialistische Partei Section française de l'Internationale ouvrière hielt während des Algerienkriegs an der These fest, Algerien sei Frankreich, und unterstützte den Kampf gegen den FLN. Obwohl sie in dieser Frage gespaltener war, folgte auch die kommunistische Partei offiziell dieser These. Erst 1961 stellte die Partei sich klar hinter den FLN. Bis dahin blieb der PC in seinen Aussagen stets sehr vage und forderte lediglich »Frieden in Algerien«²⁸¹. In Abgrenzung zu dieser Haltung der parlamentarischen Linken bildete sich innerhalb der französischen Linken eine Front der Kolonialkritiker heraus, die von der Existenz eines algerischen Volkes ausging und diesem mit Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht auf Unabhängigkeit zusprach. Diese Front bestand aus linken Intellektuellen, Gewerkschaften, einer minoritären parlamentarischen Linken sowie Vertretern des katholischen Antikolonialismus²⁸². Sie konzentrierte sich in erster Linie auf die Anwendung der Folter während des Algerienkriegs, die sie im Licht der Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Besatzung reflektierte. Insbesondere während der auch als »Schlacht von Algier« bekanntgewordenen Militäroperation kam diese Praxis zu Tage. Die Forschung konstatiert mit dieser Operation eine Verdichtung des antikolonialen Diskurses, der fortan nicht nur von der radikalen Linken getragen wurde, sondern an dem sich auch der Herausgeber der als bürgerlich angesehenen Tageszeitung »Le Monde« beteiligte²⁸³.

Mit dem Putsch vom Mai 1958, der zum Ende der Vierten Republik, zur Rückkehr de Gaulles und zur Gründung der Fünften Republik führte, kam zu der ethischen Dimension des Widerstandes gegen den Algerienkrieg eine politische Dimension hinzu. Die neue Verfassung de Gaulles galt als zu autoritär, wie unter anderem Jean-Paul Sartre in seiner Schrift »Die Verfassung der Verachtung« konstatierte²⁸⁴. In einer weiteren viel beachteten Schrift brachte Sartre einen weiteren Grund vor, de Gaulle zu misstrauen: Er sei mit der Unter-

280 Vgl. dazu Kap. 3.7.

281 KALTER, Die Entdeckung der Dritten Welt, S. 110–113.

282 LIAUZU, Histoire de l'anticolonialisme, S. 224–263.

283 KALTER, Die Entdeckung der Dritten Welt, S. 143–148.

284 Jean-Paul SARTRE, Die Verfassung der Verachtung, in: DERS., Wir sind alle Mörder. Der Kolonialismus ist ein System. Artikel, Reden, Interviews 1947–1967, Hamburg 1988, S. 73–80.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

stützung der »ultras«, der Anhänger der *Algérie française* in Algerien, an die Macht gekommen. Sartre bezeichnete in dieser Schrift nicht de Gaulle selbst als Faschisten, jedoch die Militärs und Siedler, die ihm zur Macht verholfen hätten. Er sah die von de Gaulle in Algerien verkündete Integrationspolitik lediglich als ein Instrument der »ultras« an, die de Gaulle instrumentalisierten, um den Krieg fortzusetzen und die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern²⁸⁵. Die kolonialkritische Linke verstärkte aus diesem Grund mit der Rückkehr de Gaulles ihre Kritik am Algerienkrieg, da ihr mit de Gaulle nun ein Gegner gegenüberstand, der ihr zufolge durch seine Unterstützung von Militär und »ultras« eine Gefahr für die Republik darstellte. Den Kampf für ein unabhängiges Algerien zu unterstützen, bedeutete gleichsam die Französische Republik gegen die faschistische Gefahr zu verteidigen.

Im Kontext dieses Kampfes gegen die Folter und gegen die faschistische Bedrohung rückten die FPA in das Blickfeld der kolonialkritischen Linken in Frankreich, als diese 1959 in Paris eingesetzt wurden, und sie blieben bis zum Ende des Krieges im Fokus. Gegen den Widerstand Papons setzte sich für sie die Bezeichnung »harkis de Paris« durch²⁸⁶. Bereits im Oktober 1959 berichtete die Satirezeitschrift »Le Cri de la France« kurz und knapp von den Plänen des Innenministers, muslimische Hilfspolizisten in der Hauptstadt einzusetzen, ohne jedoch Konkretes sagen zu können²⁸⁷. Auch nachdem im November die ersten Hilfspolizisten rekrutiert worden waren, informierten Innenminister und Polizeipräsident die französische Öffentlichkeit noch nicht in vollem Ausmaß über ihr Vorhaben. Der kommunistische Bürgermeister des Pariser Vororts Nanterre, Raymond Barbet, wandte sich daher im Dezember an den Polizeipräsidenten, um genaue Informationen über den Einsatz von muslimischen Hilfseinheiten in der Region Paris zu erhalten. Papon verneinte die Existenz solcher Einheiten²⁸⁸.

Im Frühjahr 1960 konnte die Existenz der Hilfspolizisten nicht mehr geleugnet werden, da ihre Aktivitäten in der anticolonialistischen Presse breit thematisiert wurden. Am 29. April wandte sich der Abgeordnete des Parti socialiste unifié (PSU) im Kommunalrat, Claude Bourdet, an Papon, um an Informationen über die Hilfspolizisten zu gelangen. Bourdet gehörte zu den Mitbegründern des PSU, der 1960 in Abgrenzung zu der den Kolonialismus unterstützenden sozialistischen Mehrheitspartei entstanden war und sich

²⁸⁵ DERS., Die Frösche, die einen König haben wollen, *ibid.*, S. 81–105.

²⁸⁶ Papon forderte, die Bezeichnung »harki« für die FPA zu verbieten. Vgl. dazu: Linda AMIRI, L'immigration algérienne en France, un enjeu politique, in: JAUFFRET, AGERON (Hg.), *Des hommes et des femmes en guerre d'Algérie*, S. 243–260, hier S. 256.

²⁸⁷ Des harkis en métropole, in: *Le Cri de la France*, 9.10.1959.

²⁸⁸ VALAT, *Les calots bleus*, S. 68.

sowohl gegen den Algerienkrieg als auch den Gaullismus wendete²⁸⁹. Als Reaktion auf diese Anfrage schlossen sich verschiedene Bewohner des 13. Arrondissements von Paris, Vertreter der Kirche, gewerkschaftliche Vertreter der CFTC, der Confédération générale du travail (CGT) sowie Mitglieder der kommunistischen Partei und des PSU zum Collectif d'action du XIII^e pour la paix négociée en Algérie zusammen, informierten die Presse über die Tätigkeiten der muslimischen Hilfspolizisten und forderten eine lückenlose Aufklärung²⁹⁰. Die Presse aus dem sozialistischen und kommunistischen sowie aus dem linken katholischen Lager reagierte auf die Kampagne der Bewohner des 13. Arrondissements und nahm den Einsatz der muslimischen Hilfspolizisten in ihre Berichterstattung auf. Die kommunistische Partei berichtete in »L'Humanité« vom Einsatz der FPA und von den gegen sie erhobenen Foltervorwürfen. Man sah den Einsatz der Hilfspolizisten als faschistische Bedrohung an, was man damit begründete, dass nicht nur Bourdet im Kommunalrat eine Anfrage an Papon gestellt hatte, sondern auch der Abgeordnete Alain Griotteray, den man als »ultra« und als »fasciste« bezeichnete. Er hatte vorgeschlagen, den Einsatz der Hilfspolizisten auf ganz Paris auszuweiten. Mit den Worten »Le fasciste Griotteray demande, le préfet de police promet: des harkis dans tout Paris« griff man die These auf, de Gaulle habe mit Unterstützung faschistischer Kräfte die Fünfte Republik eingeführt²⁹¹. Diese These sah man durch die Foltervorwürfe gegen die Hilfspolizisten bestätigt. Mithilfe der Hilfspolizisten würden nun nicht mehr nur in Algerien Menschenrechte verletzt und die Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt, sondern auch in Paris selbst²⁹². Die kommunistische Partei wertete den Einsatz der FPA als Gefahr für die Französische Republik.

In der Zeitschrift »Témoignage chrétien«, die zu den führenden antikolonialen Blättern des katholischen Lagers gehörte, lobte man das Engagement der Bevölkerung des 13. Arrondissements gegen den Einsatz der Hilfspolizisten²⁹³. Die Bevölkerung würde sich für eine Bevölkerungsgruppe »de plus en plus coupée de la communauté française« einsetzen, war zu lesen²⁹⁴. Man stellte fest, dass zwar die in der »Schlacht von Algier« angewandten Methoden nun auch den Weg nach Paris gefunden hätten und dadurch der Republikanismus zunehmend ausgehöhlt werde. Mit Zufriedenheit wurde jedoch konstatiert,

289 Marc HEURGON, *Histoire du PSU*, Bd. 1: La fondation et la guerre d'Algérie, Paris 1994, S. 15.

290 PÉJU, *Les harkis à Paris*, S. 33–35.

291 Des cris de souffrance nous réveillent la nuit, in: *L'Humanité*, 30.4.1960.

292 *Ibid.*

293 BIONDI, *Les anticolonistes*, S. 295.

294 La répression s'accroît, in: *Témoignage chrétien*, 6.5.1960.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

dass die französische Bevölkerung »dont on ne saurait mettre en doute l'honnêteté et la loyauté« reagiere und sich dagegen wehre²⁹⁵. Für die Herausgeber-schaft des »Témoignage chrétien«, die teils noch in den Reihen der Résistance gegen die deutsche Besatzung gekämpft hatte, war es von großer Bedeutung, den Widerstand der französischen Bevölkerung hervorzuheben²⁹⁶. Der Widerstand zeigte für sie, dass die französische Staatsführung zwar derzeit die Ideen der Republik verriet, das französische Volk jedoch Bereitschaft zeigte, diese Ideen zu verteidigen.

In dem Argumentationsmuster, das unter anderem im »Témoignage chrétien« verfolgt wurde, war die Tatsache bedeutsam, dass die Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Metropole von muslimischen Hilfspolizisten und nicht von französischen Polizisten begangen wurden. Obwohl sie in der Verantwortung Papons standen, verletzten muslimische »Söldner« die Werte der Französischen Republik und nicht französische Polizisten. Man identifizierte die Hilfspolizisten als Träger von Rassismus und außergewöhnlicher Brutalität und relativierte dadurch die Schuld der französischen Polizisten in der Metropole. Dies lässt sich deutlich aus der Berichterstattung der Tageszeitung »Libération« herauslesen, zu deren Direktoren unter anderem der Geistliche Jean Boulier gehörte, einer der Vorkämpfer des katholischen Antikolonialismus, der zugleich kommunistische Ansichten vertrat, weshalb er bereits 1950 exkommuniziert worden war²⁹⁷. In seiner Zeitung wurde im Sommer 1960 über verschiedene Zwischenfälle berichtet, für die Hilfspolizisten die Verantwortung trugen. Nachdem zwei Hilfspolizisten in Montparnasse eine Frau beleidigt und geschlagen hatten, berichtete »Libération«, Passanten hätten eingegriffen und ein französischer Polizist schließlich die Frau in Sicherheit gebracht²⁹⁸. Der Verfasser des Artikels stellte das Vorgehen der muslimischen Hilfspolizisten dem Verhalten des französischen Sicherheitsbeamten und auch der Bevölkerung diametral gegenüber. Er betonte, dass die muslimischen Hilfspolizisten alleine gehandelt hätten. Kein europäischer Vorgesetzter habe sie begleitet. Er zitierte einen französischen Polizisten mit den Worten: »Si vous croyez que c'est facile avec eux. On ne peut rien faire!«²⁹⁹

Auch rassistische Handlungsweisen wurden den Hilfspolizisten zugeschrieben. Im Juli fand ein Übergriff muslimischer Hilfssoldaten auf ein Café im Viertel Saint-Paul statt. Dieser Übergriff fand in der französischen Presse

295 Ibid.

296 BIONDI, *Les anticolonistes*, S. 295f.

297 Ibid, S. 297.

298 Le 25 juin, des »harkis« avaient roué de coups une passante à Montparnasse, in: *Libération*, 20.7.1960.

299 Zitiert nach: *ibid.*

besondere Aufmerksamkeit, da er sich nicht gegen muslimische Migranten richtete, sondern gegen ein Café, das insbesondere von Franzosen jüdischen Glaubens frequentiert wurde. In der Berichterstattung der »Libération« wurde zwar Papon dafür kritisiert, dass er versuchte, die Taten der Hilfspolizisten zu decken, in der Verantwortung wurden jedoch die Hilfspolizisten selbst gesehen. Der Berichterstatter zeichnete ein Bild des friedlichen Viertels, dessen Idylle durch das gewalttätige Auftreten der Hilfspolizisten zerstört wurde. Er unterstellte diesen Hilfssoldaten eine rassistische und antisemitische Motivation. Der Erklärung der Täter, sie seien irrtümlich davon ausgegangen, dass in dem Café hauptsächlich Anhänger des FLN verkehrten, schenkte er keinen Glauben. Das Argument überzeuge nicht, da mehr als zwanzig Personen bezeugen könnten, dass es sich um einen rassistischen Übergriff gehandelt habe. Es sei ein Gast nordafrikanischen Aussehens anwesend gewesen, den die Hilfspolizisten mit den Worten »Toi, t'es un Arabe. Mets-toi de côté« verschont hätten³⁰⁰. Zudem hätten sie zunächst in einem benachbarten Café zwei ältere Herren geohrfeigt und mit »Mort aux juifs« beschimpft³⁰¹. Den Hilfspolizisten wurde in diesem Artikel eine arabische Identität zugeschrieben, die mit einer antisemitischen Haltung verknüpft wurde. Die vom FLN hervorgehobene Konfliktlinie zwischen den Hilfspolizisten und den muslimischen Migranten wurde ausgeblendet und die Konfliktlinie zwischen Juden und Muslimen betont. Die Hilfspolizisten wurden zu muslimischen Arabern und zu Trägern des Antisemitismus erklärt, wodurch innerhalb Frankreichs existierende Denkweisen und Verhaltensmustern, die als Gefahr für die Werte der Republik angesehen wurden, einer als fremd wahrgenommenen Bevölkerungsgruppe zugeschrieben wurden. Damit sprach man zugleich die französische Bevölkerung von Schuld frei.

Die französische Bevölkerung von Schuld freizusprechen, wurde insbesondere im Frühjahr 1961 relevant, als die Öffentlichkeit im Rahmen des schon erwähnten Prozesses gegen die »harkis« erfuhr, in welchem Maße in Paris gefoltert wurde³⁰². Die Artikel, die nach dem Bekanntwerden der Folter in »Le Monde«, »Témoignage chrétien«, »Libération«, »L'Humanité« sowie in »Les Temps modernes« erschienen, wurden größtenteils zunächst zensiert³⁰³. Ebenso das Werk Paulette Péjus, »Les harkis à Paris«, in dem sie auf der Grundlage von Informationen des Anwaltskollektivs einen Überblick über die Aktivitäten der

300 Zitiert nach: Deux supplétifs algériens molestent des consommateurs dans un café, in: Libération, 19.7.1960.

301 Zitiert nach: ibid.

302 Vgl. Kap. 2.5.

303 Vgl. zur Praxis der Zensur während des Algerienkriegs Patrick KESSEL, Guerre d'Algérie. Écrits censurés, saisis, refusés, 1956–1960–1961, Paris 2002.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Hilfspolizisten gab³⁰⁴. Die Zensur bestätigte die kolonialkritische Linke darin, den Kampf gegen die Aktivitäten der Hilfspolizisten im Kontext des Widerstands gegen die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und gegen die Einschränkung grundlegender Freiheitsrechte zu deuten.

Claude Lanzmann veröffentlichte im April in »Les Temps modernes« einen Artikel mit dem Titel »Papon et ses chiens«, der zu den zunächst zensierten Artikeln gehörte. Er veröffentlichte darin nicht nur mehrere Zeugenaussagen, sondern analysierte den Einsatz der Hilfspolizisten genauer³⁰⁵. Er warf der gaullistischen Regierung vor, mit dem Einsatz der Hilfspolizisten ihre rassistischen Denkmuster unter Beweis zu stellen. Papon verwende in Paris Methoden, wie sie während der »Schlacht von Algier« in Algerien angewandt worden seien. Da es jedoch nicht in gleichem Maße möglich sei, diese im Widerspruch zu jeglicher Rechtsstaatlichkeit und zu grundlegenden Menschenrechten stehenden Methoden in Paris anzuwenden, ohne einen öffentlichen Aufschrei zu provozieren, würden die Hilfspolizisten eingesetzt. So könnten Folterungen durchgeführt werden, ohne dass französische Polizisten gegen die Menschenrechte verstoßen mussten. Der muslimische Hilfspolizist trage zwar die Uniform der französischen Polizei, er bleibe jedoch ein Algerier. Auch so verkleidet bleibe er ein »sous-homme«, die Verkleidung reiche nicht aus, um die »dignité du civilisé« zu erlangen. Sie sei vielmehr ein für alle sichtbares Zeichen seiner Domestizierung. Lanzmann bezeichnete den Hilfspolizisten als »chien policier dont la sauvagerie naturelle, les tares originelles ont été, non pas supprimées, mais détournées au profit du maître«³⁰⁶. Die Hilfspolizisten könnten die Folterungen weitestgehend ungestört durchführen, da eben keine Franzosen, sondern lediglich »sous-hommes« daran beteiligt seien. Deshalb interveniere auch die Commission de sauvegarde des droits et libertés individuels nicht, die während der »Schlacht von Algier« Untersuchungen durchgeführt hatte. Wenn der »sous-homme« den »sous-homme« foltere, »si c'est l'Algérie lui-même qui se fait bourreau de l'Algérie«, gebe es keinen Grund zu intervenieren³⁰⁷.

Durch »l'existence du harki, sa chasse à ses frères algériens dans les rues de Paris« könne die gaullistische Regierung Lanzmann zufolge zugleich der französischen Bevölkerung einen weiteren Beleg für den rassistischen Blick auf die muslimische Bevölkerung liefern. Die Folterungen durch die Hilfspolizisten bestätigten, dass die Muslime in einem solchen Maße als »sauvages« anzusehen seien, dass man sie domestizieren und entzweien könne. Dadurch könne

304 PÉJU, Les harkis à Paris.

305 Claude LANZMANN, L'humaniste et ses chiens, in: Les Temps modernes 179 (1961), S. 1402–1436.

306 Ibid., S. 1407.

307 Ibid., S. 1405.

der französischen Bevölkerung vor Augen geführt werden, wie sinnlos der Kampf der algerischen Unabhängigkeitsbewegung sei, dass diese nicht für die Freiheit kämpfte, sondern ausschließlich »pour le mal«. Dank der Methoden der FPA könne gegenüber der französischen Bevölkerung die »sous-humanité« der Muslime bestätigt werden³⁰⁸. Lanzmann erhob mit dieser Argumentation den Vorwurf, die Regierung wolle der französischen Bevölkerung durch die Existenz der Hilfssoldaten die Dichotomie zwischen den »unzivilisierten« Muslimen Algeriens und der »zivilisierten« westlichen Welt aufzeigen. Er machte mit dieser Argumentation klar, dass Hilfspolizisten für die gaullistische Regierung lediglich ein Instrument seien, um die *Algérie française* zu halten. In Wirklichkeit sehe man die Hilfspolizisten wie alle Muslime Algeriens nicht als »Français à part entière« an, sondern als »sauvages« und als »sous-hommes«.

In Lanzmanns Analyse schwang auch der Vorwurf mit, dass die französische Bevölkerung sich von der Strategie der Regierung blenden lasse und ebenfalls mit einem rassistischen Blick auf die Hilfspolizisten schaue und deren »barbarischen« Methoden ihrem eigenen »zivilisierten« Verhalten gegenüberstelle. Bereits die Berichterstattung in »Libération« im Sommer 1960 hatte gezeigt, dass selbst Lanzmanns Mitstreiter im Kampf gegen den Kolonialismus nicht von diesem Vorwurf freizusprechen waren. Auch in der Berichterstattung, die im Frühjahr 1961 auf die vom FLN lancierte Informationskampagne folgte, wurde das Bild von »barbarischen« Hilfspolizisten dem Ideal der an republikanischen Werten orientierten französischen Polizei entgegengesetzt. So war im »Témoignage chrétien« von »hommes sans foi ni loi, illettrés dans leur grande majorité« und deren »méthodes contraires à la plus élémentaire humanité« die Rede³⁰⁹. Die Bevölkerung wünsche sich, dass die FPA durch europäische Polizisten ersetzt würde, war in »Libération« zu lesen³¹⁰. Bourdet stellte eine schriftliche Anfrage an Papon, in der er die Zensur im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Hilfspolizisten anprangerte und beklagte, dass diese Aktivitäten nicht zur Anzeige gebrachte würden. Er forderte ebenfalls, dass die Hilfspolizisten »par une police plus soucieuse de la légalité et de l'intérêt de notre pays« ersetzt würden³¹¹. Beeinflusst von der Informationsarbeit des FLN, der sich wie im vorherigen Kapitel beschrieben aus strategischen Gründen auf die Kritik an den muslimischen Hilfspolizisten konzentrierte, erklärte die kolonialkritische Presse die Hilfspolizisten zu Sündenböcken und nutzte ihre Existenz, um ihnen die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte anzulasten

308 Ibid., S. 1407.

309 Des harkis et des hommes, in: Témoignage chrétien, 17.3.1961.

310 Ce qui s'est passé à la Goutte-d'Or, in: Libération, 6.4.1961.

311 Zitiert nach: L'affaire de la Goutte d'Or, in: Libération, 7.4.1961.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

und zugleich die französischen Polizisten von der Verantwortung freizusprechen.

Die Debatte verdeckte, worüber in der heutigen Forschung ein breiter Konsens besteht: Da man sich in einem Zustand des Krieges gegen den FLN sah, griff man innerhalb der französischen Polizei häufiger auf Handlungsstrategien zurück, die auf ethnischen Differenzkategorien basierten. Brutalität wurde zunehmend zur Banalität³¹². Dass innerhalb der Polizei nicht nur die FPA für eine Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und für Menschenrechtsverletzungen zuständig waren, wurde für die Zeitgenossen mit der Demonstration vom 17. Oktober deutlich. Wie die französische Föderation des FLN thematisierte auch die kolonialkritische Linke die Rolle der muslimischen Hilfspolizisten während des Polizeieinsatzes in diesem Zusammenhang kaum. In einem Aufruf vom 18. Oktober wandten sich mehrere Intellektuelle, darunter Sartre, Lanzmann und Vidal-Naquet, an alle Gewerkschaften, Parteien und demokratischen Organisationen und forderten diese auf, sich mit den muslimischen Arbeitsmigranten in Frankreich zu solidarisieren und Widerstand gegen die Polizeigewalt zu leisten. Sie betonten, die Bevölkerung Frankreichs dürfe nicht die gleiche Schuld auf sich laden wie zur Zeit der deutschen Besatzung. Indem sie passiv bliebe, mache sie sich zum Komplizen der »fureurs racistes dont Paris est désormais le théâtre«. Diese rassistischen Handlungsweisen erinnerten ihnen zufolge »aux jours les plus noirs de l'occupation nazie«. Es bestehe kein großer Unterschied »entre les Algériens entassés au Palais des sports en attendant d'être ›refoulés‹ et les juifs parqués à Drancy avant la déportation«³¹³. Die Berichterstattung und die weiteren Aufrufe, die folgten, lassen klar erkennen, wie geschockt die antikolonialistische französische Linke auf die Polizeigewalt reagierte. Sehr deutlich wurde dies in einem in »Libération« veröffentlichten Kommentar mit dem Titel »Le vrai visage de la France« zum Ausdruck gebracht. Die »barbarie raciste« schein auf beiden Seiten »de cette mer latine où des navigateurs inconnus tracèrent les premières routes de la civilisation, et où l'humanisme trouva son berceau« Oberhand zu gewinnen. Es sei Aufgabe der französischen Linken, die Stimme zu erheben und die Ehre Frankreichs zu retten³¹⁴. Dieser Kommentar zeigt, wie sehr die kolonialkritische Linke bis zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen war, die Brutalität im französischen Polizeiapparat gehe lediglich von den als fremd empfundenen Hilfssoldaten und

³¹² Vgl. hierzu AMIRI, La bataille de France, S. 115, LIAUZU, Histoire de l'anticolonialisme, S. 127.

³¹³ Appel de 229 intellectuels, in: Les Temps modernes 186 (1961), S. 624–627, hier S. 624.

³¹⁴ Le vrai visage de la France, in: Libération, 20.10.1961.

nicht von den in der universalistischen Tradition sozialisierten französischen Polizeikräften aus.

Die Erklärung des Innenministers, die Ausschreitungen vom 17. Oktober seien mit einer zunehmenden Angst und Wut der Polizisten zu begründen, die den Anschlägen des FLN ausgesetzt seien, nahm die kolonialkritische Öffentlichkeit nicht an. So hieß es in einer Pressemitteilung des PSU, die gezielten Anschläge des FLN gegen Polizisten seien lediglich eine Antwort auf die Polizeirepression, mit der sich die aus Nordafrika stammende muslimische Gemeinde in Frankreich konfrontiert sehe. Die Maßnahmen der Polizei, nämlich »arrestations, déportations, disparitions, tortures, camps de concentration et terreur organisée par les harkis« wurden an den Anfang der Gewaltspirale gesetzt³¹⁵. Der PSU prangerte an, man sperre die Mitglieder der muslimischen Gemeinde in »camps de concentration« ein und liefere sie in Paris und den Vororten den »harkis«, den muslimischen Hilfspolizisten aus. Wie für die jüdische Bevölkerung zur Zeit der Besatzung verhängte man nur für sie eine Ausgangssperre. Man weise sie aus Frankreich aus, um sie in Algerien den »fascistes d'Algérie« auszuliefern, und wundere sich dann, wenn sie gegen diese Maßnahmen demonstrierten³¹⁶. In zunehmendem Maße sah sich die französische Linke mit der Gefahr konfrontiert, dass Rassismus und Faschismus um sich griffen. Die Hilfspolizisten blieben für die Linke ein Teil des als faschistisch und rassistisch angesehenen Polizeiapparats. Sie war sich jedoch dessen bewusst geworden, dass nicht nur die Hilfspolizisten für die »barbarischen« Methoden zuständig waren.

Die Pariser Föderation der Gewerkschaft CFTC reagierte mit der Veröffentlichung einer Broschüre mit dem Titel »Face à la répression« auf die Demonstration vom 17. Oktober und deren Folgen. Die Verantwortlichen der CFTC sprachen von einem Polizeiterror, der sich gegen die gesamte aus Algerien stammende muslimische Gemeinschaft richte und die eine Vorstellung der kolonialistischen Unterdrückung in Algerien vermittele. Sämtliche Vergehen der Polizei wurden aufgeführt, wie ständige Kontrollen, Schläge, Zerstörung von Papieren, Diebstähle, Vertreibungen, unverhältnismäßige Razzien. Wie in der Pressemitteilung des PSU fanden auch in dieser Veröffentlichung die Hilfspolizisten als Teil dieses Polizeiterrors Erwähnung. Die Existenz der FPA, die alle erdenklichen Mittel anwenden dürften, um ihr Ziel zu erreichen, die außerhalb aller Regeln und jeglicher Kontrolle agierten, denen ein demokratischer Polizeiapparat für gewöhnlich unterstehe, verfälsche den Grundgedanken der Polizei,

³¹⁵ Communiqué du bureau national du PSU, abgedruckt in: Tribune socialiste, 21.10.1961.

³¹⁶ Les Algériens protestent! Pourquoi?, abgedruckt ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten³¹⁷. Man schrieb jedoch nicht allein diesen Hilfspolizisten die Verantwortung für die brutalen und rassistischen Handlungsmuster der französischen Polizei zu, sondern räumte ein, dass auch französische Polizisten für Übergriffe zuständig seien³¹⁸. Diese seien überlastet. Zudem würden die Polizeikräfte in zunehmendem Maße aus dem Lager der Verteidiger der *Algérie française* rekrutiert, wodurch die Brutalität zunehme³¹⁹. Die Gewalt der Hilfspolizisten wurde somit nicht mehr als exzeptionell dargestellt. Vielmehr wurde sie in den Kontext der zunehmenden Gewalt gesetzt, mit der die *Algérie française* nicht nur von den Polizeikräften, sondern insbesondere auch von den Kräften der OAS verteidigt wurde.

Die »harkis de Paris« wurden dennoch weiterhin als Täter angesehen. Auch über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus hielt die kolonialkritische Linke an diesem Bild fest und übertrug es auf die Gesamtheit der Hilfssoldaten, als in Algerien die Racheakte einsetzten. Als die gaullistische Regierung die Waffenstillstandsabkommen von Évian unterzeichnete, feierte die kolonialkritische Linke dies als Sieg des FLN. Der PC veröffentlichte am 19. März in »L'Humanité« eine Pressemitteilung, in der er dem »peuple algérien – uni autour du Gouvernement provisoire de la République algérienne et de son Armée de libération nationale« zu diesem Sieg gratulierte³²⁰. Die Partei folgte damit wie die anderen Vertreter der kolonialkritischen Linken der These, das algerische Volk stehe geschlossen hinter dem FLN. Dieser These folgend stellte die Zukunft der Muslime Algeriens, die auf französischer Seite gekämpft hatten, für sie kein zentrales Thema dar. Die Berichterstattung in den kolonialkritischen Medien konzentrierte sich nach dem 19. März auf den Terror der OAS und die von ihm ausgehende Gefahr für den Frieden in Algerien ebenso wie für die Französische Republik.

Die demobilisierten Hilfssoldaten wurden jedoch im Kontext dieser von der OAS ausgehenden Bedrohung zum Thema. In der kolonialkritischen Linken sah man nach den Waffenstillstandsabkommen die Gefahr, die Hilfssoldaten könnten von der OAS rekrutiert werden. Im April 1962 wurde in Frankreich bekannt, dass Boualam gemeinsam mit dem ehemaligen Spezialisten für psychologische Kriegsführung Gardes versucht hatte, einen *maquis* aus europäischen Soldaten und muslimischen Hilfssoldaten im Dienste der OAS aufzu-

³¹⁷ CFTC Union régionale parisienne, Face à la répression, abgedruckt in: Les Temps modernes 187 (1961), S. 786–801, hier S. 799.

³¹⁸ Ibid., S. 789.

³¹⁹ Ibid., S. 799f.

³²⁰ Déclaration du bureau politique du Parti communiste français, in: L'Humanité, 19.3.1962.

bauen³²¹. In »Libération« warf man daraufhin die Frage auf, weshalb dies gerade in der Region Ouarsenais stattgefunden hatte. Der Verfasser des Artikels sah den Grund in den feudalen Strukturen der Region, in der Boualam als »Glaoui algérien« nicht nur über uneingeschränkte Macht, sondern zugleich über eine Armee von 4000 bis 5000 Hilfssoldaten verfüge³²². Er warf Boualam vor, seine Machtposition in der Region missbraucht zu haben. Zudem schrieb er ihm eine klare Haltung zugunsten der *Algérie française* und zugleich Sympathien für die OAS zu. Man nahm ihn damit nicht nur als Gefahr für den Frieden, sondern auch für die Französische Republik wahr. Die muslimischen Hilfssoldaten, die den *maquis* bilden sollten, wurden dementsprechend lediglich als die Marionetten Boualam angesehen. Sie blieben jedoch für die kolonialkritische Linke eine Gefahr für den Frieden in Algerien und zugleich eine Bedrohung für die Republik, da man fürchtete, sie könnten sich tatsächlich von der OAS instrumentalisieren lassen. Aus diesem Grund standen diese Akteure der Ausreise von Hilfssoldaten von Algerien nach Frankreich kritisch gegenüber.

Als im Mai 1962 bekannt wurde, dass ehemalige SAS-Offiziere versuchten, Hilfssoldaten auf illegalem Wege die Ausreise zu ermöglichen, setzte die kolonialkritische Presse auch dies in den Kontext der Aktivitäten der OAS. In »Libération« argumentierte man, dass es Aktivisten der OAS seien, die diese Hilfssoldaten in Frankreich aufnahmen. Somit könnten die Hilfssoldaten jederzeit benutzt werden, um einen *maquis* in Frankreich selbst aufzubauen³²³. Die kolonialkritische Linke blieb mit dieser Argumentation im Bild der leicht zu instrumentalisierenden »sous-hommes«, die eine Gefahr für die Französische Republik darstellten. Aus diesem Grund waren aus der kolonialkritischen Linken keine Stimmen zu hören, die forderten, die Hilfssoldaten in Frankreich aufzunehmen.

Das änderte sich auch nicht, als nach der Unabhängigkeit Algeriens die Massaker an den Hilfssoldaten zunahmen. Der Althistoriker Pierre Vidal-Naquet brach im November 1962 das Schweigen und wies in einem ausführlichen Artikel, der in »Le Monde« veröffentlicht wurde, auf das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien hin. Er forderte, diese in Frankreich aufzunehmen. Mit deutlichen Worten verurteilte er die Verbrechen, die nicht nur an den Hilfssoldaten selbst, sondern auch an deren Frauen und Kindern begangen würden, und kritisierte auch die Verantwortlichen des FLN. Zwar relativierte er die Verantwortung des FLN, indem er die Erosion der staatlichen Autorität in Algerien ins Feld führte, erklärte jedoch gleichzeitig, dass ein solches Vorgehen eines unabhängigen Algeriens nicht würdig sei. So könne in

321 Vgl. hierzu Kap. 2.3.

322 Comment Gardes a perdu la bataille de l'Ouarsenais, in: Libération, 3.4.1962.

323 Des recrues pour l'OAS, in: Libération, 24.5.1962.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Algerien keine Gerechtigkeit hergestellt werden³²⁴. In erster Linie sah er jedoch die französische Regierung in der Verantwortung, für die Sicherheit derjenigen zu sorgen, die an der Seite Frankreichs gekämpft hätten. Er führte die Folterungen der »harkis de Paris« an und betonte, dass sowohl die Hilfspolizisten in Paris als auch die Hilfssoldaten in Algerien für die Verbreitung von Terror und Angst innerhalb der algerischen Bevölkerung verantwortlich seien. Aus diesem Grund hätten »les résistants algériens« das Recht, sie zu verachten und zu Verrätern zu erklären. Die französische Regierung habe dieses Recht jedoch nicht³²⁵. Zeigte er Verständnis für das Handeln des FLN, so verurteilte er scharf das zögerliche Handeln der französischen Regierung, der er die Verantwortung für die Situation der Hilfssoldaten zuschrieb. Die Ursache für die derzeitige Situation der Hilfssoldaten sah er in dem von der französischen Armee praktizierten Versuch, eine »guerre révolutionnaire« zu führen, in der sie den muslimischen Hilfssoldaten eine wichtige Rolle zugeschrieben habe. Aufgrund der erfolgreichen psychologischen Kriegsführung der französischen Armee hätten sie sich in den Reihen der französischen Armee wiedergefunden. Selbst diejenigen, die auf Befehl Verbrechen begangen hätten, seien zwar schuldig, jedoch zugleich auch Opfer. Sie seien »des victimes de l'ordre colonial et du mythe de l'Algérie française auquel certains ont pu croire«³²⁶.

Vidal-Naquet richtete sich mit seinem Appell nicht nur an die französische Regierung, sondern auch an die französische Bevölkerung. Er wandte sich auch an die kolonialkritische Linke, die sich aus Furcht, die Hilfssoldaten könnten sich von der OAS instrumentalisieren lassen, gegen deren Aufnahme aussprach. Diese Gefahr bestehe derzeit nicht mehr, schrieb er. Zudem sei es die Aufgabe der Franzosen und der Algerier in Frankreich, dafür zu sorgen, dass diese Furcht unbegründet bleibe³²⁷. Wenn man den Hilfssoldaten die Hilfe verweigere, treibe man sie damit in die Arme der OAS. Vidal-Naquet räumte ein, dass er wenig Hoffnung habe, die öffentliche Meinung in Frankreich durch seine Worte beeinflussen zu können. Er gebe sich nicht der Illusion hin, sein Appell könne viel bewegen³²⁸. Mit dieser Einschätzung sollte er zunächst Recht behalten. Die kolonialkritische Presse schwieg weiterhin weitgehend zu diesem Thema. Anstatt Stellung zu den Worten Vidal-Naquets zu beziehen, erschien in »L'Humanité« noch in der gleichen Woche ein Artikel über den Mord an einem ehemaligen Hilfssoldaten, der in Frankreich sein Glück als Zuhälter versucht

³²⁴ Pierre VIDAL-NAQUET, La guerre révolutionnaire et la tragédie des harkis, in: Le Monde, 11.–12.11.1962.

³²⁵ Ibid.

³²⁶ Ibid.

³²⁷ Ibid.

³²⁸ Ibid.

hatte. Dieser Hilfssoldat habe nach Kriegsende versucht, seine Talente zu benutzen³²⁹. Mit diesen Worten unterstrich man das Bild der Hilfssoldaten als Verbrecher. Man zeigte innerhalb der kolonialkritischen Linken wenig Bereitschaft, die Hilfssoldaten nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer anzusehen.

Der »Témoignage chrétien« reagierte einige Wochen später auf den Appell Vidal-Naquets und widmete im Dezember den Massakern an den muslimischen Hilfssoldaten ein ausführliches Dossier mit dem Titel »Ces Français à part entière«. Auch hier sah man insbesondere die französische Regierung in der Verantwortung und forderte, den Hilfssoldaten die Einreise nach Frankreich zu genehmigen. Es wurde betont, dass die Hilfssoldaten nicht in erster Linie aus Überzeugung für die *Algérie française* an der französischen Seite gekämpft hätten. Vielmehr seien sie naiv genug gewesen, den Versprechen Frankreichs zu glauben, oder hätten so wenig Nahrung im Bauch gehabt »pour se vendre à elle«³³⁰. Obwohl man mit diesen Worten deutlich machte, dass die Hilfssoldaten lediglich instrumentalisiert und nie als Teil der Französischen Republik angesehen worden seien, bezeichnete man sie in dem Dossier als *compatriotes*. Waren auch die Herausgeber des »Témoignage chrétien« stets von der Existenz eines algerischen Volkes ausgegangen, so stellten sie nun die Zugehörigkeit der Hilfssoldaten zur Französischen Republik heraus. Sie forderten die französische Bevölkerung auf, sich gegen die Politik zur Wehr zu setzen, die gegenüber denjenigen »qui ont voulu et veulent être encore nos compatriotes« geführt werde. Indem sie so an das Versprechen erinnerten, das de Gaulle der muslimischen Bevölkerung 1958 gegeben hatte, gaben sie der Forderung, die Hilfssoldaten ausreisen zu lassen mehr Gewicht. Der französischen Regierung warfen sie vor, entgegen des universalistischen Ideals zu handeln und lediglich für die Sicherheit derer zu sorgen, die »la peau blanche« und »un prénom chrétien« hätten³³¹. Somit nutzte man die Rhetorik der gaullistischen Regierung, um ihr Verrat an den von ihr selbst aufgestellten universalistischen Prinzipien sowie rassistische Handlungs- und Denkmuster vorzuwerfen.

Die Kritik richtete sich jedoch nicht nur gegen die französische Regierung, sondern auch gegen den FLN. Die Berichte über die Situation der Hilfssoldaten in Algerien würden einen Teil derjenigen anklagen, die noch vor kurzem für die ihnen zustehende Freiheit gekämpft hätten, war in dem Dossier zu lesen. Sieben Jahre lang habe man die Ziele dieses Kampfes unterstützt, jedoch nicht in gleichem Maße die vom FLN gewählten Mittel. Der Algerienkrieg wurde als eine »guerre maudite« bezeichnet, in der in beiden Lagern gefoltert und

329 L'ancien harki cherchait fortune dans le »milieu«, in: L'Humanité, 15.11.1962.

330 Ces Français à part entière, in: Témoignage chrétien, 14.12.1962.

331 Ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

gemordet worden sei³³². Wie auch Vidal-Naquet gehörten die Verantwortlichen des »Témoignage chrétien« zu den Vertretern der kolonialkritischen Linken, die sich bereits während des Krieges von den Methoden des FLN teils distanziert hatten. Vidal-Naquet hatte 1960 anlässlich des Prozesses gegen das *réseau Jean-son*, das den FLN innerhalb Frankreichs aktiv unterstützt hatte, zu Protokoll gegeben, er warne vor einer »sacralisation« des FLN³³³. Sowohl für Vidal-Naquet als auch für die Verantwortlichen des »Témoignage chrétien« stand stets die ethische Dimension des Krieges im Vordergrund. Aus diesem Grund kritisierten sie nun Menschenrechtsverletzungen an denjenigen, die sie zuvor als Täter thematisiert hatten, obgleich sie wussten, dass sie damit Kritik aus dem eigenen Lager provozierten. Im »Témoignage chrétien« kam dies explizit zur Sprache. Als man während des Krieges von der Folter gesprochen habe, habe man ihnen in Frankreich vorgeworfen, stets das Böse zu suchen und Freude darüber zu empfinden, dieses Böse anzuprangern. Man sei sich der Tatsache bewusst, dass nun die gleichen Vorwürfe kommen würden, aber dieses Mal von beiden Seiten des Mittelmeers. Dies sei jedoch nur von untergeordneter Bedeutung. Was zähle, sei »la dignité de l'homme et le respect de la vie«³³⁴. Der Einsatz für die Hilfssoldaten wurde also damit begründet, dass man die Menschenrechte verteidige und diese nicht politischen Interessen oder Ideologien unterordne.

Auch die katholische Gewerkschaft CFTC reagierte auf den Aufruf Vidal-Naquets. Die Führungsriege der Gewerkschaft richtete im Dezember 1962 ihren Blick auf die Massaker an den muslimischen Hilfssoldaten. Ausschlaggebend hierfür war unter anderem der Artikel Vidal-Naquets, der wiederum Gewerkschaftsmitglieder dazu motivierte, die Verantwortlichen der Gewerkschaft zum Handeln aufzufordern. Den Generalsekretär Eugène Descamps erreichte Ende November ein Brief eines Gewerkschaftsmitglieds, der sich explizit auf die Worte Vidal-Naquets bezog. Descamps wurde darin aufgefordert, seine guten Beziehungen zum FLN und zur algerischen Gewerkschaft *Union générale des travailleurs algériens* (UGTA) zu nutzen, um das Leben der Hilfssoldaten zu retten. Descamps sei für die Unabhängigkeit Algeriens gewesen und habe dies nie verheimlicht, schrieb das Gewerkschaftsmitglied. Angeblich solle er seine Kontakte zum FLN während des Krieges genutzt haben, um das Leben französischer Soldaten zu retten. Der Verfasser des Briefes forderte Descamps auf, nun erneut Leben zu retten und die Massaker zu stoppen. Er selbst könne nichts gegen diese Massaker unternehmen. Descamps habe jedoch Einfluss auf die Verantwortlichen des FLN und der UGTA. Diesen solle er nutzen, um »la paix

³³² Ibid.

³³³ BIONDI, *Les anticolonistes*, S. 329f.

³³⁴ *Ces Français à part entière*, in: *Témoignage chrétien*, 14.12.1962.

pour ces malheureux« herzustellen. Wenn es ihm nur gelinge, ein Leben zu retten, seien seine Mühen nicht vergeblich gewesen³³⁵.

Der Generalsekretär reagierte auf diesen Brief mit einer persönlichen Antwort, in der er einräumte, zu wenig über die Ereignisse in Algerien informiert gewesen zu sein, und sich für den Brief bedankte, der ihm zufolge »des sentiments profondément humains et chrétiens« ausdrücke. Dem Absender versprach er, sich in den nächsten Tagen an die UGTA und den FLN zu wenden, um ein Ende der Massaker zu fordern³³⁶. Descamps betonte in diesem Schreiben die ethische Dimension der Angelegenheit und bezeichnete es als »menschlich« und »christlich«, sich für die Hilfssoldaten einzusetzen. Die Reaktion der Gewerkschaftsspitze zeigte jedoch einen Konflikt zwischen der ethischen Verpflichtung, sich für die Hilfssoldaten einzusetzen, und dem politischen Interesse, die guten Beziehungen zu den Verantwortlichen des FLN nicht zu gefährden. Descamps beschloss in Absprache mit dem Vizepräsidenten der Gewerkschaft Gérard Espéret, sich sowohl an die UGTA als auch an Ben Bella zu wenden, obwohl Espéret einwandte, dass die Antwort schon vorab klar sei. Dennoch müsse man handeln³³⁷. Schließlich wurde ein Brief an Ben Bella verfasst und dieser in Kopie an die UGTA gesandt. Man forderte Ben Bella auf, zu intervenieren, um die willkürlichen Bestrafungen zu stoppen. Wenn es Sanktionen gegenüber den Hilfssoldaten geben solle, dann sollten diese auf dem normalen Gerichtsweg verhängt werden³³⁸. Allein die Tatsache, dass der Brief mehrere Male redigiert wurde, bis er schließlich am 18. Dezember versandt wurde, zeigt, wie delikats diese Angelegenheit für die Gewerkschaft war³³⁹. Auch die Formulierung der endgültigen Fassung brachte dies zum Ausdruck. Der Brief wurde mit folgenden Worten eingeleitet: »Nous avons l'honneur d'attirer votre attention sur une situation délicate et difficile à exprimer, mais dont nous avons le devoir de vous entretenir. C'est celle des harkis ou des citoyens algériens s'étant engagés avec la politique française d'avant l'indépendance«³⁴⁰. Der Vizepräsident der Gewerkschaft blieb in seiner Kritik gegenüber Ben Bella sehr vorsichtig und verknüpfte diese mit einem gewissen Verständnis für die

335 Jacques Machy, conducteur de chantier PTT, syndiqué CFTC, à Eugène Descamps, secrétaire général de la CFTC, 23.11.1962, Archives de la CFDT: 7 H 649.

336 Eugène Descamps à Jacques Machy, 6.12.1962, *ibid.*

337 Gérard Espéret à Eugène Descamps, ohne Datum, *ibid.*

338 Correspondance Gérard Espéret, vice-président de la CFTC – Ben Bella, Premier ministre de la République algérienne, 18.12.1962, *ibid.*

339 Mehrere redigierte Versionen des Briefes sind in den Archiven der CFDT archiviert, *ibid.*

340 Correspondance Gérard Espéret, vice-président de la CFTC – Ben Bella, Premier ministre de la République algérienne, 18.12.1962, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Racheakte. Man verstehe die Reaktionen und wolle auf gar keinen Fall »les fautes qui auraient pu être commises par certains hommes« rechtfertigen³⁴¹. In seinem Schreiben verwendete Espéret den Ausdruck »citoyens algériens«. Mit dieser Bezeichnung unterstrich er, dass auch er die Hilfssoldaten als Mitglieder der algerischen Nation ansah. Indem er sich an den FLN wandte und nicht an die französische Regierung, machte er zudem deutlich, dass er die Franzosen nicht in der Verantwortung sah, die Hilfssoldaten aufzunehmen. Es handelte sich für ihn um eine algerische Angelegenheit.

Die Vertreter der CFTC waren wie der Großteil der kolonialkritischen Linken mit Beginn des Algerienkriegs von der Existenz eines algerischen Volkes, das geschlossen hinter dem FLN stehe, ausgegangen. Sie hatten so den Kampf des FLN als den legitimen Kampf des algerischen Volkes interpretiert und hatten ihn in diesem Kampf unterstützt. Die Hilfssoldaten und insbesondere die Hilfspolizisten, denen die Durchführung von Folter innerhalb von Paris vorgeworfen wurde, waren somit als »Verräter der Nationalbewegung«, als skrupellose Söldner im Dienste des französischen Repressionsapparats betrachtet worden.

Französische Kolonialkritiker sprachen aus diesem Grund die Massaker an den Hilfssoldaten zunächst nicht an, zumal es nur schwer möglich war, die Massaker zu thematisieren, ohne die neue algerische Regierung zu kritisieren. Zugleich konnten sie auch nur schwer der französischen Regierung vorwerfen, die Hilfssoldaten im Stich zu lassen, waren sie doch von der Existenz eines algerischen Volkes ausgegangen und hatten die Hilfssoldaten demnach nie als französische Staatsbürger anerkannt. Die Spitze der CFTC löste dieses Dilemma, indem sie sich in vorsichtigen Tönen an Ben Bella wandte und diesen aufforderten, die Massaker zu unterbinden. Vidal-Naquet und die Verantwortlichen des »Témoignage chrétien« wählten einen anderen Weg. Sie verurteilten offen die Massaker und verbanden dies mit deutlicher Kritik am FLN. Noch deutlicher kritisierten sie jedoch die französische Regierung dafür, dass sie den Hilfssoldaten nicht die Ausreise nach Frankreich gewährte. In dem im »Témoignage chrétien« veröffentlichten Dossier wurden die Hilfssoldaten als *compatriotes* bezeichnet, was von der Leitlinie der kolonialkritischen Linken abwich, von der Existenz eines algerischen Volkes auszugehen. Man folgte bewusst der Rhetorik der gaullistischen Regierung von 1958, um dieser nun Verrat an den von ihr selbst aufgestellten universalistischen Idealen vorzuwerfen und um sie zur Rettung der Hilfssoldaten zu bewegen. In diesem Kontext wurden die Hilfssoldaten von »Verrätern der algerischen Nationalbewegung« zu Mitgliedern der Französischen Republik.

341 Ibid.

2.7 Die hybriden Identitäten der muslimischen Elite

Mit den von de Gaulle 1958 verkündeten Reformen gewann die muslimische Elite für die französische Regierung an Bedeutung. Aus ihr rekrutierte die Regierung die dritte Kraft, die den von de Gaulle eingeschlagenen Reformweg tragen sollte. Hierzu mussten sich Mitglieder der muslimischen Elite als Kandidaten zur Verfügung stellen und die muslimische Bevölkerung Algeriens in den Parlamenten der verschiedenen Ebenen repräsentieren. Dem FLN gelang es, einige dieser muslimischen Abgeordneten für sich zu gewinnen, die somit ein doppeltes Spiel spielten. Die Senatoren Djilali Hakiki, M'hamed Kheirat und Ahmed Bentchicou nutzten ihren Status, um regelmäßig die deutsch-französische Grenze zu passieren und Waffen von Deutschland nach Frankreich zu bringen³⁴². Diese Senatoren waren jedoch Ausnahmen. Mehrheitlich sah der FLN die Mitglieder der Elite als Feind an. Der FLN rief stets zum Boykott der Wahlen auf und diffamierte die muslimischen Kandidaten in der Öffentlichkeit³⁴³. Selbst um ihr Leben mussten die muslimischen Abgeordneten fürchten, da der FLN sie zu bevorzugten Anschlagzielen erklärte. Mehrere Abgeordnete wurden zum Ziel von Attentaten. Auf Ahmed Djebbour, der bei den Parlamentswahlen 1957 als Kandidat in Paris angetreten war und nach 1958 den Wahlkreis Algier-Ville im Parlament vertrat, wurde 1957 während seines Wahlkampfes ein Anschlag verübt³⁴⁴. Dennoch waren Muslime 1958 bereit, sich als Kandidaten zur Verfügung zu stellen und die Integrationspolitik de Gaulles zu repräsentieren.

Die muslimischen Abgeordneten speisten sich hauptsächlich aus der *élite francisée*. Diese bestand aus den Mitgliedern der muslimischen Gemeinschaft Algeriens, die in Militär, Verwaltung und Politik oder teilweise auch in der Wirtschaft über gute Positionen verfügten. Meist konnten sie eine Familientradition an der Seite Frankreichs vorweisen, hatten französische Schulen, teils auch Militärschulen besucht und hatten sich dem französischen Lebensstil angepasst. Einige waren zudem mit Europäern verheiratet, hatten sich teilweise bereits vor 1958 einbürgern lassen und waren in Einzelfällen auch zum Katholizismus konvertiert³⁴⁵. Diese Elite war demnach stark von der französischen Lebensweise geprägt. Als wichtigster Vertreter dieser Gruppe kann der *bachaga* Saïd Boualam angesehen werden, der über seinen Tod hinaus den Diskurs um die Hilfssoldaten entscheidend prägen sollte. Boualam entstammte einer Fami-

342 HAROUN, La 7^e wilaya, S. 214.

343 Vgl. hierzu Kap. 2.4.

344 Roger MAUGE, La vérité sur Jean-Marie Le Pen, Paris 1988, S. 157.

345 HAMOUMOU, L'histoire des harkis , S. 320f.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

lie von Großgrundbesitzern in der stark von Stammesstrukturen geprägten Region Ouarsenais. Er war in dieser Region auf allen Ebenen – politisch, militärisch und selbst spirituell – eine unhinterfragte Autorität. Da die abgeschiedene Region nie von der kolonialen Ordnung durchdrungen worden war, bestanden alte Stammesstrukturen weiter, die sich auf eine traditionelle Herrschaftsordnung stützten. Die 24 Stämme von Beni-Boudouane erkannten Boualam als administratives und spirituelles Oberhaupt an³⁴⁶. Zugleich konnte seine Familie auf eine lange Tradition in der französischen Armee zurückblicken. Seit der Eroberung Algeriens durch Frankreich hatten seine Vorfahren auf der französischen Seite gekämpft. Boualam selbst hatte die Militärschule besucht und innerhalb des Militärs Karriere gemacht³⁴⁷. Während des Algerienkrieges befahl er in seiner Heimatregion Ouarsenais die mit 4000 bis 5000 Mann zahlenmäßig stärkste *harka* Algeriens. Er nutzte seinen Status innerhalb der Region, um *harkis* zu rekrutieren³⁴⁸. Sein Einfluss blieb nicht auf die Region Ouarsenais beschränkt, sondern er verfolgte zugleich eine überregionale politische Karriere. Über mehrere Jahre hinweg nahm er ein Mandat in der Nationalversammlung wahr, wo er wiederholt das Amt des Vizepräsidenten innehatte³⁴⁹.

Boualam widmete sich in der Zeit nach der Unabhängigkeit Algeriens dem Schreiben. In zeitlich kurzen Abständen veröffentlichte er drei Werke, in denen er die *Algérie française* verteidigte³⁵⁰. Boualam erhob mit diesen Werken den Anspruch, das Sprachrohr der muslimischen Bevölkerung zu sein. Er brachte dies mit den Worten »Ce qui est vrai pour moi l'est aussi pour tous les musulmans de l'armée française« zum Ausdruck³⁵¹. Dieser Anspruch ging jedoch an der Realität vorbei, denn er nahm selbst innerhalb der muslimischen Elite aufgrund seiner besonders gehobenen Position eine Sonderstellung ein. Boualam stellte in seinen Veröffentlichungen in erster Linie seine Treue zur Französischen Republik heraus. Gemäß seinem Anspruch, für die muslimische Bevölkerung Algeriens zu sprechen, betonte er, dass sich die muslimische Bevölkerung mehrheitlich als Bürger der Französischen Republik verstünde. 200 000 Muslime hätten sich der französischen Armee angeschlossen, um für

³⁴⁶ Giulia FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam. Des Beni-Boudouanes à Mas Thibert*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 113–124.

³⁴⁷ Saïd BOUALAM, *Mon pays*, la France, Paris 1962, S. 36.

³⁴⁸ FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 113–115.

³⁴⁹ BOUALAM, *Mon pays*, S. 36.

³⁵⁰ DERS., *L'Algérie sans la France*, Paris 1964; DERS., *Les harkis au service de la France*, Paris 1963.

³⁵¹ DERS., *Mon pays*, S. 83.

die Französische Republik zu kämpfen, und mehrere Millionen hätten an sie geglaubt³⁵². Der Algerienkrieg war für ihn ein Krieg, der im Geiste der Brüderlichkeit der muslimischen und der europäischen Bevölkerung gemeinsam gegen den FLN geführt wurde³⁵³. Der FLN sei angetreten, um Hass und Verwüstung zu verbreiten und das Algerien zu zerstören, das von der französischen Armee und den europäischen Siedlern »avec des erreurs parfois, des retouches souvent, mais avec amour et fraternisation« aufgebaut worden sei³⁵⁴. Sich einer Modernisierungsrhetorik bedienend, hob er die Zivilisierungsmission der Armee und der Siedler hervor und leitete daraus die Notwendigkeit der französischen Präsenz in Algerien ab.

Obwohl Boualam das »zivilisatorische Werk« Frankreichs in Algerien lobte, sah er auch die Diskriminierung und die Ungleichheiten. Es sei ein tragischer Fehler, dass die Muslime am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht ausreichend beteiligt seien. Er beklagte, die Muslime seien zu lange als »sujets« angesehen worden. Zu lange habe man ihnen jegliche Aufstiegschancen in Verwaltung und Militär vorenthalten, obwohl sie für Frankreich gekämpft hätten³⁵⁵. Die Integrationspolitik hatte daher für ihn folgende Bedeutung: »L'intégration, pour nous, musulmans, c'était nous voir reconnaître nos droits. Pour les devoirs, nous étions intégrés depuis longtemps avant 1955, avant 1939, avant 1914«³⁵⁶. Der 13. Mai 1958 war für Boualam demzufolge ein besonderes Datum. Er bezeichnete diesen Tag als »naissance de la véritable Algérie française fraternelle«³⁵⁷. Er hatte nie die *Algérie française* in Frage gestellt. Dennoch hatte er stets die Ungleichheit in Algerien gesehen und auf eine politische und soziale Gleichstellung der Muslime gehofft. Bereits die Entstehung der SAS unter Soustelle hatte er als ersten Schritt zur Realisierung einer sozialen Gleichheit angesehen, jedoch zugleich beklagt, dass die Muslime dennoch Staatsbürger zweiter Klasse blieben. Er fasste den Wunsch der muslimischen Bevölkerung mit folgenden Worten zusammen: »Ce que nous voulions, c'était une patrie«³⁵⁸. Diesen Wunsch sah er durch die Integrationspolitik de Gaulles erfüllt. Nachdem de Gaulle diese Politik auf den Weg gebracht habe,

352 Ibid., S. 14.

353 Ibid., S. 22f.

354 Ibid., S. 16.

355 Ibid., S. 46–48.

356 Ibid., S. 76.

357 Ibid., S. 18.

358 Ibid., S. 94.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

hätten alle Muslime Algeriens an der Seite Frankreichs für Integration gekämpft, schrieb er 1962³⁵⁹.

Aus Boualams Argumentation lässt sich herauslesen, dass für ihn die Idee der Integration der muslimischen Bevölkerung in die Französische Republik mehr war als nur eine Strategie, die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern. Er setzte große Hoffnungen auf die Idee, die Muslime Algeriens gleichberechtigt in die Französische Republik zu integrieren. Als Befehlshaber der größten *harka* betonte Boualam insbesondere, wie wichtig die Durchsetzung des universalistischen Gleichheitsprinzips in der Armee sei. Er brachte seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die politische und militärische Führung seine Hilfssoldaten nie als gleichberechtigte französische Soldaten behandelte, sondern ihnen stets misstraut habe³⁶⁰. Stets habe er einen höheren Sold, bessere Sozialleistungen und eine bessere Bewaffnung für seine *harkis* gefordert. Er habe die Verantwortlichen aufgefordert, die *harkis* nicht länger als »sous-produit de l'armée française« zu behandeln, sei jedoch stets am Widerstand von Politik und Militär gescheitert³⁶¹.

Während Boualam angab, sich für die Durchsetzung universalistischer Prinzipien innerhalb des Militärs eingesetzt zu haben, warf ihm die Militärführung mangelndes Bewusstsein für die Ideen der universalistischen Republik vor und überlegte mit dieser Begründung, ihm die Befehlsgewalt für seine *harka* zu entziehen. Der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Algerien, General Jacques Massu, kritisierte 1959, Boualam nutze seine Stellung in der Region, um seine *harka* nach feudalen Prinzipien aufzubauen und zu befehligen. Diese Praxis sah Massu als Verstoß gegen die »politique française actuelle en Algérie« an, weshalb er vorschlug, die *harka* aufzulösen und deren Mitglieder auf andere Einheiten zu verteilen³⁶². Obwohl Boualam sich selbst als Teil der Französischen Republik verstand, hielt er in seiner Handlungsweise an feudalen Strukturen fest. Dies begründete er selbst damit, dass er Integration nicht mit Assimilation gleichsetze. Er verneinte die Existenz einer algerischen Nation und sah Algerien als Teil der Französischen Republik an. Zugleich betonte er jedoch, dass »ethniquement, culturellement, linguistiquement une personnalité algérienne« existiere. Dieser »personnalité algérienne« müsste innerhalb der Französischen Republik Geltung verschafft werden³⁶³. Integration bezog sich

359 Ibid., S. 108f.

360 DERS., *Les harkis au service de la France*, S. 41.

361 Ibid., S. 63.

362 Le général de division Massu, commandant la région territoriale et le corps d'armée d'Alger, à M. le général d'armée aérienne, commandant en chef les forces en Algérie. *Harka Boualam*, 15.7.1959, SHAT: 1 H 1397/6 (Hervorh. i. Orig.).

363 BOUALAM, *Mon pays*, S. 174.

demnach für ihn in erster Linie auf eine politische Ebene. Durch die Abschaffung der zwei verschiedenen Wahlkammern wurden für ihn die Muslime Algeriens zu mit politisch gleichen Rechten ausgestatteten französischen Staatsbürgern. Auch soziale Gleichstellung forderte er. Diese sollte durch die Arbeit der SAS sowie durch den von de Gaulle vorgelegten *plan de Constantine* erreicht werden. Er plädierte jedoch dafür, kulturelle Unterschiede anzuerkennen und zu berücksichtigen. Damit argumentierte er zugunsten der Beibehaltung einer rechtlichen Sonderstellung der muslimischen Bevölkerung, die den Fortbestand von auf einer feudalen Ordnung beruhenden hierarchischen Strukturen ermöglichte. Er schrieb seinen *harkis* einen »sens médiéval de l'attachement, de l'allégeance« zu und legitimierte somit die hierarchische Ordnung mit der Kultur der muslimischen Bevölkerung³⁶⁴. Die Argumentationsweise Boualams veranschaulicht die hybriden Identitäten der muslimischen Elite. Sie hatten sich bis zu einem gewissen Grad an die französische Lebensweise angepasst und traten als dritte Kraft und somit als Repräsentanten der Französischen Republik an. Dennoch hielten sie nicht nur an ihrer religiösen und sprachlichen Besonderheit fest. Boualam fasste die »personnalité algérienne« so weit, dass er damit die Aushöhlung universalistischer Prinzipien zugunsten feudaler Strukturen legitimierte.

Boualam war innerhalb der muslimischen Elite nicht nur aufgrund seiner herausragenden Stellung eine Ausnahmefigur. Er unterschied sich auch in Teilen seiner Argumentation von anderen Vertretern der muslimischen Elite. Boualam pflegte enge Kontakte zu den europäischen Verteidigern der *Algérie française*. Bereits 1958 übernahm er gemeinsam mit dem zu diesem Zeitpunkt überzeugten Gaullisten Georges Bidault den Vorsitz des *Rassemblement pour l'Algérie française (RAF)*³⁶⁵. Der RAF war einer von zahlreichen Verbänden, die 1958 gegründet wurden, um nach außen Unterstützung für die Integrationspolitik de Gaulles zu demonstrieren, dabei jedoch in erster Linie auf die Verteidigung der *Algérie française* abzielten. Gezielt suchten diese Verbände den Kontakt zur muslimischen Elite, um die Idee der Gleichheit und Verbrüderung zwischen der europäischen und muslimischen Bevölkerung zu unterstreichen. Als de Gaulle 1959 die Autodetermination verkündete und somit erstmals verdeutlichte, dass er sich von der Idee eines französischen Algeriens langsam verabschiedete, ging es für diese Verbände nicht mehr darum, den Integrationsgedanken nach außen zu unterstützen, sondern de Gaulle Verrat an dieser Idee vorzuwerfen, also Verrat nicht nur an den Siedlern Algeriens, sondern insbesondere an der muslimischen Bevölkerung. Die Gründung des *Comité d'entente*

364 DERS., *Les harkis au service de la France*, S. 85.

365 Note concernant l'évolution de quelques partis et mouvements politiques en Algérie, 23.11.1959, AN: 5AG1/1739.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

des mouvements nationaux im November 1959 muss in diesem Kontext verstanden werden. In diesem Komitee vereinten sich verschiedene nach dem Mai 1958 entstandene sowie neu formierte Verbände, die nach außen die Ideen der Gleichheit und der Brüderlichkeit propagierten und diese Ideen nutzten, um die *Algérie française* zu verteidigen³⁶⁶. Boualam wurde für diese Aktivisten zum Sinnbild von de Gaulles scheinbarem Verrat an der muslimischen Bevölkerung.

Das Comité d'entente sollte nicht lange bestehen. Nachdem einige Mitglieder während der Barrikadenwoche im Januar 1960 ihren extremistischen Charakter unter Beweis gestellt hatten, wurden mehrere Gruppierungen des Komitees aufgelöst³⁶⁷. Bereits einige Monate nach dem Verbot gründeten die Aktivisten mit dem Front de l'Algérie française (FAF) einen neuen Verband, der die kurzzeitig entstandene Lücke wieder schloss und die Bewegung weiter stärkte. Mit der Gründung des FAF reagierten die Verteidiger der *Algérie française* in Algerien auf das Treffen de Gaulles mit Vertretern des GPRA, das als weiterer Schritt in Richtung Unabhängigkeit gedeutet wurde³⁶⁸. Der FAF verfügte über eine Doppelstruktur. Auf der einen Seite bereitete er bereits den bewaffneten Untergrundkampf vor, falls die Unabhängigkeit Algeriens beschlossen werden sollte. Zu diesem Zwecke wurden Geld gesammelt und Kontakte zur Armee geknüpft³⁶⁹. Auf der anderen Seite gaben die Verantwortlichen dem Verband eine gemäßigte Fassade und bemühten sich, ihn als Massenbewegung darzustellen, die sich im Geiste der Brüderlichkeit und der Gleichheit für ein besseres Algerien einsetze. Zu diesem Zwecke wurde erneut der *bachaga* Boualam als muslimischer Vertreter in das aus fünf Abgeordneten zusammengesetzte Führungsgremium berufen³⁷⁰.

Auch als im Juli 1960 in Paris der Front national pour l'Algérie française (FNAF) unter dem Vorsitz des jungen Abgeordneten Jean-Marie Le Pen gegründet wurde, war Boualam bei der Pressekonferenz anwesend, um die Idee des Integrationsgedanken zu verkörpern³⁷¹. Le Pen war im Jahre 1956 über die Liste der Poudjadisten als jüngster Abgeordneter in der Geschichte Frankreichs in

366 Ibid.

367 Télégramme du porte-parole du délégué général en Algérie. Dissolution des groupements politiques en Algérie, 4.2.1960, AN: 5AG1/1739. Vgl. zu der Barrikadenwoche DURANTON-CRABOL, *Le temps de l'OAS*, S. 23f.

368 EVANS, *Algérie*, S. 284f.

369 KAUFFER, *OAS*, S. 113f.

370 Dieses Komitee setzte sich aus folgenden Abgeordneten zusammen: Ouali Azem, Ioualalen, Colonna, Blida Laradji, Maklouf Ghalam. Vgl. hierzu *Création du Front de l'Algérie française (FAF)*, 20.6.1960, AN: 5AG1/1739.

371 Direction générale de Sûreté nationale, A.S. des forces de l'opposition de droite, Juli 1960, AN: F7/15645.

die Nationalversammlung eingezogen. Von Beginn an gehörte er zu der Strömung der Poujadisten, die als Politiker für die *Algérie française* eintraten. Er ging jedoch in seiner Überzeugung für diese Idee weiter als Pierre Poujade selbst, weshalb es schon bald zum Bruch zwischen Le Pen und Poujade gekommen war³⁷². Unter der Führung Le Pens hofften die Aktivisten der *Algérie française*, mit dem FNAF eine dem FAF in Algerien gleichende Massenbewegung zu etablieren. Hierfür erhielt Le Pen Unterstützung von den Vertretern des FAF. Dank der Anwesenheit Boualams bei der öffentlichen Bekanntgabe der Verbandsgründung und dessen Rede zu diesem Anlass wurde auch diese Organisation in der Öffentlichkeit mit der Idee der Brüderlichkeit der muslimischen und europäischen Bevölkerung in Verbindung gebracht. Boualam betonte, die Bevölkerung Algeriens begrüße jegliche Bemühungen in Frankreich, die *Algérie française* zu retten. Mit der Gründung des FAF und des FNAF sei eine neue Bewegung aus den »populations françaises sur les deux rives de la Méditerranée« geboren³⁷³. Von einem Vertreter der muslimischen Bevölkerung ausgesprochen, betonten diese Worte die Einheit der muslimischen und der europäischen Bevölkerung Frankreichs auf beiden Seiten des Mittelmeers im Rahmen der Französischen Republik.

Boualam verschaffte mit seinen Worten einer Organisation Legitimität, die in ihrem Gründungsmanifest den Integrationsgedanken nicht einmal erwähnte. Vielmehr wurde in diesem Manifest die *Algérie française* zu einem Garanten für die nationale Sicherheit erklärt, die man durch den kommunistischen Imperialismus und das internationale Finanzwesen in Gefahr sah. Die Verantwortung für diese Bedrohung schrieben die Verantwortlichen des Verbandes dem politischen System zu. Es lähme »les énergies nationales«. Aus diesem Grund könne man weder Algerien noch das Vaterland retten, ohne »le système, ses cadres, ses organisations, ses idéologies« zu zerschlagen³⁷⁴. Das Programm des FNAF zeigte, in welchem Maße für die Aktivisten in der Metropole die Agitationen für die *Algérie française* mit der Hoffnung verknüpft waren, diese Bewegung zum Umsturz des Systems nutzen zu können. Im Unterschied zu den europäischen Siedlern Algeriens hatte sich die extreme Rechte in der Metropole im Mai 1958 nicht uneingeschränkt hinter der Gaulle gestellt. Vielmehr hatte Le Pen gemeinsam mit anderen rechtsextremen Gruppierungen am 13. Mai einen Marsch von 5000 paramilitärisch formierten Demonstranten auf die National-

372 Vgl. zu der Rolle der Poujadisten innerhalb der *Algérie française* Romain SOUILLAC, *Le mouvement Poujade. De la défense professionnelle au populisme nationaliste (1953–1962)*, Paris 2007, S. 339–365.

373 Pressemitteilung Service Telex. La création en métropole du FNAF, 8.7.1960, AN: 5AG1/1740.

374 Communiqué du Front national pour l'Algérie française, 7.7.1960, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

versammlung in Paris organisiert und so versucht, einen radikalen Umsturz herbeizuführen³⁷⁵. Die extreme Rechte hatte bereits 1958 durch ihren Putschversuch deutlich gemacht, dass ihnen die politischen Veränderungen nicht weit genug gingen. Sie nutzten nun den Wandel in der Algerienpolitik de Gaulles, um den Staatschef und mit ihm das gesamte politische System zu diskreditieren. Boualam teilte diese Zielsetzung nicht. Er trat als Präsident des FAF stets als überzeugter Verfechter der Integrationsidee auf und betonte, der Kampf um ein französisches Algerien sei ein Kampf für ein besseres Algerien im Sinne der Gleichheit und der Brüderlichkeit. So betonte er auf einer Pressekonferenz, das Ziel des FAF sei die »fraternité la plus totale«. Er wolle sich innerhalb Frankreichs »pour un mieux-être de tous les habitants de l'Algérie, une Algérie nouvelle« einsetzen³⁷⁶. Da Boualam jedoch die *Algérie française* auf jeden Fall verteidigen wollte, trat er Seite an Seite mit europäischen Extremisten auf und verlieh damit deren extremistischen Zielen Legitimität.

In der muslimischen Elite waren neben Boualam verschiedene Abgeordnete auszumachen, die sich wie dieser 1958 als dritte Kraft zur Verfügung stellten. Im Gegensatz zu Boualam unterstützten einige dieser Abgeordneten de Gaulle auch noch, als dieser die Autodetermination verkündete und auf eine Verhandlungslösung mit dem FLN setzte. Nachdem de Gaulle die Autodetermination verkündet hatte, versuchten die Verantwortlichen des RAF die Mehrheit der Abgeordneten für die Organisation zu gewinnen³⁷⁷. Dieses Unterfangen zeitigte jedoch nicht den erhofften Erfolg. Neben Boualam, der als Vorsitzender eine gehobene Stellung einnahm, schlossen sich die muslimischen Abgeordneten Algeriens Djebbour, Ahcène Ioualalen, Ouali Azem, Belaïd Bouhadjera, Abdelmadjid Benhacine und Mourad Kaouah Ende 1959 dem RAF an³⁷⁸. Allerdings mussten die Verantwortlichen des RAF einräumen, dass es schwierig war, Muslime als Mitglieder für eine Organisation zu werben, die zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich Position gegen de Gaulle bezog. In der Präfektur Algiers hielt man fest, der RAF habe derzeit nur wenig Erfolg, die kontaktierten Muslime zu überzeugen. Mehrheitlich erklärten die Kontaktierten, derzeit keine Position einnehmen zu wollen, die als Widerstand gegen die Algerienpolitik

³⁷⁵ Bernhard SCHMID, Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front national, Berlin 1998, S. 109–111.

³⁷⁶ Pressemitteilung United Press. Une conférence de presse du Front de l'Algérie française, 13.7.1961, AN: 5AG1/1739.

³⁷⁷ Préfecture d'Alger, service départemental des renseignements généraux. Note de renseignements, 12.11.1959, AN: F7/15184.

³⁷⁸ Extrait du bulletin de documentation n° 49 (octobre 1959) de la direction générale de la Sûreté nationale, direction des renseignements généraux. Le Rassemblement pour l'Algérie française, ibid.

des Staatspräsidenten gedeutet werden könne³⁷⁹. Der Staatspräsident konnte auch nach dem September 1959 auf die Unterstützung von Vertretern der muslimischen Elite hoffen. Im Oktober 1960 brachten 16 von 23 muslimischen Senatoren einen Antrag im Senat ein, durch den »une solution durable du problème sur la base de l'autodétermination« gefordert wurde³⁸⁰. Die Senatoren sprachen de Gaulle ihr Vertrauen aus und erklärten, alle Muslime Algeriens, wo sie sich auch befinden mochten, seien an dem Lösungsfindungsprozess zu beteiligen. Sie stellten zudem klare Regeln für mögliche Verhandlungen mit dem FLN auf. Somit sahen sie nicht wie Boualam jegliche Verhandlungen als Verrat an der muslimischen Bevölkerung Algeriens an, sondern unterstützten de Gaulle in seinem Plan, gemeinsam mit dem FLN und der muslimischen Bevölkerung eine Lösung für den Konflikt zu finden³⁸¹.

Anstatt de Gaulle Verrat an der muslimischen Bevölkerung vorzuwerfen, da dieser Bereitschaft zeigte, mit dem FLN zu verhandeln, kritisierten muslimische Abgeordnete die Aushöhlung des universalistischen Gedankens durch die Repressionspolitik gegenüber der muslimischen Bevölkerung. Als in Paris im Oktober 1961 die Ausgangssperre für aus Nordafrika stammende Migranten verhängt wurde, sprach sich der Abgeordnete Djebbour deutlich gegen diese Maßnahme aus. Djebbour gehörte nicht zu den Abgeordneten, die mit dem FLN kollaborierten, sondern stand den Verteidigern der *Algérie française* nahe. Er war 1958 dem RAF beigetreten und stand in engem Kontakt zu Le Pen³⁸². Dennoch hatte er bereits 1959 Kritik an diskriminierenden Maßnahmen gegenüber den muslimischen Migranten in Frankreich geäußert. Als 1959 in Frankreich zur Verwaltung der maghrebischen Bevölkerung nach dem Vorbild der SAS die *services d'assistance technique* (SAT) eingeführt wurden, um die soziale Situation der muslimischen Migranten zu verbessern, sie jedoch vor allem besser kontrollieren zu können, kritisierte Djebbour diese Maßnahmen, die die europäischen Verteidiger der *Algérie française* geschlossen unterstützten³⁸³. Er bezeichnete einige der in diesem Rahmen beschlossenen Maßnahmen als »des mesures vexatoires et discriminatoires pour les Français de souche nord-afri-

379 Préfecture d'Alger, service départemental des renseignements généraux. Note de renseignements, 19.11.1959, *ibid.*

380 Zitiert nach: Pas de troisième force, in: Tribune socialiste, 20.10.1960.

381 *Ibid.*

382 Le Pen hatte 1957 Djebbours Kandidatur in Paris unterstützt, vgl. dazu: MAUGE, La vérité, S. 156, sowie [Kap. 3.3](#).

383 Vgl. zu den SAT VALAT, Les calots bleus, S. 46–50.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

caine«, die genau in dem Moment eingeführt würden, in dem man ihnen versichere, sie seien »des citoyens français à part entière«³⁸⁴.

Nachdem 1961 die Ausgangssperre beschlossen worden war, veröffentlichte Djebbour gemeinsam mit 30 weiteren muslimischen Parlamentariern ein Manifest, um gegen die »mesures vexatoires discriminatoires, pour ne pas dire racistes« zu demonstrieren³⁸⁵. Indirekt unterstützte Djebbour die vom FLN am 17. Oktober 1961 angesetzte Demonstration gegen die Ausgangssperre. Er verkündete an diesem Tag in der Nationalversammlung, dass die muslimischen Abgeordneten nicht an der Abendsitzung teilnehmen würden, werde die Maßnahme nicht bis zum Abend aufgehoben. Die Abgeordneten machten damit deutlich, dass auch sie zur muslimischen Gemeinde nordafrikanischer Herkunft in Frankreich gehörten. Auch die Polizeirepression gegen diese Demonstration kritisierte Djebbour öffentlich. Er war Teil einer Delegation, die Anfang November das Internierungslager in Vincennes besuchte, um sich einen Überblick über die dortigen Verhältnisse zu verschaffen. Er übte heftige Kritik an den Zuständen in dem Lager, die ihm zufolge aus der seit dem 17. Oktober vorherrschenden Überfüllung resultierten³⁸⁶. Djebbour teilte somit in dieser Frage die Ansicht des FLN und unterstützte indirekt auch dessen Aktionen, trotz seiner klaren ablehnenden Haltung gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung.

Die muslimischen Abgeordneten hatten sich den Anweisungen des FLN, nicht mit der französischen Regierung zu kooperieren, widersetzt, als sie 1958 als Kandidaten zur Wahl angetreten waren. Da der FLN sie zu »Verrätern der algerischen Nation« erklärt hatte und sie bevorzugte Ziele von Anschlägen waren, fürchteten sie die Unabhängigkeit Algeriens. Sie blickten voller Unruhe in die Zukunft, je deutlicher sich die Unabhängigkeit abzeichnete, und hofften, dass Algerien französisch bliebe. Viele von ihnen setzten noch auf einen dritten Weg, als de Gaulle bereits Verhandlungen mit dem FLN und gleichzeitig die OAS ihren Kampf aufgenommen hatte. Die dritte Kraft zu repräsentieren, bedeutete in diesem Kontext, einen Weg zwischen den Zielen des FLN und der OAS zu suchen. So stellte sich der Abgeordnete Robert Abdesselam im Oktober 1961 an die Spitze des von de Gaulle gegründeten Mouvement pour la communauté. Diese Bewegung sollte sich klar von der OAS abgrenzen und sowohl Muslime einbeziehen, die für die *Algerie française* kämpften, als auch Muslime,

³⁸⁴ Questions écrites d'Ahmed Djebbour, député UNR d'Algérie à l'Assemblée nationale, 19 novembre 1959, zitiert nach: AMIRI, La bataille de France, S. 67f.

³⁸⁵ Zitiert nach: Jean-Luc EINAUDI, La bataille de Paris. 17 octobre 1961, Paris 1991, S. 107.

³⁸⁶ Jean-Paul BRUNET, Police contre FLN. Le drame d'octobre 1961, Paris 1999, S. 281–283.

die die Unabhängigkeit Algeriens befürworteten³⁸⁷. Abdesselam hoffte in diesem Rahmen die Idee eines Autonomiestatus für Algerien an der Seite Frankreichs aushandeln zu können³⁸⁸.

Als mit den Abkommen von Évian die Unabhängigkeit Algeriens unter der Führung des FLN besiegelt war, war die Idee des dritten Wegs definitiv gescheitert. Darauf reagierte die muslimische Elite auf zwei verschiedene Weisen. Ein Teil hoffte vom FLN rehabilitiert zu werden und versuchte sich ihm anzunähern, in der Hoffnung, sich so eine Zukunft in Algerien zu sichern. Andere setzten ihre Hoffnung darauf, dass die OAS noch einen Weg finden werde, die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern. Der Abgeordnete Abbès Moulèssehou, der 1959 für die Liste »Rénovation républicaine pour le progrès social et économique« in die Nationalversammlung gewählt worden war, brachte im Juni in der Nationalversammlung zum Ausdruck, dass er stets den FLN als Repräsentanten des algerischen Volkes angesehen habe³⁸⁹. Er bezeichnete den Weg der Integration als Mythos. Viele muslimische Abgeordnete seien »des intégrationnistes« gewesen, hätten jedoch nicht wirklich an dieses Wort geglaubt. Das algerische Volk habe stets die Unabhängigkeit angestrebt und die Integration in die Französische Republik nie als Lösung angesehen. Der FLN sei der alleinige Vertreter des algerischen Volkes³⁹⁰. Moulèssehou brachte mit diesen Worten zum Ausdruck, dass er nicht als Feind des FLN gehandelt habe, als er 1959 als Abgeordneter angetreten war, um die muslimische Bevölkerung innerhalb der Französischen Republik zu vertreten. Diejenigen, die den Weg de Gaulles eingeschlagen hätten, seien auch dem Weg des FLN gefolgt. Schließlich habe de Gaulle den FLN als einzigen Vertreter des algerischen Volkes anerkannt und ausschließlich mit ihm über die Zukunft Algeriens verhandelt³⁹¹. Moulèssehou verdeutlichte mit diesen Worten, es bestehe kein Widerspruch zwischen dem Auftreten an der Seite de Gaulles und dem Wunsch, den Willen des algerischen Volkes zu vertreten. Er warf nicht de Gaulle Verrat an der muslimischen Bevölkerung vor, sondern ging vielmehr von der Existenz einer algerischen Nation unter der Führung des FLN aus. De Gaulle hatte ihm zufolge den Willen des algerischen Volkes respektiert, als er mit dem FLN verhandelt hatte.

Andere muslimische Abgeordnete folgten hingegen den Verteidigern der *Algérie française* in der Ansicht, de Gaulle habe die muslimische Bevölkerung verraten, als er beschloss, sie aus der Französischen Republik auszuschließen.

387 KAUFFER, OAS, S. 229.

388 Ibid., S. 233f.

389 Liste des députés des circonscriptions d'Algérie, Nov. 1959, AN: F7/15350.

390 Discours d'Abbès Moulèssehou du juin 1962 dans l'Assemblée nationale, JO, S. 1473, Assemblée nationale. Débats parlementaires.

391 Ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Sie näherten sich der OAS an und sahen in deren militärischen Vertretern diejenigen, die am Prinzip des Universalismus festhielten. Sie werteten die OAS als letzte Hoffnung auf ein Algerien im Rahmen der Französischen Republik. Dies erklärt, weshalb einige muslimische Abgeordnete bei den Prozessen gegen Jouhaud und Salan zugunsten der Angeklagten aussagten. Sie wurden eingeladen, um den Vorwurf zu entkräften, die OAS sei eine rassistische und faschistische Organisation³⁹², und sollten bezeugen, dass die Angeklagten stets am republikanischen Universalismus festgehalten hätten und die muslimische Bevölkerung auf der Ebene der Gleichheit in die Französische Republik integriert sehen wollten. Verschiedene muslimische Abgeordnete bestätigten diese These vor Gericht. Signifikant war die Aussage des Abgeordneten von Oran Sid Cara, der Salan ein »dévouement pour les musulmans« zuschrieb und seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, Salan habe sich nie eine *Algérie française* ohne »fraternité [...] de la communauté musulmane et de la communauté française« vorstellen können³⁹³. René Mekki, ebenfalls Abgeordneter von Oran, bescheinigte Jouhaud, stets für die Integration der muslimischen Bevölkerung Algeriens in die Französische Republik auf der Grundlage des »idéal d'égalité et de fraternité« eingetreten zu sein³⁹⁴. Die Abgeordneten verurteilten geschlossen die im Namen der OAS an der muslimischen Bevölkerung begangenen Attentate, vertraten jedoch die These, weder Salan noch Jouhaud könnten für diese Taten verantwortlich sein. Mekki sagte aus, er sei zutiefst davon überzeugt, Jouhaud verurteile diese Verbrechen »de toute son âme«³⁹⁵. Mustapha Deramchi, Abgeordneter aus Mostaganem, vertrat die These, die Attentate gegen Muslime seien nicht der OAS, sondern vielmehr dem FLN zuzuschreiben. Von der OAS könnten diese Attentate nicht begangen worden sein, da diese in allen Flugblättern stets die »fraternité« zwischen der muslimischen und der europäischen Gemeinschaft Algeriens hervorgehoben habe³⁹⁶.

Während sie den beiden Spitzen der OAS bescheinigten, vom republikanischen Universalismus überzeugt zu sein, warfen die Abgeordneten de Gaulle vor, diese Ideen in Algerien lediglich als Mittel zum Zweck eingesetzt zu haben. Konkret hob Djebbour dies in seiner Aussage hervor, indem er auf die von ihm bereits zuvor als rassistisch angeprangerte Politik gegenüber den muslimischen Migranten in Frankreich verwies. Diese diskriminierenden Maßnahmen hätten dazu geführt, dass die Migranten am 17. Oktober durch Paris gezogen seien und

392 Vgl. Kap. 2.3.

393 GARÇON (Hg.), *Le procès du général Raoul Salan*, S. 318.

394 *Le procès d'Edmond Jouhaud*, S. 265.

395 *Ibid.*, S. 266.

396 GARÇON (Hg.), *Le procès du général Raoul Salan*, S. 199.

ein unabhängiges Algerien gefordert hätten³⁹⁷. Er warf mit diesen Worten de Gaulle vor, er habe die von ihm erklärte Integrationspolitik nicht konsequent durchgeführt und dadurch eine zunehmende Unterstützung der muslimischen Bevölkerung für den FLN forciert. In erster Linie begründeten die Abgeordneten diesen Vorwurf jedoch mit der Demobilisierung und dem mangelnden Schutz der Hilfssoldaten. Abdesselam verurteilte mit klaren Worten die gewalt-samen Übergriffe der OAS, stellte diesen jedoch die Massaker an den Hilfssoldaten gegenüber. Man habe die Hilfssoldaten teils noch vor dem Waffenstillstand entwaffnet und sie dann den in Algerien einsetzenden Gewalttaten überlassen, die man nun zu verschleiern versuche³⁹⁸. Er warf damit de Gaulle vor, kein Interesse am Schicksal dieser Hilfssoldaten zu zeigen und diese ebenso wie die Integrationsidee lediglich instrumentalisiert zu haben.

Auch Boualam stand auf der Liste der Verteidigungszeugen, kam jedoch dieser Einladung nicht nach³⁹⁹. Dies kann jedoch nicht als Zeichen dafür gewertet werden, dass er den Weg der OAS grundsätzlich missbilligte. Er war bekannt für seine guten Beziehungen zu Salan⁴⁰⁰ und verfügte noch über weitere Kontakte in der OAS. Sein konkretes Engagement an der Seite der OAS ist auf Oberst Jean Gardes zurückzuführen. Mit ihm entwickelte Boualam den schließlich gescheiterten Plan, in Ouarsenais einen muslimisch-europäischen *maquis* zum Kampf gegen die Unabhängigkeit Algeriens aufzubauen. Boualam zog wohl deswegen seine Unterstützung für die OAS zurück, weil er sich mit der Unabhängigkeit Algeriens abfand und versuchte, seinen politischen Einfluss zu nutzen, um für sich und mögliche viele seiner Angehörigen sowie seiner *harkis* eine Zukunft in Frankreich auszuhandeln. Er verließ am 24. Mai mit insgesamt 73 Familienangehörigen Algerien in Richtung Frankreich⁴⁰¹.

Die Aussicht auf die Genehmigung der Ausreise seiner Familienangehörigen und auf die Bereitstellung mehrerer Hektar Land in der Camargue bewogen Boualam dazu, die Pläne der OAS nicht weiter zu unterstützen. Bereits seit Anfang Januar liefen in der Militärführung Diskussionen darüber, ob man Boualam eine solch privilegierte Ausreise zugestehen solle. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob Boualam loyal gegenüber der französischen Armee sei. General Pierre-Gabriel Boulanger, der Kommandant der Zone, in der Boualam seine *harka* befehligt hatte, wandte sich Anfang Januar im Namen Boualams an den Obersten Befehlshaber in Algerien, Ailleret, und ließ diesem ein

397 Ibid., S. 189.

398 Le procès d'Edmond Jouhaud, S. 200–202.

399 GARÇON (Hg.), Le procès du général Raoul Salan, S. 57.

400 Direction général de la Sûreté nationale. Réunion départementale privée UDCA, 29.10.1960, AN: F7/15619.

401 Gènesuper Reghaia à minarmées (cabinet militaire), Mai 1962, SHAT: 1 R 366/16.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Dossier zukommen, das die Loyalität Boualams zur französischen Armee beweisen sollte⁴⁰². Aus diesem Dossier ging hervor, dass sowohl der FLN Boualam aufgefordert hatte, die Seite zu wechseln, als auch Salan ihn kontaktiert hatte⁴⁰³. Boulanger betonte entgegen der Unterstellungen der zuständigen Präfektur, die Beweise für Boualams Nähe zur OAS suchte, dieser sei nur der französischen Armee gegenüber loyal⁴⁰⁴. Ailleret leitete dieses Schreiben Ende März an den Hochkommissar der Republik in Algerien sowie an den Armeeminister Messmer weiter. Er plädierte dafür, Boualam, dem der GPRA nun mit dem Tod drohe, aufgrund seiner Treue zu Frankreich »une aide généreuse« zukommen zu lassen, damit er sich, wie er es wünsche, im Gers oder in der Camargue niederlassen könne⁴⁰⁵. Messmer wandte sich wiederum an den für algerische Angelegenheiten zuständigen Staatsminister, um eine finanzielle Unterstützung zu erbitten. Am 3. April, an dem Tag, an dem die Presse in Frankreich vom Scheitern des von Gardes und Boualam gegründeten *maquis* berichtete, erreichte den Staatsminister ein Schreiben, Boualam habe vor, sich endgültig in Frankreich niederzulassen, um dort Land zu bebauen. Seine finanziellen Ressourcen reichten jedoch nicht aus, um dieses Vorhaben zu verwirklichen. Aus diesem Grund forderte der Armeeminister eine finanzielle Unterstützung der französischen Regierung, die er aufgrund der von Boualam für die französische Armee geleisteten Dienste als angemessen ansah⁴⁰⁶.

Die Regierung genehmigte schließlich den Transfer von Boualam und 73 »protégés« und wies Boualam Land in der Camargue zu. Boualams Distanzierung von der OAS kann durch diese Zugeständnisse vonseiten der französischen Regierung erklärt werden. Boualam wusste, dass er aufgrund seines Engagements auf französischer Seite und insbesondere auch seiner Nähe zu den Aktivisten der *Algérie française* keinen Platz in einem unabhängigen Algerien unter der Führung des FLN finden würde. Aus diesem Grund blieb er der *Algérie française* so lange treu, bis ihm die französische Regierung eine Zukunft

402 Général Boulanger, commandant de la zone ouest algérois, au général de corps d'armée Ch. Ailleret, commandant supérieur des forces en Algérie, 5.1.1962, SHAT: 1 H 2703/6.

403 République algérienne, Front et Armée de libération nationale, wilaya IV, zone 3, région 2, état-major général frère algérien, Si bachaga Boualam, 22.10.1961, *ibid.*

404 Général Boulanger, commandant de la zone ouest algérois, au général de corps d'armée Ch. Ailleret, commandant supérieur des forces en Algérie, 5.1.1962, *ibid.*

405 Le général de corps d'armée Ch. Ailleret, commandant supérieur des forces en Algérie, à monsieur le haut-commissaire de la République en Algérie, 26.3.1962, SHAT: 1 R 366/16.

406 Le ministre des Armées à monsieur le ministre d'État chargé des affaires algériennes, 3.4.1962, *ibid.*

in Frankreich zusicherte. Als er im Januar gebeten hatte, sich in Frankreich auf einem Stück Land in der Camargue niederlassen zu können, war zunächst keine Reaktion gekommen. Seine Anfragen wurden zu dem Zeitpunkt bewilligt, als er gerade dabei war, einen *maquis* im Dienste der OAS aufzubauen. Die Zugeständnisse der französischen Regierung erklären nicht nur, weshalb er seine *harkis* aus der gemeinsamen Operation mit Gardes zurückzog, sie begründen auch sein Fehlen beim Prozess gegen Salan. In seinen Werken äußerte sich Boualam nur sehr vage zu seiner Nähe zur OAS. Er beharrte darauf, nie seinen Eid als Offizier gebrochen zu haben und sich entgegen aller Behauptungen niemals gegen die Militärführung gestellt zu haben, auch in dem Moment nicht, als diese ihn wie alle anderen Muslime Algeriens im Stich gelassen habe. Wie viele Muslime habe er jedoch auch in dem Moment, »où tout était perdu«, an der Hoffnung festgehalten, dass »les chefs militaires prestigieux, qui avaient été à la tête de l'armée française et qui avaient pris la tête de l'armée secrète«, noch den militärischen Sieg davontragen und die Unabhängigkeit Algeriens verhindern würden. Viele Muslime hätten sich an die Seite der OAS gestellt, da sie in der Organisation »une planche de salut« gesehen hätten⁴⁰⁷. Boualam positionierte sich nicht klar, weder gegen die OAS noch gegen die französische Regierung. Vielmehr setzte er auf der einen Seite auf die Hilfe des französischen Militärs und der französischen Regierung, um seine Zukunft in Frankreich zu sichern. Auf der anderen Seite bewahrte er sich die Kontakte zur OAS, um gegebenenfalls seine Drohung wahr machen zu können, seine *harka* gegen das französische Militär zu verwenden. Boualam fand somit nach dem Ende des Krieges für sich selbst die beste Möglichkeit, seine Zukunft zu sichern. Er blieb Bürger der Französischen Republik und bekam für sich und seine Familie in Frankreich das Leben gesichert, dass er gefordert hatte.

Boualam konnte die Sicherheit seiner *harkis* jedoch nicht gewährleisten. Diese ließ er in Algerien zurück. Er war sich seiner gehobenen Stellung in der Region Ouarsenais bewusst und daher überzeugt, dass seine *harkis* aus Loyalität ihm gegenüber auf der französischen Seite zu den Waffen gegriffen hatten. Er sprach selbst davon, dass ihn Gewissensbisse plagten. Er habe seinen *harkis* beigebracht, »à aimer la France, à se battre pour elle«⁴⁰⁸. Für ihn wog das Gefühl schwer, für das Schicksal dieser Muslime verantwortlich zu sein, die nun in Algerien zurückgelassen wurden und ihr Leben in Gefahr sahen. Nachdem Boualam sich zur Kooperation mit der gaullistischen Regierung entschieden hatte, versuchte er seinen politischen Einfluss zu nutzen, um die Regierung dazu zu bewegen, die Hilfssoldaten weiterhin als Bürger der Französischen

⁴⁰⁷ BOUALAM, Mon pays, S. 262.

⁴⁰⁸ Discours du bachaga Boualam du 5 juin 1962 dans l'Assemblée nationale, JO, S. 1472, Assemblée nationale. Débats parlementaires.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Republik anzusehen und ihnen die Ausreise nach Frankreich zu genehmigen. Am 5. Juni hielt er in der Nationalversammlung eine sehr emotionale Rede und forderte, all denjenigen, die nach Frankreich ausreisen wollten, diese Ausreise noch vor der Unabhängigkeit Algeriens zu genehmigen. Er äußerte – wie sich zeigen sollte, zu Recht – die Befürchtung, dass nach der Unabhängigkeit die Racheakte weiter zunehmen könnten. Er warf der Regierung vor, dem Feind »d’authentiques Français« auszuliefern, weshalb an ihren Händen »le sang des innocents« klebe⁴⁰⁹. Mit dieser Aussage untermauerte er abermals seinen Standpunkt: Die Muslime Algeriens seien als Bürger der Französischen Republik anzusehen und die Regierung stehe demnach in der Verantwortung, für deren Schutz zu sorgen.

Boualams Schwierigkeiten, sich zwischen der Treue zur französischen Armee und der Hoffnung in die OAS zu entscheiden, stehen sinnbildlich für die komplexe Situation der muslimischen Elite am Ende des Algerienkrieges. Hatten sich die Vertreter der muslimischen Elite 1958 mehrheitlich hinter de Gaulle gestellt, bewegten sie sich am Ende des Krieges in ihrer Rhetorik zwischen einem Bekenntnis für die algerische Nation unter der Führung des FLN und der Unterstützung für die OAS, die sie zu Vertretern des republikanischen Prinzips des Universalismus stilisierten. Diese verschiedenen Argumentationsstrategien müssen jedoch vor dem Hintergrund der unsicheren Situation der muslimischen Elite an der Schwelle zu einem unabhängigen Algerien gelesen werden. Gerade das Taktieren Boualams verdeutlicht, wie sehr die Haltung der muslimischen Elite von dem Ziel beeinflusst wurde, die eigene Zukunft zu sichern. Für die muslimische Elite war die *Algérie française* der Rahmen gewesen, in dem sie ihre hybriden Identitäten leben konnten. Da sich nun das Ende dieser *Algérie française* abzeichnete, hofften einige von ihnen darauf, die OAS könne diese im letzten Moment retten. Diejenigen, die diese Hoffnung nicht teilten, sahen sich zu einer Entscheidung für eine Seite gezwungen. Während einige wie Moulleshoul hofften, vom FLN als Teil der algerischen Nation anerkannt zu werden, äußerte unter anderem Boualam schließlich ein klares Bekenntnis für die Französische Republik unter der Führung de Gaulles. Er schloss sich nicht der OAS an, sondern nutzte seinen politischen Einfluss, um die Regierungspolitik zu beeinflussen, damit zumindest all diejenigen, die sich auf die französische Seite gestellt hatten, auch die Hilfssoldaten, weiterhin als französische Bürger anerkannt würden und ihre Zukunft in Frankreich suchen konnten.

409 Ibid.

2.8 Die Hilfssoldaten zwischen algerischem Nationalismus und der »Algérie française«

Anfang des Jahres 1961 erreichte die Anzahl der muslimischen Hilfssoldaten mit ca. 220 000 Mann ihren Höhepunkt. Dem französischen Historiker Faivre zufolge kämpften zu diesem Zeitpunkt vier Mal so viele Muslime in den Reihen der französischen Armee wie in den Reihen der ALN. Faivre implizierte mit diesen Zahlen, der algerische Nationalismus habe in der muslimischen Bevölkerung Algeriens nie wirklich Fuß gefasst, sondern die Loyalität zu Frankreich sei stets größer gewesen⁴¹⁰. Diese These gilt in der Forschung weitestgehend als widerlegt. Der Soziologe Hamoumou widerlegte bereits den Mythos der bewussten Entscheidung der muslimischen Soldaten und insbesondere der Hilfssoldaten für die französische Seite und lenkte den Fokus auf die äußeren Umstände, die für ihre Wahl ausschlaggebend gewesen seien. Die Enttäuschung über die Vorgehensweise des FLN oder gar die Angst vor Sanktionen habe die Entscheidung vieler Hilfssoldaten für die französische Seite beeinflusst⁴¹¹. Der Historiker Benjamin Stora und der algerische Historiker Mohammed Harbi folgten Hamoumous Argumentation, indem sie ebenfalls die äußeren Umstände und die individuellen Entscheidungen sowie den Druck auf die Bevölkerung als Motivation für den Kampf der Hilfssoldaten auf der französischen Seite ansahen. Harbi und Stora kritisierten jedoch an Hamoumous Studie, dass dieser die Verankerung des algerischen Nationalismus in der muslimischen Bevölkerung Algeriens zu sehr in Frage stelle⁴¹². Stora erklärte die Entscheidung der Hilfssoldaten im Kontext der Entwicklung des algerischen Nationalismus. Zunächst nur in den urbanen Räumen verwurzelt, habe sich der Nationalismus erst ab 1956 auch in den ländlich geprägten Gebieten ausgebreitet. Um ihre dominante Stellung dort zurückzugewinnen, sei die französische Armee in diese Gebiete vorgedrungen, die dortige Bevölkerung sei zum Opfer von Terror und Gegenterror geworden und sei so gezwungen gewesen, eine Seite zu wählen. Die Entscheidung vieler Muslime, sich als Hilfssoldaten der französischen Armee anzuschließen, müsse in diesem Kontext gesehen werden. Kein Historiker könne jedoch tatsächlich die Frage beantworten, aus welchen Gründen sich die einzelnen Muslime für eine bestimmte Seite entschieden, da es sich stets um spon-

410 FAIVRE, *L'histoire des harkis*, S. 56.

411 HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*.

412 Mohammed HARBI, Benjamin STORA, *La guerre d'Algérie. De la mémoire à l'histoire*, in: DIES. (Hg.), *La guerre d'Algérie, 1954–2004, fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 9–13, hier S. 12.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

tane, von äußeren Umständen abhängenden Entscheidungen gehandelt habe, die sich nicht rekonstruieren ließen⁴¹³.

Schwer zu beantworten ist die Frage nach der Motivation und der Position der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten insbesondere aufgrund der dünnen Quellenbasis. Ihnen war die Möglichkeit, sich am zeitgenössischen Diskurs zu beteiligen, verwehrt. Viele waren Analphabeten, teilweise waren sie gar der französischen Sprache nicht mächtig. Zudem hatten sie kein Forum, das sie nutzen konnten, um sich am Diskurs zu beteiligen⁴¹⁴. Da die Hilfssoldaten jedoch nach 1958 sowohl für die Propaganda des französischen Militärs als auch für operationelle Vorgänge von großer Bedeutung waren, hatte die Militärführung ein Interesse daran, die Haltung und die Positionen der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten möglichst genau zu erfassen und zu dokumentieren. Nur so ließ sich zum einen die Propaganda optimieren und zum anderen potentielle Deserteure frühzeitig ausmachen. Aus diesem Grund wurden regelmäßig Protokolle über die Moral dieser Truppenmitglieder an das Fünfte Büro versandt. Diese Berichte können hier herangezogen werden, um sich den Positionen der muslimischen Hilfssoldaten anzunähern und der Frage nachzugehen, inwiefern diese sich nach dem Amtsantritt de Gaulles als Bürger der Französischen Republik verstanden und kämpften, um Teil dieser Republik zu bleiben.

Mit dem Beginn der Fünften Republik 1958 stieg die Zahl der Muslime innerhalb der Armee an. In einem Bericht über eine Informationsreise durch Algerien, zu der der Führungsstab der französischen Armee im September 1960 den Nationalrat der französischen Arbeitgeberschaft eingeladen hatte, wurde die »participation croissante et considérable des musulmans« hervorgehoben. Der Führungsstab stellte heraus, dass 1958 noch insgesamt 115 000 Muslime auf der französischen Seite gekämpft hätten und die Zahl bis September 1960 auf 200 000 angestiegen sei. Besonders hob er die steigende Anzahl der *harkis* hervor, die zu diesem Zeitpunkt bei 50 000 lag⁴¹⁵. Diese Zahlen zeigen, dass sich nach 1958 zahlreiche Muslime für die französische Armee entschieden. Auch die Moral der Muslime in der Armee wurde Ende 1958 als positiv beschrieben. Aus einem Bericht vom Oktober geht hervor, dass im Vergleich zum vorherigen Trimester insgesamt eine bessere Moral der Muslime in der Truppe zu vermelden

⁴¹³ Benjamin STORA, Les témoins muets de la tragédie finale, in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 34–43, hier S. 36–38.

⁴¹⁴ Abderahmen MOUMEN, De l'absence aux nouveaux porte-paroles. Évolution du mouvement associatif harki (1962–2011), in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 159–169, hier S. 159–161.

⁴¹⁵ Voyage en Algérie d'une délégation du Conseil national du patronat français sur l'invitation de l'armée, 23 au 28 septembre 1960, SHAT: 1 H 2539/1.

den sei. Dies führte der Berichtstatter explizit auch auf die Kampagne de Gaulles zurück. Die Besuche de Gaulles in Algerien hätten unbestreitbar die Moral der muslimischen Militärs gebessert⁴¹⁶.

Für die Muslime im Militär standen jedoch entgegen der offiziellen Propaganda nach Beginn der Fünften Republik nicht die politischen Veränderungen im Vordergrund, zumal diese für sie nicht wirksam wurden. Es zeigte sich, dass das angestrebte Ideal der Brüderlichkeit und Gleichheit innerhalb der Armee nicht leicht zu realisieren war. Innerhalb der Truppe blieben die Differenzen zwischen den muslimischen und europäischen Soldaten bestehen und Brüderlichkeit und Gleichheit ein unerreichtes Ideal. Ein Offizier verwies in seinem Bericht vom November 1960 darauf, dass die verschiedenen Religionen noch immer die muslimischen und die europäischen Soldaten trennten. Da die muslimischen Militärs die Regeln ihrer Religion befolgten, entstehe eine Distanz zwischen ihnen und ihren europäischen Kameraden⁴¹⁷. Da es zu verschiedenen Zwischenfällen zwischen Europäern und Muslimen zur Zeit des Ramadans gekommen war, forderte die Militärführung in einem Rundschreiben während dieser Zeit eine besondere Sensibilität im Umgang mit den muslimischen Militärs. Detailliert machte sie Angaben dazu, wie sich europäische Soldaten und Kader während dieser Zeit den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten gegenüber zu verhalten hätten. Sie wies die Europäer an, die Religion ihrer muslimischen Kameraden nicht zu kritisieren, was zeigt, dass in dieser Frage Konfliktpotential lag⁴¹⁸.

Nicht nur aufgrund der Religion kam es zu Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten und deren europäischen Kameraden und Vorgesetzten. Die muslimischen Militärs waren mit rassistischen Äußerungen und mit rassistisch begründeten Verhaltensmustern konfrontiert, die eine Identifikation mit der Französischen Republik erschwerten und teils dazu führten, dass sie desertierten. Der militärische Führungsstab vermutete, dass unter anderem das Fehlverhalten ihres Kommandanten die muslimischen Soldaten, die im Januar 1959 aus ihrer in Colomb-Béchar stationierten Truppe desertierten, zu diesem Schritt bewogen hatte. Er hatte sie enormem Druck

416 Le général de brigade Arfouilloux, commandant la 21^e division d'infanterie et la zone sud constantinoise, à monsieur le général commandant le corps d'armée de Constantine, 5^e bureau. Action psychologique, moral des militaires FSNA, 21.10.1958, SHAT: 1 H 3868/2.

417 Le lieutenant Cottevielle, commandant la I/52^e compagnie de réparation divisionnaire d'infanterie, à monsieur le colonel, commandant le 151^e régiment d'infanterie et le secteur de Guelma. Rapport sur le moral des FSNA, 15.11.1960, SHAT: 1 H 3833/5.

418 Commandement en chef des forces en Algérie, région territoriale et corps d'armée de Constantine, état-major, 5^e bureau. Note de service, 30.1.1960, SHAT: 1 H 3868/2.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

sowie harten Strafen ausgesetzt und sie unverhältnismäßig oft zu Arbeitsdiensten eingeteilt. Auch die europäischen Kameraden, die die Muslime als »bicots« oder »melons« beschimpft und ihre Verachtung ihnen gegenüber nicht versteckt hätten, sah der Führungsstab in der Verantwortung⁴¹⁹. Die Konfrontation mit solch rassistischen Handlungs- und Argumentationsmustern führte bei den Muslimen zu einer Entfremdung von der französischen Armee und somit auch von der Französischen Republik.

Es war diesen Berichten folgend nicht die Identifikation mit der Französischen Republik, wegen der die Muslime in die französische Armee eintraten. Vielmehr standen andere Gründe im Vordergrund, etwa die Sorge um ihre Sicherheit und insbesondere um die Sicherheit ihrer Familie. Sie waren besorgt, da sie ihre zuhause zurückgelassenen Angehörigen nicht in Sicherheit wussten – weder vor Übergriffen des FLN noch der französischen Armee. Es seien noch immer zu viele Übergriffe französischer Einheiten zu vermelden, was eine fatale Wirkung auf die Muslime innerhalb der Truppen habe, hieß es in einem Bericht vom Oktober 1958⁴²⁰. Der Berichterstatter bezog sich auf den Fall eines muslimischen Soldaten, der in einem Brief seines Vaters von Übergriffen der französischen Armee auf seine in der Heimat verbliebene Familie erfahren hatte. Die Militärführung ordnete an, den verursachten materiellen Schaden umgehend zu beheben, da sich solche Vorkommnisse auf die Moral der gesamten Truppe auswirken könnten⁴²¹. Dieser Bericht untermauert die These Storas, die Entscheidung für die französische Armee sei in vielen Fällen mit der Spirale des Terrors und des Gegenterrors zu begründen, in die die Bevölkerung Algeriens hineingezogen wurde. Die Muslime hatten ein Interesse daran, die Sicherheit ihrer Familie zu verbessern. Die Armee war wiederum daran interessiert, Übergriffe auf Angehörige von muslimischen Militärs zu vermeiden und diese vor Übergriffen des FLN zu schützen. Zu diesem Zwecke wurde im März 1959 angeordnet, die Familien der *harkis*, die als besonders bedroht galten, in »centres sûrs« unterzubringen, und zwar in der Nähe des Ortes, an dem die jewei-

⁴¹⁹ Service de sécurité de la défense nationale des forces armées »Guerre«, poste de Colomb-Béchar n° 74. Fiche à l'attention de monsieur le général commandant la zone de l'ouest saharien et la subdivision de la Saoura sur désertions au 2/35^e region interarmées, 12.1.1959, SHAT: 1 H 3309/1.

⁴²⁰ Le général de brigade Arfouilloux, commandant la 21^e division d'infanterie et la zone sud constantinoise, à monsieur le général commandant le corps d'armée de Constantine, 5^e bureau. Action psychologique, moral des militaires FSNA, 21.10.1958, SHAT: 1 H 3868/2.

⁴²¹ Le général de brigade Daillier, commandant la 21^e division interarmées et la zone sud constantinoise, à monsieur le général commandant le corps d'armée de Constantine, état-major, 1^{er} bureau, 5.10.1958, *ibid.*

lige *harka* stationiert war⁴²². So bot das Engagement in der französischen Armee den muslimischen Militärs und deren Familien die Möglichkeit, dem Kreislauf aus Terror und Gegenterror zu entkommen.

Ebenfalls ein Grund, sich auf französischer Seite zu engagieren, war die Aussicht auf einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. Das Versprechen de Gaulles, für soziale Gleichheit in Algerien zu sorgen, fand bei den Muslimen in den Reihen der französischen Armee Anklang. Regelmäßig diskutierten die europäischen Offiziere mit den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten über die aktuellen politischen Entwicklungen. Der Führungsstab des Sektors Guelma hielt im November 1960 fest, dass sich 60 Prozent der Militärs nicht für die angesprochenen Themen wie die Umsiedlung der Bevölkerung oder die Rolle der GAD interessierten und keinerlei Reaktion auf die Vorträge zeigten⁴²³. In einem anderen Bericht war hingegen zu lesen, die Mehrheit zeige Interesse an den wöchentlichen Debatten über die »Pazifizierung« Algeriens und über die Verbesserung des Lebensstandards, die der von de Gaulle 1958 vorgelegte *plan de Constantine* für die Bevölkerung Algeriens bringen sollte. 80 Prozent der Zuhörenden reagierten positiv auf diese Diskussionen, hieß es hier⁴²⁴. Diese positive Reaktion der muslimischen Militärs spiegelt das allgemeine Interesse der muslimischen Bevölkerung an den Maßnahmen de Gaulles zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und zur Anhebung des Lebensstandards in Algerien wider. Ende 1960 wurde eine »Informationstour« in verschiedenen Regionen Algeriens durchgeführt, um die muslimische Bevölkerung über die sozialen und wirtschaftlichen Reformen in Kenntnis zu setzen. Der Berichtstatter hielt fest, die Bevölkerung zeige ein großes Interesse am Aufbau einer »Algérie nouvelle« und informiere sich genau über die diesbezüglichen Pläne de Gaulles⁴²⁵. Für die muslimische Bevölkerung waren die sozialen und wirtschaftlichen Reformen ein Grund, de Gaulle ihr Vertrauen zu schenken.

Mehr als alles andere jedoch war es jedoch die Aussicht auf eine sofortige finanzielle Absicherung, die Muslime dazu motivierte, sich in der französischen Armee zu verpflichten. Über den Sold hinaus stellte die französische Armee

422 10^e région militaire et commandement des forces terrestres en Algérie, état-major, 4^e et 6^e bureaux, commandos de chasse. Logement des familles des harkis, 3.3.1959, *ibid.*

423 Région territoriale et corps d'armée de Constantine, zone nord-est constantinois et 2^e division d'infanterie motorisée, secteur de Guelma, 151^e régiment d'infanterie motorisée, état-major, 3^e bureau. Compte rendu sur le moral des militaires français musulmans, Nov. 1960, SHAT: 1 H 3833/5.

424 10^e région militaire, région territoriale et corps d'armée de Constantine, 37^e bataillon du Génie. Questionnaire concernant le moral des militaires français musulmans, Constantine, 15.11.1960, *ibid.*

425 Fiche tournée d'information en zone ouest constantinois avec la participation de messieurs Kouara Mabrouk et Mekhneche Abbelhamid, 15.10.1960, SHAT: 1 H 2580/1.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

durch an die Familien ausbezahlte Militärhilfe die Versorgung der Familien sicher. Dass dies für die muslimischen Militärs besonders wichtig war, wird durch den Bericht unterstrichen, demzufolge es stets zu Spannungen komme, wenn die Bezahlung nicht rechtzeitig erfolge⁴²⁶. Das Engagement in der französischen Armee bot den Militärs somit nicht nur die Möglichkeit, für sich selbst zu sorgen, sondern auch für die Familie. Dies machte die französische Armee im Gegensatz zur ALN attraktiv, wo das Leben als sehr hart beschrieben wurde⁴²⁷. Ein ehemaliger Soldat der ALN, der zur französischen Armee übergelaufen war, berichtete, er habe als Soldat der ALN lediglich zweimal jährlich die Genehmigung bekommen, seine Familie zu sehen. Die Soldaten hätten darunter so sehr gelitten, dass einige aus diesem Grund zur französischen Armee übergelaufen seien⁴²⁸. Die materiellen Vorteile, die die französische Armee bot, sowie die Absicherung der Familien können somit als Erklärungen dafür herangezogen werden, dass ab 1958 insbesondere die Anzahl der Hilfssoldaten anstieg. Zum einen hatte die französische Armee ein Interesse daran, die Zahl zu erhöhen, weshalb sie bemüht war, gerade die Situation der Familie zu verbessern, zum anderen wurde die ALN durch die militärischen Operationen, namentlich durch den *plan Challe*, stark in die Defensive gedrängt, wodurch sich die Situation für deren Soldaten erheblich verschlechterte⁴²⁹.

Obwohl sie die Vorteile zu schätzen wussten, die ihnen die französische Armee bot, verstanden sich viele muslimische Militärs als Mitglieder der algerischen Nation und sympathisierten mit der Unabhängigkeitsbewegung. In besonderem Maße war dies bei den sogenannten *ralliés* der Fall, den Unabhängigkeitskämpfern, denen die französische Armee einen Vertrag anbot. Die *ralliés* kamen oft nicht freiwillig zur französischen Armee, sondern weil diese ihnen Straffreiheit anbot. Einer dieser *ralliés* gab nach seinem Eintritt in die französische Armee zu Protokoll, dass zwar die französische Kultur für Algerien bedeutend und eine Verbindung zwischen Frankreich und Algerien wichtig sei, dass er jedoch aus Überzeugung für die ALN zu den Waffen gegriffen habe

⁴²⁶ Région territoriale et corps d'armée de Constantine, zone nord-est constantinoise et 2^e division d'infanterie motorisée, secteur de Guelma, 151^e régiment d'infanterie motorisée, état-major, 3^e bureau. Compte rendu sur le moral des militaires français musulmans, Nov. 1960, SHAT: 1 H 3833/5.

⁴²⁷ 2^e région militaire, corps d'armée d'Alger, 7^e division mécanique rapide et secteur Maison-Blanche Ain Taya, état-major, 5^e bureau. Fiche d'interrogatoire, 26.5.1958, SHAT: 1 H 2580/1.

⁴²⁸ 2^e région militaire, corps d'armée d'Alger, 7^e division mécanique rapide et secteur Maison-Blanche ALN Taya, état-major, 5^e bureau. Fiche d'interrogatoire de Aouina Omar Bellounés, de Ta Brahim rallié le 20 avril 1958, 26.5.1958, *ibid*.

⁴²⁹ MEYNIER, Histoire intérieure du FLN, S. 299–301.

und bis heute daran festhalte, dass Algerien in die Unabhängigkeit entlassen werden müsse⁴³⁰.

Auch die Wehrpflichtigen hatten sich nicht freiwillig gemeldet, sondern wurden zu den Fahnen gerufen. Sie hatten faktisch nur die Wahl, diesem Befehl Folge zu leisten oder unterzutauchen, um sich der ALN anzuschließen. Viele wählten die letztere Option. Der Sicherheitsdienst der nationalen Verteidigung hielt im September 1958 fest, dass in einer Region von 230 Einbestellten lediglich 96 bei der Musterung vorstellig geworden seien⁴³¹. Dass sie zur Musterung erschienen und sich bereit erklärten, ihren Wehrdienst zu absolvieren, bedeutete jedoch noch nicht, dass sie keine Sympathien für den FLN hegten und gegen die Unabhängigkeit Algeriens waren. Immer wieder kam es dazu, dass Wehrpflichtige offen ihre Sympathien für den FLN demonstrierten. Im April 1960 beschimpften am Bahnhof von Col-des-Oliviers in der Region Philippeville muslimische Wehrpflichtige *harkis* und *moghaznis* als »assassins de leurs frères« und als »vendus aux colonialistes«. Der Kommandant des Sektors Philippeville gab zu Protokoll, dass es sich hierbei nicht um einen einzelnen Zwischenfall handle, sondern dass solche Vorkommnisse regelmäßig zu vermelden seien⁴³² und dass oft die Wehrpflichtigen daran beteiligt seien, die in der Metropole stationiert gewesen waren. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es gerade der französischen Föderation des FLN zu gelingen schien, die Soldaten in den Kasernen zu politisieren. Bereits im August 1958 berichtete der Sicherheitsdienst des Verteidigungsministeriums, wie eine solche Infiltrierung vonstatten ging. Der FLN versuchte zunächst einzelne Militärs zu gewinnen, die dann jeweils dafür zuständig waren, die Muslime in der Einheit für die Ideen des FLN zu gewinnen, um diese anschließend zu Aktionen wie dem Sammeln von Medikamenten, von Munition und falschen Papieren oder gegebenenfalls zum kollektiven Desertieren aufzufordern⁴³³. Die Propaganda der Unabhängigkeitskämpfer, muslimische Militärs in den Reihen der französischen Armee unterstützten eigentlich den FLN, kann so verifiziert werden.

430 Brigade de gendarmerie de Cherchell. Fiche de renseignements sur un rebelle, prisonnier des forces de l'ordre, 30.7.1958, SHAT: 1 H 2580/1.

431 Service de sécurité de la défense nationale des forces armées »Guerre«. Renseignement sur l'état d'esprit des futurs appelés FSNA de la 8^e région militaire, 8.9.1958, SHAT: 10 T 543/3.

432 Le colonel Romain-Desfosses, commandant le secteur de Philippeville. Incidents créés par des militaires FSNA, 7.4.1960, SHAT: 1 H 3616/1.

433 Ministère de la Défense nationale et des Forces armées, service de sécurité de la défense nationale et des forces armées »Guerre«. Étude sur le noyautage des unités comptant des militaires FSNA à leur effectif, 27.8.1958, SHAT: 10 T 543/3.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

Im Gegensatz dazu kann die von Aktivisten der *Algérie française* nach der Verkündung der Autodetermination durch de Gaulle propagierte These, muslimische Militärs stünden an ihrer Seite und seien bereit, gegen de Gaulle zu kämpfen, sollte dieser die Unabhängigkeit Algeriens zulassen, nicht bestätigt werden. Die muslimischen Militärangehörigen schienen zunächst nur vereinzelt auf die Verkündung der Autodetermination zu reagieren. Es ließ sich lediglich ein geringer Anstieg der Desertationen ausmachen⁴³⁴. Ein Verantwortlicher der Präfektur des Departements Moselle hielt in seinem Bericht fest, dass sich die muslimischen Hilfskräfte der Polizei beunruhigt zeigten. Sie wandten sich mit der Frage an ihre Vorgesetzten, was im Falle einer Unabhängigkeit aus ihnen werden solle. Sie könnten nicht ihre gesamte Familie nach Frankreich bringen, würden jedoch in Algerien Gefahr laufen, erdrosselt zu werden⁴³⁵. Die in der Metropole stationierten Hilfspolizisten stellten zwar einen Sonderfall dar, das Zitat zeigt jedoch die Befürchtungen, die alle muslimischen Militärs und Hilfspolizisten teilten. Sie sorgten sich um ihre Zukunft und um die Zukunft ihrer Familien. Diese Sorge führte jedoch nicht dazu, dass sie sich an die Seite der Aktivisten der *Algérie française* stellten und de Gaulle Verrat vorwarfen. Vergleichbare Äußerungen konnten in den untersuchten Quellen ebenso wenig ausgemacht werden wie Sympathiebekundungen für die Aktivisten der *Algérie française*. Insgesamt blieb die Moral der muslimischen Militärs unverändert. Die Desertationen stiegen zwar erneut leicht an, als die Verhandlungen von Melun in Aussicht standen, sanken jedoch auch schnell wieder⁴³⁶. Die Moral der muslimischen Militärs wurde auch noch im November 1960 als stabil beschrieben⁴³⁷.

Mit dem Beginn der Verhandlungen von Évian begann sich jedoch eine Unruhe unter den muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten auszubreiten. Offensichtlich änderte sich durch die Aufnahme der Verhandlungen und der damit verbundenen Aussicht auf eine Unabhängigkeit Algeriens die Stimmung innerhalb der algerischen Bevölkerung, die nun offener ihre Sympathien für die Unabhängigkeitsbewegung bekundete. Die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten sahen sich nun vermehrt mit offenen Feindseligkeiten vonseiten der muslimischen Bevölkerung konfrontiert. Anfang Juni wusste man in der Gendarmerie aus Ain Tedeles zu berichten, die muslimischen Hilfssoldaten seien

434 HAUTREUX, La guerre d'Algérie, S. 277.

435 Préfecture de la Moselle. Rapport trimestriel, 8.10.1959, Archives départementales de la Moselle: 297 W 66.

436 HAUTREUX, La guerre d'Algérie, S. 277.

437 Région territoriale et corps d'armée de Constantine, zone nord-est constantinoise, et 2^e division d'infanterie motorisée, secteur de Guelma, 151^e régiment d'infanterie motorisée, état-major, 3^e bureau. Compte rendu sur le moral des militaires français musulmans, Nov. 1960, SHAT: 1 H 3833/5.

bei ihren Patrouillen im Dorfkern mit Spottliedern empfangen worden. Insbesondere Jugendliche hätten folgende Zeilen angestimmt: »La guerre est finie, l'Algérie libérée, les harkis auront le cou coupé«⁴³⁸. Aus Constantine wurde nur wenige Tage später gemeldet, Hilfssoldaten seien mit Steinen beworfen und beschimpft worden. Der zuständige Kommandant konstatierte, derartige Vorfälle nähmen zu. Die Hilfssoldaten in seiner Einheit würden regelmäßig beleidigt und auch angegriffen. Diese Vorfälle stellten die Geduld der Hilfssoldaten auf die Probe. Es sei abzusehen, dass es bald nicht mehr möglich sei, sie davon abzuhalten, auf solche Provokationen zu reagieren⁴³⁹. Die angespannte Situation wirkte sich auf die Stimmung innerhalb des Militärs aus. Das gegenseitige Misstrauen zwischen den muslimischen und den europäischen Militärs trat offen zu Tage⁴⁴⁰. Im Juli 1961 war in einem Bericht aus der Region Constantine zu lesen, das fehlende Vertrauensverhältnis zwischen den Europäern und den Muslimen in der Einheit behindere die militärischen Aktivitäten der Truppe⁴⁴¹. Auch auf die Beziehung zwischen den muslimischen Militärs und ihren Vorgesetzten wirkte sich die Situation aus. Ein Kommandant beklagte bezüglich der *harka* von Beni Miscera im Dezember 1961 in einem Bericht das Misstrauen der *harkis* gegenüber ihren europäischen Vorgesetzten: Sie zögen sich stark zurück und vermieden jeglichen Kontakt⁴⁴².

Diese Reaktionen zeigen, dass die muslimischen Militärs sich vermehrt mit der Frage auseinandersetzen, wo im Falle der algerischen Unabhängigkeit ihr Platz zu finden sei. Ein *harki* aus dem Sektor Akbou brachte diese Sorge in einem Brief an seinen direkten Vorgesetzten zum Ausdruck. Er habe seit dem Ausbruch des Krieges in den französischen Streitkräften gedient und habe gemeinsam mit seiner Familie in seiner Region der Kabylei stets als Vorbild fungiert und so einige Muslime von der Unabhängigkeitsbewegung entfernt, schrieb er. Zudem betonte er seine Loyalität sowie die militärischen Erfolge, die

⁴³⁸ Brigade de gendarmerie d'Ain Tedeles. Fiche de renseignements, 6.6.1961, SHAT: 1 H 1397/7.

⁴³⁹ Le chef de bataillon du poste secteur militaire de la zone nord Constantine et 14^e division d'infanterie, 12.6.1961, *ibid.*

⁴⁴⁰ Le lieutenant Cottevielle, commandant la I/52^e compagnie de réparation divisionnaire d'infanterie, à monsieur le colonel, commandant le 151^e régiment d'infanterie motorisée et le secteur de Guelma. Rapport sur le moral des FSNA, 15.11.1960, SHAT: 1 H 3833/5.

⁴⁴¹ Commandement en chef des forces en Algérie, région territoriale et corps d'armée en Constantine, état-major, 3^e bureau. Rapport semestriel sur le moral des militaires FSNA, 6.7.1961, *ibid.*

⁴⁴² Rapport du chef de bataillon Lemattre, commandant le quartier de Rovigo, concernant la *harka* des Beni Miscera du commando de chasse K. 46, 15.12.1961, SHAT: 1 H 2789/4.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

er gemeinsam mit seinen Kameraden für Frankreich erzielt habe. An diese Loyalitätsbekundungen anschließend brachte er seine Enttäuschung über die derzeitige Politik zum Ausdruck, die taub sei für die Anliegen der muslimischen Hilfssoldaten. Nachdem sie zahlreich auf dem Schlachtfeld für Frankreich gefallen seien, sei nun zu befürchten, dass man sie ohne Hilfe und Unterstützung im Stich lassen werde⁴⁴³. Obwohl in diesem Brief die Loyalität der Hilfssoldaten hervorgehoben wurde, brachte der Verfasser nicht zum Ausdruck, dass er sich als Bürger der Französischen Republik verstand. Er betonte zwar, dass die Hilfssoldaten für Frankreich gekämpft hätten und Frankreich nun ihnen gegenüber in der Verantwortung stehe, er erwähnte jedoch nicht, dass sie sich als *Français à part entière* verstünden und diesen Status behalten wollten. Vielmehr spiegelt der Brief die Sorge der Hilfssoldaten um ihre zukünftige soziale Stellung in Algerien wider.

Dass für die muslimischen Militärs die Aussage, Frankreich solle sie nicht im Stich lassen, nicht in erster Linie eine Zukunft innerhalb der Französischen Republik bedeutete, hob ein muslimischer Unteroffizier hervor. Aufgefordert, zu den Verhandlungen von Évian Stellung zu beziehen, erklärte er, er vertraue de Gaulle. Sollte der Präsident jedoch »la confiance des harkis« missbrauchen, würden diese sich mehrheitlich der Entwaffnung widersetzen und gegen den FLN kämpfen. Dies begründete er damit, dass sie sich ebenso als »Algériens« verstünden wie der FLN. Sie würden jedoch kein Algerien unter der Führung des FLN akzeptieren, sondern eine Lösung in enger Kooperation mit Frankreich befürworten⁴⁴⁴. Der muslimische Unteroffizier verdeutlichte hier, wo er seine Zukunft sah, nämlich in Algerien. Die Kritik implizierte, dass dem FLN nicht der Alleinvertretungsanspruch für die algerische Bevölkerung zukomme. Dieser muslimische Unteroffizier ging von der Existenz einer algerischen Nation aus, allerdings nicht unter der Führung des FLN. Vielmehr wünschte er sich eine algerische Nation, die eng in Kooperation mit der Französischen Republik stehen und auch diejenigen, die auf französischer Seite gekämpft hatten, einbeziehen sollte.

Die Aussage dieses Unteroffiziers beinhaltete die klare Drohung gegenüber der französischen Armee, im Zweifelsfall den Kampf gegen den FLN fortzusetzen. Der berichterstattende Kommandant wertete diese Aussage als eindeutige Absage an die Propaganda des FLN und gab an, dass der FLN der »ennemi principal« der muslimischen Militärs bleibe⁴⁴⁵. Die Drohung wurde von der Militärführung stattdessen so aufgenommen, dass unter den muslimischen Militärs

⁴⁴³ Le sergent chef Badji au colonel Guillard, ohne Datum, SHAT: 1 H 1397/7.

⁴⁴⁴ Secteur de Phillipeville, quartier urbain opérationnel. État d'esprit harki de la centaine, 24.5.1961, *ibid.*

⁴⁴⁵ *Ibid.*

Bereitschaft vorhanden war, zur OAS überzulaufen, um an deren Seite den Kampf gegen den FLN fortzusetzen, sollte sich die Unabhängigkeit unter der Führung des FLN abzeichnen. Da sich die militärische und politische Führung dieser Gefahr bewusst war, beobachtete die Sûreté nationale in Algerien die Sympathiebekundungen der muslimischen Militärs für die OAS genau. Allerdings kamen die Beobachter immer wieder zu dem Schluss, dass es keinen Grund gebe, diesbezüglich beunruhigt zu sein. In einem Bericht vom September 1961 war zu lesen, die muslimische Bevölkerung Algeriens reagiere insgesamt mit großer Zurückhaltung oder gar mit Feindseligkeit auf die Aktivitäten der OAS. Den führenden Köpfen der Untergrundorganisation werde eine rassistische Grundeinstellung zugeschrieben. Nur wenige Muslime hätten sich deshalb der OAS angeschlossen, lediglich einige wenige Hilfssoldaten seien in ihren Reihen zu finden. Diese seien jedoch mehrheitlich nicht aus Überzeugung in der OAS, sondern da man ihnen für ihr Engagement in der Untergrundarmee Geld angeboten habe⁴⁴⁶.

Ein Bericht an die Sûreté nationale des zuständigen Kommissars in Batna vom Januar 1962 bestätigte diese Beobachtung. Man hielt fest, dass die OAS lediglich auf einen verstreuten und weitgehend unorganisierten Rückhalt einiger weniger *moghaznis* und *harkis* bauen könne⁴⁴⁷. Auch aus anderen Regionen meldeten die Verantwortlichen, die OAS habe entgegen ihrer offiziellen Propaganda große Schwierigkeiten, muslimische Soldaten und Hilfssoldaten zu rekrutieren. Der zuständige Kommissar von Titteri/Medea reagierte auf einen Bericht der israelischen Zeitung »Observateur du Moyen-Orient«, der die auch in Frankreich verbreitete Sorge aufgriff, die OAS müsse lediglich die Muslime in der Armee zu den Waffen rufen, um ihren Krieg zu gewinnen, und widerlegte diese These für seinen Zuständigkeitsbereich. Die Haltung der *harkis* und der GAD gebe derzeit keinen Anlass zur Sorge⁴⁴⁸. Auch aus der Kabylei kamen beruhigende Signale: Die OAS habe noch immer Schwierigkeiten, in der Region Fuß zu fassen, vor allem da die Verhaftung mehrerer Mitglieder einer lokalen Einheit gelungen sei, die im Sektor Bouira versucht hatten, *harkis* zu rekrutieren, hieß es in dem Bericht. Auch die Versuche dieser lokalen Einheit der OAS hätten kaum Erfolg gezeigt. Wenige Hilfssoldaten folgten den Aufrufen der

⁴⁴⁶ Direction de la Sûreté nationale en Algérie. Évolution des formations activistes – Constitution de l’OAS, 25.9.1961, AN: F7/15189.

⁴⁴⁷ Le commissaire principal, chef du service départemental des renseignements généraux Batna, à monsieur le directeur de la Sûreté nationale en Algérie, 26.1.1962, AN: F7/15191.

⁴⁴⁸ Le commissaire, chef du service départemental des renseignements généraux du Titteri/Medea, à monsieur le préfet, directeur de la Sûreté nationale en Algérie, 23.1.1962, *ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

OAS aus Profitsucht, auf die große Mehrheit habe jedoch die Propaganda keine Auswirkung. Entweder sie stünden der OAS indifferent gegenüber oder feindselig⁴⁴⁹.

Der von der OAS ausgearbeitete Plan, muslimische Hilfssoldaten kollektiv zum Überlaufen zu bewegen, um in verschiedenen Regionen muslimische *maquis* zu bilden, ging nicht auf⁴⁵⁰. Letztlich wurde nur im April 1962 ein ernsthafter Versuch vermeldet, mit einem solchen *maquis* den Kampf fortzusetzen, das abgebrochene Unterfangen des *bachaga* Boualam⁴⁵¹. Das Engagement dieser *harkis* in der französischen Armee ist in erster Linie mit ihrer Unterwerfung unter ihren Stammeschef zu erklären. Auch die Bereitschaft, an der Seite der OAS zu kämpfen, ist eher mit dem Gehorsam gegenüber Boualam zu erklären denn als kollektives Bekenntnis für die Ziele der OAS zu werten. Die *harkis* gehorchten Boualam als ihrem Stammesoberhaupt und zugleich militärischem Kommandanten. Auch die Loyalität anderer Hilfssoldaten gegenüber ihren militärischen Vorgesetzten bewirkte, dass Hilfssoldaten zur OAS überliefen. So folgten im März dreizehn *harkis* ihrem Hauptmann und ihren Offizieren, als diese desertierten, um zur OAS überzulaufen. Nach einem kurzen Zögern, nachdem sie sich der Ziele ihrer Vorgesetzten bewusst geworden waren, kehrten diese *harkis* jedoch zu ihrer Truppe zurück⁴⁵². Einige Soldaten und Hilfssoldaten schienen aus gewohnter militärischer Disziplin ihren abtrünnigen Kommandeuren zu folgen, wobei das soeben beschriebene Beispiel zeigt, dass das Misstrauen und die Abneigung gegenüber der OAS oftmals über dem Gehorsam zu ihren direkten Vorgesetzten standen.

Die ablehnende Haltung der Muslime in der französischen Truppe gegenüber der OAS kam auch bei den jeweiligen Einsätzen gegen die Aktivisten der *Algérie française* zum Vorschein. Die Militärführung sah sich zunehmend mit der Frage konfrontiert, welche Truppen für solche Einsätze geeignet seien. Da die Loyalität einiger Militärangehöriger in Frage gestellt werden musste und viele europäische Militärs nur sehr zögerlich handelten, wenn es darum ging, gegen europäische Aufständische vorzugehen, war die Idee entstanden, für solche Einsätze hauptsächlich auf aus Muslimen bestehende Einheiten zurückzugreifen. Dazu meldete sich der Kommandant einer solchen Einheit zu Wort. Er

⁴⁴⁹ Le commissaire de police, sous-chef du service départemental des renseignements généraux de Grande Kabylie, à monsieur le directeur de la Sûreté nationale en Algérie, 23.1.1962, *ibid.*

⁴⁵⁰ OAS comité métropole. Memento à l'usage des chefs d' [sic], 20.10.1961, AN: F7/15189.

⁴⁵¹ Vgl. hierzu [Kap. 2.7](#).

⁴⁵² Deux caporaux et treize harkis abandonnent un capitaine déserteur et ses trois comparses qui voulaient former un maquis OAS, in: *L'Humanité*, 8.3.1962.

verwies darauf, dass die muslimischen Soldaten momentan unter einer besonderen Anspannung stünden. Bereits seit mehreren Jahren kämpften sie gegen ihre »coreligionnaires«. Während die Militärführung dies auf französischer Seite nie als Problem angesehen habe, zögere sie nun, auch die europäischen Truppen gegen ihre »coreligionnaires« einzusetzen. Dieses Vorgehen werde bei den Muslimen innerhalb der Armee auf wenig Verständnis stoßen⁴⁵³. Man ging hier klar von der Existenz zweier verschiedener Gruppen innerhalb des Militärs aus, der europäischen und der muslimischen Gruppe. Das Verhältnis dieser beiden Gruppen zu ihren jeweiligen *coreligionnaires* relativierte deren Loyalität gegenüber den Kameraden der jeweiligen anderen Gruppe.

Trotz solcher Warnungen setzte sich die Praxis durch, muslimische Truppen gegen europäische Aufständische einzusetzen. Es waren mehrheitlich muslimische Soldaten, die zum Einsatz in der Rue d'Isly hinzugezogen wurden. Dieser Einsatz sollte sich als »Massaker der Rue d'Isly« in das kollektive Gedächtnis der Siedler einprägen und den Mythos der staatlichen Repression gegen unschuldige europäische Siedler begründen⁴⁵⁴. Die OAS, die Teile des europäischen Viertels Algiers Bab-El-Oued besetzt hielt, hatte zu einem Generalstreik und zu einer Demonstration aufgerufen, die sich in Richtung Bab-El-Oued bewegen sollte. Mithilfe dieser Aktionen sollte die Blockade Bab-El-Oueds durch die französischen Streit- und Ordnungskräfte durchbrochen werden. Die Demonstration, an der eine große Zahl europäischer Siedler teilnahm, endete damit, dass die Masse unter Beschuss genommen wurde und mehrere Zivilisten zu Tode kamen. Anschließend wurde die französische Armee für diese Entwicklung verantwortlich gemacht, auch wenn Zeugenaussagen zufolge von den Dächern auf die Soldaten geschossen worden war⁴⁵⁵. In den militärinternen Untersuchungen zu diesem Ereignis ging man auch der Frage nach, inwiefern die Tatsache, dass sich das eingesetzte Regiment zu 60 Prozent aus Muslimen zusammensetzte, den Ausgang des Einsatzes beeinflusst hatte. Der Kommandant dieses Regiments hatte mehrfach davor gewarnt, für derartige Einsätze auf diese Truppe zurückzugreifen. Insbesondere in der aktuellen Situation, in der die Soldaten »comme tous les musulmans« angeschlagen seien, sei die Truppe für einen solchen Einsatz nicht geeignet. Trotz dieses Hinweises war die Truppe in den Tagen vor dem Zwischenfall nicht nur in Bab-El-Oued gegen aufständische Siedler eingesetzt worden, wo diese bereits das Feuer gegen sie eröffnet hatten, sondern auch in Maison-Carrée. Während beiden Einsätzen

⁴⁵³ Le lieutenant-colonel Puit, commandant le 5^e régiment de tirailleurs, à monsieur le général de division, commandant la région territoriale et le corps d'armée d'Alger, 2.3.1962, SHAT: 1 H 2703/6.

⁴⁵⁴ Vgl. hierzu u. a. KAUFFER, OAS, S. 315f.

⁴⁵⁵ DURANTON-CRABOL, Le temps de l'OAS, S. 209–211.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

waren sie dem Untersuchungsbericht zufolge Beschimpfungen und Schlägen vonseiten der Siedler ausgesetzt gewesen.

Obwohl der Berichtersteller zu dem Schluss kam, der Zwischenfall in der Rue d'Isly hätte mit jeder anderen Truppe zum gleichen Ergebnis geführt, berücksichtigte er doch, dass mehrheitlich Muslime eingesetzt worden waren. Um die Handlungen der muslimischen Soldaten zu verstehen, müsse man sich die Reaktion einer Truppe junger Europäer in einer großen arabischen Stadt vorstellen, die einer feindlichen Menge Muslime gegenüberstehe⁴⁵⁶. Der Bericht unterstreicht noch einmal die Distanz vieler muslimischer Militärs zur OAS. Militärs warnten nicht aus Furcht vor Sympathien für die OAS davor, muslimische Militärs für derartige Einsätze heranzuziehen, sondern vielmehr, weil sie eine überzogene Reaktion der muslimischen Militärs befürchteten. Entgegen der Propaganda der OAS nahmen die Muslime in der französischen Armee die Aktivisten der *Algérie française* nicht als Retter wahr, die die von de Gaulle propagierte Integration auf der Grundlage von Gleichheit und Brüderlichkeit gegen die offizielle Politik durchsetzen wollten. Vielmehr fühlten sie sich der muslimischen Gemeinschaft zugehörig, wenn sie als Soldaten einer ihnen feindlich gesinnten europäischen Masse gegenüberstanden.

Das Zugehörigkeitsgefühl der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten zur muslimischen Bevölkerung wird auch dadurch deutlich, dass einige muslimische Militärs explizit den Wunsch äußerten, sich an den Einsätzen gegen die OAS und ihre Anhänger zu beteiligen. Ein Kommandant einer Polizeieinheit, in die auch GMS integriert waren, berichtete von Konflikten zwischen dem europäischen Kader und den muslimischen Hilfspolizisten bezüglich der Einsätze gegen die Aktivisten der *Algérie française*: Während die europäischen Kräfte kategorisch ausschlossen, sich an solchen Einsätzen zu beteiligen, wünschten es sich die Hilfspolizisten. Sie sähen dies als Möglichkeit, sich innerhalb der muslimischen Bevölkerung Sympathien zu verschaffen⁴⁵⁷. Die Muslime in der Armee sahen die OAS entgegen der Propaganda der Organisation selbst nicht als Rettungsanker an. Auch nach der Verkündung der Abkommen von Évian und selbst im Sommer 1962, als Algerien bereits unabhängig geworden war und es zu Massakern im großen Stil insbesondere an den Hilfssoldaten gekommen war, führte dies nicht dazu, dass die Hilfssoldaten der OAS ihr Vertrauen schenkten. Vielmehr sahen sie sich der muslimischen Bevölkerung Algeriens

⁴⁵⁶ Rapports du colonel Goubard, commandant la 4^e région territoriale et du commandant de l'état-major T1/4^e région territoriale au sujet de l'incident survenu à Alger le 26 mars, 31.3.1962, SHAT: 1 H 2703/6.

⁴⁵⁷ Direction de la force de l'ordre, commandement régional d'Oran. Rapport du lieutenant Ali Ahmed, commandant régional de la force de l'ordre sur la situation actuelle de cette force, 17.8.1962, SHAT: 1 H 3040/3.

zugehörig, die seit Juli die algerische Nation formte. Die OAS blieb ein Gegner. Gerade als der Graben zwischen der muslimischen und europäischen Bevölkerung durch die Aktivitäten der OAS immer größer wurde, sahen sich die muslimischen Militärs klar auf der Seite der muslimischen Bevölkerung.

Der Wunsch vieler muslimischer Militärs, von der eigenen Bevölkerung akzeptiert zu werden und somit Teil der zukünftigen algerischen Nation zu sein, manifestierte sich auch auf andere Weise, als die Demobilisierung der Hilfssoldaten einsetzte: Vermehrt liefen muslimische Soldaten zum FLN über. Der FLN hatte im Frühjahr 1961 seine Propaganda gegenüber den muslimischen Militärs verstärkt und rief sie vermehrt zum Überlaufen auf. In einem Bericht vom Mai 1961 ist zu lesen, der FLN verbreite seit April das Gerücht, er setze nun endgültig seine Ziele durch und die muslimischen Militärs würden von der französischen Armee ihrem Schicksal überlassen. Die *harkis* griffen diesem Bericht zufolge das Thema auf und diskutierten darüber, welche Haltung sie zukünftig einnehmen sollten. Sie stellten das Überlaufen zur ALN als eine Möglichkeit heraus, sich eine Zukunft in Algerien zu sichern. Es sei in erster Linie die Furcht, nicht mit einer Amnestie rechnen zu können, die sie zögern lasse. Sie schickten Einzelne voraus, um die Bedingungen einer Aufnahme in der ALN auszuhandeln. Seien ausreichende Sicherheiten gegeben, sei damit zu rechnen, dass zumindest »les harkis les moins compromis aux yeux de la rebellion« sich der ALN anschließen würden. Man müsse somit auf kollektive Desertionen nicht nur in der betreffenden Einheit vorbereitet sein⁴⁵⁸.

Auch Anfang Juli hieß es in einem Bericht über die Moral der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten, dass zwar noch kein Anstieg an Desertionen auszumachen sei, die Gefahr jedoch bestehe⁴⁵⁹. Tatsächlich verließen zu diesem Zeitpunkt mehr muslimische Soldaten und Hilfssoldaten als zuvor mit ihren Waffen die französische Armee und tauchten unter. Im August war mit 224 derartigen Vorfällen ein vorläufiger Höhepunkt zu vermelden⁴⁶⁰. Dass die Zahl danach wieder sank, ist auch mit den Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation der Hilfssoldaten zu begründen, mit der die französische Armee auf die Unruhe unter den Hilfssoldaten reagierte⁴⁶¹. Die Zukunft blieb jedoch

⁴⁵⁸ Le colonel Bazaugour, chef de la sécurité militaire en Algérie. État d'esprit des harkis de la harka d'El Milia, 26.5.1961, SHAT: 1 H 1397/7.

⁴⁵⁹ Commandement en chef des forces en Algérie, région territoriale et corps d'armée en Constantine, état-major, 3^e bureau. Rapport semestriel sur le moral des militaires FSNA, 6.7.1961, SHAT: 1 H 3833/5.

⁴⁶⁰ Commandement supérieur des forces en Algérie, état-major interarmées, 2^e bureau. Les désertions de FSNA avec armes au cours du mois d'avril 1962, 11.5.1962, SHAT: 1 H 3309/1.

⁴⁶¹ Zu diesen Maßnahmen siehe ausführlich [Kap. 2.2](#).

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

unsicher, weshalb die Propaganda des FLN weiter auf fruchtbaren Boden fiel. Im November wurde gemeldet, dass im GAD von Ouahad Waffen abhandengekommen waren, was mit einer »adhésion morale de la population à la rébellion« erklärt wurde⁴⁶². Auch auf die Hilfssoldaten der *harka*, die in Hammam Melouane inmitten einer Bevölkerung mit enger Verbindung zur Unabhängigkeitsbewegung stationiert war, zeigte die Propaganda Wirkung. Der FLN kontaktierte sie häufig und forderte sie auf, zu desertieren, Waffen zu entwenden oder sich beim Angriff passiv zu verhalten. Im Dezember beklagte der Bataillonschef, ein Hilfssoldat sei desertiert und mehrere Waffen seien verschwunden. Zudem sei eine »mauvaise volonté significative au cours d'opérations« zu beobachten⁴⁶³.

All diese Berichte weisen bereits darauf hin, dass zahlreiche Muslime, die in den Reihen der französischen Armee kämpften, im entscheidenden Moment der französischen Seite gegenüber nicht loyal bleiben würden. Weder das verbesserte Kontrollsystem der französischen Armee noch die Maßnahmen zur sozialen Sicherheit der Hilfssoldaten konnten die Massendesertionen verhindern, die mit den Abkommen von Évian einsetzten. Im März 1962 desertierten 1500, im April 2650 muslimische Soldaten und Hilfssoldaten mit ihren Waffen. Im April war somit die Anzahl der Deserteure fünfundzwanzigmal so hoch wie im Monatsdurchschnitt im Jahr 1961. Insbesondere Hilfssoldaten, deren Zukunftsaussichten besonders prekär waren, sowie Wehrpflichtige, die stets in besonderem Maße als potentielle Deserteure angesehen worden waren, verließen massenhaft die Reihen der französischen Armee⁴⁶⁴.

Auch viele muslimische Militärs, die nicht desertierten, zeigten den Wunsch, ihr Leben in Algerien fortzusetzen. Die *harkis*, denen die Möglichkeit eingeräumt wurde, unter bestimmten Bedingungen einen Vertrag mit der Armee zu unterzeichnen, entschieden sich mehrheitlich gegen diese Variante. Am 19. März 1962 standen noch 40 500 *harkis* bei der französischen Armee unter Vertrag. Lediglich 1000 von ihnen wollten sich dauerhaft an die Armee binden und unterschrieben einen festen Vertrag; 2000 *harkis* nutzten die Möglichkeit, einen Vertrag von sechs Monaten zu unterschreiben, um die endgül-

⁴⁶² Le lieutenant-colonel Ceroni, commandant le secteur Maison-Blanche/Ain-Taya, à monsieur le colonel commandant par intérim la zone nord algérois, état-major, 3^e bureau. Mesures prises à la suite de l'enlèvement des armes du GAD, 18.11.1961, SHAT: 1 H 2789/4.

⁴⁶³ Rapport du chef de bataillon Lemattre, commandant le quartier de Rovigo, concernant la *harka* des Beni Miscera du commando de chasse K. 46, 15.12.1961, *ibid*.

⁴⁶⁴ Commandement supérieur des forces en Algérie, état-major interarmées, 2^e bureau. Les désertions de FSNA avec armes au cours du mois d'avril 1962, 11.5.1962, SHAT: 1 H 3309/1.

tige Entscheidung hinauszuzögern, 21 000 kehrten mit einer Prämie ins Zivilleben zurück und 15 000 verließen die Armee, ohne diese Prämie in Anspruch zu nehmen⁴⁶⁵. Eine Möglichkeit, die nicht für die *harkis*, sondern hauptsächlich für muslimische Wehrpflichtige, aber auch für Berufssoldaten und für *moghaznis* vorgesehen war, war die Eingliederung in die neu geschaffene *force d'ordre locale*, in der ehemalige Mitglieder der französischen Armee an der Seite von Soldaten der ALN dienen sollten. Das Verhalten der muslimischen Militärs, die sich in die *force d'ordre locale* integrieren ließen, zeigte, dass auch sie auf eine Rehabilitierung und somit auf eine Zukunft in Algerien hofften. Immer wieder wurden sie dazu aufgefordert, die *force d'ordre locale* mit ihren Waffen zu verlassen und diese Waffen der ALN zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Deserteure aus den Reihen der *force d'ordre locale* riss daher nicht ab. Noch im Dezember 1962 berichtete die Militärführung von kollektiven Desertionen muslimischer Soldaten⁴⁶⁶. Zudem gaben sich viele innerhalb dieser gemischten Truppe offensiv als Sympathisanten des FLN zu erkennen. Im April 1962 wurde berichtet, dass die muslimischen Soldaten der französischen Armee innerhalb der *force d'ordre locale* durch Slogans wie »Vive le FLN et l'Algérie algérienne« die Aufmerksamkeit auf sich zögen. Nicht nur durch solche Sympathiebekundungen, sondern auch indem sie ihren Hass auf die Siedler und auf die Aktivisten der *Algérie française* zum Ausdruck brachten, stellten sie sich auf die Seite des unabhängigen Algeriens. Muslimische Soldaten brüsteten sich damit, gegen europäische Aufständische in Bab El Oued eingesetzt worden zu sein, war in einem Bericht vom April 1962 zu lesen. Sie erklärten, dort Europäer verprügelt, deren Wohnungen verwüstet und Frauen vergewaltigt zu haben⁴⁶⁷.

Die Handlungen der muslimischen Militärs zeigen, dass sie mehrheitlich darauf hofften, die in den Abkommen von Évian festgeschriebene Amnestieklausel werde ihnen ein Leben in einem unabhängigen Algerien ermöglichen und sie würden trotz ihres Engagements auf der französischen Seite während des Unabhängigkeitskampfes einen Platz in dieser neu entstehenden Nation finden. Diese Hoffnung wurde auch geschürt, weil der FLN im Umgang mit den Muslimen in der französischen Armee keine klare Linie verfolgte und immer wieder Zeichen der Versöhnung sendete. Allerdings setzte sich im Sommer 1962 nach der Unabhängigkeit Algeriens schließlich nicht die Versöhnung durch, sondern es kam zu zahlreichen Racheakten insbesondere an den muslimischen Hilfssoldaten, die nicht mit der französischen Armee Algerien verlas-

465 MOUMEN, La notion d'abandon, S. 49.

466 Commandement supérieur des forces armées françaises en Algérie, état-major interarmées. Note de service, 11.12.1962, SHAT: 1 H 1335/2.

467 Région territoriale et corps d'armée d'Alger, état-major, 2^e bureau. Fiche de renseignements, Apr. 1962, ibid.

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

sen hatten, sondern in das Zivilleben zurückgekehrt waren⁴⁶⁸. Dadurch sahen sich auch von diesen demobilisierten Hilfssoldaten viele gezwungen, Algerien in Richtung Frankreich zu verlassen, so dass schließlich ca. 85 000 ehemalige Hilfssoldaten nach den Abkommen von Évian nach Frankreich ausreisten⁴⁶⁹.

Aus Hilfesuchen ehemaliger Soldaten und Hilfssoldaten, die sich an die französischen Behörden wandten, um ihre eigene oder die Ausreise ihrer Familie zu fordern, ist herauszulesen, wie diese selbst die Bedrohung in Algerien wahrnahmen. Zwei ehemalige *moghaznis* wandten sich im Dezember 1962, kurz nach ihrer Ankunft in Frankreich, mit der Bitte an den Staatsminister für algerische Angelegenheiten, ihre Familien nach Frankreich zu bringen. Die beiden ehemaligen *moghaznis* waren zunächst ins Zivilleben zurückgekehrt, hatten dann jedoch ihr Leben in einem solchen Maß in Gefahr gesehen, dass sie Algerien verließen und ihre Familien in der Hoffnung zurückließen, sie baldmöglichst in Frankreich wiederzusehen⁴⁷⁰. Ein ehemaliger *harki*, der mit den Abkommen von Évian die französische Armee verlassen hatte, hatte ebenfalls seine Familie in Algerien zurückgelassen. Obgleich er zunächst gehofft hatte, sein Leben in Algerien fortführen zu können, war er schließlich im Oktober 1962 nach Frankreich ausgereist. Er habe keine Möglichkeit gesehen, sich in Algerien ein neues Leben aufzubauen. Aufgrund seiner Aktivitäten während des Krieges sei es für ihn unmöglich gewesen, eine Arbeit zu finden und für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Zudem sei er tagtäglich Demütigungen der ehemaligen Befreiungskämpfer ausgesetzt gewesen⁴⁷¹.

Das beschwerliche Leben der ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien hielt an. Noch im April 1964 erhielt der zuständige Minister ein Schreiben eines ehemaligen Unteroffiziers, der darum bat, in Frankreich aufgenommen zu werden. Er hatte bis April 1963 in der französischen Armee gedient und nach seiner Entlassung noch ein weiteres Jahr in Algerien gelebt, legte nun jedoch ausführlich die Gründe für seinen Wunsch dar, nach Frankreich auszureisen. Sein Hauptgrund lautete, dass er während des Krieges unter anderem im Zweiten und im Fünften Büro der französischen Armee tätig gewesen und aus diesem Grund einer besonderen Gefahr ausgesetzt sei. Noch immer lebe er in Angst, ehemalige FLN-Kämpfer könnten auf ihn aufmerksam werden. Deswegen versuche er möglichst wenig aufzufallen. Er berichtete jedoch, er fühle sich ständig beobachtet und lebe in der ständigen Angst, seine einstigen Aktivitäten

⁴⁶⁸ Vgl hierzu [Kap. 2.4](#).

⁴⁶⁹ MOUMEN, *La notion d'abandon*, S. 59.

⁴⁷⁰ Mohammed Ben Ali, Ahmed Ben Ali Mokrani à monsieur le ministre chargé des affaires algériennes, 20.12.1962, AN: vers. 19920149/1.

⁴⁷¹ Saïd Berkani à monsieur le préfet, chef de service d'accueil des rapatriés algériens, 10.1.1963, *ibid*.

könnten bekannt werden. Zudem gab auch er an, dass er keine Möglichkeit sehe, in Algerien seinen Lebensunterhalt zu verdienen: »Comment pourrai-je subvenir aux besoins de ma famille dans ce pays où il n'y a de travail que pour les militants de la révolution?«⁴⁷² Um der Rechtmäßigkeit seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, betonte dieser Unteroffizier, dass er sich von den französischen Behörden Hilfe verspreche, denen er »avec honneur et fidélité« gedient habe⁴⁷³. Diese Aussage kann jedoch in diesem Kontext keineswegs als Zeichen dafür gedeutet werden, dass er sich als *Français à part entière* fühlte und sich eine Zukunft ohne Frankreich in Algerien nicht vorstellen konnte, wie es die Aktivisten der *Algérie française* propagierten, sondern er griff in seiner Notlage zu jedem Strohalm, der sich ihm bot.

Ogleich viele Muslime in der französischen Armee dienten und sich insbesondere nach 1958 als Hilfssoldaten zur Verfügung stellten, verstanden sie sich nicht als Bürger der Französischen Republik, da sie sich nicht als gleichberechtigt ansahen und dies auch in der Armee nicht vermittelt bekamen. Vielmehr verstanden sie sich trotz der Zugehörigkeit zum französischen Militär als Mitglieder der algerischen Nation. Ihr Interesse lag in diesem Krieg, in dem die gesamte Bevölkerung in die Gewalthandlungen involviert war, in erster Linie darin, sich selbst sowie ihre Angehörigen zu versorgen und zu schützen. Das Bewusstsein für die von beiden Seiten ausgehende Gewalt war so präsent, dass die Wahl für eine Seite oftmals zufällig war und es sich somit nicht ausschloss, auf der französischen Seite zu stehen und gleichzeitig die algerische Unabhängigkeit zu befürworten. Da die Muslime in der französischen Armee jedoch spätestens nach der Unabhängigkeit Algeriens erkennen mussten, dass sie dort nicht akzeptiert wurden, wählten viele Frankreich als neue Heimat. Dieser Schritt bedeutete jedoch insbesondere für die Hilfssoldaten einen weitaus tieferen Einschnitt als für die muslimische Elite. Sie waren in weitaus geringerem Maße von einer hybriden Identität geprägt, sondern verstanden sich als Algerier. Lediglich da sie in der neuen algerischen Nation keinen Platz fanden, verließen sie Algerien in Richtung Frankreich.

2.9 Universalismus im kolonialen Kontext

Die Reformen, die de Gaulle 1958 in Algerien anstieß, orientierten sich an der französischen Tradition der Assimilationspolitik. Die muslimische Bevölkerung erhielt politische Rechte und wurde auf diesem Wege zu politisch gleichberech-

⁴⁷² Mohamed Sekkai à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, 9.4.1964, *ibid.*

⁴⁷³ *Ibid.*

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

tigten Bürgern der Republik. Dieser Schritt entsprach zunächst dem assimilatorischen Ideal, alle auf dem französischen Territorium lebenden Menschen durch die Ausstattung mit der Staatsbürgerschaft in die Republik zu integrieren. Diesem Ideal folgend wäre keine weitere Integrationspolitik nötig, um das universalistische Ziel zu erreichen, eine einheitliche Republik zu schaffen, in der im öffentlichen Raum keine einzelnen Gruppen ausgemacht werden können. Man wich jedoch im kolonialen Algerien von diesem Konzept ab, da sowohl auf wirtschaftlicher und sozialer als auch auf kultureller Ebene die Gegensätze zwischen der europäischen und der muslimischen Bevölkerung als zu groß betrachtet wurden. Um wirtschaftliche und soziale Differenzen zu verringern, wurde der *plan de Constantine* entworfen. Das übergreifende Gesamtkonzept hatte das Ziel, ein neues Algerien aufzubauen. Durch die politische sowie eine angestrebte wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der muslimischen Bevölkerung sollte das universalistische Ideal realisiert werden. Auf der Basis von Gleichheit und Brüderlichkeit sollten die europäische und muslimische Bevölkerung eine Gemeinschaft bilden. Die Muslime, die Frankreich unterstützten, sah man insbesondere innerhalb des Militärs als Sinnbild dieser Gemeinschaft an.

Mit seinem Integrationskonzept konnte de Gaulle sowohl die europäischen Siedler und Militärs als auch die muslimische Elite für sich gewinnen. Das universalistische Integrationsversprechen wirkte jedoch nur oberflächlich als gemeinsames Ziel der verschiedenen Akteure und damit als Kitt einer gemeinsamen Politik. Eine genaue Analyse offenbart, wie unterschiedlich die verschiedenen Akteure das universalistische Konzept interpretierten. Bereits seit langem identifizierte sich die muslimische Elite mit der Französischen Republik und hatte stets beklagt, dass der muslimischen Bevölkerung die politischen Rechte vorenthalten wurden. Allerdings ging sie trotz ihrer Integrationsbemühungen von einer »personnalité algérienne« aus, die es zu berücksichtigen galt. Vertreter der muslimischen Elite entwickelten innerhalb des kolonialen Algeriens hybride Identitäten. Genau diese »personnalité algérienne« musste nach Meinung von Vertretern des Militärs jedoch überwunden werden. Für die Durchsetzung der Reformen waren in erster Linie Militärs zuständig, die diese in besonderem Maße an den Hilfssoldaten erprobten. Insbesondere die Offiziere der SAS sahen es als ihre Aufgabe an, das von de Gaulle propagierte republikanische Algerien nach universalistischem Ideal zu schaffen. Sie folgten dabei dem Prinzip der *mission civilisatrice*, das sie jedoch nicht vordergründig als Instrument der Herrschaftssicherung einsetzten. Sie gingen von einer kulturellen Rückständigkeit der *Français musulmans* aus, die sie jedoch nicht biologisierten. Ihr Blick auf die Hilfssoldaten war geprägt von Paternalismus. Die Offiziere traten den muslimischen Soldaten gegenüber als Erziehungsberechtigte

auf und verfolgten das Ziel, die als rückständig angesehenen Muslime zu zivilisieren.

Noch weiter rückte jedoch de Gaulle selbst vom universalistischen Prinzip ab, trotz seines offiziellen Diskurses, die *Français musulmans* seien »*Français à part entière*« und die Hilfssoldaten französische Soldaten, die Frankreich die Treue hielten. Für de Gaulle hatte der Erhalt der *Algérie française* nach seinem Amtsantritt oberste Priorität. Seine am Universalismus ausgerichtete Algerienpolitik war für ihn in erster Linie ein Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Deutlich wurde dies am Umgang mit den Hilfssoldaten. Sie wurden aus militärisch-strategischen Gründen rekrutiert, blieben jedoch *soldats-sujets*. Auch die europäischen Siedler sowie die zum Teil im rechtsextremen Milieu verankerten Aktivisten der *Algérie française* der Metropole verfolgten das Ziel, Algerien als französisches Departement zu halten. Sie nutzten das Motiv der »*soldats fidèles à la France*«, um das Bild einer auf Gleichheit und Brüderlichkeit basierenden algerischen Gesellschaft zu zeichnen. Hinter dem Schlagwort der Integration verbarg sich in ihrem Diskurs jedoch nicht nur eine kulturelle Hierarchisierung, sondern es blieb auch Raum für die Aushöhlung der politischen Gleichstellung. Das Ziel der rechtsextremen Gruppierungen der Metropole war letztendlich die Zerstörung der demokratischen Grundfesten der Französischen Republik, was sie nach außen mit einem universalistisch ausgerichteten Diskurs zu verschleiern versuchten.

Eine Zäsur stellte die Verkündung der Autodetermination 1959 durch de Gaulle dar. De Gaulles Bereitschaft, mit dem FLN über die Zukunft Algeriens zu verhandeln, führte zu einem Bruch der Koalition zwischen ihm, den Militärs, den europäischen Siedlern und den Aktivisten der *Algérie française* der Metropole. Diese warfen ihm vor, die Integration der muslimischen Bevölkerung auf der Grundlage der Gleichheit und der Brüderlichkeit zu verraten. Diese Rhetorik diente ihnen jedoch zur Verschleierung ihrer eigentlichen Ziele: die Unabhängigkeit Algeriens zu verhindern. De Gaulle näherte sich dafür den Positionen des FLN und der kolonialkritischen Linken an, die von der Existenz eines algerischen Volkes ausging. Diese Akteure sahen die Französische Republik als nicht übertragbar auf den algerischen Kontext an. Algerien war in ihren Augen eine Kolonie, in der die Kolonialisierenden die Kolonisierten mit Waffengewalt unterdrückten. Dieses Kolonialsystem war für sie ein Bruch mit dem universalistischen Ideal. Der FLN definierte zu Beginn des Widerstandskampfes die algerische Nation als eine offene Nation, zu der sich jeder zugehörig fühlen sollte, der sich am Unabhängigkeitskampf beteiligte. Die Hilfssoldaten wurden in diesem Nationenverständnis zu Verrätern erklärt, da sie gegen die Unabhängigkeit kämpften. Der FLN setzte damit dem französischen Universalismus ein im weitesten Sinne ebenfalls universalistisches Nationenverständnis entgegen. Jedoch rückte er von dieser offenen Nationendefinition immer weiter ab und

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

griff auf ethnische und religiöse Kategorien zurück. Als der FLN gegenüber den Hilfssoldaten 1958 die Fraternisierungskampagne startete, betonte er bereits die arabisch-muslimische Identität der algerischen Nation, die sich spätestens mit Ben Bella und Boumedienne durchsetzen sollte. Mit diesem Diskurs gelang es dem FLN, muslimische Hilfssoldaten für den Unabhängigkeitskampf zu gewinnen.

Die Positionen der Hilfssoldaten selbst lassen sich nicht über deren Diskurs, sondern ausschließlich über deren Handlungen bestimmen. Diese zeigen, dass sie sich nicht der Französischen Republik zugehörig fühlten, sondern ebenso von der Existenz einer algerischen Nation ausgingen. Sie engagierten sich nicht aus Idealismus in der französischen Armee, sondern auf der Suche nach Sicherheit und materieller Absicherung für sich und ihre Familien. Die kolonialkritische Linke weigerte sich, diese Beweggründe für das Engagement der Hilfssoldaten auf französischer Seite wahrzunehmen. Vielmehr folgte sie der vom FLN aufgestellten These, das algerische Volk stehe geschlossen hinter der Unabhängigkeitsbewegung, und erklärte die Hilfssoldaten zu »Verrätern an der algerischen Nation«. Die Kolonialkritiker begründeten ihren Standpunkt damit, dass das koloniale System den Universalismus und alle anderen Werte der Republik verrate. Der Diskurs um die »harkis de Paris« zeigte jedoch, dass viele Kolonialkritiker selbst einem rassistischen Diskurs verfielen. Den Hilfssoldaten wurden eine verabsolutierte »barbarische« Natur zugeschrieben. Zugleich verschloss die Linke lange die Augen vor der Kultur der rassistisch begründeten Gewalt, die sich unter den französischen Polizeikräften ausbreitete.

Eine zweite Zäsur stellen das Waffenstillstandsabkommen und die in der Folge einsetzenden Massaker dar. Erneut änderten sich damit für die verschiedenen Akteure die Ausgangsbedingungen in der Beurteilung der Hilfssoldaten, was teilweise zu Verschiebungen in der Interpretation des universalistischen Integrationskonzepts führte. Der FLN hielt über die Waffenstillstandsabkommen hinaus an der Fraternisierungskampagne gegenüber den Hilfssoldaten fest, verdeutlichte jedoch in zunehmendem Maße, dass diejenigen, die sich nicht am Unabhängigkeitskampf beteiligt hatten, in einem unabhängigen Algerien unter der Führung des FLN keinen Platz finden würden. Zwar fanden die Massaker an den »Kollaborateuren« insbesondere in der Zeit statt, in der der FLN seinen Machtanspruch verlor. Eine direkte Verantwortung des FLN für die Massaker muss daher in Frage gestellt werden. Gleichwohl setzte auch die Führung des FLN stets auf gezielte Bestrafungsaktionen der »Kollaborateure«. Der FLN hielt dabei an seinen ethnisch-religiös begründeten Argumentationsstrategien fest, um gegenüber der französischen Regierung zu verdeutlichen, die Hilfssoldaten seien als Algerier anzusehen und nicht als Bürger der Französischen Republik. Die Kolonialkritiker schwiegen dazu mehrheitlich. Eine Aus-

nahme bildeten Akteure aus dem katholischen Lager, die die ethische Dimension des Krieges stets über die politische Dimension gestellt hatten. Sie wurden insofern ihren universalistischen Idealen gerecht, als sie nun auch jenen Verstöße gegen die Menschenrechte vorwarfen, die sie zuvor verteidigt hatten. Sie verurteilten nicht nur den FLN für die Massaker, sondern warfen de Gaulle vor, die Hilfssoldaten instrumentalisiert zu haben und sie nun im Stich zu lassen.

Diese Vertreter der kolonialkritischen Linken wichen teilweise so weit von ihrer einstigen Rhetorik ab, dass sie die Hilfssoldaten als Bürger der Französischen Republik bezeichneten. Diese Argumentation folgte der universalistischen Vorstellung der Nation von einem »*plébiscite de tous les jours*«. Die Hilfssoldaten hätten für Frankreich gekämpft und seien aus diesem Grund wie Bürger der Republik zu behandeln. Trotz großer ideologischer Differenzen traf sich der Diskurs dieser Akteure an dieser Stelle mit der Rhetorik der Verteidiger der *Algérie française*. Diese warfen de Gaulle mit Verweis auf die demobilisierten Hilfssoldaten ebenfalls vor, Bürger der Französischen Republik in Algerien Massakern auszusetzen. Auf der Seite der *Algérie française* entstand eine Front derer, die sich selbst zu Verteidigern des republikanischen Prinzips des Universalismus stilisierten. Diese Front einte trotz verschiedener Handlungsstrategien die ehemaligen SAS-Offiziere mit den Mitgliedern der OAS, die den Verrat an den »*soldats fidèles à la France*« als Motiv für ihren unterschiedlich gearteten Widerstand gegen die Regierung präsentierte. Sie erklärten, am universalistischen Ideal festzuhalten, von dem sich die Regierung entferne. Während SAS-Offiziere tatsächlich von diesem universalistischen Ideal überzeugt waren, bedienten sich die Akteure der OAS in ihrer Propaganda der Hilfssoldaten als Legitimationsstrategie. Obgleich zumindest einigen militärischen Spitzen der Organisation eine universalistische Grundeinstellung zugeschrieben wird, standen doch nicht nur die zahlreichen gezielt gegen Muslime gerichteten Attentate im Widerspruch zu universalistischen Denk- und Handlungsmustern. Die OAS versuchte mit ihrem Diskurs in erster Linie Hilfssoldaten für den Kampf zu gewinnen und zugleich ihr eigenes Handeln zu legitimieren. Es waren nur sehr vereinzelt Versuche von Aktivisten der OAS auszumachen, Hilfssoldaten tatsächlich in Sicherheit zu bringen. Solche Versuche gingen in erster Linie von ehemaligen SAS-Offizieren aus, die darin die Möglichkeit sahen, ihre in Algerien begonnene Zivilisierungsmission über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus fortzusetzen.

Aufgrund der sowohl von Kolonialkritikern als auch von den Aktivisten der *Algérie française* massiv geäußerten Kritik an der von der französischen Regierung verfolgten Strategie, die Hilfssoldaten möglichst in ein unabhängiges Algerien zu integrieren, war die Regierung gezwungen, ihren Kurs zu ändern. Das französische Militär brachte Ende 1962 vermehrt Hilfssoldaten nach Frankreich, was man zuvor vermieden hatte. Im Umgang mit den Hilfssoldaten lässt

2. Die »harkis« am Ende des französischen Imperiums

sich die von Shepard aufgestellte These, mit der Dekolonialisierung Algeriens habe die Regierung begonnen, auf ethnisch-religiöse Argumentationsstrategien zurückzugreifen, teilweise bestätigen⁴⁷⁴. Innerhalb der Regierung fanden vor der Unabhängigkeit Algeriens Diskussionen darüber statt, ob die Hilfssoldaten, wie die europäischen Siedler auch, als Repatriierte anzusehen seien oder nicht. Die Entscheidung darüber wurde so lange vertagt, bis die Hilfssoldaten mit der Unabhängigkeit Algeriens ihre französische Staatsbürgerschaft verloren. Daraufhin wurden sie endgültig als Flüchtlinge angesehen und ihre Einreise streng reglementiert. Die Regierung höhlte dabei sogar die Genfer Flüchtlingskonventionen aus, indem sie die Einreise nach einer Verwertbarkeitslogik zu steuern versuchte. Dass sich schließlich über 80 000 Muslime, Hilfssoldaten und deren Familienangehörigen auf französischem Boden wiederfanden, entsprach nicht dem Willen der Regierung. Sie hatte sich lediglich dem Druck von SAS, Militärs, muslimischer Elite, OAS und auch einzelnen Vertretern der Linken gebeugt.

Allerdings kann die Integrationspolitik de Gaulles auch nicht als ideelles Bekenntnis zum universalistischen Ideal gewertet werden. Die universalistische Rhetorik und Praktiken hatten in erster Linie als Mittel gedient, um die Grundlagen für das Fortbestehen eines französischen Algeriens zu schaffen. Nicht nur de Gaulle, sondern auch zahlreiche Aktivisten der *Algérie française*, die de Gaulle Verrat an diesem Prinzip vorwarfen, hatten 1958 den unter dem Stichwort »intégration« propagierten Universalismus lediglich als politisches Instrument gebraucht. Dies relativierte auch den 1962 von diesen Aktivisten an die Adresse de Gaulles erhobenen Vorwurf, die muslimischen Hilfssoldaten seien mit dem Versprechen der französischen Staatsbürgerschaft rekrutiert und dann den Massakern des FLN ausgeliefert worden. Viele dieser Aktivisten hatten die Hilfssoldaten nie als »Français à part entière« betrachtet, was auch dem Selbstverständnis der Hilfssoldaten selbst widersprach. Allein die muslimische Elite hoffte darauf, in die Republik integriert zu werden. Viele der Hilfssoldaten setzten bis zum letzten Moment auf die Fraternalisierungskampagne des FLN und hofften, ihr Leben in Algerien fortsetzen zu können. Die massenhaften Ausreisearträge wurden erst gestellt, als die Massaker einsetzten und deutlich wurde, dass die Hilfssoldaten sich damit schwertun würden, einen Platz in der algerischen Nation zu finden.

Die muslimische Bevölkerung Algeriens erhielt 1958 zwar die politische Gleichberechtigung, damit ging jedoch keine Gleichbehandlung einher. Vertreter der Regierung, europäische Siedler und französische Militärs nutzten diese Reformen bereits 1958 lediglich als Instrument, um den Krieg gegen den FLN zu gewinnen. Die Hilfssoldaten dienten zwar als Sinnbild für die Integration der

⁴⁷⁴ SHEPARD, 1962.

muslimischen Bevölkerung in die Französische Republik nach universalistischem Prinzip, die muslimischen Militärs wurden jedoch auch nach den Reformen von 1958 weiterhin als Kolonialisierte betrachtet und behandelt. Auch wenn sich außer den Hilfssoldaten alle untersuchten Akteure in ihrem Diskurs auf das Ideal des Universalismus bezogen, war die Idee der Assimilation der muslimischen Bevölkerung in erster Linie eine Legitimationsstrategie für die Präsenz Frankreichs in Algerien. Die kulturelle Differenz wurde verabsolutiert und eine Assimilation nicht für möglich erachtet. Auch die Kolonialkritiker die die These vertraten, der Universalismus stoße im kolonialen Kontext an seine Grenzen, griffen in ihrer Argumentation auf rassistische Denkmuster zurück und stellten die »barbarischen« Muslime der »zivilisierten« Französischen Republik gegenüber. Im Gegensatz zu den Kolonialkritikern hielten die SAS-Offiziere an der Vereinbarkeit von Kolonialismus und Universalismus fest, setzten dabei jedoch Assimilation und Zivilisierungsmission gleich, und vertraten die Auffassung, im Falle der »archaischen« Muslime müsse eine Angleichung im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption einer Gleichbehandlung vorhergehen. Ihr Denken offenbart damit wie inegalitäres Denken im Kolonialismus mit dem universalistischen Prinzip der Assimilation verwoben waren.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich (1962–1995)

Mit ihrer Ausreise nach Frankreich nach der Unabhängigkeit Algeriens werden die Hilfssoldaten im Kontext der Migrationsgeschichte interessant. Die »harkis« waren nicht Teil der hauptsächlich männlich geprägten Arbeitsmigration, sondern stellen einen Sonderfall dar. Sie kamen mit ihren Familien nach Frankreich und es wurde schnell deutlich, dass sie längerfristig bleiben würden. Die Frage nach der Integration der Hilfssoldaten und deren Familien stellte sich somit unmittelbar mit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft. In der Forschung wurden in diesem Kontext bereits koloniale Kontinuitäten herausgearbeitet. Sozialwissenschaftler sahen die in der Kolonialzeit einsetzende, von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der *Français musulmans* ausgehende Assimilationspolitik fortgesetzt. Charbit machte neben staatlichen Behörden auch ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs und einzelne Repatriierte, die die Behörden berieten und unterstützten, als Träger dieser Assimilationspolitik aus. Ihm zufolge waren diese Akteure durch das Interesse geleitet, Elemente des Kolonialreichs über dessen Ende hinweg zu bewahren¹. Die »harkis« blieben somit im Diskurs dieser Akteure zum einen koloniale Subjekte, zugleich jedoch auch der scheinbare Beleg für die Realisierbarkeit der *mission civilisatrice*.

Dieser Teil der Arbeit widmet sich zunächst den staatlich-offiziellen Diskursen und sucht in den offiziellen Archivbeständen der betreffenden Ministerien nach den hier vorherrschenden Motiven und Topoi. Die Diskurse der bereits genannten Akteure – Kolonialmilitärs und Repatriierte – werden entlang einzelner Verbände anhand von Verbandsorganen und archivalischen Verbandsquellen erschlossen. Hier ist die Frage nach dem Beziehungs- und Interessengefüge besonders relevant, da die Verbände starken Einfluss auf die staatliche Integrationspolitik hatten und bestimmte Motive und Topoi für eine gezielte Lobbyarbeit einsetzten. Auch die extreme Rechte – namentlich der FN – ist in diesem Teil der Arbeit ein wichtiger Akteur. Wichtige Persönlichkeiten in der Partei waren einstige Verteidiger der *Algérie française* und trugen

1 CHARBIT, Un petit monde colonial.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

somit koloniales Denken in die Diskurse um die Integration hinein². Der FN ist insofern als Akteur besonders interessant, da er seit seiner Gründung vehement für die Beschränkung der Migration eintrat und einen antimuslimischen Diskurs pflegte. Daher ist die Frage interessant, wie die Partei die Hilfssoldaten in diesen Diskurs einschrieb oder sich gar bemühte, bestimmte Bilder der Hilfssoldaten für die Durchsetzung ihrer antipluralistischen Ideen zu nutzen.

Für die Akzeptanz des Pluralismus in der Französischen Republik traten Vertreter der Linken ebenso wie Vertreter der maghrebischen Migranten ein, die während des Krieges die Hilfssoldaten als Verräter bezeichneten. Es drängt sich die Frage auf, wie diese Akteure die Hilfssoldaten in den Integrationsdebatten thematisierten. In Bezug auf die genannten Akteure sind generationelle Brüche besonders relevant. Die Migration aus dem Maghreb wandelte sich in den 1980er Jahren grundlegend. Mit dem Familiennachzug war eine neue Generation herangewachsen, die wie die Hilfssoldaten und deren Nachkommen nun auch die französische Staatsbürgerschaft hatte. Mit diesem Wandel kam es der Sozialwissenschaftlerin Spina zufolge zu einer Annäherung zwischen den Söhnen und Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten und den maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation, wodurch die Grenzen zwischen beiden Gruppen zunehmend verschwammen³. Es gilt nicht nur diese These zu überprüfen, sondern nach generationellen Brüchen im gesamten Beziehungs- und Interessensgefüge zu suchen, die Diskurse um die »harkis« bestimmten. Im Gegensatz zu den Hilfssoldaten selbst beteiligten sich deren Söhne und Töchter aktiv an den Integrationsdebatten. Sie trugen in Protesten, die durch Akten des Innenministeriums erhellt werden können, ihre Positionen in die Öffentlichkeit und gründeten eigene Verbände. Welche Positionen zur Integrationspolitik in Frankreich wurden hier sichtbar? Wie positionierten sie sich zur Assimilationspolitik? Sah diese Generation selbst koloniale Kontinuitäten? Identifizierte sie sich mit der Französischen Republik? Wie wirkte sich die Herkunft der Hilfssoldaten im kolonialen Algerien auf ihre Identität aus, insbesondere bei der zweiten Generation, die Algerien teils nicht kannte? Wurden hybride Identitäten aufrechterhalten oder entwickelten sich ganz neue Denk- und Handlungsmuster? Die Beantwortung dieser Fragen im Kontext einer Migrationsgeschichte ist zentral, um die Suche der Hilfssoldaten und deren Nachkommen nach einem Platz in der Französischen Republik zu analysieren.

² RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 385–408.

³ SPINA, *Enfant de harkis*.

3.1 Regierungspolitik zwischen Assimilation und Differentialismus

Während das französische Militär nach den Abkommen von Évian in Algerien die Ausreise der schutzsuchenden Hilfssoldaten organisierte, musste gleichzeitig die Frage beantwortet werden, wie man sie in Frankreich empfangen wolle. Die interministerielle Kommission unter dem Vorsitz von Michel Massenet beschäftigte sich im April auch mit dieser Frage und arbeitete Lösungsvorschläge aus, die sie der Regierung vorlegte. Die Suche nach einer Lösung gestaltete sich insbesondere deshalb schwierig, da im April noch keine Entscheidung darüber getroffen worden war, ob die Hilfssoldaten als Repatriierte anzusehen seien. Die Kommission verwies darauf, dass sie über diese Frage nicht zu entscheiden hatte⁴. Die Hilfssoldaten, die nach den Abkommen von Évian und im Sommer 1962 in Frankreich ankamen, hatten somit einen ungeklärten Status. Sie waren weder Repatriierte noch Flüchtlinge. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der muslimischen Elite, die als Repatriierte angesehen und gemäß der *loi Boulin* integriert wurden, wurde ihnen nicht das Recht eingeräumt, sich eigenständig um eine Unterbringung in Frankreich zu kümmern⁵.

Das Armeeministerium steuerte in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Repatriierte zentral die Erstaufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Um ihren Sonderstatus zu verdeutlichen, schuf die Regierung innerhalb des Staatssekretariats für Repatriierte den Service d'accueil et de reclassement des Français d'Indochine et des Français musulmans (SFIM), der ausschließlich für die ehemaligen Hilfssoldaten zuständig war, die als besonders hilfsbedürftig angesehen wurden⁶. Die Kommission unter Massenet fand zunächst keine Lösung für die Frage der Erstunterbringung der Hilfssoldaten. Die Umsetzung der Lösungsvorschläge scheiterte am Widerstand von Premierminister Georges Pompidou. Man hatte ihn gebeten, unbebautes Terrain und finanzielle Mittel zum Bau improvisierter Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Er stellte sich jedoch gegen diese Lösung. Der Bau solcher improvisierten Unterkünfte dauere zu lange und sei zudem zu kostspielig. Er schlug vor, einen Teil der Unterkünfte für nordafrikanische Arbeiter für »ces rapatriés« zu nutzen. Bestünde weiterhin Bedarf, sollte das Staatssekretariat für Repatriierte

4 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

5 Der Minister für algerische Angelegenheiten traf im April 1962 diese Entscheidung, vgl. Le ministre d'État chargé des Affaires algériennes à monsieur le haut commissaire de la République en Algérie, 7.4.1962, ibid.

6 CHARBIT, Les harkis, S. 71.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

bereits existierende Militärlager zur Verfügung stellen⁷. Pompidous Antwort verdeutlichte den ungeklärten Status der Hilfssoldaten. Einerseits sprach er von »ces rapatriés« und sah das Staatssekretariat für Repatriierte in der Verantwortung, eine Lösung für die Unterbringungsfrage zu finden. Andererseits schlug er vor, »ces rapatriés« in Unterkünften für nordafrikanische Arbeiter unterzubringen, und rückte sie so in den Kontext der Arbeitsmigration.

Die Vorschläge des Premierministers galten als nicht durchführbar. In der Kommission kam man zu dem Schluss, die Unterbringung in den Unterkünften für nordafrikanische Arbeiter sei zu gefährlich. Die Unterkünfte befanden sich in Regionen mit einer großen Dichte an algerischen Arbeitern, wo die Sicherheit der ehemaligen Hilfssoldaten nicht gewährleistet war. Zudem waren auch diese Unterkünfte bereits überfüllt und ein Hinauswurf der Bewohner zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten würde mit Sicherheit zu weiteren Spannungen führen. Auch die Möglichkeit, Militärlager zu nutzen, lehnte die Kommission zunächst ab, da diese für die repatriierten Militärs benötigt wurden⁸. Dennoch entschieden sich die Verantwortlichen schließlich für diese Lösung und das Armeeministerium stattete Militärlager als Transitlager aus, in denen die ehemaligen Hilfssoldaten so lange untergebracht werden sollten, bis für sie Arbeit und Unterbringung gefunden worden war. Zunächst wurde im Juli ein Lager in Larzac eröffnet. Dies war jedoch schnell überfüllt, weshalb in Bourglastic ein zweites Lager eröffnet wurde⁹. Bereits im Juli waren über 10 000 Menschen auf diese beiden Lager verteilt. Da die Unterbringung dort recht provisorisch war, mussten sie noch vor dem Winter ihre Tore wieder schließen. In gemäßigeren klimatischen Zonen im Süden Frankreichs eröffnete das Armeeministerium zwei neue Lager: Rivesaltes und Saint-Maurice-l'Ardoise. Auch hier wurden die Ankommenden zunächst in Zelten untergebracht. In Rivesaltes begann man erst im Oktober mit dem Bau von Baracken, weshalb die Familien den Winter in Zelten verbringen mussten. Auch in Saint-Maurice-

7 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

8 Ibid.

9 Offiziell handelte es sich nicht um Lager, sondern um sogenannte *centres d'hébergement* und *cités d'accueil*. In der Forschung wird jedoch einheitlich der Begriff »Lager« verwendet. Wie Langelier nachweist, handelte es sich um Internierungslager, für die jedoch die rechtliche Grundlage fehlte: LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 24–28.

l'Ardoise waren nur wenige Unterkünfte vorhanden, weshalb zügig gebaut werden musste¹⁰.

Sehr bald offenbarten sich innerhalb und außerhalb der Lager Probleme, in deren Folge die Behörden die ehemaligen Hilfssoldaten zum Sicherheitsproblem erklärten. Bereits im Juni wusste der Präfekt des Departements Aveyron von Sicherheitsproblemen zu berichten, die durch das Lager in Larzac entstanden. Er beklagte, dass das Lager nach allen Richtungen geöffnet sei, da dadurch die Bewohner Larzacs »sous prétexte qu'il s'agit d'hommes libres« die Möglichkeit hatten, sich in der Nachbarschaft herumzutreiben¹¹. Sie verbrachten ihre Zeit in den Cafés und teilweise sogar die Nächte in Hotels. Zudem verließen einige ohne Erlaubnis das Lager, um sich selbst eine Bleibe zu suchen¹². Im Juli besuchte General Pierre Dunoyer de Segonzac, Direktor des zentralen Diensts der sozialen Aktivitäten der Armee, das Lager in Larzac, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen, und berichtete anschließend von erheblichen Disziplinproblemen. Er bemängelte unter anderem das enge Zusammenleben von Familien und ledigen Männern, von denen einige regelmäßig Prostituierte in das Lager holten. Viele der Lagerbewohner suchten zudem ihr Glück in der Illegalität und verfügten über große Mengen Geld, dessen Herkunft nicht nachzuverfolgen sei. Gleichzeitig sei eine arbeitsverweigernde Haltung zu konstatieren. Die ehemaligen Hilfssoldaten nützten die Arbeitseingliederungsmaßnahmen nicht. Der General kam zu dem Schluss, es bedürfe eines »effort énorme d'éducation et d'adaptation fermement dirigée«, um »une masse d'étrangers« in die Nation zu integrieren. Nur eine »discipline militaire« könne die Missstände im Lager beseitigen¹³.

Der Armeeminister reagierte auf den Bericht des Generals und warnte das Staatssekretariat für Repatrierte vor »sérieuses difficultés de tous ordres«. Es verbreite sich zunehmend die Ansicht unter den ehemaligen Hilfssoldaten, ihnen stehe eine kostenlose Unterbringung und Versorgung zu, was zu einer arbeitsverweigernden Haltung führe¹⁴. Um gegen dieses Problem vorzugehen, beschloss man schließlich, das Staatssekretariat für Repatrierte sollte für die Suche nach Arbeit und Unterkunft sowie für Arbeitseingliederungsmaßnahmen

¹⁰ Aderahmen MOUMEN, Camp de Rivesaltes. Camp de Saint-Maurice-l'Ardoise. L'accueil et le reclassement des harkis en France (1962–1964), in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 105–119, hier S. 105–107.

¹¹ Télégramme préfet Rodez au ministre de l'Intérieur, 16.6.1962, AN: vers. 19910467/2.

¹² Le préfet de l'Aveyron à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés/monsieur le ministre de l'Intérieur, 16.6.1962, ibid.

¹³ Ministère des Armées, service central de l'action sociale des armées, 17.7.1962, AN: F1a/5140.

¹⁴ Le ministre des Armées à monsieur le secrétariat d'État aux rapatriés, 24.7.1962, ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zuständig sein, während das Armeeministerium die Betreuung der Lagerbewohner in Verwaltungs- und Gesundheitsangelegenheiten sowie in sozialen Fragen regeln sollte. Im Lager setzte sich mit dieser Regelung die geforderte militärische Kontrolle durch. Jedes Lager wurde von einem Offizier kommandiert, der gemeinsam mit seinem ihm zur Verfügung gestellten militärischen Personal das gesamte Lagerleben von der Essenszuteilung bis zur medizinischen Kontrolle regelte¹⁵.

Trotz dieser Regelungen erreichten den Premierminister nach der Eröffnung des Lagers in Rivesaltes ähnliche Beschwerden wie zuvor aus dem Département Aveyron. Pompidou forderte daraufhin den zuständigen Armeeminister im Dezember 1962 dazu auf, die Kontrolle zu verstärken. Er kritisierte, dass den »réfugiés« zu wenig Disziplin auferlegt würde, was insbesondere in Rivesaltes aufgrund der Nähe zu Perpignan, wo sich bereits verschiedene Zwischenfälle ereignet hatten, dringend erforderlich sei. Aus diesem Grund ordnete er an, den Ausgang der Lagerbewohner zu kontrollieren. Nur noch wenn dringende Gründe vorlägen, sollten sie das Lager verlassen dürfen. Gleichzeitig solle man sie innerhalb des Lagers besser beschäftigen. Neben den bereits bestehenden Arbeitseingliederungsmaßnahmen sah der Premierminister in den andauernden Arbeiten zum Aufbau des Lagers eine Möglichkeit, die Bewohner zu beschäftigen. Durch diese Arbeit im Lager seien sie nicht nur beschäftigt, sondern hätten zudem die Möglichkeit, ihr eigenes Geld zu verdienen. Pompidou hob hervor, dass all diese Maßnahmen im Interesse der »réfugiés«, »habitues à une organisation de type militaire comportant un encadrement solide« lägen¹⁶.

Die regierungsinternen Überlegungen zur Unterbringung der Hilfssoldaten zeigen ebenso wie die Überlegungen zu deren Einreise nach Frankreich, dass sie nicht als Repatrierte sondern als Flüchtlinge angesehen wurden. Man betrachtete sie als eine Gruppe »d'étrangers«, die strenge Kontrolle und militärische Disziplin benötigte, um sich an ein Leben in Frankreich zu gewöhnen. Dabei ging man so weit, mit dem Argument, die – wie Pompidou sie bezeichnete – »réfugiés« stellten ein Sicherheitsproblem dar, pauschal ihre Freizügigkeit einzuschränken. Während Pompidou im April noch von »ces rapatriés« gesprochen hatte, sah er die Hilfssoldaten nun im November 1962 als Flüchtlinge an. Dies ist umso interessanter, als sie zu diesem Zeitpunkt unter bestimmten Umständen bereits offiziell als Repatrierte angesehen wurden. Die Hilfssoldaten, die offiziell vom französischen Militär nach Frankreich gebracht worden waren, bekamen die Möglichkeit, nach ihrer Ankunft in Frankreich die

15 SFIM. Note, ohne Datum [in dem Schreiben ist davon die Rede, dass die genannten Regelungen seit dem 3. August 1962 gelten], AN: vers. 19920149/1.

16 Le Premier ministre à monsieur le ministre des Armées, 8.12.1962, AN: vers. 19910467/1.

französische Staatsbürgerschaft zu beantragen, um anschließend als Repatriierte anerkannt zu werden¹⁷. In den Lagern wurden die Hilfssoldaten und deren Familien in einem Eilverfahren eingebürgert¹⁸. Laut Angaben des Ministeriums für Repatriierte hatte zu Beginn des Jahres 1963 »la quasi-totalité des supplétifs encore dans les camps« die französische Staatsbürgerschaft beantragt¹⁹. Somit waren sie offiziell den repatriierten europäischen Siedlern gleichgesetzt, was sich jedoch weder in der politischen Praxis noch im Diskurs niederschlug. Selbst der oberste Regierungsvertreter Pompidou bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien in offiziellen Schreiben als »réfugiés« und forderte, ihnen als Gruppe die Freizügigkeit und damit eines der Grundrechte zu entziehen.

Obwohl sie ab September offiziell als Repatriierte galten, waren die ehemaligen Hilfssoldaten weiterhin von der *loi Boulin* ausgeschlossen. In der Forschung herrscht Konsens darüber, dass die Regierung sich im Umgang mit den Hilfssoldaten schon allein dadurch vom universalistischen Prinzip entfernte, dass rechtlich zwei verschiedene Kategorien von Repatriierten existierten. Die rechtliche Sonderstellung der Muslime Algeriens wurde fortgeführt, indem sprachlich unterschieden wurde zwischen den *Français rapatriés d'origine européenne* und den *Français musulmans rapatriés*, auch bezeichnet als *Français rapatriés d'origine nord-africaine* oder als *rapatriés musulmans*²⁰. Gemäß der *loi Boulin* hatten alle Repatriierten Anspruch auf berufliche Wiedereingliederung. Allerdings konnten die ehemaligen Hilfssoldaten diesen Anspruch nicht geltend machen, da sie größtenteils aus dem ländlichen Proletariat stammten und zudem aufgrund ihrer rechtlichen Sonderstellung in Algerien nur selten über offizielle Dokumente zu Beruf und Besitz verfügten. Somit waren sie de facto von der Wiedereingliederung nach der *loi Boulin* ausgenommen²¹. Stattdessen plante die Regierung, ihnen zentral Arbeitsplätze zuzuweisen. Die Präfekten waren angehalten, in ihren jeweiligen Departements nach offenen Stellen in Industrie und Landwirtschaft und nach entsprechenden Unterkünften zu suchen. Erst nachdem der Präfekt nachweisen konnte, Arbeit und Unterkunft

17 SCIOLDO-ZÜRCHER, Les harkis, S. 93f.

18 LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 53–56.

19 Ministère des Rapatriés, Entwurf eines Rundschreibens, ohne Datum [aus dem Schreiben geht hervor, dass es zwischen Dez. 1962 und März 1963 verfasst wurde], AN: vers. 19920149/1.

20 SCIOLDO-ZÜRCHER, Les harkis, S. 90–92; LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 14–21.

21 Ibid., S. 94.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

gefunden zu haben, durften die Hilfssoldaten mit ihren Familien das Lager verlassen und zu ihrem neuen Bestimmungsort reisen²².

Das Innenministerium begründete dieses Vorgehen mit Sicherheitsrisiken im Kontext des Algerienkriegs. Man sah die Gefahr, die ehemaligen Hilfssoldaten könnten sich mithilfe von der OAS nahestehenden Offizieren oder europäischen Repatriierten in Frankreich niederlassen. Aus diesem Grund wies das Innenministerium darauf hin, genau zu beobachten, wo sich die ehemaligen Hilfssoldaten niederließen, und auf ihre »liens avec les éléments d'extrême droite« zu achten, damit Aufständische in ihnen keine Rekruten fänden²³. In einigen Departements folgten die Präfekten streng diesen Vorgaben des Innenministeriums und beobachteten genau, wer sich bereit zeigte, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit und Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Im Departement Tarn folgten mehrere Landbesitzer dem Aufruf des Präsidenten der Union syndicale de la propriété agricole tarnaise und erklärten sich bereit, mehrere ehemalige Hilfssoldaten zu beschäftigen und ihnen eine Unterkunft zu stellen²⁴. Der Präfekt verweigerte ihnen jedoch die nötigen Papiere. Vom Staatssekretär für Repatrierte um eine Stellungnahme zu diesem Sachverhalt gebeten, gab er an, grundsätzlich nichts gegen die Ansiedlung von ehemaligen Hilfssoldaten in seinem Departement zu haben, sondern sich lediglich an die Vorgaben zu halten, diese nicht »à des particuliers ou à des groupements partisans comme un moyen de propagande à des fins politiques« zur Verfügung zu stellen. Die regierungsfeindliche Haltung des Vorsitzenden des besagten Verbandes sei bekannt und es stehe zu vermuten, dass dieser »sous couvert de bienfaisance« die Hilfssoldaten zu politischen Zwecken instrumentalisieren wolle²⁵.

Mehrheitlich zögerten die Präfekten jedoch aus einem anderen Grund, Hilfssoldaten in ihrem Departement aufzunehmen. Viele gaben an, sie könnten die Sicherheit der ehemaligen Hilfssoldaten nicht in Gegenden gewährleisten, in denen die algerischen Arbeiter unter der Kontrolle des FLN stünden²⁶. Die Verantwortlichen versuchten gegen dieses Problem vorzugehen, indem sie den ehemaligen Hilfssoldaten in der Arbeitsplatzvergabe Vorrang gegenüber den algerischen Arbeitsmigranten einräumten. Im November richtete sich der SFIM

22 Préfet du Tarn au secrétariat d'État aux rapatriés, 14.9.1962, AN: vers. 19920149/5. In diesem Schreiben beklagte der zuständige Präfekt, dass er in mehreren Fällen übergangen worden sei.

23 Transfert des harkis en métropole, unterzeichnet Jean Gouazé, ohne Datum [wahrscheinlich Juni 1962], AN: vers. 19910467/2.

24 Union syndicale de la propriété tarnaise au secrétariat d'État aux rapatriés, 3.9.1962, AN: vers. 19920149/5.

25 Préfet du Tarn au secrétariat d'État aux rapatriés, 14.9.1962, *ibid*.

26 SFIM. Note à l'attention de M. Boulin, 31.8.1962, AN: vers. 19920149/1.

an das Arbeitsministerium und betonte, dass der »*afflux de main-d'œuvre musulmane*« die Suche nach Arbeitsplätzen für ehemalige Hilfssoldaten erschwere. Die Arbeitgeber bevorzugten die Arbeitsmigranten, da diese ohne ihre Familien nach Frankreich kämen und somit leicht unterzubringen seien. Zudem seien sie besser in den Fabriken zu integrieren, da die muslimische Arbeiterschaft sie besser aufnehme, beklagte der SFIM. Zwei Forderungen leitete die Behörde aus dieser Beobachtung ab: Langfristig solle man dieses Problem durch die Regulierung der Arbeitsmigration von Algeriern lösen. Kurzfristig solle man den Hilfssoldaten in der Beschäftigung Vorrang einräumen²⁷. Pompidou wandte sich im Dezember 1962 an alle Präfekten und forderte deren Engagement bei der »*insertion dans la vie métropolitaine d'environ 15 000 réfugiés musulmans*«. Die Integration dieser »*réfugiés*« sei das dringlichste Problem »*parmi les problèmes posés par la main-d'œuvre algérienne*«. Man müsse ihnen Vorrang in der Arbeitsplatzvergabe gegenüber der »*immigration algérienne traditionnelle*« einräumen²⁸.

Mit dieser Politik sicherte sich Pompidou die Unterstützung zahlreicher Präfekten. Der Präfekt des Departements Meuse vermerkte, man müsse auf höchster Ebene nur entscheiden, die algerischen Arbeiter nach Algerien zurückzuschicken, dann könne man sie in naher Zukunft durch ehemalige Hilfssoldaten ersetzen²⁹. In dieser Idee spiegelt sich das allgemeine Misstrauen wider, das nach dem Ende des Algerienkriegs gegenüber den Algeriern in Frankreich vorherrschte. Einem Bericht des SFIM zufolge war dieses Misstrauen nach dem Ende des Algerienkrieges allgegenwärtig. Die Arbeitgeber stuften Algerier aufgrund der politischen Geschehnisse als unzuverlässig ein. Aus diesem Grund gingen diesem Bericht zufolge viele Arbeitgeber dazu über, bevorzugt auf spanische, portugiesische oder marokkanische Arbeiter zu setzen³⁰. Da auch diese Arbeiter eine Konkurrenz für die ehemaligen Hilfssoldaten darstellten, wurde die von Pompidou geforderte Privilegierung präzisiert. Das Staatssekretariat für Repatrierte wies in einem Rundschreiben darauf hin, dass die ehemaligen Hilfssoldaten mehrheitlich französische Staatsbürger seien. Dadurch profitierten sie automatisch von dem Vorrang, der französischen Staatsbürgern bei der Arbeitsplatzvergabe gewährleistet würde, hieß es in die-

27 SFIM, 21.11.1962, AN: vers. 19920149/2.

28 Le Premier ministre à messieurs les préfets, 21.12.1962, AN: vers. 19920149/1.

29 Le préfet de la Meuse à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, 19.12.1962, AN: vers. 19920149/4.

30 SFIM. Rapport de l'inspecteur régional, 1.4.1964, AN: vers. 19920149/2.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sem Rundschreiben³¹. Während der Regierungschef sie selbst in Rundschreiben als Flüchtlinge bezeichnete, erinnerte das Staatssekretariat für Repatriierte die Präfekten an die französische Staatsbürgerschaft der ehemaligen Hilfssoldaten, um ihnen so schnell wie möglich Arbeit zu verschaffen.

Das größte Hindernis dabei stellte jedoch nicht die Konkurrenz mit den algerischen Arbeitsmigranten dar, sondern die Tatsache, dass die Vergabe von Arbeitsplätzen an die Bereitstellung einer Unterkunft geknüpft war, gegebenenfalls für eine ganze Familie. Die verschiedenen Präfekten meldeten häufig an den SFIM, dass es Beschäftigungsmöglichkeiten gebe, jedoch keine Unterbringungsmöglichkeiten³². Es herrschte insgesamt in Frankreich zu dieser Zeit eine Wohnungsnot, die durch die Integration der europäischen Siedler aus Algerien dramatisch verschärft wurde. Um die Unterbringung dieser repatriierten Siedler zu gewährleisten, griff man auf den sozialen Wohnungsbau zurück und stellte ihnen *habitations à loyer modéré* (HLM) zur Verfügung. Die interministerielle Kommission unter der Führung Massenet hatte im April 1962 vorgeschlagen, in den HLM auch Wohnungen für muslimische Hilfssoldaten zu reservieren. Es sollten allerdings nicht mehr als zehn Prozent der Wohnungen an Muslime vergeben werden, da ansonsten die Integration in die französische Gesellschaft erschwert werde³³. Dieser Vorschlag der Kommission wurde jedoch nicht umgesetzt. Innerhalb der einzelnen Departements sprach man sich mehrheitlich dafür aus, dass die Société nationale de construction de logements pour les travailleurs d'Algérie (Sonacotra) Wohnungen für die muslimischen Hilfssoldaten stellen sollte³⁴. Dadurch wurden die Hilfssoldaten erneut in den Kontext der Arbeitsmigration gerückt und nicht wie französische Staatsbürger behandelt.

Aus dem im August 1962 beschlossenen Programm, in dessen Rahmen dreißig Prozent der HLM Repatriierten zur Verfügung gestellt wurden, nahm man die Hilfssoldaten explizit aus, wie Laure Pitti zeigt. Noch 1964 präzisierte der damalige Minister für Repatriierte François Missoffe, die Hilfssoldaten seien zwar als Repatriierte anzusehen, die europäischen Repatriierten hätten jedoch bei der Wohnungsvergabe Vorrang. Pitti deutet diese Vergabepaxis als Fortset-

31 Ministère des Rapatriés, Entwurf eines Rundschreibens, ohne Datum [aus dem Schreiben geht hervor, dass es zwischen Dez. 1962 und März 1963 verfasst wurde] AN: vers. 19920149/1.

32 SFIM. Étude des rapports des commissions départementales de reclassement, ohne Datum, AN: vers. 19920149/2.

33 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2. Vgl. zu der Sonacotra Marc BERNARDOT, Chronique d'une institution. La Sonacotra, 1956–1976, in: Sociétés contemporaines, 33/34 (1999), S. 39–58.

34 SFIM: Étude des rapports des commissions départementales de reclassement, ohne Datum, AN: vers. 19920149/2.

zung kolonialer Praktiken innerhalb der Verwaltung. Wie bereits im kolonialen Algerien werde den Europäern Vorrang vor den Muslimen eingeräumt³⁵. Diese klar im Widerspruch zur universalistischen Idee stehende Handhabung verschärfte sich weiter, da Zuständige vor Ort sich teils weigerten, Wohnungen an Muslime zu vergeben. In einer Versammlung des SFIM wies man darauf hin, dass in dem Ort Fameck im Departement Moselle 153 dieser Wohnungen nicht besetzt worden seien. Weder die für die HLM zuständigen Gesellschafter noch die kommunalen Behörden seien jedoch bereit, muslimische Repatriierte zu akzeptieren³⁶. So erschwerte zusätzlich zu den kolonialen Strukturen, die zur systematischen Bevorzugung europäischer Repatriierter führte, der rassistische Blick der Verantwortlichen vor Ort die Zuteilung von Wohnungen an ehemalige Hilfssoldaten.

Auch der Bau von Wohnungen für diese Gruppe durch die Sonacotra stieß auf der kommunalen Ebene auf Widerstand und verzögerte sich dadurch. Mit unterschiedlichen Begründungen sprach man sich in Kommunen gegen derartige Bauvorhaben aus. Aus dem Departement Seine-et-Oise äußerten die Behörden bezüglich des geplanten Baus von Unterküften in der Gemeinde Conflans-Sainte-Honorine die Sorge, mit hohen sozialen Kosten konfrontiert zu werden, ohne dass die Hilfssoldaten der Gemeinde einen Vorteil brächten. Zudem trug man auch in diesem Fall die Sorge vor, es könne zu Konflikten zwischen den Hilfssoldaten und den in der Gemeinde bereits ansässigen algerischen Migranten kommen³⁷. Gerade das Beispiel Conflans-Sainte-Honorine verdeutlicht jedoch, wie sich hinter den von der Gemeinde vorgebrachten Argumenten rassistische Denkweisen verbargen. Ein Journalist der Zeitschrift »L'Express« forderte den Bürgermeister der Kommune auf, seine ablehnende Haltung näher zu begründen. Auf den Hinweis, dass die Baukosten nicht von der Gemeinde zu tragen seien, reagierte dieser mit einem Verweis auf die Bildungskosten, die auf die Gemeinde zukommen würden. »Ces gens-là« hätten »je ne sais pas combien de gosses. Sept ou huit chacun, peut-être«. Zudem habe er gehört, dass sie mehrere Frauen hätten. Er habe nichts gegen »les harkis ou supplétifs« und nehme gerne drei oder vier Familien auf. Zu mehr sei er jedoch nicht bereit. Auf die Nachfrage, was mit den Hilfssoldaten passieren solle, wenn alle kommunalen Verantwortlichen seine Haltung einnähmen, hatte er keine passende Antwort: »Je ne sais pas. C'est un problème national. Qu'on les mette ailleurs. Pas à Conflans«³⁸. Der Bürgermeister äußerte die Befürchtung, es könne sich in

35 PITTI, De l'histoire coloniale, S. 84.

36 Réunion du 10 mars 1966 au S.F.I. M., 25.3.1966, AN: vers. 20120054/84.

37 Note concernant la réquisition à Conflans-Sainte-Honorine d'un terrain au profit de la Sonacotra, 22.2.1963, AN: vers. 19920149/2.

38 Michel VLANEY, Les harkis de Conflans, in: L'Express, 7.3.1963.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

seiner Gemeinde eine Gruppe herauskristallisieren, die sich von den anderen Bürgern der Gemeinde unterscheidet. Er schrieb den muslimischen Hilfssoldaten eine zu große kulturelle Differenz und damit die Unfähigkeit zur Assimilation zu und lehnte mit dieser Begründung ihre Aufnahme ab. Er sprach mit dieser Argumentation den muslimischen Hilfssoldaten aufgrund einer unterstellten und verabsolutierten zu großen kulturellen Differenz die Zugehörigkeit zur Französischen Republik ab.

Da die Behörden auf verschiedene Schwierigkeiten stießen, Unterbringungen für die ehemaligen Hilfssoldaten zu finden, kam im Sommer 1962 die Idee auf, die ehemaligen Hilfssoldaten im Süden Frankreichs als Waldarbeiter einzusetzen. Das Landwirtschaftsministerium benötigte in diesem Bereich dringend Arbeitskräfte. Zudem konnte die Unterbringungsfrage hier relativ leicht gelöst werden. In Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte sollten verlassene Häuser renoviert und einfache Fertighäuser für die Hilfssoldaten gebaut werden³⁹. Die Initiatoren dieses Projektes sahen sich jedoch mit dem Vorwurf konfrontiert, das Projekt zielt auf eine Isolation der ehemaligen Hilfssoldaten ab. Der SFIM setzte sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr und verteidigte sein Projekt. Man wolle die Hilfssoldaten nicht in gering besiedelten Gebieten verstecken, sondern sie in die französische Gemeinschaft integrieren. Man setzte den Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums in die Tat um, da diese Arbeit und diese Unterbringung »aux aptitudes et aux possibilités d'une grande partie de ces harkis à vocation montagnarde ou pastorale« entsprechen⁴⁰. Acht Monate im Jahr sollten die Hilfssoldaten als Waldarbeiter eingesetzt werden. Für die restliche Zeit wurden weitere Beschäftigungen geschaffen, die »aux aptitudes et aux possibilités« der Bewohner angepasst sein sollten. Die Hilfssoldaten und deren Familien sollten teils auf Selbstversorgung setzen und Gemüse anpflanzen. Auch Schafzucht war vorgesehen. Damit auch die Frauen ihren Teil zum Lebensunterhalt beitragen könnten, sollten diese als Kunsthandwerkerinnen tätig werden und traditionelle Töpfer- und Webarbeiten produzieren⁴¹. Man wich mit diesem Projekt von der Idee der Integration nach universalistischem Prinzip ab und ging von einer kulturellen und sozialen Besonderheit der Hilfssoldaten aus, der man Beachtung schenkte.

Auch die Verantwortlichen selbst befürchteten, das Leben und Arbeiten in den abgeschiedenen Walddörfern könne die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Gesellschaft erschweren. Der für Repatriierte ver-

³⁹ Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés à monsieur le ministre des Finances et des Affaires économiques, 27.9.1962, AN: vers. 19920149/1.

⁴⁰ SFIM, 4.8.1962; AN: vers. 19920149/1.

⁴¹ SFIM, ohne Datum [Anfrage für Budget 1963, also wahrscheinlich 2. Hälfte 1962], AN: vers. 19920149/3.

antwortliche Minister forderte, man müsse verhindern, dass »ces groupes ethniques« noch weiter isoliert würden⁴². Um die Integration der Hilfssoldaten trotz deren räumlicher Isolation zu gewährleisten, wurde ein perfektes Zusammenspiel der Behörden und der Verantwortlichen vor Ort gefordert. In jedem Departement, in dem die Hilfssoldaten in Walddörfern untergebracht waren, setzte der SFIM einen Inspektor ein, der als Bindeglied zwischen dem SFIM und den Verantwortlichen vor Ort die »intégration de ces réfugiés dans la communauté métropolitaine« kontrollieren sollte. Um dies zu gewährleisten, sollten diese Inspektoren über eine »connaissance approfondie des milieux musulmans« verfügen⁴³. Konkret bedeutete dies, dass für diese Aufgabe in erster Linie ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs oder der Kolonialverwaltung rekrutiert wurden. Auch die Verantwortlichen vor Ort wurden aus diesem Milieu rekrutiert. Jedes Walddorf sollte der Führung eines Unteroffiziers übergeben werden, der sowohl für Fragen der Sicherheit und der Kontrolle als auch für soziale Fragen zuständig sein sollte⁴⁴. Wie auch in den Lagern, waren die Zuständigen der Walddörfer ebenfalls für alle Lebensbereiche der Bewohner und zugleich für deren Kontrolle zuständig. Dadurch setzte sich in den Walddörfern ebenfalls ein auf Kontrolle beruhendes System durch.

Von Beginn an waren die Walddörfer wie die Lager lediglich als Übergangslösung gedacht. Die Familien sollten nur einige Zeit dort verbringen, bis sie sich an das Leben in Frankreich so weit angepasst hätten, dass ihnen eine Arbeitsstelle vermittelt werden könnte. Dies sollte nicht zu lange dauern. Bei einem zu langen Aufenthalt in den Walddörfern sah man im Ministerium für Repatriierte die Gefahr, dass sich die Hilfssoldaten dauerhaft auf eine »misère subventionnée« einstellen und nicht mehr in der Lage sein könnten, eigenständig ihren Lebensunterhalt zu sichern⁴⁵. Aus diesem Grund war der jeweilige Inspektor in den Departements angehalten, weiterhin nach Arbeitsplätzen und Unterkünften für die Bewohner der Walddörfer zu suchen⁴⁶.

Bis 1964 wurde nach Arbeitsplätzen und Unterkünften gesucht. Dann wurde diese Aufgabe offiziell für erledigt erklärt. Das Lager von Rivesaltes wurde geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich dort noch 178 Familien sowie 31 unverheiratete Männer. Sie wurden als »incassables«, als nichtvermit-

⁴² Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés. Chantiers forestiers, rôle des inspecteurs, 19.12.1962, *ibid*.

⁴³ SFIM. Consignes du sous-officier détaché au chantier de forestage, 4.12.1962, *ibid*.

⁴⁴ *Ibid*.

⁴⁵ Le ministre des Rapatriés à monsieur le ministre des Finances et des Affaires économiques, 14.9.1963, *ibid*.

⁴⁶ Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés. Chantiers forestiers, rôle des inspecteurs, 19.12.1962, *ibid*.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

telbar angesehen⁴⁷. Viele der dieser Gruppe zugeordneten Hilfssoldaten waren zu alt oder wurden aus anderen Gründen als arbeitsunfähig angesehen. Immer wieder wurde auch ein Alkoholproblem als Grund für die Einstufung eines ehemaligen Hilfssoldaten als »incassable« angegeben⁴⁸. Anlässlich einer Versammlung im Lager in Saint-Maurice-l'Ardoise wurde 1965 ein »incassable« folgendermaßen definiert: »l'individu possédant la nationalité française, inadapté et inadapté sans que son instabilité atteigne le seuil pathologique«⁴⁹. Sie hatten demnach die französische Staatsbürgerschaft, ihnen wurde jedoch von offizieller Stelle bescheinigt, dass sie nicht in der Lage seien, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren. Diese ehemaligen Hilfssoldaten wurden gemeinsam mit ihren Familien dauerhaft in den verbleibenden Lagern untergebracht. Nachdem das Lager in Rivesaltes 1964 geschlossen wurde, blieb noch das Lager in Saint-Maurice-l'Ardoise sowie das Lager in Bias, das zuvor speziell für die nicht vermittelbaren Hilfssoldaten errichtet worden war. Das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise wechselte mit diesem Schritt seinen offiziellen Status. War es zuvor ein *camp militaire de reclassement et recasement* gewesen, galt es ab Ende 1964 als *cité d'accueil et d'hébergement*. Somit verdeutlichte bereits der offizielle Status, dass dieses Lager nun dauerhaft das Zuhause derjenigen werden sollte, denen man von offizieller Seite nicht zutraute, eigenständig in Frankreich Fuß zu fassen. Obwohl sich der offizielle Status geändert hatte, blieb die Grundstruktur des Lagers erhalten. Die Bestimmungen, die 1962 erlassen worden waren, um das Leben in den Lagern in Larzac und Bourg-Lastic zu regeln, blieben in Kraft. Es wurden nun dauerhaft alle Lebensbereiche der Bewohner fremdbestimmt und eine militärische Disziplin eingefordert. Charbit bezeichnet die Lager auf der Theorie des Soziologen Erving Goffman aufbauend als totale Institution, in denen eine Gruppe Individuen abgeschnitten von der Außenwelt lebte. Ursprünglich als Provisorium geschaffen und mit Regelungen ausgestattet, die in erster Linie aus sicherheitspolitischen Überlegungen resultierten, blieben diese provisorischen Regelungen nun dauerhaft in Kraft. Eine Gruppe Menschen, denen nicht zugetraut wurde, ein eigenständiges Leben zu führen, wurde dort dauerhaft isoliert und jeglicher Eigeninitiative beraubt⁵⁰.

Das Beispiel der als »incassables« eingestuften Hilfssoldaten zeigt besonders deutlich, was sich nach dem Ende des Krieges als Leitmotiv durch das Integrationskonzept der französischen Regierung zog. Die Regierung verlieh

⁴⁷ Note à monsieur le préfet, 9.5.1964, AN: vers. 19920149/1.

⁴⁸ Renseignements communiqués par le service des rapatriés de Seine-et-Marne, 31.5.1963, AN: vers. 19920149/2.

⁴⁹ Monsieur le préfet, chef du service du reclassement des Français musulmans, 26.5.1965, AN: vers. 19920149/1.

⁵⁰ CHARBIT, Un petit monde colonial.

den ehemaligen Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft, die diese mit der Unabhängigkeit Algeriens verloren hatten. Sie galten jedoch weiterhin als Flüchtlinge, was sich sowohl im Sprachgebrauch als auch in den politischen Entscheidungen niederschlug. Die Behörden entzogen ihnen Grundrechte wie das Recht auf Freizügigkeit und verwehrten ihnen die Möglichkeit, selbst über ihr Leben zu bestimmen. Wenngleich dies unter anderem mit sicherheitspolitischen Überlegungen begründet wurde, wird dadurch sichtbar, in welchem Maße der koloniale Gedanke der *mission civilisatrice* in die Integrationspolitik hineingetragen wurde. Die Regierung wich vom universalistischen Integrationsprinzip ab und setzte auf eine kontrollierte Assimilation der als rückständig angesehenen agrarisch geprägten muslimischen Bevölkerung. Charbit zufolge ermöglichten insbesondere personale Kontinuitäten diese Fortsetzung kolonialer Praktiken. Nicht nur die Zuständigen in Militär und Verwaltung kamen aus dem kolonialen Kontext, sondern auch das Personal in den Lagern wurde nach diesem Kriterium ausgewählt⁵¹. Dass die Arbeitseingliederungsmaßnahmen auch am Misstrauen der jeweiligen regionalen und kommunalen Verantwortlichen scheiterten, zeigt jedoch, dass nicht nur die direkt Verantwortlichen von diesem kolonialen Blick geprägt waren. Auf verschiedenen Ebenen betonten die Verantwortlichen im Hinblick auf die Bevölkerung Nordafrikas die kulturelle Differenz und versuchten mit diesem Argument, die Anzahl der nordafrikanischen Muslime in Frankreich zu beschränken. Aus diesem Grund weigerten sich Kommunen, Hilfssoldaten aufzunehmen, und aus diesem Grund versuchte man auf höchster Ebene, die Freizügigkeit zwischen Algerien und Frankreich einzuschränken und die Arbeitsmigration zu reglementieren. Gegenüber den Arbeitsmigranten wurden die Hilfssoldaten bevorzugt, hatten sie doch im Algerienkrieg nicht den FLN, sondern die französische Seite unterstützt. Man verwies stets dann auf die französische Staatsbürgerschaft der Hilfssoldaten, wenn dies als Argument herangezogen werden konnte, um die Arbeitsmigration aus Algerien zu begrenzen. Die Arbeitsmigranten verfügten nicht über die französische Staatsbürgerschaft und es wurde erwartet, dass sie nach Algerien zurückkehren würden⁵². Die ehemaligen Hilfssoldaten konnten hingegen nicht nach Algerien zurückgeschickt werden, sondern waren nach Frankreich gekommen, um dort zu bleiben. Aus diesem Grund mussten sie integriert werden. Da man jedoch die kulturellen Differenzen als so gravierend erachtete, zweifelte man am Erfolg der Assimilation der Hilfssoldaten. Die Behörden befürchteten, es könne eine Gruppe von muslimischen Staatsbürgern entstehen, die auch im öffentlichen Raum als Gruppe auszumachen sei. Aus diesem Grund setzten sie

51 CHARBIT, Les harkis, S. 85f.

52 Yves LEQUIN, Les vagues d'immigration successives, in: DERS. (Hg.), Histoire des étrangers et de l'immigration en France, Paris 2006, S. 385–397, hier S. 396f.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

in Frankreich nun die Politik fort, die man in Algerien begonnen hatte, und versuchten die Hilfssoldaten und deren Familien zu »Français à part entière« zu erziehen. Dabei verließen sie den Weg des Universalismus, indem sie eine anhand ethnischer und religiöser Merkmale ausgemachte Gruppe von der gesellschaftlichen Teilhabe weitestgehend ausschlossen.

Erst Ende der 1960er Jahre begann die Regierung ihre Leitlinie zur Integration der Hilfssoldaten zu hinterfragen. Veränderungen in der Verwaltung leiteten diesen Prozess ein. Mit der Umstrukturierung des Sozialministeriums 1967 wurde der dem Innenministerium unterstellte SFIM abgeschafft und durch die *programmes sociaux en faveur des migrants* ersetzt, die der *direction de la population et de la migration* unterstanden. Mit dieser Umstrukturierung setzten die Behörden die ehemaligen Hilfssoldaten, deren Existenz bis jetzt auch administrativ direkt mit dem Algerienkrieg in Verbindung gebracht und in erster Linie als sicherheitspolitisches Problem angesehen wurde, auf der Verwaltungsebene mit Migranten gleich und erklärten sie zu einer sozialen Angelegenheit⁵³. Dass diese Umstrukturierung der sozialen Realität der ehemaligen Hilfssoldaten gerecht wurde, brachte die »enquête Servier« Anfang der 1970er Jahre zum Vorschein. Die Direktion der *programmes sociaux en faveur des migrants* gab im Dezember 1970 bekannt, auf nationaler Ebene eine großangelegte soziologische Studie zur Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Auftrag geben zu wollen⁵⁴. Der Ethnologe Jean Servier führte die Studie durch. Das CNMF, das den Anstoß zur Realisierung einer solchen Studie gegeben hatte und in Teilen deren Finanzierung übernahm, hatte ihn vorgeschlagen⁵⁵. Während die *direction de la population et de la migration* eine Studie zur Situation der ehemaligen Hilfssoldaten angekündigt hatte, realisierte Jean Servier de facto eine Studie zur Situation aller *Français musulmans*. Diese Gruppe definierte er folgendermaßen: »Personnes de nationalité française (et leurs enfants) déclarées de religion musulmane, au recensement de la population fait en 1968 par l'INSEE«⁵⁶. Zu diesem Zeitpunkt hatten nicht nur die ehemaligen Hilfssoldaten, sondern insbesondere auch die Vertreter der muslimischen Elite die französische Staatsbürgerschaft.

⁵³ CHARBIT, Les harkis, S. 94f.

⁵⁴ Direction de la population et de la migration. Programmes sociaux en faveur des migrants, enquête sur la situation des anciens supplétifs, 10.12.1970, AN: vers. 19870256/7.

⁵⁵ Im Vertragsentwurf wurde einleitend festgehalten, dass das CNMF beschlossen habe, eine solche Studie in Auftrag zu geben: Contrat de fourniture de travaux dans le domaine de la recherche et de l'analyse des questions sociales dans le milieu des Français musulmans, ohne Datum, AN: vers. 20120054/86.

⁵⁶ Jean Servier, Enquête sur les musulmans français. Premier rapport 1972, Première partie, S. 5, AN: vers. 19870256/7.

Servier kam zu dem Ergebnis, dass es in Frankreich insgesamt 174 884 Personen gebe, die dieser Gruppe zuzuordnen seien⁵⁷. Es handle sich hierbei nicht um eine Gruppe, die sich als solche verstehe. Es bestehe keine gemeinsame Identität, die sich aus ihrer Position während des Algerienkriegs ergebe. Vielmehr finde eine Identifikation über gemeinsame soziale Probleme statt. In diesem Kontext verwies er auf die sozialen Differenzen zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten, die die sozialen Probleme der nordafrikanischen Migranten teilten, und der muslimischen Elite⁵⁸. Auch unter den ehemaligen Hilfssoldaten sei eine Binnendifferenzierung vorzunehmen, betonte Servier. Er untersuchte diejenigen, die noch immer in den Lagern, in den Walddörfern und den Gebäuden der Sonacotra lebten, gesondert. Diese Gruppe umfasste ihm zufolge Ende der 1970er Jahre noch 16 000 Personen⁵⁹. Ein besonderes Augenmerk legte Servier auf die Probleme der zweiten Generation, den knapp 70 000 *Français musulmans* unter 17 Jahren, von denen 47 000 in Frankreich geboren waren⁶⁰. Unter dieser zweiten Generation machte Servier ein hohes Maß an Bildungsversagen aus⁶¹.

Die Erkenntnisse über diese beiden Missstände bewirkten, dass die Probleme der *Français musulmans*, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, wieder auf die politische Agenda gesetzt wurden. Verschiedene Abgeordnete forderten die zuständigen Ministerien zum Handeln auf. Der Abgeordnete Jean Chassagne, für den Wahlkreis Indre-et-Loire in der Nationalversammlung, wandte sich mit der Frage an den Premierminister, warum noch immer 200 000 »musulmans français« in den Walddörfern geparkt seien⁶². Eine weitere Anfrage bezog sich auf die »difficile situation matérielle et morale des musulmans français regroupés dans les hameaux de forestage«⁶³. Zudem wurde der Landwirtschaftsminister mit der Frage konfrontiert, welche Maßnahmen getroffen würden, um die ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer in den Walddörfern lebten, in die nationale Gemeinschaft zu integrieren⁶⁴.

57 Ibid., S. 1.

58 Ibid., S. 19.

59 Verteilt auf 36 verbleibende Walddörfer lebten noch 8200 ehemalige Hilfssoldaten inklusive deren Familien. In den *cités* lebten noch 6100 Personen und in den Lagern Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise noch 1700. Vgl. dazu *ibid.*, Deuxième partie.

60 Ibid., Première partie, S. 17.

61 Ibid., Deuxième partie, S. 3.

62 Premier ministre, secrétariat général du gouvernement, à monsieur le directeur de la population et des migrations, 20.9.1973, AN: vers. 19870256/7.

63 Ibid.

64 Questions écrites, in: France-Horizon 151 (1973), S. 9.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Die Regierung reagierte direkt nach der Veröffentlichung der Studie und rief im Herbst 1972 eine Arbeitsgruppe ins Leben, die sich speziell mit der Situation der *Français musulmans*, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten auseinandersetzte und Maßnahmen ausarbeitete, um deren Situation zu verbessern. Auf der Grundlage ihrer Arbeitsergebnisse verkündete der Sozialminister Edgar Faure Maßnahmen, um den ehemaligen Hilfssoldaten eine soziale Integration zu ermöglichen. Besonders schenkte er der »qualité de ›Français‹ des anciens supplétifs rapatriés d'Algérie« Beachtung⁶⁵. Sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden seien sich oftmals nicht der Tatsache bewusst, dass die ehemaligen Hilfssoldaten französische Staatsbürger seien, was zu Missverständnissen und bei den ehemaligen Hilfssoldaten zu einer Frustration führe, insbesondere da sie sich freiwillig auf der französischen Seite engagiert hätten⁶⁶. Der Premierminister Pierre Messmer griff diesen Umstand auf, indem er sich zunächst im Juni 1973 in einem Rundschreiben an alle Präfekten und Minister wandte, um diese daran zu erinnern, dass die »Français musulmans rapatriés [...] Français à part entière« seien und sie dementsprechend von »tous les droit attachés à cette dignité« profitierten⁶⁷. Darüber hinaus legte die Regierung einen Maßnahmenkatalog zur besseren Integration der ehemaligen Hilfssoldaten vor. Sie beschloss den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, um die Hilfssoldaten, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten, aufzunehmen. Um die Integration der zweiten Generation zu beschleunigen, plante die Regierung spezielle Bildungsprogramme⁶⁸.

Die Regierung erkannte mit diesen Maßnahmen das Scheitern der Idee an, die ehemaligen Hilfssoldaten unter der Aufsicht von Militärs an abgeschiedenen Orten langsam an das Leben in Frankreich zu gewöhnen. Man sah nun zehn Jahre später, dass aufgrund dieser Politik noch immer über zehntausend französischer Staatsbürger systematisch aus der französischen Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Zudem war man sich auch der Existenz einer zweiten Generation bewusst geworden, die großteils in den Lagern geboren war, teils auch ihre Kindheit dort verbracht hatte und für deren Integration eine spezielle Förderung notwendig war. Die Regierung versuchte nun durch soziale Programme sowie durch eine kontinuierliche Umsiedlung der nach wie vor konzentriert und abgeschieden lebenden Hilfssoldaten die bisherigen Fehler in der Integrationspolitik zu korrigieren. Gleichzeitig betonte sie, wie wichtig es sei, die fran-

⁶⁵ Ministère d'État chargé des Affaires sociales, Edgar Faure, au Premier ministre, Pierre Messmer, 8.3.1973, AN: 5AG2/249 (Hervorh. i. Orig.).

⁶⁶ Ibid.

⁶⁷ Zitiert nach: Le gouvernement envisage une série de mesures en faveur de harkis, in: France-Horizon 155 (1974), S. 5.

⁶⁸ Ibid.

zösische Staatsbürgerschaft der Hilfssoldaten hervorzuheben. Obwohl sie mit der Ausgrenzung und den Integrationsschwierigkeiten die sozialen Probleme der algerischen Migranten teilten, sollten sie nicht mit diesen gleichgesetzt werden.

Die Regierung zeigte mit den beschlossenen Maßnahmen zwar die Bereitschaft, den Kurs in der Integrationspolitik zu korrigieren, diese Korrekturen wurden jedoch nicht sofort sichtbar, zumal nicht alle Verantwortlichen von der Notwendigkeit der Kurskorrekturen überzeugt waren. Der Präfekt des Departements Lot-et-Garonne, in dem sich das Lager von Bias befand, reagierte auf das Rundschreiben des Premierministers vom Juni 1973, noch bevor die Regierung den beschlossenen Maßnahmenkatalog vorlegte, und rief eine Kommission ins Leben, die sich aus den verantwortlichen politischen Vertretern verschiedener Ebenen sowie der Lagerleitung und dem medizinischen und sozialen Personal des Lagers zusammensetzte. Diese Kommission traf sich vier Mal jährlich zu einer Arbeitssitzung, um über die Zukunft der *cité d'accueil* von Bias zu diskutieren⁶⁹. Die erste Sitzung, die im Oktober 1973 stattfand, eröffnete der Präfekt mit einem Lob der bisher erbrachten Integrationsleistungen. Es sei ideal, wenn die *cité d'accueil* nicht mehr benötigt wäre und die Integration abgeschlossen sei. Diese »idée généreuse« sei jedoch momentan noch nicht realisierbar. Verschiedene Probleme seien noch zu l sen⁷⁰. Der Präfekt sah zwar die Probleme bezüglich der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten, übte jedoch keine grundlegende Kritik an der Arbeit im Lager. Nach wie vor sah er die Lager als alternativlos an.

Man kam auf dieser ersten Arbeitssitzung gemeinsam zu dem Schluss, das größte Hindernis auf dem Weg zur Integration der Hilfssoldaten sei in den Einstellungen der männlichen zweiten Generation zu suchen. Die Zuständigen vor Ort konstatierten insgesamt »une certaine amertume« unter den Bewohnern sowie eine »méfiance vis- -vis des services administratifs«. Insbesondere jungen Männern schrieben die Mitglieder der Kommission eine feindselige Einstellung gegenüber den französischen Behörden und der Lagerverwaltung zu. Diese jungen Männer machten Behörden und Lagerverwaltung für das Unglück ihrer Eltern verantwortlich, so die Mitglieder der Kommission⁷¹. Nicht Fehler in der Integrationspolitik, sondern die ablehnende Haltung der jungen männlichen Lagerbewohner machte die Kommission als gr  stes Problem aus. Die

69 Le préfet de Lot-et-Garonne   monsieur le ministre du Travail, de l'Emploi et de la Population, 17.8.1973, AN: vers. 1987256/7.

70 Préfecture de Lot-et-Garonne. Visite de M. le préfet, centres d'accueil de Bias et Sainte-Livrade-sur-Lot, procès-verbal de la réunion de travail, 30.10.1973, AN: vers. 19870256/7.

71 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Hauptsorge der Verwaltung lag zu diesem Zeitpunkt darin, die Kontrolle im Lager nicht zu verlieren. Nicht nur das Misstrauen gegenüber der Verwaltung, sondern auch dass die Jugend sich zunehmend auf ihre muslimischen Wurzeln besann, wurde als Kontrollverlust gewertet. Man sah in dieser Haltung eine Gefahr für die angestrebte Assimilation der Lagerbewohner. Durch vermehrten Kontakt zu den Jugendlichen gedachte die Lagerverwaltung das Vertrauen der Jugend wiederzugewinnen, so die Kontrolle wiederzuerlangen und weiter den Weg der Assimilation verfolgen zu können⁷².

Als der von der Regierung beschlossene Maßnahmenkatalog bekannt wurde und somit klar war, dass das Lager geschlossen werden sollte, rückte das Verhalten der Söhne ehemaliger Hilfssoldaten zunächst in den Hintergrund. Es kristallisierten sich innerhalb der Kommission zunehmend divergierende Positionen der Regierungsvertreter und der Verantwortlichen vor Ort heraus. Auf der Sitzung im Januar 1974 verwies der anwesende Vertreter der *direction de la population et des migrations* bereits auf den Maßnahmenkatalog, der in Kürze vorgelegt werden solle. Er gab noch nicht alle Maßnahmen bekannt, bereitete jedoch die Lagerverwaltung darauf vor, dass einige Familien Bias verlassen würden. Bereits die Ankündigung, einige Familien in Sozialwohnungen umsiedeln zu wollen, löste Diskussionen darüber aus, ob die Bewohner in der Lage seien, das Lager zu verlassen. Eine der Sozialarbeiterinnen äußerte sich zu dieser Frage folgendermaßen: »Les chefs de famille sont des handicapés dont les moyens de vivre proviennent des prestations de la Sécurité sociale. Le travail ne les tente pas«⁷³. Die Verantwortlichen vor Ort hielten an der Notwendigkeit der Kontrolle und Betreuung in den Lagern fest, da sie den Hilfssoldaten Unselbstständigkeit zuschrieben. Der Präfekt hingegen folgte der Politik der Regierung und sah die Notwendigkeit für grundlegende Veränderungen in den Lagern. Er kritisierte unter anderem, dass das Lager noch immer von Zäunen umgeben war, und betonte, welche negative Symbolwirkung von diesen Zäunen ausgehe. Um dem entgegenzuwirken, setzte er nicht nur die Entfernung der Zäune durch, sondern forderte die Lagerverwaltung auf, Blumen zu pflanzen, wo einst die Zäune standen⁷⁴.

Mit der Veröffentlichung des beschlossenen Maßnahmenkatalogs im Januar 1974 mussten sich auch die Verantwortlichen vor Ort damit abfinden, dass die Schließung des Lagers in greifbare Nähe gerückt war. Von nun an bestand die Hauptaufgabe der Kommission darin, die Umsiedlung der Lagerbewohner zu organisieren. Dabei mussten zwei Probleme gelöst werden: Da man

⁷² Ibid.

⁷³ Préfecture de Lot-et-Garonne. Visite de M. le préfet, centres d'accueil de Bias et Sainte-Livrade-sur-Lot, procès-verbal de la réunion de travail, 15.1.1974, *ibid.*

⁷⁴ Ibid.

davon ausging, dass viele Familien außerhalb der Lager mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben würden, musste die Frage nach möglichen finanziellen Hilfen geklärt werden. Zudem mussten günstige Wohnungen für die Lagerbewohner gefunden werden. Es war vorgesehen, insbesondere in den HLM nach verfügbaren Wohnungen zu suchen. Allerdings hatte sich herausgestellt, dass einzelne Verantwortliche der HLM nach wie vor zögerten, ehemalige Hilfssoldaten aufzunehmen. Nachdem sich eine der Familien aus Eigeninitiative um eine Wohnung in einer HLM-Siedlung in Ariège beworben und keine Antwort erhalten hatte, wandte sich der Direktor des Lagers selbst an die Zuständigen und sah sich mit der Frage konfrontiert, ob »ces gens« in der Lage seien, zu arbeiten, um ihre Miete zu bezahlen. Um verfügbare Wohnungen zu finden, wandte sich der Präfekt schließlich im Juli mit der Bitte, nach Möglichkeit Lagerbewohner aufzunehmen, an die Bürgermeister aller Kommunen seines Departments. Er unterstrich die Dringlichkeit seiner Bitte, indem er betonte, es handle sich hierbei um eine Frage der Solidarität⁷⁵.

Unvorhergesehene Ereignisse zwangen die Regierung, den Zeitplan zur Realisierung des Maßnahmenkatalogs in entscheidendem Maße zu beschleunigen. Im Frühjahr 1975 brachen sowohl im Lager von Bias als auch im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise gewaltsame Aufstände aus. Zunächst besetzten Lagerbewohner im Mai 1975 die Verwaltung von Bias. Bis in den Juni hinein übernahmen sie die Kontrolle im Lager. Während diese Besetzung durch den Einsatz einer *compagnie républicaine de sécurité* (CRS) beendet wurde, nahmen Bewohner des Lagers gleichzeitig den Direktor des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise als Geisel⁷⁶. Auf oberster Regierungsebene zog man aus den Aufständen die Konsequenz, den 1962 in der Integrationspolitik eingeschlagenen Weg komplett zu verlassen. Während die Kommission in Bias darüber beriet, wie die Jugendarbeitslosigkeitsquote im Lager gesenkt werden könne, ging man im Ministerrat auf alle Forderungen der Aufständischen ein⁷⁷. Im August 1975 beschloss die Regierung, sowohl das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise als auch das von Bias bis spätestens 31. Dezember 1976 zu schließen. Die Bewohner sollten bis dahin »en milieu ouvert« umgesiedelt worden sein⁷⁸. Um eventuellen finanziellen Problemen vorzubeugen, sollte jede Familie hierfür eine Prämie von 10 000 Franc erhalten⁷⁹. Gleichzeitig sollte durch Veränderungen

75 Ibid.

76 Vgl. zur Chronologie dieser Ereignisse PIERRET, Les révoltes, S. 141–143.

77 Ibid.

78 Zitiert nach: Le ministre du Travail à monsieur le ministre de la Défense. Cités d'accueil de Saint-Maurice-l'Ardoise (Gard) et Bias (Lot-et-Garonne), 14.10.1975, AN: vers. 19870256/7.

79 Le ministre du Travail à monsieur le préfet du Gard, 12.9.1975, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

auf der Verwaltungsebene der Weg dafür bereitet werden, nicht nur den ehemaligen Hilfssoldaten, sondern allen *Français musulmans* das Gefühl zu vermitteln, sie würden als französische Staatsbürger anerkannt. Sinnbildlich stand hierfür die Gründung einer interministeriellen Kommission. In diese Kommission wurden auch mehrere *Français musulmans* berufen, wodurch die Regierung verdeutlichte, dass sie mit ihnen gemeinsam eine Lösung finden wolle⁸⁰. Zudem wurde als Reaktion auf die Aufstände in allen Regionen, in denen eine hohe Anzahl *Français musulmans* ansässig war, mit den *bureaux spécialisés d'information, d'aides et de conseils* (BIAC) erneut eine Behörde geschaffen, die sich speziell den Problemen der *Français musulmans* widmete und diese in sozialen Belangen unterstützten sollte⁸¹.

Wie grundlegend sich nach dem Sommer 1975 der Ansatz in der Integrationspolitik änderte, lässt sich aus dem Bericht herauslesen, der zur Überprüfung der Effizienz der BIAC vier Jahre später vorgelegt wurde. Einleitend wurde in diesem Bericht betont, die BIAC seien keine »forme d'assistance«, de caractère paternaliste qui favorise la ségrégation«⁸². Vielmehr sei für die Behörde die Vermittlung von Wohnungen von besonderer Bedeutung. Die muslimischen Familien sollten nicht unter sich bleiben, sondern räumlich integriert werden, da dies »le moyen le plus efficace d'aboutir à l'insertion« darstelle. 90 Prozent der *Français musulmans* lebten diesem Bericht zufolge 1979 »au sein de la population«. Die Lager von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise waren geschlossen worden, die Walddörfer zu 60 Prozent geräumt. Die Schließung der letzten Walddörfer war für 1981 vorgesehen, womit das Kapitel der Lager und der Walddörfer endgültig abgeschlossen sein sollte⁸³. Der mit den BIAC verfolgte Ansatz zeigt, dass man sich in der Regierung nach den Aufständen endgültig von der Idee verabschiedet hatte, die ehemaligen Hilfssoldaten unter Aufsicht zu stellen, um sie mit militärischer Disziplin von ihren kulturellen Wurzeln zu entfernen. Die Unruhen von 1975 hatte den Verantwortlichen auf hoher Ebene das Scheitern der bisherigen Politik vor Augen geführt, weshalb diese nun einen anderen Weg einschlugen. Die Regierung kehrte in Teilen zurück zu dem Prinzip der Integration auf der Grundlage eines universalistischen Ideals. Die ehemaligen Hilfssoldaten sollten mit ihren Familien räumlich in die französische Mehrheitsgesellschaft integriert werden, wodurch sich die Regierung langfristig auch eine soziale Integration erhoffte. Die Aufstände desillusionierten die Verantwortlichen jedoch im Hinblick auf ihre dem universalistischen Ideal

80 Vgl. hierzu [Kap. 3.6](#).

81 CHARBIT, *Les harkis*, S. 100.

82 Secrétariat d'État auprès du Premier ministre à monsieur Bourokba, chef de la mission interministérielle, 23.5.1979, AN: vers. 19870444/15.

83 *Ibid.*

folgende Hoffnung, nach ein oder zwei Generationen würden die Nachkommen der Hilfssoldaten in der französischen Gesellschaft aufgehen und seien nicht mehr als Gruppe erkennbar. Zu groß waren die Bildungsdefizite der zweiten Generation, zu groß war aufgrund der langen räumlichen Segregation deren Distanz zur französischen Mehrheitsgesellschaft. Auch eine Zunahme der kulturellen Differenz wurde ausgemacht. Um die Fehler der Vergangenheit zu beheben, setzte die Regierung in Abgrenzung zum universalistischen Ideal auf eine positive Diskriminierung und initiierte spezielle Bildungsprogramme für die zweite Generation. Durch diese Bildungsprogramme hoffte man, diese Gruppe würde die Versäumnisse aufholen, um sich anschließend durch das Leben an der Seite der französischen Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren.

Mit dem Amtsantritt François Mitterrands als Staatspräsident der Französischen Republik entfernte sich die Regierung noch deutlicher von dem 1962 in der Integrationspolitik eingeschlagenen Weg. Dass von der sozialistischen Regierung im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten ein Politikwandel zu erwarten war, wurde bereits während des Wahlkampfes deutlich. Von einem Repatriiertenverband aufgefordert, seine Haltung zu den FMR darzulegen, antwortete Mitterrand, besondere Anstrengungen seien nötig, um ihnen einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Das übliche Lippenbekenntnis der bisherigen Regierungsvertreter, die Hilfssoldaten seien als »Français à part entière« anzu- sehen und als solche zu behandeln, war von Mitterrand nicht zu hören. Vielmehr betonte er ihr Recht auf kulturelle und religiöse Differenz und die Notwendigkeit, sie vor rassistischer Diskriminierung und rassistischen Übergriffen zu schützen, unter denen sie in zunehmendem Maße litten⁸⁴. Er kündigte an, ihre kulturelle und religiöse Differenz anzuerkennen, und deutete damit bereits an, dass sich die sozialistische Partei in der Integrationspolitik vom Ideal der Assimilation zu verabschieden gedachte.

Der von der sozialistischen Regierung nach den Wahlen neu eingesetzte Staatssekretär für Repatriierte Raymond Courrière zeigte von Beginn an, dass er in seinem Ministerium die von Mitterrand formulierte Leitlinie umzusetzen gedachte. Für seine erste Rede an die FMR wählte er mit dem Beginn des Hadsch ein symbolisches Datum. Er warf in dieser Rede seinen Vorgängern vor, die falsche Politik verfolgt zu haben. Er selbst wolle nicht nur die Hindernisse aus dem Weg räumen, die den FMR noch immer den Zugang zu Ressourcen versperren und die gesellschaftliche Teilhabe erschweren, sondern auch der »identité musulmane, tant culturelle que culturelle« einen Platz in der französischen Gesellschaft einräumen und einen Dialog zwischen »musulmans et non-musulmans, c'est-à-dire un dialogue entre tous les Français« anstoßen. Mit dieser Politik wolle er den *Français musulmans* ihre »dignité de citoyens, dans le

⁸⁴ Les réponses des candidats, in: France-Horizon 221 (1981), S. 9.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

respect de leur propre identité» zurückgeben, wie die sozialistische Regierung und der Staatspräsident es wünschten. Man müsse der »singularité culturelle et culturelle« ihrer Identität »dans un large esprit de fraternité et de tolérance, et dans le strict respect des droits et obligations qu'implique la vie du citoyen en France« Beachtung schenken⁸⁵. Im Sinne der von Mitterrand formulierten Leitlinie machte Courrière klar, dass seine Politik nicht auf die Assimilation der muslimischen Repatriierten abzielte, sondern dass er deren kulturellen und religiösen Besonderheiten Beachtung zu schenken gedachte. Wie bereits seine Vorgänger betonte er ihre französische Staatsbürgerschaft. Als wichtige Werte der Republik hob er Brüderlichkeit und Toleranz hervor und legte diese so aus, dass man die kulturellen und religiösen Besonderheiten der französischen Muslime zu akzeptieren und ihnen offen gegenüberzutreten habe.

Courrière setzte die angekündigte Politik auf verschiedenen Ebenen in die Tat um. Die von seinen Vorgängern geschaffenen BIAC schaffte er mit der Begründung ab, sie seien zu »structures d'assistanat permanent« verkommen, die die FMR jeglicher Autonomie beraubten. Dass bereits die vorhergehende Regierung mit der Schaffung der BIAC geplant hatte, die Richtung in der Integrationspolitik ändern, um sich von der paternalistischen Politik der Bevormundung zu verabschieden, erkannte Courrière nicht an. Vielmehr verglich er die BIAC mit den *bureaux des affaires indigènes* und prangerte somit die Fortsetzung kolonialer Strukturen an⁸⁶. Er brachte zum Ausdruck, dass sein Amtsantritt einen Bruch markieren und jeglichen kolonial geprägten paternalistischen Strukturen ein Ende setzen sollte. Er räumte jedoch auch ein, dass die Integration insbesondere der Hilfssoldaten und deren Familienangehörigen ohne spezielle Programme nicht erreicht werden könne. Die BIAC wurden aus diesem Grund nicht ersatzlos gestrichen, sondern durch eine neue Behörde, das Office national à l'action sociale éducative et culturelle (ONASEC) ersetzt. Diese Behörde sollte sich radikal von den BIAC unterscheiden. Es gehe darum, den muslimischen Repatriierten als französischen Staatsbürgern »leur dignité et leur entière responsabilité dans la conduite de leur vie« zurückzugeben, was ihnen die vorhergehenden Regierungen vorenthalten hätten⁸⁷. Sie sollten »la plénitude des droits et des devoirs attachés à la citoyenneté française« erhalten, und zwar »dans le respect de leur culture d'origine«⁸⁸.

⁸⁵ Discours de M. Raymond Courrière adressé aux Français de confession islamique, zitiert nach: France-Horizon 225 (1981), S. 10.

⁸⁶ Ibid., S. 11.

⁸⁷ Ibid.

⁸⁸ Le secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l'action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 13, 15.3.1983, AN: vers. 19910281/2.

In einem Interview mit der Frage konfrontiert, wie die Regierung mithilfe des ONASEC dieses Ziel erreichen wolle, nannte Courrière drei Punkte: Aufklärungsarbeit, Religion und vor allem Bildung. Zunächst müsse der französischen Öffentlichkeit erklärt werden, in welchen Punkten sich die muslimischen Repatriierten von der Mehrheitsgesellschaft unterschieden. Den muslimischen Repatriierten müsse der Staat zudem die Möglichkeit einräumen, ihre Religion zu praktizieren. Die oberste Priorität habe jedoch die Eingliederung der Jugend in den Arbeitsmarkt⁸⁹. In allen drei Bereichen setzte die Regierung grundlegend andere Akzente als ihre Vorgänger. Um Aufklärungsarbeit zu leisten, wurde ein Presseapparat eingerichtet, der eng mit dem Staatssekretariat für Repatriierte kooperierte. Dieser sollte Informationen über die muslimischen Repatriierten, insbesondere über die Hilfssoldaten, in Fernsehen, Radio und Printmedien platzieren⁹⁰. Dabei wurden sie in erster Linie als Opfer von Ausgrenzung und Rassismus beschrieben. So gab Courrière bei einer Pressekonferenz 1983 an, die Hilfssoldaten und deren Familien hätten in den letzten Jahren an dem »état de l'abandon dans lequel ils ont trop souvent été laissés pendant ces deux dernières décennies« gelitten. Sie seien zudem Opfer eines »certain racisme, ce racisme avec lequel des éléments de l'opposition ont cru devoir flirter lors des dernières élections municipales«⁹¹. Die sozialistische Regierung stellte mit dieser Rhetorik die Gemeinsamkeiten der Gemeinschaft der Hilfssoldaten und der algerischen Einwanderer in den Mittelpunkt, die ebenso unter dem von Courrière angesprochenen Rassismus litten. Insbesondere legte Courrière den Fokus auf die jeweilige zweite Generation. In einem weiteren Interview sprach er von den »immigrés de l'intérieur«. Damit bezog er sich auf die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Frankreich geboren waren, teils ihre Kindheit in den Lagern und Walddörfern verbracht hatten und nun großteils gemeinsam mit den maghrebischen Einwanderern in den Vororten der Städte lebten. Sie seien mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert wie die Einwanderer der zweiten Generation: Sie seien ebenso von Arbeitslosigkeit betroffen und lebten am Rand der Gesellschaft. 1981 seien 65 Prozent der 18–25-Jährigen arbeitslos gewesen. Courrière beendete sein Statement mit den Worten: »Il est triste de constater qu'aux fils de ceux à qui l'on avait donné un fusil, on refusait même un balai«⁹². Courrière machte mit diesen Worten die fehlgeleitete Integrationspolitik für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich.

89 Bulletin de liaison n° 41, 25.11.1983, *ibid.*

90 ONASEC. Réunion de l'équipe nationale du 7 septembre 1982, *ibid.*

91 Le secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l'action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 17, 3.6.1983, *ibid.*

92 Bulletin de liaison n° 41, 25.11.1983, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Dass die sozialistische Regierung insbesondere in Bezug auf die zweiten Generationen die Grenze zwischen den muslimischen Repatriierten und den algerischen Migranten in den Hintergrund rückte, ist auch durch das Verschwinden dieser Grenze in sozialer und staatsrechtlicher Hinsicht zu erklären. Die Migration aus Algerien hatte sich in den 1970er Jahren gewandelt. Während noch in den 1960er Jahren die Arbeitsmigration dominiert hatte und in erster Linie nordafrikanische Männer alleine nach Frankreich gekommen waren, die später wieder in die Heimat zurückkehren wollten, war in der Mitte der 1970er Jahre das Phänomen des Familiennachzugs in den Mittelpunkt gerückt. Da ihre Eltern vor 1962 in Algerien und somit auf französischem Territorium geboren worden waren, waren dem Gesetz nach die Nachkommen der algerischen Arbeitsmigranten mit dem Erreichen der Volljährigkeit ebenso französische Staatsbürger wie die muslimischen Repatriierten⁹³. Die Gruppe der *Français musulmans*, die Servier noch ausschließlich als muslimische Repatriierte verstanden hatte, weitete sich somit zunehmend aus. Auf sozialer Ebene war die Trennung durch die Schließung der Lager und Walddörfer aufgehoben worden. Die ehemaligen Hilfssoldaten befanden sich mit ihren Familien nicht mehr in abgeschlossenen Räumen, sondern hatten sich insbesondere in den hauptsächlich von nordafrikanischen Migranten bewohnten Vorstädten niedergelassen. Ihre Kinder waren dort mit den gleichen Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert wie die Migranten der zweiten Generation⁹⁴.

Die sozialistische Regierung wusste diesen staatsrechtlichen und sozialen Wandel zu nutzen. Dass sie die Probleme hervorhob, die die Kinder der Hilfssoldaten mit den Einwanderern der zweiten Generation teilten, und dabei neben der Arbeitslosigkeit den Rassismus betonte, ist auch mit Wahltaktik zu erklären. Mit diesem Diskurs hoffte man, dem Rassemblement pour la République (RPR), aber auch dem rechtsextremen FN, der in den Kommunalwahlen 1983 gerade mit dem Thema Migration erstmals punkten konnte, Stimmen streitig zu machen⁹⁵. Dies geht aus einem vom Direktor des ONASEC, Georges Morin, verfassten internen Papier hervor. Morin hielt fest, dass einst ca. 70 000 ehemalige Hilfssoldaten nach Frankreich gekommen seien. Mit Nachwuchs umfasse diese Gemeinschaft inzwischen eine halbe Million französischer Staatsbürger. Traditionell habe vor allem die Rechte, insbesondere der RPR, bei Wahlen von den Stimmen dieser Gemeinschaft profitiert. Trotz ihres antiislami-

⁹³ Patrick WEIL, *Qu'est-ce qu'un Français? Histoire de la nationalité française depuis la Révolution*, Paris 2002, S. 168.

⁹⁴ PIERRET, *Les révoltes*, S. 146–151.

⁹⁵ Die Kommunalwahlen von 1983 wurden als Indikator für die politische Stimmung auf nationaler Ebene gewertet: Vivian A. SCHMIDT, *Democratizing France. The Political and Administrative History of Decentralization*, Cambridge 1990, S. 269.

schen und antiarabischen Diskurses habe sogar die extreme Rechte, sprich der FN, Stimmen gewinnen können, indem er den militärischen Charakter der Gruppe betonte und auf den gemeinsamen Hass auf die *fellaghas* und auf die Konkurrenz mit den Arbeitsmigranten bei der Suche nach Arbeits- und Wohnplätzen setzte. Die Linke habe nie von den Stimmen der ehemaligen Hilfssoldaten profitieren können. Insbesondere zwischen der kommunistischen Partei und dieser Gemeinschaft gebe es keine Sympathien. Es bestehe jedoch nun für die sozialistische Partei die Möglichkeit, zumindest die Stimmen der Jugend zu gewinnen. Unter der Jugend verbreite sich ein Bewusstsein dafür, wie unwürdig man ihre Eltern behandelt habe. Sie zeigten nun die Bereitschaft, sich selbst Gehör zu verschaffen, und hätten das Gefühl, dass mit der sozialistischen Regierung einige ihrer Hoffnungen erfüllt werden könnten. Da in den traditionellen algerischen Familienstrukturen oftmals die ältesten Söhne als Familienoberhaupt angesehen würden, könne man Morin zufolge darauf hoffen, die Stimmen der ganzen Familien zu bekommen, wenn man die ältesten Söhne überzeugen könne, für den PS zu stimmen⁹⁶. Morin hoffte gar auf ein »vote musulman«, wenn es der Partei gelinge, die Nachkommen der Hilfssoldaten gemeinsam mit den muslimischen Migranten der zweiten Generation zu mobilisieren⁹⁷.

Die Strategie der sozialistischen Partei, die gemeinsamen Probleme der muslimischen Migranten und der Nachkommen der Hilfssoldaten zu betonen, barg jedoch stets die Gefahr, die beiden Gruppen zu sehr miteinander zu vermischen. Die Partei hatte so einen Drahtseilakt zu vollbringen, der ihr nicht immer gelang. Das Staatssekretariat für Repatriierte wandte sich im Februar 1985 an den zuständigen Chefredakteur, nachdem in einer regionalen Zeitung ein Artikel mit dem Titel »Pour les fils de rapatriés musulmans français. Des atouts pour une insertion« erschienen war. Es handelte sich um einen Bericht über ein Bildungsprogramm für Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, das das Staatssekretariat für Repatriierte initiiert hatte. Im Titel des Artikels sowie an anderen Stellen war zwar von »fils de rapatriés musulmans français« die Rede, an einer Stelle stand jedoch, dass das Staatssekretariat die »réinsertion totale des immigrés« anstrebe⁹⁸. Das Staatssekretariat bat darum, den Artikel noch einmal zu veröffentlichen und den Begriff »immigrés« durch den

⁹⁶ Georges Morin, *Le Parti socialiste et les Français musulmans*, 1984, AN: vers. 19910281/3.

⁹⁷ Georges Morin, *Les Français maghrébins. Bientôt un million d'électeurs?* 1984, *ibid.*

⁹⁸ *Pour les fils de rapatriés musulmans français. Des atouts pour une insertion*, in: *Le Journal de la Côte d'Or*, ohne Datum, AN: vers. 19870444/12.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Term »filles et fils de Français musulmans rapatriés« zu ersetzen⁹⁹. So sehr die Regierung die gemeinsamen Probleme beider Gruppen hervorheben wollte, so achtete sie doch darauf, die muslimischen Repatriierten nicht als »immigrés« zu bezeichnen. Diese Bezeichnung berücksichtigte den Grund für ihren Aufenthalt in Frankreich und ihre französische Staatsbürgerschaft in zu geringem Maße.

Auch die Regierungsstrategie, der Religion der muslimischen Repatriierten innerhalb der Französischen Republik einen Platz einzuräumen, ließ sich nicht problemlos umsetzen. Nicht ohne Grund hatte Courrière den Beginn des Hadsch gewählt, um sich erstmals an die muslimischen Repatriierten zu wenden. Das Staatssekretariat organisierte für die muslimischen Repatriierten eine nationale Pilgerfahrt nach Mekka und stellte dafür finanzielle Mittel zur Verfügung. Diese Praxis war jedoch auch innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Sie wurde in der sozialistischen Partei nicht nur als zu kostspielig angesehen, sondern man wertete sie vor allem als Bruch mit der in der französischen Verfassung verankerten Laizität, der sich die Partei mit ihrer Gründung verpflichtet hatte¹⁰⁰. Daher wurde diese Praxis bereits im Jahr 1982 wieder eingestellt¹⁰¹. Die Pilgerfahrt wurde fortan nicht mehr vom Staat organisiert und finanziert, aber der Staat erleichterte muslimischen Staatsbürgern die Teilnahme an dem Hadsch. Sie konnten organisatorische Hilfe einfordern und der französische Staat stellte zudem die medizinische Versorgung der Pilger in Mekka und Medina sicher¹⁰². Die Regierung hoffte so eine Lösung gefunden zu haben, den muslimischen Repatriierten ihre Religionsausübung zu erleichtern, ohne gegen den Laizismus zu verstoßen.

Die Religionsausübung sollte auch in anderen Bereichen erleichtert werden. Das Staatssekretariat wies die Kommunen an, auf ihren Friedhöfen gesonderte Bereiche für die Bestattung von Muslimen und in ihren Gemeinden Moscheen zu bauen. Es protokollierte regelmäßig, welche Kommunen diesen Anweisungen nachkamen und welche dabei zögerten. So rügte es beispielsweise die Verwaltung der Kommune Montbéliard im Dezember 1983 dafür, die

⁹⁹ Secrétariat d'État aux rapatriés à monsieur Charles Marques, rédacteur en chef »Les Dépêches«, 12.2.1985, *ibid.*

¹⁰⁰ Zum Prinzip der Laizität des PS Jean BAUDEROT, 1945–1980. Les paradoxes de la laïcité, in: Yves LEQUIN (Hg.), *Histoire de la laïcité*, Besançon 1994, S. 287–325, hier S. 306.

¹⁰¹ Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé des rapatriés. Note de service n° 67, 28.4.1982, AN: vers. 19910281/2.

¹⁰² Compte rendu de la réunion de l'équipe nationale du 1^{er} avril, 4.5.1982, *ibid.*

Umsetzung zu lange hinauszuzögern¹⁰³. Auch das Feiern muslimischer Feste wurde zumindest innerhalb des öffentlichen Dienstes erleichtert. In einem Rundschreiben vom Juni 1982 wies Courrière alle Staatssekretäre und Minister sowie die zuständigen Personalstellen an, das muslimische Personal an allen wichtigen muslimischen Feiertagen freizustellen, sofern dadurch nicht der normale Ablauf des Betriebs beeinträchtigt werde¹⁰⁴. Obwohl sich die Umsetzung seiner Leitlinien teils schwierig gestaltete, ging von dieser Politik Courrières ein klares Signal aus: Er gestand den muslimischen Repatriierten und somit automatisch allen anderen Muslimen Frankreichs das Recht auf Differenz zu und machte deutlich, dass er den Islam als der Französischen Republik zugehörig betrachtete.

Auch im Bereich der Arbeitseingliederungsmaßnahmen für die Nachkommen der Hilfssoldaten zeigte Courrière, dass er ihnen das Recht auf Differenz zugestand. Er wolle der Jugend ermöglichen, »sa part à l'enrichissement culturel commun« beizutragen, ließ er in seiner Amtsantrittsrede verlauten¹⁰⁵. Statt ihre kulturellen und religiösen Besonderheiten als Defizit zu betrachten, sollten die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, diese auf dem Arbeitsmarkt als Trumpf einzusetzen. Um Stellen für niedrigqualifizierte Jugendliche zu schaffen, kooperierte das Staatssekretariat unter anderem mit der Organisation Union islamique internationale. Diese legte ein Konzept zur Ausbildung junger muslimischer Repatriierter im Bereich der Herstellung und Vermarktung von *halal*-Lebensmitteln vor, die den Verantwortlichen der Union zufolge bis dato zu 99,5 Prozent im Ausland produziert wurden. Der *halal*-Markt sei wirtschaftlich rentabel. Zudem biete ein Einstieg in diesen Markt die Möglichkeit, das »précieux patrimoine linguistique et culturel« der muslimischen Staatsbürger zu bewahren und die französische Gemeinschaft zugleich kulturell zu bereichern. Einige junge *Français musulmans* sollten das Handwerk des rituellen Schlachtens erlernen und andere zu Kontrolleuren ausgebildet werden, um die Einhaltung der religiösen Praktiken zu überwachen. Dadurch bekämen sie der Union zufolge nicht nur die Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz, sondern

103 Le secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l'action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 45, 23.12.1983, AN: vers. 19910281/2.

104 Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, délégation nationale aux Français musulmans rapatriés. Note de service n° 84, 16.6.1982, *ibid*.

105 Discours de M. Raymond Courrière adressé aux Français de confession islamique, zitiert nach: France-Horizon 225 (1981), S. 11.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

würden zudem zu »garants de leur patrimoine culturel [...] au sein de la société française«¹⁰⁶.

Nicht nur niedrigqualifizierten Jugendlichen sollte ihr arabisch-muslimischer Hintergrund den Weg auf den Arbeitsmarkt ebnen. In Montpellier öffnete die *École des hautes études* ihre Türen, in der Schüler besonders intensiven Arabischunterricht bekamen, um so für Firmen interessant zu sein, die in arabischsprachigen Ländern geschäftlich tätig waren¹⁰⁷. Auch ein Praktikumsprogramm mit ähnlicher Zielsetzung stellte Courrière auf die Beine. Gemeinsam mit der *Association des centres de préformation de Marseille* plante er für das Jahr 1986 ein Programm, das darauf abzielte, gut ausgebildeten *Français musulmans* gut bezahlte und verantwortungsvolle Arbeitsstellen in Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des Mittleren Osten zu vermitteln. Diese Unternehmen hatten Courrière zufolge oftmals Schwierigkeiten, gut qualifiziertes Personal mit den nötigen Arabischkenntnissen zu finden. Courrière warb für das Programm, indem er betonte, dass es den jungen muslimischen Repatriierten erlaube, ihre kulturellen Besonderheiten als Qualifikation einzubringen, und zugleich den Unternehmen helfe, ihren Fachkräftemangel zu bekämpfen¹⁰⁸.

Indem die Regierung in allen Bereichen die kulturelle Differenz der muslimischen Repatriierten betonte, anerkannte und zugleich von einer muslimischen Gemeinde bestehend aus Repatriierten und Migranten ausging, vollzog sie im Vergleich zu den vorhergehenden Regierungen einen Paradigmenwechsel. Bis dato hatten die Regierungen versucht, die kulturellen Differenzen zu beheben, und hatten auf eine Assimilation der muslimischen Repatriierten abgezielt, während sie gleichzeitig gehofft hatten, die Migranten würden sich nicht dauerhaft in Frankreich niederlassen. Die Opposition folgte dieser Linie nicht. Somit markierte die Niederlage der sozialistischen Partei in den Parlamentswahlen 1986 das Ende des von den Sozialisten verfolgten Wegs der Anerkennung kultureller und religiöser Differenzen.

Im März 1986 übernahm der Neogaullist Jacques Chirac das Amt des Premierministers und machte umgehend deutlich, dass er im Umgang mit den

¹⁰⁶ Union islamique internationale. Formation et insertion dans les emplois liés au marché halal, projet élaboré en faveur des jeunes Français musulmans rapatriés, ohne Datum [Ende 1982, Programm startet Anfang 1983], AN: vers. 19870444/15.

¹⁰⁷ Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé de rapatriés, délégation nationale aux Français musulmans rapatriés. Note de service n° 84, 16.6.1982, AN: vers. 19910281/2.

¹⁰⁸ Association des centres de préformation de Marseille. Action expérimentale de formation spécifique en arabe moderne en faveur des Français musulmans rapatriés, Marseille, ohne Datum [1985, Beginn des Programms 1986], AN: vers. 19870444/12.

muslimischen Repatriierten einen erneuten Kurswechsel vorzunehmen gedachte. Nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt löste er das ONASEC auf, nachdem der Vorwurf der Zweckentfremdung von Geldern aufgekommen war. Chirac nahm diese administrative Umstrukturierung zum Anlass, sich mit einem Rundschreiben an alle Minister, Staatssekretäre und Präfekten der Französischen Republik zu wenden, um eine besondere Aufmerksamkeit für die Probleme der »rapatriés de confession musulmane« einzufordern. Er selbst, schrieb er, sei persönlich von deren Schicksal berührt. Es handle sich um eine Gruppe mit sehr speziellen Problemen, denen auf eine sehr spezielle Art und Weise zu begegnen sei¹⁰⁹. Mit diesen Worten machte er klar, dass er die Linie der sozialistischen Partei, die Gemeinsamkeiten von muslimischen Repatriierten und Migranten hervorzuheben, nicht verfolgte. Gleichzeitig verwehrte er sich jedoch auch dagegen, von einer homogenen Gruppe aller Repatriierten auszugehen, sondern sprach von den »muslimischen Repatriierten«.

Wenn Chirac auch von »rapatriés de confession musulmane« sprach, bezog er sich in dem Schreiben doch nicht auf alle muslimischen Repatriierten, sondern in erster Linie auf die Hilfssoldaten. Chirac hob den militärischen Charakter dieser Gruppe hervor und bediente sich einer Rhetorik, die die sozialistische Regierung stets vermieden hatte. So betonte er ihre »loyauté« und ihren »sacrifice« für ihr Vaterland Frankreich¹¹⁰. Chirac hatte selbst im Algerienkrieg als Leutnant gedient und stammte somit aus dem Kontext des Kolonialmilitärs¹¹¹. Dies schlug sich in seiner Argumentation nieder. Er verstand die »rapatriés de confession musulmane« in erster Linie als militärische Gruppe, die durch den gemeinsamen Kampf in den Reihen der französischen Armee geprägt sei. Aus ihrer »loyauté« und ihrem »sacrifice« leitete er eine besondere Fürsorgepflicht der französischen Nation ihnen gegenüber ab. Die Fürsorgepflicht sollte zukünftig nicht mehr von einer speziellen Behörde geleistet, sondern von der ganzen Nation übernommen werden. Administrativ bedeutete das, dass die »rapatriés de confession musulmane« direkt von der jeweiligen Präfektur verwaltet werden sollten¹¹². Da es keine gesonderte Behörde mehr gab, war es umso wichtiger, die besondere Aufmerksamkeit aller Behörden auf die Probleme der Hilfssoldaten zu lenken. Chirac mobilisierte hierfür Gelder

¹⁰⁹ Le Premier ministre à mesdames et messieurs les ministres et secrétaires d'État, madame et messieurs les préfets, commissaires de la République, 6.6.1987, AN: vers. 19980331/11.

¹¹⁰ Ibid.

¹¹¹ DROZ, Lieutenant en Algérie.

¹¹² Le Premier ministre à mesdames et messieurs les ministres et secrétaires d'État, madame et messieurs les préfets, commissaires de la République, 6.6.1987, AN: vers. 19980331/11.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

und forderte eine Sensibilisierung der Behörden »au caractère à la fois dramatique et prioritaire de ce dossier«. Er selbst habe im Namen der Regierung die »engagements moraux« gegenüber dieser Gemeinschaft übernommen, die den »respect« und die »consideration« der Franzosen verdiene¹¹³.

Dass Chirac die Gruppe der »rapatriés de confession musulmane« in den militärischen Kontext rückte, unterstrich er auch, indem er sich persönlich an das Office national des anciens combattants et victimes de guerre (ONAC) wandte und dessen Unterstützung bei der Integration der Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten einforderte. Das ONAC erklärte sich bereit, Praktikanten in seinen Ausbildungszentren aufzunehmen, machte jedoch darauf aufmerksam, dass es als Behörde formal lediglich für Veteranen zuständig sei und somit die Söhne der »harkis« eigentlich nicht in sein Aufgabengebiet fielen¹¹⁴. Die Behörde betonte, es sei schwierig, die »harkis« als Gruppe zu definieren. Es sei ihr verboten, Gruppen unter ihren Angehörigen auszumachen. Da sie nicht das Recht hätte, die Konfession ihrer Mitglieder zu erheben, seien die »[a]nciens combattants et victimes de guerre d'origine maghrébine« statistisch nicht erfasst. Wegen der zunehmenden Probleme dieser Gemeinschaft seien die Mitglieder dieser Gruppe aber inzwischen so gut wie möglich identifiziert worden. Detailliert wurde aufgelistet, dass ca. 250 000 »soldats de souche maghrébine« auf französischer Seite gekämpft hatten, die »harkis«, verstanden als die Gesamtheit aller Hilfssoldaten, eingeschlossen. Diese seien selbstverständlich ebenso Angehörige des ONAC wie deren Witwen und Waisen. Obwohl die zweite Generation prinzipiell nicht zu dieser militärisch definierten Gruppe gehöre, wolle das ONAC aufgrund der in dieser Generation vorherrschenden hohen Arbeitslosigkeit seinen konkreten Beitrag zu der Verbesserung ihrer Situation leisten¹¹⁵.

Die im ONAC angestellten Überlegungen zeigen die Schwierigkeit, 25 Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens eine Gruppe zu definieren, die dadurch entstanden war, dass muslimische Soldaten und Hilfssoldaten in den Reihen der französischen Armee gegen die Unabhängigkeit Algeriens gekämpft hatten. Im Sinne des Universalismus musste man gar die Frage stellen, ob es überhaupt erlaubt sei, eine solche Gruppe auszumachen. Die Gruppe der muslimischen Repatriierten existierte noch immer als Verwaltungseinheit. Innerhalb dieser Verwaltungseinheit wurde die Gruppe der »harkis«, der ehemaligen Hilfssoldaten, deshalb ausgemacht, da sie noch immer als nicht integriert galt,

113 Ibid.

114 Le préfet, directeur général de l'ONAC, à monsieur André Santini, secrétaire d'État aux rapatriés, 21.5.1987, *ibid.*

115 Le préfet, directeur général de l'ONAC: »harkis«, 24.10.1988, AN: vers. 19980331/12.

was Chirac und das ONAC zunächst an der hohen Arbeitslosigkeitsquote unter ihren Nachkommen festmachten. Die sozialistische Partei hatte neben dem Problem der Arbeitslosigkeit das Gefühl der Ausgrenzung und Diskriminierung als Integrationshindernis ausgemacht, was sie auf eine mangelnde Toleranz gegenüber den kulturellen und religiösen Besonderheiten der Gruppe zurückführte. Um dem entgegenzuwirken, hatte sie die nordafrikanische Herkunft und die muslimische Religion der Gruppe in den Vordergrund gestellt. Die Integration sollte gelingen, indem die Regierung ihrer arabisch-muslimischen Identität innerhalb der Französischen Republik einen Platz einräumte. Dadurch entfernte sich die Regierung von der bis dahin verfolgten Idee der Assimilation von Minderheiten, war jedoch stets bemüht, dennoch am Universalismus festzuhalten. Sie wurde jedoch von der Opposition mit dem Vorwurf konfrontiert, den Islam zu sehr zu fördern und somit gegen das Prinzip des Laizismus zu verstoßen.

Mit Chirac kehrte die Regierung nun zu dem traditionellen Konzept der Assimilation zurück. Man bemühte sich, den religiösen und ethnischen Hintergrund nicht zu beachten. Stattdessen verstand man die ehemaligen Hilfssoldaten mitsamt ihren Nachkommen als eine spezielle Gruppe von Veteranen und begründete die notwendigen Bildungs- und Arbeitseingliederungsmaßnahmen mit dem für die Nation erbrachten Opfer und der Loyalität der Hilfssoldaten gegenüber der Nation sowie mit den in der Integrationspolitik gemachten Fehlern der vorhergehenden Regierung, die den traditionellen Weg der Assimilation verlassen hatte.

3.2 Fortsetzung der »mission civilisatrice« der SAS-Offiziere

Von den Militärangehörigen, die in Algerien gedient hatten, behielten viele für die muslimischen Hilfssoldaten auch über den Krieg hinaus ihre wichtige Bedeutung bei. Indem sie sich der Demobilisierung der Hilfssoldaten widersetzen und sich in zahlreichen Fällen weigerten, diese in Algerien zurückzulassen, zeigten sie, in welchem Maße sie sich für die Hilfssoldaten verantwortlich fühlten. Sie spielten auch in der Aufnahme- und Integrationspolitik nach 1962 in Frankreich eine wichtige Rolle. Zunächst in Eigenregie, dann in Kooperation mit den zuständigen Behörden bestimmten ehemalige Militärs entscheidend das Leben zahlreicher Hilfssoldaten und deren Familien. Als sich ehemalige Offiziere ab Mai 1962 in verschiedenen Verbänden organisierten, um ehemaligen Hilfssoldaten eine Ausreise nach Frankreich zu ermöglichen, mussten sie sich auch mit dem Problem auseinandersetzen, in Frankreich eine Unterkunft für die Hilfssoldaten und deren Familien zu finden. Sie sahen sich dabei stets mit dem Verdacht konfrontiert, mit ihrem Engagement politische Ziele zu ver-

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

folgen und die Hilfssoldaten in Frankreich der OAS zur Verfügung zu stellen¹¹⁶. Um diesem Verdacht zu begegnen, setzten sie verstärkt auf die Kooperation mit der Regierung, als diese begann, die Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich zu regeln. Die Verantwortlichen der aus Marinemilitärs bestehenden Amicale de la demi-brigade de fusiliers marins wandten sich mit der Bitte an den Staatssekretär für Repatriierte, nach geeigneten Grundstücken zu suchen, auf denen der Verband sich um die geeignete Infrastruktur kümmern könnte¹¹⁷. Die Vertreter der AAAA suchten in Absprache mit den zuständigen Behörden unter ihren Unterstützern nach möglichen Arbeitgebern für die in den Lagern untergebrachten Hilfssoldaten, und baten im August 1962 die Union syndicale de la propriété agricole tarnaise, dies ebenfalls zu tun¹¹⁸. Zudem stellte die AAAA dem Staatssekretariat für Repatriierte Gelder zur Verfügung, um den Bau von Unterkünften voranzutreiben. Im Juli ging eine Summe von 110 000 Francs an das Staatssekretariat mit der Bitte, dieses Geld für den Bau von Unterkünften von ca. 60 Familien zu nutzen, die durch das Netzwerk aus Sidi Ali Bounab repatriiert worden waren¹¹⁹.

Die Vertreter der AAAA betonten von Beginn an, dass sie nicht nur über die notwendigen Netzwerke und materiellen Ressourcen, sondern insbesondere über das notwendige Wissen verfügten, um den Hilfssoldaten das Ankommen in Frankreich zu erleichtern. Aufgrund ihrer Erfahrungen in den SAS verfügten sie nach eigenen Angaben über eine »connaissance des réfugiés musulmans«¹²⁰. Dieses Wissen wollten sie an die Personen weitergeben, die sich bereit erklärten, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit und Unterkunft zu geben. Zu diesem Zwecke veröffentlichte die Organisation eine Broschüre mit dem Titel »Recommandations aux familles qui ont bien voulu prendre des harkis chez elles«. Die Broschüre sollte eine Orientierungshilfe im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen, sie bewarb jedoch zugleich die *mission civilisatrice* in Algerien. Einleitend ging man auf die Motivation der Hilfssoldaten ein, auf Seite der französischen Armee zu kämpfen. Zwar fanden auch die finanziellen Zwänge Erwähnung. In erster Linie wurde jedoch die Verbundenheit zu Frankreich betont sowie die Hoffnung auf einen Wandel in Algerien. Mehrheitlich hätten die Hilfssoldaten sich aus einer »amitié solide« zur französischen

116 Vgl. hierzu Kap. 2.3.

117 Association amicale de la demi-brigade de fusiliers marins à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés, 2.5.1962, AN: vers. 19910467/2.

118 Union syndicale de la propriété tarnaise au secrétariat d'État aux rapatriés, 3.9.1962, AN: vers. 19920149/5.

119 Mission de liaison du secrétariat d'État aux rapatriés du Larzac, 26.7.1962, AN: F1a/5140.

120 Réunion du 1^{er} août. Note de l'association des SAS, 1.8.1962, AN: vers. 20120054/95.

Armee heraus in deren Reihen engagiert und da man ihnen versprochen hatte, »de les aider à transformer leur pauvre région«¹²¹.

In der Broschüre wurden im weiteren Verlauf die sozialen und kulturellen Besonderheiten der Hilfssoldaten und ihrer Familien beschrieben. Dabei beschrieb man die muslimische Bevölkerung Algeriens insgesamt als rückständig und unzivilisiert und lobte zugleich die Zivilisierungsleistung der französischen Armee. Der muslimische Mann wurde als arbeitsunwillig und faul dargestellt. Im muslimischen Milieu überließen traditionell die Männer schwere Arbeiten den Frauen, die sich aus diesem Grund durch eine »force herculéenne« auszeichneten. Grundsätzlich seien jedoch die muslimischen Männer »aussi robustes, énergiques et adroits au travail que leurs homologues français«. Sie benötigten lediglich die richtige Anleitung. Auch die mangelnde Ausbildung der Muslime Algeriens fand Erwähnung. Bildung hätten sie nur dank der französischen Armee kennengelernt. Bezüglich des Islams wurde darauf verwiesen, dieser sei für die Hilfssoldaten nicht von großer Bedeutung. Durch die sozialen Umwälzungen in der algerischen Gesellschaft während des Krieges hätten sich viele algerische Muslime von ihrem Glauben entfernt. In besonderem Maße treffe dies auf die ehemaligen Hilfssoldaten zu, die im Kriegsgeschehen keine Möglichkeit gehabt hätten, religiösen Ritualen nachzugehen. So fasteten viele nicht während des Ramadans, tranken Alkohol und äßen Schweinefleisch¹²².

In allen Punkten lobte man die Arbeit der französischen Armee in Algerien, die die Grundlagen dafür geschaffen habe, dass die Hilfssoldaten nun in der französischen Gesellschaft aufgehen könnten. Aufgrund der von der Armee in Algerien geleisteten Vorarbeit seien die Muslime leicht in die französische Gesellschaft zu integrieren, wenn man einige wenige Punkte im Umgang mit ihnen beachte. Übermäßige Vorsicht sei genauso zu vermeiden wie ein Übermaß an Autorität und Paternalismus. Man dürfe sie nicht behandeln, als befänden sie sich in einer untergeordneten Position, sondern müsse ihnen auf Augenhöhe begegnen. Sie seien mit Respekt zu behandeln, mit »Madame« und »Monsieur« anzusprechen. Man müsse ihnen das Gefühl vermitteln, sie könnten ihr Leben selbst bestimmen. Zudem dürften sie auf keinen Fall isoliert werden. Man müsse ihnen die Möglichkeit geben, mit der französischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Zu diesem Zwecke müsse man dem in der französischen Bevölkerung vorherrschenden negativen Bild, »que les gens pourraient se faire d'eux sous l'influence de la presse ou de leur méfiance naturelle«, ent-

121 Association des SAS. Recommandations aux familles qui ont bien voulu prendre des harkis chez elles, 15.7.1962, AN: vers. 20120054/95.

122 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

gegenwirken¹²³. Die Vertreter der AAAA sahen die Assimilation der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Familien als Ziel der Integration an. Man ging davon aus, dass bereits in Algerien die ersten Schritte zur Assimilation gemacht worden waren. Durch die Arbeit der Armee habe man sie bereits von ihrer als rückständig angesehenen Kultur so weit entfernt, dass nun in Frankreich eine Integration nach universalistischem Prinzip möglich sein würde. Die Vertreter der AAAA plädierten dafür, ihnen keine Sonderbehandlung zukommen zu lassen. Sie sollten wie alle anderen französischen Bürger behandelt werden und sich auf diesem Wege assimilieren.

Weder die Vertreter der AAAA noch die Vertreter des Comité Parodi orientierten sich in der Folgezeit an den von ihnen selbst aufgestellten Leitlinien im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten. Beide Verbände wurden zu einem wichtigen Ansprechpartner der Regierung und sollten die Integrationspolitik entscheidend prägen. Die Idee zu den Walddörfern stammte ursprünglich vom Präsidenten der AAAA, François Reverchon. Bereits im Juli trat der Verband mit dieser Idee an die Öffentlichkeit. Diese »réfugiés d'un type particulier« zu sehr zu verstreuen, könne schwere psychologische und soziale Folgen haben, ließ man verlauten. Um dem entgegenzuwirken, könnten sie in verlassenen Dörfern im Süden Frankreichs untergebracht werden. Die Verantwortlichen der AAAA präsentierten diese Methode als den einzigen Weg, »une intégration cohérente de ces familles d'origine rurale dans les structures économiques du pays« zu gewährleisten¹²⁴. Sie wichen mit diesem Vorschlag in zwei Punkten vom universalistischen Weg der Assimilation ab: Zum einen wären die Hilfssoldaten mit ihren Familien in diesen Walddörfern isoliert. Zudem wurde angenommen, sie könnten lediglich im Agrarsektor in die französische Wirtschaft integriert werden.

Die ehemaligen SAS-Offiziere der AAAA fanden für ihre Pläne die Unterstützung des Comité Parodi. Gemeinsam machten sie sich in Kooperation mit dem Agrarministerium auf die Suche nach geeigneten Orten und arbeiteten ein Konzept aus, das sie schließlich dem Ministerium für Repatriierte vorlegten. Das Ministerium übernahm das Konzept in Grundzügen. Zwischen den Behörden und den ehemaligen SAS-Offizieren bestand aber Uneinigkeit in der Frage, ob die Walddörfer lediglich eine provisorische oder eine dauerhafte Lösung sein sollten. Das Agrarministerium plante, die ehemaligen Hilfssoldaten für die Instandsetzung der Wälder zu nutzen, eine Arbeit, die nach etwa drei Jahren abgeschlossen sein würde. Die ehemaligen SAS-Offiziere sprachen sich hingegen für eine langfristige Ansiedlung aus. Parallel zur Waldarbeit sollten sie das Land bebauen und Schafe züchten, um sich dauerhaft ihren Lebensunterhalt

¹²³ Ibid.

¹²⁴ Communiqué AAAA, 31.7.1962, AN: vers. 20120054/95.

sichern zu können. Den Einwand des Agrarministeriums, die Erde sei in diesen Walddörfern zu unfruchtbar, wiesen die ehemaligen SAS-Offiziere zurück. Man wisse, wie diese muslimischen Familien in Algerien gelebt hätten. Man habe es mit einer Bevölkerung »en retard de plusieurs générations quant aux besoins et au mode de vie« zu tun, die jedoch bereit sei, Ratschläge anzunehmen. Mithilfe moderner Methoden könne man die Erde fruchtbar machen¹²⁵. Die Verbände betonten die Rückständigkeit der Bevölkerung, knüpften jedoch an die Idee der Zivilisierungsmission an und vertraten die Ansicht, mit der richtigen Anleitung könnte sie diese Rückständigkeit überwinden.

Die ehemaligen SAS-Offiziere waren auch diejenigen, die militärische Disziplin in den Walddörfern einführen wollten. Nachdem die ersten Bewohner der Walddörfer eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt bekommen hatten, um sich in diesem Dorf niederzulassen, beklagte der ehemalige SAS-Offizier André Wormser in einer Sitzung im November 1962, viele ehemalige Hilfssoldaten seien mit diesem Geld verschwenderisch umgegangen. Er plädierte deshalb dafür, »une discipline quasi-militaire« durchzusetzen¹²⁶. Die Regierung teilte seine Ansicht in diesem Punkt und installierte auch in den Walddörfern eine militärische Kontrolle. Hatte das Armeeministerium zunächst vorgesehen, hierfür Unteroffiziere zur Verfügung zu stellen, beschloss schließlich das Ministerium für algerische Angelegenheiten, auch ehemalige SAS-Offiziere zu rekrutieren »qui ont toutes qualifications pour occuper ces postes d'encadrement«¹²⁷. Diese SAS-Offiziere bekamen die Aufgabe, die Integration der Hilfssoldaten in den Walddörfern zu gewährleisten. Unterstützung bekamen sie hierbei von »assistantes sociales«, die die Verantwortung für soziale Fragen sowie für Aufgaben im Gesundheits- und Hygienebereich bekamen¹²⁸.

Wiederholt wiesen die AAAA und Vertreter des CNMF auf die Bedeutung dieser militärischen Kontrolle für die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten hin. Der Vorsitzende des CNMF, Alexandre Parodi, wandte sich in der ersten Hälfte der Jahres 1963 an den Armeeminister, um von den Erfolgen dieser Maßnahmen zu berichten. Da die ehemaligen Hilfssoldaten »par affinités ethniques et dans une ambiance rurale« untergebracht gewesen seien, habe man einen Kulturschock verhindern können. Dank der guten Arbeit der Sozialarbeiter, insbesondere aber der Arbeit der Offiziere, die als »chefs de chantier« einge-

¹²⁵ Comité national de solidarité pour les Français musulmans réfugiés. Conseil d'administration du 3 août 1962, AN: vers. 20120054/84.

¹²⁶ CNMF. Réunion du 19 novembre 1962, AN: vers. 20120054/12.

¹²⁷ Procès-verbal de la réunion tenue le 15 janvier 1963 dans le cabinet de M. Besson, conseiller technique au cabinet du ministre des Rapatriés, 16.1.1963, AN: F1a/5140.

¹²⁸ Le préfet de l'Aveyron à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, 6.1.1963, AN: vers. 19920149/3.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

setzt worden waren, sei »l'adaptation à notre pays et à nos mœurs« in Sicht¹²⁹. Allerdings werde die Arbeit erst nach einiger Zeit Früchte tragen, weshalb Parodi dafür plädierte, die Walddörfer in ihrer derzeitigen Funktion im besten Fall noch ein bis zwei Jahre aufrechtzuerhalten¹³⁰.

Um die Notwendigkeit der militärischen Disziplin zu unterstreichen, fügte Parodi dem Schreiben Auszüge von Berichten über die derzeitige Situation in einzelnen Walddörfern bei. Als Leitmotiv zog sich die These durch die Berichte, die ehemaligen Hilfssoldaten benötigten eine starke Führung. In einem Bericht war zu lesen, wie effizient der als Chef eingesetzte Militärangehörige das Leben in einem der Walddörfer im Département Aveyron regelte: »Très efficace, il arrive à obtenir des crédits pour améliorer l'implantation, surveille l'hygiène générale, et oblige tout le monde à marcher droit«¹³¹. Diese Disziplin sahen die ehemaligen SAS-Offiziere als absolute Notwendigkeit an, die den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien die Fähigkeit, ihr Zusammenleben selbst zu regeln, absprachen: »La suppression de ces petits cadres [...] va transformer la vie de ces gens, qui ont besoin d'être dirigés; les désordres et disputes ne tarderont pas lorsque le sous-officier sera parti«¹³².

Dass die beiden Verbände die Notwendigkeit militärischer Disziplin in besonderem Maße hervorhoben, war auch damit zu begründen, dass ehemalige SAS-Offiziere oftmals den Kader in den Walddörfern stellten. Als 1964 die Existenz der Walddörfer kurzzeitig in Frage gestellt wurde, kam die Frage nach der Zukunft des Personals auf¹³³. Die AAAA hatte sich nicht nur der Aufgabe verschrieben, sich um die ehemaligen Hilfssoldaten zu kümmern, sondern um alle Angehörigen der ehemaligen SAS¹³⁴. Somit hatte die AAAA ebenso wie das Comité Parodi ein Interesse daran, die prekäre Situation des Kadere zu regeln. Die Walddörfer stellten ein Beschäftigungsfeld für ehemalige Angehörige der SAS dar, weshalb die beiden Verbände auch als Interessensvertretung des Personals in den Walddörfern agierten. Der Generalsekretär des CNMF hob in einem Schreiben an den SFIM die Qualität des Kadere hervor, um gleichzeitig auf die prekären Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu verweisen. Ihre Situation sei derzeit sehr schwierig, da sie keiner bestimmten Behörde zugeordnet seien, sondern lediglich einen Arbeitsvertrag hätten, der mit einer Frist von 15 Tagen

¹²⁹ Parodi à monsieur le ministre des Armées, Paris, ohne Datum [1. Hälfte 1963], AN: vers. 20120054/84.

¹³⁰ Ibid.

¹³¹ Ibid.

¹³² Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

¹³³ Secours catholique. F. Gomart au CNMF, 18.12.1964, *ibid.*

¹³⁴ Vgl. hierzu [Kap. 2.3](#).

gekündigt werden könne¹³⁵. Auch die AAAA warf 1964 die Frage auf, wie die Zukunft der Walddörfer insgesamt und die des Kadern im Speziellen aussehen solle. Sie hob die Vorteile der Walddörfer hervor und verwies darauf, dass auch weiterhin eine soziale Betreuung der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien nötig sei. Insbesondere in den abgelegenen Dörfern sei keine Entwicklung hin zu einem westlichen Lebensstil festzustellen, weshalb hier die soziale Arbeit gar verstärkt werden müsse¹³⁶. Die Forderung nach einer dauerhaften militärischen und sozialen Kontrolle in den Walddörfern ist also nicht nur damit zu begründen, dass man die Bewohner als rückständig ansah, sondern auch damit, dass auf diese Weise ehemaligen SAS-Angehörigen, die mit der Unabhängigkeit Algeriens ihre Arbeit verloren hatten, Beschäftigung und Einkommen garantiert wurde.

Bis 1964 bestand die Aufgabe der AAAA und des CNMF darin, gemeinsam mit der Regierung nach Arbeitsplätzen und Unterkünften zu suchen. Nachdem die Regierung 1964 diesen Prozess für beendet erklärte, änderte sich der Aufgabenbereich der beiden Verbände. Auf der Generalversammlung der AAAA im Mai 1964 erklärte man, nun komme »une phase de tutelle sociale auprès de nos anciens moghaznis et harkis reconnus nationaux français«¹³⁷. Dabei ging es nicht nur um die »tutelle sociale« der in den Walddörfern lebenden Hilfssoldaten, sondern auch um die Betreuung der Hilfssoldaten, die die Regierung zumeist äußerst konzentriert in Gebäuden der Sonacotra in den Industriezentren angesiedelt hatte. Das CNMF bekam von der Regierung die Aufgabe, die soziale Betreuung dieser Hilfssoldaten und ihrer Familien zu übernehmen¹³⁸. Die Zuständigen berichteten in der Folge hauptsächlich vom Scheitern der Integration. So hieß es im Frühjahr 1965 in einem Schreiben des Comité Parodi an den Direktor des SFIM über die Hilfssoldaten, die ohne Familie nach Frankreich gekommen waren, diese hätten zwar guten Willen bewiesen, sich jedoch trotzdem nicht an das Leben in Frankreich gewöhnen können. Zu mangelhaft sei ihre Bildung, zu groß dadurch die Schwierigkeit, eine feste Arbeit zu finden und sich dauerhaft an einem Ort niederzulassen¹³⁹.

Zur Erklärung dieser gescheiterten Integration wurden strukturelle Gründe angeführt, man griff jedoch auch auf kulturelle Begründungsmuster

¹³⁵ Vgl. CNMF. Le colonel Schoen, secrétaire général, à monsieur le préfet, chef du SFIM, ohne Datum, AN: vers. 20120054/84.

¹³⁶ Alexandre Parodi au monsieur le préfet Perony, chef du SFIM, ohne Datum [wahrscheinlich Ende 1964, Antwort auf ein Schreiben vom 27.11.1964], AN: vers. 20120054/95.

¹³⁷ AAAA. Bulletin de liaison, Dez. 1964, *ibid.*

¹³⁸ Vgl. CNMF. Réunion plénière, 10.2.1964, AN: vers. 20120054/2.

¹³⁹ CNMF au directeur du SFIM, 28.4.1965, AN: vers. 20120054/84.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zurück. Neben der mangelhaften Bildung habe der Mangel an Unterkünften und Arbeitsplätzen die Integration erschwert, doch auch die »nostalgie de l'ambiance ›paternaliste‹ qu'ils avaient connue sous nos drapeaux« habe eine Rolle gespielt¹⁴⁰. Dies wurde am Beispiel eines ehemaligen Hilfssoldaten, der in Algerien stets »propre, sobre, discipliné, bien élevé« gewesen sei, veranschaulicht. Er habe sich jedoch nie mit dem Leben in Frankreich arrangieren können und habe eine Arbeitsstelle nach der anderen verloren. Er vermisse nach Angaben des CNMF die Zeit, als er, »encadré par des officiers«, keine Eigeninitiative benötigt habe¹⁴¹. Mit diesen Worten erklärte man, die muslimische Bevölkerung sei nur unter strenger Führung in der Lage, sich in der französischen Zivilisation zurechtzufinden. Vertreter der AAAA unterstrichen dies, indem sie betonten, es sei illusorisch zu glauben, man könne in »notre civilisation« Hilfssoldaten integrieren, die zuvor dreißig Jahre in Algerien gelebt hätten. Man könne ihnen gegenüber lediglich »avec le maximum d'autorité et de bienveillance associée« auftreten¹⁴². Sie schrieben den ehemaligen Hilfssoldaten mit dieser Rhetorik eine mangelnde Eigeninitiative zu. Hatten sie noch 1962 verkündet, während der Kolonialzeit bereits die Grundsteine dafür gelegt zu haben, dass diese ihre »zivilisatorische Rückständigkeit« unter Aufsicht schnell überwinden würden, so betonten sie nun, dass die ehemaligen Hilfssoldaten nicht in der Lage seien, ohne den in der Kolonialzeit vorherrschenden Paternalismus in Frankreich zu überleben.

Die demobilisierten SAS-Offiziere erklärten jedoch lediglich die Integration der Hilfssoldaten und deren Ehefrauen als gescheitert. In der zweiten Generation sahen sie die Möglichkeit, eine erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten. Als die AAAA in ihrem Verbandsorgan 1964 die gescheiterte Integration der ehemaligen Hilfssoldaten verkündete, hob sie gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, sich auf die Integration der zweiten Generation zu konzentrieren. Lediglich der Einfluss des Elternhauses wurde als Hindernis zur Integration angesehen. Man müsse versuchen, die zweite Generation dem Einfluss ihrer Eltern zu entziehen, deren Integration gescheitert war, ließ die AAAA verlauten. Nur so könne die *francisation* der zweiten Generation gelingen¹⁴³. Dass sie die *francisation* als Ziel der Integrationspolitik ansahen, verdeutlicht, dass die ehemaligen SAS-Offiziere Integration mit Assimilation gleichsetzten. Eine Anerkennung der kulturellen Besonderheiten der muslimischen Hilfssoldaten wurde nicht in Erwägung gezogen, wurde doch ihre Kultur als rückstän-

¹⁴⁰ Ibid.

¹⁴¹ Ibid.

¹⁴² AAAA. Bulletin de liaison, 1964, AN: vers. 20120054/95.

¹⁴³ Ibid.

dig betrachtet. Da die Assimilation der ersten Generation nicht gelungen war, gedachte man nun die zweite Generation dem kulturellen Einfluss der Eltern zu entziehen, um deren Assimilation zu gewährleisten.

Im Kontext der *francisation* der zweiten Generation reflektierten die Verantwortlichen der AAAA die Frage, inwiefern der muslimische Glaube der Assimilation im Wege stehe. Man lud 1965 auf eine Sitzung der Organisation den Priester Maurice Avril ein, der über die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Evangelisierung der Muslime in Frankreich referierte. Avril bezeichnete den Islam in seiner Rede als eine »*religion d'esclaves*«, die lediglich »*des êtres sans idéal, sans dignité humaine*« hervorbringen könne. Es sei die Aufgabe der christlich-westlichen Zivilisation, die Muslime aus dieser Sklaverei zu befreien. Er bedauerte, dass Missionierung während der Kolonialzeit per Gesetz verboten gewesen war, und wies darauf hin, dass nun in Frankreich einer Bekehrung der Muslime gesetzlich nichts im Wege stehe. Es stelle sich lediglich die Frage, ob eine Bekehrung der in Frankreich lebenden Muslime, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, sinnvoll sei oder nicht. Diese Frage sei mit einem klaren »Ja« zu beantworten. Man habe sie nach Frankreich gebracht und sie dort an den materiellen Vorteilen der christlich-westlichen Zivilisation teilhaben lassen. Damit müsste jedoch auch die geistige Teilhabe an dieser Zivilisation einhergehen. Mit folgenden Worten plädierte er für die Bekehrung der muslimischen Hilfssoldaten und deren Angehörigen: »*L'Église doit haïr et combattre l'islam, mais elle doit aimer et sauver les musulmans. Refuser leur conversion serait un péché contre l'esprit*«¹⁴⁴.

Nicht alle Zuhörer teilten die Ansichten des Priesters, hieß es im Verbandsorgan der AAAA. Zwar habe jeder seine eigene Position zu diesem Thema, ein großes Interesse an den Gedanken Avrils habe jedoch jeder Einzelne gezeigt. Das liegt daran, dass Avril den Mitgliedern des Verbandes konkrete Ratschläge gab, wie die Christianisierung der Hilfssoldaten vonstatten gehen könne. Es bedürfe einer gezielten Aufklärungsarbeit, durch die der »Musulman français« selbst seinen Fehler erkennen und zum Christentum konvertieren solle. Man müsse ihn gezielt in die Lage versetzen, selbst wählen zu können. Dadurch ermögliche man ihm »*de défendre la vérité*«, anstatt ihn dazu zu verpflichten, »*de conserver son erreur*«. Diese Aufklärungsarbeit sollten Avril zufolge die ehemaligen SAS-Offiziere leisten, die noch immer die Aufgabe der »*tutelle sociale*« über die ehemaligen Hilfssoldaten hatten, was er mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte: »*Ils bénéficient d'une structure paroissiale dans laquelle les chrétiens fervents fournissent une garantie de parrainage suffisante pour justifier et étayer les adhésions personnelles*«¹⁴⁵. Die ehe-

144 AAAA. Bulletin de liaison, 1965, *ibid.*

145 *Ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

maligen SAS-Offiziere müssten eine »veritable campagne« starten, um den ehemaligen Hilfssoldaten das Christentum nahezubringen. Folgende Schritte seien dafür notwendig: »Il faut en particulier favoriser les réalisations spirituelles, accepter le baptême des bébés, admettre les jeunes au catéchisme, patronages, scouts, colonies [...], se préoccuper des parents, les faire participer aux activités de l'action catholique, faire des paraliturgies, des réunions, etc.«¹⁴⁶ Avril legte den ehemaligen SAS-Offizieren nahe, ihren Einfluss auf die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien zu nutzen, um diese von ihrer als rückständig bezeichneten Religion zu entfernen und zum Christentum zu führen. Dies sah der Priester als wichtigen Schritt zur Assimilation dieser französischen Staatsbürger an.

Die ehemaligen SAS-Offiziere setzten die Ratschläge Avrils nicht in vollem Maße in die Tat um. Sie starteten keine Kampagne zur Bekehrung der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Wie bereits aus der Informationsbroschüre hervorging, die die AAAA 1962 kurz nach der Ankunft der ersten ehemaligen Hilfssoldaten herausgegeben hatte, vertraten jedoch viele von ihnen die Ansicht, eine Distanzierung vom muslimischen Glauben stelle gleichzeitig einen großen Schritt in Richtung Integration dar. In diesem Sinne begrüßten und förderten sie Maßnahmen, die die Bedeutung des Islams für die ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere für deren Söhne und Töchter reduzierten. Beispielhaft hierfür kann die Position des CNMF zur Namensgebung herangezogen werden. Es waren Fälle aufgetreten, in denen sich die zuständigen Behörden geweigert hatten, muslimische Vornamen bei Kindern ehemaliger Hilfssoldaten zu akzeptieren. Der Generalsekretär des Comité Parodi, Oberst Paul Schoen, bezog 1965 in einem Rundschreiben Stellung zu dieser Problematik. Im Interesse der Kinder selbst sei es angebracht, »de conseiller discrètement à leurs parents de leur donner un prénom islamique et un prénom français«. Die Verwaltung habe jedoch auch muslimische Namen zu akzeptieren¹⁴⁷. Es gab durchaus Verständnis dafür, dass sich die Eltern mit der Namensgebung zu ihrem muslimischen Glauben bekennen wollten. Dennoch sollten sie dazu gebracht werden, ihren Kindern zumindest nicht nur einen muslimischen Vornamen zu geben, da ein französischer Vorname ihnen die Integration in die französische Gesellschaft erleichtern würde. Muslimische Namen sah man als Hindernis auf dem Weg zur Assimilation.

Über die Namensgebung hinaus nutzten die beiden Verbände der ehemaligen SAS-Offiziere auf verschiedene Art und Weise ihren Einfluss auf die Erziehung der zweiten Generation, um deren muslimischen Glauben in den Hinter-

¹⁴⁶ Ibid.

¹⁴⁷ CNMF. Choix des prénoms des nouveaux nés musulmans, 21.9.1965, AN: vers. 19920149/5.

grund zu drängen und sie stattdessen an den christlichen Glauben heranzuführen. So war das Comité Parodi an der Organisation der Weihnachtsfeiern in den Lagern, Walddörfern und den Sonacotra-Siedlungen beteiligt¹⁴⁸. Die Mitglieder des Verbands diskutierten auch die Rolle der Ehe auf dem Weg zur Integration. Bis 1968 waren bereits einzelne Fälle aufgetreten, in denen die ehemaligen Hilfssoldaten versuchten hatten, ihre Töchter nach Algerien zu verheiraten. Aus der Sorge heraus, solche Fälle könnten sich häufen, diskutierte man die Frage, wie mit dieser Problematik umgegangen werden solle. Man einigte sich darauf, gegebenenfalls das Konsulat in Algerien zu kontaktieren und den Eltern die Aufsichtspflicht zu entziehen¹⁴⁹. Es wurde mit diesem vehementen Vorgehen verdeutlicht, dass im Widerspruch zu den Gesetzen der Französischen Republik stehende Praktiken nicht toleriert wurden. Da die Freiheitsrechte der Mädchen durch Zwangsehen eingeschränkt wurden, sollten sie unter allen Umständen verhindert werden. Man stand jedoch auch freiwilligen Verbindungen zwischen Muslimen kritisch gegenüber. Vertreter der AAAA sprachen sich dafür aus, Ehen zwischen Töchtern und Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und jungen Franzosen und Französisinnen zu begünstigen. Sie bezeichneten die Mischehen als beste Form der Integration. Auf diesem Weg vollziehe sich die *francisation*, wie sie sich vollziehen solle¹⁵⁰.

Die Vertreter der AAAA nutzten die Überlegungen zur Mischehe, um die Notwendigkeit der *francisation* zu unterstreichen. Für die ehemaligen SAS-Offiziere war Assimilation der einzige Weg zur Integration dieser muslimischen Bevölkerung in die französische Gesellschaft. Sie sahen es als ihre Aufgabe an, das Entstehen einer Gruppe zu verhindern, die in der Französischen Republik durch ihre als rückständig angesehene Kultur und Religion erkennbar sein könnte. Da sie die kulturellen Differenzen der ehemaligen Hilfssoldaten als zu groß betrachteten, wichen sie vom traditionellen Weg zur Assimilation ab und setzten zunächst auf eine soziale Kontrolle der muslimischen Hilfssoldaten, um diese an das Leben in Frankreich zu gewöhnen. Aus dieser zunächst nur als vorübergehend angesehenen Lösung war eine Dauerlösung geworden. Während man die erste Generation als nicht assimilierbar ansah und sie dauerhaft unter Aufsicht zu stellen gedachte, sollte sich die zweite Generation auf dem traditionellen universalistischen Weg assimilieren. Sie sollten ihre arabisch-muslimische Identität ablegen und eine erfolgreiche *francisation* vollziehen.

Die 1971 im Auftrag der Regierung von Servier durchgeführte Studie zur Situation der muslimischen Repatriierten ging auf eine Initiative des CNMF zurück, der auch den Studienleiter bestimmte und sich zudem vertraglich die

148 CNMF. Séance du 24 janvier 1968, AN: vers. 20120054/1.

149 CNMF. Assemblée générale du 3 avril 1968, *ibid.*

150 AAAA. Bulletin de liaison, 1964, AN: vers. 20120054/95.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Exklusivrechte für die Publikation der Ergebnisse sicherte. Vertraglich definierten Servier und das CNMF als Ziel der Studie, »d'étudier la situation des Français musulmans sous tous les aspects d'insertion, économique, social, politique, humain, scolaire et culturel«¹⁵¹. Die Erfolge der Integrationsarbeit der letzten Jahre, an der das CNMF wesentlich beteiligt gewesen war, sollten auf diesem Weg wissenschaftlich untersucht werden. Das CNMF gab zu dem Zeitpunkt die Studie in Auftrag, als der Verband den Schwerpunkt seiner Integrationsarbeit auf die zweite Generation verschoben hatte und sich fragte, wie er dabei am besten vorgehen sollte. Somit bekam Servier auch explizit den Auftrag, »les motivations et les tendances profondes à l'origine des tensions ou des espoirs qui agitent les Français musulmans, notamment les jeunes, adolescents et jeunes adultes, nés en France après l'option de nationalité de leurs parents« auszumachen¹⁵². Die Studie sollte helfen zu verstehen, was die Jugend bewegte, um besser auf aufkommende Spannungen in der zweiten Generation reagieren zu können.

Mit Servier hatte das CNMF für die Studie keinen Unbekannten ausgewählt. Servier war selbst in Algerien geboren und hatte seine wissenschaftliche Laufbahn als Ethnologe an der Universität von Algier begonnen. Er hatte sich auf die Erforschung der in der Kabylei lebenden Berber konzentriert und dementsprechend viel Zeit dort verbracht. Seine Expertise stellte Servier nach dem Ausbruch des Algerienkriegs dem Militär in Algerien zur Verfügung. Im Jahr 1955 berichtete er in seiner autobiographischen Veröffentlichung »Dans l'Aurès sur les pas des rebelles«, wie er sich sein Wissen über die Stammeskonflikte unter den Berbern zu Nutze machte, um den ersten muslimischen GAD zu organisieren¹⁵³. Er trat in der Folgezeit immer wieder als militärischer Berater auf, wurde 1956 offiziell der *direction des affaires politiques du gouvernement général de l'Algérie* zugeordnet, nach einigen Misserfolgen 1958 jedoch wieder nach Paris zurückberufen¹⁵⁴. Seine wissenschaftlichen Kompetenzen sind nicht unumstritten. MacMaster vertritt die Ansicht, Servier habe ein Bild der Berber als noble Wilde gezeichnet, das an das Bild des »guten Wilden« Jean-Jacques Rousseaus erinnere¹⁵⁵. Seine Recherchen gelten als ahistorisch, da er die antike Welt als Schablone auf die zeitgenössische algerische Gesellschaft legte und

¹⁵¹ Contrat de fourniture de travaux dans le domaine de la recherche et de l'analyse des questions sociales dans le milieu des Français musulmans, ohne Datum, AN: vers. 20120054/86.

¹⁵² Ibid.

¹⁵³ Jean SERVIER, *Dans l'Aurès sur les pas des rebelles*, Paris 1955.

¹⁵⁴ Fabien SACRISTE, Germaine Tillon, Jacques Berque, Jean Servier et Pierre Bourdieu. *Des ethnologues dans la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2011, S. 215–259.

¹⁵⁵ MACMASTER, *L'idéologie des officiers*, S. 39.

gesellschaftlichen Wandel nicht berücksichtigte¹⁵⁶. Dass vonseiten des CNMF mit Servier ausgerechnet ein Wissenschaftler ausgewählt wurde, der nicht nur selbst in Algerien aufgewachsen war, sondern zudem bereits während des Krieges mit den muslimischen Hilfssoldaten in Kontakt gekommen war, zeigt, in welchem Maße die Verantwortlichen ihrem kolonialen Blick auf die einstigen Hilfssoldaten verfangen blieben und versuchten, ihre Erfahrungen als SAS-Offiziere auf die Integration der Hilfssoldaten in Frankreich zu übertragen.

Die Studie brachte nicht wie erhofft die Leistungen in der Integrationsarbeit zum Vorschein, sondern die Verantwortlichen sahen sich vollkommen unvorbereitet mit Kritik an ihrer Arbeit konfrontiert¹⁵⁷ und ignorierten sie. Man las die Studie als Bestätigung des in der Integrationspolitik eingeschlagenen Wegs. Auf der Generalversammlung des CNMF hielt man fest, die Ergebnisse zeigten, dass noch immer eine hohe Anzahl »musulmans français« in Frankreich lebten, die aus dem ländlichen Raum stammten, nur schlecht die französische Sprache beherrschten und deshalb nur niedere Arbeiten durchführen könnten. Diese »musulmans français« seien »désorientés«, »déracinés« und aus diesem Grund auf eine »assistance particulière« angewiesen¹⁵⁸. Gemäß der von Servier verbreiteten Vorstellung der agrarisch geprägten, in der modernen Gesellschaft nicht überlebensfähigen Berber deuteten die ehemaligen SAS-Offiziere die Ergebnisse der Studie als Bestätigung der Hilfsbedürftigkeit der ehemaligen Hilfssoldaten und somit als Bestätigung der Integrationsarbeit des CNMF und seiner Partner. Gerade die von ihnen initiierten Walddörfer sowie die Lager würden dieser Hilfsbedürftigkeit gerecht, hieß es auf der Generalversammlung¹⁵⁹. Die Studie zog somit keinen Richtungswechsel in der betriebenen Integrationsarbeit nach sich. Die ehemaligen SAS-Offiziere sahen sich vielmehr in der These der Nichtassimilierbarkeit der ehemaligen Hilfssoldaten bestätigt und hielten an der Notwendigkeit der sozialen Unterstützung und Kontrolle fest.

In Bezug auf die bei den Jugendlichen ausgemachten Spannungen glaubte man sowohl die Ursache als auch eine adäquate Lösung gefunden zu haben. Diese Spannungen seien auf eine Vernachlässigung vonseiten der Eltern zurückzuführen, die weder ihrer Aufsichtspflicht noch ihrem Bildungsauftrag nachkämen, war auf der Generalversammlung im April zu hören. Durch eine von Sozialarbeitern durchgeführte und die schulische Bildung ergänzende »formation humaine et socioculturelle« sollte dem entgegengetreten werden. Eine

¹⁵⁶ Jacques CANTIER, *Les Berbères dans l'œuvre de l'ethnologue Jean Servier*, in: *Cahier d'histoire immédiate* 34 (2008), S. 251–266.

¹⁵⁷ Vgl. hierzu [Kap. 3.1](#).

¹⁵⁸ CNMF. *Assemblée générale*, 10.5.1973, AN: vers. 20120054/3.

¹⁵⁹ *Ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

verstärkte soziale Kontrolle galt als richtige Lösung, um aus ihnen »citoyens pleinement responsables« zu machen¹⁶⁰. Diese Interpretation der von Servier vorgelegten Ergebnisse überdeckte die Tatsache, dass sich die zweite Generation gegen die strenge Kontrolle in den Lagern und Walddörfern wehrte. Aus diesem Grund wurden die Verantwortlichen im CNMF von den im Mai 1975 in den Lagern ausbrechenden Aufständen augenscheinlich überrascht. Diese verdeutlichten, dass die Aufständischen nicht nur die Regierung für ihre gescheiterte Integration verantwortlich machten. Die Vorwürfe richteten sich explizit auch gegen das CNMF. Oberst Jean Deluc, einer der Verantwortlichen des CNMF, wurde für mehrere Stunden als Geisel in den Räumlichkeiten des Verbandes festgehalten¹⁶¹. Die Aufständischen warfen den ehemaligen SAS-Offizieren vor, sie in den Walddörfern und Lagern segregiert und entmündigt zu haben¹⁶².

Die Beschuldigten setzten sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr. Sie wiesen zum einen darauf hin, wie wichtig ihre Arbeit der sozialen Unterstützung der ehemaligen Hilfssoldaten sei. Zum anderen betonten sie, dass die Aufstände lediglich von einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe initiiert worden seien. Die Mehrheit der muslimischen Repatriierten, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, die vom CNMF und dessen Partnerorganisationen betreut würden, hätte sich nicht daran beteiligt und schenkten dem CNMF auch weiterhin ihr Vertrauen, hielt man rückblickend in der Generalversammlung des Komitees fest. Für diese Mehrheit lohne sich die gemeinsam unternommene Anstrengung, sie in die »communauté nationale« zu integrieren¹⁶³. Da sich in erster Linie die zweite Generation an den Aufständen beteiligt hatte, fühlten sich die Zuständigen in ihrem Ansatz bestätigt, sich in ihrer Arbeit auf sie zu konzentrieren. Während die Aufständischen den Verantwortlichen der Integrationsarbeit vorwarfen, sie durch die in den Lagern und Walddörfern vorherrschende Bevormundung nicht auf das Leben in Frankreich vorbereitet zu haben, hielt man im CNMF an der Idee fest, die Integrationsschwierigkeiten der zweiten Generation lägen am Einfluss ihrer Eltern, die nicht in der Lage seien, sich an den westlichen Lebensstil anzupassen. Wie bereits zehn Jahre zuvor fasste man den Plan, diesen Einfluss weiter zurückzudrängen. Durch vermehrte Bildungsarbeit und sportliche Aktivitäten sollten die Eltern für die zweite Generation weiter an Bedeutung verlieren¹⁶⁴. Das CNMF verfolgte dementspre-

¹⁶⁰ CNMF. Assemblée générale, 29.4.1975, *ibid.*

¹⁶¹ PIERRET, *Les révoltes*, S. 142.

¹⁶² Vgl. hierzu Kap. 3.6 und 3.7.

¹⁶³ CNMF. Assemblée générale, 3.6.1976, AN: vers. 20120054/3.

¹⁶⁴ *Ibid.*

chend auch in der Arbeit mit der zweiten Generation nach den Aufständen den Weg weiter, den es bereits eingeschlagen hatte, ohne das Konzept grundlegend zu verändern.

Obleich sie intern zu dem Schluss kamen, in der Integrationsarbeit stets richtig gehandelt zu haben, sahen sich verschiedene Akteure des AAAA und des Comité Parodi gezwungen, die Arbeit der letzten Jahre nach außen zu verteidigen. Nachdem Oberst Deluc für einige Stunden von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten in seinem Büro festgehalten worden war, äußerte er sich anschließend gegenüber Journalisten der Tageszeitung »France-Soir« zu den Vorwürfen. Er räumte ein, dass durch die Lager und Walddörfer eine Segregation entstehe und sie aus diesem Grund keine ideale Lösung darstellten. Gleichzeitig betonte er jedoch deren Notwendigkeit. Diejenigen, die noch in den Lagern und Walddörfern lebten, benötigten medizinische und soziale Unterstützung. Auch in Verwaltungsangelegenheiten seien sie auf fremde Hilfe angewiesen. Er sah den Grund für die Angriffe der zweiten Generation in deren eigenem Scheitern, für das sie Verantwortliche suchten, und sprach von den jungen Männern zwischen »oisiveté et violence«. Zudem legte er Wert darauf, zu betonen, dass die Bewohner der Lager freiwillig dort lebten. Immer wieder seien Versuche unternommen worden, sie zu einem eigenständigen Leben zu motivieren, jedoch ohne großen Erfolg. Auch hierfür wusste Deluc eine Erklärung anzubieten. Zum einen würde ihnen die Möglichkeit, sich selbständig ein Leben aufzubauen, durch eine hohe Reproduktionsrate erschwert. Zum anderen sei dies auf den »irrésistible instinct grégaire islamique« zurückzuführen¹⁶⁵. Seiner Meinung nach benötigten also die muslimischen Repatriierten aufgrund eines religiös begründeten »Herdentriebs« jemanden, der ihnen den Weg zeige. Mit dieser Verteidigungsstrategie offenbarte er, wie sehr er der Gruppe der Hilfssoldaten verabsolutierte Eigenschaften zuschrieb, um damit eine Integrationspolitik zu rechtfertigen, die den Weg der Gleichberechtigung verließ.

Die ehemaligen SAS-Offiziere hatten zu Beginn der 1970er Jahre die Lage der muslimischen Repatriierten insofern richtig eingeschätzt, als sie Spannungen unter den isorliert lebenden Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten ausgemacht hatten. Unter anderem um die Ursachen für diese Spannungen zu finden und darauf reagieren zu können, hatten sie Servier beauftragt, seine Studie durchzuführen. Sie zeigten jedoch keine Bereitschaft, die Ergebnisse als Kritik an der eigenen Integrationsarbeit zu lesen. Stattdessen interpretierte das CNMF die Ergebnisse als eine Bestätigung des Wegs, den es bis jetzt eingeschlagen hatte. Geprägt vom Bild einer archaischen muslimischen Gesellschaft, das unter anderem auf den von Servier zu Kolonialzeiten durchgeführten Studien zu den

¹⁶⁵ Les camps de harkis: une honte pour les uns, la moins mauvaise solution pour les autres, in: France-Soir, 20.6.1975.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Berbern Algeriens basierte, gingen die CNMF-Mitglieder weiter von zu großer kultureller Fremdheit der ehemaligen Hilfssoldaten aus und begründeten damit das Abweichen vom republikanischen Weg der Assimilation. Sie setzten auf soziale Kontrolle und militärischen Zwang, um die Hilfssoldaten von ihrer Kultur zu entfernen. Es waren koloniale Sichtweisen, die diesen Weg begründeten. Die ehemaligen SAS-Offiziere sahen es als ihre Aufgabe an, die in Algerien begonnene Zivilisierungsmission über die Unabhängigkeit hinaus fortzusetzen. Es waren jedoch auch praktische Gründe, die sie an dem Konzept der dauerhaften Kontrolle festhalten ließen: Sie verschaffte demobilisierten SAS-Offizieren eine Beschäftigung.

Im Umgang mit der zweiten Generation hatten die ehemaligen SAS-Offiziere Ende der 1960er Jahre erklärt, diese auf dem traditionellen Weg assimilieren zu wollen. Dabei gaben sie deutlich die *francisation* als Ziel an, was auch eine kulturelle Assimilation beinhaltete. Um diese zu gewährleisten, wichen sie jedoch erneut von dem universalistischen Weg der Assimilation ab und setzten auf Druck und Zwang. Sie gedachten den Einfluss der als nicht assimilierbar kategorisierten Eltern zurückzudrängen, um selbst die soziale Kontrolle über die zweite Generation zu übernehmen. Dabei nahmen sie nicht wahr, wie sich die zweite Generation gegen diese soziale Kontrolle sträubte, weshalb sie von den Aufständen überrascht wurden. Obwohl deutlich Kritik an dem paternalistischen Integrationsansatz geäußert wurde, änderten die ehemaligen SAS-Offiziere ihre Integrationsarbeit nicht. Stattdessen bemühten sie sich, die Aufstände einzelnen Agitatoren und Integrationsverlierern zuzuschreiben, und wiederholten die Kritik an der »muslimischen Persönlichkeit«. Dabei weiteten sie nun diese Kritik auch auf die zweite Generation aus, bei der sie zuvor auf eine Assimilation gemäß des Universalismus gesetzt hatten. Sie kritisierten, auch diese sei nicht bereit, Eigenverantwortung zu zeigen. Mit aller Kraft hielten sie am Bild der rückständigen muslimischen Bevölkerung fest und begründeten damit eine paternalistische Integrationspolitik, obwohl man so selbst vom universalistischen Weg der Assimilation abwich.

Die Verbände konnten dennoch nicht verhindern, dass sich durch die Schließung der Lager und Walddörfer ihr Aufgabenbereich langfristig änderte. 1979 löste der Bankier André Wormser den langjährigen CNMF-Präsidenten Alexandre Parodi ab. Wormser sollte den Verband bis zu dessen endgültiger Auflösung im Jahr 2006 prägen. Seinen persönlichen Ansichten, aber auch der veränderten Situation war geschuldet, dass sich innerhalb des Verbandes ein anderer Blick auf die Integrationsarbeit durchzusetzen schien. Mit dem Beschluss, Walddörfer und Lager zu schließen, kam dem Verband zunächst die Aufgabe zu, sie abzuwickeln und die Umsiedlung der verbleibenden Bewohner

zu betreuen¹⁶⁶. Als diese Aufgabe abgeschlossen war, verlor der Verband zunehmend an Bedeutung. Das CNMF beklagte 1986, dass es für die Verbände, die sich für die Integration der muslimischen Repatriierten einsetzten, immer schwieriger werde, die zur Fortsetzung ihrer Arbeit benötigten Subventionen zu erhalten¹⁶⁷. Der Verband bemühte sich dennoch, weiterhin seinen Einfluss auf die Integration der muslimischen Repatriierten geltend zu machen, und passte seine Integrationsarbeit unter der Führung Wormsers der neuen Situation an. Als 1991 erneut Vertreter der zweiten Generation durch Aufstände auf ihre Situation aufmerksam machten, nutzte Wormser die Gelegenheit, um die Arbeit der letzten Jahre zu resümieren und zugleich zu verdeutlichen, dass der Verband auch weiterhin benötigt werde¹⁶⁸. Er habe seine Aufgabe, für die Bewohner der Lager und der Walddörfer Unterkünfte zu finden und diese auf dem Weg in das neue Leben zu begleiten, erledigt. Die Integrationsarbeit sei jedoch nicht abgeschlossen. Wenngleich die großen politischen Probleme gelöst seien, stünden noch immer ernste wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Probleme der Integration der muslimischen Repatriierten im Weg¹⁶⁹. Wormser identifizierte als Präsident zwei Problemfelder, die es zu bewältigen gelte. In Bezug auf die 1980er Jahre benannte er die hohe Arbeitslosigkeit der zweiten und zunehmend auch der dritten Generation als Problemfeld¹⁷⁰. Mit dem Ende der 1980er Jahre machte er dann die wachsende Furcht vor dem Islamismus und das damit verbundene zunehmende Misstrauen der französischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber der muslimischen Bevölkerung zusätzlich als Integrationshindernis aus¹⁷¹.

Nach der Auflösung der Walddörfer und Lager ließen sich zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten mit ihren Familien in deren Nähe nieder. Deren Schließung stellte somit keinen radikalen Bruch dar, denn die einstigen Bewohner führten nun zwar ein selbstbestimmtes Leben, sie waren jedoch nicht in die

¹⁶⁶ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, Paris, ohne Datum [wahrscheinlich 1991, Islamismus wird erwähnt, der vor allem 1991 durch Golfkrieg und Terror in Algerien virulent wird], AN: vers. 20120054/107.

¹⁶⁷ CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

¹⁶⁸ Vgl. zu den Aufständen [Kap. 3.6](#) und [3.7](#).

¹⁶⁹ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, Paris, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁷⁰ Vgl. hierzu das Memorandum, das die Verantwortlichen des CNMF vor den Wahlen 1986 an verschiedene Abgeordnete der Nationalversammlung und an Senatoren versandten: CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

¹⁷¹ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

französische Gesellschaft integriert. Die Generation, die Mitte der 1970er Jahre rebelliert hatte, war nun erwachsen, jedoch in großen Teilen noch immer von Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen. Wormser räumte anlässlich der Aufstände 1991 ein, dass all die Bildungsprogramme, die von staatlicher Seite oder durch das Komitee und seine Partner initiiert worden waren, keine Erfolge gezeitigt hätten¹⁷². Noch immer könne man von einer mangelnden Integration vieler muslimischer Repatriierter sprechen. Viele ehemalige Hilfskräfte hatten die Lager und Walddörfer in Richtung der HLM der Vorstädte verlassen, wo bereits zuvor zahlreiche Hilfssoldaten in den Wohnungen der Sonacotra untergekommen waren. Wormser sah, dass die Bevölkerung dort die Probleme der maghrebischen Arbeitsmigranten und deren Nachkommen teilten¹⁷³.

Wormser beobachtete die Annäherung zwischen den Nachkommen der Hilfssoldaten und der algerischen Migranten nicht nur auf sozialer Ebene, sondern auch auf staatsrechtlicher. Explizit begrüßte er die Anwendung des *ius soli* für die zweite Generation der algerischen Migranten¹⁷⁴. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass die ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur durch das *ius soli*, sondern auch durch das *ius sanguinis* französische Staatsbürger seien. Er bezeichnete sie als »doublement citoyens français«. Nicht nur ihre Entscheidung für die französische Staatsbürgerschaft 1962 habe sie zu Bürgern der Französischen Republik gemacht, sondern vor allem das Blut, das sie für Frankreich vergossen hätten¹⁷⁵. Mit diesen Worten verwies er auf die besondere Situation der ehemaligen Hilfssoldaten selbst, die sich ihm zufolge für Frankreich entschieden hätten und aus diesem Grund nicht mit den Algeriern gleichzusetzen seien, die als Arbeitsmigranten nach Frankreich gekommen waren.

Trotz dieser Differenzierung unterschied Wormser in den 1980er Jahren in seiner Integrationsarbeit nicht grundsätzlich zwischen den Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten und denjenigen der Arbeitsmigranten. Er verlegte den Schwerpunkt der Integrationsarbeit in die hauptsächlich von einer Bevölkerung maghrebischen Hintergrunds bewohnten Vorstädte. Dort setzte er sich für die Schaffung adäquaten Wohnraums ein. Vor den Wahlen 1986 begrüßte er den Vorschlag der Regierung, die Wohnungen in den Vorstädten großflächig zu renovieren, hielt jedoch fest, dies sei nur ein erster Schritt zur

¹⁷² Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

¹⁷³ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁷⁴ Ibid.

¹⁷⁵ CNMF. Communiqué, 23.9.1991, AN: vers. 20120054/107.

Integration der dortigen Bevölkerung¹⁷⁶. In besonderem Maße setzte das CNMF unter der Führung Wormsers auf die Bildung der zweiten und dritten Generation. Anfang der 1980er Jahre bot das Komitee in den Vorstädten der südfranzösischen Stadt Toulouse Nachhilfeunterricht für Jugendliche an. Mit diesem Nachhilfeunterricht plante man der staatlichen Bildungspolitik entgegenzuwirken, der Wormser vorwarf, die Schüler mit maghrebinischem Hintergrund zu vernachlässigen. Dem universalistischen Ideal gemäß setzte Wormser darauf, allen Schülern die gleiche Bildung zukommen zu lassen und somit Chancengleichheit zu schaffen. In den Vierteln mit einer mehrheitlich aus dem Maghreb stammenden Bevölkerung nehme jedoch der Staat ein Bildungsversagen zu leicht hin, da man die Jugendlichen als zukünftiges Proletariat ansehe¹⁷⁷. Wormser plädierte dafür, gerade diese Jugendlichen zu motivieren und zu fördern. Man müsse sie mit positiven Vorbildern, mit Erfolgsgeschichten konfrontieren, um sie so zu einem höheren Bildungsabschluss zu motivieren¹⁷⁸. Um dieses Ziel zu erreichen, forderte er eine spezielle Förderung der Jugendlichen in den benachteiligten Vororten und setzte sich nach den Aufständen von 1991 dafür ein, das in Toulouse gestartete Programm auch auf andere Städte auszuweiten¹⁷⁹. Er wich mit diesem Programm teilweise vom Ideal des Universalismus ab, indem er sich für eine spezielle Förderung für Jugendliche maghrebini-scher Herkunft einsetzte. Dies begründete er jedoch damit, dass in Frankreich de facto keine Chancengleichheit gegeben sei. Eine spezielle Förderung erachtete er daher als notwendig, um die soziale Benachteiligung der Jugendlichen maghrebini-schen Hintergrunds auszugleichen und ihnen so eine Integration gemäß dem universalistischen Ideal zu ermöglichen.

Mit der Begründung, die muslimischen Repatriierten seien bei ihrer Ankunft in Frankreich in besonderem Maße benachteiligt worden, forderte Wormser 1991, diese auch gegenüber den muslimischen Migranten und deren Nachkommen in einigen Punkten zu bevorzugen. Trotz seiner Abneigung gegenüber jeglicher Form von Ungleichbehandlung beklagte er, dass die muslimischen Repatriierten von Betrieben nicht bevorzugt eingestellt würden¹⁸⁰. Auch von den Behörden forderte Wormser eine bevorzugte Behandlung ausschließlich der muslimischen Repatriierten, nicht der gesamten muslimischen

¹⁷⁶ CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

¹⁷⁷ Ibid.

¹⁷⁸ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁷⁹ Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, AN: vers. 20120054/107.

¹⁸⁰ Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gemeinde in Frankreich. Selbst im Vergleich zu den Arbeitsmigranten seien die muslimischen Repatriierten nach ihrer Ankunft mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert gewesen, begründete Wormser seine Forderung. Ihr Empfang sei vor allem aufgrund der »hostilité des autorités gouvernementales« besonders schwierig gewesen. Von dem feindlichen Empfang in Frankreich habe sich diese Gruppe nie erholt, zumal sich alle bis dato vorgelegten Spezialprogramme als ineffizient erwiesen hätten¹⁸¹. Wormser nutzte die Aufstände von 1991, um an seine Forderung nach Spezialprogrammen zu erinnern. Solche speziell auf die Bedürfnisse der muslimischen Repatriierten, insbesondere auf die Nachkommen der Hilfssoldaten, zugeschnittene Förderprogramme stellten ihm zufolge keine Bevorzugung dar, sondern seien die Reaktion auf eine Benachteiligung und eine noch immer andauernde Indifferenz der Behörden¹⁸².

Ausschließlich die deutlich auszumachende Benachteiligung rechtfertigte Wormser zufolge das Abweichen vom Gleichheitsprinzip zugunsten einer positiven Diskriminierung. Er wiederholte vermehrt, dass er am Ideal der universalistischen Nation festhielt. In einem Rundschreiben betonte er, Minderheiten hätten »le droit à l'indifférence au lieu du droit à la différence«¹⁸³. Mit diesen Worten bezog Wormser Stellung zu der Frage, inwiefern der muslimische Glaube der französischen Staatsbürger nordafrikanischen Hintergrunds ein Problem für deren Integration darstellen könne. Er vertrat die Ansicht, dass sich der Islam seit dem Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre zu einem entscheidenden Distinktionsmerkmal entwickelt habe. Er schrieb jedoch die Verantwortung dafür nicht der muslimischen Gemeinde in Frankreich, sondern der französischen Mehrheitsgesellschaft zu. Wormser betonte den Integrationswillen der muslimischen Franzosen. Er zog in einem Rundschreiben im Sommer 1991 die Reaktionen der Muslime mit französischer Staatsbürgerschaft auf den Golfkrieg als Beleg für diese These heran. Die muslimische Gemeinde in Frankreich könnte diesen Krieg als Kreuzzug gegen die arabische Welt und gegen den Islam interpretieren. Es sei jedoch nichts dergleichen zu bemerken. Die Muslime in Frankreich blieben ruhig und verhielten sich wie »Français soucieux de respecter l'ordre public«. Dies sei umso beachtenswerter, da sie durch die Berichterstattung ständig im Fokus der Öffentlichkeit stünden und es

¹⁸¹ CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

¹⁸² Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, AN: vers. 20120054/107.

¹⁸³ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

für sie selbst schwierig sei, unter diesem Druck eine eigene Position zu beziehen¹⁸⁴.

Wormser meinte, unter den muslimischen Bürgern Frankreichs eine Tendenz zur Akkulturation zu beobachten¹⁸⁵. In der Migrationsforschung bezeichnet der Begriff Akkulturation aus einem Kulturkontakt resultierende Prozesse. John Berry unterscheidet zwischen verschiedenen Strategien der Akkulturation. Die Assimilation unter Aufgabe der eigenen Kultur ist hierbei nur ein möglicher Weg zur Akkulturation. Berry zeigt auch die Möglichkeit auf, die eigene Kultur beizubehalten und dennoch in Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft zu treten¹⁸⁶. Aus Wormsers Ausführungen zum Thema Islam wird deutlich, dass er im Gegensatz zu seinen Vorgängern Akkulturation nicht mit Assimilation gleichsetzte, die auch eine kulturelle Angleichung implizierte. Er sah den Islamismus als Gefahr und als Hindernis für die Integration an, jedoch nicht einen moderat gelebten Islam. Vielmehr forderte er, dem Islam in der Republik einen Platz einzuräumen, und plädierte dafür, eine Organisation zur Vertretung der muslimischen Gemeinde in Frankreich zu schaffen, wie sie nicht nur für die katholische, sondern auch für die protestantische und jüdische Gemeinde vorhanden war. Eine solche Institution könne der muslimischen Gemeinde auf der politischen Bühne eine geschlossene, starke Stimme geben¹⁸⁷. Jenseits der politischen Bühne und außerhalb des öffentlichen Bereiches sah Wormser jedoch entsprechend der republikanischen Tradition den Glauben als Privatangelegenheit an. Jedes einzelne Mitglied der muslimischen Gemeinde in Frankreich habe »avec sa sensibilité propre, son exact degré de croyance religieuse, son niveau – pour chacun différent – d'acculturation«¹⁸⁸. Indem er für eine nationale Repräsentation der Muslime Frankreichs plädierte, wich Wormser auf den ersten Blick vom Prinzip der Assimilation ab. Dies begründete er jedoch damit, dass sowohl die christlichen als auch die jüdische Gemeinde über eine solche Repräsentation verfügten. Der muslimischen Gemeinde ebenso dieses Recht zu gewähren, entsprach für ihn dem Gleichheitsprinzip und der Religionsfreiheit. Für Wormser war insbesondere die Religionsfreiheit ein hohes Gut. Er hatte

¹⁸⁴ Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

¹⁸⁵ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁸⁶ John W. BERRY u. a., Cross-Cultural Psychology. Research and Applications, Cambridge 1992, S. 280–284.

¹⁸⁷ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁸⁸ Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

selbst als Franzose jüdischen Glaubens als Kind die deutsche Besatzung mit falscher Identität überlebt und sich danach stets zu seinem Glauben bekannt. Unter anderem aus diesem Grund trat er offensiv für das Prinzip der Religionsfreiheit ein und verteidigte diese für die muslimische Gemeinde in gleichem Maße wie für die jüdische Gemeinde in Frankreich¹⁸⁹.

Wormser sah weniger den muslimischen Glauben als Integrationshinderung an als die mangelnde Akzeptanz auf Seiten der französischen Mehrheitsgesellschaft. Durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit würden sie trotz aller Integrationsbemühungen aus der französischen Gesellschaft ausgeschlossen¹⁹⁰. Wormser zufolge war es in besonderem Maße das Gefühl, nicht akzeptiert zu werden, dass 1991 zur Eskalation der Gewalt zwischen Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und Ordnungskräften geführt habe. Dieses Gefühl sei nicht als unbegründete Viktimisierung anzusehen, sondern resultiere aus den Erfahrungen der muslimischen Franzosen. Wormser vertrat die Meinung, der Rassismus innerhalb der französischen Gesellschaft nehme zu. In besonderem Maße sah er die aus dem Maghreb stammende muslimische Gemeinschaft als Opfer dieser Entwicklung an. In einem Rundschreiben ging er auf die Beleidigungen und Bedrohungen ein, mit denen sich die muslimische Bevölkerung tagtäglich konfrontiert sehe. Die Verantwortung hierfür schrieb er unter anderem explizit dem FN zu, der einen offenen Rassismus propagiere¹⁹¹. Wormser sah die französische Regierung in der Verantwortung, diesen Rassismus zu bekämpfen. Er beschränkte sich nicht darauf, den Rassismus gegenüber den muslimischen Repatriierten anzuklagen, sondern gegenüber der Gesamtheit der muslimischen Gemeinde Frankreichs. Dies ist zum einen mit seinem offenen Bekenntnis zum universalistischen Ideal zu begründen, dem jegliche Form von Rassismus entgegenstand. Er verwies jedoch auch explizit darauf, dass der Rassismus gegenüber den aus Nordafrika stammenden Muslimen immer auch die muslimischen Repatriierten treffe¹⁹². Ihm war bewusst, dass einer der Wesenszüge des Rassismus darin liegt, anhand scheinbarer gemeinsamer äußerer Merkmale Gruppen zu kreieren. Insofern konnte die Tatsache, dass die repatriierten Muslime während des Algerienkriegs die französische Seite unterstützt hatten, sie nicht vor Diskriminierung und offenem Rassismus schützen.

¹⁸⁹ Mohand HAMOUMOU, Gérard WORMSER, Hommage à André Wormser. Quelle mémoire, quels symboles, quelle transmission?, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 251–271, hier S. 261f.

¹⁹⁰ CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

¹⁹¹ Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, *ibid.*

¹⁹² *Ibid.*

Hatte das CNMF die Aufstände der zweiten Generation Mitte der 1970er Jahre klar verurteilt, nicht zuletzt da sich diese auch gegen die Arbeit ihrer eigenen Mitglieder gewandt hatten, betonte Wormser in seinen Rundschreiben und in Pressemitteilungen zu den Unruhen von 1991, dass er die Beweggründe der Jugendlichen verstehen könne, wenngleich er die Wahl ihrer Mittel verurteilte. So schrieb er im Juli 1991, dass er mit Besorgnis das Wiederaufflammen der Unruhen beobachte. Dass man jedoch an diesem Punkt angelangt sei, sei mit der Vernachlässigung der »justes revendications« der zweiten Generation zu begründen sowie mit der Anwendung von »toutes les forces possibles d'abandon et de discrimination« ihnen gegenüber. Er appellierte an die Jugendlichen, die Aufstände zu beenden. Es müsse wieder Ruhe einkehren und die Justiz müsse die Möglichkeit bekommen, über diejenigen, die während der Unruhen zu weit gegangen seien, zu richten¹⁹³. Er bekannte sich damit klar und deutlich zur Einhaltung der Gesetze der Französischen Republik, erklärte jedoch, dass die muslimischen Repatriierten und deren Nachkommen in der großen Mehrheit dieses Bekenntnis teilten. Er betonte hierzu immer wieder die Integrationserfolge. Trotz der Verachtung, die ihnen vonseiten ihrer »compatriotes« entgegenschlage, hätten die meisten der »musulmans français« ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und somit ihren Familien und sich selbst »une vie décente« ermöglicht¹⁹⁴.

Wormser wich in seiner Rhetorik in allen Punkten von den Leitlinien ab, die die ehemaligen SAS-Offiziere, auch er selbst, nach 1962 in der Integrationsarbeit aufgestellt hatten. Er unterstellte der muslimischen Bevölkerung keine archaische Kultur und eine mit dieser Kultur und dem Islam begründete Unfähigkeit zur Eigeninitiative und verfolgte keinen paternalistischen Ansatz in seiner Integrationsarbeit, sondern verwehrte sich gegen jeglichen Paternalismus. Er betonte immer wieder sein Bekenntnis zum Universalismus, plädierte jedoch zugleich für eine positive Diskriminierung der benachteiligten Bevölkerung maghrebinischen Ursprungs im Allgemeinen sowie der muslimischen Repatriierten im Speziellen. Diese positive Diskriminierung begründete er damit, dass diese vernachlässigt worden seien und nun gleiche Ausgangsbedingungen hergestellt werden müssten. Die Integrationsschwierigkeiten, die Muslime der zweiten und der dritten Generation hatten, verknüpfte Wormser nicht wie seine Vorgänger mit deren mangelnden Eigeninitiative. Er lobte vielmehr ihre Integrationsbemühungen und sah die mangelnde Toleranz sowie die rassistischen Denk- und Handlungsmuster der französischen Mehrheitsgesellschaft als Grund dafür an, dass diese Versuche scheiterten. Wormser verabschiedete sich von der Idee, dass Assimilation unter Aufgabe der eigenen Kultur der einzige

¹⁹³ Ibid.

¹⁹⁴ Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Weg zur Integration sei. Er betonte das Recht des Einzelnen auf freie Religionsausübung und sah es somit nicht als Ziel der Integrationsarbeit an, die französischen Muslime von ihrer Religion und ihrer Kultur zu entfremden. Es ging ihm in der Integrationspolitik in erster Linie darum, die Jugendlichen zu unterstützen, um ihnen einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Obwohl er die Eigeninitiative der *Français musulmans* lobte, plädierte Wormser gleichzeitig für eine positive Diskriminierung im Rahmen spezieller sozialer und wirtschaftlicher Förderprogramme. Mit dieser Forderung zeigte er zugleich, dass die Arbeit seines Verbandes auch weiterhin notwendig sei. Wormser nutzte die Aufstände von 1991, um den Einfluss seines Verbandes auf die Integrationspolitik wieder auszuweiten, nachdem er im Laufe der 1980er Jahre zunehmend zurückgedrängt worden war. Wormser wandte sich im Juli 1991 an Maurice Benassayag, den Delegierten für Repatriierte der sozialistischen Regierung, um diesem seine Unterstützung in der zukünftigen Integrationsarbeit anzubieten und ihn zugleich um eine Aufstockung der finanziellen Mittel des CNMF zu bitten. Benassayag war ein guter Bekannter Wormsers, den er in seinen Schreiben mit »mon cher Maurice« ansprach¹⁹⁵. Benassayag sagte Wormser zu, ihn zukünftig wieder mehr an der staatlichen Integrationspolitik zu beteiligen. Auch eine Aufstockung der finanziellen Hilfen versprach er¹⁹⁶.

Wormser hatte somit erfolgreich die aus den Aufständen resultierende Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit für die Probleme der muslimischen Repatriierten genutzt, um den Einfluss seines Verbandes wieder auszuweiten. Indem er jedoch einerseits die Eigeninitiative der muslimischen Repatriierten lobte und zugleich seinem Verband Einfluss auf die Integrationsarbeit sichern wollte, entschied sich Wormser für einen Drahtseilakt. Aus diesem Grund betonte er einerseits die Integrationserfolge, wies jedoch gleichzeitig auf die neuen Probleme hin, die sich ihm zufolge in erster Linie aus der Konzentration von muslimischen Franzosen, sowohl Repatriierter als auch Migranten verschiedener Generationen, in den stigmatisierten Vorstadtsiedlungen ergaben. Man hatte sich in den letzten Jahren auf die Integrationsarbeit mit den muslimischen Repatriierten, insbesondere mit den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen, konzentriert. Doch obwohl man diese nach wie vor als besonders benachteiligte Gruppe und gleichzeitig als besonders verdienstvolle französische Staatsbürger ansah, reagierte der Verband unter Wormser sowohl auf die veränderte Zusammensetzung der muslimischen Gemeinde in Frankreich als auch auf die neuen Ansätze in der Integrationspolitik. Der Verband konzentrierte sich auf die Integrationsarbeit mit muslimischen Jugendlichen in den Vorstädten, ohne dabei zwischen den Nachkommen der

¹⁹⁵ André Wormser an Maurice Benassayag, 4.7.1991, AN: vers. 20120054/90.

¹⁹⁶ Ibid.

Arbeitsmigranten und den Nachkommen der muslimischen Repatriierten zu unterscheiden. Somit konnte Wormser die Existenzberechtigung seines Verbandes verteidigen, obwohl er erkannte, dass die muslimischen Repatriierten keine Fürsprecher mehr benötigten. Er selbst fasste die Leitlinie der Arbeit mit folgenden Worten zusammen: »Il faut rendre la fierté aux vieux, donner la parole aux meilleurs et se mettre à l'écoute des faibles«¹⁹⁷. Nach wie vor wollte man die Schwächsten unterstützen, gleichzeitig jedoch den Stärksten das Wort übergeben und nicht mehr als Sprachrohr der Gemeinschaft auftreten.

3.3 »Harkis« als Waffe im Kampf gegen die »France algérienne«

Als sich die Unabhängigkeit Algeriens abzeichnete, begannen die europäischen Siedler Algerien in Richtung Frankreich zu verlassen. Viele von ihnen hatten bis zuletzt gehofft, ihr Leben in Algerien fortsetzen zu können. Der acht Jahre andauernde blutige Kampf, der sich in seiner Schlussphase durch den Terror der OAS noch weiter verschärfte, machte jedoch ein friedliches Zusammenleben zwischen der muslimischen und der europäischen Bevölkerung unter der Führung des FLN beinahe unmöglich¹⁹⁸. Am Ende des Krieges fand ein regelrechter Exodus statt. Knapp einer Million europäischer Siedler musste die französische Regierung die Ausreise nach Frankreich ermöglichen¹⁹⁹. Obwohl die Mehrheit der Siedler aus Italien und Spanien stammte, galt deren Ausreise als Repatriierung. Sie waren in Algerien französische Staatsbürger »de droit civil« gewesen und behielten somit nach der Unabhängigkeit Algeriens die französische Staatsbürgerschaft. Nach der *loi Boulin* von 1961 galten sie offiziell als Repatriierte, wodurch sie nicht nur das Recht hatten, nach Frankreich auszureisen, sondern der Staat dort auch deren »Wiedereingliederung« regelte²⁰⁰.

Dennoch stellte die Repatriierung für die meisten Siedler einen tiefen Einschnitt dar. Sie empfanden ihr Leben in Frankreich als erzwungenes Exil. Viele hatten bis zuletzt darauf gehofft, dass die Unabhängigkeit Algeriens noch zu

¹⁹⁷ Ibid.

¹⁹⁸ Joëlle HUREAU, *La mémoire des pieds-noirs de 1830 à nos jours*, Paris 2001, S. 164–167.

¹⁹⁹ Den Begriff *exode* verwendet u. a. der Historiker Jean-Jacques Jordi, um die Ausreise der europäischen Siedler aus Algerien zu bezeichnen: Jean-Jacques JORDI, *De l'exode à l'exil. Rapatriés et pieds-noirs en France. L'exemple marseillais*, Paris 1993.

²⁰⁰ Vgl. zu den rechtlichen Regelungen der Repatriierten Yann SCIOLDO-ZÜRCHER, *Devenir métropolitain. Politique d'intégration et parcours de rapatriés d'Algérie en métropole (1954–2005)*, Paris 2010; DERS., *Faire des Français d'Algérie des métropolitains*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 15–28.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

verhindern sei, und hatten dabei auch auf den Kampf der OAS gesetzt. Nach der Ankunft in Frankreich herrschte unter den europäischen Repatriierten das Gefühl, von de Gaulle, aber auch von der Bevölkerung der Metropole, die in einem Votum die Unabhängigkeit offiziell legitimiert hatte, verraten worden zu sein. Aus der Erfahrung des erzwungenen Exils und dem Gefühl des Verrats resultierte unter den Repatriierten eine Gruppenidentität in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft Frankreichs, die ihren Diskurs prägen sollte. Man verstand sich als Schicksalsgemeinschaft der Repatriierten. Diese Schicksalsgemeinschaft sollte gemeinsam mit ehemaligen Sympathisanten und Mitgliedern der OAS sowie mit der sich zur Zeit des Algerienkriegs neu formierten extremen Rechten über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus die *Algérie française* verteidigen²⁰¹.

Nach der Unabhängigkeit Algeriens musste sich diese gemeinsame Front der *Algérie française* jedoch zunächst neu formieren. Die Mitglieder der OAS waren entweder inhaftiert, im Untergrund oder im Exil. Die extreme Rechte in Frankreich war nach der Unabhängigkeit Algeriens geschwächt und zersplittert und wurde erst in den 1970er Jahren in Gestalt des FN wieder gestärkt²⁰². Allein die Repatriiertenverbände, die als Sprachrohr der repatriierten Siedler fungierten, traten nach 1962 auf, um die *Algérie française* zu verteidigen. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit Algeriens war es die bereits zur Zeit des Krieges gegründete Anfanoma, die die höchste Mitgliederzahl vermelden konnte²⁰³. Die Vertreter dieses Verbandes schlossen die Muslime, die nach Frankreich kamen, in ihre Schicksalsgemeinschaft ein. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass die französische Regierung gegen Offiziere vorging, die ehemalige Hilfssoldaten nach Frankreich brachten, verkündete die Anfanoma ihre Unterstützung für diese Offiziere und forderte ihre Mitglieder auf, sich in besonderem Maße für diese »catégorie de rapatriés« einzusetzen²⁰⁴. Der Verband bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten als Repatriierte, obwohl ihnen die Regierung zu diesem Zeitpunkt diesen Status noch nicht gewährt hatte. Mit dieser Wortwahl verdeutlichte er, dass die ehemaligen Hilfssoldaten als französische Staatsbürger anzusehen seien, die das Schicksal der europäischen Repatriierten teilen. Allerdings hob man zugleich mit diesen Worten den besonderen Status der

201 Vgl. hierzu Michelle BAUSSANT, Exils et construction de la mémoire généalogique. L'exemple des pieds-noirs, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 29–44; Éric SAVARESE, After the Algerian War. Reconstructing Identity among the Pieds-Noirs, in: *Revue internationale des sciences sociales* 58 (2006), S. 457–466.

202 Jean-Yves CAMUS, Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie? Bonn 1998, S. 12.

203 ESCLANGON-MORIN, *Les rapatriés d'Afrique*, S. 155f.

204 *Les harkis ou l'honneur d'un pays*, in: *France-Horizon* 46 (1962), S. 18.

ehemaligen Hilfssoldaten hervor und grenzte sie von den europäischen Repatriierten ab.

Die Anfanoma hob stets das besondere Leiden der ehemaligen Hilfssoldaten hervor, um jedoch zugleich auf das eigene Schicksal zu verweisen. Im Dezember 1962 hielt Boualam auf einer Veranstaltung von Repatriierten in Lyon eine Rede, um auf die Massaker an den einstigen Hilfssoldaten und die zögerliche Reaktion der französischen Regierung hinzuweisen. Boualam sprach in diesem Kontext vom »Verrat« de Gaulles. Im Verbandsorgan der Anfanoma gab man in pathetischem Ton die Reaktion der Zuhörer auf die Rede Boualams wieder. Die Zuhörer hätten Boualam mit »poings serrés, rouge de la honte au front (une honte, pourtant, qui ne saurait être la nôtre)« gelauscht, als dieser von dem »sort terrible des harkis et de nos frères musulmans, qui [...] ont choisi la France« berichtet habe²⁰⁵. Die Situation der demobilisierten Hilfssoldaten verdeutlichte für die europäischen Repatriierten in einem besonderen Maße die Dramatik des selbst erlebten erzwungenen Exils. Boualam betonte, dass sich die Hilfssoldaten für die französische Seite entschieden hätten. Aus dieser Annahme resultierte für die europäischen Repatriierten die besondere Dramatik ihrer Situation. Sie warfen de Gaulle vor, den Hilfssoldaten, die durch ihren Kampf in der französischen Armee den Wunsch geäußert hätten, zur Französischen Republik zu gehören, den Status als französische Staatsbürger zu verwehren und sie stattdessen den Massakern auszuliefern. So verstärkten sie den Vorwurf des Verrats an der gesamten Bevölkerung Algeriens und verwiesen auf ihr eigenes Leiden.

Die erklärte Schicksalsgemeinschaft zwischen den europäischen und den muslimischen Repatriierten blieb in den Jahren nach dem Ende des Krieges sehr abstrakt. Tatsächlich bestand eine große Divergenz zwischen der Behandlung der muslimischen und der europäischen Repatriierten und es war vonseiten der Repatriiertenverbänden keine Forderung nach einer Gleichbehandlung aller Repatriierten zu hören. Die Anfanoma begrüßte ausdrücklich die Idee, die ehemaligen Hilfssoldaten in abgelegenen Walddörfern unterzubringen, was verdeutlicht, wie abstrakt die Idee der Schicksalsgemeinschaft aller europäischen Repatriierten für den Verband blieb²⁰⁶. Eine Unterbringung in den HLM, wie sie für europäische Repatriierte vorgesehen war, kam auch der Anfanoma nicht in den Sinn. Der französische Politikwissenschaftler Éric Savarese beschreibt einen abstrakten Rassismus der repatriierten Siedler. Ihm zufolge unterstrichen sie stets die brüderlichen Beziehungen zwischen Muslimen und Europäern und waren bemüht, das durch die koloniale Situation begründete hierarchische Beziehungsgefüge zwischen Muslimen und Europäern in Alge-

205 Journée de l'espoir, in: France-Horizon 50 (1962), S. 14.

206 Le problème des harkis, in: France-Horizon 49 (1962), S. 13.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

rien zu verschleiern. Gleichzeitig habe ihr Handeln jedoch stets darauf abgezielt, diese Hierarchien zu zementieren, um ihre eigenen Privilegien zu bewahren²⁰⁷. Dass die europäischen Repatriierten sich nicht gegen ihre Privilegierung gegenüber den muslimischen Repatriierten wehrten, offenbart, wie sie diesen abstrakten Rassismus nach 1962 nach Frankreich hineintrugen. Sie beschworen eine abstrakte Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, beharrten jedoch auf ihrer Privilegierung gegenüber den repatriierten Muslimen.

Dennoch erklärten europäische Repatriierte sich bereit, die muslimischen Repatriierten auf ihrem Weg zur Integration in Frankreich zu unterstützen. Auf der Generalversammlung der Anfanoma im Dezember 1962 setzte der Verband auch das Problem der einstigen Hilfssoldaten auf die Tagesordnung und erklärte, Anfanoma wolle sich an die Spitze der Organisationen stellen, die sich insbesondere für die ehemaligen Hilfssoldaten, aber auch für alle anderen »musulmans français« einsetzten²⁰⁸. Dieser Ankündigung folgten jedoch wenige Taten. Die Anfanoma machte die »musulmans français« stets dann zum Thema, wenn insbesondere die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten herangezogen werden konnte, um die eigene Opferposition zu unterstreichen und der Regierung und der französischen Mehrheitsgesellschaft Verrat an der *Algérie française* und deren Bewohnern vorzuwerfen. Als Verband beteiligte sich die Anfanoma nicht an der Integrationsarbeit, doch einzelne repatriierte Siedler wirkten bei der von der Regierung mit Unterstützung ehemaliger SAS-Offiziere betriebenen Integrationsarbeit mit. Wie Charbit aufzeigt, bestand die für die ehemaligen Hilfssoldaten sowie für weitere muslimische Repatriierte zuständige Verwaltung vorwiegend aus repatriierten Funktionären. Auch als Sozialarbeiter, die in den Walddörfern und den Lagern den Militärs zur Seite gestellt wurden, wurden aufgrund ihrer augenscheinlich vorhandenen Kenntnis der »muslimischen Mentalität« bevorzugt repatriierte Siedler rekrutiert²⁰⁹.

Auch in Eigenregie leisteten ehemalige Siedler ihren Beitrag zur Aufnahme demobilisierter Hilfssoldaten. In dieser konkreten Integrationsarbeit zeigte sich ebenfalls der von Savarese beschriebene abstrakte Rassismus. Ein Beispiel soll veranschaulichen, auf welcher Hierarchie die Beziehungen zwischen Europäern und Muslimen basierten. Ein repatriierter Landwirt, der sich im Departement Tarn niedergelassen hatte, wandte sich an das Staatssekretariat für Repatriierte, um ehemalige Hilfssoldaten als Arbeitskräfte anzufordern. Er habe in einer Fachzeitschrift für Schafzucht von dieser Möglichkeit erfahren,

207 SAVARESE, Algérie, S. 118–127.

208 L'assemblée générale, in: France-Horizon 50 (1962), S. 15.

209 CHARBIT, Les harkis, S. 86.

schrieb er²¹⁰. Dieser ehemalige Siedler hatte sich nach seiner Repatriierung in Frankreich einen landwirtschaftlichen Betrieb eingerichtet, wo er sich wie bereits in Algerien auf Schafzucht konzentrierte. Hierfür benötigte er Hirten und landwirtschaftliche Hilfskräfte. In der Anfrage dieses Landwirts lässt sich kein Anzeichen für ein besonderes Interesse am Schicksal der Hilfssoldaten erkennen. Er gab in einem sachlichen und nüchternen Ton wieder, wie viele Arbeiter er benötigte, und erkundigte sich nach dem »tarif exigé pour ces ouvriers« und danach, ab wann die Arbeiter verfügbar sein würden²¹¹. Der Landwirt sah die muslimischen Hilfssoldaten als günstige Arbeitskräfte, mit deren Hilfe er sein von Algerien nach Frankreich verlagertes Leben fortzusetzen gedachte. Er demonstrierte hier das natürliche Überlegenheitsgefühl der repatriierten Siedler gegenüber den Muslimen Algeriens.

Das Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Hilfssoldaten beizubehalten, war für repatriierte Siedler auch deshalb von Bedeutung, da durch den Algerienkrieg und das erzwungene Exil das Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Muslimen Algeriens insgesamt tief erschüttert worden war. Begründet durch die Kriegserfahrungen riefen algerische Arbeitsmigranten, die kategorisch als *fellaghas* bezeichnet und somit zum Feind stilisiert wurden, in vielen Siedlern zugleich Unsicherheit und Hass hervor²¹². Stora zufolge kristallisierte sich unter den repatriierten Siedlern ein Revanchismus heraus, den der FN in den 1980er Jahren aufgreifen sollte. Mit der Begründung, der FLN habe die Siedler gezwungen, Algerien zu verlassen, sprachen die Repatriierten den Muslimen Algeriens kategorisch das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten²¹³. Lediglich die muslimischen Hilfssoldaten, die sie zugleich als Argument heranzogen, um die Ausreise algerischer Arbeitsmigranten zu fordern, nahmen sie hiervon aus. Im Juni 1963 kritisierte die Anfanoma in ihrem Verbandsorgan den Kurs der französischen Regierung gegenüber der algerischen Regierung und den algerischen Arbeitsmigranten, indem sie in dem Artikel »Le sort des harkis« die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich beschrieb. Den Hilfssoldaten, die sich bewusst für die französische Seite entschieden hätten, werde ein schlechter Empfang bereitet, während gleichzeitig Vertreter des FLN in Frankreich offiziell empfangen würden und den »marlous« die Türen offen stünden, die nur nach Frankreich kämen, um Jagd auf die einstigen Hilfssoldaten zu machen. Auf einen kurzen Bericht über Zwischenfälle zwischen ehemaligen Hilfssoldaten und Algeriern in Frankreich folgte eine ausführliche Klage

²¹⁰ Monsieur Blasy Fleury, agriculteur-éleveur, au secrétariat d'État aux rapatriés, 15.11.1962, AN: vers. 19920149/5.

²¹¹ Ibid.

²¹² SAVARESE, Algérie, S. 123–125.

²¹³ STORA, Le mystère de Gaulle, S. 86.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

darüber, dass Algeriern in Frankreich das Recht eingeräumt würde, offen und laut auszusprechen, dass die französische Armee von der ALN besiegt worden sei. Dies kommentierte der Verfasser mit folgenden Worten: »Que ces scènes se passent à Alger, Constantine ou Batna [...], rien à redire. Mais en plein cœur de Marseille; on a peine à le croire«. Er forderte die Regierung auf, diese »intolérable situation« zu beenden²¹⁴. Den Hilfssoldaten, denen eine bewusste Entscheidung für Frankreich zugeschrieben wurde, räumte die Anfanoma das Recht ein, sich in Frankreich aufzuhalten. Gleichzeitig attestierte sie allen Algeriern eine feindliche Haltung zu Frankreich und sprach ihnen deswegen das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten. Die Anfanoma instrumentalisierte so die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich für ihren Revanchismus.

In welchem Maße die Repatriiertenverbände den Diskurs um das Leid der ehemaligen Hilfssoldaten instrumentalisierten, um ihre eigenen Interessen hervorzuheben, wurde deutlich sichtbar, als nach der Veröffentlichung der von Servier durchgeführten Studie Kritik an der gescheiterten Integration aufkam. Bereits 1969 veröffentlichte die Algerierfranzösin Lucie Santini, die seit ihrer Repatriierung aus Algerien als Lehrerin Kinder ehemaliger Hilfssoldaten unterrichtete, das Werk »Les sacrifiés«, in dem sie in erster Linie anhand von Bildern die Zeit des französischen Algeriens mit dem Leben der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich kontrastierte²¹⁵. Unter anderem der aus der Haft entlassene Salan verfasste ein Vorwort für dieses Werk. Die Anfanoma hatte sich in den letzten Jahren nach 1962 stark auf eine Kampagne für die Amnestierung einstiger Mitglieder der OAS konzentriert. Diese Kampagne war 1968 erfolgreich, was zu einer Neuformierung der einstigen Aktivisten der *Algérie française* führte. Waren zunächst die Repatriiertenverbände allein für die Verteidigung der *Algérie française* über das Ende der Kolonialzeit hinaus eingetreten, stellten sich nun hochrangige Vertreter der OAS wie Salan an ihre Seite²¹⁶. Salan kommentierte das Werk Santinis folgendermaßen: »Il nous fait revivre les belles heures de notre Algérie française, et constitue un hommage à nos fidèles harkis, qui ont tant souffert«²¹⁷. Er brachte hier die beiden Topoi vor, die den Diskurs um die ehemaligen Hilfssoldaten vonseiten der Verteidiger der *Algérie française* dominierten: deren Leiden und deren Treue zu Frankreich. Hatte sich das Leiden der Hilfssoldaten stets auf den *abandon* durch die französische Armee am Ende des Krieges bezogen, sollte sich die Konnotation des *abandon* mit der in den 1970er Jahren sichtbar werdenden mangelnden Integration ausweiten.

214 Va-t-on régler (enfin) le sort des harkis?, in: France-Horizon 56 (1963), S. 3.

215 Lucie SANTINI, Les sacrifiés, Salon-de-Provence 1970.

216 ESCLANGON-MORIN, Les rapatriés d'Afrique, S. 189–201.

217 »Les sacrifiés«. Préfaces: général Raoul Salan, bachaga Saïd Boualam, abgedruckt in: France-Horizon 120 (1970), S. 11.

Fortan warf man der Regierung vor, die Hilfssoldaten in Frankreich erneut im Stich gelassen zu haben.

Als Premierminister Pierre Messmer Anfang 1974 den Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Integration der noch in Lagern und Walddörfern lebenden ehemaligen Hilfssoldaten vorlegte, begrüßte die Anfanoma zunächst diese Maßnahmen und kommentierte sie mit den Worten: »La cause des ›harkis‹ sort enfin de son regrettable pourrissoir«²¹⁸. Als besonders wichtige Maßnahme begrüßte der Verband das Einsetzen einer Kommission zur Lösung der Integrationsprobleme, in der auch verschiedene Mitglieder der Repatriiertenverbände vertreten sein sollten²¹⁹. Man kritisierte jedoch zeitgleich, dass die Regierung die »Français de confession islamique« bis dato »presque totalement abandonnés« hätte²²⁰. Der gegenüber der Regierung erhobene Vorwurf, die ehemaligen Hilfssoldaten ein zweites Mal verlassen zu haben, war hier umso bedeutender, als mit Premierminister Pierre Messmer ein Mann an der Spitze der Regierung stand, der 1962 die Funktion des Armeeministers innegehabt hatte und dem somit eine Mitverantwortung am *abandon* der *Algérie française* insgesamt und der ehemaligen Hilfssoldaten am Ende des Krieges zugeschrieben wurde²²¹. Sich selbst sprach die Anfanoma vom Vorwurf des *abandon* frei. Dass der Verband 1962 die Integrationspolitik der Regierung, insbesondere die Idee der Walddörfer, ausdrücklich gelobt hatte, fand keine Erwähnung.

Die Aufstände, mit denen im Frühjahr 1975 muslimische Repatriierte insbesondere der zweiten Generation auf ihre Situation in Frankreich aufmerksam machen wollten, verdeutlichten, in welchem Maße die Verteidiger der *Algérie française* ihren Revanchismus mit der Kritik an der Integrationsarbeit verknüpften. Die Aufstände waren eng mit M'Hamed Laradji verbunden, dem Sohn eines früheren muslimischen Abgeordneten. Laradji gründete 1974 die Confédération des Français musulmans rapatriés d'Algérie et leurs amis (CFMRAA) und machte durch verschiedene Aktionen auf die Situation der muslimischen Repatriierten in Frankreich aufmerksam. Bereits der Name des Verbands wies darauf hin, dass er nicht nur eine Interessenvertretung der muslimischen Repatriierten war. Das französische Innenministerium beobachtet kritisch die Aktivitäten der Organisation, insbesondere da europäische Repatriierte, die das Innenministerium als »activistes« einstufte, sowie Teile der extre-

218 La situation dramatique des harkis, in: France-Horizon 161 (1974), S. 14.

219 Ibid., S. 15.

220 Le gouvernement envisage une série de mesures en faveur de harkis, in: France-Horizon 155 (1974), S. 5.

221 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

men Rechten den Verband unterstützten²²². Das Amt des Vizepräsidenten übernahm der »Monsieur Christoph«, einstiges Mitglied der OAS²²³. Bereits die Zusammensetzung der Organisation mit dem besagten Monsieur Christoph verdeutlichte, wie sich die einstigen Aktivisten der *Algérie française* neu formiert hatten und dass sie wie bereits zur Zeit des Algerienkriegs die Nähe zu muslimischen Repatriierten suchten, um das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten für ihre Zwecke zu nutzen.

Laradji und seine Mitstreiter besetzten im Mai 1975 die Lager von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise. Auf diese Besetzungen folgten im Herbst desselben Jahres Entführungen von algerischen Arbeitsmigranten und Repräsentanten des algerischen Staates²²⁴. Diese gewaltsamen Aktionen fanden allesamt unter aktiver Beteiligung militanter Aktivisten der *Algérie française* statt. Verschiedene rechtsextreme Organisationen wie die Nouvelle Action française oder das Mouvement libéral européen sowie der extremistische Repatriiertenverband Union syndicale de défense des intérêts des Français rapatriés d'Algérie (USDIFRA) unterstützten dem Innenministerium zufolge die Aktionen²²⁵. Der Präsident der USDIFRA Eugène Ibagnès hatte bereits in den vorhergehenden Jahren mit militanten Aktionen Aufsehen erregt. 1973 hatten Mitglieder der Organisation die Büros von Anwälten besetzt, um ihren Forderungen nach Nachbesserungen an dem Entschädigungsgesetz für Repatriierte von 1970 Nachdruck zu verleihen²²⁶. Obgleich Ibagnès bei den Aktionen 1975 nicht in Erscheinung trat, ging das Innenministerium davon aus, dass er und weitere Aktivisten im Hintergrund die Fäden zogen und für das nötige Equipment wie Waffen und Autos sorgten²²⁷.

Ein besonderes Interesse hatten die Verteidiger der *Algérie française* an der zweiten Aufstandswelle im Herbst 1975, die sich nach der Beendigung der Lagerbesetzung ab August 1975 anlässlich der Borzani-Affäre aufbaute. Dabei ging es nicht in erster Linie um die Situation der muslimischen Repatriierten in

²²² Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.

²²³ Zum Vizepräsidenten des Verbands ROUX, Les harkis, S. 345.

²²⁴ Die Aufstände werden in [Kap. 3.6](#) und [3.7](#) genauer beschrieben.

²²⁵ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.

²²⁶ Die USDIFRA war bereits 1965 von Roger Pierts, dessen Bruder 1962 als Mitglied der OAS 1962 wegen Mordes zu Tode verurteilt und hingerichtet worden war, gegründet worden. Erst als Ibagnès 1967 den Vorsitz übernahm, trat die Organisation in Aktion. Vgl. hierzu ESCLANGON-MORIN, Les rapatriés d'Afrique, S. 221.

²²⁷ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.

Frankreich, sondern um eine diplomatische Krise zwischen Frankreich und Algerien. Die algerischen Behörden weigerten sich, den kleinen Borzani Kadraoui, Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, nach einem gemeinsamen Besuch mit seiner Mutter in Algerien nach Frankreich ausreisen zu lassen, da die schriftliche Einverständniserklärung des Vaters fehlte²²⁸. Diesen Vorfall nahmen die Aktivisten zum Anlass, den Umgang der algerischen Regierung mit den muslimischen Repatriierten anzuprangern. Die Aufstände richteten sich nicht mehr gegen die Verantwortlichen der Lager, sondern gegen Repräsentanten des algerischen Staates innerhalb Frankreichs, insbesondere gegen die AA. Nachdem Djelloul Belfadel, ein Verantwortlicher der AA, entführt und mehrere Tage im Lager von Bias festgehalten worden war, berichtete er, die Muslime, die ihn in Bias festgehalten hatten, hätten ihre Befehle stets von Europäern erhalten²²⁹. Der französische Anwalt Monsieur Disler, der im Namen der AA Klage wegen Entführung einreichte, erhielt kurz darauf ein Schreiben, in dem ihm im Namen der »OAS toujours vivante« gedroht wurde²³⁰.

Mit diesen Aktionen zielten die Verteidiger der *Algérie française* nicht darauf ab, die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich zu verbessern. Vielmehr versuchten sie in einer Zeit, in der der Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing sich bemühte, die angespannten diplomatischen Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich zu verbessern, die Konflikte zwischen beiden Staaten anzuheizen. Die algerische Regierung verstieß mit Maßnahmen wie der Verstaatlichung der Ölreserven gegen die Abkommen von Évian und demonstrierte gegenüber der alten Kolonialmacht deutlich ihre Unabhängigkeit. Die neogaullistische Regierung Giscard d'Estaings reagierte auf diesen Affront, indem sie kurzzeitig die Einwanderung von Algerien nach Frankreich stoppte²³¹. Giscard d'Estaing bemühte sich 1975 um eine Beruhigung des Konflikts und trat einen ersten Staatsbesuch in Algerien an, woraufhin der Einwanderungsstopp gelockert und der Familiennachzug von Algeriern wieder genehmigt wurde²³². Die Anfanoma bezeichnete diesen diplomatischen Schritt als eine auf Kosten der Repatriierten staatfindende französisch-algerische Aussöhnung. Man übergehe die »situation des rapatriés en général et plus particulièrement [...] celle de nos concitoyens musulmans qui ont préféré rester français«, um nicht auf Konfrontation mit der algerischen Regierung gehen zu müssen²³³.

228 Vgl. zur Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 143.

229 Le témoignage de M. Belfadel, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 13.

230 Zitiert nach: *Les coupables, resteront-ils encore impunis?*, *ibid.*, S. 12.

231 STORA, *Histoire de l'Algérie*, S. 53.

232 WEIL, *La France*, S. 98–100.

233 *Le malheur des harkis*, in: *France-Horizon* 169 (1975), S. 12.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Die Verteidiger der *Algérie française* nutzten die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten seit Anfang der 1970er Jahre auf sich zog, um vom Präsidenten einen rigorosen Kurs gegenüber der algerischen Regierung zu verlangen.

Im Sinne des von Stora aufgezeigten Revanchismus ging es den Verteidigern der *Algérie française* in ihrem Vorgehen in erster Linie darum, die Migration von Algerien nach Frankreich einzuschränken. Als drei Jahre nach Giscard d'Estaings Staatsbesuch erneut Verhandlungen zwischen der algerischen und der französischen Regierung unter anderem über das Thema Migration stattfanden, verwiesen die Vertreter von Anfanoma erneut auf die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten, um eine Beschränkung der Migration aus Algerien zu fordern. Die von Giscard d'Estaing 1975 erlassene Genehmigung des Familiennachzugs markierte nicht das Ende der Debatten um die Einschränkung der Migration aus Algerien. Aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit in Frankreich zielte die französische Regierung darauf ab, Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer zurückzuführen. Insbesondere Algerier sollten möglichst in ihre Heimat zurückkehren, weshalb 1978 die Möglichkeit in Betracht gezogen wurde, ihre auslaufenden Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlängern und sie auszuweisen²³⁴. Die Anfanoma benutzte die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten, um die Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Sie bezeichnete es in ihrem Verbandsorgan als »paradoxal«, dass »les anciens tueurs du FLN« sich in Frankreich frei bewegen könnten, während ihre »compatriotes d'origine algérienne qui ont servi sous les plis du drapeau français« bei der Ausreise nach Frankreich mit Problemen konfrontiert seien, wie sie im September 1975 aufgetreten seien²³⁵. Dieses Zitat verdeutlicht, wie die ehemaligen Hilfssoldaten von den Verteidigern der *Algérie française* für deren Revanchismus instrumentalisiert wurden. Die Anfanoma nutzte die Tatsache, dass die Öffentlichkeit 1975 auf die mangelnde Integration der Hilfssoldaten sowie auf das Vorgehen der algerischen Behörden ihnen gegenüber aufmerksam geworden war, als argumentative Grundlage für die Forderung nach Ausweisung aller Algerier, die im Algerienkrieg nicht auf der französischen Seite gekämpft hatten.

Wenn die Verteidiger der *Algérie française* die Ausweisung aller Algerier forderten, nahmen sie die muslimischen Repatriierten explizit aus dieser Forderung aus. Ihr Engagement auf französischer Seite während des Algerienkriegs wurde im Sinne der Nationendefinition Renans als Bekenntnis für die französi-

²³⁴ WEIL, La France, S. 109–117. Die Idee, Algerier auszuweisen, wurde schließlich 1980 aufgegeben, da nicht nur die algerische Regierung Widerstand leistete, sondern auch innerhalb Frankreichs der Widerstand gegen diese Projekte zunahm. Vgl. hierzu WEIL, La France, S. 117–136.

²³⁵ La reprise des relations franco-algériennes, in: France-Horizon 193 (1978), S. 11.

sche Nation gewertet, weswegen sie als französische Staatsbürger angesehen wurden. Diese auf einem universalistischen Verständnis beruhende Argumentationsweise stand im Widerspruch zu dem von Savarese als abstrakt definierten Rassismus dieser Akteure, den sie aus dem kolonialen Algerien nach Frankreich importierten. Während die europäischen Repatriierten auf der einen Seite die brüderliche Gemeinschaft der europäischen und muslimischen Repatriierten betonten, wurde andererseits in ihrem Diskurs und in ihren Handlungen deutlich, dass diese Gemeinschaft auf hierarchischen Beziehungen beruhte. Sie zielten nicht auf eine Gleichbehandlung europäischer und muslimischer Repatriierter ab. Vielmehr nutzten sie die Mär einer Schicksalsgemeinschaft für ihren Revanchismus gegenüber de Gaulle und den nachfolgenden Regierungen und gegenüber Algerien und den algerischen Migranten auf der anderen Seite.

Während der Präsidentschaft Mitterrands kam die extreme Rechte zu neuer Stärke. Es war Le Pen 1972 gelungen, die extreme Rechte mit der Gründung des FN neu zu formieren. Die Amnestiegesetze von 1968 waren für diesen Erfolg nicht unbedeutend. Die einstigen Aktivisten der *Algérie française* machten innerhalb der Partei einen wichtigen Block aus²³⁶. In der Partei sammelten sich Algerienkriegsveteranen, einstige OAS-Mitglieder und Repatriierte²³⁷. Le Pen erklärte bereits 1973 die »solidarité [...] totale« mit den Repatriierten und betonte, seine Partei setze sich fast ausschließlich aus »des militants et des combattants de l'Algérie française« zusammen²³⁸. Somit stellte sich auch die extreme Rechte wieder deutlich an die Seite der Repatriierten und unterstützte deren Forderungen.

Als Mitterrand 1981 zu den Präsidentschaftswahlen antrat, versuchte er gezielt, die Gemeinschaft der Repatriierten für sich zu gewinnen. Er versprach Nachbesserungen an dem Entschädigungsgesetz und eine Ausweitung der Amnestie. Damit gelang es ihm durchaus, innerhalb des Milieus der Repatriierten zu punkten. Die Anfanoma kommentierte 1981 das Wahlprogramm Mitterrands mit den Worten, die Einhaltung seiner Versprechen könne »l'intégration totale de nos compatriotes dans la collectivité nationale« bedeuten²³⁹. Gleichzeitig stieß jedoch der Weg, den die sozialistische Führung in der Migrations- und Integrationspolitik einzuschlagen gedachte, bei all jenen auf strikte Ablehnung, die an ihrem Revanchismus festhielten. Von dieser Ablehnung konnte Le

²³⁶ CAMUS, *Front national*, S. 13f.

²³⁷ DAVIES, *The National Front*, S. 154f.; vgl. zu den Repatriierten und dem FN auch Emmanuelle COMTAT, *La question du vote pied-noir*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 75–88, hier S. 84f.

²³⁸ *Les partis face aux problèmes des rapatriés*. Brief von Jean-Marie Le Pen, in: *France-Horizon* 146 (1973), S. 14.

²³⁹ *Vers un règlement du contentieux des rapatriés*, in: *France-Horizon* 223 (1981), S. 8.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Pen profitieren und die Sympathien zahlreicher Repatriierter, Veteranen und ehemaligen Aktivisten der OAS gewinnen²⁴⁰. Als im Verbandsorgan der Anfanoma im April 1981 die Präsidentschaftskandidaten vorgestellt wurden, ging man auch auf Le Pen ein, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich abzeichnete, dass es ihm nicht gelingen werde, die für die Zulassung zur Präsidentschaftswahl nötigen 500 Unterstützer-Unterschriften von gewählten Volksvertretern zu bekommen. In einem Leserbrief wurde die Wahl für Le Pen als »vote de la fidélité« bezeichnet. Nicht zuletzt, da er sich freiwillig gemeldet hatte, um im Algerienkrieg zu kämpfen, sei er als »professionnel du combat national, de la défense de la France partout où elle est attaquée« anzusehen. Für den Verfasser dieses Briefs vertrat allein Le Pen die Politik, die sich tatsächlich an den Interessen der Repatriierten sowie ihrer »amis musulmans et harkis« orientierte²⁴¹. Le Pen hatte sich dieser Argumentation folgend unter anderem durch seinen militärischen Kontext, insbesondere jedoch durch seinen nationalistischen Diskurs dafür qualifiziert, für die Verteidiger der *Algérie française* zu sprechen. Dabei wurde er auch explizit als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten bezeichnet.

Der FN verstand es, sich mit dem Amtsantritt Mitterrands und der liberalen Migrations- und Integrationspolitik der sozialistischen Regierung durch eine strikte Ablehnung insbesondere der Migration aus Nordafrika zu profilieren. Dem aus diesem Grund wiederholt gegen die Partei erhobenen Vorwurf, einen rassistischen Diskurs zu führen, verwehrte sich Le Pen als Parteispitze stets vehement. 1983 klagte er gegen den Journalisten Jean-Louis Servan-Schreiber, der in einem Interview geäußert hatte, der FN sei »ouvertement raciste«. Der Klage Le Pens wurde stattgegeben und Servan-Schreiber zu einem Strafgeld von 1500 Franc sowie Schadensersatzzahlungen von 2000 Franc verurteilt. Die Partei sah dieses Urteil als Bestätigung dafür, dass sie Opfer einer gezielten Kampagne sei, um die Thematisierung der Migrationsfrage zu verhindern. In ihrem Parteiorgan stellte die Parteiführung diesbezüglich klar, sie vertrete »tous les Français quelles que soient leurs origines et leurs religions«²⁴². Um diese These zu untermauern, verwies Le Pen auf seine Vergangenheit als Aktivist der *Algérie française* zur Zeit des kolonialen Algeriens und beschwor das Bild einer Schicksalsgemeinschaft aller Bewohner Algeriens. Im Jahr 1984 veröffentlichte Jean Marcilly eine autorisierte Biografie Le Pens, in der er diesen bewusst zum weltoffenen und überzeugten Republikaner stilisierte. In den

²⁴⁰ DAVIES, *The National Front*, S. 154f.

²⁴¹ L'opinion de nos amis. Coup de chapeau à J.-M. Le Pen. Ni vote sanction, ni vote utile, mais vote de fidélité, Leserbrief von Jean Amante, in: *France-Horizon* 221 (1982), S. 13.

²⁴² Jean-Louis Servan-Schreiber condamné, in: *RLP Hebdo* 106 (1983), S. 4f.

von Marcilly geführten Interviews malte Le Pen ein Bild der auf Brüderlichkeit und Gleichheit beruhenden *Algérie française*. Weder in der Kolonialarmee noch unter den europäischen Siedlern hätten rassistische Denkweisen Fuß fassen können²⁴³. Man habe vielmehr der muslimischen Bevölkerung geholfen, sich auf den Weg der Zivilisation zu begeben²⁴⁴.

Als Beleg für die sich am Universalismus orientierende, antirassistische Grundüberzeugung Le Pens führten die Vertreter des FN stets seine Unterstützung für Ahmed Djebbour als Parlamentskandidat im Jahr 1957 an. Le Pen hatte Djebbour motiviert, als Repräsentant der *Algérie française* in einem Wahlkreis im Westen von Paris als Kandidat anzutreten, und ihn in seinem Wahlkampf massiv unterstützt. Um seine antirassistische Grundhaltung zu unterstreichen, erzählte Le Pen im Interview mit Marcilly die Anekdote, er habe in diesem Wahlkampf bei einem Angriff von Demonstranten auf Djebbour sein Augenlicht verloren²⁴⁵. Aus dieser Geschichte entstand der Mythos, Le Pen habe für einen Muslim sein Augenlicht geopfert. Dass diese Geschichte gleich in zweifacher Hinsicht nicht der Wahrheit entsprach, spielte dabei keine Rolle. Le Pen hatte selbst die Schlägerei angezettelt, bei der sein Auge verletzt worden war. Es handelte sich dabei um eine Auseinandersetzung mit dem politischen Konkurrenten Alexis Thomas, der wie Le Pen für sich in Anspruch nahm, die extreme Rechte Frankreichs zu vertreten. Zudem verletzte sich Le Pen bei dieser Schlägerei zwar am Auge, erblindete jedoch nicht. Erst 1965 wurde eines seiner Augen blind, allerdings nicht das verletzte rechte, sondern das linke. Von Geburt an hatte Le Pen eine Augenschwäche gehabt, aufgrund von Stress führte diese Sehschwäche zur einseitigen Erblindung²⁴⁶.

Auch andere Vertreter des FN nutzten den Mythos, Le Pen habe sein Augenlicht für Djebbour verloren, für ihren Wahlkampf. Als Jean-Pierre Stirbois, wie Le Pen einstiger Aktivist der *Algérie française*, bei den Kommunalwahlen im Jahre 1983 in Dreux für den FN Wahlkampf führte, betonte er stets, es sei leicht, Le Pen rassistisches Handeln zu unterstellen. Der Parteichef habe jedoch zur Zeit der *Algérie française* für die Integration der Muslime in die Republik gekämpft. Dass er während einer Wahlkampfveranstaltung auch bereit gewesen sei, Djebbour unter Einsatz seiner eigenen körperlichen Unversehrtheit zu verteidigen, stellte auch Stirbois als Beleg für die antirassistische Grundhaltung Le Pens heraus. Das bedeute jedoch nicht, dass man die Aufnahme eines »nombre illimité d'Africains, qui n'ont même pas envie d'être

²⁴³ Jean MARCILLY, *Le Pen sans bandeau*, Paris 1984, S. 93.

²⁴⁴ *Ibid.*, S. 194.

²⁴⁵ *Ibid.*, S. 178–180.

²⁴⁶ Gilles BRESSON, Christian LIONET, *Le Pen. Biographie*, Paris 1994, S. 279–281.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

français, et ne viennent que parce que leur pays est incapable de les faire vivre ou de les soigner quand ils sont malades« in Frankreich befürworte. Mit den Worten »si un Arabe est français pour de bon, d'accord« erklärte er, sich nicht jeglicher Einwanderung zu verwehren²⁴⁷. Die Aussagen Stirbois spiegeln die Haltung wider, die der FN in der Migrationsfrage stets nach außen vertrat. Man gab vor, sich nicht grundsätzlich gegen die Einwanderung einer bestimmten Gruppe zu stellen. Entscheidend sei jedoch, dass die Migranten nicht aus rein ökonomischen Gründen nach Frankreich kämen, sondern aus der Motivation heraus, Teil der französischen Nation zu sein. Beide Argumente zog die Partei heran, um sich explizit gegen die Einwanderung von Algeriern zu stellen. Den Algerienkrieg deuteten sie als Votum gegen die Französische Republik und gleichzeitig gegen die westliche Zivilisation. Das Ende der *Algérie française* wertete Le Pen als Grund für die Migration von Algerien und Frankreich. Wiederholt erinnerte er daran, er habe stets vor diesen Auswirkungen der Unabhängigkeit Algeriens gewarnt: »Je vous avais dit: ›Si l'Algérie n'est pas française, la France sera l'Algérie‹«²⁴⁸.

Als sich 1983 Jugendliche maghrebinischer Herkunft, darunter auch mehrere Söhne ehemaliger Hilfssoldaten, in Les Minguettes, einem Vorort von Lyon, auf den Weg nach Paris machten, um mit der Marche pour l'égalité gegen Rassismus und für die Anerkennung ihrer Differenz zu demonstrieren, nutzte der FN dies für grundsätzliche Äußerungen zum Thema Integration²⁴⁹. Der Marsch sei keine Aktion gegen Rassismus, sondern für »multiracialisme«. Wenn es sich tatsächlich um eine Aktion gegen rassistisch motivierte Gewalt gehandelt hätte, hätte auch der FN applaudiert, war in dem Organ der Partei zu lesen. Die Initiatoren versuchten jedoch mit ihrer Aktion, »la France multiraciale« durchzusetzen. Dieses Konzept erklärte der Verfasser des Artikels folgendermaßen: »La France multiraciale, ici on n'en veut pas. On a vu ce que cela donnait au Libanon. Nous disons non au processus de libanisation de la France«²⁵⁰. In dem Diskurs des FN spielte der Begriff der *libanisation* eine wichtige Rolle. Indem die Partei immer wieder auf das Beispiel des Libanon zurückgriff, wollte sie die Idee einer multikulturellen Gesellschaft widerlegen. Die aktuelle Situation im Libanon wurde als Beleg dafür herangezogen, dass das Zusammenleben mehrere Ethnien sowie mehrerer Religionsgemeinschaften auf

²⁴⁷ Zitiert nach: MAUGE, *La vérité*, S. 198.

²⁴⁸ Zitiert nach: MARCILLY, *Le Pen*, S. 147.

²⁴⁹ Vgl. zur Marche pour l'égalité [Kap. 3.4](#).

²⁵⁰ Michel COLLINOT, *Rengaine*, in: RLP Hebdo 136 (1983), S. 5 (Hervorh. i. Orig.).

einem Staatsgebiet ins Chaos führe²⁵¹. Mit dem Verweis auf dieses Beispiel kritisierte der FN die vom PS verfolgte liberale Migrations- und die auf eine Anerkennung der Differenzen setzende Integrationspolitik.

Basierend auf der Idee, die muslimischen Repatriierten hätten mit ihrem Engagement auf französischer Seite ihre Bereitschaft zur Assimilation unter Beweis gestellt, sprach der FN ausdrücklich lediglich den muslimischen Repatriierten das Recht zu, sich in Frankreich aufzuhalten. Die Marche pour l'égalité kommentierte der FN in seinem Parteiorgan mit folgenden Worten: »Nous avons nos musulmans, ceux qui ont choisi la France en 1962, et leurs fils, nous les garderons. Pour les autres, nous proposons une marche dans l'autre direction«²⁵². Der FN grenzte die muslimischen Repatriierten auch der zweiten Generation klar von den maghrebinischen Migranten ab und unterstellte ihnen einen Willen zur Assimilation. Er ignorierte dabei die Tatsache, dass sich auch Söhne ehemaliger Hilfssoldaten an der Marche pour l'égalité beteiligten, um explizit gegen das Konzept einer zu weit gehenden Assimilation und für die Anerkennung ihrer Differenz einzutreten²⁵³.

Le Pen trat bewusst als Verteidiger der von der Regierung vernachlässigten muslimischen Repatriierten auf. Als Anfang 1984 in verschiedenen Städten ehemalige Hilfssoldaten versuchten, durch einen Hungerstreik auf ihre nach wie vor prekäre soziale Situation hinzuweisen, besuchte Le Pen diese Hungerstreikenden und zollte ihnen seinen Respekt²⁵⁴. Über diesen Besuch hinaus wandte er sich in einer Rede, die er während des Streiks in Paris hielt, »à ces harkis de Saint-Étienne obligés de faire la grève de la faim pour pouvoir faire reconnaître leur droit de Français par le sang versé«. Er versprach ihnen wie allen anderen Franzosen, für die »amélioration de leur sort dans la fraternité patriotique« zu kämpfen²⁵⁵. Das Motiv der »Français par le sang versé« war im Diskurs Le Pens von besonderer Bedeutung, was mit dem Nationsverständnis seiner Partei zu erklären ist. Die Parteiführung hatte zu Beginn Schwierigkeiten, sich auf ein einheitliches Nationskonzept zu einigen. Innerhalb der Partei gab es Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern, die Blut und Rasse als Ausgangspunkt der Nation sehen wollten, und jenen, für die die Nation ein

251 Vgl. zu den Konflikten im Libanon Georges CORM, *Le Liban contemporain. Histoire et société*, Paris 2005, S. 176–193. Corm stellt heraus, dass der »facteur communautaire« nur eine Ursache des Konfliktes war. Der FN zog jedoch die ethnische und religiöse Vielfalt heran, um ein monokausales Begründungsmodell aufzubauen.

252 Michel COLLINOT, Rengaine, in: RLP Hebdo 136 (1983), S. 5.

253 Vgl. hierzu Kap. 3.4 und 3.7.

254 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9

255 Zitiert nach: MARCILLY, Le Pen, S. 204f.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Produkt der Geschichte, der Kultur und der Zivilisation darstellte. Letztere setzten sich in den 1980er Jahren zunehmend durch, da sich die Partei nur mit einem kulturellen Verständnis der Nation überhaupt an den gesellschaftlichen Debatten um Migration und Integration beteiligen konnte. Dabei kristallisierten sich das gemeinsame Opfer und das gemeinsame Leiden für die Nation als zentrales Motiv heraus. Das für die Gemeinschaft erbrachte Opfer sah die Partei als Voraussetzung für die Aufnahme in die Nation an²⁵⁶. Le Pen selbst bemühte sich, diese Argumentation mit den Vorstellungen der Blut-und-Boden-Theorie in Einklang zu bringen, indem er auf dieser Argumentation aufbauend erklärte, »par le sang versé« könnten Ausländer in die französische Nation integriert werden, da sich so deren Blut mit französischem Boden vermische²⁵⁷. Die muslimischen Repatriierten, denen er eine bewusste Entscheidung für die französische Seite unterstellte, galten für Le Pen als Paradebeispiel dieser »Français par le sang versé«.

Le Pen sah das von den »Français par le sang versé« erbrachte Opfer für die Nation zugleich als Zeichen für deren Bereitschaft zur Assimilation an. Der FN stellte die muslimischen Repatriierten den maghrebischen Migranten gegenüber, denen er mangelnde Bereitschaft zur Assimilation unterstellte. In der Parteizeitschrift veröffentlichte man 1984 einen ausführlichen Artikel über den Besuch der Delegation des FN bei hungerstreikenden Hilfssoldaten. Im Zentrum des Berichts stand Monsieur Bagy, der während des Algerienkriegs als Soldat in der französischen Armee gedient hatte. Monsieur Bagy dankte der Partei dafür, dass sie allein die muslimischen Repatriierten tatsächlich als französische Bürger »par le sang versé pour notre patrie« ansehe²⁵⁸. Um zu unterstreichen, in welchem Maße sich dieser ehemalige Soldat assimiliert hatte, fand Erwähnung, dass er seinen eigentlichen Namen Babgi französisiert hatte und nur noch mit Monsieur Bagy angesprochen werden wollte. Aufgrund seines für Frankreich erbrachten Opfers und seiner Bereitschaft zur Assimilation hob der FN die prekäre Lebenssituation dieses Monsieur Bagy besonders hervor und stellte sie dem scheinbar luxuriösen Leben der Immigranten in Frankreich gegenüber. Während Bagy in einem einfachen Zimmer im 13. Arrondissement von Paris lebe, stelle die Stadt den Migranten schöne Wohnungen zur Verfügung, zu denen die muslimischen Repatriierten keinen Zugang bekämen²⁵⁹. Noch schwerer als diese angebliche materielle Bevorzugung der Migranten wog für den FN, dass die Söhne und Töchter algerischer Migranten mit ihrer Voll-

²⁵⁶ DAVIES, *The National Front*, S. 18–20.

²⁵⁷ Jean-Marie LE PEN, *Les Français d'abord*, Paris 1984, S. 75.

²⁵⁸ G. FRAYSSE, *Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim*, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

²⁵⁹ *Ibid.*

jährigkeit die französische Staatsbürgerschaft bekamen. Damit würden »drôles de Français qui auraient plutôt tendance à considérer Alger comme capitale de la France« geschaffen²⁶⁰. Mit diesen Worten unterstrich die Partei, dass für sie Assimilation unter einer weitgehenden Aufgabe der eigenen Kultur der einzige Weg zur Integration war. Da sie den aus dem Maghreb stammenden Muslimen mit Ausnahme der muslimischen Repatriierten eine mangelnde Bereitschaft zur Assimilation unterstellte, plädierte die Partei für eine Abkehr vom universalistischen Prinzip des *ius soli*.

Der FN warf der sozialistischen Regierung vor, mit ihrer Politik der Anerkennung der Differenz die »französische Identität« zu zerstören. Mit dem Vorwurf konfrontiert, sich rassistischer Argumentationsstrategien zu bedienen, entwickelte die Partei das Konzept des »racisme antfrançais«. Darunter verstand sie Argumentationen und Handlungen, die sie als Angriff auf die »französische Identität« wertete²⁶¹. Während er dieses Konzept nie klar definierte, machte der FN durch seinen Diskurs und sein Handeln im Laufe der 1980er Jahre zunehmend deutlich, dass er das Christentum als wichtigen Bestandteil der »französischen Identität« ansah. Da die sozialistische Regierung sich vom Integrationskonzept der Assimilation abwandte, wurde der Islam zunehmend in Frankreich sichtbar. Die Regierung setzte sich für eine Anerkennung des Islams in Frankreich ein, was sich unter anderem im Bau von Moscheen äußerte. Die Muslime sollten nicht mehr in dunklen Ecken unter Aufsicht ausländischer Imame ihrem Glauben nachgehen, sondern das Gefühl bekommen, mit ihrem Glauben ein Teil der Französischen Republik zu sein²⁶². Im Zuge dessen entstand die Idee des »islam à la française«, die in erster Linie von Mitgliedern der muslimischen Elite in Frankreich getragen wurde²⁶³.

Im Oktober 1985 veröffentlichte der Rassemblement islamique en France in »Le Monde« einen Aufruf, um auf die Bedeutung des Islams in Frankreich hinzuweisen. Unter anderem hieß es in dem Aufruf, man wolle die Gesamtheit der muslimischen Gemeinde »pour la confirmation d'un islam authentique« in Frankreich mobilisieren. Der FN wertete diesen Schritt als Angriff auf die »französische Identität«. Er bezeichnete die Idee eines französischen Islams als »une étape dans la ›libanisation‹ de la France« und die Unterzeichner des Aufrufs als »les régiments de l'armée islamique«²⁶⁴. Mit dieser Rhetorik verun-

260 Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

261 DAVIES, The National Front, S. 73–75.

262 Vgl. hierzu Marcel MAUSSEN, Islamic Presence and Mosque Establishment in France. Colonialism, Arrangements for Guestworkers, and Citizenship, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 33 (2007), S. 981–1002.

263 Vgl. hierzu Kap. 3.6.

264 France encore? Ou déjà le Liban?, in: National Hebdo 70 (1985), S. 4.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

glimpfte die Partei wichtige Vertreter der muslimischen Repatriierten, die sich unter den Unterzeichnern befanden. Unter anderem hatte Ali Boualam, der Sohn des *bachaga* Boualam, den Aufruf unterzeichnet²⁶⁵. Wie bereits sein Vater galt auch Ali Boualam als vehementer Verteidiger der *Algérie française* und trat immer wieder an der Seite von Vertretern des FN auf²⁶⁶. Der FN diffamierte mit seiner antimuslimischen Rhetorik diejenigen, als deren Verteidiger er sich gleichzeitig ausgab.

Auch als er gegen den Bau der Moschee von Lyon demonstrierte, stand der FN muslimischen Repatriierten gegenüber. Die Regierung hatte Anfang der 1980er Jahre beschlossen, in jeder großen französischen Stadt eine zentrale Moschee zu bauen²⁶⁷. Dieser Plan ließ sich jedoch nicht problemlos realisieren. Der FN machte gemeinsam mit anderen Verteidigern der *Algérie française* gegen die Bauvorhaben mobil, wodurch die Moscheebauten erheblich verzögert wurden. Der FN kommentierte das Vorhaben 1984 mit den sarkastischen Worten: »Heureux Lyonnais! Grâce à leur municipalité à majorité UDF-RPR, les habitants de l'ancienne capitale des Gaules auront bientôt une mosquée«²⁶⁸. Neben dem FN bemühte sich die Association pour la protection des habitants du VIII^e arrondissement et de Bron unter der Führung von Raymonde Girod, einer aus Algerien repatriierten Siedlerin, durch Petitionen, Demonstrationen und Klagen den Bau der Moschee zu verhindern²⁶⁹. Mit diesem Protest stellten sich die Aktivisten auch gegen zwei ehemalige Offiziere der französischen Armee, darunter Rabah Kheliff, der für die Verteidiger der *Algérie française* 1962 den Heldenstatus erworben hatte, da er bei den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen europäischen Siedlern und Muslimen am 5. Juli 1962 in Oran mit seiner Einheit mehrere hundert europäische Siedler aus der Gefangenschaft des FLN befreit hatte²⁷⁰. Kheliff gehörte ebenso wie der ehemalige Soldat der französischen Armee und Sympathisant des FN Hachemi Bounini zu den Initiatoren und Mitverantwortlichen des Bauprojektes²⁷¹.

Sowohl Kheliff als auch Bounini verloren jedoch im Laufe der Bauzeit in dem für die Moschee zuständigen Komitee an Bedeutung, während maghrebini-sche Gläubige ohne französische Staatsbürgerschaft wichtiger wurden, was der

265 Ibid.

266 Vgl. zu den gemeinsamen Aktivitäten Ali Boualams und des FN [Kap. 4.3](#).

267 MAUSSEN, *Islamic Presence*, S. 994f.

268 Une mosquée à Lyon, in: RLP Hebdo 151 (1984), S. 13.

269 Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

270 MONNERET, *La phase finale*, S. 274f.

271 Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

FN für sich zu nutzen wusste²⁷². Der Vertreter des FN in Lyon, Bruno Gollnisch, der die Proteste gegen den Moscheebau anführte, begründete bei der Eröffnung der Moschee im Jahre 1994 seine Opposition gegen das Projekt damit, dass die muslimischen Repatriierten in den Hintergrund gedrängt worden seien. Der Verwaltungsrat der Moschee sei zu 95 Prozent von Ausländern besetzt, betonte er und sprach in diesem Kontext von einer »extraterritorialité«²⁷³. Die Rhetorik Gollnischs kann jedoch nicht verschleiern, dass sich die Kritik des FN gegen den Islam in jeglicher Form richtete. Bruno Mégret, einer der Ideologen des FN, legte 1990 in seinem Werk »La flamme. Les voies de la renaissance« den Blick der Partei auf den Islam offen. Für ihn waren die europäischen Völker eine Familie, die sich durch den gleichen ethnischen Ursprung, die gleiche Religion, die gleiche Geschichte und die gleichen Sitten und Bräuche auszeichne²⁷⁴. Aus diesem Grund habe die frühe, hauptsächlich europäische Einwanderung nach Frankreich keine Gefahr für die »französische Identität« dargestellt. Die europäischen Migranten seien bereit gewesen, sich zu assimilieren. Allerdings seien die aktuellen muslimisch geprägten Migranten hierzu nicht in der Lage. In Ausnahmefällen sei dies zwar möglich, aber nicht, wenn sie in großen Gruppen nach Frankreich kämen²⁷⁵. Da die muslimischen Migranten sich nicht assimilierten, sondern ihre eigene Identität bewahrten, sei somit die »république une et indivisible« in Gefahr. Mégret sah hier die Gefahr einer »colonisation« Frankreichs. Zunächst kämen die muslimischen Migranten nach Frankreich und ließen sich dort nieder. In einer zweiten Phase implantierten sie ihre Kultur und ihre Religion in der französischen Gesellschaft, was Mégret in erster Linie an der Entstehung sichtbarer religiöser Symbole festmachte. In besonderem Maße kritisierte er den Bau von großen, für jedermann sichtbaren Moscheen. Diese Entwicklung führe in der dritten Phase dazu, dass die Regeln und Werte der Französischen Republik an die Anforderungen des Korans angepasst würden. Der Islam, so Mégret, sei nicht mit der »französischen Identität« zu vereinbaren. Die Gesellschaft, die der Islam begründet habe, passe nicht zur christlichen Zivilisation Europas. Die Integration von Muslimen könne deshalb nur zu Konflikten und ins Chaos führen²⁷⁶.

Mégret sprach mit seinem Argumentationsmuster allen Muslimen die Fähigkeit zur Integration ab, wobei er Integration mit Assimilation gleichsetzte, und schloss sie mit dieser Begründung aus der Französischen Republik aus.

²⁷² Vgl. hierzu [Kap. 3.6](#).

²⁷³ Zitiert nach: Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

²⁷⁴ Bruno MÉGRET, *La flamme. Les voies de la renaissance*, Paris 1990, S. 207.

²⁷⁵ *Ibid.*, S. 55.

²⁷⁶ *Ibid.*, S. 57–59.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Dadurch wurde auch die Erklärung der Partei, die muslimischen Repatriierten seien aufgrund ihres Kampfes auf der französischen Seite »Français par le sang versé«, zu einem reinen Lippenbekenntnis, da auch Vertreter der muslimischen Elite zeigten, welch hoher Stellenwert der Islam für sie hatte. Der FN blendete den Glauben der muslimischen Repatriierten in seiner Rhetorik aus. Er ging stets von deren Assimilierbarkeit aus und setzte damit unausgesprochen voraus, dass sie sich von ihrem Glauben distanzieren. Dieser Widerspruch verdeutlicht, in welchem Maß die Partei die muslimischen Repatriierten für ihren der universalistischen Idee widersprechenden Diskurs instrumentalisierte, der zum einen auf Islamfeindlichkeit, zum anderen auf einem aus der Niederlage im Algerienkrieg resultierenden Revanchismus gegenüber Nordafrikanern, insbesondere gegenüber Algeriern, basierte.

Die Islamfeindlichkeit der Partei nahm mit dem Aufkommen des Islamismus in Algerien weiter zu, durch den islamistische Strömungen auch erstmals Einzug in die französischen *banlieues* hielten²⁷⁷. Wie die Partei es verstand, Islamfeindlichkeit mit Revanchismus zu verknüpfen, lässt sich an ihrer Reaktion auf die *banlieue*-Aufstände Anfang der 1990er Jahre herausarbeiten. Es kam in den späten 1980er und Anfang der 1990er Jahre in den hauptsächlich von maghrebischen Migranten bewohnten Vororten französischer Städte vermehrt zu Zusammenstößen zwischen den Kindern dieser Einwanderer und französischen Polizeikräften²⁷⁸. Unter anderem fanden in einem als Problemviertel bekannten Stadtteil Amiens im Frühjahr 1991 solche Unruhen statt. Der FN beschrieb in seinem Parteiorgan ausführlich eine systematische Zerstörungswut der Einwanderer der zweiten Generation. Er zeichnete ein Bild von einem von Algeriern beherrschten Viertel. Die Kinder maghrebischer Einwanderer seien dort stets auf der Suche nach Ärger mit der Polizei. Sie hätten das Viertel in ein algerisches Territorium verwandelt. Die Straßen trügen nicht mehr französische, sondern algerische Namen, und der Islamismus sei so stark, dass sich Reporter nur noch in Begleitung von Muslimen in das Viertel wagten. Die Verantwortung für diese Zustände schrieb die Partei der sozialistischen Regierung zu. Sie kritisierte das zu schwache Vorgehen der Polizeikräfte gegenüber den Jugendlichen in den *banlieues* und beklagte, die politischen Verant-

²⁷⁷ Vgl. hierzu Martine GOZLAN, *L'islam et la République. Des musulmans de France contre l'intégrisme*, Paris 1994; Gilles KEPEL, *Les banlieues de l'islam*, Paris 1991.

²⁷⁸ Vgl. zur Problematik der Aufstände in den *banlieues* Alain BATTEGAY, Ahmed BOUBEKER, *Des Minguettes à Vaulx-en-Velin. Fractures sociales et discours publics*, in: *Les Temps modernes* 545/546 (1991/92), S. 51–76; Olivier GALLAND, *Les jeunes et la violence*, in: *Les Cahiers de la sécurité intérieure* 5 (1991), S. 13–25; Adil JAZOULI, *Jeunes des banlieues, violences et intégration. Le dilemme français*, Paris 1990.

3.3 »Harkis« als Waffe im Kampf gegen die »France algérienne«

wortlichen spielten die Gefahr herunter²⁷⁹. Der FN sah sich durch die Aufstände in seiner Islamfeindlichkeit und seiner Warnung vor einer »France algérienne« bestätigt. Allerdings bewohnten nicht nur Maghrebener das besagte Viertel von Amiens, die der FN als feindlich gegenüber Frankreich gesinnt und integrationsunwillig ansah. 1964 waren hier mehrere ehemalige Hilfssoldaten mit ihren Familien untergebracht worden, die dort seitdem Seite an Seite mit maghrebischen Einwanderern verschiedener Generationen lebten. Der FN blendete diese Tatsache nicht aus, bestritt jedoch vehement, dass es sich bei den Aufständischen auch um Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handle. Die Berichte, es handle sich um einen Aufstand muslimischer Repatriierter, tat die Partei mit dem Kommentar ab, man versuche nur wie immer die muslimischen Repatriierten zu Sündenböcken zu erklären, um die maghrebischen Migranten zu verteidigen²⁸⁰.

Als 1991 in Narbonne Proteste von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten ausbrachen, die sich explizit als Kinder von »harkis« verstanden und sich von maghrebischen Migranten distanzieren, zögerte der FN nicht, die Legitimität dieser Proteste hervorzuheben²⁸¹. Ihrer revanchistischen Rhetorik folgend kommentierte die Partei die Aufstände mit folgenden Worten:

C'est drapeau tricolore en tête que les anciens harkis et fils des harkis ont manifesté, le samedi 29 juin, à Narbonne [...]. Les gouvernements successifs perpétuent l'abandon de ces hommes qui ont tout sacrifié à la France, les parquant dans des camps-ghettos et leur refusant tout ce qu'ils dispensent généreusement aux plus haineux des immigrés²⁸².

Der FN nutzte die Aufstände, um die Politik der sozialistischen Regierung, insbesondere deren als zu liberal angesehenen Umgang mit den als »haineux« bezeichneten Migranten, zu kritisieren. Diese Kritik beinhaltete nicht nur den Vorwurf, die Regierung vernachlässige ebenso wie alle vorhergehenden Regierungen die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Kinder. Sie richtete sich auch gegen das Vorgehen des sozialistischen Innenministers gegen die revoltierenden »anciens harkis et fils des harkis« von Narbonne. Während der FN in Amiens das zu sanfte Vorgehen der Polizeikräfte kritisiert hatte, warf man ihnen nun ein zu hartes Eingreifen vor. Diese Kritik fiel umso heftiger aus, als Pierre Joxe, der Sohn des ehemaligen Staatsministers für algerische Angele-

²⁷⁹ Amiens, une vraie poudrière, in: National Hebdo 350 (1991), S. 5.

²⁸⁰ Ibid.

²⁸¹ Vgl. zu den Protesten von 1991 [Kap. 3.7](#).

²⁸² Ces harkis qu'on voulait oublier, in: National Hebdo 363 (1991), S. 2.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

genheiten Louis Joxe, inzwischen Innenminister war²⁸³. Louis Joxe hatte 1962 angeordnet, alle Hilfssoldaten nach Algerien zurückzuschicken, die auf Eigeninitiative von Offizieren nach Frankreich gebracht worden waren²⁸⁴. Dieser Aspekt verleitete den FN, dem Sohn ebenso wie dem Vater eine feindliche Gesinnung gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten vorzuwerfen.

Insbesondere Le Pen selbst war der Revanchismus so wichtig, dass er ihn auch über die islamfeindliche Haltung der Partei stellte, wenn beide Komponenten zu kollidieren drohten. Als die sozialistische Regierung die Idee aufbrachte, vom islamistischen Terror bedrohten algerischen Intellektuellen Asyl zu gewähren, bezeichnete Le Pen diesen Vorschlag als eine »invasion supplémentaire d'ennemis de la France« und wiederholte, er habe bereits vor 30 Jahren vorhergesehen, was sich nun bewahrte: »Si nous n'avons pas une Algérie française, nous aurons une France algérienne«²⁸⁵. Le Pen nahm zum Front islamique du salut (FIS), der islamistischen Bewegung Algeriens, eine zwiespältige Position ein. Während er und seine Partei einerseits vor der Gefahr des Islamismus warnten, begrüßte er zugleich zunächst die Erfolge des FIS in Algerien und bezeichnete diesen als eine Bewegung der nationalen Identitätsfindung gegen den FLN²⁸⁶. In diesem Sinne erinnerte er die Regierung daran, dass nicht der FIS, sondern der FLN der wahre Feind sei. Die heutige algerische Regierung gehöre zur gleichen »famille politique« wie diejenigen, die die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten zu verantworten hätten. Diese »assassins du FLN« seien in Frankreich nicht willkommen²⁸⁷. Vielmehr sollten alle politisierten Migranten, die keine Bereitschaft zur Assimilation zeigten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft in ihre Heimatländer rückgeführt werden²⁸⁸.

Die Rhetorik, der sich Le Pen bediente, um gegen die Gewährung von Asyl für algerische Intellektuelle zu argumentieren, war nur ein Beispiel von vielen, das veranschaulicht, wie der FN die muslimischen Repatriierten instrumentalisierte, um seinen Revanchismus argumentativ zu untermauern und vor der Gefahr einer »France algérienne« zu warnen. Weil sich die Partei gegen den Vorwurf des Rassismus wehren wollte, sah sie die muslimischen Repatriierten

²⁸³ Ibid.

²⁸⁴ Vgl. Kap. 2.2.

²⁸⁵ Jean-Marie LE PEN, *Algérie; échec et socialism*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 149 (1992), S. 1f.

²⁸⁶ SCHMID, *Die Rechten in Frankreich*, S. 205f.

²⁸⁷ Carl LANG, *Foulards, mosquées et cie*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 186 (1993), S. 6.

²⁸⁸ Jean-Marie LE PEN, *Ni islamistes, ni fellaghas*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 185 (1993), S. 15.

explizit als französische Staatsbürger an, als »Français par le sang versé«, die sich für die französische Nation entschieden und für sie Opfer erbracht hätten. Der FN propagierte eine deutliche Dichotomie zwischen den algerischen Migranten und den muslimischen Repatriierten und bemühte sich, die Forderung nach Inklusion der Repatriierten als Argument für die Forderung nach Exklusion algerischer Migranten zu nutzen. Durch ihre islamfeindliche Rhetorik grenzte die Partei jedoch gleichzeitig auch die muslimischen Repatriierten aus der Republik aus.

3.4 Von Gegnern zu gemeinsamen Opfern von Ausgrenzung und Diskriminierung

Der FLN verlor mit den Abkommen von Évian seinen illegalen Charakter und bereitete sich darauf vor, in einem unabhängigen Algerien zu regieren. Dies galt jedoch nicht für die französische Föderation des FLN. Die französische Föderation verkündete mit dem Waffenstillstand, dieser stelle nur eine Etappe auf dem Weg zur Unabhängigkeit Algeriens dar. Zwar bereitete der FLN in Frankreich keine Attentate mehr vor, er behielt jedoch seine illegalen Strukturen bei und agierte weiter im Untergrund. Dies beinhaltete auch, dass sich die bewaffneten Truppen nicht auflösten, sondern weiterhin bereitstanden. Allerdings hatten sie die Anweisung, lediglich auf Aktionen der MNA und der OAS zu reagieren. Gewaltakte gegen Polizeikräfte waren untersagt²⁸⁹. Das Hauptziel der französischen Föderation bestand darin, die algerische Bevölkerung in Frankreich zu kontrollieren. Dabei konnte sie zunächst von der Stimmung unter den Algeriern in Frankreich profitieren, die dem FLN den Sieg über die französische Kolonialmacht zuschrieben. Das Innenministerium beschrieb diese Stimmung in einem Bericht folgendermaßen: »Un sentiment de fierté raciale a gonflé les cœurs et illuminé les visages même chez les moins nationalistes car, pour le travailleur, il s'agit d'une victoire de l'*islam* officiellement reconnu par la France«²⁹⁰. Die französische Föderation traute jedoch dieser Stimmung nicht, sondern setzte in Frankreich weiterhin auf eine strenge Kontrolle der algerischen Bevölkerung. Nach dem 19. März war eine verstärkte Aktivität des FLN auszumachen. Funktionäre patrouillierten in den muslimischen Cafés, um die

²⁸⁹ Ministère de l'Intérieur. L'activité clandestine actuelle du FLN, 13.4.1962, AN: vers. 19910467/1.

²⁹⁰ Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, *ibid.* (Hervorh. i. Orig.).

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Einhaltung des Spiel-, Alkohol- und Zigarettenverbots zu überwachen²⁹¹. Zudem führte der FLN einen Zensus der algerischen Bevölkerung in Frankreich durch und kontrollierte die Bewegungen zwischen Algerien und Frankreich. Hierzu verteilte er Passierscheine, die auf Verlangen der FLN-Funktionäre in Frankreich vorzuzeigen waren²⁹².

Die von der französischen Föderation durchgeführte Kontrolle zielte in erster Linie darauf ab, Informationen darüber zu erhalten, wie sich die einzelnen Algerier in Frankreich während des Krieges verhalten hatten. Aus diesem Grund musste im Rahmen des Zensus jeder Algerier in Frankreich ein Formular ausfüllen, in dem nicht nur nach der persönlichen Situation, sondern auch nach dem Verhalten während des Unabhängigkeitskriegs gefragt wurde. Hierzu gehörten die Fragen nach dem finanziellen Beitrag, nach der Beteiligung an direkten Aktionen des FLN sowie nach einer eventuellen Haft oder Verletzungen im Kampf. Von denjenigen, die einen aktiven Beitrag zur Unabhängigkeit geleistet hatten, wurden viele aufgefordert, nach Algerien zurückzukehren, da sie dort zum Aufbau des Landes gebraucht würden²⁹³. Zugleich bestand die Verpflichtung, weiterhin einen finanziellen Beitrag zum Aufbau des Landes zu leisten. Der FLN kontrolliert dies streng. Durch diese Maßnahmen wollte er die Loyalität der algerischen Bevölkerung Frankreichs gegenüber dem algerischen Staat sichern. Er befürchtete, die in Frankreich lebenden Algerier könnten sich von Algerien abwenden und ihre Zukunft in Frankreich suchen. Um dies zu verhindern, wurde in der algerischen Gemeinde in Frankreich die Information verbreitet, der FLN habe die Beantragung der französischen Staatsbürgerschaft verboten²⁹⁴. Die Parallelstruktur des FLN in Frankreich, der bereits während des Krieges praktisch einen Staat im Staate aufgebaut hatte, wurde aufrechterhalten. Wie erfolgreich diese Politik weiterhin war, wurde dem französischen Staat am Tag der Unabhängigkeitserklärung vor Augen geführt, den der FLN zum Feiertag erklärte. Von einer Fabrik im Département Drôme berichtete die dortige Präfektur, dass 95 Prozent der algerischen Arbeiter an diesem Tag nicht zur Arbeit erschienen²⁹⁵.

Die Kontrolle des FLN in Frankreich mit dem Ziel, die Loyalität der algerischen Gemeinde gegenüber dem unabhängigen Algerien zu gewährleisten,

²⁹¹ Note sur la mise en place progressive d'un appareil administratif frontiste appartenant à une police autonome, Mai 1962, *ibid.*

²⁹² Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, *ibid.*

²⁹³ *Ibid.*

²⁹⁴ Ministère de l'Intérieur. L'activité clandestine actuelle du FLN, 13.4.1962, *ibid.*

²⁹⁵ Le préfet de la Drôme à monsieur le ministre de l'Intérieur, 10.7.1962, *ibid.*

erschwerte den ehemaligen Hilfssoldaten die Flucht nach Frankreich. Bereits die Kontrollen des FLN an den Grenzen bereiteten ihnen bei der Einreise nach Frankreich große Schwierigkeiten. Waren die Grenzen erfolgreich passiert, stellte das umfassende Kontroll- und Überwachungsnetz des FLN in Frankreich die geflohenen Hilfssoldaten vor Probleme. Agenten des FLN patrouillierten an Bahnhöfen und kontrollierten die Passierscheine der algerischen Bevölkerung. Unter anderem in den Städten Avignon und Perpignan, die sich in der Nähe des Lagers Larzac befanden, wurden diese Aktivitäten bereits im Mai beobachtet, als nur wenige muslimische Hilfssoldaten nach Frankreich gekommen waren²⁹⁶. Insbesondere nach der Unabhängigkeitserklärung, als in Algerien die Racheakte zunahmen und immer mehr ehemalige Hilfssoldaten Zuflucht in Frankreich suchten, verstärkte der FLN in Frankreich diese Aktivitäten²⁹⁷. Mithilfe des bereits erwähnten Zensus wollte er die ehemaligen Hilfssoldaten auffindig machen, die nach Frankreich geflohen waren²⁹⁸. Er hielt die algerische Bevölkerung in Frankreich an, unbekannte Algerier dem FLN zu melden²⁹⁹. Gegebenenfalls tauchten Agenten des FLN bei den Verdächtigen auf, um ihre Identität zu überprüfen und Beweise dafür zu verlangen, dass sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen waren³⁰⁰. Auch die Kontrolle an den Bahnhöfen verstärkte der FLN. Zwanzig ehemalige Hilfssoldaten, die das Lager von Larzac in Richtung Saint-Auban verlassen hatten, wo ihnen der zuständige Präfekt Arbeitsplätze zugewiesen hatte, wurden direkt nach ihrer Ankunft in Saint-Auban von Agenten des FLN festgehalten. Die Gendarmerie intervenierte und ermöglichte den Hilfssoldaten die Weiterreise³⁰¹. Auch die Lager, in denen das französische Militär Hilfssoldaten provisorisch untergebracht hatte, standen im Visier des FLN. Sowohl in Larzac als auch im Lager von Bourg-Lastic war die französische Föderation aktiv. Mithilfe falscher Identitäten gelang es einigen Mitgliedern des FLN, sich in diese Lager einzuschleichen³⁰². Vertreter

²⁹⁶ Note sur la mise en place progressive d'un appareil administratif frontiste appartenant à une police autonome, Mai 1962, *ibid.*

²⁹⁷ Der Präfekt des Departements Basses-Alpes wies den Innenminister in einem Schreiben auf diesen Sachverhalt hin. Vgl. Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, 4.9.1962, *ibid.*

²⁹⁸ Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

²⁹⁹ Ministère de l'Intérieur. Bulletin de renseignement, 30.7.1962, AN: vers. 19910467/2.

³⁰⁰ Gendarmerie nationale, poste de Lastic. Fiche de renseignements, 1.8.1962, *ibid.*

³⁰¹ Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, Digne, 4.9.1962, AN: vers. 19910467/1.

³⁰² Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

des FLN arbeiteten einen Plan aus, das Lager von Larzac zu überfallen. Dieser Plan wurde jedoch auch innerhalb des FLN heftig diskutiert und schließlich nicht durchgeführt³⁰³.

Ende des Jahres 1962 löste sich die französische Föderation des FLN auf³⁰⁴. Die Auseinandersetzungen innerhalb des FLN in Algerien hatte die französische Föderation entscheidend geschwächt. Ben Bellas Erfolg in diesem internen Machtkampf führte zu ihrer weiteren Schwächung. In Frankreich bestand der FLN hauptsächlich aus Kabylen, die Ben Bella aufgrund der panarabischen Ausrichtung seiner Politik kritisch gegenüberstanden³⁰⁵. Mit der Auflösung der französischen Föderation gab der FLN jedoch nicht die Kontrolle der Algerier in Frankreich auf, sondern gründete im Dezember 1962 die AA. Laut Statut verfolgte der Verband in erster Linie soziale Ziele. Es sollte darum gehen, die Algerier in Frankreich zu vertreten und deren »intérêts matériels et moraux« zu verteidigen³⁰⁶. Die Strukturen der AA glichen jedoch jenen der aufgelösten französischen Föderation des FLN. Man verlangte von den Algeriern in Frankreich, Mitglied der Vereinigung zu werden, was mit einem monatlichen Mitgliedsbeitrag verbunden war. Die französischen Behörden werteten diesen Mitgliedsbeitrag als Fortführung der vom FLN auferlegten Zahlungsverpflichtungen für die algerische Gemeinde Frankreichs. Zudem sahen sie die Ausgabe von Mitgliedsausweisen, die dem Verband zufolge notwendig waren, um nach Algerien auszureisen, als Fortsetzung der Grenzkontrolle an³⁰⁷. Die Aussagen des Präsidenten der AA Mohand Ouidir Aït El Hocine, der den Bruch mit der französischen Föderation des FLN hervorhob und betonte, die AA verfolge mit friedlichen Mitteln soziale Ziele, zweifelte der französische Innenminister Roger Frey klar an. Frey lenkte den Blick auf die Kontinuitäten und war sich sicher, das Ziel der AA liege in erster Linie darin, im Auftrag des FLN die algerische Bevölkerung in Frankreich zu kontrollieren³⁰⁸.

303 Télégammes diplomatiques, de Bresson, 30.8.1962, AN: 5AG1/1813.

304 Directeur général de la Sûreté nationale. Note d'information, 11.10.1962, AN: vers. 19910467/1.

305 Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

306 Statut de l'Amicale des Algériens en France, 27.12.1962, AN: 5AG1/1814.

307 Le préfet du département de l'Isère à monsieur le ministre de l'Intérieur, 31.1.1963, AN: F1a/5113.

308 Vgl. zu den Aussagen Hocines: Préfecture de police. Note au sujet de l'audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 9.1.1963, AN: 5AG1/1814; Jean Sautereau, commissaire principal. Audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 8.1.1963, *ibid.*; vgl. den Bericht des Innenministers: Le ministre de l'Intérieur à monsieur le secrétaire d'État auprès du Pre-

Der Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich verdeutlicht, dass die AA einerseits bemüht war, mit friedlichen Mitteln zu agieren, jedoch gleichzeitig auf die Kontrolle der algerischen Gemeinde abzielte, um die Entstehung einer Oppositionsbewegung gegen den FLN zu verhindern³⁰⁹. Aït El Hocine war Ben Bella gegenüber äußerst loyal³¹⁰. Die ehemaligen Hilfssoldaten nahm er als potentielle Opposition zur Führung des FLN in Algerien wahr. Dies erklärt, weshalb es zu den Zielen der AA gehörte, »de rechercher et de neutraliser« all die Personen, die während des Unabhängigkeitskampfes die französische Seite unterstützt hatten³¹¹. Offiziell sprach sich die AA gegen jegliche Gewalt aus. Ihr Präsident hatte öffentlich der Gewalt entsagt und betont, dass Mitglieder, die sich nicht an diese Leitlinie hielten, von der Vereinigung auszuschließen seien³¹². Auch in Flugblättern, die sich an die algerische Gemeinde in Frankreich richteten, hob die Verbandsspitze dies hervor. Nicht durch Gewalt, sondern durch »l'exemple, la persuasion, l'appel au bon sens« sollte die AA ihre Ziele erreichen³¹³. Wenn sie den Wunsch zeigten, Teil der algerischen Gemeinschaft zu sein, wurden ehemalige Hilfssoldaten weiterhin in diese Gemeinschaft aufgenommen, sofern sie nachweisen konnten, dass sie sich keiner Verbrechen an Kämpfern der ALN schuldig gemacht hatten. Als sich im Februar 1950 ehemalige *harkis* an die AA wandten und den Wunsch äußerten, die algerische Staatsbürgerschaft zu behalten, gab man einigen von ihnen sofort eine Zusage und behielt sich in anderen Fällen vor, genauer zu prüfen, ob diesem Wunsch stattgegeben werden könne³¹⁴. Die AA wollte die ehemaligen Hilfssoldaten mithilfe dieser Inklusion als potentielle Oppositionsbewegung neutralisieren.

Dennoch kam es weiterhin zu Gewaltakten gegen ehemalige Hilfssoldaten. Noch im Oktober 1963 tauchten in der Statistik der Sûreté nationale zu politisch motivierter Kriminalität Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen

mier ministre, chargé des affaires algériennes: Au sujet de la constitution de l'Amicale des Algériens en France, 10.1.1963, *ibid.*

³⁰⁹ Ministère de l'Intérieur. Note d'information, organisation et implantation de la daïra n°1 (dite de Paris) de l'Amicale des Algériens en France, 21.1.1963, *ibid.*

³¹⁰ Note sur la situation des Algériens en France, 18.1.1963, *ibid.*

³¹¹ Ministère de l'Intérieur. Note d'information, organisation et implantation de la daïra n°1 (dite de Paris) de l'Amicale des Algériens en France, 21.1.1963, *ibid.*

³¹² Jean Sautereau, commissaire principal. Audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 8.1.1963, *ibid.*

³¹³ La direction centrale de l'Amicale d'Algériens en France. Algériens, Algériennes, ohne Datum, AN: F1a/5113.

³¹⁴ Demande de la nationalité algérienne formulée par d'anciens harkis, 28.2.1963, AN: 5AG1/1813.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Hilfssoldaten und Algeriern in Frankreich auf³¹⁵. Im Mai 1963 nahm der tunesische Sänger Ahmed Soulimane das Lied »Yal harkis« (»Null Harkis«) auf, in dem er Drohungen gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten aussprach. Dieses Lied kursierte einige Zeit unter den algerischen Migranten in Frankreich. Die AA sprach sich gegen dieses Lied aus und hob in diesem Kontext gegenüber den regionalen und lokalen Verantwortlichen die neue Linie des Verbandes noch einmal hervor, Gewaltakte gegen sowie Einschüchterungen von ehemaligen Hilfssoldaten zu verhindern³¹⁶. Allerdings schrieben gleichzeitig verschiedene Stimmen der AA die Verantwortung für beides zu. Der Präfekt des Departements Alliers erklärte im März 1963, momentan könnten keine Hilfssoldaten in seinem Departement Arbeit finden, da die algerischen Arbeiter in den Industriestandorten aktuell streng unter der Kontrolle der AA stünden, weshalb eine Gefährdung für die ehemaligen Hilfssoldaten bestehe³¹⁷. Auch der Polizeipräfekt des Departements Seine berichtete im Januar 1964, dass die Feindseligkeiten gegenüber den muslimischen Hilfssoldaten zwar abnähmen, dass jedoch noch immer »certains militants trop zélés de l'Amicale« versuchten, diese ausfindig zu machen und Informationen über ihre Funktion während des Krieges zu sammeln³¹⁸. Auch innerhalb der Fabriken seien immer wieder Zwischenfälle zu vermelden. So seien ehemalige Hilfssoldaten in den Fabriken von Renault Feindseligkeiten ausgesetzt. Der Präfekt sah diese Zwischenfälle in Zusammenhang mit dem Organisationsgrad der AA in den Fabriken und schrieb ihr die Verantwortung zu³¹⁹.

Vertreter der französischen Regierung beschrieben den Organisationsgrad der AA jedoch weiterhin als insgesamt eher schwach³²⁰. Die Entwicklungen in Algerien führten dazu, dass die AA weiter an Einfluss verlor. Im September 1963 wandte sich der aus der Kabylei stammende Hocine Aït Ahmed, einst selbst Mitglied des GPRA, gegen die stark arabisch geprägte Linie des FLN unter Ben Bella und gründete den Front des forces socialistes (FFS). Dieser wurde von der Führung des FLN als separatistische Bewegung bekämpft, woraufhin Aït Ahmed untertauchte und in der Kabylei einen *maquis* bildete.

³¹⁵ Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. Délinquance politique, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

³¹⁶ Note, de Bresson, 21.5.1963, AN: 5AG1/1813.

³¹⁷ Le préfet de l'Allier à monsieur le ministre des Rapatriés, 29.3.1963, AN: vers. 19910467/3.

³¹⁸ Le préfet de police à monsieur le secrétaire général de la présidence de la République, à l'attention de monsieur de Bresson, conseiller technique, 5.1.1964, AN: 5AG1/1814.

³¹⁹ Ibid.

³²⁰ Ibid.

Was folgte, waren blutige Auseinandersetzungen zwischen dem FFS und den Truppen des FLN unter Führung Boumediennes³²¹. Dieser Konflikt erschwerte es der AA, in der mehrheitlich kabyllischen algerischen Arbeiterschaft in Frankreich Fuß zu fassen. Der Verband konnte nicht für sich in Anspruch nehmen, die Mehrheit der algerischen Bevölkerung Frankreichs zu vertreten. Dort waren deutlich Sympathien für den FFS auszumachen, weshalb die AA von Ben Bella die Order bekam, den Kampf gegen die Opposition effizienter zu gestalten³²². Zu diesem Kampf gehörte eine großangelegte Propagandakampagne gegen die »traîtres à la solde de Aït Ahmed et sa clique«. Die Vertreter der AA drohten ihnen in Flugblättern, das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten teilen zu müssen: »Nous connaissons les noms et les adresses de tous les partisans de la ›contre-révolution‹, que nous traiterons de la même manière que les harkis«³²³. Somit weitete die AA den Kreis der »Verräter« aus. Durch die Auseinandersetzungen, die insbesondere entlang der Konfliktlinie zwischen Arabern und den Berbern der Kabylei verliefen, trat deutlich zu Tage, dass die algerische Gemeinschaft weder in Algerien noch in Frankreich durch die Beteiligung am Unabhängigkeitskampf zusammengehalten wurde. Ethnische Zugehörigkeiten gewannen an Bedeutung. Der FFS suchte in Frankreich die Nähe zu den aus der Kabylei stammenden ehemaligen Hilfssoldaten und versuchte diese für den Untergrundkampf gegen Ben Bella in Algerien zu gewinnen³²⁴. Die kabyllische Opposition setzte in diesem Machtkampf auf die kabyllisch-berberische Identität, um eine Front gegen den arabisch geprägten FLN in Algerien aufzubauen, und schloss dabei auch diejenigen ein, die an der französischen Seite die Unabhängigkeit bekämpft hatten.

Insbesondere da es der AA nicht gelang, die algerische Gemeinschaft politisch zusammenzuhalten, setzte der Verband den Akzent auf die sozialen Aktivitäten³²⁵. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich in der Zeit nach dem Algerienkrieg, insbesondere für die mehrheitlich ungelerten algerischen Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zu ihrem primären Problem, ins-

321 Bernhard SCHMID, *Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land*, Münster 2005, S. 71–74.

322 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. *Délinquance politique*, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

323 Note secrète de la direction de l'Amicale des Algériens en France, 28.10.1964, AN: F1a/5113 (Hervorh. i. Orig.).

324 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. *Délinquance politique*, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

325 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

besondere da die Zahl der algerischen Migranten nach 1962 anstieg³²⁶. Die ehemaligen Hilfssoldaten, für die die Behörden im gleichen Bereich Arbeitsplätze suchten und denen sie offiziell Vorrang einräumten, stellten somit eine Konkurrenz für die algerischen Arbeiter dar. Sowohl die Arbeitgeber als auch die französischen Behörden befürchteten Unruhen in den Fabriken, insbesondere politischer Natur, und zögerten, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit in den Fabriken zu geben, in denen Algerier meist einen großen Teil der Arbeiterschaft ausmachten³²⁷. Allerdings konnte sich diese Konfliktsituation auch zum Nachteil der algerischen Arbeitsmigranten auswirken. Im Departement Lozère bekamen mit Unterstützung des Secours catholique in mehreren Kommunen ehemalige Hilfssoldaten Arbeit im Baugewerbe zugewiesen, in einem Bereich, in dem bereits mehrere Algerier tätig waren. Nachdem es zu Konflikten zwischen Hilfssoldaten und algerischen Arbeitern gekommen war, verloren Letztere nicht nur ihre Stelle, sondern auch ihre Aufenthaltsgenehmigung und wurden nach Algerien ausgewiesen³²⁸.

Mit der Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt wurde auch die Wohnsituation der algerischen Arbeiter in Frankreich komplizierter, wodurch es in diesem Bereich ebenfalls zu einer Konkurrenz zwischen ihnen und den ehemaligen Hilfssoldaten kam. Die Wohnsituation der algerischen Migranten wurde aufgrund der Politik, Mittel der Sonacotra zum Bau von Wohneinheiten für ehemalige Hilfssoldaten und deren Familien zu nutzen, erschwert³²⁹. Die AA war aus diesem Grund bemüht, die Nutzung von ursprünglich für algerische Arbeiter vorgesehenen Unterkünften durch ehemalige Hilfssoldaten zu verhindern. Im Departement Loire gaben die Behörden den Plan auf, ein Gebäude für die Unterbringung ehemaliger Hilfssoldaten zu nutzen, das sich unmittelbar gegenüber eines von der AA betriebenen Arbeiterwohnheims befand. Sie schätzten die Gefahr möglicher Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Bewohnern als zu hoch ein³³⁰. Auch die Führung des FLN intervenierte selbst in der Frage der Wohnsituation der algerischen Migranten. Ein Runder Tisch brachte zu dieser Frage im April 1965 Vertreter der algerischen und der französischen Regierung zusammen. Die Vertretung des FLN nutzte die Gelegenheit, um die Rückgabe aller von der Sonacotra finanzierten Wohneinheiten, in denen ehe-

³²⁶ WEIL, *La France*, S. 61f.

³²⁷ Siehe dazu ausführlich [Kap. 3.1](#).

³²⁸ Secours catholique. Rapatriés d'AFN, 21.12.1962, AN: vers. 19920149/3.

³²⁹ Vgl. zu der Wohnsituation der Arbeitsmigranten in der Zeit nach der Unabhängigkeit Algeriens Yves LEQUIN, *Immigrés en ville*, in: DERS. (Hg.), *Histoire des étrangers et de l'immigration en France*, Paris 2006, S. 407–416.

³³⁰ Le préfet de la Loire à monsieur le ministre des Rapatriés, 25.10.1963, AN: vers. 19920149/2.

malige Hilfssoldaten untergebracht waren, an die algerischen Migranten zu fordern³³¹.

Mit seiner Forderung, die Gelder der Sonacotra ausschließlich für algerische Migranten zu verwenden, verdeutlichte der FLN, dass er sich für die algerische Gemeinde in Frankreich verantwortlich fühlte. Der FLN verfolgte in den Verhandlungen mit der französischen Regierung stets das Ziel, die Situation der algerischen Staatsbürger in Frankreich zu verbessern, die er als Teil der algerischen Gemeinschaft ansah. Eine Integration der in Frankreich lebenden Algerier in die französische Gemeinschaft war nicht erwünscht. Der algerische Staatschef Boumedienne machte dies im Jahre 1973 deutlich, als er betonte, der Stolz auf die »authenticité arabo-islamique« sollte die Algerier in Frankreich vor einer Integration schützen³³². Die ehemaligen Hilfssoldaten sah der FLN jedoch nicht als Teil dieser algerischen Nation an, auch dann nicht, wenn sie die arabisch-islamische Identität und die Probleme der algerischen Migranten teilten. Als sich im Laufe der 1970er Jahre die Situation der Algerier in Frankreich zunehmend verschlechterte und zudem die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien auf den Prüfstand gestellt wurden, nahmen auch die Spannungen zwischen den algerischen Migranten und den repatriierten Muslimen wieder zu.

Der Großbrand in einer inoffiziellen Wohnsiedlung in der im Nordosten von Paris liegenden Kommune Aubervilliers brachte 1970 die schlechten Lebensbedingungen der algerischen Gemeinde zum Vorschein. Obwohl die Regierung auf dieses Ereignis mit einem Plan des sozialen Wohnungsbaus reagierte, blieb die Lage angespannt³³³. Da er die Sicherheit algerischer Staatsbürger in Frankreich in Gefahr sah, schaltete sich auch der algerische Staatschef Boumedienne im Januar 1973 in die Debatte um die soziale Situation der Migranten in Frankreich ein. Er kritisierte nicht nur die sozialen Bedingungen, sondern in erster Linie die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt gegen algerische Staatsbürger, die ihm zufolge so weit gehe, dass ihr Leben in Frankreich in Gefahr sei. Es sei die Aufgabe der französischen Regierung und der französischen Sicherheitskräfte, auf französischem Territorium für die Sicherheit der algerischen Staatsbürger zu sorgen. Da er diese Sicherheit Anfang 1973 als nicht mehr gewährleistet ansah, stoppte er die Auswanderung algerischer Staatsbürger nach Frankreich kurzzeitig³³⁴. Die Frage der algerischen Arbeitsmigration beeinflusste so die diplomatischen Beziehungen, die aufgrund der

³³¹ Service des affaires musulmanes. Note à l'attention de monsieur le directeur général des affaires politiques et de l'administration du territoire, 6.4.1965, AN: F1a/5113.

³³² Zitiert nach: STORA, Histoire de l'Algérie, S. 53.

³³³ Vgl. WEIL, La France, S. 71f.

³³⁴ Vgl. STORA, Histoire de l'Algérie, S. 53.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Verstaatlichung der Ölreserven Algeriens ohnehin in hohem Maße angespannt waren³³⁵. Die angespannte diplomatische Situation verschlechterte wiederum die Beziehungen zwischen den algerischen Arbeitern in Frankreich und der französischen Mehrheitsgesellschaft. Boumedienne sollte mit seiner Aussage, die Sicherheit algerischer Staatsbürger sei durch die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt in Frankreich nicht mehr gewährleistet, nicht Unrecht haben. Im Herbst 1973 kam es zu Zwischenfällen, die die in Frankreich lebenden Algerier in hohem Maße alarmierten. Nachdem ein Algerier einen Busfahrer erwürgt hatte, kam es insbesondere im Süden Frankreichs zu zahlreichen Übergriffen gegen Nordafrikaner. Am Ende der Ausschreitungen wurden elf Tote gezählt³³⁶.

Auch diese Geschehnisse wirkten sich wieder negativ auf die Beziehungen zwischen algerischen Arbeitsmigranten und ehemaligen Hilfssoldaten aus. Die Verantwortlichen der AA verteidigten die Politik der algerischen Regierung und kamen hierbei auch in Konflikt mit ehemaligen Hilfssoldaten. Anfang 1974 kritisierte der Verband die bei den Éditions du Seuil veröffentlichte Reportage über die Situation der algerischen Arbeiter mit dem Titel »Ahmed. Une vie d'Algérie, est-ce que ça fait un livre que les gens vont lire?« Das Buch basierte auf einem ausführlichen Interview eines Journalisten mit einem algerischen Arbeiter in Frankreich. Der Interviewte war zwar algerischer Staatsbürger, hatte jedoch während des Algerienkrieges als Hilfssoldat auf französischer Seite gedient. Er kommentierte nicht nur das Leben in Frankreich, sondern auch die aktuelle Situation in Algerien und gab in diesem Kontext an, die Algerier seien die eigentlichen Verlierer des Krieges, da sich die wirtschaftliche und soziale Situation dort zunehmend verschlechterte³³⁷. Diese Aussagen des Interviewten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Algerien kommentierte die AA in ihrem Verbandsorgan mit folgenden Worten: »Si on suit bien son raisonnement, mieux valait pour les Algériens de demeurer sous le joug des colons plutôt que de prendre en main leur destinée«. Der Verband warf dem Interviewten vor, »des propos stéréotypés dignes d'un nostalgique de l'Algérie française et des ennemis de toujours du peuple algérien« zu verbreiten³³⁸. Er sah in dem Diskurs des interviewten Ahmed ein typisches Beispiel für die von den »Verrä-

335 Vgl. *ibid.*, S. 52f.

336 Saliha AMARA, *Le »mouvement beur«*, in: *Hommes et migrations* 1144 (1991), S. 19–26, hier S. 21.

337 *Ahmed. Une vie d'Algérie, est-ce que ça fait un livre que les gens vont lire?* Paris 1974.

338 *Ahmed, ce n'est pas la vie des Algériens*, in: *L'Algérie en Europe* 183 (1974), S. 13.

tern« verbreitete kolonialverherrlichende Rhetorik und sprach Ahmed daher das Recht ab, für die algerische Gemeinde in Frankreich zu sprechen³³⁹.

Für die AA wog die Rhetorik umso schwerer, da Algerien dem interviewten ehemaligen Hilfssoldaten zunächst verziehen habe und er nach wie vor die algerische Staatsbürgerschaft habe³⁴⁰. Mit diesen Worten verdeutlichten die Vertreter der AA, dass sie nicht grundsätzlich alle ehemaligen Hilfssoldaten aus der algerischen Gemeinschaft auszuschließen gedachten, sondern nur diejenigen, die sich weiterhin in Opposition zur FLN-Führung stellten. Hinter der Veröffentlichung von »Ahmed. Une vie d'Algérie« vermutete der Verband eine politische Strategie, den Ruf Algeriens und der algerischen Arbeiter in Frankreich zu schädigen. Alle Stereotypen des »Arabe-égorgeur-violeur rancunier« würden in diesem Werk bestätigt³⁴¹. Dadurch sah der Verband sich in dem Verdacht bestätigt, diejenigen, die sich am Unabhängigkeitskampf nicht beteiligt hatten, würden immer wieder versuchen, den algerischen Staat zu destabilisieren und die algerische Nation zu diffamieren.

Im Herbst 1975 spitzte sich die bereits angespannte Situation zwischen den algerischen Arbeitern in Frankreich und ehemaligen Hilfssoldaten durch die Aufstände in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise weiter zu. Während sich die erste Aufstandswelle gegen die französische Verwaltung und die Träger der Integrationspolitik gewandt hatte, richtete sich die zweite Welle, die mit der Borzani-Affäre verbunden war, gegen die algerische Gemeinde in Frankreich. Es kam zu vereinzelt Übergriffen auf algerische Arbeiter sowie zu Entführungen. Am 5. August wurden nahe Nîmes vier algerische Arbeiter entführt und im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise gefangen gehalten. Zudem wurde am 16. August, zu einem Zeitpunkt, als sich der kleine Borzani bereits wieder in Frankreich befand, Djelloul Belfadel, ein Verantwortlicher der AA, entführt und mehrere Tage im Lager von Bias als Geisel gehalten³⁴². Im gleichen Zeitraum meldete der Verband, in verschiedenen Städten Drohanrufe bekommen zu haben. Auch Detonationen in seinen Räumlichkeiten wurden vermeldet³⁴³. Die Verantwortlichen der AA stellten den Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und zurückliegenden Attentaten auf Räumlichkeiten des Verbands in Frankreich, eine Detonation in der algerischen Botschaft von Rom sowie auf vereitelte Bombenanschläge gegen die algerischen Botschaften

339 Ibid.

340 Ibid.

341 Ibid., S. 14.

342 Vgl. zu der Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 143–145.

343 *Les harkis. Un problème français*, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 5.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

von Bonn und London her³⁴⁴. Die AA sprach von einer »nouvelle campagne antialgérienne accompagnée d'actes de banditisme portant gravement atteinte à la sécurité de nos ressortissants«³⁴⁵.

Für die AA stellte der Fall Borzani eine »banale affaire de formalité administrative« dar³⁴⁶. Die Mutter des kleinen Borzani war ohne ihren Gatten nach Algerien gereist. Die algerischen Behörden forderten für die Ausreise die Zustimmung beider Elternteile. Aus diesem Grund blieb Borzani einige Tage bei seinen Verwandten in Algerien, bis die schriftliche Genehmigung des Vaters den algerischen Behörden vorlag³⁴⁷. Dies sei ein Vorgehen, wie es in vielen Flughäfen der Welt regelmäßig angewandt werde. Gezielt werde es jedoch von »un ramassis de traîtres, de nostalgiques de l'époque coloniale, manipulés par ces milieux que la politique de développement menée par notre pays dérange« als Vorwand genutzt, um algerischen Migranten und somit dem algerischen Staat zu schaden, war in dem Verbandsorgan der AA zu lesen³⁴⁸. Die Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten, die gemeinsam mit Vertretern der muslimischen Elite und Aktivisten der *Algérie française* für die Aufstände verantwortlich waren, wurden mit diesen Worten als Verräter beschrieben, die sich zu Opfern stilisierten und sich gleichzeitig von den Aktivisten der *Algérie française* instrumentalisieren ließen, um dem algerischen Staat zu schaden. Die Berichterstattung der französischen Presse kommentierte die AA dieser Deutung folgendermaßen: »À l'en croire, les gentils harkis, à la limite du désespoir, ont été obligés d'utiliser la prise d'otages pour amener les méchants ogres algériens à rendre l'enfant ›volé‹«³⁴⁹. Sie warfen den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen mit diesen Worten Viktimisierung vor.

Die Vertreter der AA nutzten die Vorkommnisse für eine umfassende Stellungnahme zu den Problemen der ehemaligen Hilfssoldaten. Sie warfen die Frage auf, ob es tatsächlich nötig sei, daran zu erinnern, dass allein die französische Regierung für das Schicksal »de cette catégorie de nouveaux Français« zuständig sei. Die Hilfssoldaten hätten sich selbst gegen die Zugehörigkeit zur algerischen Nation entschlossen, als sie »contre leurs propres frères« zu den Waffen gegriffen hätten³⁵⁰. Die AA schloss die ehemaligen Hilfssoldaten mit der

344 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 10.

345 Les harkis. Un problème français, *ibid.*, S. 5.

346 *Ibid.*

347 PIERRET, *Les révoltes*, S. 143.

348 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 10.

349 *Ibid.*

350 Les harkis. Un problème français, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 5.

Begründung, sie hätten sich bewusst gegen die algerische Nation entschieden, klar aus dieser aus. Gleichzeitig ging der Verband jedoch einen Schritt auf die zweite Generation zu. Diese könne nicht für die Handlungen ihrer Eltern verantwortlich gemacht werden. Wenn die Jugend es wünsche, werde man ihnen fortan »leur nationalité d'origine« zurückgeben, damit sie gemeinsam mit der algerischen Jugend beim Aufbau des Landes helfen könnten³⁵¹. Mit der Bezeichnung »nationalité d'origine« unterstrichen die Verantwortlichen der AA, dass man die muslimische Bevölkerung Algeriens während der Zeit der französischen Kolonialherrschaft nicht als Bürger der Französischen Republik angesehen hatte, sondern stets von der Existenz eines algerischen Volkes ausgegangen war. Nur durch ihr Handeln während des Krieges und durch ihre Entscheidung für die französische Staatsbürgerschaft nach der Unabhängigkeit Algeriens waren die Hilfssoldaten dieser Argumentation folgend zu »nouveaux Français« geworden. Ihre Nachkommen wurden jedoch weiterhin als potentielle Mitglieder der algerischen Nation angesehen, weshalb man sie einlud, sich nun bewusst für Algerien zu entscheiden und somit wieder Teil der algerischen Gemeinschaft zu werden.

Diese Einladung ging auch an Söhne der Hilfssoldaten, die an den Übergriffen gegen algerische Migranten beteiligt gewesen waren, da die AA sie nicht als eigentliche Urheber der Ereignisse ansah. Die offizielle Version lautete, sie hätten sich von Aktivisten der *Algérie française* manipulieren und instrumentalisieren lassen. Tatsächlich hätten jedoch Aktivisten der *Algérie française*, namentlich die OAS, im Hintergrund die Fäden gezogen. Der Vorstand der AA stellte kurz nach den Ereignissen in Paris klar, er glaube nicht an die These, die Aufstände seien von einer »génération spontanée« durchgeführt worden³⁵². Bei der Entführung Belfadels seien »[de] nombreux rescapés de l'OAS« anwesend gewesen, die der Polizei bekannt seien, da sie die Aktionen »des commandos fascistes en Algérie« vorbereitet und durchgeführt hätten³⁵³. Belfadel selbst gab in seiner Version der Geschehnisse an, es seien Europäer gewesen, die die Fäden in der Hand gehalten hätten. Er sprach von Unstimmigkeiten zwischen den an der Entführung beteiligten Europäern und den Bewohnern des Lagers von Bias. Er sei zwar von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten gefangen gehalten und überwacht worden, diese hätten jedoch stets unter dem Kommando eines Europäers gestanden, der ihnen vorgeworfen habe, zu milde mit dem Gefangenen umzugehen³⁵⁴. Belfadels Aussage relativierte die Verantwortung der an den

351 Ibid.

352 Réunion du conseil de l'Amicale: La sécurité à l'ordre du jour, *ibid.*, S. 14.

353 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 11.

354 Le témoignage de M. Belfadel, *ibid.*, S. 13.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Entführungen und Übergriffen beteiligten Söhne ehemaliger Hilfssoldaten. Ihr Fehler wurde darin gesehen, sich als Handlanger einer »agitation bien orchestrée« ausnutzen zu lassen, um das in der algerischen Gemeinde in Frankreich ohnehin vorherrschende Gefühl der Unsicherheit zu verstärken³⁵⁵. Als Verantwortliche macht die AA jedoch die Aktivisten der *Algérie française* aus, die ihr zufolge noch immer gut organisiert agieren konnten.

Die Ereignisse zeigten, dass noch dreizehn Jahre nach dem Ende des Krieges Feindseligkeiten existierten, die auch generationelle Schranken überwinden. Nach dem Ende des Krieges hatte die AA zwar erklärt, den ehemaligen Hilfssoldaten nicht mehr feindselig gegenüberzutreten zu wollen, de facto war die Beziehung zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und den algerischen Arbeitsmigranten jedoch bis in die Mitte der 1970er Jahre stets von Spannungen geprägt. Dass beide Gruppen in Frankreich mit den gleichen sozialen Schwierigkeiten konfrontiert waren, führte eher zu einer Eskalation als zu einer Entspannung. Es kam zu einer Konkurrenz zwischen beiden Gruppen, wobei die französische Regierung stets mit Verweis auf die französische Staatsbürgerschaft der meisten ehemaligen Hilfssoldaten deren Bevorzugung befürwortete. Als Reaktion darauf verwiesen der FLN in Algerien und dessen Vertretung in Frankreich stets darauf, dass sie nicht für die ehemaligen Hilfssoldaten zuständig seien, da diese sich für die französische Seite entschieden hätten. Die Hilfssoldaten hatten sich im Verständnis des FLN bereits während des Krieges und erneut durch die Beantragung der französischen Staatsbürgerschaft für Frankreich entschieden und waren in diesem Sinne als französische Bürger anzusehen. Die AA bezeichnete sie jedoch als »nouveaux Français«. Indem der Verband diesen Ausdruck verwendete, brachte er zum Ausdruck, dass sie vor der Unabhängigkeit Algeriens keine französischen Bürger gewesen seien, und unterstrich so die These der Existenz eines algerischen Volkes, das aus der muslimischen Bevölkerung Algeriens bestand.

Erst in den 1980er Jahren sollte es durch einen tiefgreifenden Wandel der algerischen Gemeinschaft in Frankreich zu einer Annäherung zwischen den beiden algerischstämmigen Gruppen kommen. Hatte der algerische Präsident Boumedienne noch 1973 deutlich gemacht, dass eine Integration der algerischen Bevölkerung in die französische Gesellschaft nicht erwünscht sei, sondern vielmehr deren Rückkehr nach Algerien erwartet werde, so trat Anfang der 1980er Jahre eine zweite Generation in den Vordergrund, die in Frankreich geboren und aufgewachsen war. Bis in die Mitte der 1970er Jahre waren Algerier als Arbeitsmigranten nach Frankreich gekommen. Sie hatten gemäß der Forderung des FLN in der großen Mehrheit die algerische Staatsbürgerschaft

³⁵⁵ Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 11.

behalten und die Rückkehr nach Algerien geplant³⁵⁶. Mit dem Familiennachzug Mitte der 1970er Jahre entstand jedoch eine neue Generation muslimischer Franzosen. Da ihre Eltern geboren worden waren, als Algerien noch staatsrechtlich zu Frankreich gehört hatte, wurden die Kinder der algerischen Arbeitsmigranten mit der Volljährigkeit französische Staatsbürger³⁵⁷. Sie waren daher mit der Volljährigkeit rechtlich integriert, jedoch zu einem Zeitpunkt, als in Frankreich die Wirtschaftskrise einsetzte, und hatten aus diesem Grund Schwierigkeiten, sich sozial zu integrieren. Mit der Wirtschaftskrise nahm auch die Fremdenfeindlichkeit in Frankreich zu, was die soziale Integration dieser zweiten Generation zusätzlich erschwerte³⁵⁸.

Anfang der 1980er Jahre begannen sich Mitglieder der zweiten Generation zu politisieren und mit Forderungen an die französische Regierung heranzutreten. Es entstand die als *beurs* bezeichnete Gruppe, die in der öffentlichen Wahrnehmung die Kinder der maghrebinischen Arbeitsmigranten umfasste, die zu großen Teilen in den Vorstädten der französischen Großstädte lebten³⁵⁹. Die *beurs* wurden in den zeitgenössischen Medien als soziales und politisches Phänomen thematisiert und zu einem Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften. Dabei wird der Tatsache, dass die politischen Aktivitäten Anfang der 1980er Jahre nicht nur von Kindern der Arbeitsmigranten, sondern auch von Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten initiiert wurden, in der Wissenschaft bis heute nur wenig Beachtung geschenkt. Lediglich einige wenige Wissenschaftler, die explizit die »harkis« in den Blick nehmen, weisen darauf hin, wie in dieser Generation die Grenzen zwischen den maghrebinischen Arbeitsmigranten und den ehemaligen Hilfssoldaten verschwammen³⁶⁰.

Als Ausgangspunkt der Politisierung der *beurs* ist die im Jahr 1983 durchgeführte *Marche pour l'égalité* anzusehen, die zugleich den Beginn der gemein-

356 Vgl. NOIRIEL, *Le creuset français*, S. 208.

357 WEIL, *Qu'est-ce qu'un Français?*, S. 168.

358 Vgl. WEIL, *La République*, S. 77–79.

359 Der Begriff *beur* entstand aus einer Umkehrung des Wortes *arabe*. War er zunächst als diffamierender Begriff entstanden, übernahmen ihn die Betroffenen schließlich selbst. Vgl. hierzu Adelheid SCHUMANN, *Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung. Die Beurs, Kinder der maghrebinischen Immigration in Frankreich*, Frankfurt a. M., London 2002, S. 29–35.

360 Vgl. zu der Literatur, in der die »harkis« keine Erwähnung finden, u. a. BATTEGAY, BOUBEKER, *Des Minguettes*; AMARA, *Le »mouvement beur«*; Laurent MUCCHIELLI, *Entre émeutes et politiques de la ville. La détresse des habitants des »zones urbaines sensibles«*, in: Marie POINSOT, Serge WEBER (Hg.), *Migrations et mutations de la société française. L'état des savoirs*, Paris 2014, S. 203–211. Vgl. zu der Literatur, in der die Beteiligung von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten an der Bewegung thematisiert wird, SPINA, *Enfant de harkis*; PIERRET, *Les révoltes*.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

samen politischen Aktivitäten der Kinder der maghrebinischen Arbeitsmigranten und der ehemaligen Hilfssoldaten markierte. In Les Minguettes, einer hauptsächlich von Menschen maghrebinischer Herkunft bewohnten, strukturell sozial schwachen Vorstadt Lyons, wurde der junge Toumi Djaidja, der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, durch eine von einem Polizisten abgefeuerte Kugel in den Bauch getroffen. Dieser Vorfall war Ausdruck der Vermischung sozialer Fragen mit dem Problem der Fremdenfeindlichkeit in Frankreich. Bereits vor der Marche pour l'égalité war es zu Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei und zu Aufständen in verschiedenen Vorstadtsiedlungen gekommen³⁶¹. Nachdem ein Polizist einen Schuss auf Djaidja abgefeuert hatte, reagierten die jugendlichen Bewohner von Les Minguettes nicht mit Aufständen, sondern mit einem gewaltfreien Protestmarsch von Lyon nach Paris, mit dem sie ein Zeichen gegen Rassismus setzen wollten³⁶².

Der Marsch wurde auch unter dem Namen »Marche des beurs« bekannt. Dass es sich bei den Initiatoren der Aktion hauptsächlich um Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handelte, wurde nach außen nicht thematisiert, zeigt jedoch, wie sich die Nachkommen der Arbeitsmigration und der Hilfssoldaten annäherten. Die Rolle ihrer Väter zur Zeit des Algerienkriegs spielte für diese Jugendlichen keine Rolle³⁶³. Das offizielle Motto, unter dem die Demonstration und die Abschlusskundgebung am 3. Dezember in Paris stattfanden, lautete: »Marche pour l'égalité. Rassemblant les habitants de France de toutes origines pour la constitution d'une société solidaire«³⁶⁴. Es ging den Initiatoren darum, auf die sozialen Probleme, jedoch hauptsächlich auf den zunehmenden Rassismus hinzuweisen, unter dem ihnen zufolge diejenigen litten, die rein äußerlich als andersartig wahrgenommen wurden. Claude Servan-Schreiber und Françoise Gaspard prägten den Begriff des *délit de gueule*, der sich darauf bezog, dass anhand äußerer Merkmale die Kategorie »Araber« ausgemacht und pauschal als verdächtig wahrgenommen wurde³⁶⁵. Alle »Araber« wurden unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und unabhängig von ihrer eigenen Rolle oder der Rolle ihrer Väter während des Algerienkriegs zu Opfern von Diskriminierung und der zunehmenden rassistisch motivierten Übergriffe und Polizeigewalt. Dem galt es sich entgegenzustellen, weshalb die Initiatoren des Marschs erklärten, sich für ein Frankreich »de la solidarité« zu engagieren und gegen Rassis-

³⁶¹ BATTEGAY, BOUBEKER, Des Minguettes, S. 54f.

³⁶² SPINA, *Enfant de harkis*, S. 185f.

³⁶³ *Ibid.*, S. 185f.

³⁶⁴ Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: [Quellensammlung](#).

³⁶⁵ Françoise GASPARD, Claude SERVAN-SCHREIBER, *La fin des immigrés*, Paris 1984, S. 182.

mus und ein Abgleiten der französischen Gesellschaft in die Xenophobie einzutreten³⁶⁶.

Mit dem Ziel, »les habitants de France de toutes les origines« zu versammeln, setzten sich die Initiatoren des Marsches zugleich für Gleichheit und für das Recht auf Differenz ein³⁶⁷. Bei ihrer Ankunft in Paris empfing sie Staatspräsident François Mitterrand und gab ihnen die Möglichkeit, ihre konkreten Forderungen vorzutragen. Sie verließen den Elyseepalast mit zwei Versprechen Mitterrands: Er versprach zum einen, die Maßnahmen gegen Rassismus auszubauen. Zum anderen leitete er die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer von fünf auf zehn Jahre in die Wege. Diese Maßnahme sollte mehr Rechtssicherheit für diejenigen schaffen, die nicht die französische Staatsbürgerschaft hatten³⁶⁸. Zu dieser Gruppe gehörten auch viele der minderjährigen *beurs*, galten sie doch bis zu ihrer Volljährigkeit nicht als französische Staatsbürger, wenn ihre Eltern nicht die Einbürgerung beantragt hatten. Die Forderung nach Gleichheit bezog sich somit nicht nur auf französische Staatsbürger, sondern auch auf Ausländer in Frankreich. Die Initiatoren des Marschs wichen mit diesem Ansatz vom traditionellen Weg zur Integration ab, nach dem stets die Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für Gleichbehandlung galt. Sie traten vielmehr für ihr Recht auf Differenz ein.

Die Gruppe der *beurs* politisierte sich in Folge der Marche pour l'égalité weiter. Die Initiatoren der Aktion von 1983 äußerten nach dem Ende des Marschs die Hoffnung, den Anstoß für ein breites Engagement weiterer Jugendlichen gegeben zu haben³⁶⁹. Diese Hoffnung sollte sich erfüllen. Es entstanden verschiedene Verbände junger *beurs*, die sich auf verschiedene Art und Weise gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzten. Als bedeutender Verband ist hier SOS Racisme zu nennen, der über mehrere Jahre hinweg tonangebend sein sollte. SOS Racisme setzte sich aktiv gegen rassistisch motivierte Übergriffe in Frankreich ein³⁷⁰. Mit dem Engagement gegen Rassismus besetzte der Verband ein Feld, das die AA bereits seit den 1970er Jahren für sich bean-

366 SOS. Avenir Minguettes, MAN, CIMADE: Appel des marcheurs. La marche... et puis après, 3.2.1984, Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

367 SCHUMANN, Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, S. 28f.

368 Geneviève DREYFUS-ARMAND, Thomas CAUDRON, Les immigrés dans la société, 1981–1984, in: Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, Jean-Louis BIANCO (Hg.), Les années Mitterrand. Les années du changement (1981–1984), Paris 2001, S. 548–566, hier S. 565.

369 SOS Avenir Minguettes, MAN, CIMADE: Appel des marcheurs. La marche... et puis après, 3.2.1984, Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

370 BATTEGAY, BOUBEKER, Des Minguettes, S. 57.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

spruchte. Die AA verlor mit der Politisierung der *beurs* den Alleinvertretungsanspruch für die algerische Gemeinde in Frankreich. Sie fürchtete zunehmend, die zweite Generation könne sich in einem zu hohen Maße in die französische Gesellschaft integrieren und den Bezug zu Algerien verlieren. Aus diesem Grund forderte sie auch weiterhin die algerische Gemeinde in Frankreich dazu auf, sich nicht einbürgern zu lassen, sondern die algerische Staatsbürgerschaft zu behalten. Wiederholt ließ die Führung des Verbandes verlauten, die Jugend solle sich in die französische Gesellschaft integrieren, jedoch nicht ohne das Bewusstsein für ihre Zugehörigkeit zur algerischen Gemeinschaft zu bewahren³⁷¹.

Man bemühte sich in der AA, Verbindungen zur *beurs*-Bewegung aufzubauen und gemeinsame Ziele zu betonen. Die Vertretung des FLN auf französischem Boden teilte mit den Vertretern der *beurs* das Ziel, gegen den Rassismus in Frankreich vorzugehen und für ein Recht auf Differenz zu kämpfen. Allerdings entfernte sich die AA in ihrer Zielsetzung klar von der *beurs*-Bewegung, als Ende der 1980er Jahre in der Bewegung ein Richtungswechsel stattfand. Innerhalb der Gruppe entstand mit dem Verband France Plus eine neue Organisation, die als eine Art Gegenbewegung zu SOS Racisme verstanden wurde³⁷². France Plus wurde gemeinsam von Nachkommen maghrebinischer Einwanderer und ehemaliger Hilfssoldaten gegründet. Diese stellten nicht den Kampf gegen Rassismus und für eine Anerkennung kultureller Differenzen in den Vordergrund, sondern sahen die soziale Exklusion als größtes Problem der französischen Gesellschaft. Sie verstanden sich als »jeunes citoyens français d'origine étrangère engagés à bâtir une société plus solide et plus tolérante fondée sur les valeurs de la République: liberté, égalité de droits et de devoirs, fraternité, laïcité«³⁷³. Durch solche Äußerungen machten sie klar, in welchem Maße sie sich als französische Staatsbürger verstanden. Den von der sozialistischen Regierung verfolgten Ansatz, die kulturelle Besonderheit der muslimischen Bevölkerung Frankreichs zu betonen, lehnten sie ab. Für sie stand dieser Ansatz im Widerspruch zum Ideal der universalistischen Republik, das der Herkunft der Bürger neutral gegenüberstehe³⁷⁴.

Generell lehnten die Vertreter von France Plus es ab, von einem Problem der Integration der zweiten Generation zu sprechen. In einem Flugblatt ließen sie verlauten, für sie als »enfants d'immigrés, de harkis, de rapatriés« werde die

³⁷¹ Vgl. z. B. Assumer la bi-nationalité de fait dans toutes ses dimensions!, in: Actualité de l'émigration 124, (1988), S. 3.

³⁷² SCHUMANN, Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, S. 78.

³⁷³ Tous les droits, tous les devoirs du citoyen, 4.6.1991, France Plus, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

³⁷⁴ Ibid.

Frage der Integration mindestens eine Generation zu spät gestellt. Ausländer müssten in die französische Gemeinschaft integriert werden. Sie seien jedoch keine Ausländer, sondern französische Bürger, und als solche litten sie ebenso wie zahlreiche ihrer Mitbürger unter einer sozialen Ausgrenzung³⁷⁵. Um diese soziale Ausgrenzung zu überwinden, sollte die zweite Generation ihre französische Staatsbürgerschaft nutzen. Die Mitglieder von France Plus beteiligten sich nicht an dem Kampf gegen Rassismus in Frankreich, sondern sprachen mit Blick auf SOS Racisme herablassend von einem »gotha antiraciste«³⁷⁶. Sie forderten 1989 die zweite Generation der nordafrikanischen Einwanderer sowie die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten dazu auf, landesweit für verschiedene politische Lager bei den Kommunalwahlen anzutreten, eine Aktion, die sich als durchaus erfolgreich erweisen sollte³⁷⁷. Der Verband zielte darauf ab, im von der Französischen Republik gesteckten Rahmen Veränderungen voranzubringen.

Im Gegensatz zu den Initiatoren der Marche pour l'égalité machten die Verantwortlichen von France Plus die Tatsache, dass sich in dem Verband Kinder maghrebischer Einwanderer gemeinsam mit Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten engagierten, zum Thema. Nachdem er in einem Interview aufgefordert wurde, zu dieser Konstellation Stellung zu beziehen, erklärte der Präsident des Verbandes, Arezki Dahmani, niemand habe sich seine Eltern ausgesucht. Die Entscheidung der Eltern, sich im Algerienkrieg auf die eine oder andere Seite zu stellen, sage nichts über die zweite Generation aus. »Une guerre folle et insensée« habe diese Generation entzweit. Es sei nun das Ziel von France Plus, dazu beizutragen, »qu'une page de l'histoire douloureuse soit tournée par les ›beurs‹ et les enfants de harkis«. »Tout en gardant la mémoire« würden sie versuchen, gemeinsam eine neue Geschichte »plus juste et plus digne« zu schreiben³⁷⁸. Dahmani erklärte, Politiker und andere Akteure hätten den *beurs* und den Nachkommen der Hilfssoldaten gegenüber stets das Prinzip »teile und herrsche« angewandt, wodurch sie manipulierbar gewesen seien. Jetzt erst hätten sie verstanden, wie viel sie gemeinsam erreichen könnten³⁷⁹. Dahmani machte mit diesen Worten deutlich, dass sich sowohl *beurs* als auch die Kinder der Hilfssoldaten der Geschichte ihrer Eltern bewusst waren, sich

375 Ibid.

376 Arezki DAHMANI, Un »plan de paix« pour les banlieues, in: La Lettre de France Plus 14 (1995), S. 1.

377 Ibid.

378 Tous les droits, tous les devoirs du citoyen, 4.6.1991, France Plus, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

379 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

jedoch bewusst dafür entschieden hatten, diese Vergangenheit hinter sich zu lassen, um gemeinsam an einer besseren Zukunft in Frankreich zu arbeiten.

Viele Gruppierungen der *beurs*-Bewegung kritisierten den Ansatz von France Plus, bezogen sich in ihrer Kritik jedoch nicht auf das gemeinsame Auftreten der beiden Gruppen aus der zweiten Generation. Viele einstige Aktivisten der *beur*-Bewegung werteten es als Verrat, dass der Verband den Kampf gegen den Rassismus in den Hintergrund rückte und sich vom Prinzip der Anerkennung der Differenz verabschiedete. Der Begriff *beurgeoisie* setzte sich unter den *beurs* durch, um die Vertreter einer Integration nach universalistischem Prinzip zu bezeichnen, die sich dem Recht auf Differenz verweigerten³⁸⁰. Auch die AA kritisierte die Idee, junge Franzosen maghrebinischer Herkunft bei den Kommunalwahlen 1989 aufstellen zu lassen, um so den republikanischen Rahmen zu nutzen und auf diese Weise soziale Veränderungen herbeizuführen. France Plus gehe von der Prämisse aus, die Wahl junger Maghrebiner mit französischer Staatsbürgerschaft werde das Problem des Rassismus langfristig von selbst lösen, weshalb man ihn nicht mehr aktiv zu bekämpfen brauche. Dies sei jedoch ein Trugschluss. Die französische Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht könnten rassistisch motivierte Straftaten nicht verhindern³⁸¹. Um diese These zu unterstreichen, verwies die AA auf das Schicksal der Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten. Obwohl diese seit ihrer Geburt die französische Staatsbürgerschaft hätten, seien sie stets aus der französischen Gesellschaft ausgeschlossen worden und seien nicht minder Opfer rassistisch motivierter Gewalt. Der Verband verwies auf das jüngste Beispiel eines rassistisch motivierten Verbrechens. Die 22-jährige Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten war am Vorabend der 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution in Saint-Laurent-des-Arbres von mehreren aus einem vorbeifahrenden Auto abgefeuerten Kugeln niedergestreckt worden³⁸². Die AA stellte sich gegen den von France Plus verfolgten Ansatz der Integration, da sie als Vertretung des FLN auf französischem Boden nach wie vor bemüht war, eine Loslösung der maghrebinischen Gemeinschaft von Algerien zu verhindern. Ihr Hinweis auf das Schicksal der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten war Teil ihrer Strategie. Mit dieser Argumentation erinnerte sie an die von den Initiatoren der *Marche pour l'égalité* vertretene These des *délit de gueule*. Allein aufgrund äußerer Merkmale werde die maghrebinische Gemeinde in Frankreich nicht akzeptiert. Die französische Staatsbürgerschaft ändere daran nichts. Mit dieser Argumentation betonte auch die AA die gemeinsamen Erfahrungen und Probleme der Kinder

³⁸⁰ Catherine WIHTOL DE WENDEN, *Naissance d'une bourgeoisie*, in: *Migrations société* 8 (1990), S. 9–16, hier S. 9f.

³⁸¹ *Le temps de la gestion*, in: *Actualité de l'émigration* 186 (1989), S. 32f.

³⁸² *Ibid.*

algerischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten und blendete die Differenzen zwischen beiden Gruppen aus.

Die gemeinsamen Erfahrungen und Probleme der Nachkommen algerischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten wurden Anfang der 1990er Jahre nicht nur durch das Engagement von France Plus, sondern auch in den französischen Vororten sichtbar. Bereits als von Les Minguettes aus Jugendliche zur Marche pour l'égalité aufgebrochen waren, wurden in der öffentlichen Wahrnehmung in Frankreich die Begriffe *beurs* und *banlieue* verknüpft. Dabei verkörperten die *beurs* die sozialen Probleme der Bewohner der *banlieues*, jedoch zugleich auch den Versuch, diese Probleme durch politische Aktionen zu überwinden. Während mit France Plus Ende der 1980er Jahre Akteure das politische Erbe dieser *beurs* übernahmen, die selbst nie in den französischen Vorstädten gelebt hatten und die dortigen soziale Probleme nicht teilten, wurden die *banlieues* zugleich zum Inbegriff der sozialen Exklusion, was sich schließlich in den Aufständen äußerte. Während die Generation der *beurs* sich durch den Versuch eines sozialen Aufstiegs ausgezeichnet hatte, entstand in den Vorstädten eine neue Generation, die zum Inbegriff des sozialen Scheiterns werden sollte³⁸³. Diese Generation knüpfte nicht an die politisierte Protestgeneration der *beurs* an, sondern an die ersten Unruhen in den französischen Vorstädten von Anfang der 1980er Jahre. Es folgten die nach dem Sozialwissenschaftler Adil Jazouli sogenannten »années banlieues«³⁸⁴, mit einer Reihe von Aufständen in den Vorstädten, die bis heute immer wieder aufflammen.

Da sich auch zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten in diesen niedergelassen hatten, war es weder für die zeitgenössischen Medien noch für Sozialwissenschaftler leicht auszumachen, in welchem Maße sich auch Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten an diesen Aufständen beteiligten. Als 1991 in Amiens Aufstände ausbrachen, war sich die Presse uneins darüber, ob Kinder von Migranten oder von Hilfssoldaten dafür verantwortlich waren³⁸⁵. Ende des Jahres 1994 war die Ursache für die Unruhen, bei denen in einer der Vorstädte von Amiens 16 Polizisten verletzt wurden, klar: Die CRS war gewaltsam in ein Vereinsheim eingedrungen, in dem der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten seinen Geburtstag feierte. Es war jedoch nicht auszumachen, ob lediglich die Hilfssoldaten und deren Kinder an den folgenden Unruhen beteiligt waren³⁸⁶. Diese Unklarheit in der Berichterstattung zeigt, wie schwierig es wurde, die zweite Generation der maghrebinischen Migranten von den Kindern der Hilfssoldaten

³⁸³ Vgl. u. a. Dietmar LOCH, Jugend, gesellschaftliche Ausgrenzung und Ethnizität in der Banlieue, in: Frankreich Jahrbuch 1993, Opladen 1993, S. 99–116.

³⁸⁴ Adil JAZOULI, Les années banlieues, Paris 1988.

³⁸⁵ Vgl. hierzu Kap. 3.3.

³⁸⁶ Charles GILBERT, Amiens: tout allait si bien, in: L'Express, 24.11.1994.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zu unterscheiden. Die Frage, auf welcher Seite ihre Väter während des Algerienkriegs gekämpft hatten, rückte in den Hintergrund. Die zweite Generation definierte sich über die sozialen Probleme und die Erfahrungen der Ausgrenzung und nicht mehr über die Entscheidung ihrer Väter während des Krieges. Aufgrund des *délit de gueule* stellte für die *beurs* Assimilation keine Möglichkeit dar, da sie erklärten, rein äußerlich als Gruppe erkennbar zu sein. Nicht nur äußerlich waren hingegen keine Unterschiede zwischen den Kindern ehemaliger Arbeitsmigranten und den Kindern muslimischer Repatriierter zu erkennen, weshalb die Grenzen zwischen diesen Gruppen immer mehr verschwammen und sich Vertreter beider Gruppen gemeinsam politisch betätigten und gemeinsam für ihr Recht auf Differenz eintraten.

3.5 Die französische Linke und der Kampf gegen Rassismus

Die kolonialkritische Linke schwieg nicht nur zu den Racheakten an den ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien, sie thematisierte auch deren Ankunft in Frankreich nur in geringem Maße. Die Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich schaffte es erstmals im Mai 1962 in die kolonialkritische Presse und zwar im Zusammenhang mit der Order des Staatssekretärs für algerische Angelegenheiten, Louis Joxe, und Oberst Georges Buis, die Hilfssoldaten, die nicht auf offiziellem Wege nach Frankreich gekommen waren, nach Algerien zurückzuschicken³⁸⁷. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Berichte über die einsetzenden Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien noch nicht die breite Öffentlichkeit in Frankreich erreicht. Die Problematik der Hilfssoldaten wurde somit erstmals in großen Tageszeitungen erwähnt, da geheime Dokumente, die die besagte Order beinhalteten, auf nicht nachvollziehbarem Wege durch Verteidiger der *Algérie française* an die Öffentlichkeit gelangt waren. Vertreter der kolonialkritischen Linken widmeten sich so erstmals der Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich, weil sie durch Aktivitäten der *Algérie-française*-Aktivisten darauf aufmerksam wurden. Da sie somit die Ankunft der Hilfssoldaten mit der von der OAS ausgehenden Gefahr in Verbindung brachten zeigte man in »Le Monde« Verständnis für die von Joxe getroffene Entscheidung. Die beiden veröffentlichten Dokumente seien aus dem Kontext gerissen worden. Joxe wolle lediglich die Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten kontrollieren um sicherzustellen, dass sie in Frankreich unter »des conditions de vie décentes«

387 Vgl. hierzu [Kap. 2.2.](#)

untergebracht werden könnten und sie sich außerdem nicht »à des fins politiques« instrumentalisieren ließen³⁸⁸.

Mit der Veröffentlichung der Dokumente begannen Tageszeitungen, die sich während der Algerienkriegs durch ihre kolonialkritische Berichterstattung hervorgetan hatten, sich genauer mit der Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich zu beschäftigen. Wie die Berichterstattung der »Libération« zeigte, ging es dabei hauptsächlich darum, vor der von den Hilfssoldaten ausgehenden Gefahr zu warnen. Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, gehöre zu der »[v]aste opération [...] pour transporter d'Algérie en France les plus virulentes de la peste OAS«, war in der Zeitung zu lesen³⁸⁹. Da die OAS in Algerien an Rückhalt verliere und sich langsam bewusst werde, dass die Unabhängigkeit Algeriens nicht zu verhindern sei, verlagere die Organisation nun ihr Handlungsfeld nach Frankreich. Man versuche den »terrorisme fasciste« nach Frankreich zu importieren. Die OAS mische Attentäter unter die Repatriierten, habe den repatriierten Beamtenapparat unterwandert und bediene sich nun noch der »harkis«. Die SAS-Offiziere täuschten dieser Berichterstattung folgend eine Bedrohung der Hilfssoldaten durch den FLN vor und führten damit die in Algerien begonnene Arbeit als »sergents recruteurs de la subversion« fort³⁹⁰. Man traute den Angaben der Militärs nicht, die vor den zunehmenden Racheakten warnten, sondern sah die Hilfssoldaten als Waffe der OAS an, die diese von Algerien nach Frankreich bringen wollte.

In »Libération« zeigte man auf, dass hauptsächlich Aktivisten der *Algérie française* die ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich aufnahmen, etwa Oberst Adolphe Lallemand und General Robert Delmotte, die beide der OAS nahestanden. Sie seien nur zwei Fälle unter vielen. Aber es sage doch einiges aus, dass die Hilfssoldaten ausgerechnet auf den Besitzungen »d'activistes notoires« Zuflucht fänden. In den Händen dieser Aktivisten könnten sie gegebenenfalls »des hommes ›d'élite« für die Kommandos der OAS darstellen³⁹¹. Indem die Journalisten der »Libération« die Hilfssoldaten mit dem Terror der OAS in Verbindung brachten, sahen sie diese weiterhin als Täter und als Bedrohung für die französische Demokratie an und sprachen ihnen mit dieser Begründung das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten. Wie noch während des Krieges sahen sie die Hilfssoldaten als Söldner an, die diese Funktion auch in Frankreich erfüllen würden.

³⁸⁸ Le gouvernement s'efforce d'empêcher que l'installation de harkis en France ne soit exploitée à des fins politiques, in: *Le Monde*, 24.5.1962.

³⁸⁹ Des recrues pour l'OAS, in: *Libération*, 24.5.1962.

³⁹⁰ *Ibid.*

³⁹¹ Des réserves pour l'OAS dans la Vienne?, in: *Libération*, 26.5.1962.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Als im Sommer 1962 vermehrt Hilfssoldaten nach Frankreich kamen und die Regierung zunächst das Lager von Larzac, dann jenes von Bourg-Lastic als Übergangsunterkünfte eröffnete, fand dies in der kolonialkritischen Presse nur wenig Beachtung. Weder in »Libération« noch in »L'Humanité« sind Artikel zu den Lagern zu finden. Lediglich Journalisten von »Le Monde« widmeten sich der Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich und der Frage, wie deren Integration ablaufen solle. Michel Legris berichtete im Juli ausführlich über das Lager von Larzac und stellte die Frage nach der Integration der Bewohner dieses Übergangslagers. Legris beschrieb, wie sich der kleine Ort Calvaire, gebaut, wie er betonte, auf den Ruinen einer Burg des Templerordens, durch die Ankunft der muslimischen Hilfssoldaten wandelte:

Au pied des vestiges des remparts édifiés par les moines-chevaliers, ils circulent dans les rues, par petits groupes étrangement bigarrés. Les hommes portent tantôt des djellabas et des burnous, tantôt l'uniforme, tantôt des treillis, tantôt des vestons civils – et les femmes ont posé sur leur tête une serviette éponge qui leur tient lieu de voile³⁹².

Der Wandel, der mit der Ankunft der Hilfssoldaten und deren Familien eingetreten war, gehe so weit, dass man Schwierigkeiten habe, den Ort auf einer Karte zu platzieren. In nur wenigen Wochen habe der Ort »des airs de douar« angenommen³⁹³. Legris betonte in seiner Berichterstattung die kulturellen Differenzen zwischen der französischen Mehrheitsgesellschaft und den ankommenden muslimischen Hilfssoldaten. Mit dem Verweis auf die Vergangenheit des Ortes, von dem einst Tempelritter zu den Kreuzzügen aufgebrochen waren, unterstrich er dabei implizit den Antagonismus zwischen dem christlich-westlichen und der muslimischen Zivilisation, was zeigt, dass er die Integration dieser »musulmans« in die französische Gemeinschaft als Herausforderung ansah. Legris sprach dabei explizit von »musulmans«, was implizierte, dass er die ankommenden Hilfssoldaten und deren Familien nicht als französische Staatsbürger ansah. Dies ist in erster Linie damit zu begründen, dass er das französische Algerien als ein koloniales System bezeichnete und die Integrationspolitik de Gaulles lediglich als Versuch, die *Algérie française* zu verteidigen. Die Ankunft muslimischer Hilfssoldaten in Frankreich wertete er als Ergebnis dieser Politik. Man bringe nun mit den ehemaligen Hilfssoldaten, denen man gesagt habe, dass Algerien Frankreich sei, ein Stück Algerien nach Frankreich³⁹⁴.

³⁹² Michel LEGRIS, Harkis et moghaznis au Larzac. Un refuge chez les Templiers..., in: Le Monde, 10.7.1962.

³⁹³ Ibid.

³⁹⁴ Ibid.

Obgleich er der bisherigen Algerienpolitik kritisch gegenüberstand, übernahm Legris zur Beantwortung der Frage, wie die Integration dieser »musulmans« ablaufen solle, das Konzept, das die französische Regierung und das Militär zu dieser Zeit anboten. Ausdrücklich lobte er die Arbeit der Offiziere vor Ort. Die »harkis« würden »par tradition« eine gewisse militärische Disziplin respektieren. Wenngleich sie seit ihrer Demobilisierung nicht mehr dazu verpflichtet seien, würden »ces nouveaux civils, [...] d'instinct, ou par habitude« weiterhin dem Offizier gehorchen, der sie im Kampf kommandiert und sie oftmals auch nach Frankreich begleitet hatte. Legris ging davon aus, dass die »musulmans«, die vorerst in ihren kulturellen Strukturen verhaftet blieben, durch Bildung und durch Arbeit, aber insbesondere indem sie ihr Leben gemäß einer militärischen Disziplin regelten, an das Leben in Frankreich gewöhnt werden könnten und die kulturellen Differenzen dadurch abnehmen würden³⁹⁵. Er verdeutlichte mit dieser Argumentation, dass er eine Überbrückung der kulturellen Differenzen als wünschenswert ansah und er wie auch die Regierung und die ehemaligen SAS-Offiziere diese Differenzen als so groß ansah, dass die ehemaligen Hilfssoldaten sie nicht ohne Hilfe überwinden konnten. Sein Diskurs unterschied sich jedoch insofern von dem der Regierung und der ehemaligen SAS-Offiziere, als er zwar die kulturellen Unterschiede betonte, jedoch nicht automatisch eine Hierarchisierung der Kulturen vornahm.

Aus Legris' Artikel sprach eine Skepsis gegenüber der Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich. Andere Akteure der kolonialkritischen Linken lehnten sie sogar offen ab. Kommunistische Kräfte versuchten teils aktiveren Ansiedlung auf französischem Boden zu verhindern. Als im Herbst 1962 das Lager in Rivesaltes für Hilfssoldaten geöffnet werden sollte, startete die kommunistische Partei vor Ort eine Kampagne gegen diesen Plan. Im regionalen Organ der Partei »Le Travailleur catalan« veröffentlichte sie zwischen September und November 1962 regelmäßig Artikel, in denen sie die Hilfssoldaten als »mercenaires«, als »hommes à tout faire« und als »racailles« bezeichnete³⁹⁶. Ihren Widerstand gegen die Ansiedlung der Hilfssoldaten begründete die Partei in diesem Fall klar mit deren Rolle während des Algerienkriegs. Man sah die Hilfssoldaten als Söldner an, die gegen den FLN, den man seit Anfang des Jahres offen unterstützte, gekämpft hatten. Es blieb die Sorge bestehen, die OAS könne sich nun dieser »Söldner« für ihren Kampf bedienen. Im Departement Cher, wo die kommunistische Partei mehrere Gemeinden regierte, wehrten sich die Behörden gegen die Ansiedlung ehemaliger Hilfssoldaten. Als die dem Poujadismus nahestehenden Brüder Jolivet Anfang 1963 in diesem Department ein Grundstück von 650 Hektar Größe kauften, um dort ehemalige Hilfs-

³⁹⁵ Ibid.

³⁹⁶ Zitiert nach: MOUMEN, De l'absence, S. 107f.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

soldaten unterzubringen und dabei die Einwände der Behörden ignorierten, sah man sich in der kommunistischen Partei in diesem Verdacht bestätigt. Aus diesem Grund hielten die dortigen kommunistischen Verantwortlichen dem Druck der Regierung in Paris stand und weigerten sich beharrlich, der Ansiedlung von Hilfssoldaten auf ihrem Territorium zuzustimmen³⁹⁷.

Auch kommunistische Gewerkschaften agitierten in den Fabriken gegen die Aufnahme von Hilfssoldaten. Die CGT-Mitglieder im Traitement industriel des résidus urbains (TIRU), einer Tochtergesellschaft der Électricité de France, verteilten in einer Fabrik in Romainville Flugblätter mit dem Titel »Quand les mouchards sont à l'honneur!«, um die Entlassung eines muslimischen Arbeiters zu fordern, den sie verdächtigten, als Hilfssoldat oder zumindest als Informant der französischen Armee gedient zu haben³⁹⁸. Es existierte kein Beweis für diesen Verdacht. Der betroffene Arbeiter hatte bereits vor dem Krieg in dieser Fabrik gearbeitet, war jedoch während des Krieges verschwunden und erst nach der Unabhängigkeit Algeriens wieder aufgetaucht. Aus seinem Verschwinden sowie aus der Information, dass sein Bruder Offizier einer *harka* gewesen war, der, wie es in dem Flugblatt hieß, »contre l'indépendance de son propre pays« gekämpft und »ses propres compatriotes« Folterungen ausgesetzt habe, leiteten die Verantwortlichen der CGT vor Ort den Verdacht ab, es könne sich um einen Hilfssoldaten handeln. Sie forderten, der besagte Arbeiter solle sich »auprès de la justice de son propre pays« rechtfertigen³⁹⁹. Mit der Forderung, ihn der algerischen Justiz auszuliefern, zeigte diese Sektion der CGT, dass sie den Hilfssoldaten das Recht absprach, sich in Frankreich aufzuhalten. Sie sahen sie als Algerier an, die während des Krieges als »serviteur[s] du régime qui voulait continuer l'exploitation du peuple algérien, en faisant couler le sang de celui-ci« gedient hätten⁴⁰⁰. Da sie dieser Rhetorik folgend das französische Kolonialregime dabei unterstützt hatten, das algerische Volk zu unterdrücken, forderte die CGT in diesem Fall, sie der algerischen Justiz auszuliefern. Die besagte Sektion der CGT nutzte den Vorfall zu einer allgemeinen Stellungnahme: »Les travailleurs de la TIRU n'ont aucune sympathie pour les harkis, traîtres à leur patrie«⁴⁰¹. Mit diesen Worten verdeutlichte sie, dass sie die Hilfssoldaten der Rhetorik des FLN folgend als Mitglieder der algerischen Nation

³⁹⁷ Le préfet du Cher à monsieur le ministre des Rapatriés, 10.7.1963, AN: vers. 19920149/3.

³⁹⁸ Télégrammes diplomatiques, de Bresson. Diffusion par la CGT d'un tract s'élevant contre l'embauche d'un ouvrier musulman algérien dans une usine de l'EDF, 24.11.1962, AN: 5AG1/1813.

³⁹⁹ Ibid.

⁴⁰⁰ Ibid.

⁴⁰¹ Ibid.

ansahen, die diese verraten hätten, weshalb es der algerischen Regierung zustehe, sie zu bestrafen.

Während man den Hilfssoldaten das Recht absprach, sich in Frankreich aufzuhalten, zeigte man sich innerhalb der CGT offen gegenüber den algerischen Arbeitsmigranten. Die CGT nahm für sich in Anspruch, auch die algerischen Arbeiter in Frankreich zu vertreten⁴⁰². Ihre Ablehnung der ehemaligen Hilfssoldaten war politisch und nicht ethnisch-religiös begründet. Als sich die Kommunalbehörden der Gemeinde Conflans Anfang 1963 beharrlich weigerten, Hilfssoldaten in ihrer Gemeinde aufzunehmen, gingen Reporter der Zeitschrift »L'Express« den Ursachen nach. Bewusst versuchten sie auch Stimmen von Vertretern der politischen Linken einzufangen, die der Politik des Bürgermeisters traditionell ablehnend gegenüberstanden. Ein seiner Selbstzuschreibung zufolge kolonialkritischer Bürger begründete die Ablehnung der kolonialkritischen Linken folgendermaßen: »Nous, on les vomit parce que ce sont des harkis, les autres parce que ce sont des Arabes«⁴⁰³. Diese Dichotomie wird jedoch der Komplexität und der Vielfältigkeit der innerhalb des linken Spektrums vertretenen Ansichten nicht gerecht, was die Aussage eines weiteren Bewohners der Gemeinde Conflans verdeutlichte. Ein aktives, sich selbst als radikal links stehend bezeichnendes Mitglied der CGT begründete seinen Widerstand gegen die Niederlassung der Hilfssoldaten in Conflans anders. Mit den Worten »Ils ont opté pour la nationalité française? Et après? Ils [ne] sont pas comme nous, je vous dis. C'est tous des bons à rien!« grenzte er sie auf der Grundlage einer rassistischen Argumentationsweise aus der französischen Nation aus⁴⁰⁴. Diese nicht nur undifferenzierte, sondern in erster Linie polemische Aussage spitzte zu, was auch in der Berichterstattung von »Le Monde« implizit deutlich wurde: Mitglieder der politischen Linken standen den ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur aufgrund ihrer Rolle während des Algerienkriegs ablehnend gegenüber, sondern auch, da sie ihnen eine unüberbrückbare kulturelle Andersartigkeit zuschrieben und sie deshalb als nur schwer integrierbar wahrnahmen.

Unter den linken Gewerkschaften bemühte sich die CFTC, den Hilfssoldaten gegenüber eine offene Haltung einzunehmen und ihnen das Ankommen in Frankreich zu erleichtern. Obwohl der Umgang der Gewerkschaft mit der Frage der Massaker gezeigt hatte, dass sie die Ansicht der CGT teilte und in diesem Sinne die Hilfssoldaten als Teil der algerischen Nation ansah, stellte sie sich nicht der Aufnahme von Hilfssoldaten in den Weg, deren Leben in Algerien in

⁴⁰² Zur Position der CGT zu den Arbeitsmigranten Yves LEQUIN, *L'usine et l'école*, in: DERS. (Hg.), *Histoire des étrangers et de l'immigration en France*, Paris 2006, S. 430–449, hier S. 438f.

⁴⁰³ Michel VLANEY, *Les harkis de Conflans*, in: *L'Express*, 7.3.1963.

⁴⁰⁴ *Ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gefahr war⁴⁰⁵. Die CFTC beteiligte sich Ende des Jahres 1962 an einer aus verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammengesetzten Arbeitsgruppe, die sich mit dem Problem der Integration ehemaliger Hilfssoldaten beschäftigte. Diese Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass die Unterstützung der Gewerkschaften nötig sei, um den Hilfssoldaten möglichst schnell in Frankreich Arbeit zu verschaffen, was ein erster Schritt zur Integration sei. Die Gewerkschaften wurden mit der Aufgabe betraut, in den Betrieben ein Bewusstsein für die Probleme der Hilfssoldaten zu schaffen, und zwar »en dehors de toute prise de position politique«⁴⁰⁶. Die Arbeitsgruppe hoffte dabei ausdrücklich auf die Unterstützung der CFTC, während die CGT in diesem Kontext keine Erwähnung fand⁴⁰⁷.

Die Erklärung der CFTC, die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten zu unterstützen, drohte allerdings mit der Solidarität zu kollidieren, zu der sich die Gewerkschaft gegenüber der algerischen Regierung und deren Vertretungen auf französischem Boden verpflichtet sah. Die CFTC sah sich wie die CGT als Vertretung der algerischen Arbeiter an. Sie ging in dieser Unterstützung weiter als die CGT und hatte spezielle Programme für algerische Arbeiter entwickelt⁴⁰⁸. Um für die sozialen Belange der algerischen Arbeiter zu sorgen, kooperierte die Gewerkschaft auch mit der AA. Durch diese Kooperation unterstützte die CFTC indirekt die Bestrebungen der AA, die Aufnahme ehemaliger Hilfssoldaten in von algerischen Arbeitern dominierten Betrieben und Wohnsiedlungen zu verhindern. Die CFTC mietete Arbeiterwohnheime für algerische Migranten an, die sie der AA zur Verwaltung überließ. In Saint-Étienne wurde durch eine solche Konstellation der Bau von Unterkünften für ehemalige Hilfssoldaten verhindert. Das für die Unterkünfte vorgesehene Gelände befand sich in unmittelbarer Nähe eines solchen von der AA verwalteten Arbeiterwohnheims. Da die Behörden Konflikte zwischen Hilfssoldaten und politisierten algerischen Arbeitern befürchteten, wurden die Unterkünfte nicht gebaut⁴⁰⁹.

Die innerhalb des linken Gewerkschaftsmilieus bereits Anfang der 1960er Jahre erkennbare Solidarisierung der französischen Linken mit den algerischen Arbeitsmigranten intensivierte sich infolge der Proteste vom Mai 1968, an denen sich auch zahlreiche Arbeitsmigranten beteiligt hatten. Dem britischen Historiker Daniel Gordon folgend markierte der Mai 1968 den Beginn einer

⁴⁰⁵ Vgl. zur Position der Gewerkschaft in der Frage der Massaker [Kap. 2.6](#).

⁴⁰⁶ Les groupes rencontres. Réunion du jeudi, 20 décembre 1962, problème des harkis, Archives de la CFDT: 7 H 649.

⁴⁰⁷ Ibid.

⁴⁰⁸ LEQUIN, L'usine et l'école, S. 440.

⁴⁰⁹ Le préfet de la Loire à monsieur le ministre des Rapatriés, 25.10.1963, AN: vers. 19920149/2.

Politisierung der Immigrationsfrage und die Entstehung einer antirassistischen Bewegung innerhalb der französischen Linken. Die soziale und rechtliche Situation der Arbeitsmigranten sowie der Antirassismus wurde für sie ein wichtiges Betätigungsfeld⁴¹⁰. Gleichzeitig verstärkte der Mai 1968 die Konflikte zwischen der Linken und den muslimischen Repatriierten. Während sich die algerische Arbeiterschaft zahlreich an den Streiks und Protesten beteiligte, fielen muslimische Repatriierte als Streikbrecher auf. Der demobilisierte Soldat Abdelfettah Khiari, der sich in den 1970er Jahren als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten etablieren sollte, war Mitglied der Arbeiterorganisation *Liberté et travail*, die sowohl der CGT als auch der CFDT feindlich gegenüberstand⁴¹¹. Diese Organisation sprach sich im Mai 1968 explizit gegen eine Teilnahme an den Streiks aus. Khiari konnte sich Anfang der 1970er Jahre als Personalchef in einer Fabrik etablieren. Bewusst stellte er beinahe ausschließlich ehemalige Hilfssoldaten ein, die sich wie er als Streikbrecher hervorgetan hatten, was zeigt, dass er in dieser Hinsicht kein Einzelfall war⁴¹².

Der Mai 1968 hatte auf diese Weise in Frankreich die politisch begründete Ablehnung der Hilfssoldaten durch die französischen Linken und gleichzeitig deren Solidarität mit den mahgrebinischen Arbeitsmigranten verstärkt. Einzelne Vertreter dieser neuen antirassistischen Linken hielten jedoch nicht an der politisch begründeten Ablehnung fest, sondern näherten sich den ehemaligen Hilfssoldaten an. Als im Jahre 1973, in dem in Frankreich rassistische Ausschreitungen einen ersten Höhepunkt erreichten, das Werk »Ahmed. Une vie d'Algérie« erschien, verortete das zuständige Verlagshaus Éditions du Seuil dieses Werk im Kontext des antirassistischen Betätigungsfelds⁴¹³. Das Werk war so angelegt, dass die Gedanken eines algerischen Arbeitsmigranten, die ein Journalist 1972 und 1973 im Laufe mehrerer Treffen mit diesem Algerier aufgezeichnet hatte, größtenteils unverändert wiedergegeben wurden. Damit setzten die Herausgeber auf den seit 1968 immer bedeutsamer werdenden Ansatz der Subjektivierung, der darauf abzielte, Migranten selbst zu Wort kommen zu lassen⁴¹⁴. Damit sollte exemplarisch die soziale Situation der maghrebinischen Arbeiter in Frankreich dargestellt werden. Dass der im Buch zu Wort kommende Ahmed zwar algerischer Staatsbürger war, jedoch während des Unab-

⁴¹⁰ Vgl. hierzu GORDON, *Immigrants & Intellectuals*.

⁴¹¹ Die CFDT entstand 1964, als sich die Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsbunds CFTC mehrheitlich für eine Säkularisierung und die Umbenennung in CFDT entschieden, vgl. Guy GROUX, René MOURIAUX, *La CFDT*, Paris 1989, S. 1–52.

⁴¹² Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note de renseignements, scission du FNRFICI, ohne Datum, AN: vers. 20090157/212.

⁴¹³ Ahmed. *Une vie d'Algérie*.

⁴¹⁴ GORDON, *Immigrants & Intellectuals*, S. 164.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

hängigkeitskampfes als Hilfssoldat in der französischen Armee gedient hatte, war weder für den Interviewer noch für die Herausgeber von Bedeutung, denn ihnen ging es um die soziale Situation der algerischen Arbeiterschaft. Der Situation des ehemaligen Hilfssoldaten sprachen sie hierfür einen repräsentativen Charakter zu.

Für die algerische Gemeinschaft in Frankreich war die Tatsache, dass Ahmed als Hilfssoldat in der französischen Armee gekämpft hatte, jedoch sehr wichtig, und sie distanzierte sich deutlich von den Inhalten des Werkes. Die AA warf nicht nur dem interviewten Ahmed, sondern auch den Éditions du Seuil Revanchismus vor. Man wolle das Ansehen des algerischen Staates beschädigen und gleichzeitig den Rassismus gegenüber Nordafrikanern in Frankreich befeuern⁴¹⁵. Claude Durand, einer der Lektoren, antwortete im Namen des Verlags auf die von der AA erhobenen Vorwürfe. Er betonte die Solidarität seines Hauses mit den algerischen Arbeitern, zeigte jedoch zugleich Unverständnis für den Angriff der AA, hatte der Verlag doch stets die algerische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt⁴¹⁶. Das Haus hatte zur Zeit des Algerienkriegs Autoren unter Vertrag genommen, die sich offen als Sympathisanten der algerischen Unabhängigkeit hervorgetan hatten, und so seinen Beitrag zum Unabhängigkeitskampf des FLN geleistet⁴¹⁷. Zudem führte Durand die jüngste Veröffentlichung an, »Travailleurs étrangers en France« von Juliette Mincès; das beweise, wie sich der Verlag in seiner Arbeit bemühe, ein besseres Verständnis für die Situation der Arbeitsmigranten in Frankreich zu fördern⁴¹⁸.

Durand zeigte sich jedoch nicht nur erschrocken über die Kritik am eigenen Verlagshaus, sondern auch darüber, mit welcher Deutlichkeit die AA Ahmed verurteilte und ihm das Recht absprach, seine Positionen darzustellen. Die Rhetorik der AA nahm Durand zum Anlass, sich von deren Haltung gegenüber den muslimischen Repatriierten zu distanzieren. Es sei nach »tant de luttés et de sacrifices passés et actuels en faveur de la libération sous toutes ses formes« schmerzhaft zu sehen, wie einem »homme égaré« das Recht abgesprochen werde, sich zu äußern⁴¹⁹. In diesen Worten äußerte sich zum einen

415 Vgl. Kap. 3.4.

416 Il n'y a qu'une vérité. La lettre de M. Durand, in: L'Algérie en Europe 186 (1974), S. 18.

417 Vgl. zu der Rolle des Verlagshauses Seuil zur Zeit des Algerienkriegs Anne SIMONIN, Les éditions de Minuit et les éditions du Seuil. Deux stratégies éditoriales face à la guerre d'Algérie, in: Jean-Pierre RIOUX, Jean-François SIRINELLI (Hg.), La guerre d'Algérie et les intellectuels Français, Paris 1991, S. 219–247.

418 Il n'y a qu'une vérité. La lettre de M. Durand, in: L'Algérie en Europe 186 (1974), S. 18.

419 Ibid.

Durands Enttäuschung über den politischen Weg, den der FLN in Algerien eingeschlagen hatte. Zum anderen verdeutlichten sie, dass ihm die politisch begründete Verurteilung der ehemaligen Hilfssoldaten fern lag. Er hielt nicht an der auch von der antikolonialistischen Linken geprägten Rhetorik fest, die Hilfssoldaten seien Verräter, sondern bezeichnete Ahmed als »homme égaré«⁴²⁰. Er forderte so, den ehemaligen Hilfssoldaten, die fehlgeleitet worden waren, zu vergeben. Mit dieser Argumentation blieb Durand in der Linie des Verlagshauses. Der auf einen christlichen Ursprung zurückgehende Verlag begründete seine antikoloniale wie antirassistische Haltung stets in erster Linie mit einem humanitären Gedanken. Soziale Fragen wurden über politische Fragen gestellt⁴²¹. In diesem Sinne setzte man sich trotz politischer Differenzen auch für die Hilfssoldaten in Frankreich ein, wenn diese die sozialen Probleme der algerischen Arbeitsmigranten teilten.

Durand äußerte sich nicht zu den inhaltlichen Vorwürfen der AA. Laut dem Vorwort des Buches sollte es als Plädoyer für eine gegenseitige Annäherung zwischen der Mehrheitsgesellschaft in Frankreich und den als »sous-population« bezeichneten nordafrikanischen Arbeitsmigranten gelesen werden. Noch immer herrsche in Frankreich eine »ignorance absolue [...] des caractéristiques profondes des immigrés« vor, die es zu bekämpfen gelte⁴²². Der Interviewer, der namentlich nicht genannt wurde, betonte in dem Vorwort, wie wichtig es sei, den um sich greifenden, vor allem gegen Algerier gerichteten Rassismus in Frankreich zu bekämpfen⁴²³. Er reflektierte die Zeit, die er mit Ahmed verbracht hatte, und leitete aus seinen Beobachtungen verallgemeinerte Aussagen über die Denk- und Handlungsweisen der maghrebinischen Arbeitsmigranten ab. Als einen dieser Wesenszüge machte er deren mangelnde Reflexionsfähigkeit und von Instinkten geleiteten Verhaltensmuster aus: »L'adulte que nous croisons n'a guère eu l'occasion d'exercer sa réflexion toutes les fois qu'il s'est agi pour lui d'infléchir ou de contrecarrer son comportement instinctif, d'autant que l'islam, comme nous le verrons, n'incite guère à l'initiative, à la responsabilité«⁴²⁴.

Die mangelnde Reflexionsfähigkeit begründete er mit dem Islam, der die Menschen nicht zur Eigeninitiative motiviere. Denken gelte im Islam gar als »une pratique téméraire«⁴²⁵. Aus den Reflexionen Ahmeds schlussfolgerte der

420 Ibid.

421 SIMONIN, Les éditions de Minuit.

422 Ahmed. Une vie d'Algérie, S. 5.

423 Ibid., S. 5f.

424 Ibid., S. 7.

425 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Interviewer, eine »intégration heureuse dans la vie européenne« sei aufgrund dieses »atavisme religieux« der Muslime nicht möglich. Die Gedanken Ahmeds würden zeigen, wie weit das Denken der Muslime von der aufgeklärten westlichen Denkweise entfernt sei⁴²⁶. Der Verfasser des Vorworts sprach sich mit dieser Argumentation deutlich gegen die Assimilation von Muslimen aus, was er mit einer zu großen, im Islam wurzelnden kulturellen Differenz begründete. Dabei griff er auf einen Diskurs zurück, den die Verteidiger der *Algérie française* prägten, und sprach explizit von einer durch ihre Religion begründeten Rückständigkeit der Muslime.

Der Interviewer war sich der Überschneidungen seiner Argumentation mit dem Diskurs der extremen Rechten bewusst und räumte im Nachwort ein, die Angriffe auf die »mentalité moyenne de l'Arabe« könnten den Leser eventuell irritieren. Er verwies jedoch darauf, dass diese Äußerungen von Ahmed selbst stammten und somit von einem Algerier, der sich trotz seines Engagements als Hilfssoldat bewusst für die algerische Staatsbürgerschaft entschieden habe. Anderenfalls wäre der Vorwurf, einige seiner Äußerungen seien »irraisonnées, voire revanchardes«, gerechtfertigt⁴²⁷. Da sich Ahmed jedoch selbst nicht nur als gläubiger Muslim, sondern auch als Algerier verstehe, gewähre der Diskurs Ahmeds einen Einblick in die unüberwindbaren Konflikte, mit denen er aufgrund seiner »convictions – ou de superstitions – musulmanes« konfrontiert sei⁴²⁸. Mit dem Verweis auf den Ansatz des Subjektivismus wehrte sich der Verfasser schon vorab gegen den möglichen Vorwurf des Revanchismus. Das Vorwort endete mit der allgemeinen Aussage, die Bevölkerungen der muslimisch geprägten Staaten müssten ihre neu gewonnene Unabhängigkeit nutzen, um gegen einen »obscurantisme moral«, eine »gabégie sexuelle«, »l'immobilisme familial« und einen »sectarisme enfanté par une tradition coranique« aufzubrechen und sich tatsächlich emanzipieren zu können. Eine Religion, die zu entschlossenem Handeln und zur Eigenverantwortung anrege, begünstige auch die politische Emanzipation⁴²⁹.

Das Vor- und das Nachwort des Werks deckten auf, in welchem Maße das bei den Éditions du Seuil vertretene soziale Engagement für die algerischen Arbeitsmigranten von einem paternalistischen Wohltätigkeitsgedanken geprägt war, der der nach eigenen Angaben verfolgten Idee widersprach, den algerischen Arbeitsmigranten als gleichberechtigten Subjekten zu begegnen. Man plädierte für die Anerkennung der Differenzen der muslimischen Bevölkerung,

⁴²⁶ Ibid., S. 183.

⁴²⁷ Ibid., S. 184.

⁴²⁸ Ibid., S. 185.

⁴²⁹ Ibid.

da man sie aufgrund einer als rückständig angesehenen Religion als nicht assimilierbar ansah. Indem die Herausgeber mit Ahmed einen ehemaligen Hilfssoldaten ausgewählt hatten, der algerischer Staatsbürger war, verdeutlichten sie, dass man die Hilfssoldaten als Arbeitsmigranten und nicht als Bürger der Französischen Republik ansah. Er war in den Augen der Verleger ein Algerier, der sich wie alle anderen Arbeitsmigranten aus ökonomischen Gründen in Frankreich aufhielt. Trotz aller Solidaritätsbekundungen zeigte der Verlag, dass man auch in der antirassistischen Linken nicht frei von ethnisch-religiös begründeten Denkmustern war. Indem man den Muslimen einen aus ihrer Religion resultierenden Mangel an Reflexionsfähigkeit zuschrieb, begegnete man ihnen nicht auf Augenhöhe, sondern setzte sich mit dem gleichen paternalistischen Blick, der bereits in der Kolonialzeit die Ideologien der SAS-Offiziere durchdrungen hatte, für die sozialen Belange der Muslime ein.

Die Erklärung Durands, sein Verlagshaus setze sich für die sozialen Belange der ehemaligen Hilfssoldaten in gleichem Maße ein wie für die der algerischen Arbeitsmigranten, ist nicht für die gesamte Linke repräsentativ. Von 1973 an führten verschiedene muslimische Repatriierte Hungerstreiks durch, um auf ihre prekäre soziale Stellung in Frankreich hinzuweisen. Die muslimischen Repatriierten wählten mit dem Hungerstreik bewusst eine Handlungsstrategie, derer sich zuvor verschiedene Arbeitsmigranten bedient hatten. Während die Arbeitsmigranten bei ihren seit 1972 durchgeführten Hungerstreiks, mit denen diese gegen Abschiebungen sowie für eine Verbesserung ihrer sozialen Situation in Frankreich demonstrierten, auf eine breite Unterstützung linker Intellektueller bauen konnten, reagierte in der französischen Linken kaum jemand auf die Aktionen der muslimischen Repatriierten⁴³⁰. Lediglich ein Vertreter der parlamentarischen Linken tat sich als Unterstützer dieser Hungerstreikenden hervor. Als im Herbst 1974 in der Église de la Madeleine in Paris muslimische Repatriierte einen Hungerstreik durchführten, zollte ihnen eine vom Repräsentanten des Wahlkreises Hérault in der Nationalversammlung, Georges Frêche, angeführte Delegation des PS ihren Respekt⁴³¹. Frêche nahm jedoch innerhalb der parlamentarischen Linken eine klare Sonderrolle ein. Als junger Jurastudent war er zur Zeit des Algerienkriegs als Kolonialkritiker aufgetreten und hatte sich an der Seite der Marxisten-Leninisten engagiert⁴³². Mit seiner Kandidatur für die Nationalversammlung 1973 im Hérault, einem Wahlkreis, in dem europäische Repatriierte ein wichtiges Wählerpotential darstellten, öffnete sich Frêche jedoch in Richtung der ehemaligen Aktivi-

⁴³⁰ Vgl. zu den Hungerstreiks von Migranten und der Kooperation mit linken Intellektuellen GORDON, *Immigrants & Intellectuals*, S. 126f.

⁴³¹ *La situation dramatique des harkis*, in: *France-Horizon* 161 (1974), S. 15.

⁴³² François DELACROIX, Georges Frêche, *la sagesse de la démesure*, Céret 2007, S. 48f.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sten der *Algérie française*. Er gewann den Sitz in der Nationalversammlung im zweiten Wahlgang dank der Unterstützung des Kandidaten des FN, André Troise, einem ehemaligen Mitglied der OAS⁴³³. Aus wahltaktischen Gründen hatte Frêche die Nähe zu den einstigen Aktivisten der *Algérie française* gesucht, eine Taktik, die er bis zum Ende seiner langen politischen Karriere verfolgen sollte⁴³⁴. Seine Unterstützung für die Hungerstreikenden kann in diesem Kontext als wahltaktische Entscheidung gewertet werden. Er distanzierte sich mit seinem Engagement für die muslimischen Repatriierten von der kolonialkritischen Linken und näherte sich den Verteidigern der *Algérie française* an, die als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten auftraten. Zugleich hoffte er auch auf die Stimmen der muslimischen Repatriierten selbst, die ebenfalls in seinem Wahlkreis eine Wählerschaft von nicht zu verachtender Größe ausmachten.

Auch als ab Mai 1975 in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise Aufstände ausbrachen und sich damit die Debatten über die soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten verdichteten, beteiligte sich die französische Linke kaum an diesem Diskurs. Erst als sich mit der Borzani-Affäre der Charakter der Aufstände änderte, begann sich die Linke dafür zu interessieren⁴³⁵. Die tätlichen Übergriffe auf algerische Migranten sowie die Entführungen von Vertretern der algerischen Gemeinschaft rückte man, wie es auch die AA tat, in den Zusammenhang einer von den einstigen Aktivisten der *Algérie française* geführten antialgerischen Kampagne. Deutliche Worte verlor die kommunistische Partei in ihrer Wochenzeitung »L'Humanité Dimanche« zu diesen Übergriffen. Sie zeigte volles Verständnis für das Vorgehen der algerischen Behörden und nutzte zugleich die Gelegenheit, um daran zu erinnern, dass sich die Hilfssoldaten während des Algerienkriegs stets »par leur férocité dans la répression contre leurs propres compatriotes« hervorgetan hätten⁴³⁶. Mit diesen Worten signalisierte die kommunistische Partei, dass sie an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den muslimischen Repatriierten festhielt. Dennoch wurde die Ausgrenzung der ehemaligen Hilfssoldaten angesprochen, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten. Sie litten unter dem »racisme de ceux qui les avaient poussés à combattre contre leur propre pays«. Man habe sie vor dreizehn Jahren in Lager gesteckt, die sich inzwischen in »véritables ghettos« verwandelt hätten⁴³⁷.

⁴³³ Karim MAOUDJ, Georges Frêche, grandes heures et décadences, Paris 2007, S. 53f.

⁴³⁴ DELACROIX, Georges Frêche, S. 162–165.

⁴³⁵ Vgl. hierzu Kap. 3.4.

⁴³⁶ Harkis: Les raisons d'une étrange mansuétude, in: L'Humanité Dimanche, 27.8.1975.

⁴³⁷ Ibid.

Wie die AA rückte auch der PC in seiner Berichterstattung das besondere Interesse einstiger Aktivisten der OAS in den Mittelpunkt. Er warf die Frage auf, ob die aktuellen Übergriffe gegen algerische Arbeiter sowie die Anschläge gegen Räumlichkeiten der AA auf gemeinsame Aktionen von muslimischen Repatriierten und Aktivisten der *Algérie française* zurückzuführen seien. Die Übergriffe wertete er nicht als Einzeltaten, sondern als eine großangelegte Kampagne der OAS, in die man ehemalige Größen der Terrororganisation wie Jo Ortiz sowie Eugène Ibagñès verwickelt sah, der aktuell durch radikale Aktionen Aufmerksamkeit erregte. Auch hochrangige Politiker, namentlich den Innenminister Michel Poniatowski, sah der PC als Komplizen dieser Aktivisten an. Dass Laradji als Anführer der Aufständischen vom Innenminister empfangen wurde und die »enlèvements criminels de travailleurs algériens en France« zunächst keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich zogen, interpretierte man als Indiz für diesen Zusammenhang. Poniatowski versuche sich mit diesem Wahlmanöver in Richtung der extremen Rechten zu öffnen⁴³⁸. Die kommunistische Partei zeigte mit dem Schwerpunkt, den sie in ihrer Berichterstattung setzte, dass sie die ehemaligen Hilfssoldaten noch immer in erster Linie als Täter ansah, als Bedrohung der algerischen Arbeitsmigranten in Frankreich, mit denen sie sich solidarisch zeigte. Den sozialen Problemen der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Frauen und Kinder in den Lagern sowie den Ursachen der Aufstände ging sie nicht weiter auf den Grund.

Es waren jedoch auch innerhalb der Linken Stimmen zu hören, die die Unruhen zum Anlass nahmen, sich kritisch gegenüber dem Vorgehen der algerischen Regierung zu äußern, und zugleich der sozialen Situation der ehemaligen Hilfssoldaten mehr Platz einräumten. Der PSU verurteilte zwar die Übergriffe auf algerische Migranten in Frankreich deutlich als »actes de violences particulièrement inadmissibles«, zeigte jedoch auch Verständnis für den Unmut der ehemaligen Hilfssoldaten. Während die Partei vorsichtig den Umgang der algerischen Behörden mit den muslimischen Repatriierten ansprach, kritisierte sie mit deutlichen Worten die Integrationspolitik von Giscard d'Estaing und dessen Vorgängern. Die Regierung de Gaulles habe Algerier rekrutiert, um sie gegen Algerier kämpfen zu lassen und nach dem Ende des Krieges diejenigen von ihnen, die nach Frankreich gekommen waren, lediglich »au bout des lèvres« zu integrieren. Die Lager, in denen ehemalige Hilfssoldaten und deren Familien noch immer lebten, verglich die Partei mit den Reservaten der indigenen Bevölkerung Amerikas⁴³⁹. Mit diesem Vergleich hob der PSU hervor, dass die Anwesenheit der muslimischen Repatriierten aus der kolonialen Vergangenheit resultiere und diese Repatriierten für die französischen Regierungen

⁴³⁸ Ibid.

⁴³⁹ Georges MONTARON, *Imaginez qu'à Bou Saada*, in: *Tribune socialiste*, 21.8.1975.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

stets koloniale Subjekte gewesen seien, nie französische Staatsbürger. Diesen Status hätten sie lediglich auf dem Papier, weshalb sie umso mehr »au cœur les images de leur terre natale« trügen und die algerische Regierung ihnen zugehen solle, sich frei zwischen Frankreich und Algerien zu bewegen⁴⁴⁰. Der PSU sah die muslimischen Repatriierten als Opfer der Kolonialvergangenheit an und vertrat die Ansicht, es habe sie nie jemand als französische Staatsbürger behandelt. Unter anderem aus diesem Grund fühlten sie sich noch immer der algerischen Nation zugehörig, weshalb viele den Wunsch verspürten, nach Algerien zurückzukehren.

Der PSU ging in seiner Berichterstattung von einer Instrumentalisierung der Hilfssoldaten durch die Kolonialmacht aus und gab sich ihnen gegenüber versöhnlich, was allerdings nicht für alle Vertreter der kolonialkritischen Linken galt. Mehrheitlich standen die antikolonialen Gruppierungen einer Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich kritisch gegenüber. Sie befürchteten zum einen eine Instrumentalisierung durch die OAS, zum anderen sahen sie die Hilfssoldaten als Algerier an und die algerische Regierung in der Verantwortung, eine Lösung im Umgang mit den »Verrätern« und »Kollaborateuren« zu finden. Zudem wurden die muslimischen Repatriierten als Konkurrenz, spätestens mit den Zwischenfällen von 1975 auch als Gegner der algerischen Arbeitsmigranten wahrgenommen, mit denen sich große Teile der französischen Linken bereits in den 1960er Jahren, in besonderem Maße nach 1968 solidarisierten.

Die antikoloniale Linke, die sich seit 1968 vermehrt auf den Antirassismus konzentrierte, verstand sich als aufgeklärt und weltoffen und hatte den Anspruch, sich in ihrem Denken und Handeln am universalistischen Ideal zu orientieren und für eine offene Republik einzutreten. Allerdings offenbarte der Diskurs um die muslimischen Repatriierten die Grenzen dieses Selbstverständnisses. Da sie eine mit dem Islam begründete Andersartigkeit stark hervorhoben, konnten auch sich als antirassistisch verstehende Akteure in eine Rhetorik verfallen, die Züge des differentialistischen Rassismus trug, was die Veröffentlichung des Werks »Ahmed. Une vie d'Algérie« zeigte. Die Integration der als archaisch und rückständig angesehenen Muslime war nicht vorgesehen. Vielmehr waren auch für die Linke die Muslime in Frankreich Arbeitsmigranten, die nicht dauerhaft in Frankreich bleiben würden.

In den 1980er Jahren nahm jedoch auch die französische Linke wahr, in welchem Maße sich die maghrebinische Gemeinde in Frankreich gewandelt hatte und dass mit den Kindern der einstigen Arbeitsmigranten eine neue Generation herangewachsen war, die in Frankreich ihre Zukunft sah. Die soziale und rechtliche Unterstützung für die maghrebinische Gemeinde konzent-

⁴⁴⁰ Ibid.

rierte sich fortan auf die Bedürfnisse der zweiten Generation. Als sich diese Generation mit der Bewegung der *beurs* politisierte, versprachen ihnen zahlreiche Akteure der Linken ihre Unterstützung und stellten sich an ihre Seite. So unterstützten verschiedene Akteure der Linken die Kinder maghrebischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten, die sich 1983 mit der *Marche pour l'égalité* nach Paris aufmachten, um dem Staatspräsidenten ihre Forderungen vorzulegen. Besonders tat sich hierbei der Pastor Christian Delorme hervor. Delorme stammte aus dem christlichen kolonialkritischen Milieu. Er hatte sich während des Algerienkriegs auf verschiedene Art und Weise gegen diesen Krieg gestellt und den Kolonialismus kritisiert. Mit der Entwicklung der anti-rassistischen Linken engagierte sich Delorme bereits seit den 1970er Jahren in Lyon für die Rechte und die soziale Besserstellung der maghrebischen Migranten. In besonderem Maße engagierte er sich in der Jugendarbeit⁴⁴¹. Tatsächlich hatten sich nicht, wie im populären Gedächtnis verankert ist, die Jugendlichen selbst dazu entschieden, auf die gegenüber Djaidja ausgeübte Polizeigewalt mit einem friedlichen Marsch nach Paris zu reagieren, sondern Delorme hatte sie davon überzeugt⁴⁴².

Die Rolle des Pastors in der Aktion erklärt, weshalb sich im christlichen Milieu verschiedene Stimmen erhoben, die die *Marche pour l'égalité* ausdrücklich lobten und den Demonstrierenden ihre Solidarität bekundeten. Die *Commission épiscopale des migrations pour des liens de solidarité* wandte sich nach dem Ende der Aktion an ihre »frères immigrés et réfugiés«, insbesondere an die »fils et filles d'immigrés«, und ermutigte diese mit der Erinnerung, dass sie ebenso wie ihre »camarades français« die Zukunft der französischen Gesellschaft seien, ihren Protest fortzusetzen⁴⁴³. Dass Kinder ehemaliger Hilfssoldaten an dem Marsch beteiligt gewesen waren, blendete die Kommission in ihrer Erklärung aus, ebenso wie die Tatsache, dass sowohl die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten als auch viele der Einwanderer der zweiten Generation über die französische Staatsbürgerschaft verfügten und sich als Bürger der Französischen Republik verstanden.

⁴⁴¹ Delorme liefert in folgendem autobiographischen Werk eine Erklärung für sein Engagement: Christian DELORME, *Par amour et par colère*, Paris 1985.

⁴⁴² Pierre-Marie TERRAL, *L'histoire en marches, de l'inscription de la »Marche des beurs« dans l'histoire d'un mode d'action protestataire*, in: *Migrance* 41 (2013), S. 41–52, hier S. 48.

⁴⁴³ Appel de la Commission épiscopale des migrations pour des liens de solidarité à la suite de la marche contre le racisme et pour l'égalité les évêques s'adressent à tous les immigrés en France, 20.8.1984, *Marche pour l'égalité et contre le racisme*, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Auch innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus machte man es nicht zum Thema, dass Kinder ehemaliger Hilfssoldaten zu den Initiatoren der Aktion gehörten. Als die Demonstranten Paris erreichten, riefen zahlreiche Organisationen zu einer Großdemonstration auf, mit der sie auf die sozialen und rechtlichen Probleme aller Migranten in Frankreich hinweisen wollte. Im 18. Arrondissement der Stadt, in einem stark von algerischer Einwanderung geprägten Viertel, schlossen sich verschiedene Organisation zusammen, um gemeinsam zur Teilnahme an der Demonstration aufzurufen. Die CFDT trat dort als Unterzeichnerin des Aufrufs an der Seite der Associations des travailleurs algériens en France auf⁴⁴⁴. Die Aktion nutzte die Gewerkschaft somit für eine erneute Solidaritätsbekundung mit den algerischen Arbeitern. Dass diese Aktion nicht nur den Beginn der Politisierung der *beurs* markierte, sondern dass Söhne ehemaliger Hilfssoldaten gemeinsam mit den Nachkommen von maghrebinischen Migranten hier ein Zeichen gegen Polizeigewalt und Ausgrenzung setzen wollten, ging dabei unter. Auch die CFDT, die 1962 erklärt hatte, sich innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus für die ehemaligen Hilfssoldaten einzusetzen, nutzte die Gelegenheit nicht, um auf die gemeinsamen Probleme der Nachkommen zweier einst verfeindeter Gruppen hinzuweisen. Die Vertreter der Linken subsumierten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten unter die Gruppe der *beurs*, ohne sich der Kooperation zweier Gruppen bewusst zu werden, die sie bis dato als Antagonisten thematisiert hatte.

Einige Vertreter der Linken bemühten sich jedoch auch, bewusst die gemeinsamen Probleme der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Kinder und die Probleme der maghrebinischen Migranten verschiedener Generationen so sehr in den Vordergrund zu stellen, dass die Hilfssoldaten nicht mehr als eigene Gruppe auszumachen waren. Sie verfolgten damit den Ansatz, den auch die sozialistische Regierung nach ihrem Amtsantritt in der Frage der Integration der muslimischen Repatriierten verfolgte⁴⁴⁵. Delorme versuchte diese Entwicklung zu nutzen, um die Linke als Unterstützer für explizit von muslimischen Repatriierten durchgeführte Aktionen zu gewinnen. Als 1987 eine Gruppe von Hilfssoldaten und deren Söhnen in Lyon in den Hungerstreik traten, setzte sich der Pastor gemeinsam mit einem Kollegen für die Hungerstreikenden ein. Er nutzte sein während der Marche pour l'égalité erworbenes Ansehen als Sprachrohr der *beurs* und deklarierte den Hungerstreik in einer Pressekonferenz als Aktion von Mitgliedern der nordafrikanischen Gemeinde, die für eine Verbesserung der sozialen Bedingungen der maghrebinischen Gemeinde einträten. Dass

444 Marche pour l'égalité et contre le racisme, Paris, décembre 1983, ibid.

445 Vgl. Kap. 3.1.

es sich um Hilfssoldaten und deren Söhne handelte, erwähnte er in dieser Pressekonferenz nicht⁴⁴⁶.

Das Vorgehen Delormes zeigt, welchen Drahtseilakt Linke zu vollbringen hatten, wenn sie sich für die sozialen Belange der einstigen Hilfssoldaten in gleichem Maße einzusetzen gedachten wie für die Belange einstiger Arbeitsmigranten. Während Delorme versuchte, die besondere Situation der Hilfssoldaten zu verschleiern, versuchte die sozialistische Regierung durch gezielte Informationsarbeit einen Weg zu finden, die gemeinsamen Probleme und Erfahrungen insbesondere der zweiten Generation beider Gruppen hervorzuheben, ohne jedoch deren individuellen sozialen Probleme und insbesondere die Tatsache, dass die muslimischen Repatriierten schon seit 1962 über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, zu ignorieren. Hierzu kooperierte das ONASEC mit dem auf eine kommunistische Gründung zurückgehenden Veteranenverband Fnaca. Die Fnaca repräsentierte seit dem Beginn der Fünften Republik den linken, kolonialkritischen Flügel der Algerienkriegsveteranen und vertrat in erster Linie ehemalige Wehrpflichtige. Als Gegenpol zum kolonialistischen und obrigkeitstreuen Veteranenverband Union nationale des combattants d'Afrique du Nord (UNC-AFN) hatte Jean-Jacques Servan-Schreiber 1958 die Gründung der FNAA betrieben, einer Föderation verschiedener linker Strömungen, wobei der kommunistische Flügel die stärkste Kraft ausmachte. Nach dem Ende des Krieges signalisierte die Namensänderung in Fnaca die Neuausrichtung des Verbandes. Der kommunistische Einfluss ging zwar nicht verloren, wurde jedoch entscheidend reduziert. 1974 näherte sich die Fnaca an die sozialistische Partei unter François Mitterrand an. Fortan stand der Verband dem linken parlamentarischen Spektrum nahe⁴⁴⁷. Als die sozialistische Regierung die Verantwortung für die Integration der muslimischen Repatriierten übernahm, zeigte die Fnaca die Bereitschaft, sich an dieser Integrationsarbeit zu beteiligen. Bis dahin hatte der Veteranenverband über die Existenz muslimischer Soldaten und Hilfssoldaten in der französischen Armee geschwiegen und auch kein Interesse an deren sozialen Problemen gezeigt. In ihrem Verbandsorgan »L'Ancien d'Algérie« fanden sie erstmals 1986 Erwähnung. Ein mehrseitiges Dossier mit dem Titel »Harkis: des combattants... ›pas comme les autres?‹«, das in der Märzausgabe des Jahres 1986 erschien, markierte den Beginn der Berichterstattung über die ehemaligen Hilfssoldaten.

Der Präsident der Fnaca, Wladyslas Marek, nahm in der gleichen Ausgabe grundlegend Stellung zu den »harkis«. Der Verband heiße sie ausdrücklich in

⁴⁴⁶ Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFCl, 27.2.1987, AN: vers. 20090157/212.

⁴⁴⁷ Vgl. zur Entstehung und Entwicklung der Fnaca RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 281–292.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

seinen Reihen willkommen. Laut Statut stehe die Fnaca all jenen offen, die am Algerienkrieg teilgenommen hatten, auch den Hilfssoldaten. Bereits seit mehreren Jahren seien »Français rapatriés d'origine maghrébine« in verschiedenen lokalen Einheiten des Verbandes vertreten. Man sehe diese jedoch nicht als »harkis« an, sondern als »anciens combattants comme les autres«. Ihre Besonderheit sah Marek allein in der Tatsache, dass Bretonen oder Pariser nach dem Ende des Algerienkriegs in ihre Heimat zurückgekehrt seien, während die »harkis« gezwungen gewesen seien, das Land, in dem sie geboren waren, für immer zu verlassen und sich in einem neuen Land zurechtzufinden. Er warb mit den Worten »Ils sont des nôtres. Tendons la main« unter den Mitgliedern des Verbandes um Verständnis für die Situation der muslimischen Repatriierten⁴⁴⁸.

Michel Sabourdy, der Chefredakteur der Verbandszeitschrift, leitete das Dossier mit einem Kommentar ein, in dem er auf die politischen Differenzen zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und vielen Mitgliedern der Fnaca einging. Er verwies darauf, dass die ehemaligen Hilfssoldaten durch die Akteure der *Algérie française* in Frankreich instrumentalisiert würden. Sabourdy forderte seine Leser dazu auf, sich trotz dieser Differenzen für die »harkis« einzusetzen, da diese in Frankreich mit Ausgrenzung und Rassismus konfrontiert seien, der von den gleichen Akteuren getragen werde, die sich als deren Sprachrohre ausgäben: »Ceux qui parlent des ›harkis massacrés‹ sont les mêmes, souvent, qui changent de trottoir quand ils rencontrent un des rescapés dans quelque ville de France«⁴⁴⁹. Er bezog sich mit dieser Äußerung auf den mit dem Begriff *délit de gueule* charakterisierten Rassismus und verwies darauf, dass die Träger des Rassismus in Frankreich die Gruppe der »Araber« an äußerlichen Merkmalen festmachten und daher die muslimischen Repatriierten nicht aussparten. Die Fnaca wolle sich diesem Rassismus entgegenstellen und zugleich gemeinsam mit dem ONASEC an einer Verbesserung der sozialen Situation der Hilfssoldaten in Frankreich arbeiten. Diese seien nach dem Ende des Algerienkriegs gezwungen gewesen, nach Frankreich zu kommen, wo sie aber nicht mit Respekt und Würde aufgenommen worden waren. Man müsse ihnen diese Würde zurückgeben und sie zu »Français à part entière« machen⁴⁵⁰.

Ausführlich stellten die Vertreter der Fnaca in dem Dossier die soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten dar, wobei der Schwerpunkt auf der zweiten Generation lag. Eine Delegation der Fnaca hatte einzelne ehemalige Hilfssoldaten zu Hause besucht, um sich ein Bild von der Situation ihrer Familien zu machen. Besonders ausführlich ging man auf die Situation eines ehema-

448 Wladyslas MAREK, Ils sont des nôtres, in: *L'Ancien d'Algérie* 245 (1986), S. 7.

449 Michel SABOURDY, Harkis: des combattants... »pas comme les autres«?, *ibid.*, S. 7.

450 *Ibid.*

ligen Hilfssoldaten ein, der in einem hauptsächlich von Migranten bewohnten Stadtteil Narbonnes in einer HLM lebte. Die Fnaca verwies explizit darauf, dass sich die Lebenssituation dieser Familie trotz ihrer französischen Staatsbürgerschaft nicht von der maghrebischer Migranten unterscheide. Der Vater spreche noch immer gebrochen Französisch und die Bräuche und Vorschriften des Islams seien im Leben der Familie omnipräsent. Auch die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten teilten die Probleme der Einwanderer der zweiten Generation. Viele hätten Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden, obwohl sie über einen guten Abschluss verfügten⁴⁵¹. Ausdrücklich lobte man in diesem Kontext die vom ONASEC initiierten Programme, die Angehörigen der zweiten Generation den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollten. Der Ansatz, die kulturellen und religiösen Besonderheiten der jungen französischen Muslime als Stärke wahrzunehmen und aus diesem Grund unter anderem ihre Arabischkenntnisse zu stärken und auf dem Arbeitsmarkt als Trumpf zu nutzen, wertete die Fnaca als vielversprechenden neuen Weg⁴⁵². Indem sie hervorhob, dass die ehemaligen Hilfssoldaten und auch deren Kinder an ihren kulturellen Wurzeln festhielten, und den Weg der sozialistischen Regierung ausdrücklich lobte, warb die Fnaca für deren Integration in die französische Gesellschaft unter Anerkennung ihrer kulturellen Differenz. Ohne die vergangenen und noch immer bestehenden Konflikte zwischen muslimischen Repatriierten und kolonialkritischen Akteuren zu verschleiern, forderte die Fnaca ihre Mitglieder auf, die kulturelle Differenz der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Familien wahrzunehmen und sie dennoch als »Français à part entière« zu akzeptieren.

Weiterhin waren die muslimischen Repatriierten kein Thema, das in der Linken breit debattiert wurde, aber die Berichterstattung ließ erkennen, dass man sich um eine Annäherung bemühte. Mit dem Beginn der 1990er Jahre kam in der Linken wieder vereinzelt die Frage nach der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere ihrer Kinder auf. Das Wochenmagazin »Le Nouvel Observateur« widmete im Jahr 1991 eine Sonderausgabe dem Thema »La France et les Arabes«. Ein ausführlicher Artikel untersuchte die Identität der Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich. Der Verfasser verschwieg erneut nicht ihr Verhältnis zu den Verteidigern der *Algérie française*. Er stellte das Beispiel der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten vor, die sich in der Kommunalpolitik engagierte und einen nationalistischen Diskurs vertrat. Dieses Phänomen erklärte der Autor zum einen damit, dass alle Regierungen der Fünften Republik bis dato die muslimischen Repatriierten, insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten, vernachlässigt hätten. Zum anderen stellten

451 Près d'un quart de siècle est passé. Que sont-ils devenus?, *ibid.*, S. 9.

452 Partagées entre deux cultures. La deuxième génération... et les suivantes, *ibid.*, S. 10.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

diese jedoch auch zu hohe Forderungen. Stets werde eine »super-citoyenneté donnante droit à plus d'avantages que le simple règlement de leurs problèmes quotidiens« gefordert. Solche hohen Erwartungen könnten nur enttäuscht werden. Tatsächlich sei ihre Marginalisierung so verstärkt worden, da sie sich aus Enttäuschung der extremen Rechten angenähert und gehofft hätten, dank der Ausweisung der maghrebinischen Einwanderer würden ihre Rechte als französische Bürger anerkannt⁴⁵³.

Allerdings konstatierte der Verfasser in dieser Hinsicht eine Veränderung bei der jungen Generation. Diese fühle sich ausgegrenzt und verstehe zunehmend, dass sich der Rassismus in Frankreich nicht an der Staatsbürgerschaft orientiere, sondern sie diesem aufgrund äußerer Merkmale als Araber ausgesetzt seien. Dieser Erkenntnis folgend fordere sie das Recht ein, »Français à part« zu sein und bewusst ihre arabisch-islamische Identität als Distinktionsmerkmal in den Vordergrund zu stellen. Er sah in dieser Entwicklung die Chance für eine Annäherung zwischen den Nachkommen maghrebinischer Migranten und den Nachkommen muslimischer Repatriierter. Gleichzeitig sah er jedoch diese Entwicklung auch als Gefahr an. Das Gefühl der Enttäuschung könne zu einer Annäherung der jungen Generation muslimischer Repatriierter an die radikalen Islamisten führen⁴⁵⁴. Mit dieser Überlegung griff man in dem Artikel einen Diskurs auf, der vom FLN in Algerien geprägt war. Immer wieder erhob dieser den Vorwurf, bei den Islamisten handle es sich um die Söhne der Hilfssoldaten, die versuchten, sich am FLN zu rächen⁴⁵⁵. Im »Nouvel Observateur« wurde diese Gefahr der Radikalisierung jedoch nicht mit dem Bedürfnis der Hilfssoldaten nach Rache erklärt. Der Autor machte vielmehr Fehler in der Integrationspolitik in Frankreich für eine mögliche Radikalisierung verantwortlich, aus denen insbesondere für die zweite Generation Probleme der Identitätsfindung resultierten. Die zweite Generation neige aufgrund der schwierigen Identitätsfindung zu extremen Einstellungen. Um diese These zu untermauern, wurde in dem Artikel auf das bereits erwähnte Beispiel der dem FN nahestehenden Tochter eines Hilfssoldaten verwiesen. Während diese bisher die volle Anerkennung der französischen Staatsbürgerschaft für muslimische Repatriierte und zugleich die Ausweisung der maghrebinischen Einwanderer gefordert habe, vertrete sie nun angesichts des Golfkriegs eine panarabische, gegen den Westen gerichtete Rhetorik. Einer »large majorité« der jungen Generation

⁴⁵³ K. BOUGUERRA, L'oubli du sang versé, in: Le Nouvel Observateur. Dossier 5, La France et les Arabes (1991), S. 92f.

⁴⁵⁴ Ibid.

⁴⁵⁵ Vgl. hierzu Kap. 4.4.

bescheinigte der Autor, aus Enttäuschung über ihre Ausgrenzung in Frankreich für islamistisches Gedankengut zugänglich zu sein⁴⁵⁶.

Trotz dieses Vorwurfs wurde die Entwicklung der zweiten Generation in dem Artikel insgesamt als positiv angesehen. Lediglich eine Minderheit lasse sich tatsächlich von Islamisten verführen. Insgesamt habe die Mehrheit beschlossen, nicht mehr zu fordern, als französische Staatsbürger des »sang versé« angesehen zu werden, und sich stattdessen mit der »citoyenneté française« zufriedenzugeben. Mit dieser Einstellung stellten die muslimischen Repatriierten eine Chance für Frankreich und auch für dessen Beziehungen zur arabischen Welt dar. Wegen der Rückbesinnung auf ihre arabischen Wurzeln könnten sie eine Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt darstellen⁴⁵⁷. Der Artikel verdeutlicht, wie sich mit dem von der sozialistischen Regierung verfolgten Ansatz in der Integrationspolitik auch die Rhetorik der Linken geändert hatte. Man nahm die besondere Situation der muslimischen Repatriierten wahr, ohne sie mit den maghrebinischen Migrantengleichzusetzen. Der Fokus in der Berichterstattung lag hier wie bereits im Bericht der Fnaca auf ihren hybriden Identitäten, die als besonders ausgeprägt dargestellt wurden. Diese hybriden Identitäten wurden zwar auch als Gefahr, in erster Linie jedoch als Chance für eine Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt interpretiert.

Diese Art von Berichterstattung wurde fortgesetzt, als im Sommer 1991 in verschiedenen Städten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten protestierten, um explizit auf die Probleme ihrer Gruppe hinzuweisen. Die Journalisten von »Le Monde« beobachteten intensiv die Ereignisse⁴⁵⁸. Sie nutzten die Gelegenheit und berichteten nicht nur über die Aufstände, sondern gingen zudem der Frage nach, wer genau dahinter stand. Explizit verwies der Verfasser eines im Juli veröffentlichten Artikels darauf, dass es »harkis« der zweiten Generation waren, die hier demonstrierten, und diese Gruppe nicht mit der Gruppe der muslimischen Repatriierten gleichzusetzen seien⁴⁵⁹. Ausführlich widmete sich Anne Tristan in einem knapp einem Jahr nach dem Ende der Proteste in »Le Monde diplomatique« veröffentlichten Artikel den Ereignissen des Vorjahres und rekapitulierte die Geschehnisse. Sie hob auf die Identitätsfindung der zweiten Generation ab. Dieser Generation gelinge es zunehmend, sich eine eigene Identität zu kreieren und sich von den Verteidigern der *Algérie française* zu dis-

456 K. BOUGUERRA, L'oubli du sang versé, in: Le Nouvel Observateur. Dossier 5, La France et les Arabes (1991), S. 92f.

457 Ibid.

458 Zwischen Juni und September 1991 wurde in »Le Monde« ausführlich über die Aufstände und deren Folgen berichtet.

459 Les vrais harkis et les autres, in: Le Monde, 10.7.1991.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

tanzieren. Die Mitglieder dieser Generation lehnten es mit dem Verweis auf die unterschiedliche Behandlung ihrer Eltern im Gegensatz zu den europäischen Repatriierten ab, als *rapatriés* bezeichnet zu werden. Auch da sie betonten, sich selbst zu organisieren und für sich selbst sprechen zu wollen, und die Repatriiertenverbände nicht als ihr Sprachrohr anerkannten, wiesen sie Tristan zufolge diese Bezeichnung ab. Sie ließen sich nicht mehr manipulieren und instrumentalisieren, sondern verstünden sich als eigene Gruppe der »harkis«⁴⁶⁰.

In diesem Sinne bezeichnete Tristan die Aufstände vom Sommer 1991 als Aufstände der »harkis« der zweiten Generation. Diese seien wie auch die maghrebinischen Einwanderer der zweiten Generation in Frankreich Opfer von Rassismus und zudem überdurchschnittlich häufig arbeitslos. Die Polizei stelle diese Jugendlichen unter einen Generalverdacht, was als Auslöser der Unruhen von 1991 gedeutet wurde. Tristan berichtete von ständigen Kontrollen in den hauptsächlich von ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen sowie maghrebinischen Einwanderern bewohnten *cités*. Sie seien in diesen *cités* ghettosiert und blieben stets abseits der französischen Mehrheitsgesellschaft. Aufgrund dieser Ghettoisierung und wegen der zusätzlichen Stigmatisierung vonseiten der Polizei würde ihnen ständig ihre Exklusion vor Augen geführt⁴⁶¹. Tristan benutzte die gleichen Analysekatgorien wie andere zeitgenössische Intellektuelle, um die Aufstände in den *banlieues* zu erklären⁴⁶². Sie zeichnete das Bild von jungen französischen Bürgern, die versuchten ihren Weg zu gehen, dabei jedoch aufgrund von Exklusion und Rassismus immer an ihre Grenzen stießen. Um dies zu veranschaulichen, berichtete sie von zwei Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten, die eine Organisation gegründet hatten, die Nachhilfeunterricht für die Jüngeren anbot und Veranstaltungen organisierte. Darüber hinaus hatten sie eine Sicherheitsfirma gegründet, die nicht nur ihnen selbst, sondern auch weiteren Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten eine Beschäftigungsmöglichkeit bot. Diese Firma hätten sie jedoch aufgeben müssen, nachdem unter anderem vom FN das Gerücht verbreitet worden sei, die Verantwortlichen hätten ein Geschäft angezündet⁴⁶³.

Die Berichterstattung Tristans zeigt, dass auch von der kolonialkritischen Linken Frankreichs Anfang der 1990er Jahre die zweite Generation in erster Linie als Opfer von Exklusion und Rassismus wahrgenommen wurde und nicht

460 Anne TRISTAN, Trente ans d'humiliation et de mépris. Les rêves déçus et la colère rentrée des harkis, in: *Le Monde diplomatique* 461 (1992), S. 12.

461 Ibid.

462 Vgl. hierzu Sylvie TISSOT, Les sociologues et la banlieue. Construction savante du problème des »quartiers sensibles«, in: *Genèses* 60 (2005), S. 57–75.

463 Anne TRISTAN, Trente ans d'humiliation et de mépris. Les rêves déçus et la colère rentrée des harkis, in: *Le Monde diplomatique* 461 (1992), S. 12.

mehr wie ihre Väter als Verräter. Anfang der 1980er Jahre waren Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in den Vordergrund getreten, die selbst nicht am Algerienkrieg beteiligt gewesen waren, in Frankreich die Probleme und Erfahrungen der Kinder maghrebischer Migranten teilten und sich bewusst von den Aktivisten der *Algérie française* abgrenzten. Dieser Wandel zeigte sich erstmals mit der *Marche pour l'égalité*, wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt von der linken Öffentlichkeit in Frankreich nicht wahrgenommen. Erst mit der Kampagne des ONASEC wurde auch in kolonialkritischen Kreisen ein Bewusstsein für die Probleme der zweiten Generation geschaffen. Folglich solidarisierte sich auch ein Verband wie die Fnaca, der deutlich in Opposition zu den Verteidigern der *Algérie française* stand und dessen Positionen auf der Ebene der Erinnerungspolitik mit den Positionen muslimischer Repatriierter kollidierten, mit den ehemaligen Hilfssoldaten, insbesondere mit deren Kindern. In der daraufhin einsetzenden Berichterstattung zu den Kindern ehemaliger Hilfssoldaten schlug sich auch die gewandelte Position der Linken zur Integrationsfrage nieder. Journalisten lenkten den Fokus auf die hybriden Identitäten der zweiten Generation und sahen kulturelle Differenzen nicht mehr als Gefahr an, sondern als Bereicherung. Damit einhergehend rückte auch der islamkritische Diskurs trotz des aufkommenden Islamismus in den Hintergrund. Die Rückbesinnung auf die arabisch-islamische Identität der zweiten Generation war für die Linke nicht in erster Linie eine Gefahr, sondern gar die Möglichkeit einer Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt.

3.6 Die muslimische Elite zwischen Revanchismus und Differentialismus

Die Mitglieder der muslimischen Elite, die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich niederließen, wurden zwar von der Verwaltung mit den ehemaligen Hilfssoldaten zur Gruppe der muslimischen Repatriierten zusammengefasst, jedoch privilegiert behandelt. Nur kurz nach den Abkommen von Évian hatte der Staatsminister für algerische Angelegenheiten Joze darauf hingewiesen, die Vertreter der muslimischen Elite seien wie die europäischen Siedler zu behandeln⁴⁶⁴. Sie sollten in Frankreich von den gleichen finanziellen Hilfen zur Niederlassung und den gleichen Maßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben profitieren wie die repatriierten europäischen Siedler. Um auch in Frankreich dem Staat dienen zu können, war für die hohen Beamten und Abgeordnete sowie die hohen Militärs lediglich die französische Staatsbürgerschaft erforderlich. Aus diesem Grund waren sie angehalten, diese schnellst-

464 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

möglich, noch im Laufe des Jahres 1962, zu beantragen⁴⁶⁵. Dies stellte für die wenigsten Mitglieder der muslimischen Elite ein Hindernis dar. Viele hatten sich bereits zu Kolonialzeiten einbürgern lassen und den »statut de droit local« abgelegt⁴⁶⁶. Demnach stand der Fortsetzung ihres Lebens in Frankreich nur wenig im Weg. Die Ausreise nach Frankreich war für viele dennoch eine tiefe Zäsur.

Selbst Boualam, der als Abgeordneter der Nationalversammlung bereits viel Zeit in Frankreich verbracht hatte und für den sowohl bei der Ausreise als auch bei der Niederlassung in Frankreich Sonderbedingungen galten, schaute mit großem Bedauern auf sein Leben in Algerien zurück und voller Sorge in die Zukunft in Frankreich. Boualam war nicht nur gemeinsam mit seiner gesamten Familie aus Algerien ausgeflogen worden, sondern bekam zudem in der Camargue großzügig Land zur Verfügung gestellt, auf dem er sich mit seiner Familie niederließ. Dennoch bezeichnete er seine Repatriierung als Exil: »exil dans le pays que j'ai choisi, mon pays: la France«⁴⁶⁷. Obwohl er überzeugter Patriot war und nicht müde wurde, gegenüber der französischen Bevölkerung zu betonen, dass er Franzose wie alle anderen sei, bedeutete die Ausreise nach Frankreich für ihn doch, seine »petite patrie« zu verlassen⁴⁶⁸. So schrieb er 1962 in seinem Werk »Mon pays, la France«: »Oui, monsieur Dupont, c'est un homme triste qui s'est exilé dans votre belle Provence, un Français comme vous et comme tant d'autres«⁴⁶⁹. Er fühlte sich fremd in der Provence. Seine Heimat war Algerien. Da jedoch in seinen Augen Algerien stets ein Teil Frankreichs gewesen war, verstand er sich als französischer Bürger. Seine Identität als Franzose war demnach untrennbar mit einem französischen Algerien verknüpft, weshalb er seine Zukunft in Frankreich als Exil empfand. Das Exil wurde für ihn umso bitterer, als er sich von der Mehrheit der französischen Bevölkerung verraten fühlte. Er warf dieser vor, die Unabhängigkeit Algeriens befürwortet zu haben, ohne an die Konsequenzen für die dortige Bevölkerung gedacht zu haben. Mit dem Votum für die Unabhängigkeit Algeriens hatte die französische Bevölkerung seiner Ansicht nach gezeigt, dass sie Algerien nie als Frankreich und die dortige Bevölkerung demnach nie als französische Bürger angesehen hatten. Er fühle sich deshalb erniedrigt und verraten⁴⁷⁰.

⁴⁶⁵ Le ministre d'État chargé des Affaires algériennes et le secrétariat d'État auprès du Premier ministre chargé de la fonction publique aux ministres et secrétaires d'État, 5.12.1962, AN: vers. 19920149/3

⁴⁶⁶ HAMOUMOU, L'histoire des harkis, S. 321.

⁴⁶⁷ BOUALAM, Mon pays, S. 30 (Hervorh. i. Orig.).

⁴⁶⁸ Ibid., S. 219.

⁴⁶⁹ Ibid., S. 218.

⁴⁷⁰ Ibid.

Das Gefühl der Erniedrigung lässt sich nicht nur damit begründen, dass Boualam sich in Frankreich fremd und nicht willkommen fühlte. Auch sein mit dem Exil einhergehender Statusverlust trug zum Gefühl der Erniedrigung bei. Er hob hervor, dass er all seinen Besitz in Algerien zurücklassen musste. Das 40 Hektar umfassende Land, das er in der Camargue zur Verfügung gestellt bekam, war für ihn keine ausreichende Entschädigung, hatte er doch in Algerien 33 000 Hektar Land verwaltet⁴⁷¹. Bei all dieser Enttäuschung war Boualam sich trotzdem seiner privilegierten Situation bewusst, da er gleichzeitig das Schicksal seiner ehemaligen Hilfssoldaten im Blick hatte. Verschiedene Mitglieder der muslimischen Elite, insbesondere jedoch Boualam, setzten sich dafür ein, dass die muslimischen Hilfssoldaten Algerien verlassen konnten, engagierten sich jedoch auch in Frankreich für deren Aufnahme vor Ort. Boualam handelte in erster Linie auf eigene Initiative, obwohl er sowohl mit den Verbänden der ehemaligen SAS-Offiziere als auch mit Verbänden der ehemaligen europäischen Siedler in Kontakt stand. Er nahm ehemalige Hilfssoldaten, denen die Ausreise nach Frankreich gelungen war, auf seinem Land in der Camargue auf. Bis Oktober 1962 hatten rund 200 Personen den Weg nach Mas-Thibert zu Boualam gefunden⁴⁷².

Trotz seiner privilegierten Stellung konnte auch Boualam diesen ehemaligen Hilfssoldaten nicht viel bieten. Großteils brachte er sie und ihre Familien in Mas-Thibert in Zelten unter. Die Armee stellte Boualam die Zelte zur Verfügung⁴⁷³. Er hatte jedoch trotz der Unterstützung durch die Armee Schwierigkeiten, für all die Menschen zu sorgen, die sich bei ihm niederließen. Er beklagte, dass die Größe seines Landes nicht zur Versorgung seiner Bewohner ausreiche. Man könne auf dem Land nicht mehr als 200 Schafe halten, mindestens 3000 seien jedoch zur Versorgung all der Bewohner von Mas-Thibert nötig. Zudem forderte er von der Regierung zusätzliches Land, um Hartweizen anzubauen, was diese ihm jedoch nicht zur Verfügung stellte⁴⁷⁴. Daher herrschten auch bei Boualam teils prekäre Verhältnisse vor, insbesondere da auch dort ein Provisorium zur dauerhaften Lösung wurde. Die Zahl der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Mas-Thibert ankamen, reduzierte sich nicht sehr. Während immer wieder Familien den Ort verließen, konnte Boualam noch 1968 Neuankömmlinge vermelden, in erster Linie aus Beni-Boudouane stammende ehemalige Hilfssoldaten, die zunächst in Lagern oder in Walddörfern untergekommen waren, diese jedoch verließen, um sich in Mas-Thibert niederzulassen. So entstanden in Mas-

⁴⁷¹ Ibid., S. 31.

⁴⁷² Les musulmans parmi nous, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

⁴⁷³ FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 118.

⁴⁷⁴ Vgl. *Les musulmans parmi nous*, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Thibert und seinem Umfeld Barackensiedlungen, obwohl die zuständigen Behörden vor Ort bereits recht früh intervenierten und immer wieder Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur und zum Bau neuer Unterkünfte zur Verfügung stellten⁴⁷⁵. Bis 1968 finanzierte die Sonacotra fünfzig Wohnungen⁴⁷⁶.

Da sich in Mas-Thibert in erster Linie Angehörige des Stammes der Beni Boudouane niederließen, behielt Boualam in Frankreich seine Stellung als Stammesoberhaupt bei. Er installierte in seinen Stallungen einen Schreibtisch, an dem er die Angehörigen seines Stammes empfing, die bei ihm Rat und Hilfe suchten. Wie sehr er ihm Gegenzug erwartete, von diesen als uneingeschränkte Autorität anerkannt zu werden, wird deutlich, da sich das Ritual durchsetzte, Boualam bei jeder Begegnung die Hand zu küssen⁴⁷⁷. Nicht nur seine Funktion als Stammesoberhaupt behielt er bei, sondern auch seine einstige Funktion als militärischer Befehlshaber der Hilfssoldaten. Seinen Schreibtisch zierte die Tricolore nebst seinen militärischen Orden. Da zumindest in der Zeit kurz nach Kriegsende auch in Mas-Thibert die Gefahr von Überfällen durch den FLN bestand, behielten einige frühere Hilfssoldaten ihre militärische Funktion bei. Regelmäßig patrouillierten sie unter dem Kommando Boualam und meldeten, wenn verdächtige Personen gesichtet wurden⁴⁷⁸.

Mas-Thibert kann in mehrerer Hinsicht mit den Lagern und Walddörfern für die einstigen Hilfssoldaten und deren Familien verglichen werden. Obwohl es nur wenige Kilometer von der Stadt Arles entfernt lag, blieben die Neuankömmlinge weitgehend unter sich. Sie lebten in Isolation, allerdings war Mas-Thibert nie ein abgeschlossener Ort. Nie trennten Stacheldrähte sie von der Umgebung und jeder der Bewohner konnte sich frei bewegen⁴⁷⁹. Die Funktion, die in den Walddörfern und den Lagern Offiziere und ehemalige SAS-Offiziere übernahmen, kam hier Boualam zu. Er trat nach außen als Sprachrohr der ehemaligen Hilfssoldaten auf, die bei im Unterschlupf suchten, und bot ihnen zugleich Unterstützung in verschiedenen Bereichen an. Insbesondere erledigte er administrative Aufgaben für sie. Er kümmerte sich beispielsweise um deren Einbürgerung. In seinem Werk »L'Algérie sans la France« beschrieb er, wie er am 25. Mai 1963 für die Bewohner Mas-Thiberts für die Summe von »1020 francs lourds« die französische Staatsbürgerschaft »gekauft« habe. Dieser Schritt wog für Boualam schwer, hatten doch seiner Ansicht nach nicht nur er selbst, sondern auch seine Hilfssoldaten durch »loyalisme« und »sacrifices«

⁴⁷⁵ FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 118–120.

⁴⁷⁶ Diese Zahl wurde auf einer Sitzung des CNMF genannt. Vgl. CNMF. Séance du 24 janvier 1968, 13.2.1968, AN: vers. 20120054/1.

⁴⁷⁷ *Les musulmans parmi nous*, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

⁴⁷⁸ *Ibid.*

⁴⁷⁹ FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 119.

bereits in Algerien »le titre de Français à part entière« erworben. Dass er für die Einbürgerung seiner Hilfssoldaten, denen er beigebracht habe, Frankreich zu lieben und für das Land zu kämpfen, jeweils 10 Franc bezahlen musste, um so deren Recht zu erkaufen »pour opter pour un pays qu'ils ont servi jusqu'au sacrifice«, kam für ihn einem Betrug gleich⁴⁸⁰.

Während Boualam an der Idee festhielt, er habe ebenso wie seine Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft nie verloren, hatte er mit der Einbürgerung seiner Hilfssoldaten den ersten Schritt zu deren Integration in Frankreich vollbracht. Wie die Offiziere und ehemaligen SAS-Offiziere in den Lagern und Walddörfern übernahm Boualam in Mas-Thibert die Aufgabe, seine ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien auf dem Weg zur Integration zu begleiten. Boualam vertrat wie die Vertreter des CNMF und der AAAA die Ansicht, die einstigen Hilfssoldaten könnten sich nicht eigenständig in die französische Gesellschaft integrieren und benötigten paternalistische Strukturen. Er setzte hierbei zum einen auf seine aus seiner militärischen Stellung resultierende Autorität, zum anderen auf seine Autorität als Stammesoberhaupt. Boualam hielt demnach auch in Frankreich an Elementen traditioneller Herrschaft fest, die nur schwer mit der Idee des Universalismus zu vereinen waren. Er legte Wert darauf, seine »personnalité algérienne« auch in Frankreich zu bewahren⁴⁸¹. Wie sehr für ihn diese »personnalité algérienne« von Hybridität gekennzeichnet war, wurde jedes Mal deutlich, wenn Boualam in Mas-Thibert an seinem mit militärischen Orden und der Trikolore verzierten Schreibtisch in Djellaba als Stammeschef seine Stammesangehörigen empfing, um sich deren Sorgen und Nöte anzuhören⁴⁸².

Boualam räumte dem Islam in Mas-Thibert einen wichtigen Platz ein. Er konnte dafür die Unterstützung des Bürgermeisters von Arles gewinnen, bei dem Boualam ein hohes Ansehen genoss. Schon bald wurde auf dem städtischen Friedhof ein gesonderter Bereich eingerichtet, in dem die Toten nach muslimischen Vorschriften beerdigt wurden. Zudem flossen 1966 öffentliche Mittel in ein Gebäude, das als Moschee genutzt wurde⁴⁸³. Da er stets von einer Vorstellung der Französischen Republik ausging, die Algerien einbezog, gehörte für Boualam der Islam ebenso zur Französischen Republik wie traditionelle Herrschaftselemente. Von Beginn an unterstützten weitere Vertreter der muslimischen Elite Boualam in seiner Idee, der Islam gehöre zur Französischen Republik. Der ehemalige *bachaga* Rabah Benaïssa bemühte sich ebenfalls, in

⁴⁸⁰ BOUALAM, *Les harkis au service de la France*, S. 13f.

⁴⁸¹ DERS., *Mon pays*, S. 174.

⁴⁸² Dass Boualam stets in Djellaba auftrat, wurde in einem Artikel in »Le Monde« beschrieben. Vgl. *Les musulmans parmi nous*, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

⁴⁸³ FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 121.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Frankreich Verständnis für den islamischen Glauben zu schaffen. Benaïssa gründete 1965 den Verband *Amicale des anciens caïds des services civils d'Algérie musulmans français*, um die Interessen der ehemaligen *Caïds* in Frankreich zu verteidigen. Nachdem er diese Arbeit 1967 für erfüllt erklärt hatte, änderte der Verband seine Zielsetzung und gab an, sich fortan für alle »musulmans français d'origine algérienne« zu engagieren⁴⁸⁴. Dabei kooperierte er eng mit Vertretern verschiedenster Verbände. Unter anderem arbeitet er mit dem CNMF zusammen und hatte über den UNC-ANF Verbindungen in das Veteranenmilieu. Eine besonders enge Kooperation bestand zwischen Benaïssa und dem sich für religiöse Toleranz einsetzenden Verband *Fraternité d'Abraham*, dem Benaïssa selbst angehörte⁴⁸⁵.

Benaïssa erklärte 1968 auf der Generalversammlung des CNMF, sein Verband wolle sich zukünftig nicht mehr vorrangig für die materiellen Interessen der muslimischen Repatriierten einsetzen, sondern diesen eine »*âme commune*« geben, und zwar »*sans rien renier de l'islam qui est comme le judaïsme, une religion vivace, moins »légaliste« qu'on veut bien le dire*«⁴⁸⁶. Indem er die flexiblen Auslegungsmöglichkeiten des Korans darstellte, zeigte Benaïssa, wie der Islam im Rahmen der Französischen Republik gelebt werden konnte. Im Koran seien beispielsweise Lockerungen der Ernährungsvorschriften für diejenigen vorgesehen, die sich auf Reisen oder im Exil befänden⁴⁸⁷. Er plädierte für ein friedliches Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen in Frankreich, indem er hervorhob, dass der Islam zu Frankreich gehöre. Seit seiner Kindheit sei sein Leben von »*traditions complémentaires de nos deux cultures*« geprägt gewesen. Wie in Algerien seien nun auch in Frankreich »*relations confiantes et fraternelles*« zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften von Bedeutung. Er hoffte auf die Werte der Französischen Republik, um ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen zu gewährleisten. »*[L']amour entre tous les hommes de toutes races et de toutes nations*« lasse sich ideal auf französischem Boden, »*terre de tolérance, terre de liberté – de fraternité et d'espoir*«, verwirklichen⁴⁸⁸. Unter Bezugnahme auf die Idee des Universalismus plädierte er für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen.

⁴⁸⁴ *Amicale des anciens caïds des services civils d'Algérie musulmans français*, ohne Datum [1968], AN: vers. 20120054/92.

⁴⁸⁵ ANAFA, *Assemblée générale du 25 septembre 1969*, *Allocution du président, le bachaga Benaïssa, officier de la Légion d'honneur*, *ibid.*

⁴⁸⁶ CNMF, *Assemblée générale du 3 avril 1968*, AN: vers. 20120054/1.

⁴⁸⁷ *Ibid.*

⁴⁸⁸ *Fraternité d'Abraham. Exposé du bachaga Benaïssa Rabah*, 5.1.1969, AN: vers. 20120054/92.

Benaïssa wandte sich mit seinen Ideen gegen die kulturelle Assimilation der muslimischen Repatriierten und gegen die von der französischen Regierung mit Unterstützung des CNMF und der AAAA durchgeführte Integrationspolitik. Ihm zufolge verspürten insbesondere ehemalige Hilfssoldaten den Wunsch, nach Algerien zurückzukehren. Er wich von der Rhetorik ab, die Hilfssoldaten hätten sich aus Treue zu Frankreich in der Armee engagiert. Vielmehr plädierte er für Verständnis den Hilfssoldaten gegenüber, die zögerten, die französische Staatsbürgerschaft anzunehmen, obwohl er betonte, viele dieser Hilfssoldaten verstünden sich inzwischen als französische Staatsbürger. Man müsse ihnen Zeit geben, sich zu entscheiden. Einige tendierten dazu, die algerische Staatsangehörigkeit zu behalten, in der Hoffnung, es könne sich in Algerien ein neues Regime etablieren, das ihnen die Rückkehr auf ihre »terre natale«, das Land ihrer »vieux parents«, ermögliche⁴⁸⁹. Den Wunsch nach Rückkehr der Hilfssoldaten erklärte er auch damit, dass diese am geringsten an die westliche Lebensweise gewöhnt und aus diesem Grund in Frankreich mit den größten Anpassungsschwierigkeiten konfrontiert seien⁴⁹⁰. Einen Grund für den Wunsch nach Rückkehr sah Benaïssa auch in der Enttäuschung über den Empfang in Frankreich. Viele seien voller Hoffnung nach Frankreich gekommen, nun würden allerdings einige versuchen, nach Algerien zurückzukehren, da sie nicht nur enttäuscht seien, sondern sich auch in ihrer Würde angegriffen fühlten⁴⁹¹. Mit diesen Worten wandte er sich gegen die staatliche Integrationspolitik, die auf eine unter paternalistischer Kontrolle durchgeführte Assimilation setzte. Der Empfang in Frankreich müsse zuallererst »suffisamment chaleureux« sein. Wenn sich dieses Prinzip in der Integrationsarbeit durchsetzte, würden weniger ehemalige Hilfssoldaten Algerien vermissen, sondern ihre Zukunft in Frankreich sehen. Wenn sie es zugleich schafften, »les réticences les plus enracinées dans la tradition« zu besiegen, würde die zweite Generation »un contingent de ›Français comme les autres‹« liefern⁴⁹². Er plädierte für den Weg der Integration nach universalistischem Verständnis, wandte sich klar gegen eine kulturelle Assimilation und setzte auf das Prinzip der gegenseitigen Annäherung und Toleranz, um auch die Hilfssoldaten in die Französische Republik zu integrieren.

Bis Anfang der 1970er Jahre waren nur wenige Vertreter der muslimischen Elite in Interessensverbänden organisiert. Mit Beginn der 1970er Jahre traten mehrheitlich jüngere Persönlichkeiten in den Vordergrund, die neue Verbands-

489 Ibid.

490 Ibid.

491 Assemblée générale de l'ANAF, 25.9.1969, *ibid.*

492 Fraternité d'Abraham. Exposé du bachaga Benaïssa Rabah, 5.1.1969, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

strukturen schufen und mit neuen Handlungsstrategien langsam die Akteure, die bis dato in der muslimischen Elite dominiert hatten, in den Hintergrund drängten. Diese neue Generation war wie auch die alten Eliten nicht in Frankreich, sondern in Algerien geboren und hatte dort großteils bereits politische Ämter ausgeübt oder hochrangige militärische Aufgaben übernommen. Sie unterschied sich jedoch von der älteren Generation, da sie ihre politische oder militärische Karriere erst zur Zeit des Umbruchs begonnen und daher bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ihre soziale Position noch nicht gefestigt hatten. Dies erklärt, weshalb die Ausweitung der Verbandsorganisationen von Machtkämpfen zwischen Vertretern der muslimischen Elite geprägt war, die jeweils für sich beanspruchten, als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten zu fungieren, insbesondere für die Schwächsten der Gemeinschaft, die ehemaligen Hilfssoldaten. Die neuen Vertreter der muslimischen Elite mussten sich erst noch behaupten. Im Juli 1971 wurde mit dem *Mouvement d'assistance et de défense des rapatriés musulmans d'Afrique du Nord* (MADRAN) erstmals ein Verband gegründet, in dem muslimische Repatriierte die Interessen aller Mitglieder dieser Gruppe vertraten. Der Gründer und Vorsitzende des MADRAN, Ahmed Kaberseli, hatte von 1955 bis 1960 in der französischen Armee als Berufssoldat gedient. In Algerien hatte er also keine gehobene Stellung innegehabt. Es gelang ihm jedoch, sich mit seinem Verband in Frankreich zu profilieren. Der Verband konnte sich nicht nur in der Île-de-France, sondern in zehn weiteren Departements etablieren und gewann Bedeutung auf nationaler Ebene. Allerdings blieb er stets hinter den kurz darauf gegründeten Verbänden *Front national des rapatriés français de confession islamique* (FNRFICI) und der CFMRAA zurück, die sich an die Spitze der Vertretungen muslimischer Repatriierter stellten⁴⁹³.

Der FNRFICI wurde im Dezember 1972 von Ahmed Djebbour gegründet, der seine politische Karriere als Abgeordneter der dritten Kraft begonnen und sich seitdem wiederholt öffentlich geäußert hatte. Djebbour übernahm selbst den Vorsitz der Organisation, bis er 1974 als Attaché in die französische Botschaft nach Tripolis berufen wurde. Seine Position übernahm Abdelfettah Khiari, genannt Jean-Claude Khiari⁴⁹⁴. Khiari war 1960 in die französische Armee eingetreten. Er hatte nicht als Hilfssoldat, sondern in einer regulären Einheit gedient, in der er den Grad eines Unteroffiziers erreicht hatte. Um sich selbst mehr Autorität zu verschaffen, gab Khiari stets an, als Leutnant der Luft-

⁴⁹³ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. MADRAN, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

⁴⁹⁴ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note de renseignements, Juni 1976, *ibid.*

waffe gedient zu haben⁴⁹⁵. Aus der Armee ausgeschieden, arbeitete Khiari in Frankreich als Vorarbeiter in einer Fabrik, in der zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten beschäftigt waren. Diesen Arbeitsplatz hatte er wie vieles andere seinem Vorgesetzten aus seiner Zeit beim Militär, Monsieur Renaud, einem einstigen Mitglied der OAS, zu verdanken, dem er auch in Frankreich verbunden blieb. Auch in seinem politischen Denken wurde Khiari von Renaud beeinflusst. Khiari stand in Frankreich der extremen Rechten nahe und fiel innerhalb der Fabrik durch seine Mitgliedschaft in der Organisation Liberté et travail auf, eine der politischen Rechten nahestehende Gewerkschaft. Khiari lenkte den FNRFCI dementsprechend in die Richtung der extremen Rechten in Frankreich⁴⁹⁶.

Khiari legte unter anderem deshalb besonderen Wert auf seinen angeblichen militärischen Rang eines Leutnants, da er in Konkurrenz zu Rabah Kheliff stand, der im Juli 1974 die Union nationale des anciens combattants français de confession islamique (UNACFCI) gründete⁴⁹⁷. Rabah Kheliff stammte aus einer Familie mit langer militärischer Tradition, die ihn bereits als Kind auf der Militärschule auf eine Karriere in der französischen Armee vorbereitet hatte. Er war einer der wenigen aus Algerien stammenden Muslime, die den Dienstrang eines Hauptmanns erreicht hatten⁴⁹⁸. Seiner Biografie entsprechend war der von Kheliff gegründete Verband militärisch ausgerichtet. Das Ziel der Organisation bestand den Verbandsstatuten zufolge darin, die »problèmes créés à la suite des différentes guerres auxquelles ont participé les Français de confession islamique« zu beseitigen⁴⁹⁹. Man wolle »tous les anciens combattants français de confession islamique, isolés ou inorganisés« vereinen, um so gemeinsamen Interessen durchsetzen zu können. Explizit wurden die »anciens combattants de toutes catégories sociales« und somit sowohl reguläre Soldaten als auch ehemalige Hilfssoldaten angesprochen⁵⁰⁰. Die Verbandsarbeit Kheliffs war im Gegensatz zur Verbandsarbeit Khiaris politisch neutral, worauf Kheliff Wert legte. Es ging ihm darum, die Interessen der muslimischen Veteranen politisch neutral, aber stets in Loyalität zur Französischen Republik zu vertreten. Trotz

⁴⁹⁵ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, *ibid.*

⁴⁹⁶ Note à l'attention de monsieur Richer, conseiller technique du cabinet du ministre d'État, demande de renseignements, rapatriés de confession islamique, scission du FNRFCI, März 1977, *ibid.*

⁴⁹⁷ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, *ibid.*

⁴⁹⁸ MONNERET, La phase finale, S. 274f.

⁴⁹⁹ Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. UNACFCI, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

⁵⁰⁰ *Ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

dieser grundverschiedenen Vorgehensweise konnte Kheliff auch Anhänger gewinnen, die zugleich Mitgliedsbeiträge an den Verband Khiaris zahlten⁵⁰¹.

Ogleich Khiari zwar stets versuchte, sich gegenüber Kheliff zu behaupten, sah er in ihm nicht seinen Hauptkonkurrenten. In besonderer Konkurrenz stand Khiari zum Vorsitzenden der CFMRAA M'Hamed Laradji. Laradji stammte aus einer Familie, die wie Kheliffs eine lange Tradition an der Seite Frankreichs vorzuweisen hatte, sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich⁵⁰². Laradji war zunächst im FNRFICI als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten aufgetreten und hatte in Évreux eine Sektion des Verbandes gegründet, bevor er sich im November 1974 dazu entschloss, mit der CFMRAA eigene Wege zu gehen⁵⁰³. Das Ziel der Organisation lag darin, »les Français musulmans dans leur installation, leur reconversion et leur adaptation à la vie en métropole« zu unterstützen und »leurs droits matériels et moraux« zu verteidigen⁵⁰⁴. Damit verfolgte Laradji das gleiche Ziel wie die anderen Verbandsvorsitzenden. Allerdings setzte er auf Aufsehen erregende Aktionen, um dieses Ziel zu erreichen. Seine Handlungsstrategien unterschieden sich grundlegend von jenen der anderen Vertreter der muslimischen Repatriierten. Seine Strategie bestand darin, in möglichst hohem Maße das Interesse der französischen Öffentlichkeit an den Problemen dieser Gemeinde zu wecken. Hierzu war er auch bereit, den Weg des legalen Handelns zu verlassen.

Erstmals hatte Laradji noch vor der Gründung der CFMRAA mithilfe eines Hungerstreiks auf die Probleme der muslimischen Repatriierten aufmerksam gemacht. Im Frühjahr und Sommer 1975 führte Laradji gemeinsam mit anderen Akteuren verschiedene Aktionen durch, die die Grenzen der Legalität klar überschritten. Zunächst wurde die Verwaltung des Lagers von Bias für zwei Wochen besetzt. Am 19. Mai kam Laradji im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise an, das noch am selben Tag besetzt wurde. Bewaffnete Bewohner der Lager übernahmen die Kontrolle und gaben sie erst im Juni wieder ab. Das Ende dieser Besetzung bedeutete jedoch nicht das Ende der Unruhen. Nachdem zunächst am 16. Juni Oberst Deluc, der Präsident des CNMF, einige Stunden in seinem Büro im Staatsrat festgehalten worden war, wurde am 19. Juni der Direktor des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise im Rathaus von Saint-Laurent-des-Arbres als Geisel genommen und erst nach Verhandlungen zwischen

501 Ibid.

502 Vgl. zu Laradji und dessen Familie ROUX, *Les harkis*, S. 388–340; S. 162.

503 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFICI, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

504 Ibid.

den Geiselnehmern und dem Innenminister unter der Vermittlung von Laradji wieder in die Freiheit entlassen⁵⁰⁵.

Bei all diesen Aktionen war es die CFMRAA, in erster Linie Laradji selbst, der als Sprachrohr der Aufständischen auftrat und deren Forderungen und Zielsetzung formulierte. Der Verband gab an, mit seinen Aktionen gegen die in den Lagern und Walddörfern verfolgte Integrationspolitik zu demonstrieren. Gegenüber Pressevertretern behauptete der Sprecher des Verbands, die Demonstrationen der »jeunes gens et jeunes filles« richteten sich gegen den »esprit autocratique qui règne dans la > cité <«. Sie wünschten sich nichts sehnlicher, als mit ihren Familien endlich diese Orte zu verlassen, um sich wirklich in die nationale Gemeinschaft integrieren zu können⁵⁰⁶. Laradji hatte als Angehöriger der muslimischen Elite nie selbst in einem der Lager gelebt und trat somit für Anliegen ein, die nicht die seinigen waren. Trotzdem erklärte er sich zum Sprecher der ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer in den Lagern lebten, und warf der Regierung vor, durch ihr Integrationskonzept die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien segregiert zu haben. Der Verband kritisierte sowohl die Lebensbedingungen in den Lagern als auch die militärische Disziplin, der sich die Bewohner dort unterzuordnen hatten. Während die Verwaltung des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise besetzt war, organisierte die CFMRAA einen Tag der offenen Tür und lud die Öffentlichkeit ein, sich selbst ein Bild davon zu machen, »dans quelles conditions vivent en liberté très surveillée depuis 13 ans déjà, nos compatriotes *français musulmans*, anciens combattants de l'armée française avec leur nombreuses familles rapatriées d'Algérie«⁵⁰⁷.

In der Einladung zum Tag der offenen Tür hieß es weiter: »C'est sans doute pour les récompenser des nombreux services qu'ils rendirent à notre patrie que notre administration les a internés à la place de leurs anciens ennemis«⁵⁰⁸. Das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise hatte während des Algerienkriegs als Gefangenenlager für Mitglieder des FLN gedient⁵⁰⁹. Der Verband sah es als eine besondere Zumutung an, dass die ehemaligen Hilfssoldaten unter den gleichen Bedingungen untergebracht waren wie ihre einstigen Gegner. Er brachte mit der Frage, »*Resterons-ils* longtemps encore victimes de leur *loyauté* envers *la France*?« zum Ausdruck, dass man sie seit ihrer Ankunft in Frankreich für ihr Engagement auf französischer Seite bestrafe, anstatt sich dankbar

505 Vgl. zur Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 142.

506 Zitiert nach: Agitation au camp des harkis de Saint-Maurice (Gard), in: *Midi libre*, 20.5.1975 (Hervorh. i. Orig.).

507 CFMRAA. *Journée porte ouverte*, 24.5.1975, AN: vers. 19870256/7 (Hervorh. i. Orig.).

508 *Ibid.*

509 MOUMEN, *Camp de Rivesaltes*, S. 132.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zu zeigen⁵¹⁰. Er betonte damit, dass die Französische Republik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten in einer besonderen Schuld stehe, die sie bis jetzt noch nicht beglichen habe. Dies war Laradji zufolge nicht allein durch die Schließung der Lager möglich. Als die Behörden versuchten, den Aufstand zu beenden, indem sie allen Bewohnern, die das Lager von Saint-Maurice l'Ardoise verlassen wollten, eine Prämie von 4000 Franc und zusätzlich die Übernahme der Umzugskosten anboten, lehnte Laradji diesen Vorschlag im Namen aller Aufständischen ab. Man wolle »une solution nationale, la fermeture des camps, et l'intégration des familles de harkis à part entière dans la vie nationale«⁵¹¹. Er forderte die Integration aller »harkis«, jedoch ohne näher auf seine Vorstellungen von Integration einzugehen.

Laradji lenkte schließlich ein und beendete die Aufstände, nachdem die Regierung die Schließung aller Lager und Walddörfer angekündigt und auch Forderungen erfüllt hatte, mit denen Laradji seine eigene Position stärken wollte. Mithilfe der Geiselnahme in Saint-Laurent-des-Arbres plante er, neben der Schließung der Lager die Frage der interministeriellen Kommission zur Lösung der Probleme aller muslimischer Repatriierter voranzubringen⁵¹². Die Einrichtung dieser Kommission war bereits im Mai beschlossen worden. Es ging zu diesem Zeitpunkt nur noch um die genaue Ausgestaltung und um die Besetzung dieser Kommission⁵¹³. Laradji hoffte sein derzeitiges Ansehen als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten durch einen Sitz in dieser Kommission zu festigen. Ende August zog Laradji nach weiteren Unterredungen mit dem Innenminister eine positive Bilanz der verschiedenen Aktionen. Vor den Bewohnern des Lagers und Vertretern der Presse betonte er in Saint-Maurice-l'Ardoise, dass die Regierung die wichtigste Forderung erfüllt habe. Die muslimischen Repatriierten seien von nun an nicht mehr »émigrés«, sondern »Français à part entière«. Die Regierung zeige, dass sie den muslimischen Repatriierten vertraue, und gestehe ihnen das Recht zu, sich an der Lösung ihrer Probleme zu beteiligen. Im Gegenzug müsse man der Regierung Vertrauen schenken⁵¹⁴. Laradji erklärte mit diesen Worten das Ende der Proteste und

510 CFMRAA. Journée porte ouverte, 24.5.1975, AN: vers. 19870256/7 (Hervorh. i. Orig.).

511 Zitiert nach: Saint-Maurice-l'Ardoise: les harkis en colère, in: Le Méridional, 25.5.1975.

512 Vgl. L'affaire des fils de harkis, in: L'Aurore, 21.–22.6.1975.

513 Secretariat d'État auprès du Premier ministre, mission interministerielle pour les Français musulmans. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, AN: vers. 20090157/212.

514 Zitiert nach: Confiance réciproque entre les harkis et le gouvernement, in: Midi libre, 28.8.1975.

zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis. Er schrieb sich den Erfolg für die Gründung der nationalen Kommission zu, obgleich diese bereits zuvor beschlossen worden war. Ebenso wertete er die Schließung der Lager als Ergebnis des Protests, obwohl auch diese Entscheidung bereits zuvor getroffen worden war. Laradji und seine Mitstreiter hatten die Vorgänge lediglich beschleunigt⁵¹⁵.

Dass es Laradji in erster Linie um Selbstdarstellung ging, wird klar, da er trotz seiner Ankündigung, der Regierung zukünftig vertrauen zu wollen, kurz darauf die Borzani-Affäre nutzte, um die Aufstände mit neuen Forderungen fortzusetzen. Nachdem zunächst mehrere Algerier als Geisel genommen und im Lager von Bias festgehalten wurden, wurde ein Verantwortlicher der AA in das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise verschleppt⁵¹⁶. Die Entführer drohten, die Geisel gegebenenfalls zu erschießen⁵¹⁷. Die CFMRAA meldete sich zu Wort und warnte vor einer gewaltsamen Intervention der Polizei. Laradji verhandelte schließlich mit dem Innenminister, was zur Freilassung der Geisel führte⁵¹⁸. Bereits während der Aufstände von einem Journalisten mit dem Vorwurf konfrontiert, er handle in erster Linie im Interesse von Aktivisten der *Algérie française*, stellte Laradji klar, dass die »harkis« sich nicht für politische Zwecke instrumentalisieren ließen⁵¹⁹. Er wies damit den Vorwurf zurück, die Aktionen seien von Aktivisten der *Algérie française* gesteuert gewesen. Dass Laradji jedoch insbesondere bei den Aktionen vom September 1975 von extremistischen Verbänden und Gruppierungen der *Algérie française* unterstützt wurde, gilt als unumstritten⁵²⁰. Ob er dabei jedoch aus ideologischer Nähe zu diesen Akteuren handelte oder ob er die Gelegenheit nutzte, um sich selbst zu profilieren, ist noch weitgehend ungeklärt. Die Handlungsweisen Laradjis zeigen, dass er in seinem Handeln von dem Willen getrieben war, sich als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten zu profilieren, und dabei jede Gelegenheit nutzte, die sich ihm bot. Während er sich im Sommer 1975 in Kooperation mit revanchistischen Kräften der *Algérie française* gegen Vertreter des algerischen Staates und algerische Arbeitsmigranten stellte, suchte er später die Kooperation mit

515 Vgl. Kap. 3.1.

516 Vgl. hierzu PIERRET, *Les révoltes*, S.143–145.

517 D'anciens harkis séquestrent un responsable de l'Amicale des Algériens au camp de Bias, in: *Le Monde*, 19.8.1975.

518 Un dirigeant des Français musulmans est reçu au ministère de l'Intérieur, in: *Le Monde*, 20.8.1975.

519 Zitiert nach: *Confiance réciproque entre les harkis et le gouvernement*, in: *Midi libre*, 28.8.1975.

520 Vgl. hierzu Kap. 3.3.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

der algerischen Regierung, um seine Forderungen durchzusetzen⁵²¹. Es ging ihm in erster Linie darum, möglichst viel Unterstützung für möglichst aufsehenerregende Aktionen zu bekommen.

Die Vertreter anderer Verbände standen hinter Laradjis Forderungen, lehnten jedoch seine radikale Vorgehensweise ab. Offensiv verurteilte besonders Khiari als Vorsitzender des FNRFCI die Aktionen Laradjis, unter anderem da er selbst durch die Aktivitäten Laradjis ins Abseits gedrängt wurde. Selbst innerhalb seines eigenen Verbandes musste er seine Position neu behaupten, da die Mitglieder ihm vorwarfen, zu moderat und gesetzestreu aufzutreten. Gerade aufgrund der Erfolge, die Laradji mit seinen Aktionen verbuchen konnte, wurde innerhalb des FNRFCI vermehrt die Forderung nach spektakulären und auch gewalttätigen Aktionen laut. Um seine eigene Position zu festigen, ging Khiari im Frühjahr 1975 eine Union mit Kaberseli ein. Gemeinsam waren sie bemüht, Laradji wieder in den Hintergrund zu drängen⁵²². Als Giscard d'Estaing 1975 seinen Staatsbesuch in Algerien antrat, nutzten Khiari und Kheliff gemeinsam die Gelegenheit, um auf die Probleme der muslimischen Repatriierten hinzuweisen. Sie sprachen von einer »persistance du gouvernement français dans la politique d'abandon des harkis conduisant au pourrissement de leurs revendications par des promesses jamais tenues«⁵²³. In einer Pressemitteilung mahnten sie die französische Regierung, die aktuellen Versprechungen und Zugeständnisse auch tatsächlich einzuhalten. Sie warnten vor der Gefahr, die andernfalls von der Verbitterung der ehemaligen Hilfssoldaten ausgehen würde. Mit verschiedenen Telegrammen an hohe Regierungsvertreter versuchten sie zudem den Empfang einer Delegation wichtiger Vertreter der muslimischen Repatriierten beim Staatspräsidenten durchzusetzen⁵²⁴. Sie machten mit diesen Forderungen deutlich, dass sie die Interessen der muslimischen Repatriierten und insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten in Kooperation mit der Regierung durchzusetzen gedachten. Damit versuchten sie sich als moderates Gegengewicht zu Laradji zu etablieren, dessen »violences verbales et les gesticulations inutiles« Khiari offiziell verurteilte⁵²⁵.

Laradji setzte währenddessen seinen Konfrontationskurs fort. Hatte der Innenminister nach der Entführung Belfadels im September zunächst Straffreiheit für die Entführer verkündet, um weitere Spannungen zu vermeiden, kün-

⁵²¹ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

⁵²² Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, ibid.

⁵²³ Ibid.

⁵²⁴ Ibid.

⁵²⁵ Ibid.

digte er kurze Zeit später an, dass doch Strafverfahren eingeleitet würden⁵²⁶. Als Reaktion darauf lud Laradji Pressevertreter nach Saint-Maurice-l'Ardoise ein, um folgende Drohung zu verbreiten: »Nous reclamons un non-lieu dans le plus bref délai. Dans le cas contraire, les incidents seront plus graves et seront susceptibles de modifier les relations franco-algériennes«⁵²⁷. Es blieb nicht bei einer Drohung. Im Januar 1976 unternahm er in Perpignan den Versuch, den algerischen Konsul zu entführen⁵²⁸. Diese Aktion hatte zur Folge, dass er gemeinsam mit seinen Mitstreitern in Untersuchungshaft kam. Obwohl viele Vertreter der muslimischen Repatriierten ihm kritisch gegenüberstanden, setzten sich verschiedene wichtige Angehörige der muslimischen Elite für seine Freilassung ein. Unter anderem meldete sich *bachaga* Boualam zu Wort, der immer mehr in den Hintergrund getreten war und jüngeren Vertretern wie Laradji und Khiari das Wort überlassen hatte. Er wandte sich in einem offenen Brief direkt an den Staatspräsidenten und appellierte an dessen Sympathie für die muslimischen Repatriierten und an dessen Verständnis für deren Probleme. Er räumte zwar ein, Laradji und seine Mitstreiter hätten die Gesetze der Französischen Republik nicht beachtet, verwies jedoch darauf, dass kein Blut geflossen sei und sie zudem aus purer Verzweiflung gehandelt hätten. Monatelang hätten sie mit allen Mitteln versucht, die Aufmerksamkeit der Regierung und der Öffentlichkeit auf »le triste sort de leurs frères malheureux« zu lenken⁵²⁹. Boualam stilisierte Laradji zum Märtyrer, der im Gefängnis saß, da er für die Interessen der Hilfssoldaten eingetreten sei und gezwungen gewesen sei, zu radikalen Mitteln zu greifen, um erhört zu werden.

Die Inhaftierung Laradjis war für Boualam ein Indiz dafür, dass die muslimischen Repatriierten nicht wie »Français à part entière« behandelt würden. Er verglich die Aktionen Laradjis mit den Aktivitäten der Separatisten Korsikas. Im Sommer 1975 hatte der korsische Aktivist Edmond Simeoni mit einer Geiselnahme in der korsischen Kommune Aléria die korsische Frage auf die Tagesordnung der französischen Politik gebracht⁵³⁰. Simeoni und seine Mitstreiter seien viel weiter gegangen als Laradji und hätten tatsächlich Blut vergossen, schrieb Boualam. Dennoch würden diese im Gegensatz zu Laradji und seinen Mitstreitern nicht wie normale Verbrecher behandelt, sondern hätten das Recht

526 PIERRET, *Les révoltes*, S. 146.

527 Zitiert nach: Harkis: M. Laradji menace..., in: *Midi libre*, 13.9.1975.

528 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

529 Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: *France-Horizon* 174 (1976), S. 8.

530 Emmanuel BERNABÉU-CASANOVA, *Le nationalisme corse. Genèse, succès et échec*, Paris 1997, S. 121–123.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

auf eine Spezialbehandlung⁵³¹. Während Edmond Simeoni, Aktivist der korsischen Separatisten, sich für seine gewaltsamen Aktion vom Sommer 1975 vor dem 1963 für politische und terroristische Straftaten eingerichteten Strafgerichtshof der Staatssicherheit verantworten musste und somit als politischer Täter anerkannt wurde, hatte Laradji sich vor einem Strafgericht zu verantworten⁵³². Dies wertete Boualam als Affront, da der politische Hintergrund von Laradjis Taten strafrechtlich nicht anerkannt werde, und warf dem Präsidenten vor, Laradji nicht das Recht auf Gleichbehandlung zugestehen, da er Muslim sei⁵³³. Für Boualam stand fest, dass Laradji nicht aus Eigennutz gehandelt hatte, sondern die Interessen »de dizaines de milliers de familles françaises d'origine musulmane« vertreten habe, denen Frankreich »l'accueil qu'elle doit à tous ses enfants« versprochen habe⁵³⁴. Boualam nutzte die Verhaftung Laradjis, um den Präsidenten mit der mangelhaften Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien zu konfrontieren. Er warf ihm vor, diese mangelhafte Integration liege daran, dass die Gruppe der Muslime in Frankreich nicht gleichbehandelt würden.

Mit seinem Vorwurf, Muslime aus der Republik auszuschließen, unterstrich Boualam die hybriden Identitäten der muslimischen Elite. Wie Boualam in seinen Schriften und durch sein Handeln verdeutlichte, fühlten sich die Vertreter der muslimischen Elite als Bürger der Französischen Republik, die sich jedoch zugleich durch eine »personnalité algérienne« auszeichneten, für die der Islam ein wichtiger Bestandteil war. Vertreter der Elite wie Boualam betonten, sich diese »personnalité algérienne« auch in Frankreich bewahren zu wollen, und zeigten ihre hybriden Identitäten nach außen. Den Islam verstanden sie als Teil der Französischen Republik, weshalb sie forderten, diesem einen Platz in Frankreich einzuräumen. Die Vertreter der muslimischen Elite beteiligten sich nicht an der Integrationspolitik für die ehemaligen Hilfssoldaten, die die Regierung mit Unterstützung ehemaliger kolonialer Akteure durchführte. Gegen die angestrebte erzwungene Assimilation setzten sie sich zur Wehr. Benaïssa bezeichnete die staatliche Politik gegenüber den Hilfssoldaten als erniedrigend. Auch die Anfang der 1970er Jahre hervortretende neue Generation der muslimischen Elite äußerte diese Kritik. Laradji wandte sich mit seinen Aktionen in erster Linie gegen die Entmündigung und gegen die Segregation der ehemaligen Hilfssoldaten in den Lagern und Walddörfern. Ebenso wie

⁵³¹ Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: *France-Horizon* 174 (1976), S. 8.

⁵³² BERNABÉU-CASANOVA, *Le nationalisme corse*, S. 123.

⁵³³ Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: *France-Horizon* 174 (1976), S. 8.

⁵³⁴ *Ibid.*

andere Vertreter der muslimischen Elite forderte er, allen muslimischen Repatriierten auf Augenhöhe zu begegnen und ihre hybriden Identitäten anzuerkennen.

Nachdem die Schließung der Lager und Walddörfer 1975 beschlossen worden war, blieben für die muslimische Elite zwei Themen im Zusammenhang mit der Integration der muslimischen Repatriierten von Bedeutung. Neben der Frage, wie der Islam in die Französische Republik integriert werden könne, gewann das Thema Rassismus an Bedeutung. Durch die Verhaftung Laradjis verlor die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten ihr selbst ernanntes Sprachrohr. Dadurch entstand ein Machtvakuum, das Abdelkader Barakrok zu nutzen versuchte, um zur Einheit aller muslimischer Repatriierten aufzurufen. Barakrok gehörte zu der Generation, die bereits zur Kolonialzeit wichtige politische Funktionen übernommen hatte und deren politische Karriere sich nach 1962 nahtlos fortsetzte. Bereits 1957 war er zum Staatssekretär für Algerien ernannt worden. Nach dem Ende der Kolonialzeit hatte er das Amt des Generalinspektors für öffentliche Gesundheit übernommen, das er lange Jahre ausübte. Bereits 1972 hatte er den Verband *Union pour la défense et l'entr'aide des originaires d'Algérie* mit dem Ziel gegründet, die muslimischen Repatriierten zu vereinen. Sein Hauptanliegen war es, sich für den Islam in Frankreich einzusetzen. Er betonte stets, dass der Islam in Frankreich zahlenmäßig an der zweiten Stelle stehe. Deshalb müsse er innerhalb der Französischen Republik eine entsprechende Bedeutung bekommen. Hierzu sei ihm zufolge in erster Linie ein Ausbau der Moscheen nötig. Der 1972 von Barakrok gegründete Verband konnte nur wenige Erfolge verzeichnen. Dennoch blieb Barakrok aufgrund seiner politischen Position eine bedeutende Ansprechperson der Regierung für Fragen, die die muslimischen Repatriierten betrafen. Er wurde 1975 zum Mitglied der interministeriellen Kommission ernannt⁵³⁵.

Die Autorität, die er durch die Mitgliedschaft in der interministeriellen Kommission bekam, versuchte Barakrok für die Vereinigung der muslimischen Repatriierten unter seiner Führung zu nutzen. Er wandte sich im Juni 1976 gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der muslimischen Elite in einem Rundschreiben an seine »compatriotes«, um eine »large consultation au sein de toutes les couches de notre communauté« zu organisieren und ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung der spezifischen Probleme der muslimischen Repatriierten zu besprechen. Die Zersplitterung der Gemeinschaft, die schon mehr als zehn Jahre andauere, müsse beendet werden⁵³⁶. In einer Pressemitteilung präzierte Barakrok seine Ziele. Einleitend hielt er fest, dass sie sich alle als Franzo-

⁵³⁵ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des renseignements généraux. Note, 9.7.1976, AN: vers. 20090157/212.

⁵³⁶ Rundschreiben unterzeichnet Barakrok etc., 20.6.1976, *ibid*.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sen verstünden, jedoch ohne ihre Wurzeln und die damit verbundenen Werte zu verneinen. Er betonte, die Französische Republik beruhe der Idee nach auf Gleichheit und Freiheit, die muslimischen Repatriierten würden jedoch häufig lediglich als »Français nominaux« angesehen. Er räumte ein, dass die Regierung nicht zuletzt dank des Engagements einzelner Vertreter ihrer Gemeinschaft auf sie zugegangen sei. Noch immer bestünden jedoch zu viele Hindernisse. Zudem würden die Zugeständnisse schrittweise wieder beschnitten. All dies spiegele »une image déformée de la nation française et de ses meilleures traditions« wider⁵³⁷. Barakrok verdeutlichte in der Pressemitteilung, dass er die Werte der Französischen Republik teile, allerdings nicht ohne sich gleichzeitig seiner nordafrikanischen Wurzeln bewusst zu sein. Er sah hierin keinen Widerspruch, sondern machte das Vorgehen der Regierungen seit 1962 dafür verantwortlich, dass sich die muslimischen Repatriierten noch immer nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger fühlten. Schuld daran seien jedoch auch die muslimischen Repatriierten selbst, die unfähig seien, eine Solidargemeinschaft zu bilden und sich ihrer wahren Probleme bewusst zu werden. Er hob deshalb seinen »vif souhait de voir aboutir notre projet de large et indispensable concertation« hervor⁵³⁸.

Der Versuch Barakroks, die muslimischen Repatriierten zu einen, scheiterte. Obwohl sie ansonsten selten einer Meinung waren, sprachen sowohl Laradji als auch Khiari ihm das Recht ab, als Vertreter aller muslimischen Repatriierten aufzutreten. Beide prangerten seine Berufung in die interministerielle Kommission mit der Begründung an, er habe sich mehr als zehn Jahre lang nicht für diejenigen interessiert, die dringend Hilfe gebraucht hätten: die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Barakrok symbolisierte für Khiari und Laradji eine vergangene, von Paternalismus geprägte Epoche⁵³⁹. Sie bezeichneten ihn als »homme politique du passé et même dépassé«⁵⁴⁰. Laradji und Khiari grenzten sich mit diesen Aussagen von den alten Eliten ab und machten deutlich, dass sie es als Aufgabe der neuen Generation – das heißt, ihrer eigenen – betrachteten, für die muslimischen Repatriierten zu sprechen. Khiari beschloss aus diesem Grund, ebenfalls einen Aufruf zur Vereinigung der Gemeinschaft und zur Überwindung der Differenzen zu starten. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Ende des Ramadans lud er im September 1976 zu einem

537 Communiqué (projet de texte), Juni 1976, *ibid.*

538 *Ibid.*

539 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note, 9.7.1976, *ibid.*

540 Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Le regroupement des associations de Français musulmans, Sep. 1976, *ibid.*

Einheitskongress ein⁵⁴¹. Er hoffte Vertreter möglichst vieler Verbände an einen Tisch zu bringen, um der bisherigen Zersplitterung der Gemeinschaft entlang ethnischer Differenzen, beruhend auf Klanrivalitäten oder auf Konkurrenzkämpfen Einzelner, ein Ende zu bereiten. Khiari betonte, welche Macht sie haben könnten, wenn sie als Gemeinschaft aufträten⁵⁴². Er rief alle muslimischen Repatriierten dazu auf, durch ihre Stimmabgabe diese Macht zu nutzen. Muslimische Repatriierte sollten sich nach Möglichkeit für die Kommunalwahlen 1977 aufstellen lassen. Es sei dabei wichtig, sich gemeinsam für eine Partei zu entscheiden. Welche Partei dies sein solle, gab er nicht an. Letztendlich solle man sich für die Partei entscheiden, die sich tatsächlich bereit zeige, die Forderungen der muslimischen Repatriierten zu erfüllen⁵⁴³.

Indem er die Handlungsstrategie vorgab, reklamierte Khiari zugleich eine Führungsposition für sich. Diese Position konnte er jedoch nicht behaupten. Viele wichtige Vertreter der Gemeinschaft waren der Einladung nicht gefolgt. Laradji etwa war bei dem Kongress nicht anwesend und war nicht bereit, die Handlungsstrategie Khiaris oder dessen Anspruch auf eine Führungsposition zu akzeptieren. Letztlich gelang es Khiari lediglich, die Verbindung zu Kheliff zu festigen sowie den Verband Association des rapatriés français musulmans unter Mohammed Benkouda zu absorbieren⁵⁴⁴. Obgleich Khiari zeitgleich auch innerhalb seines eigenen Verbandes auf Kritik stieß, die sich gegen seinen autoritären Führungsstil, seine Nähe zur extremen Rechten in Frankreich sowie seine Bevorzugung von aus der Kabylei stammenden muslimischen Repatriierten richtete, konnte er dennoch nach außen seine Führungsposition behaupten. Im Mai 1977 empfing der Staatssekretär für Repatriierte, Jacques Dominati, Khiari und weitere Vertreter seines Verbandes. Im Oktober desselben Jahres empfing Staatspräsident Giscard d'Estaing eine Delegation von Vertretern der Repatriiertenverbände im Elyseepalast. Als einzigen Vertreter der muslimischen Repatriierten lud er Khiari hierzu ein⁵⁴⁵. Diese Einladung stärkte Khiaris Position entscheidend. Im Dezember wurde er zum Mitglied der interministeriellen Kommission ernannt, deren Mitgliedschaft Laradji durch seine nach 1975 durchgeführten Aktionen verwirkt hatte. Khiari konnte sich so im Konkurrenzkampf mit Laradji durchsetzen⁵⁴⁶.

541 Ibid.

542 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Congrès du FNRFICI à Joinville (Haute-Marne), 29.9.1976, ibid.

543 Ibid.

544 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFICI, Dez. 1978, ibid.

545 Ibid.

546 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Andere Vertreter der muslimischen Elite beobachteten kritisch den Machtkampf zwischen Laradji und Khiari. Kheliff betonte, er habe seinen Verband weder gegründet, um mit anderen in Konkurrenz zu treten, noch um einen wichtigen Platz in der Verwaltung zu erhalten, sondern lediglich um »une aide morale, administrative, sociale et éducative aux ACFCI [anciens combattants français de confession islamique] dignes de l'acquisition du ›titre‹ de Français« zu leisten⁵⁴⁷. Sein Verband leiste konkrete Arbeit, die sich grundlegend von den »fanfaronnades de tribuns de pacotille« unterscheide, die versuchten, ihr persönliches Machtstreben hinter »manifestations culinaires ou agressives« zu verbergen, die keine Probleme lösen, sondern lediglich »leur goût plus que douteux du spectacle« befriedigen würden⁵⁴⁸. Mit diesen Worten warf er seinen Mitstreitern vor, in ihrem persönlichen Machtkampf die konkrete inhaltliche Arbeit zu vernachlässigen. Mit ihren Eitelkeiten und dem damit verbundenen Verhalten erschwerten sie die Unterstützung für die ehemaligen Hilfssoldaten, die dringend Hilfe benötigten, und stünden derer Integration im Weg, schrieb Kheliff in einem Rundschreiben⁵⁴⁹.

Kheliff betonte wiederholt, er wolle, ohne mit anderen Vertretern der Gemeinschaft zu konkurrieren, in Kooperation mit der Regierung die Situation aller muslimischen Repatriierten, insbesondere die der ehemaligen Hilfssoldaten, verbessern. Er zeigte sich sehr zufrieden mit der Arbeit der aktuellen Regierung und war davon überzeugt, dass die 1975 eingesetzte interministerielle Kommission langfristig die Integration ihrer Gemeinschaft verbessern würde. Besonders überzeugte ihn Jacques Dominati, der Vorsitzende der Kommission. Dessen Rede vom Oktober 1977, in der dieser »ceux qui sont morts pour avoir voulu être français et dont le croissant sur les tombes voisine avec la croix« als »Français par le sang versé« würdigte, hatte Kheliff überzeugt⁵⁵⁰. Mit dieser Rede hatte Dominati nicht nur die Opfer der muslimischen Soldaten hervorgehoben, die sich durch ihren Einsatz ihren Platz in der französischen Nation gesichert hätten, sondern auch auf die Brüderlichkeit zwischen muslimischen und christlichen Franzosen verwiesen. Diese Brüderlichkeit zwischen Franzosen aller Konfessionen zog sich wie ein Leitmotiv durch die Äußerungen Kheliffs. Für ihn war die Religion der muslimischen Repatriierten von großer Bedeutung. »La communauté musulmane, française par son statut civil« verleugne niemals »la religion de ses aïeux«, schrieb er 1980 in dem Organ seines Verbandes. Sie versuche vielmehr »l'héritage spirituel et moral« ihrer Religion

⁵⁴⁷ Correspondance UNACFCI-CNMF, 28.1.1977, AN: vers. 20120054/96.

⁵⁴⁸ Ibid.

⁵⁴⁹ Ibid.

⁵⁵⁰ Zitiert nach: Rapport moral de l'UNACFCI, 31.1.1979, ibid.

zu bewahren⁵⁵¹. Wie Barakrok setzte er sich ebenfalls dafür ein, dem Islam einen Platz in Frankreich einzuräumen. Er übte in der Gegend von Lyon, wo er lebte, Druck auf die Behörden aus und erreichte, dass auf den Friedhöfen von Villeurbanne, von Lyon und von Vennissieux Muslime separiert nach den Regeln des Islams bestattet werden konnten⁵⁵².

Für Kheliff war die Brüderlichkeit zwischen beiden Religionsgemeinschaften nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Regierung dem Islam ein Platz im Staat einräume. Er verlangte von der Regierung, am Konzept der Religionsfreiheit festzuhalten und den Mitgliedern aller Religionsgemeinschaften die Möglichkeit einzuräumen, ihre Religion in Frankreich frei auszuüben. In besonderem Maße sah Kheliff die Vertreter der Französischen Republik hierbei den muslimischen Repatriierten gegenüber in der Verantwortung, da Frankreich diesen zu besonderem Dank verpflichtet sei. Die Regierung sollte mit klaren Zeichen verdeutlichen, dass der Islam eine Religion sei, die nicht im Widerspruch zu den universalistischen Werten der Republik stehe⁵⁵³. Solche Zeichen hielt Kheliff für notwendig, da er der französischen Gesellschaft einen »racisme instinctif et latent qui se traduit dans les faits quotidiens par des attitudes méprisantes, des vexations verbales, refus d'emploi ou de logement« zuschrieb⁵⁵⁴. Die Ursache dieses Rassismus sah Kheliff in einem mangelnden Verständnis der französischen Mehrheitsgesellschaft für den islamischen Glauben. Insbesondere fehle mehrheitlich ein Bewusstsein für den Kampf zahlreicher Muslime in verschiedenen Kriegen an der Seite Frankreichs. Er habe umso weniger Verständnis für diskriminierendes Denken und Handeln, wenn es sich gegen »les anciens militaires ou supplétifs pour qui il était plus facile de mourir pour la France que de se faire accepter par les Français« richte⁵⁵⁵.

Auch innerhalb des FNRFCI konzentrierten sich die entscheidenden Akteure nach den Ereignissen von 1975 auf den zunehmenden Rassismus in Frankreich sowie auf die mangelnde Toleranz gegenüber dem Islam. Khiari lenkte immer wieder die Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen auf Zwischenfälle, bei denen ein rassistischer Hintergrund vermutet wurde. Im Juni 1976 wandte er sich mit einem Schreiben an den Innenminister, um diesen auf einen Vorfall von vermeintlich rassistisch motivierter Polizeigewalt gegen einen ehemaligen Hilfssoldaten in Besançon hinzuweisen. Er verwies darauf, wie wichtig die Aufklärung solcher Zwischenfälle sei, damit alle muslimischen

551 Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

552 Correspondance UNACFCI-CNMF, 2.3.1979, AN: vers. 20120054/96.

553 Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

554 Rapport moral de l'UNACFCI, 31.1.1978, AN: vers. 20120054/96.

555 Ibid.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Repatriierten endlich »la place qu'ils méritent au sein de la nation« finden könnten⁵⁵⁶. Es war jedoch nicht Khiari, der dem Thema innerhalb des FNRFICI Vorrang einräumte, sondern Hachemi Bounini, dem es im Frühjahr 1979 gelang, sich gegen Khiari durchzusetzen und den Vorsitz des Verbandes zu übernehmen. Bounini stand wie Khiari im Gegensatz zu vielen Vertretern der muslimischen Elite nicht in einer langen Familientradition an der Seite Frankreichs. Er hatte Algerien bereits 1956 verlassen und war in Frankreich in die französische Armee eingetreten, um dort die Offiziersschule zu besuchen. Bis 1969 hatte er teils in Frankreich, teils in Deutschland in den Reihen der französischen Armee gedient, bevor er den Dienst quittiert hatte und nach Algerien zurückgekehrt war. Dort wegen Spionage verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, kam er 1973 wieder nach Frankreich. Seine Bitte, wieder in die französische Armee aufgenommen zu werden, wurde abgelehnt, woraufhin er zunächst in der Privatwirtschaft als Verwaltungsmanager und schließlich in einer Firma in Lyon als Personalleiter mit Zuständigkeit für Personal mit Migrationshintergrund tätig war⁵⁵⁷. Sein Lebenslauf wies durchaus Parallelen mit dem Khiaris auf. Wie Khiari achtete auch Bounini stets darauf, nicht mit den Hilfssoldaten gleichgesetzt zu werden. Als er in einem Artikel in »L'Express« als »harki« bezeichnet wurde, fühlte er sich durch diese Bezeichnung angegriffen und setzte durch, dass die Zeitschrift einige Wochen später eine Richtigstellung abdruckte. In dieser war zu lesen, Bounini setze sich zwar seit Jahren für die Hilfssoldaten ein, er selbst habe jedoch als Offizier in der französischen Armee gedient⁵⁵⁸.

Bereits bevor es ihm gelungen war, den Posten des Verbandspräsidenten zu übernehmen, richtete Bounini 1978 als Sprecher des FNRFICI einen Brief an den Präsidenten der Republik, um auf drei Morde an jungen muslimischen Repatriierten zu verweisen, die er als rassistisch motiviert einstufte. Bounini machte auf die Unruhe aufmerksam, die diese Taten in der Gemeinschaft hervorgerufen hatten, und bat den Präsidenten, für eine sorgfältige Untersuchung der Fälle Sorge zu tragen. Gleichzeitig warnte er vor einer Gewaltspirale, die ein »réflexe d'autodéfense« unter den muslimischen Repatriierten loslösen könne⁵⁵⁹. Es verging weniger als ein Jahr, bevor Bounini diese Warnung öffent-

556 FNRFICI – Monsieur le ministre d'État, ministre de l'Intérieur, 10.6.1976, AN: vers. 20090157/212.

557 Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz. Hachemi Bounini, 23.6.1992, *ibid.*

558 H. Bounini, président national du FNRFICI. Mosquée, in: L'Express, 1.12.1994.

559 FNRFICI – monsieur le président de la République, 14.9.1978, AN: vers. 20090157/212.

lich wiederholen sollte. Nachdem im Juli 1979 eine junge muslimische Repatrierte von Polizisten verletzt worden war, ging Bounini, nun als Präsident des FNRFICI, gemeinsam mit Kaberseli und Boualam an die Öffentlichkeit und verurteilte das Vorgehen der Polizei. Sie betonten, dass sie als muslimische Repatrierte diese »véritables ratonnades« vonseiten der Polizeikräfte nicht länger tolerieren würden, und warfen den französischen Polizeikräften rassistisches Handeln vor⁵⁶⁰.

Das gemeinsame Auftreten von drei Vertretern der muslimischen Elite ließ hoffen, dass diese sich unabhängig von persönlichen Rivalitäten auf die gemeinsamen Ziele konzentrieren würden. Zu Beginn des Jahres 1982 verstarb *bachaga* Boualam, der wohl wichtigste Vertreter der muslimischen Elite, der über mehrere Jahrzehnte hinweg der wichtigste Repräsentant der Gemeinschaft gewesen war. Einstimmig bekundete die Gemeinschaft ihre Trauer und zollte Boualam Respekt. Man war sich darüber einig, dass der Tod Boualams, wie Khelif es formulierte »toute la communauté des Français musulmans« träfe⁵⁶¹. Kaberseli erklärte jedoch zugleich, dass die muslimischen Repatrierten eine Gemeinschaft erwachsener Menschen darstelle, die keinen Fürsprecher benötigten, sondern selbständig agieren könnten⁵⁶². Die Hoffnung, Bounini, Kaberseli und Khelif würden sich zukünftig mehr auf das Erreichen gemeinsamer Ziele konzentrieren, wurde unter anderem deshalb genährt, da sich alle drei gegen den Rassismus in Frankreich ausgesprochen hatten und somit auf den ersten Blick alle die gleichen Ziele verfolgten. Bei genauerer Betrachtung wurden aber Differenzen sichtbar, die die Zusammenarbeit immer wieder erschwerten.

Als sich 1981 durch den Sieg Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen und die Erfolge der sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen ein Politikwechsel abzeichnete, waren auch die Vertreter der muslimischen Elite gezwungen, sich politisch neu zu positionieren. Khelif wiederholte zu diesem Anlass seine politische Neutralität. Als guter demokratischer Bürger sei er zur Loyalität gegenüber dem gewählten Präsidenten und seiner Regierung verpflichtet. Man müsse unvoreingenommen mit dieser neuen Regierung verhandeln⁵⁶³. Diese Offenheit gegenüber der neuen sozialistischen Regierung lässt sich auch damit erklären, dass es große Schnittmengen zwischen dem Weg gab, den Mitterrand von Beginn an in der Frage der Integrationspolitik beschritt, und den von Khelif vertretenen Vorstellungen von Integration. Insbesondere da die

⁵⁶⁰ Zitiert nach: Bounini, Kaberseli et le *bachaga* Boualam constituent un »front commun«, in: *Le Monde*, 19.7.1979.

⁵⁶¹ *Le bachaga Boualam est mort*, in: *Français musulmans* 24 (1982).

⁵⁶² *Bachaga, nous voilà*, in: *Le Clin d'œil* 5 (1982).

⁵⁶³ *Le mot du président*, in: *Français musulmans* 24 (1982).

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Sozialisten planten, der kulturellen und religiösen Besonderheit der Muslime in Frankreich viel Platz einzuräumen, erhielten sie die Zustimmung Kheliffs. Mitterrand hatte bereits im Wahlkampf gegenüber Kheliff angekündigt, dass er beabsichtige, die Pilgerfahrt nach Mekka zu erleichtern. Kheliff wertete diese Maßnahme als Beitrag zu einer Politik, in deren Rahmen Frankreich allen religiösen Gemeinschaften, im Besonderen jedoch den Muslimen, denen es Anerkennung und Respekt schulde, erlaube, ihre Identität zu bewahren und ihre Religion frei auszuleben⁵⁶⁴. Kheliff begrüßte nicht nur die Entscheidungen der sozialistischen Regierung, sondern gestaltete auch aktiv deren Politik mit. Vom sozialistischen Verteidigungsminister Charles Hernu erhielt er eine positive Antwort auf die Anfrage, ob man nicht die muslimischen Soldaten an den muslimischen Feiertagen freistellen könne. Eine entsprechende Regelung trat bereits im Januar 1982 in Kraft. Muslimen in der Armee wurden fünf Tage zusätzlicher Urlaub für religiöse Feiertage gewährt⁵⁶⁵. Auch die Maßnahmen der Regierung zur Integration der zweiten Generation unterstützte Kheliff. Das im Jahr 1983 vom Staatssekretariat für Repatrierte eingeführte Praktikumsprogramm, das jungen Muslimen die Besonderheiten des *halal*-Marktes nahebringen und ihre Arabischkenntnisse stärken sollte, lobte er ausdrücklich⁵⁶⁶.

Kaberseli und Bounini zeigten sich ebenfalls in einigen Punkten zufrieden mit der Politik der sozialistischen Regierung. Kaberseli sah die Tatsache, dass die neue Regierung den Muslimen in Frankreich mehr Platz in Politik und Öffentlichkeit einräumte, zunächst als Chance an. Obwohl er einen deutlichen Unterschied machte zwischen denen, die aufgrund ihres Engagements an der französischen Seite von Algerien nach Frankreich gekommen waren, und den »Français musulmans-immigrés«, räumte er ein, dass die Grenzen zwischen beiden Gruppen langsam verschwammen und auch zahlreiche Einwanderer der zweiten Generation französische Staatsbürger waren. Dies sah er zu diesem Zeitpunkt als Chance an. Es entstehe langsam ein Bewusstsein dafür, dass inzwischen 300 000 bis 400 000 Söhne und Töchter von Algeriern und anderen Nordafrikanern Franzosen seien. Dadurch werde auch der Islam zunehmend zum gesellschaftlichen Thema, was die muslimischen Repatrierten nutzen könnten, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen⁵⁶⁷. In dem Organ seines Verbandes »Le Clin d'œil« veröffentlichte er einen Artikel über die Probleme der muslimischen Repatrierten der zweiten Generation und plädierte dafür,

⁵⁶⁴ Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

⁵⁶⁵ Brief des Verteidigungsministers Charles Hernu an Rabah Kheliff, abgedruckt in: Français musulmans 24 (1982).

⁵⁶⁶ Emploi. Un exemple d'action menée: le marché halal, *ibid.*

⁵⁶⁷ Clés pour une meilleure compréhension du problème des Français musulmans, in: Le Clin d'œil 5 (1982).

deren kulturelle und religiöse Besonderheiten anzuerkennen. Die muslimischen Repatriierten hätten nie die gleichen Rechte und Möglichkeiten bekommen wie die europäischen Repatriierten. Aus diesem Grund stehe nun auch noch die zweite Generation vor großen Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, dürfe man Integration nicht mit Assimilation gleichsetzen. Für die meisten Jugendlichen spiele die Kultur ihrer Eltern eine wichtige Rolle, umso mehr, als sie die französische Kultur oftmals ablehnten, die sie mit Ausgrenzung und rassistisch motivierter Gewalt in Verbindung brächten. In diesem Sinne plädierte Kaberseli dafür, bereits im Bildungssystem den hybriden Identitäten der muslimischen Repatriierten Raum zu geben. So könne nicht nur ihr Identitätskonflikt aufgelöst, sondern gleichzeitig auch dem verbreiteten Schulversagen begegnet werden⁵⁶⁸.

Ogleich Kaberseli mit seiner in den frühen 1980er Jahren geäußerten Vorstellung auf der Linie der sozialistischen Integrationspolitik lag, blieb er auf Distanz zur sozialistischen Partei. Zunächst kritisierte er lediglich die konkrete Umsetzung der Politik. Die Regierung mache viele Versprechungen, die Situation der muslimischen Repatriierten bleibe jedoch unverändert und die brüderliche Gesellschaft, die die sozialistische Regierung zu realisieren vorgab, bleibe ein weit entferntes Ziel⁵⁶⁹. Im Laufe der Präsidentschaft Mitterrands griff Kaberseli zu immer deutlicheren Worten, um die Politik des PS zu kritisieren. Als die sozialistische Regierung 1994 das Projekt in Angriff nahm, in Algerien von islamistischem Terror bedrohten Intellektuellen politisches Asyl in Frankreich zu gewähren, warf Kaberseli dem PS vor, Parteigänger des FLN, »les fellouzes et ses amis«, auf die Seite der Guten zu stellen und gleichzeitig die ehemaligen Hilfssoldaten zu vernachlässigen. Die Regierung heiße »de gens haineux à l'égard de la France qui les nourrit« in Frankreich willkommen und gebe zugleich »des miettes aux anciens harkis qui se sont battus pour cette même France«⁵⁷⁰. Er bediente sich hier der revanchistischen Rhetorik, die der FN seit den 1980er Jahren in zunehmender Lautstärke vertrat. Um sich gegen ein politisches Asyl für algerische Intellektuelle auszusprechen, unterschied Kaberseli zwischen »nationaux« und »ennemis de la France«⁵⁷¹. Dabei war für ihn die französische Staatsbürgerschaft offensichtlich kein ausreichendes Kriterium mehr, um als »nationaux« zu gelten. Er sah auch die *beurs*, die mehrheitlich über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, nicht als Teil der französischen Gesellschaft an, was er damit begründete, dass sie einen mangelnden

568 Deuxième génération des Français musulmans, un problème national, in: Français musulmans 25 (1982).

569 Pas de solution dans le ghetto, in: Le Clin d'œil 5 (1982).

570 Politically correct, in: Le Clin d'œil 83 (1994).

571 Accueil des fells, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Integrationswillen an den Tag legten. Sie hielten zu sehr an ihrer Kultur und an religiösen Riten fest⁵⁷². Er zog damit nicht nur deutlicher als noch zu Beginn der 1980er Jahre eine Trennlinie zwischen den algerischen Migranten und denjenigen, die im Algerienkrieg auf französischer Seite gestanden hatten; auch seine Vorstellung von Integration hatte sich gewandelt. Als »nationaux« konnten demnach nur diejenigen gelten, die nicht nur über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, sondern auch einen ausreichenden Willen zur Integration bewiesen. Er rückte damit näher an das Konzept der Assimilation heran, das die Regierung nach 1962 verfolgt hatte.

Kaberseli rückte mit seinem Diskurs Anfang der 1990er Jahre in die Nähe des FN, mit dem er offen sympathisierte. Er verteidigte wiederholt Le Pen und seine Partei vor den seiner Meinung nach nicht gerechtfertigten Angriffen der linken »police de pensée«. Er sah in Frankreich ein Klima des blinden Hasses um sich greifen, der sich gegen die Partei Le Pens richte. Kaberseli bestritt, dass der FN rassistische Politik betrieb und Angst vor einer »Islamisierung« Frankreichs schüre. Er sah beide Vorwürfe entkräftet, da sich die Partei für die muslimischen Repatriierten einsetzte. Stets hätten sich Vertreter der Partei für die hungerstreikenden Hilfssoldaten interessiert, während andere Parteien diese ignoriert hätten. Zudem könne der FN allein deshalb nicht seine Politik auf Rassismus aufbauen, da in seinen Reihen auch Muslime antraten⁵⁷³. Kaberseli ging so weit, den FN als Interessensvertretung der muslimischen Repatriierten zu bezeichnen. Aus diesem Grund wertet er die Angriffe auf die Partei als Angriffe auf seine Gemeinschaft. Man wolle den FN marginalisieren, um weiterhin den muslimischen Repatriierten den Zugang zur politischen Landschaft zu verwehren⁵⁷⁴.

Auch Bounini rückte Anfang der 1990er Jahre in die Nähe des FN. Zuvor ließ er sich keiner politischen Richtung zuordnen. Er selbst bezeichnete sich als unpolitisch und verwehrt sich auch der Aussage, der extremen Rechten nahezustehen. Er orientiere sich politisch ausschließlich an den Interessen der muslimischen Repatriierten⁵⁷⁵. Sein politisches Handeln lässt sich jedoch nicht als neutral, sondern als opportunistisch bezeichnen. War er 1979 noch erfolglos an der Seite Pierre Poujades bei den Europawahlen angetreten, unterstützte er anschließend Giscard d'Estaing und war in der Folge als Präsident des FNRFCI

572 Beurs et cie, in: *Le Clin d'œil* 93 (1995).

573 *Réplique à un apostrophe de rustre de Globe Hebdo*, in: *Le Clin d'œil* 83 (1994).

574 *Ibid.*

575 Bounini betonte in der in »L'Express« abgedruckten Richtigstellung zu seiner Person seine unpolitische Ausrichtung. In dem in der Zeitschrift veröffentlichten Artikel war er als dem FN nahestehend bezeichnet worden. Vgl. H. Bounini, *président national du FNRFCI. Mosquée*, in: *L'Express*, 1.12.1994.

in der von Dominati eingerichteten interministeriellen Kommission vertreten. Auch mit Mitterrand und zur Zeit der Kohabitation mit Chirac arrangierte er sich⁵⁷⁶. Es gelang ihm, mit Vertretern jeglicher politischer Couleur Schnittmengen finden. Mit der sozialistischen Regierung einte ihn zunächst die Bedeutung, die er dem Kampf gegen Rassismus zumaß, sowie die Tatsache, dass er sich wie Kheliff dafür stark machte, dem Islam innerhalb der Französischen Republik mehr Raum einzuräumen. Im Gegensatz zu Kheliff kooperierte er dennoch wenig mit der Regierung, sondern war in erster Linie für aufsehenerregende Aktionen bekannt. Mehrmals hatte er gedroht »[des] actions dures, afin de montrer le degré d'exaspération de la communauté des Français musulmans«, durchführen zu wollen⁵⁷⁷. Vermehrt unterstützte er Anfang der 1980er Jahre Mitglieder seines Verbandes, die in den Hungerstreik traten. Mit seiner Unterstützung begannen im Juli 1984 sechs Mitglieder des Verbandes in Saint-Étienne einen Hungerstreik und forderten eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mitglieder ihrer Gemeinschaft⁵⁷⁸.

Auch der Streik vier weiterer Mitglieder des FNRF in Lyon im Jahr 1987 ging auf die Initiative Bouninis zurück. Während dieses Streiks wurde deutlich, wie Bouninis Ziele sich von dem in der sozialistischen Partei verfolgten Ansatz unterschieden. Als Pastor Delorme in einer Pressemitteilung erklärte, die Hungerstreikenden forderten eine Verbesserung der sozialen Bedingungen der maghrebinischen Gemeinde, und damit versuchte, den Hungerstreik in den Kontext der Bewegung der *beurs* zu stellen, widersprach Bounini dieser Darstellung vehement⁵⁷⁹. Im Gegensatz zu den Vertretern des PS und der außerparlamentarischen Linken war es für Bounini von großer Bedeutung, die Grenzen zwischen den muslimischen Repatriierten und den maghrebinischen Einwanderern aufrechtzuerhalten. Er unterschied zwischen den Gruppen der »Français de confession islamique«, der »immigration saine« sowie der »immigration malsaine«. Letztere machte Bounini für den Rassismus in der französischen Mehrheitsgesellschaft verantwortlich. Die »immigration malsaine« sei die Ursache für ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit in Frankreich, unter dem sowohl die französische Mehrheitsgesellschaft als auch die »Français de confession islamique« und die Mitglieder der »immigration saine« leiden würden.

⁵⁷⁶ Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz. Hachemi Bounini, 23.6.1992, AN: vers. 20090157/212.

⁵⁷⁷ Zitiert nach: *ibid.*

⁵⁷⁸ Pressemitteilung Grève-harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, 25.7.1984, *ibid.*

⁵⁷⁹ Vgl. hierzu [Kap. 3.5](#).

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Zur Bekämpfung des Rassismus war Bounini zufolge in erster Linie ein härteres Vorgehen der Polizei gegen die »mafia maghrébine« notwendig, also gegen Banden, die den Drogenhandel und die Prostitution kontrollierten. Besonders effizient könne die Polizei hierbei agieren, wenn sie »Français de confession islamique« in ihre Einheiten aufnehme. Diese seien aufgrund ihrer »connaissance du milieu maghrébin« für diese Aufgabe hervorragend geeignet⁵⁸⁰. Er griff damit Gedanken auf, die der Rekrutierung muslimischer Hilfssoldaten während des Algerienkriegs zugrunde gelegen hatten. Seine Argumentation beinhaltete zugleich eine Dichotomie zwischen den Muslimen, die bereit waren, sich in Frankreich zu integrieren, die französischen Werte teilten und nach seinen Worten schon immer »pour l'ordre et la sécurité« gewesen seien, und jenen, die ihm zufolge nur nach Frankreich gekommen seien, um die dortigen Freiheiten für ihre illegalen Geschäfte zu nutzen. Die muslimischen Repatriierten ließen jedoch nicht zu, dass Letztere von den »largesses de la France« profitierten, um das Land für die »méfaits qu'ils ne pourraient en aucun cas commettre dans leur pays d'origine« zu nutzen⁵⁸¹.

Indem er den Rassismus der französischen Mehrheitsgesellschaft mit einer angeblich wachsenden Kriminalität unter der maghrebinischen Gemeinschaft erklärte, überschritt sich auch seine Rhetorik mit dem Diskurs der extremen Rechten. Wie Kaberseli rückte Bounini damit in die Nähe des FN. Im März 1990 begründete er diese Nähe auf der Generalversammlung seines Verbandes mit folgenden Worten: »Le leader du Front national est le seul homme politique qui prend en consideration la situation des harkis«⁵⁸². Wie Kaberseli verstand auch Bounini Le Pen und seine Partei als politische Fürsprecher der muslimischen Repatriierten. Die Sympathien, die diese beiden Vertreter der muslimischen Elite für den FN hegten, verwundern insofern, als sich der Diskurs der Partei zunehmend, insbesondere in Folge des aufkommenden Islamismus in Algerien, auf die Warnung vor einer Islamisierung Frankreichs fokussierte. Während der FN eine Kampagne gegen den Moscheebau in Frankreich startete, engagierte sich Bounini von Beginn an für den Bau einer Moschee in Lyon. In enger Kooperation mit Kamel Kabtane, der in Algerien vor der Unabhängigkeit als Beamter im Landwirtschaftsministerium gearbeitet hatte, war er in der in den späten 1970er Jahren gegründeten Association culturelle lyonnaise islamo-française (ACLIF) aktiv, die mit der Aufsicht über den Bau der Moschee betraut

580 Hachemi Bounini an Gaston Deferre, ministre d'État chargé de l'Intérieur et de la Décentralisation, 10.6.1982, AN: vers. 20090157/212.

581 Ibid.

582 Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz, Hachemi Bounini, 23.6.1992, ibid.

war⁵⁸³. Der Verband vereinte zu diesem Zeitpunkt mehrere Vertreter der muslimischen Elite, neben Kabtane und Bounini unter anderem auch Khelif. 1983 bekam der Verband von der Stadt zum symbolischen Preis von einem Franc ein Grundstück zum Bau der Moschee zur Verfügung gestellt. Zur Gewährleistung der Laizität war von nun an die ACLIF für die Planung und Finanzierung des Projektes zuständig. Dies bedeutete auch, dass der Staat keine finanziellen Hilfen zur Verfügung stellte. Aus diesem Grund war die ACLIF auf ausländische Finanzierungshilfe angewiesen⁵⁸⁴. Um diese Hilfen zu bekommen, unterhielten Kabtane und Bounini enge Kontakte zu den Botschaften verschiedener arabischer Länder, die sie für die Finanzierung dieses Projektes zu gewinnen hofften⁵⁸⁵.

Ursprünglich sollte die Moschee 1985 eröffnet werden, tatsächlich fand die Eröffnung jedoch erst 1995 statt. Verschiedene Hürden standen der Realisierung zunächst im Weg. Ein entscheidender Faktor für die enorme Verzögerung war der Protest der Anwohner gegen das Projekt, in den schon bald die lokalen Vertreter des FN einstimmten⁵⁸⁶. Diese waren jedoch nicht der einzige Grund für die Verzögerungen. Von Beginn an war klar gewesen, dass das Projekt nur mit ausländischer Finanzhilfe realisiert werden konnte. Als in Frankreich mit dem Aufkommen des Islamismus in Algerien und dem Golfkrieg insgesamt das Misstrauen gegenüber dem Islam stieg, wurden die ausländischen Investoren in zunehmendem Maße zum Problem. Nicht ohne Grund setzte sich ACLIF in erster Linie aus Vertretern der muslimischen Elite zusammen. Mit der Moschee sollte der Idee nach ein Wahrzeichen für einen moderaten »islam de France« entstehen. Der Islam sollte in der neuen Moschee im Einklang mit den Werten der Französischen Republik praktiziert werden. Mit Rabah Khelif war ein Vertreter der muslimischen Elite, der sich stets für dieses Modell des Islams eingesetzt hatte, einer der Mitinitiatoren des Projektes. Khelif betonte stets, der Islam sei eine tolerante Religion, deren Bild jedoch verzerrt werde, indem Fundamentalisten sie für ihre Zwecke missbrauchten. Khelif selbst betrachtete sich als französischer Staatsbürger, wie er selbst hervorhob, als Bürger des Mutterlands der Menschenrechte und als Vertreter eines »islam de France«, den er als »la synthèse entre la spiritualité et le progrès technique, tous deux unis dans la

583 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, à conseiller technique, présidence de la République. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, *ibid.*

584 Charles GILBERT, Lyon: les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

585 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale à conseiller technique, présidence de la République. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, AN: vers. 20090157/212.

586 Siehe hierzu [Kap. 3.3](#).

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

voie de la libération de l'homme à la recherche de l'harmonie universelle« charakterisierte⁵⁸⁷.

Die von Kheliff formulierten Vorstellungen des Islams ließen sich insbesondere wegen der Einbindung ausländischer Investoren nicht problemlos realisieren. Hatte sich ACLIF anfangs hauptsächlich aus Vertretern der muslimischen Elite zusammengesetzt, schwand deren Einfluss auf das Projekt zusehend. Bounini verließ bereits einige Jahre vor der Eröffnung der Moschee die ACLIF, um sich für ein konkurrierendes Moscheeprojekt zu engagieren⁵⁸⁸. ACLIF war als Verband lediglich für den Bau der Moschee zuständig, für die Verwaltung wurde ein neuer Verband gegründet, der Conseil islamique Rhône-Alpes (CIRA). Die Chefposten besetzten in diesem Verband mit Kheliff und Kabtane weiterhin zwei Vertreter der muslimischen Elite. Darüber hinaus setzte sich der Rat jedoch in erster Linie aus Muslimen zusammen, die nicht über die französische Staatsbürgerschaft verfügten. Als Imam bestimmte der Rat mit Abdelhamid Chirane einen algerischen Staatsbürger, der zwar nach einigen Angaben einen gemäßigten, offenen und toleranten Islam vertrat, sich jedoch in einer seiner ersten Amtshandlungen weigerte, die Fatwa gegen Salman Rushdie zu verurteilen, und somit erneut Misstrauen gegen die Moschee hervorrief⁵⁸⁹. Das Projekt offenbarte auf diese Weise die Grenzen der Idee eines französischen Islams.

Im Gegensatz zu Bounini blieb Kheliff dem Projekt treu und gab seinen Chefposten im CIRA nicht auf. Für ihn lag der Grund für die Verzögerung des Projektes in erster Linie in den Protesten dagegen, die er als Angriff auf den Islam in Frankreich begriff. Er nutzte die Zeitschrift seines Verbandes, um seine Religion gegen diese Angriffe zu verteidigen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass der Islam zu Frankreich gehöre, nicht nur aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutung der Muslime in Frankreich, sondern auch aufgrund der kolonialen Vergangenheit des Landes. Wegen der gemeinsamen Geschichte verfüge die muslimische Gemeinschaft in Frankreich über französische Sprachkenntnisse und über Kenntnisse der französischen Werte und Normen. Damit seien die Voraussetzungen für eine schnelle Integration geschaffen worden. Dass die Integration dennoch problematisch sei, begründete er unter anderem mit dem in der französischen Gesellschaft nach wie vor weit verbreiteten Revanchismus. Der Dekolonialisierungskrieg habe Feindseligkeiten hervorgerufen, denen nun vor allem die algerischen Muslime vonseiten der französischen Mehrheitsge-

587 L'islam en France, in: Français musulmans 58 (1990).

588 Charles GILBERT, Lyon: les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

589 Ibid.

sellschaft ausgesetzt seien⁵⁹⁰. Er forderte ein Ende dieser Feindseligkeiten und wiederholte seine Forderung nach Toleranz gegenüber der Kultur und dem Glauben aller französischen Muslime. Die Muslime in Frankreich hegten den Wunsch »comme des musulmans, non comme un peuple culturellement déraciné« zu leben. Es sei nötig, »leur foi islamique« anzuerkennen und ihnen zu ermöglichen, diesen Glauben in Moscheen auszuüben⁵⁹¹.

Wenngleich sich Kheliff für das Recht aller Muslime einsetzte, ihren Glauben in Frankreich zu leben, schrieb er den muslimischen Repatriierten dieses Recht in besonderem Maße zu. Als die Proteste gegen die Moscheen in Frankreich weiter zunahmen, erinnerte er daran, dass bereits die Grande Mosquée de Paris für die Muslime gebaut worden war, die für Frankreich gekämpft hatten. Die Entstehung der Grande Mosquée ist im Kontext des Ersten Weltkrieges zu verorten. Sie sollte ursprünglich ein Zeichen der Dankbarkeit gegenüber den muslimischen Soldaten sein, die an der französischen Seite gekämpft hatten⁵⁹². In diesem Sinne wurde die Moschee Kheliff zufolge für »Français valeureux, patriotes et méritants« errichtet, die nichts anderes forderten, als in Frankreich ihrer Religion nachzugehen, was ihnen »quelques personnes plus bêtes que racistes« verbieten wollten⁵⁹³. Er verwies wiederholt darauf, dass auch diese Muslime unter dem Klima der Intoleranz sowie unter den Debatten um Moscheebauten oder das Kopftuch litten. Dieses Klima verhindere, dass die Muslime als gleichberechtigte Bürger in Frankreich leben könnten, obwohl sie auf zweifache Art und Weise das Recht dazu hätten. Nicht nur die Menschenwürde verlange dies, sondern auch ihre Würde als Soldaten Frankreichs⁵⁹⁴. Dass Kheliff die muslimischen Repatriierten besonders hervorhob, muss auch als Argumentationsstrategie gegen eine revanchistische Rhetorik verstanden werden, mit der die Bedeutung des Islams in Frankreich zurückgedrängt werden sollte. Er sprach sich klar gegen ein Integrationskonzept aus, das mit Assimilation gleichgesetzt wurde, und verdeutlichte, dass sich selbst die muslimischen Repatriierten der kulturellen Assimilation verwehrten. Zwar bekannten sie sich zu den Werten der Französischen Republik und propagierten dementsprechend einen »islam de France«. Kheliff pochte jedoch auf das Recht, den muslimischen Glauben in Frankreich leben zu dürfen. Hierfür argumentierte er mit seinem eigenen Kampf aufseiten Frankreichs, forderte das gleiche Recht allerdings für alle Muslime in Frankreich.

590 Les musulmans parmi nous, in: Français musulmans 35 (1984).

591 Ibid.

592 MAUSSEN, Islamic Presence, S. 990.

593 Controverse sur la mosquée, in: Français musulmans 37 (1985).

594 À nos harkis, in: Français musulmans 56 (1990).

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Da die Hilfssoldaten in den 1980er Jahren nicht mehr in Lagern und Wald-dörfern segregiert lebten, war für die Vertreter der muslimischen Elite die Themen Rassismus und die wachsende Islamfeindlichkeit der französischen Gesellschaft relevanter als der explizite Einsatz für diese Gruppe. Diese Themen betrafen die gesamte muslimische Gemeinschaft und alle muslimischen Repatriierten gleichermaßen, so dass die Bedeutung der Hilfssoldaten als gesondert zu behandelnde Gruppe in den Diskursen schwand. Kheliff grenzte sich in diesen Diskursen klar von anderen Vertretern der muslimischen Elite wie Bounini und Kaberseli ab. Sie alle wandten sich gegen das Konzept der Assimilation und betonten ihre hybriden Identitäten. Sie alle sorgten sich um den um sich greifenden Rassismus und die Islamfeindlichkeit, allerdings unterschieden sie sich sowohl in ihren Interpretationen und Erklärungen der Phänomene als auch in ihren Handlungsstrategien. Im Gegensatz zu Kheliff, der stets bemüht war, mit den unterschiedlichen Regierungen zu kooperieren, setzten Kaberseli und Bounini in erster Linie auf eine Protesthaltung. Sie hielten streng an der Unterscheidung zwischen den muslimischen Repatriierten, die ihnen zufolge im Algerienkrieg die Treue zu Frankreich bewiesen hätten, und den nordafrikanischen Migranten fest und forderten für ihre Gemeinschaft eine bevorzugte Behandlung. In diesem Sinne waren sie mit der sozialistischen Politik, in deren Rahmen diese Grenzen zwischen diesen beiden Gemeinschaften immer fließender wurden, nicht einverstanden. Sie sahen sich als Franzosen an und vertraten die Ansicht, dass sie für dieses Privileg gekämpft und Opfer gebracht hätten. Dass sie behandelt wurden wie Migranten, für die das nicht galt, interpretierten sie als Verrat. Sie bedienten sich in ihren Argumentationsmustern einer revanchistischen Rhetorik, wodurch sich ihr Diskurs mit dem des FN überschneidet. Der Revanchismus wog sowohl für Bounini als auch für Kaberseli so schwer, dass sie den FN trotz dessen Kampagnen gegen den Bau von Moscheen und der deutlich islamfeindlichen Ausrichtung seiner Politik als Interessensvertretung ihrer Gemeinschaft wahrnahmen. Kheliff sah hingegen die Integrationspolitik der sozialistischen Regierung als Chance für alle Muslime in Frankreich an, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass dem Islam in Frankreich mehr Platz eingeräumt werden sollte. Kheliff fühlte sich als französischer Staatsbürger muslimischen Glaubens und vertrat die Meinung, dass der Islam ein Teil Frankreichs sei. Er sah nicht in der weiteren Zuwanderung von Muslimen eine Gefahr, sondern in den Protesten gegen den Bau von Moscheen, die er als Bruch mit dem französischen Universalismus deutete. Er fühlte sich dadurch diskriminiert, dass er trotz seines langjährigen Engagements für Frankreich als französischer Staatsbürger seinen Glauben nicht frei leben durfte, wodurch sein Glaube an die Französische Republik erschüttert wurde.

3.7 Die Hilfssoldaten zwischen doppelter Ausgrenzung und multiplen Zugehörigkeiten

Während andere Akteure über die Fragen diskutierten, wie die Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich organisiert werden könnte und wie diese bei ihrer Integration in die französische Gesellschaft begleitet werden sollten, hatten sie selbst nicht die Möglichkeit, sich an diesen Debatten zu beteiligen. Auch in ihren Handlungen blieben sie in erster Linie darauf beschränkt, auf andere Akteure zu reagieren. Wegen der Gewaltakte in Algerien zur Ausreise gezwungen, wurden sich die ehemaligen Hilfssoldaten, denen die Flucht nach Frankreich gelungen war, schnell der Tatsache bewusst, dass der FLN auch dort aktiv war. Viele besorgten sich zunächst in Frankreich Jagdgewehre, wenn sie hierzu die Möglichkeit hatten, was verdeutlicht, in welchem Maße Angst und Unsicherheit vorherrschten⁵⁹⁵. Um die ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich vor Übergriffen des FLN zu schützen, verstärkte die Polizei in der Umgebung der Lager und der Walddörfer ihre Kontrollen. All diejenigen, die nicht die Lager passierten oder bereits das Recht bekommen hatten, diese zu verlassen, mussten jedoch selbst für ihre Sicherheit sorgen. Viele verfolgten die Strategie, in der algerischen Gemeinschaft aufzugehen und nicht als ehemalige Hilfssoldaten aufzufallen. Als ihnen die französische Föderation des FLN noch vor der Unabhängigkeit Algeriens die Möglichkeit gab, sich durch Strafzahlungen in die algerische Gemeinschaft »einzukaufen«, nahmen viele diese Möglichkeit wahr. Laut einem Bericht des Innenministeriums leisteten ehemalige Hilfssoldaten nach dem März 1962 in Frankreich vermehrt die monatlichen Zahlungen an den FLN⁵⁹⁶. Wie sehr die ehemaligen Hilfssoldaten bemüht waren, der Order der französischen Föderation des FLN Folge zu leisten, wurde auch am Tag der Unabhängigkeit Algeriens deutlich. In Delaunay legten in den Fabriken auch die jüngst angestellten ehemaligen Hilfssoldaten die Arbeit nieder, da sie Restriktionen des FLN fürchteten. Allerdings nahmen sie nicht an den Feierlichkeiten und den öffentlichen Demonstrationen zum Tag der Unabhängigkeit Algeriens teil⁵⁹⁷. Sie waren bemüht, in der algerischen Gemeinschaft nicht negativ aufzufallen.

⁵⁹⁵ Auf einer Sitzung im November 1962 beklagte der ehemalige SAS-Offizier André Wormser, dass sich viele ehemalige Hilfssoldaten nach ihrer Ankunft in Frankreich zunächst mit Jagdgewehren ausstatteten. Vgl. CNMF. Réunion du 19 novembre 1962, AN: vers. 20120054/12.

⁵⁹⁶ Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, AN: vers. 19910467/1.

⁵⁹⁷ Le préfet de la Drôme à monsieur le ministre de l'Intérieur, 10.7.1962, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Diejenigen, die nicht auf offiziellem Wege nach Frankreich gekommen waren und sich selbst auf Arbeitssuche machten, verheimlichten oft ihre Funktion während des Krieges. Die Verantwortlichen der Société de Lorraine-Escault antworteten auf die offizielle Bitte des Staatssekretariats für Repatrierte, ehemalige Hilfssoldaten einzustellen, sie hätten bereits mehrere von ihnen eingestellt, könnten jedoch keine genauen Zahlen nennen. Das Unternehmen beschäftigte vorwiegend muslimische Arbeiter. Derzeit seien insgesamt mehr als 600 muslimische Arbeiter in der Fabrik angestellt, teilte das Unternehmen dem Staatssekretariat für Repatrierte mit. Sie seien daher dazu übergegangen, die Funktion der bei ihnen vorstellig gewordenen ehemaligen Hilfssoldaten während des Krieges zu verheimlichen. An keiner Stelle werde vermerkt, ob es sich um ehemalige Hilfssoldaten handle⁵⁹⁸. Durch solche Maßnahmen konnten diese darauf hoffen, in Frankreich unter den algerischen Arbeitsmigranten unerkannt zu bleiben.

Nicht nur aus Furcht um ihre Sicherheit und die ihrer Familien suchten viele ehemalige Hilfssoldaten die Nähe zur algerischen Gemeinschaft in Frankreich, auch um den Bezug zu Algerien nicht zu verlieren. Das von offizieller Seite gezeichnete Bild, Anfang 1963 hätten beinahe alle ehemaligen Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft beantragt, muss als stark vereinfacht angesehen werden. In erster Linie beantragten die ehemaligen Hilfssoldaten, die in den Lagern und den Walddörfern unter der Aufsicht von Militärs und Sozialarbeitern standen, die französische Staatsbürgerschaft. Die Formalitäten wurden von Helfern übernommen⁵⁹⁹. Unter den ehemaligen Hilfssoldaten, die eigenständig nach Frankreich kamen, waren gegensätzliche Tendenzen auszumachen. 150 ehemalige Hilfssoldaten wandten sich im Februar 1963 an die AA und baten sie darum, die algerische Staatsbürgerschaft behalten zu können⁶⁰⁰. Welche Bedeutung die algerische Staatsbürgerschaft für viele ehemalige Hilfssoldaten hatte, verdeutlichen die Weigerungen von in den Lagern und den Walddörfern lebenden Hilfssoldaten, die französische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Noch 1964 meldete der für die Walddörfer zuständige Inspektor des

598 Société de Lorraine-Escault, usine de Longwy, à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés, 16.11.1962, AN: vers. 19920149/4.

599 Der ehemalige SAS-Offizier André Wormser beschrieb die Hürden zur Beantragung der Staatsbürgerschaft als so hoch, dass die Hilfssoldaten diese nicht ohne Unterstützung hätten nehmen können. Vgl. hierzu Roux, *Les harkis*, S. 227.

600 Demande de la nationalité algérienne formulée par d'anciens harkis, 28.2.1963, AN: 5AG1/1813.

Departements Bouches-du-Rhône, dass einer der Hilfssoldaten sich partout weigere, die algerische Staatsbürgerschaft abzulegen⁶⁰¹.

Die algerische Staatsbürgerschaft war für die ehemaligen Hilfssoldaten sehr bedeutsam, weil viele nur vorübergehend in Frankreich Schutz suchen wollten und hofften, bald nach Algerien zurückkehren zu können. Viele waren daher ohne ihre Familien nach Frankreich gekommen. Vonseiten des FLN kamen jedoch nur sehr zaghafte Signale der Versöhnung. Als Ben Bella und Boumedienne sich im internen Machtkampf durchgesetzt hatten und die Massaker langsam abnahmen, gingen die neuen Machthaber zu einer staatlich organisierten Repressionspolitik über⁶⁰². Da durch diese Entwicklung die Hoffnung auf Rückkehr schwand, versuchten viele, ihre Familien ebenfalls nach Frankreich zu holen. Ein aus der Kabylei stammender ehemaliger Hilfssoldat, der in Frankreich in einem Walddorf untergebracht war, wandte sich mit der Bitte an den zuständigen Präfekten, seine Familien nach Frankreich bringen zu dürfen. Er sei übereilt aus Algerien abgereist und habe seine Familie nicht mitnehmen können. Er betonte in dem Schreiben, dass er sich für die französische Staatsbürgerschaft entschieden habe⁶⁰³. Mit diesem Hinweis untermauerte er seine Entscheidung, in Frankreich zu bleiben. Aufgrund dieser Argumentation konnte er auf eine größere Bereitschaft der französischen Behörden und des Militärs hoffen, seiner Bitte nachzukommen. Die Annahme der französischen Staatsbürgerschaft muss damit noch keineswegs als Bekenntnis für Frankreich verstanden werden, sondern war in diesem Fall eine Notwendigkeit, um sich die Unterstützung der französischen Behörden zu sichern. Wie tief bei einigen ehemaligen Hilfssoldaten trotzdem noch die Hoffnung auf eine Rückkehr nach Algerien wurzelte, verdeutlichte die Reaktion auf das Aufflammen des kabyliischen Widerstands Ende 1963. Die von Hocine Aït Ahmed gegründete kabyliische Bewegung FFS, die sich gegen den von Ben Bella und Boumedienne dominierten FLN wandte, versuchte in Frankreich ehemalige Hilfssoldaten für ihren Kampf zu rekrutieren. Obwohl dies bedeutete, erneut in einem Krieg zu kämpfen, und mit dem Risiko verbunden war, wieder als Geschlagene aus dem Konflikt hervorzugehen, ließen sich ehemalige Hilfssoldaten darauf ein. Sie hofften, zu einem Sturz Ben Bellas und Boumediennes beizutragen und von einer neuen Führung die Genehmigung zu bekommen, nach Algerien zurückzukehren⁶⁰⁴.

601 Monsieur Bouleau, inspecteur des hameaux forestiers des harkis des Bouches-du-Rhône et de Vaucluse, à monsieur le préfet, chef du SFIM, 27.5.1964, AN: vers. 19920149/5.

602 Vgl. hierzu Kap. 2.4.

603 Brief eines *harki* an den Präfekten, 16.1.1963, AN: vers. 19910467/1.

604 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. Délinquance politique, Okt. 1963, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Der Rückkehrwunsch wurde durch die Enttäuschung über den Empfang in Frankreich verstärkt. Die militärische Disziplin und die Kontrolle, die in den Lagern und Walddörfern vorherrschten, stießen zunächst nicht auf breiten Widerstand. Die Mehrheit akzeptierte die Regeln und ordnete sich ihnen unter. Allerdings lässt sich an den Handlungen einzelner Bewohner deren Unzufriedenheit ablesen. Immer wieder entzogen sich einzelne Hilfssoldaten der Kontrolle und verließen ohne Genehmigung ihre Unterkünfte, um sich selbst Arbeit zu suchen. Im Oktober 1962 verließ eine Gruppe ehemaliger Hilfssoldaten ohne Genehmigung eine Baustelle in Saint-Auban, auf der sie für öffentliche Arbeiten eingesetzt worden war. Nachdem sie zunächst versucht hatten, in der Armee aufgenommen zu werden, machten sie sich auf den Weg nach Ongles, wo gerade ein Walddorf aufgebaut wurde. Dort wurden sie jedoch ebenfalls nicht aufgenommen. Der zuständige Präfekt ordnete vielmehr an, sie nach Rivesaltes zu bringen, um sie im dortigen Lager unterzubringen. Er leitete eine Untersuchung ein, um nach den Gründen für das Handeln dieser ehemaligen Hilfssoldaten zu suchen. Diese gaben zunächst an, der FLN habe sie bedroht. Die Untersuchung ergab jedoch, dass sie sich der militärischen Kontrolle entziehen wollten. Sie hatten bei der ihnen zugewiesenen Arbeit unter der Aufsicht eines demobilisierten Unteroffiziers gestanden, der diese Gruppe bereits in Algerien befehligt hatte und seinen im Krieg erprobten militärischen Führungsstil beibehielt. Die ehemaligen Hilfssoldaten gaben an, die ihnen aufgezwungene militärische Disziplin nicht ertragen zu haben⁶⁰⁵. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie ehemalige Hilfssoldaten auf die Fortsetzung militärischer Strukturen und auf die Kontrolle reagieren konnten. Die Möglichkeiten, sich dieser Kontrolle zu entziehen, nutzten sie gerne. Im Mai 1963 berichtete der Präfekt des Departements Ariège, dass ehemalige Hilfssoldaten, die zu ihrer zugewiesenen Arbeitsstelle reisen sollten, dort immer wieder nicht ankamen⁶⁰⁶. Andere Hilfssoldaten stellten einen Antrag, das Lager verlassen zu dürfen, um Familienangehörige zu besuchen, und nutzen diese Gelegenheit, um sich Arbeit und Unterkunft zu suchen und nicht in das Lager zurückzukehren⁶⁰⁷.

Dem Wunsch vieler ehemaliger Hilfssoldaten, die Lager oder die Walddörfer zu verlassen, lagen nicht nur die militärische Disziplin und die Kontrolle zugrunde, sondern auch die dortigen Lebensbedingungen. Insbesondere in den Lagern, aber auch in den Walddörfern waren die ehemaligen Hilfssoldaten unter einfachsten Bedingungen untergebracht und hatten gleichzeitig harte

⁶⁰⁵ Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, à monsieur le ministre des Rapatriés, 18.10.1962, AN: vers. 19920149/3.

⁶⁰⁶ Le préfet de l'Ariège à monsieur le ministre des Rapatriés, 13.5.1963, *ibid.*

⁶⁰⁷ Mission de liaison du ministère d'État chargé des rapatriés, camp Joffre, Rivesaltes, à ministre d'État chargé des rapatriés, 21.8.1963, AN: vers. 19920149/4.

Arbeit zu leisten. Einzelne Hilfssoldaten erhoben ihre Stimme und äußerten Unzufriedenheit mit ihrem neuen Leben in Frankreich. Im August 1964 erreichte der Brief eines 52-jährigen ehemaligen Hilfssoldaten das Staatssekretariat für Repatriierte. Dieser Brief, in sehr einfachem und fehlerhaftem Französisch geschrieben, beinhaltet die Bitte um eine leichtere Arbeit und eine Unterkunft in der Nähe des Arbeitsplatzes. Der Verfasser gab an, aus gesundheitlichen Gründen nur noch schwer laufen zu können. Die ihm zugewiesene Waldarbeit überschreite aus diesem Grund seine physischen Fähigkeiten, insbesondere da es oftmals nötig war, vom Dorf bis zur Einsatzstelle einen weiten und steilen Weg hinauf in die Berge zurückzulegen. Der Ton, in dem der Brief verfasst wurde, verdeutlicht die Dringlichkeit der Bitte: »Je vous demande que appartire que je suis venus de l'algerie, j'ai demander pour tous ce que j'ai laisser en algerie, à présent, ils mont rien réponsus. [...] Pour le lougement je vous demande si vous me trouver le lougement, et je pais, à tous ce que j'arrive, comme ca marche la loi«⁶⁰⁸. Die Enttäuschung des Verfassers über den Empfang in Frankreich wird deutlich erkennbar. Er hob hervor, dass er alles in Algerien zurückgelassen habe, um nun in Frankreich trotz wiederholter Bitten keine Hilfe zu bekommen. Der Brief beinhaltete jedoch keine Schuldzuweisungen. Der Verfasser betonte nicht, dass er für Frankreich gekämpft habe und aus diesem Grund erwarte, dass man sich um ihn kümmere. Vielmehr zeigt sich in der Aussage, er wolle für eine Wohnung so viel bezahlen, wie er könne, sein Wille, selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Allerdings sah er sich nicht in der Lage, alleine in Frankreich Fuß zu fassen, weshalb er um Hilfe bei der Suche nach einer Unterkunft bat.

So sehr die ehemaligen Hilfssoldaten auch danach strebten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, so schwierig gestaltete sich dies. Offensichtlich machten ehemalige Hilfssoldaten tatsächlich die Erfahrung, von Fabriken aufgrund ihres Status nicht eingestellt zu werden, was die Enttäuschung und die Verbitterung über den Empfang in Frankreich verstärken konnte. Ein ehemaliger *harki* beklagte sich beim Staatssekretariat für Repatriierte über diese Praktiken. Er habe sich im Norden Frankreichs bei einer Fabrik der Union sidérurgique du Nord de la France (Usinor) vorgestellt und die Antwort erhalten, in der Fabrik gebe es keinen Platz für »harkis«. Er warf die Frage auf, warum die Usinor Mitglieder des FLN einstelle, aber nicht ihn, der fünf Jahre in der französischen Armee gedient und alles zurückgelassen habe⁶⁰⁹.

Oftmals scheiterte der Versuch der ehemaligen Hilfssoldaten, sich selbst ein neues Leben aufzubauen, auch, weil sie keine Unterkunft fanden. Im

608 Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 12.8.1964, AN: vers. 19920149/5.

609 Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 7.9.1964, *ibid*.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

November 1963 wandte sich ein ehemaliger *harki*, dem es gelungen war, im Norden Frankreichs Arbeit in einer Mine zu finden, mit der inständigen Bitte um Hilfe an das Staatssekretariat für Repatriierte. Aufgrund der harten Arbeit in der Mine waren bei ihm bereits nach kurzer Zeit gesundheitliche Probleme aufgetreten. Nachdem ein Arzt ihm bescheinigt hatte, nicht mehr in der Mine arbeiten zu können, verlor er nicht nur seine Arbeit, sondern auch die vom Minenbetreiber gestellte Unterkunft. Es gelang ihm, innerhalb kürzester Zeit eine neue Arbeit in Paris zu finden, allerdings konnte der Arbeitgeber keine Unterkunft stellen. Somit hatte dieser ehemalige *harki* zwar eine Arbeit gefunden, jedoch waren er und mit ihm seine schwangere Frau und seine zwei Kinder obdachlos. In seiner Verzweiflung wandte er sich mit den Worten »nous rapatriés d’Algérie nous n’avons plus que vous« an das Staatssekretariat und bat um Hilfe bei der Suche nach einer Unterkunft in Paris oder in einem Vorort. Ein Zimmer würde ihm und seiner Familie vorerst genügen⁶¹⁰. Dieser ehemalige *harki* trat wie die anderen ehemaligen Hilfssoldaten nicht mit aus seinem Engagement in der französischen Armee abgeleiteten überzogenen Forderungen an diese Behörde heran. Vielmehr trat er voller Demut auf und zeigte, dass er sich wünschte, ohne fremde Hilfe den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten zu können.

Die ehemaligen Hilfssoldaten, die sich schriftlich an das Staatssekretariat wenden konnten, um Unterstützung zu erbitten, gehörten zu denjenigen, die sich in einer vergleichsweise guten Situation befanden. Entweder verfügten sie über mündliche und schriftliche Französischkenntnisse oder sie verfügten über Netzwerke, die sie unterstützten. Unterschiede zwischen dem Schriftbild der Unterschriften und dem Schriftbild der restlichen Schreiben lassen bei einigen dieser Briefe darauf schließen, dass nicht die Betroffenen selbst sie geschrieben hatten⁶¹¹. Dies verdeutlicht, in welchem Maße ehemalige Hilfssoldaten in Frankreich auf Unterstützung angewiesen waren. Teilweise kehrten Hilfssoldaten freiwillig in das Lager oder in die Walddörfer zurück, nachdem sie diese auf offiziellem Wege verlassen hatten, um eine Arbeitsstelle anzutreten. Nachdem für ihn eine Anstellung in einem Unternehmen in Saint-Chély-d’Apcher gefunden worden war, verließ ein ehemaliger *harki* diesen neuen Arbeitsplatz nach

⁶¹⁰ Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 19.11.1963, *ibid.*

⁶¹¹ Brief eines *harki* an den Präfekten, 16.1.1963, *ibid.* Da dieser Brief von einem ehemaligen *harki* versandt wurde, der in einem der Walddörfer untergebracht war, ist anzunehmen, dass er von einem der dortigen Mitarbeiter verschriftlicht wurde. Das Schriftbild und die grammatikalische Struktur lassen vermuten, dass der Brief von einem Jugendlichen geschrieben wurde, der dabei war, die französische Sprache zu erlernen. Wahrscheinlich hatte ihn der Betroffene einem seiner Kinder diktieren lassen.

nur zwei Monaten wieder und ging in das Lager von Rivesaltes⁶¹². Ein solches Handeln kann als Eingeständnis, nicht selbst für sich oder gar für sich und seine Familien sorgen zu können, gewertet werden.

Insbesondere bei Familienvätern rief diese mangelnde Selbständigkeit das Gefühl des Scheiterns hervor, was, wie der französische Soziologe Laurent Muller zeigt, eine grundlegende Erschütterung bestehender sozialer Strukturen nach sich zog. Die ehemaligen Hilfssoldaten litten in einem solchen Maße unter dem Gefühl, durch die falsche Entscheidung während des Krieges das Exil in Frankreich verantwortet zu haben, wo sie sich nicht in der Lage sahen, eigenständig für ihre Familie zu sorgen, dass die vorherrschenden patriarchalischen Strukturen zerstört wurden. Als Folge daraus zogen sich die Familienväter Muller zufolge in ein inneres Exil zurück, während die Mütter mehr und mehr die Rolle des Familienoberhauptes übernahmen⁶¹³. Das innere Exil konnte so weit gehen, dass ehemalige Hilfssoldaten Frau und Kinder im Lager zurückzuliefern, wenn sie es selbst unerlaubterweise verließen. Die Leitung des Lagers von Larzac dokumentierte mehrere solcher Fälle⁶¹⁴. Bei anderen attestierten die Verantwortlichen psychische Störungen, die in der Regel stationär behandelt wurden. Auch in diesen Fällen war das Familienoberhaupt nicht mehr anwesend und Frau und Kinder alleine in den Lagern. Im Mai 1964 sah sich eine Familie gezwungen, das Walddorf zu verlassen, in dem sie bis dahin gelebt hatten, da das Familienoberhaupt aufgrund psychischer Probleme ins Krankenhaus eingewiesen wurde. Da er aus diesem Grund nicht mehr für den Lebensunterhalt arbeiten konnte, wurde seine Familie nach Rivesaltes gebracht⁶¹⁵. Die Mutter wurde in dieser Situation zwar de facto zum Familienoberhaupt, doch auch sie hatte nicht die Möglichkeit, als Familienoberhaupt zu agieren, da sie sich der Lagerdisziplin unterzuordnen hatte.

Dass selbst Familienstrukturen grundlegend erschüttert wurden, wenn die ehemaligen Hilfssoldaten gemeinsam mit ihren Familien nach Frankreich kamen, verdeutlicht, welch tiefen Bruch die Ausreise aus Algerien für die ehemaligen Hilfssoldaten darstellte. Die meisten hatten sich in erster Linie für ein Engagement auf der französischen Seite entschieden, weil sie gehofft hatten, so

⁶¹² Monsieur Christian Bec, inspecteur des chantiers et hameaux de forestage du département de la Lozère, à monsieur le ministre, délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés; 17.5.1963, AN: vers. 19920149/4.

⁶¹³ MULLER, *Le silence des harkis*, S. 179–181.

⁶¹⁴ Le préfet de l'Aveyron à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés, 16.6.1962, AN: vers. 19910467/2.

⁶¹⁵ Monsieur Bouleau, inspecteur des hameaux forestiers des harkis des Bouches-du-Rhône et de Vaucluse, à monsieur le préfet, chef du SFMI, 27.5.1964, AN: vers. 19920149/5.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ihre Familie versorgen und für deren Sicherheit sorgen zu können. Letztlich hatten sie auf der Seite der Verlierer gestanden und wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Ausreise nach Frankreich stellte für sie somit den Weg in ein erzwungenes Exil dar, von dem sie hofften, dass es nicht von Dauer sein würde. Da sie in Frankreich nicht in der Lage waren, eigenständig für sich selbst und ihre Familie zu sorgen, verloren sie zudem einen wichtigen Teil ihrer Autonomie. Die Verbitterung, die viele deshalb verspürten, äußerten sie nur in Ausnahmefällen öffentlich, oft zogen sie sich in ein Schweigen zurück, blieben passiv und überließen es anderen, zu agieren. Erst Anfang der 1970er Jahre begannen die ehemaligen Hilfssoldaten langsam das Schweigen zu durchbrechen und ihre eigene Sichtweise in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Initiative hierfür ging jedoch nicht von ihnen selbst aus. Vielmehr stieg das öffentliche Interesse am Leben der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich, insbesondere an jenen, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten, und damit auch das Interesse daran, ihre Stimmen einzufangen.

Als erstmals einem ehemaligen Hilfssoldat ein Forum geboten wurde, um mit eigenen Worten über seine Situation zu berichten, sollte dieser eigentlich nicht für die ehemaligen Hilfssoldaten sprechen, sondern für die algerischen Arbeitsmigranten. Das Werk »Ahmed, une vie d'Algérie« war die erste Veröffentlichung, die Einblick in die Gedankenwelt eines ehemaligen Hilfssoldaten gewährte⁶¹⁶. Der Lebenslauf Ahmeds wich insofern vom Lebenslauf vieler ehemaliger Hilfssoldaten ab, als er nicht direkt nach der Unabhängigkeit nach Frankreich gekommen, sondern zunächst versucht hatte, sein Leben in Algerien fortzusetzen. Er kam schließlich als Arbeitsmigrant nach Frankreich, weshalb seine Erfahrungen nicht von der Entmündigung und der Segregation geprägt waren, die alle Hilfssoldaten teilten, die nach ihrer Ankunft in Frankreich die Lager und Walddörfer kennenlernten.

Die veröffentlichten Monologe Ahmeds sind dennoch interessant, da sie die hybriden Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten zeigten, die auf dem Gefühl einer doppelten Ausgrenzung basierten. Ahmed zeigte an verschiedenen Stellen des Interviews Sympathien für die algerische Unabhängigkeitsbewegung⁶¹⁷. Gleichzeitig vertrat er jedoch einer Fortschrittslogik folgend die These, erst Frankreich habe die Zivilisation nach Algerien gebracht⁶¹⁸. Algerien sei nach der Unabhängigkeit wieder in die alte Rückständigkeit zurückgefallen, behauptete er, kritisierte jedoch zugleich verschiedene Elemente der westlichen

⁶¹⁶ Ahmed. *Une vie d'Algérie*.

⁶¹⁷ Vgl. zur Kritik am Kolonialsystem *ibid.*, S. 76; auf S. 28f. spricht Ahmed davon, dass die Franzosen versuchten, die Araber in Sklaverei zu halten.

⁶¹⁸ *Ibid.*, S. 112f.

Lebensweise⁶¹⁹. Seine Kritik konzentrierte sich zum einen auf den in seinen Augen in Frankreich ausufernden Kapitalismus. Alles konzentrierte sich auf den Konsum, der so zum Mittel werde, die Arbeitskraft der Menschen auszunützen⁶²⁰. In besonderem Maße zeigte er Unverständnis für das moderne westliche Frauenbild. Die »femme civilisée« stelle ihren Körper zur Schau und setze diesen bewusst ein, um den Männern den Kopf zu verdrehen. Gleichzeitig seien jedoch die französischen Frauen nicht in der Lage, bis an ihr Lebensende einem Mann treu zu sein und diesen auch zu lieben, wenn er alt und hilfsbedürftig sei⁶²¹. Aus seiner Kritik sprach eine Faszination für den westlichen Lebensstil, der ihn jedoch zugleich aufgrund seiner eigenen Sozialisation überforderte.

Ahmed machte in seinen Ausführungen immer wieder deutlich, dass er sich weder als Algerier noch als Bürger Frankreichs fühlte. Als Leitmotive ziehen sich die Bemerkungen, in ihm fließe »le sang arabe« und er habe ein »cerveau arabe«, durch seine Monologe. Er bediente sich einem auf Blut und Boden beruhenden Nationsverständnis, wenn er die Bedeutung seiner algerischen Wurzeln betonte. Man könne diese Wurzeln nicht zerstören. Seine Heimat sei, wo seine Erde sei, wo seine Eltern lebten⁶²². Mit dieser Verwurzelung begründete er seine Weigerung, die französische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Er könne keine andere Staatsbürgerschaft annehmen. Er brauche seine »terre« ebenso wie seine Familie. Solange seine Eltern noch lebten, müsse er jeden Tag ihr Gesicht sehen⁶²³. Mit diesen Worten wandte sich Ahmed gegen die Idee des FLN, wer sich gegen den Unabhängigkeitskampf gestellt habe, gehöre nicht der algerischen Nation an. Für ihn war Algerien das Land seiner Vorfahren und damit auch seine Heimat. Die französische Staatsbürgerschaft würde ihn von dieser Heimat entfernen. Ahmed begründete seine Weigerung, die algerische Staatsbürgerschaft abzulegen, jedoch auch damit, dass er sich zugleich nicht als französischer Bürger anerkannt sah. In Frankreich werde er, obwohl er sein Land »betrogen« habe und sich außerhalb seines Landes befinde, immer als Araber wahrgenommen. Er habe »le nom d'arabe«, »le visage d'arabe« et »la peau d'arabe«⁶²⁴. Gemäß einem auf ethnischen Kategorien beruhenden Nationenkonzept sah er sich als Algerier, fühlte sich jedoch zugleich aufgrund seines Engagements auf französischer Seite während des Algerienkriegs aus der algerischen Nation ausgeschlossen. Obwohl er die algerische Staatsbürgerschaft

619 Ibid., S. 177.

620 Ibid., S. 141.

621 Ibid., S. 101–103; 115–117.

622 Ibid., S. 174.

623 Ibid., S. 175.

624 Ibid., S. 148.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

habe, sei er kein Algerier, erklärte er⁶²⁵. Gleichzeitig machte ihn jedoch sein Kampf auf französischer Seite noch nicht zu einem französischen Bürger, da er sich durch ethnisch begründete Argumentationsmuster zugleich aus der Französischen Republik ausgeschlossen sah.

Ahmeds Ausführungen offenbarten die schwierige Identitätsfindung der ehemaligen Hilfssoldaten, die sich weder in Frankreich noch in Algerien zugehörig fühlten. In einem noch größeren Maß als die ehemaligen Hilfssoldaten selbst litten unter dieser Problematik deren Söhne und Töchter, die diese Ausgrenzung erfuhren, ohne sie selbst verantwortet zu haben. Ahmed betonte, selbst sein Sohn werde für Algerier immer der Sohn eines Verräters bleiben⁶²⁶. Besonders die in den Lagern und Walddörfern aufgewachsene zweite Generation litt unter dem in dem Interview beschriebenen Gefühl der doppelten Ausgrenzung, was im Sommer 1975 mit den Aufständen in den Lagern sichtbar wurde. Obwohl mit Laradji stets ein Mitglied der muslimischen Elite als Sprachrohr der Aufständischen auftrat, wurde aufgrund des außergewöhnlichen Medieninteresses erstmals in der Öffentlichkeit deutlich, wie die zweite Generation der Lagerbewohner selbst ihr Leben in Frankreich wahrnahm. In verschiedenen Presseartikeln fingen Journalisten Stimmen der Lagerbewohner ein, die zeigten, wie wenig sich die zweite Generation als französische Staatsbürger fühlte, obwohl sie in Frankreich aufgewachsen und teils auch dort geboren war. Während sich die ehemaligen Hilfssoldaten selbst weitgehend in ihr Schweigen zurückgezogen und ihr Leben akzeptiert hatten, trat nun die zweite Generation an die Öffentlichkeit, um die Entmündigung und die Segregation anzuklagen, unter denen sie in Frankreich litt. Gegenüber einem Journalisten der Tageszeitung »Le Figaro« äußerten Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, dass man sie noch immer »les hébergés« nenne. Sie weigerten sich jedoch, wie ihre Mütter und Väter zu leben⁶²⁷. Mit den Worten »Voyez ce que vous avez fait de nos parents« machten sie klar, dass sie selbst den Respekt vor ihren Eltern verloren hatten, denen sie vorwarfen, sich in Untätigkeit zurückgezogen zu haben, ohne sich gegen die Entmündigung zur Wehr zu setzen⁶²⁸.

Die Jugendlichen sahen sich durch die Erfahrung von Segregation und Entmündigung der Chance auf ein normales Leben in Frankreich beraubt. Ein Reporter der Tageszeitung »Le Méridional« hielt fest, dass sich die Jugendlichen in erster Linie darüber beklagt hätten, »assistés permanents« zu sein und somit nicht auf das Leben vorbereitet worden zu sein. Einer der Jugendlichen

⁶²⁵ Ibid., S. 174.

⁶²⁶ Ibid., S. 175.

⁶²⁷ Zitiert nach: La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

⁶²⁸ Ibid.

fasste dies mit folgenden Worten zusammen: »On nous a parqués. On a fait de nous des inadaptés. Aussi, plutôt que d'être des perpétuels assistés, vivant sous tutelle administrative, nous voulons pouvoir nous intégrer à la communauté nationale«⁶²⁹. Selbst wenn es ihnen gelinge, eine ausreichende Ausbildung zu bekommen, könnten sie nicht einfach nach Paris, Lyon oder Marseille gehen, um dort eine Arbeitsstelle zu finden. Sie seien mit dem Leben in der Stadt überfordert⁶³⁰. Man erkläre ihnen zwar ständig, dass sie die gleichen Rechte und Pflichten wie alle französischen Staatsbürger hätten. Die erlebte Segregation und Entmündigung habe ihnen jedoch gezeigt, dass es sich bei diesen Erklärungen nur um leere Worthülsen handle⁶³¹. Aus den Erfahrungen der Lager und Walddörfer resultierte das Gefühl, nicht als französische Staatsbürger anerkannt zu werden. Gegenüber dem Journalisten von »Le Figaro« erklärte einer der Jugendlichen, sie seien weder Algerier noch Araber, doch auf jeden Fall Muslime. Sie wären gerne Franzosen, wenn die französische Mehrheitsgesellschaft dies zuließe⁶³². Mit diesen Worten sprach er den Wunsch aus, sich als französischer Staatsbürger zu fühlen. Hierzu musste sie jedoch die französische Gesellschaft als solche akzeptieren, und zwar inklusive ihres muslimischen Glaubens. Verschiedene Jugendliche machten deutlich, dass sie sich zwar nicht als Algerier fühlten, da sie Algerien meist nur als Kind kennengelernt hatten oder gar in Frankreich geboren waren, jedoch an ihren kulturellen und religiösen Wurzeln festhielten⁶³³.

Die mangelnde Akzeptanz gegenüber dem Islam sowie der »racisme anti-arabe des Français« nahmen Jugendliche als Hindernis auf ihrem Weg zur Integration wahr⁶³⁴. Ein 19-Jähriger berichtete, er habe in einem Hotel angerufen und sich nach einem Job erkundigt, habe jedoch, nachdem er seinen arabischen Namen angegeben hatte, die Rückmeldung bekommen, es seien aktuell keine Stellen zu vergeben. Wenig später habe er sich noch einmal unter einem französischen Namen nach einer Arbeitsstelle erkundigt und sei eingeladen worden, sich persönlich vorzustellen⁶³⁵. Vielen blieben solche Erlebnisse zumindest teilweise erspart, da ihren Eltern in den Lagern und Walddörfern

629 Zitiert nach: Saint-Maurice-l'Ardoise: les harkis en colère, in: Le Méridional, 25.5.1975.

630 Ibid.

631 La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

632 Zitiert nach: ibid.

633 Des Français qu'on a dit à part entière..., in: Le Monde, 3.6.1975.

634 Les harkis dans le ghetto, in: Paris Match, 16.6.1975.

635 Des Français qu'on a dit à part entière..., in: Le Monde, 3.6.1975.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

empfohlen worden war, ihren Kindern französische Vornamen zu geben⁶³⁶. Dies änderte jedoch nichts daran, dass sie in der französischen Gesellschaft als Araber wahrgenommen wurden. Der 15-jährigen Aïscha zufolge reichten allein ihre physischen Merkmale, um in der französischen Gesellschaft als arabisch identifiziert und ausgegrenzt zu werden. Sie sah für sich aus diesem Grund keine Möglichkeit, sich wirklich als Französin zu fühlen⁶³⁷. Dieses Gefühl, in Frankreich nie akzeptiert zu werden, mag unter anderem der Grund für den Vorwurf einiger Jugendlicher sein, ihre Väter hätten während des Algerienkriegs die falsche Entscheidung getroffen und ihr Vaterland Algerien betrogen. »Paris Match« zitierte in einer Reportage den 23-jährige Belkacem folgendermaßen: »[M]on père était un crétin. Il a choisi la France. Regardez où on est! Tout le monde nous rejette et nous traite de bougnoules. À la place de mon père, moi, j'aurais combattu pour mon pays. Pour l'Algérie«⁶³⁸. Belkacem gab an, sich als Algerier zu fühlen. Aus seinen Erfahrungen in Frankreich zog er den Schluss, dass er sich nicht wie sein Vater entschieden, sondern den Unabhängigkeitskampf der Algerier unterstützt hätte.

Indem sie sich öffentlich von der Entscheidung ihrer Väter distanzieren, suchten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten die Nähe zur algerischen Gemeinschaft. Die Ereignisse im Sommer 1975 zeigten jedoch, dass auch in der zweiten Generation noch immer Spannungen zwischen den muslimischen Repatriierten und den algerischen Migranten existierten. Obwohl Söhne und Töchter der ehemaligen Hilfssoldaten unter anderem den Rassismus und die mangelnde Toleranz gegenüber dem Islam für ihre Ausgrenzung verantwortlich machten und in diesem Sinne die Erfahrungen der algerischen Arbeitsmigranten teilten, gingen sie mit dem Beginn der Borzani-Affäre auf Konfrontation mit der algerischen Gemeinde in Frankreich. Dies ist damit zu begründen, dass diese Affäre der zweiten Generation die Zurückweisung von der algerischen Seite aus vor Augen führte. Dieses Gefühl der Zurückweisung erklärt, weshalb die Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten mit Laradji einen Vertreter der muslimischen Elite als Fürsprecher akzeptierten, der sich wiederum von Aktivisten der *Algérie française* für deren Revanchismus instrumentalisieren ließ⁶³⁹. Da Laradji mit seinem Verband als Interessenvertretung der Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten auftrat, wurden deren Interessen nach außen verzerrt dargestellt. Anstatt den antimuslimischen Rassismus, unter dem die Hilfssoldaten ebenso litten wie die algerischen Arbeitsmigranten, in das Zentrum der

636 Vgl. hierzu Kap. 2.3.

637 La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

638 Les harkis dans le ghetto, in: Paris Match, 16.6.1975.

639 Vgl. hierzu Kap. 3.6.

Debatte zu rücken, beklagte Laradji, dass algerischen Migranten in Frankreich mehr Aufmerksamkeit zuteil würde als den ehemaligen Hilfssoldaten, die sich seiner Rhetorik folgend bewusst für den Kampf auf französischer Seite entschieden hätten, und verschärfte damit die Opposition zwischen beiden Gruppen weiter.

Die Koalition zwischen Laradji und den Lagerbewohnern der zweiten Generation sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Die zweite Generation hatte gehofft, mit Laradjis Unterstützung die Aufmerksamkeit auf ihre Probleme ziehen zu können. Spätestens nach dessen gescheitertem Versuch, in Perpignan den algerischen Konsul zu entführen, distanzierte man sich jedoch wieder von Laradji, was sich in den Mitgliederzahlen seines Verbands widerspiegelte. Hatte der Verband 1976 noch 3000 Mitglieder, konnte er 1978 nicht einmal mehr 100 Mitglieder zählen. Die ehemaligen Mitglieder warfen Laradji vor, sich mit seinen Aktionen nur selbst profilieren zu wollen, ohne wirklich die Situation der einstigen Hilfssoldaten im Blick zu haben. Sogar der Vorwurf, sich materiell bereichern zu wollen, war zu hören⁶⁴⁰. Dadurch verlor er für die Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten in hohem Maße an Glaubwürdigkeit. Trotz aller Differenzen kann die Kooperation zwischen Laradji und den Söhnen und Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten auch aus Sicht dieser zweiten Generation als erfolgreich gewertet werden. Laradji gelang es, das Interesse der Öffentlichkeit auf die Lagerbewohner, insbesondere auf die zweite Generation zu richten, wodurch auch erstmals deren Positionen gehört wurden. Erstmals durchbrachen Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten auf diese Weise das Schweigen, in das sich ihre Väter und Mütter nach ihrer Ankunft in Frankreich gehüllt hatten. Erstmals wurde so sichtbar, in welchem Maß das von staatlicher Seite verfolgte Integrationskonzept an den Interessen der Betroffenen vorbeizielte. Weder die erste noch die zweite Generation hegte den Wunsch, sich zu assimilieren. Im Gegensatz zu ihren Eltern verstand sich die zweite Generation klar als französische Staatsbürger, jedoch ohne ihre algerischen Wurzeln abzugeben. Die Erfahrungen der Ausgrenzung und Entmündigung sowie des Rassismus und der mangelnden Toleranz gegenüber ihrer Kultur hatten dazu geführt, dass auch sie sich nicht als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik fühlen konnten. Für sie war Assimilation schon allein deshalb nicht der richtige Weg zur Integration, da sie die Erfahrung gemacht hatten, aufgrund ihres Äußeren als Araber identifiziert und dementsprechend ausgegrenzt zu werden. Sie plädierten vielmehr für eine Toleranz gegenüber ihren Differenzen, eine Forderung, mit der sie sich weit von der revanchistischen Rhetorik der Aktivisten der *Algérie française* entfernten und sich vielmehr der algerischen

640 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gemeinde in Frankreich annäherten. Diese Annäherung sollte sich in den 1980er Jahren fortsetzen, als sich auch die zweite Generation der algerischen Migranten politisierte und für eine Anerkennung ihrer Differenz auftrat.

Nachdem die französischen Behörden 1975 die Schließung der Lager und Walddörfer beschlossen hatten und sich daranmachten, deren Bewohner umzusiedeln, war die räumliche Segregation, die die ehemaligen Hilfssoldaten als feste Gruppe zusammengehalten hatte, beendet. Allerdings bedeutete die Auflösung dieser räumlichen Segregation noch nicht die Realisierung der räumlichen Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Mehrheitsgesellschaft. Viele fanden eine Unterkunft in den hauptsächlich von maghrebinschen Einwanderern bewohnten Vorstädten, in denen bereits zuvor die meisten ehemaligen Hilfssoldaten untergekommen waren, die die Lager und Walddörfer verlassen hatten. Auf diese Weise wurde die eine räumliche Segregation durch eine andere ersetzt. Auch die Probleme der Hilfssoldaten und ihrer Familien verschwanden mit der Umsiedlung nicht, zumal in diesen Siedlungen viele der Probleme vorherrschten, von denen auch die ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere ihre Nachkommen betroffen waren. Die französischen Vorstädte entwickelten sich in den 1980er Jahren zu einem Symbol von Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und ethnischer Diskriminierung⁶⁴¹. Die neue Herausforderung lag für die ehemaligen Hilfssoldaten darin, dass sie nicht mehr als geschlossene Gruppe mit ihren spezifischen Problemen konfrontiert waren, sondern nun in vielen Punkten die Probleme und Erfahrungen der maghrebinschen Einwanderer teilten, denen sie bisher feindlich gegenübergestanden hatten. Die verschiedenen Generationen begegneten dieser Herausforderung auf unterschiedliche Art und Weise.

Nachdem sich zur Zeit der Aufstände von 1975 in erster Linie die zweite Generation zu Wort gemeldet hatte, während ihre Väter und Mütter weiter in Schweigen verharrten, traten Anfang der 1980er Jahre erstmals auch ehemalige Hilfssoldaten selbst an die Öffentlichkeit, um auf ihre Ausgrenzung aufmerksam zu machen und für ihre Rechte einzutreten. Im März 1983 traten ehemalige Hilfssoldaten in Saint-Étienne in den Hungerstreik⁶⁴². Zeitgleich verweigerte in Paris der ehemalige Hilfssoldat Monsieur Bagy aus Protest gegen seine schlech-

⁶⁴¹ Dietmar LOCH, Gesellschaftliche Entsolidarisierung gegenüber den »banlieues«. Städtische Segregation und Stadtpolitik in Frankreich, in: Dietmar HÜSER (Hg.), Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert, Kassel 2010, S. 95–121, hier S. 95.

⁶⁴² Pressemitteilung Grève-harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, AN: vers. 20090157/212.

ten Lebensbedingungen die Nahrungsaufnahme⁶⁴³. Nur ein Jahr später begannen erneut in Saint-Étienne sechs ehemalige Hilfssoldaten einen Hungerstreik und forderten eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Gemeinschaft. Sie forderten den Staatssekretär für Repatrierte auf, ihnen persönlich einen Besuch abzustatten und sich ihre Sorgen und Probleme anzuhören⁶⁴⁴. Drei Jahre später, im Jahr 1987, traten in Lyon vier ehemalige Hilfssoldaten in den Hungerstreik, um die Unzufriedenheit der Gemeinschaft zu demonstrieren⁶⁴⁵. Mit diesen Hungerstreiks zeigten ehemalige Hilfssoldaten, die seit mehr als zwanzig Jahren geschwiegen hatten, dass sie nun teils noch in hohem Alter bereit waren, aus ihrem inneren Exil auszubrechen, damit sie auf diese Weise selbst auf ihre soziale Situation in Frankreich hinweisen und für ihre Rechte eintreten konnten. Selbst ein 70-Jähriger befand sich unter den Hungerstreikenden von Saint-Étienne⁶⁴⁶.

Die Hungerstreikenden griffen auf eine Handlungsstrategie zurück, der sich in den 1970er Jahren in Frankreich Migranten bedient hatten, um auf ihre sozialen und rechtlichen Probleme hinzuweisen⁶⁴⁷. Trotzdem bemühten sich die ehemaligen Hilfssoldaten, sich mit ihren Aktionen von den maghrebinischen Migranten abzugrenzen. Dadurch weckten sie das Interesse der extremen Rechten für ihre Aktionen. Monsieur Bagy wurde in seinem Hungerstreik vom FN unterstützt. Nachdem ihm Vertreter der Partei besucht hatten, wurde im Parteiorgan des FN ein ausführlicher Artikel über seine Anliegen veröffentlicht⁶⁴⁸. In diesem Artikel zitierte der FN Bagy dahingehend, dass er sich selbst als Franzose »par le sang versé pour notre patrie« verstehe und kein Verständnis dafür habe, dass er unter schlechten sozialen Bedingungen in Frankreich lebe, während den maghrebinischen Einwanderern Luxuswohnungen zur Verfügung gestellt würden⁶⁴⁹. Bagy stellte mit diesen Worten die Forderung nach einer sozialen Besserstellung der muslimischen Repatrierten im Vergleich zu den maghrebinischen Migranten. Auch die Hungerstreikenden von Lyon teilten

643 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

644 Pressemitteilung Grève harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, AN: vers. 20090157/212.

645 Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFICI, 27.2.1987, *ibid.*

646 Pressemitteilung Grève harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, *ibid.*

647 Vgl. Kap. 3.5.

648 Vgl. Kap. 3.3.

649 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

diese Forderung. Die ehemaligen Hilfssoldaten, die in Lyon in den Hungerstreik traten, gehörten dem FNRFICI an und agierten in Absprache mit der Verbandsspitze, die ihre Forderungen formulierte. Aus den Forderungen, die auf diesem Wege von den Hungerstreikenden gestellt wurden, resultierte eine klare Abgrenzung zwischen muslimischen Repatriierten und maghrebinischen Migranten. Neben einer sozialen Besserstellung der muslimischen Repatriierten und einem erleichterten Zugang zu Arbeitsplätzen forderten sie, dass das französische Fernsehen über ihre spezielle Situation berichten solle, um innerhalb der französischen Mehrheitsgesellschaft eine Sensibilisierung dafür zu schaffen, dass nicht alle Araber Migranten seien⁶⁵⁰.

Durch die Sensibilisierung der französischen Mehrheitsgesellschaft für die Probleme der muslimischen Repatriierten hofften die ehemaligen Hilfssoldaten, dem in Frankreich gegenüber der maghrebinischen Bevölkerung zunehmenden Rassismus entfliehen zu können. Es entstanden von ehemaligen Hilfssoldaten selbst getragene Verbände, die es sich zur Aufgabe machten, rassistische Vorkommnisse gegenüber Mitgliedern ihrer Gemeinschaft anzuprangern. Auf nationaler Ebene konnte sich vor allem der ehemalige Hilfssoldat Abderahmane Habchi durchsetzen, der seit seiner Repatriierung als Polizeibeamter tätig war. Er gründete 1982 gemeinsam mit weiteren ehemaligen Hilfssoldaten, die wie er im Departement Seine-Saint-Denis im Norden von Paris lebten, die Association pour la défense des intérêts des Français musulmans et de leurs amis (ADIFMA). Nach eigenen Angaben erreichte der Verband in den 1980er Jahren Mitgliederzahlen von über 3000. Gemäß den offiziellen Statuten war es das Ziel der Organisation, allen Mitgliedern und Sympathisanten Unterstützung anzubieten, deren Interessen zu vertreten und mit den Behörden zu kooperieren, um gemeinsam Lösungen für die Probleme der Gemeinschaft zu finden⁶⁵¹.

Gegenüber den Behörden trat Habchi nicht immer diplomatisch auf. Immer wieder geriet er in Konflikt mit seinem Arbeitgeber, der Polizeibehörde. Diese Konflikte standen teils in Zusammenhang mit seiner Verbandsarbeit. Zu seiner Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, gehörte auch, Beschwerden über rassistisches Verhalten von Polizeibeamten gegenüber ehemaligen Hilfssoldaten anzuprangern. So verfasste er 1983 im Organ seines Verbandes »Le musulman en France« einen Artikel mit dem Titel »Un policier à la détente facile«, in dem er rassistisches Vorgehen der Polizei anprangerte⁶⁵². Immer wieder konfrontierte er als Verbandspräsident das Innenministerium mit

⁶⁵⁰ Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFICI, 27.2.1987, AN: vers. 20090157/212.

⁶⁵¹ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. ADIFMA, 24.10.1988, *ibid.*

⁶⁵² *Ibid.*

Fällen, in denen sich ehemalige Hilfssoldaten über rassistische Ausfälle französischer Polizeibeamten beklagten. Im Januar 1984 versandte Habchi ein Schreiben an den Innenminister, nachdem sich eines der Mitglieder der ADIFMA an ihn gewandt hatte. Dessen Anliegen bezog sich auf einen Polizeieinsatz vom Dezember 1983 in einer Bar in Aulnay-sous-Bois, in der der Besitzer gemeinsam mit einigen Freunden über die offizielle Öffnungszeit hinaus gefeiert hatte. Die Beschwerde bezog sich zum einen auf das unnötig harte Vorgehen der Polizeibeamten, die die Feier beendeten. Besonders erschrocken zeigte sich Habchi jedoch über die angebliche Äußerung eines Polizeibeamten gegenüber den Anwesenden, sie sollten in ihr Land zurückkehren. Habchis Verärgerung über diese Äußerung bezog sich darauf, dass ein Polizeibeamter einer Kommune wie Aulnay-sous-Bois nichts von den dort lebenden *Français musulmans* wisse⁶⁵³. Er zeigte sich nicht grundsätzlich verärgert über die Worte des Polizeibeamten, sondern darüber, dass sie gegenüber ehemaligen Hilfssoldaten geäußert wurden. Habchi bestand darauf, die muslimischen Repatriierten als französische Staatsbürger von den algerischen Migranten abzugrenzen.

Nicht nur Habchi trat als Vorsitzender seines Verbandes mit Beschwerden über das Fehlverhalten von Polizeibeamten an die Behörden heran. Der Vorsitzende der von ehemaligen Hilfssoldaten gegründeten Association de défense des anciens combattants français musulmans harkis d'Afrique du Nord (ADACFMHAN), ein in Südfrankreich agierender Verband mit Sitz in Perpignan, prangerte gegenüber dem Innenministerium ebenfalls solche Zwischenfälle an. Er leitete dem Ministerium das Schreiben eines ehemaligen Hilfssoldaten weiter, den Grenzpolizisten rassistisch beleidigt haben sollten. Obwohl er sich korrekt verhalten und die Strafe für drei Flaschen Pastis bezahlt habe, die er unverzollt über die Grenze gebracht hatte, hätten die Polizeibeamten ihn zwei Stunden festgehalten. Die Grenzbeamten hätten ihn gezwungen, sich zu entkleiden, hätten ihn bedroht und beschimpft. Er sei ein »sale Arabe«, der in sein »pays de merde« zurückkehren solle. Der Verfasser des Beschwerdebriefs legte gesteigerten Wert auf die Tatsache, dass er französischer Staatsbürger »par le sang versé et par le combat« sei und offiziell den Status eines Veteranen und eines Repatriierten habe. Dieser Umstand habe jedoch den Beschimpfungen und Drohungen der Grenzbeamten keinen Abbruch getan. Der Betroffene reichte bei der Staatsanwaltschaft Klage ein, damit seine »compatriotes français harkis« nicht mehr länger solchen Erniedrigungen ausgesetzt sein müssten. Er endete sein Schreiben mit den Worten, es sei nicht an der Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten, für die Konflikte zwischen französischen Polizeibeamten und maghrebischen Einwanderern und für die Verbrechen dieser Ein-

653 ADIFMA, président national A. Habchi, à monsieur le ministre de l'Intérieur, 31.1.1984, *ibid.*

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

wanderer zu bezahlen. Nicht sie seien dafür verantwortlich, dass maghrebini-sche Einwanderer nach Frankreich kämen. Sie hätten sie nicht kommen las-sen⁶⁵⁴. Die Argumentationsweise dieses ehemaligen Hilfssoldaten glich der Argumentationsweise Habchis. Er kritisierte nicht grundsätzlich das rassisti-sche Vorgehen der Beamten, sondern, dass es sich gegen einen muslimischen Repatriierten richtete, einen französischen Staatsbürger und Veteranen Frank-reichs. Er grenzte sich als ehemaliger Hilfssoldat klar von den maghrebini-schen Einwanderern ab und schrieb deren angeblichem Fehlverhalten Mitschuld an dem in den französischen Behörden grassierenden Rassismus zu. Der Präsident der ADACFMHAN wandte sich infolge dieses Zwischenfalls an den Innenmi-nister und bat diesen, die Polizeibeamten darauf hinzuweisen, dass es eine Gemeinschaft gebe, deren Gesichter »plus ou moins basané[s]« seien und die aufgrund dieses Äußeren oftmals mit Migranten gleichgesetzt würden, obgleich sie Franzosen seien⁶⁵⁵.

Obwohl sie in Frankreich mit den gleichen Problemen konfrontiert waren wie die aus dem Maghreb stammenden Migranten, legten die ehemaligen Hilfs-soldaten auch noch über zwanzig Jahre nach dem Ende des Algerienkriegs Wert auf eine klare Abgrenzung zu dieser Gemeinschaft. Noch immer traten sie den nordafrikanischen Einwanderern mit Misstrauen entgegen, was so weit ging, dass sie noch immer Übergriffe des FLN auch in Frankreich fürchteten. Habchi war einer der wenigen ehemaligen Hilfssoldaten, der als Verbandschef eng mit der algerischen Regierung kooperierte und sich für eine algerisch-fran-zösische Aussöhnung aussprach. Dies führte jedoch dazu, dass ihm Teile der Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten voller Misstrauen begegneten. Es kam der Verdacht auf, die algerische Regierung nutze die Kooperation mit Hab-chi, um Informationen über ehemalige Hilfssoldaten in Frankreich oder gar deren Adressen zu bekommen und diese für Vergeltungsaktionen zu nutzen⁶⁵⁶. Als im Sommer 1988 in der Region Chambéry ein Flugblatt verteilt wurde, in dem vermeintlich im Namen der algerischen Regierung die in Frankreich leben-den Algerier aufgefordert wurden, nach bestimmten, namentlich aufgeführten Hilfssoldaten zu suchen und sie gegen eine Prämie der algerischen Regierung zu übergeben, reagierten die dort ansässigen ehemaligen Hilfssoldaten äußerst aufgeregt. Der Vorsitzende des regionalen Verbands Association pour le ras-semblement des Français musulmans du Tarn wandte sich an Mitterrand per-sönlich, um diesen zum Handeln aufzufordern. Er wies den Staatschef darauf

⁶⁵⁴ Monsieur Setki Saddol à monsieur le procureur de la République, 22.1.1986, *ibid.*

⁶⁵⁵ ADACFMHAN à monsieur François Rebsamen, chef de cabinet du ministère de l'Intérieur et de la Décentralisation, 3.2.1986, *ibid.*

⁶⁵⁶ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, ADIFMA, 24.10.1988, *ibid.*

hin, dass die ehemaligen Hilfssoldaten darauf achteten, ihre Pflichten zu erfüllen, und sie aus diesem Grund auch ihre Rechte geachtet sehen wollten. Das Flugblatt bezeichnete er als »nouvelle atteinte à notre fragile intégration«⁶⁵⁷.

Während sich die ehemaligen Hilfssoldaten um eine klare Abgrenzung von den nordafrikanischen Migranten bemühten und an ihrem Status als muslimische Repatriierte festhielten, gingen ihre Söhne und Töchter Anfang der 1980er Jahre in zunehmendem Maße in der Gemeinschaft der maghrebinischen Einwanderer auf. Die im Jahr 1983 gemeinsam von Söhnen und Töchtern nordafrikanischer Migranten verschiedener Nationalitäten sowie von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten durchgeführte *Marche pour l'égalité* stand sinnbildlich für das Verschwimmen der Grenzen zwischen beiden Gemeinschaften. Die Initialzündung für diesen Marsch ging von Toumi Djaidja aus, dem Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, der in Les Minguettes, einer Vorstadt von Lyon, von einem Polizeibeamten angeschossen wurde. In der Forschung werden die Ergebnisse der *Marche pour l'égalité* als eine Niederlage für die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten gewertet. Die Forderungen, die die Protestierenden Staatspräsident Mitterrand vorlegten, bezogen sich in erster Linie auf die rechtlich unsichere Situation der Einwanderer und somit auf deren Bedürfnisse, nicht jedoch auf die Bedürfnisse der Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten. In erster Linie wurde die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung von einer Dauer von fünf auf zehn Jahre erreicht, von der die Kinder der Hilfssoldaten als französische Staatsbürger nicht profitierten⁶⁵⁸. Pierret vertritt deshalb die Ansicht, die Söhne der Hilfssoldaten hätten ihre Interessen während der Aktion nicht durchsetzen können; vielmehr habe daraus eine Gleichbehandlung von Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten und den *beurs*, den Einwanderern der zweiten Generation, resultiert. Dies habe zur Folge gehabt, dass sich die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten von den Einwanderern der zweiten Generation bewusst distanziert hätten⁶⁵⁹.

Diese Deutung der *Marche pour l'égalité* lässt jedoch außer Acht, dass die Jugendlichen den Marsch in erster Linie angetreten hatten, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, von dem alle gleichermaßen betroffen waren. In dieser Hinsicht konnten die Jugendlichen ihre Demonstration als Erfolg werten. Mitterrand persönlich versprach ihnen, er wolle mehr für den Kampf gegen Rassismus unternehmen, was zeigt, wie gut es ihnen gelang, Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erregen⁶⁶⁰. Djaidja wurde dank der Aktion zum Symbol

⁶⁵⁷ Association pour le rassemblement des Français musulmans du Tarn à monsieur François Mitterrand, président de la République française, 13.9.1988, *ibid*.

⁶⁵⁸ Vgl. hierzu Kap. 3.4.

⁶⁵⁹ PIERRET, *Les révoltes*, S. 150f.

⁶⁶⁰ DREYFUS-ARMAND, CAUDRON, *Les immigrés dans la société*, S. 565.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

des Kampfes der maghrebinischen Jugend gegen Rassismus und für Integration. Er verschwieg nicht, dass sein Vater als Hilfssoldat in der französischen Armee gedient hatte, weder er selbst noch seine Mitstreiter maßen dieser Tatsache jedoch große Bedeutung zu⁶⁶¹. Auf welcher Seite ihre Väter während des Algerienkriegs gestanden hatten, sollte für die Jugendlichen im Rahmen des Protests bewusst keine Rolle spielen, was Djaidjas Mitstreiter Bouzid Kara deutlich aussprach. Als Djaidja und seine Mitstreiter auf ihrem Weg nach Paris in Aix-en-Provence Station machten, schloss sich Kara, ebenso Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, dem Marsch an. Kurz nach dem Ende der Aktion berichtete er in der Veröffentlichung »La Marche« über ihren Protest. Kara zeigte sich beeindruckt davon, dass Jugendlichen unterschiedlichen maghrebinischen Ursprungs gemeinsam mit Kindern ehemaliger Hilfssoldaten bewusst wurde, dass sie sich alle in der gleichen Situation befänden und sie in diesem Sinne alle gleich seien. Er kenne aus dem Quartier, in dem er in Aix-en-Provence groß geworden war, diese Einheit nicht, sondern erinnere sich an Streitigkeiten zwischen Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und jungen Maghrebenern. Auf beiden Seiten seien noch immer die Konsequenzen des Algerienkriegs zu spüren⁶⁶². Kara betonte, wie wichtig es sei, diese Differenzen angesichts des Ausmaßes, das der Rassismus in Frankreich annehme, zu überwinden. Er beschrieb, welche unbeschreibliche Wut er angesichts der rassistisch motivierten Übergriffe auf Einwanderer empfand. Da er in Frankreich immer als »sale bougnoule« angesehen werde, habe er sich bereits mit der Idee auseinandergesetzt, nach Algerien zurückzukehren, obwohl er Frankreich als seine Heimat ansehe. Er sehe sich in Frankreich in einem solchen Maß erniedrigt, dass er Gefahr laufe, seine Selbstachtung zu verlieren⁶⁶³. Obwohl er französischer Staatsbürger war und auch seine Eltern die französische Staatsbürgerschaft hatten, gab er an, ihn habe noch nie jemand als Franzose betrachtet, auch er selbst nicht⁶⁶⁴.

Lange Zeit habe er seinem Vater vorgeworfen, für Frankreich gekämpft zu haben, schrieb Kara. Inzwischen bringe er jedoch Verständnis für diese Entscheidung auf. Während des Algerienkriegs sei es nicht leicht gewesen, sich für eine Seite zu entscheiden, zumal die französische Armee nach dem Prinzip »teile und herrsche« vorgegangen sei⁶⁶⁵. Er machte somit nicht seinen Vater für seine Situation verantwortlich, sondern die Französische Republik. Man habe Algerien zunächst kolonialisiert und anschließend Arbeitsmigranten nach

⁶⁶¹ In der Presse wurde Djadja wiederholt als »fils de harki« bezeichnet. Vgl. u. a. MILLE, Deux cents kilomètres pour combattre la xénophobie, in: Le Monde, 17.10.1983.

⁶⁶² Bouzid KARA, La Marche, Paris 1984, S. 42.

⁶⁶³ Ibid., S. 24f.

⁶⁶⁴ Ibid., S. 32.

⁶⁶⁵ Ibid., S. 32–34.

Frankreich geholt. Er sah den derzeitig grassierenden Rassismus als Fortsetzung dieser kolonialen Praxis an. Man versuche nun in Frankreich die Algerier und andere Nordafrikaner einzuschüchtern oder gar auszulöschen, wie man es bereits während der Kolonialzeit versucht habe⁶⁶⁶. Mit dieser Argumentation hob Kara die Differenzen zwischen sich und den Söhnen maghrebischer Einwanderer auf. »Devant le refus« der französischen Mehrheitsgesellschaft seien sie alle gleich⁶⁶⁷. Im Gegensatz zu vielen muslimischen Repatriierten bezeichne er sich nicht als Franzose, obwohl er französischer Staatsbürger sei und französisch spreche und denke. So wie er im Denken französisch sei, sei er dem Äußeren nach arabisch. Er sei im Endeffekt weder das eine noch das andere⁶⁶⁸. Angesichts der Ablehnung, die ihm in Frankreich entgegenschlage, bevorzuge er es jedoch, als Araber bezeichnet zu werden, da dieser Begriff all diejenigen vereine, die aufgrund ihres Äußeren unter dem Rassismus in Frankreich zu leiden hätten⁶⁶⁹.

Die nach dem Ende der Aktion entstandenen Aufzeichnungen Karas verdeutlichen, dass auch Söhne ehemaliger Hilfssoldaten die *Marche pour l'égalité* nicht als gescheitertes Unternehmen, sondern als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Identität wahrnahmen. Die Aktion sollte auch nicht das letzte gemeinsame Unternehmen von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten an der Seite der Nachkommen maghrebischer Einwanderer bleiben. Als im Anschluss an den erfolgreichen Marsch erste Verbandsstrukturen der zweiten Generation entstanden, bildeten sich auch hier gemeinsame Unternehmungen heraus. Die Entstehung des Verbands *France Plus* muss als Beispiel für eine Kooperation von Migranten und muslimischen Repatriierten der zweiten Generation gesehen werden. Pierret vertritt die Ansicht, die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten hätten es als Konkurrenz gesehen, dass auch die Kinder algerischer Migranten sich nach dem Erreichen der Volljährigkeit für die französische Staatsbürgerschaft entscheiden konnten. Daher hätten die muslimischen Repatriierten ihre fast vollständige Exklusivität als Muslime mit französischer Staatsangehörigkeit eingebüßt⁶⁷⁰. Der von *France Plus* verfolgte Ansatz widerspricht dieser These. Der Verband verstand sich als eine Vereinigung von »citoyens français d'origine étrangère«⁶⁷¹. Die Mitglieder des Verbands grenz-

666 Ibid., S. 25f.

667 Ibid., S. 42.

668 Ibid., S. 62f.

669 Ibid., S. 12.

670 PIERRET, *Les révoltes*, S. 151.

671 *Tous les droits, tous les devoirs du citoyen*, 4.6.1991, *France Plus*, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ten sich von den *beurs* ab, da sie sich nicht als Araber, sondern als französische Staatsbürger sahen. Sie verstanden die Tatsache, dass nicht mehr ausschließlich die muslimischen Repatriierten, sondern auch immer mehr Einwanderer der zweiten Generation französische Staatsbürger waren, als Chance im Kampf gegen die beide Gruppen betreffende soziale Benachteiligung. Anstatt sich von den Kindern maghrebinischer Einwanderer zu distanzieren, distanzierten sich die Akteure von France Plus von der Haltung ihrer Väter, die noch immer auf ihrem Status als »Français par le sang versé« beharrten. Der Präsident des Verbandes Arezki Dahmani erklärte, welche Entscheidung ihre Väter während des Krieges getroffen hätten, sei für das Engagement der zweiten Generation nicht von Bedeutung⁶⁷². Sie verstanden sich als mit sozialer Exklusion konfrontierte französische Staatsbürger.

Die im Sommer 1991 ausbrechende Aufstandswelle bestätigt wiederum Pierrets These, die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten hätten versucht, sich von den Einwanderern der zweiten Generation abzugrenzen. Am 20. Juni 1991 griffen Söhne ehemaliger Hilfssoldaten in der Cité des Oliviers in Narbonne zu Gewalt, um die Aufmerksamkeit auf ihre Probleme zu lenken. In der Cité des Oliviers lebten 35 Familien ehemaliger Hilfssoldaten gemeinsam mit Migranten aus der Türkei und aus Marokko. Obwohl sie alle die Probleme der Arbeitslosigkeit und der schlechten Lebensbedingungen teilten, waren es ausschließlich die Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten, die sich an den Aufständen beteiligten⁶⁷³. Es folgte eine Auseinandersetzung mit der Polizei, die über mehrere Wochen andauerte. Die Aufstände von Narbonne wirkten wie eine Initialzündung. In verschiedenen Städten und Gemeinden Südfrankreichs folgten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten dem Beispiel der Jugendlichen aus Narbonne und führten teils gewalttätige Aktionen durch, um auf sich aufmerksam zu machen. An verschiedenen Orten wurden die Mautstellen besetzt, so dass die Autofahrer kostenlos passieren konnten. In Pertuis besetzte eine Gruppe von ungefähr zwanzig Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten wiederholt das städtische Schwimmbad und lud die Bevölkerung zu einem kostenlos Schwimmgvergnügen ein. In Montpellier wurden die Räumlichkeiten der *direction des affaires économiques et des finances locales* besetzt. Die Besetzer verwüsteten die Räumlichkeiten, vergossen Benzin und drohten, das Gebäude in Brand zu setzen. Es wurden an verschiedenen Orten teils brennende Barrikaden errichtet, an denen sich die Jugendlichen Schlachten mit der Polizei lieferten, und Autos angezün-

672 Ibid.

673 France Régions 3: Problèmes banlieues ou harkis, 27.6.1991, <http://www.ina.fr/video/CAC92010195> (26.2.2020).

det. Vereinzelt fielen auch Schüsse. Mehrere Polizeibeamte wurden bei den Auseinandersetzungen verletzt⁶⁷⁴.

Die Unruhen erinnerten an die Aufstände, die Mitte 1975 in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise ausgebrochen waren. Hatten die Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten damals gegen die Lebensbedingungen in den Lagern und Walddörfern protestiert, so reagierten sie nun auf die Segregation und die schlechten Lebensbedingungen, mit denen sie sich in den Vorstädten konfrontiert sahen. Sie forderten staatliche Hilfen beim Immobilienkauf und Zugang zu Sozialwohnungen, um die sozial benachteiligten Viertel verlassen und ihre Wohnsituation verbessern zu können. Zudem forderten sie, die in ihrer Gruppe hohe Arbeitslosenquote zu bekämpfen. Der Staat solle gegen rassistische Einstellungskriterien vorgehen, damit die Herkunft nicht mehr über die Einstellung entscheiden könne. Gleichzeitig solle er im öffentlichen Dienst eine bestimmte Anzahl an Arbeitsplätzen für ehemalige Hilfssoldaten und deren Kinder reservieren. Darüber hinaus forderten sie Entschädigung für den Besitz, den ihre Väter gegebenenfalls in Algerien zurückgelassen hatten⁶⁷⁵. Sie vermischten auf diese Weise Probleme, unter denen die Einwanderer der zweiten Generation in gleichem Maße litten wie sie selbst, mit Problemen, die spezifisch für ihre Gruppe galten.

Ihr Wunsch, als eigene Gruppe wahrgenommen zu werden, wurde sichtbar, da die Aufständischen all ihre Forderungen damit begründeten, dass sie französische Staatsbürger seien, weil sich Frankreich ihrer Väter als »chair de canon« bedient habe. So stand auf einem Flugblatt, das Nachkommen von Hilfssoldaten Ende Juli an der Mautstelle von Aix-en-Provence verteilten, dass man seit mehreren Tagen versuche, sie in den Medien als »voyous« und als »terroristes« darzustellen. In Wirklichkeit seien sie jedoch »Français« mit dem Wunsch, als solche anerkannt zu werden. Als Bürger der Französischen Republik anerkannt zu werden, bedeute für sie das Recht auf eine Arbeit, die es ihnen erlaube, ein vernünftiges Leben zu führen, sowie das Recht auf eine Wohnung, statt in den »réserves à Indiens« geparkt zu bleiben. Außerdem bedeute es, dass ihre Eltern Entschädigungen für all das bekämen, was sie aufgrund ihres Kampfs für Frankreich verloren hätten. Das Flugblatt endete mit der Frage »Est-ce être terroriste que de demander des droits aussi élémentaires?«⁶⁷⁶

⁶⁷⁴ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des polices urbaines. Les manifestations et exactions commises par les fils de harkis en zone de police urbaine depuis le 5 juillet 1991, AN: vers. 20090157/212.

⁶⁷⁵ Préfecture de Vaucluse à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Rencontre avec la communauté harkie le samedi 29 juin 1991, *ibid.*

⁶⁷⁶ Flugblatt, das am 28.7.1991 an der Mautstelle von Aix verteilt wurde, zitiert nach: France-Horizon 325 (1991), S. 16.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Indem sie ihre Forderungen mit der Rolle ihrer Väter während des Algerienkriegs begründeten, machten sie deutlich, dass sie als eigene Gruppe mit spezifischen Problemen wahrgenommen werden wollten.

Dass die Aufständischen darauf bestanden, als Kinder von »harkis« gesehen zu werden, ist im Kontext des Emanzipationsprozesses dieser Generation zu verstehen. Während der Unruhen von 1975 hatten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten mit Laradji einen Vertreter der muslimischen Elite als Führungsfigur agieren lassen, der zum Teil von den Aktivisten der *Algérie française* instrumentalisiert worden war. Ihre Interessen waren dadurch verzerrt worden. Die Marche pour l'égalité hatte zwar insofern die erhofften Ergebnisse gebracht, als die Aufmerksamkeit auf das Problem des Rassismus gelenkt wurde, allerdings nahm man in der französischen Öffentlichkeit die »harkis« nicht als gesonderte Gruppe wahr. Die spezifischen Erfahrungen der in den Lagern und Walddörfern erlebten Entmündigung und der Segregation sowie die daraus resultierenden Probleme traten in den Hintergrund.

Aus dem Bedürfnis heraus, auch an die nur für ihre Gruppe spezifischen Erfahrungen und Probleme zu erinnern, traten die »harkis« der zweiten Generation 1991 als geschlossene Gruppe auf und sprachen allen Verbänden die Erlaubnis ab, für sie zu sprechen⁶⁷⁷. Den Verbandsstrukturen der muslimischen Elite, denen viele ihrer Väter ihr Vertrauen schenkten, misstrauten sie ebenso wie den Verbandsstrukturen, die sich unter den muslimischen Hilfssoldaten herausgebildet hatten. Sie warfen ihnen mangelnde Durchsetzungskraft vor. Sie hielten die Vorsitzenden dieser Verbände für unfähig, wirkliche Veränderungen herbeizuführen, weshalb sie nun mit aufsehenerregenden Aktionen ihre Forderungen selbst durchsetzen wollten⁶⁷⁸. In besonderem Maße misstrauten sie den Repatriiertenverbänden und den Parteien der Rechten, die vorgaben, sich für sie einzusetzen. Als der Historiker Jacques Delarue im Jahr nach den Aufständen den Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten in einem Interview bat, die Tatsache zu kommentieren, dass der FN, ehemalige Mitglieder der OAS und Repatriiertenverbände als Fürsprecher der Hilfssoldaten auftraten, antwortete dieser, die muslimischen Repatriierten seien »une vache à lait« für den FN gewesen. Der FN habe nicht nur nie etwas für die Verbesserung ihrer Situation getan, sondern habe sie für seine eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert⁶⁷⁹.

⁶⁷⁷ Préfecture de Vaucluse à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Rencontre avec la communauté harkie le samedi 29 juin 1991, AN: vers. 20090157/212.

⁶⁷⁸ Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz: FNRFCI, 23.6.1992, *ibid*.

⁶⁷⁹ DELARUE, *La malédiction*, S. 32.

Die Aufstände von 1991 werden in der Forschung als Wendepunkt im Subjektivierungsprozess der zweiten Generation bezeichnet. Die Vertreter der zweiten Generation traten erstmals als eigenständige Gruppe ohne externe Fürsprecher auf und waren nicht Gegenstand von Debatten, sondern beteiligten sich aktiv an ihnen⁶⁸⁰. Dieser Subjektivierungsprozess war bereits mit den Aufständen von 1975 eingeleitet worden. 1975 waren nicht nur erstmals Stimmen der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten zu hören gewesen, auch das Schweigen der ersten Generation wurde infolge der Aufstände durchbrochen. Zum ersten Mal seit Anfang der 1980er Jahre machten ehemalige Hilfssoldaten selbst auf ihre sozialen Probleme und auf das Gefühl, nicht als französische Staatsbürger akzeptiert zu werden, aufmerksam. Hierfür nutzten sie Verbandsstrukturen der muslimischen Elite und gründeten selbst Interessensvertretungen. Dabei leiteten sie Forderungen aus ihrem Kampf für Frankreich ab. Sie wehrten sich dagegen, dem Rassismus in Frankreich ausgesetzt zu sein, der sich in besonderem Maße gegen aus dem Maghreb stammende Muslime, gegen die Araber wandte. Anstatt jedoch gegen den Rassismus als solchen anzukämpfen, betonten sie stets, sie seien »Français par le sang versé« und deshalb von den maghrebini-schen Einwanderern zu unterscheiden. Sie machten das angebliche Fehlverhalten der maghrebini-schen Einwanderer dafür verantwortlich, dass sie selbst in Frankreich nicht als französische Staatsbürger anerkannt wurden.

Die zweite Generation verfolgte im Kampf gegen den Rassismus und die soziale Ausgrenzung eine andere Strategie. Die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten nahmen wahr, dass sie die Probleme der zweiten Generation der maghrebini-schen Einwanderer teilten, und erkannten an, dass viele von ihnen wie sie selbst französische Staatsbürger waren. Gerade da sie in Frankreich aufgewachsen und zum Teil auch dort geboren waren, die französische Staatsbürgerschaft hatten und die Werte der Französischen Republik teilten, wog es für sie umso schwerer, nicht als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Aus diesem Grund kämpften sie gemeinsam gegen den Rassismus und gegen die soziale Ausgrenzung. Dafür mussten sich die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten von denen distanzieren, die in den Jahren zuvor als Fürsprecher ihrer Gemeinschaft aufgetreten waren, auch von ihren Vätern, die an den alten Beziehungskonstellationen festhielten. Obwohl sie die sozialen Probleme in Frankreich und das Gefühl der Ausgrenzung teilten, hoben sich die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten aufgrund der Vergangenheit ihrer Väter und aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen in den Lagern von den Kindern der Einwanderer ab.

Im Gegensatz zu den Einwanderern der zweiten Generation litten sie unter einer doppelten Stigmatisierung, da sie sich nicht nur in Frankreich nicht als französische Staatsbürger anerkannt fühlten, sondern zugleich auch von ihren

680 ENJELVIN, Les harkis, S. 169.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

algerischen Wurzeln abgeschnitten waren. Dennoch bedeuteten die Aufstände vom Sommer 1991 nicht, dass die verschwimmenden Grenzen zwischen den Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten und den maghrebischen Migranten der zweiten Generation wieder klare Konturen bekamen. Beide Gruppen teilten weiterhin die Erfahrungen der Ausgrenzung in Frankreich und agierten gemeinsam, um auf diese Ausgrenzung aufmerksam zu machen. Auch nach dem Jahr 1991 beteiligten sich sowohl Einwanderer der zweiten Generation als auch Kinder ehemaliger Hilfssoldaten an den Unruhen in den Vorstädten. So kam es beispielsweise im März 1999 in Pamiers zu Unruhen, nachdem ein ehemaliger Hilfssoldat und dessen Tochter nach Nachbarschaftsstreitigkeiten festgenommen worden waren. Eine Gruppe von ca. 60 Personen, bestehend vor allem aus Kindern ehemaliger Hilfssoldaten sowie maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation, sammelte sich vor der Polizeiwache, um deren Freilassung zu fordern. Nach dem Ende der Aktion demonstrierten Jugendliche im Stadtzentrum durch Vandalismus ihre Unzufriedenheit mit ihrer Situation. Dabei war nicht auszumachen, ob es sich um Kinder von Hilfssoldaten oder von Einwanderern aus dem Maghreb handelte⁶⁸¹. So sehr die Vergangenheit ihre Familien auch getrennt hatte, so sehr einte die Gegenwart die maghrebische Jugend in Frankreich und ließ die Grenzen zwischen beiden Gruppen verschwimmen.

3.8 Ambivalenz der Assimilation

Mit der algerischen Unabhängigkeitserklärung vom 5. Juli 1962 war die 132 Jahre andauernde Epoche der *Algérie française* beendet. Die Auswirkungen dieser Epoche sollten jedoch in der Französischen Republik noch lange spürbar bleiben. Mit der Dekolonialisierung veränderten sich die gesellschaftlichen Strukturen der Republik nachhaltig. Knapp eine Million europäische Siedler wurden als französische Staatsbürger nach Frankreich repatriiert. Gleichzeitig nahm durch die in den Abkommen von Évian beschlossene Reisefreiheit zwischen Algerien und Frankreich die Migration von Bürgern des unabhängigen Algeriens nach Frankreich zu. Die demobilisierten Hilfssoldaten gehörten weder der einen noch der anderen Gruppe an. Sie waren nach der Unabhängigkeit zunächst algerische Staatsbürger. Viele von ihnen verließen jedoch Algerien in Richtung Frankreich, da sie im unabhängigen Staat als Verräter galten. In Frankreich konnten sie die französische Staatsbürgerschaft beantragen und

⁶⁸¹ Le préfet de l'Ariège à monsieur le ministre de l'Intérieur. Manifestation et incidents de voie publique à Pamiers dans la soirée du vendredi 5 mars 1999, AN: vers. 20090157/212.

wurden in Folge als Repatriierte anerkannt. Es entstand auf diese Weise die Gruppe der muslimischen Repatriierten. Gemäß dem universalistischen Ideal hätten sie nach ihrer Einbürgerung nicht mehr als gesonderte Gruppe behandelt werden dürfen. Die Regierung hätte darauf vertrauen müssen, dass spätestens die zweite Generation ohne einen speziellen Integrationsplan in der Nation aufgehen würde. De facto kategorisierte die Regierung sie jedoch als FMR und ließ ihnen eine Sonderbehandlung zukommen. Innerhalb der Gruppe der muslimischen Repatriierten unterschieden die Behörden wiederum zwischen der muslimischen Elite und den demobilisierten Hilfssoldaten. Die muslimische Elite galt bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit als assimiliert, so dass die französischen Behörden keine Notwendigkeit sahen, für sie ein spezielles Integrationsprogramm aufzustellen.

Die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten sah die Regierung hingegen als Problem an. Sie waren in den meisten Fällen ausschließlich während ihrer kurzen Zeit als Hilfssoldaten in der französischen Armee mit der Französischen Republik in Kontakt gekommen. Das Integrationskonzept, das die Behörden schließlich wählten, zeigte, dass sie im Umgang mit einstigen Kolonialisierten die Ansicht vertraten, Gleichbehandlung könne erst auf Angleichung folgen. Man entschied sich für einen staatlich geregelten Empfang und Weg zur Integration. Unter der Aufsicht kolonialer Akteure sollten die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien an das Leben in Frankreich gewöhnt, sprich von ihrer als rückständig betrachteten Kultur entfremdet werden. Mit dieser Aufgabe betraut waren ehemalige Offiziere der SAS. Die von ihnen angestrebte Assimilation reichte bis hin zu Überlegungen, ob eine christliche Missionierung der ehemaligen Hilfssoldaten nötig sei. Sie setzten Assimilation mit absoluter kultureller Absorption gleich. Die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien wurden als eine gesonderte Gruppe verstanden und einer speziellen Behandlung unterworfen, um die Assimilation dieser Gruppe zu erreichen. Die Regierung begründete dies mit der Annahme einer zu großen kulturellen Differenz zwischen den muslimischen Hilfssoldaten und der französischen Mehrheitsgesellschaft. Sie sah die Kultur und Religion der Hilfssoldaten als archaisch und rückständig an, so dass sie eine Assimilation auf dem traditionellen, in Einklang zu der Idee des Universalismus stehenden Wege nicht für möglich hielt.

Schon mit dem Anstieg der Migration aus dem Maghreb in Folge des Zweiten Weltkriegs hatte sich diese Ansicht im französischen Verwaltungsapparat verbreitet. Der 1945 zum Generalsekretär des Hohen Komitees für Bevölkerung und Familie ernannte Georges Mauco erklärte nach seinem Amtsantritt, die muslimische Bevölkerung des Maghrebs sei nicht assimilierbar. Er schlug deshalb vor, die Zuwanderung nach Frankreich zu steuern. Er konnte sich jedoch mit dieser Ansicht nicht durchsetzen, da sein Vorschlag als Bruch mit

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

dem republikanischen Universalismus verstanden wurde⁶⁸². Shepard zeigt, dass sich mit der Dekolonialisierung die von Mauco bereits fast zwanzig Jahre früher vertretene Position durchsetzte und man sich damit tatsächlich vom Ideal des Universalismus entfernte. Er sieht die Dekolonialisierung in dieser Hinsicht als klaren Bruch an⁶⁸³. Für ihn war es eine Folge der Dekolonialisierung, dass die von Griotteray in den 1980er Jahren ausformulierte These, im Umgang mit muslimisch geprägten Einwanderern seien die Grenzen des Universalismus erreicht, in breiten gesellschaftlichen Kreisen Zustimmung fand. Diese Sichtweise kann am Beispiel der ehemaligen Hilfssoldaten relativiert werden. Gerade anhand des für diese Gruppe angewandten Integrationskonzepts wird erkennbar, dass es die im Kolonialismus begründete Verbindung zwischen Universalismus und inegalitärem Denken war, die dieser Entwicklung zugrunde lag: Koloniale Akteure übertrugen ihr in der *Algérie française* angewandtes Assimilationskonzept, das von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime ausging, auf die nun auf die einstige Metropole begrenzte Französische Republik. Es waren koloniale Kontinuitäten, die die Integrationspolitik bestimmten.

Die Regierung bemühte sich nach der Unabhängigkeit Algeriens, die Einwanderung von Algeriern zu begrenzen und die in den Abkommen von Évian festgeschriebene Reisefreiheit zwischen beiden Ländern auszuhebeln. Die algerischen Migranten, die nach Frankreich kamen, galten als Arbeitsmigranten. Deren Integration war weder von französischer noch von algerischer Seite erwünscht. Beide Seiten erwarteten, dass die hauptsächlich männlichen Arbeitsmigranten wieder nach Algerien zurückkehrten, wo sie in vielen Fällen ihre Familien zurückgelassen hatten. Sie wurden nicht als Teil der Französischen Republik betrachtet, wodurch sich die Frage der Integration nicht stellte. Die muslimischen Repatriierten hingegen kamen meist mit ihren Familien und wurden nach ihrer Ankunft in Frankreich eingebürgert. Sie waren gekommen, um zu bleiben. Da ihnen als maghrebinische Muslime jedoch eine Unfähigkeit zur Assimilation unterstellt wurde, griffen die französischen Behörden mit Unterstützung der ehemaligen SAS-Offiziere sowie mit der Hilfe europäischer Repatriierter auf das Konzept einer kontrollierten Assimilation zurück, um eine kulturelle Angleichung zu erzwingen. Dieses Vorgehen widersprach dem Prinzip der Gleichbehandlung und enthielt den ehemaligen Hilfssoldaten sowie deren Frauen und Kindern politische Grundrechte vor, auf die sie als französische Staatsbürger ein Anrecht gehabt hätten.

Es waren in den 1960er Jahren keine Stimmen zu hören, die sich gegen das von der Regierung verfolgte Integrationskonzept wandten. Die europäischen

⁶⁸² WEIL, *La France*, S. 54–62.

⁶⁸³ SHEPARD, 1962.

Repatriierten nutzten zwar jede Gelegenheit, um den Umgang der Regierung mit den ehemaligen Hilfssoldaten zu kritisieren und ihr Verrat an der *Algérie française* vorzuwerfen, sie äußerten jedoch keine Kritik an der Aufnahme- und Integrationspolitik. Sie erklärten, die Hilfssoldaten hätten ihr Leben für die Französische Republik aufs Spiel gesetzt und seien als »Français par le sang versé« grundsätzlich zur Assimilation bereit. Zugleich teilten die Anhänger der *Algérie française* die Position, die Muslime Algeriens seien zivilisatorisch rückständig und benötigten Unterstützung auf dem Weg zur erwünschten kulturellen Anpassung. Auch von der kolonialkritischen Linken war keine Kritik am Integrationskonzept der Regierung zu vernehmen. Die Linke folgte großteils der Ansicht des FLN und der AA, der Vertretung des FLN auf französischem Boden. Beide Akteure betrachteten die ehemaligen Hilfssoldaten nicht als französische Staatsbürger, sondern als Algerier, die sich in ihrer Heimat der Verantwortung für ihre Verbrechen stellen sollten. Die Frage der Integration kam in der kolonialkritischen Linken in diesem Kontext kaum auf. Die wenigen Akteure, die das Thema ansprachen, zeigten in ihrer Argumentationsweise, dass sie ebenfalls die These vertraten, aufgrund zu großer kultureller Differenzen sei eine Assimilation kaum möglich.

Lediglich diejenigen, die es zu integrieren galt, lehnten geschlossen das Prinzip der Assimilation im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption ab. Selbst die Vertreter der muslimischen Elite waren nicht bereit, den Integrationsprozess im Sinne einer Assimilation zu verstehen, die eine vollständige kulturelle Angleichung beinhaltet. Für sie war Algerien ein Teil Frankreichs gewesen, woraus sie die Position ableiteten, ihre Kultur und ihre Religion gehörten zu Frankreich. Sie bekannten sich uneingeschränkt zu den Werten der Französischen Republik und forderten in diesem Sinne Toleranz und Religionsfreiheit als Teil des Universalismus ein. Für sie stellte es keinen Widerspruch dar, Muslim und französischer Staatsbürger zu sein. In der *Algérie française* hatten sie sich hybride Identitäten angeeignet, die ihrem Wunsch gemäß auch ihr Leben in Frankreich bestimmen sollten. Die Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten waren am Ende des Krieges in erster Linie bestimmt von arabisch-beziehungsweise berberisch-muslimischen Denk- und Handlungsmustern. Sie waren während der Kolonialzeit weitaus weniger mit der französischen Kultur in Kontakt gekommen als die muslimische Elite. Ihre Handlungen und Aussagen nach dem Ende des Kriegs zeigten, dass sie mehrheitlich hofften, nach Algerien zurückzukehren. Sie hofften auf ein Zeichen der Versöhnung vonseiten des FLN oder auf einen Regimewechsel. Aus diesem Grund stellte sich für sie selbst die Frage der Integration zunächst nicht. Die staatlich praktizierte Integrationspolitik empfanden die ehemaligen Hilfssoldaten jedoch klar als Entmündigung und Erniedrigung.

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Insbesondere für die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Frankreich aufgewachsen und teils auch geboren waren, wog das Gefühl, in Frankreich gedemütigt und erniedrigt zu werden, schwer. Anfang der 1970er Jahre wurde erstmals deutlich, dass in den Lagern und Walddörfern eine neue Generation herangewachsen waren, die von Geburt an französische Staatsbürger waren, sich jedoch nicht als solche behandelt sahen. Sie fühlten sich ihrer grundlegenden Rechte als französische Staatsbürger beraubt. Durch das Leben in den Lagern und Walddörfern hatten sie eine hybride Identität ausgebildet, die von dem Gefühl einer doppelten Ausgrenzung geprägt war. Sie sahen Frankreich als ihre Heimat an, fühlten sich dort jedoch ausgegrenzt. Gleichzeitig war auch der Weg zu ihren algerischen Wurzeln abgeschnitten, da sie in Algerien als Kinder von Verrätern angesehen wurden. 1975 waren erstmals die Stimmen der zweiten Generation zu hören, die sich zur Integrationspolitik äußerten. Sie forderten die Schließung der Lager und Walddörfer und verlangten, in ihrer kulturellen Differenz als französische Staatsbürger anerkannt zu werden. Deutlich wandten sie sich gegen das Konzept der Assimilation und verlangten, ihre Kultur und ihre Religion als gleichwertig anzuerkennen. Diese Forderung war auch von der neuen Generation der muslimischen Elite zu hören, die Anfang der 1970er Jahre begann, sich in Verbänden zu organisieren. Verschiedene Vertreter dieser neuen Generation versuchten sich als Sprachrohr aller muslimischer Repatriierten zu profilieren, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, die als besonders hilfsbedürftig kategorisiert wurden. Laradji, der sich 1975 als Anführer der Aufstände und dadurch als Fürsprecher der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten durchsetzte, kritisierte deutlich die Integrationspolitik und betonte, wie die Lagerbewohner der zweiten Generation selbst, das Recht auf Differenz.

Laradjis Diskurs unterschied sich von der Rhetorik der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, da er nur für die muslimischen Repatriierten das Recht auf kulturelle Differenz forderte und zugleich eine Begrenzung der Migration aus Algerien begrüßte. In diesem Punkt teilte er die Position der Verteidiger der *Algérie française*, die sich nach den Amnestiegesetzen von 1968 neu formierten. Hier entstand eine neue Koalition aus europäischen Repatriierten und amnestierten Mitgliedern der OAS, die sich in großer Anzahl auch in den Reihen des rechtsextremen FN wiederfanden, der in den 1980er Jahren die Rhetorik dieser neuen Koalition an die Öffentlichkeit und in die Politik trug. Die Verteidiger der *Algérie française* bemühten sich, ähnlich wie die muslimische Elite als Fürsprecher der ehemaligen Hilfssoldaten aufzutreten. Sie gaben sich als überzeugte Verfechter des universalistischen Ideals und waren bemüht, ihren Diskurs nach diesem Ideal auszurichten. Sie verschleierten stets ihre von Rassismus geprägte Sichtweise auf die Muslime Nordafrikas und betonten stattdessen die Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, die unabhängig von der jeweili-

gen Religion der Mitglieder fortbestehe. De facto hatten sie jedoch 1962 die Integrationspolitik der Regierung unterstützt und die erzwungene kulturelle Angleichung der muslimischen Hilfssoldaten als notwendig erachtet. Im Kontext ihres revanchistischen Diskurses instrumentalisieren sie die ehemaligen Hilfssoldaten. Sie betonten, die Hilfssoldaten hätten sich ihr Recht auf die französische Staatsbürgerschaft erkämpft. Mit dem gleichen Argument forderten sie die Begrenzung der algerischen Migration oder gar die Ausweisung der algerischen Migranten.

Die kolonialkritische Linke setzte sich gegen den antimuslimischen Rassismus der Verteidiger der *Algérie française* zur Wehr. Nachdem sich zahlreiche Arbeitsmigranten an den Aufständen von 1968 beteiligt hatten, wurden Antirassismus und Solidarität mit den Arbeitsmigranten in Frankreich wichtige Punkte auf ihrer Agenda. Im Gegensatz zu den Aktivisten der *Algérie française* plädierte die Linke für Reisefreiheit und eine Ausweitung der Aufenthaltsgenehmigungen für Algerier und engagierte sich für deren soziale Besserstellung. Jedoch blieb auch in der Linken sowie bei den algerischen Arbeitsmigranten selbst die Position bestehen, Letztere gehörten nicht zur Französischen Republik. Selbst der FLN in Algerien lehnte eine Integration seiner Landsleute in Frankreich ab. Er erinnerte diese an ihre muslimische Identität, um eine Integration zu verhindern. Gleichzeitig ging der FLN in den 1970er Jahren dazu über, die ehemaligen Hilfssoldaten als Bürger der Französischen Republik und nicht mehr als Algerier einzuordnen. Die Linke betonte hingegen, die muslimische Identität sei kennzeichnend sowohl für die algerischen Arbeitsmigranten als auch für die ehemaligen Hilfssoldaten, und sah beide Gruppe nicht als Teil der französischen Gesellschaft an. Ihr Diskurs zeigte dabei, dass auch Vertreter der antirassistischen Linken von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime ausgingen und diesen unterstellten, sie könnten sich nicht in die Französische Republik integrieren. Sie setzten den Islam als archaische Religion der Aufklärung entgegen, die sie als theoretisches Fundament der Französischen Republik verstanden.

Weil die französische Regierung seit Mitte der 1970er Jahre die Reisefreiheit zwischen Algerien und Frankreich eingeschränkt hatte, hatte sich die Migration zwischen Algerien und Frankreich aufgrund des Familiennachzuges grundlegend verändert. In den 1980er Jahren war nicht mehr von einer temporären männlich dominierten Arbeitsmigration die Rede, sondern es wurde offensichtlich, dass die aus Algerien nach Frankreich einreisenden Migranten anstrebten, sich dauerhaft in Frankreich niederzulassen. Dadurch änderte sich auch die Gruppe der *Français musulmans*. Die Kinder algerischer Migranten konnten sich nach Vollendung ihrer Volljährigkeit für die französische Staatsbürgerschaft entscheiden. Dadurch waren nicht mehr ausschließlich die muslimischen Repatriierten französische Staatsbürger, sondern auch Kinder ehemali-

3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ger Arbeitsmigranten. Die Anzahl der Muslime mit französischer Staatsbürgerschaft nahm insgesamt zu. Als Mitterrand das Amt des Staatspräsidenten übernahm und die sozialistische Partei erstmals die Regierung stellte, berücksichtigte sie diese Veränderung und schlug einen völlig neuen Weg in der Integrationspolitik ein. Der Staatssekretär für Repatriierte Raymond Courrière erklärte, er verstehe den Islam fortan als Teil der Französischen Republik, womit er der Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption eine Absage erteilte. Für ihn stand die Gleichberechtigung im Vordergrund der Integrationspolitik. Er plante, die Integration der muslimischen Repatriierten, insbesondere der zweiten Generation, durch eine differentialistische Wende zu vollenden. Dafür sollte die Andersartigkeit der muslimischen Mitbürger anerkannt und gestärkt werden. Ihre arabisch- beziehungsweise berberisch-muslimische Identität sollte nicht mehr als Schwäche diffamiert, sondern als Stärke genutzt werden. Auf diesem Weg wurde die Partei nicht nur von der außerparlamentarischen Linken unterstützt, sondern sie hatte damit einen Weg eingeschlagen, den auch die Betroffenen selbst begrüßten. Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten politisierten sich Anfang der 1980er Jahre an der Seite der Migranten der zweiten Generation und der außerparlamentarischen Linken. Gemeinsam kämpften sie gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung und für die Anerkennung ihrer kulturellen Differenzen.

Auch ehemalige SAS-Offiziere wie André Wormser unterstützten den politischen Kampf der Nachkommen von Hilfssoldaten und Einwanderern ebenso wie Vertreter der muslimischen Elite. Die muslimische Elite achtete jedoch in ihrem Diskurs darauf, sich deutlich von den maghrebinischen Migranten abzugrenzen. Sie betonten, dass sie »Français par le sang versé« seien, da sie mit ihrem Kampf für Frankreich den Willen gezeigt hätten, Teil der Republik zu sein, während die algerischen Migranten für die Unabhängigkeit Algeriens und somit gegen Frankreich gekämpft hätten. Auch die ehemaligen Hilfssoldaten bedienten sich dieser Rhetorik, als sie sich Anfang der 1980er Jahre erstmals an dem Diskurs beteiligten. Somit zeigte sich eine starke akteursübergreifende Kontinuität im revanchistischen Diskurs, den die Verteidiger der *Algérie française* prägten. Auch noch zu einem Zeitpunkt, als die Kinder ehemaliger Hilfssoldaten bereits an der Seite der Einwanderer der zweiten Generation auftraten, übernahmen die neuen Vertreter der muslimischen Elite sowie die ehemaligen Hilfssoldaten die revanchistische Rhetorik. Auf diese Weise entstand die in hohem Maße ambivalente Koalition zwischen Le Pen, seiner Partei und muslimischen Repatriierten.

Während insbesondere die Vertreter der muslimischen Elite sich dafür einsetzten, in Frankreich einen republikanischen Islam zu etablieren, der in Einklang mit den Werten der Französischen Republik gelebt werden sollte, verflocht der FN Revanchismus und Islamkritik. Der FN stellte sich mit dem Argu-

ment, man müsse die Republik davor bewahren, eine »France algérienne« zu werden, gegen den von der sozialistischen Regierung eingeschlagenen Weg zur Anerkennung des Islams. Als der Islam zunehmend in Frankreich sichtbar wurde und zugleich mit dem islamistischen Terror innerhalb der französischen Bevölkerung unbestimmte Ängste gegen diese Religion aufkamen, konzentrierte sich der FN zusehends auf die Islamkritik. Die Partei boykottierte den Bau von Moscheen, der wiederum von Vertretern der muslimischen Elite initiiert worden war. Die Partei gab zwar an, sich in ihrem Diskurs auf die universalistische Idee der Republik zu beziehen, und untermauerte diese Behauptung immer wieder durch Verweise auf ihr gemeinsames Auftreten mit muslimischen Repatriierten. Gerade ihre Kritik am Islam zeigte jedoch, dass sie die Französische Republik als eine rein christliche Republik verstand und Menschen anderer Kultur und anderen Glaubens in Frankreich keinen Platz einräumen wollte.

Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten distanzieren sich im Laufe der 1980er Jahre klar von den Verteidigern der *Algérie française*. Deren Revanchismus und Islamkritik machten sie verantwortlich für den in Frankreich um sich greifenden antimuslimischen Rassismus, der aus ihrer Sicht ihre Ausgrenzung begründete. Sie zeigten deutlich, dass sie sich als französische Staatsbürger verstanden, jedoch eine kulturelle Absorption vehement ablehnten. In der Forderung nach Angleichung sahen sie eine Herabsetzung ihrer muslimischen Wurzeln. Zudem betonten sie, dass sich der »racisme antiarabe« am Äußeren der Menschen orientiere. Sie vertraten daher die Überzeugung, eine Anerkennung als französische Staatsbürger sei für sie trotz aller Assimilationsbemühungen unerreichbar. Das universalistische Ideal der Republik war in ihren Augen ein scheinheiliger Wert, der einem Realitätstest nicht standhielt. Aus dieser Position resultierte das Engagement der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in der Bewegung der *beurs*. Sie gingen jedoch nicht in dieser Bewegung auf, sondern entwickelten in Folge eine eigene Identität. Im Sommer 1991 machten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten deutlich, dass sie sich als »harkis« der zweiten Generation verstanden. In diesem Sinne zeigten sie, dass sie sich als eigene Gruppe mit eigenen hybriden Identitäten innerhalb der Französischen Republik wahrnahmen. Ihnen war es damit gelungen, sich aus den kolonial begründeten Abhängigkeiten von Akteuren zu entfernen, die die Hilfssoldaten als Instrument missbrauchten, um ihre rassistischen Handlungs- und Denkmuster hinter einer universalistischen Fassade zu verbergen.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs (1980–2007)

Erinnerungen sind Halbwachs zufolge stets mit sozialen Identitäten verknüpft¹. Im universalistischen Nationsverständnis spielt der Bezug auf eine gemeinsame Geschichte eine wichtige Rolle. Renan wertete das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Geschichte als Teil des »plébiscite de tous les jours«². Einheitliche sinnstiftende Erinnerungen sind demnach zentral für eine sich als universalistisch verstehende Nation. Aus diesem Grund zielt die Erinnerungspolitik in der Französischen Republik darauf ab, gemeinsame sinnstiftende Erinnerungen in den öffentlichen Raum zu tragen. Die kontroversen Debatten um den Algerienkrieg offenbaren jedoch, dass sich das kollektive Gedächtnis einer Nation nicht zentral von oben steuern lässt. Verschiedene Gruppenakteure sind mit ihren von gegenwärtigen Interessen geprägten, widerstreitenden kollektiven Erinnerungen an der Herausbildung der kollektiven Erinnerungen einer Nation beteiligt. Nationale Erinnerungen sind so, wie von Sivan und Winter herausgearbeitet, das Ergebnis von *agency*³. Erinnerungen werden hier dementsprechend als ein Teil des Diskurses verstanden – ein Diskurs über die Vergangenheit, der geprägt ist von den gegenwärtigen Interessen und Handlungen der in einen institutionellen und sozialen Rahmen eingebundenen Akteure.

Die Forschung konzentriert sich in den erinnerungshistorischen Untersuchungen zu den »harkis« auf die Suche der Nachkommen der Hilfssoldaten nach ihrer Identität in der Französischen Republik sowie auf die staatliche Erinnerungspolitik⁴. Wenig Beachtung findet hingegen die Frage, wie andere Akteure die staatliche Erinnerungspolitik prägten und die Erinnerungen der »harkis« selbst beeinflussten. Lediglich dazu, wie Vertriebenenverbände die Erinnerungen der »harkis« und an die »harkis« verzerrten, liegt eine Studie

1 HALBWACHS, Das Gedächtnis.

2 RENAN, Qu'est-ce qu'une nation?, S. 240f.

3 SIVAN, WINTER, Setting the Framework.

4 Vgl. zu der Identitätssuche der zweiten Generation u. a. IRELAND, Facing the Ghosts of the Past; vgl. zu der staatlichen Erinnerungspolitik BRILLET, Scène judiciaire.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

vor⁵. Diesem Teil der Arbeit liegt die Prämisse zugrunde, dass Akteure, die bereits den öffentlichen Diskurs um die Hilfssoldaten am Ende des französischen Kolonialreichs und um deren Integration in dem auf die einstige Metropole reduzierten Nationalstaat prägten, auch den Diskurs auf der Erinnerungsebene beeinflussten. Sie prägten in den Erinnerungsdiskursen bestimmte Bilder, die sie zur Durchsetzung ihrer eigenen Erinnerungsdeutung nutzen konnten. Auf der Grundlage von Verbandsorganen und archivalischen Verbandsquellen in Kombination mit archivalischen Quellen zur staatlichen Erinnerungspolitik kann herausgearbeitet werden, wie Verbände der muslimischen Elite, der »harkis« selbst sowie Repatriiertenverbände und Verbände des Kolonialmilitärs Bilder der »harkis« für ihre gezielte Lobbyarbeit nutzten. Zentral bleibt dabei die Frage, inwiefern die Bilder von kolonialen Kontinuitäten geprägt waren.

Mit dem Veteranenverband Fnaca gewinnt hier ein Akteur an Bedeutung, der der kolonialkritischen Linken zuzuordnen ist. Dieser Verband prägte durch seine erinnerungspolitische Lobbyarbeit die Erinnerungen an die »harkis« auf eine sehr spezielle Art und Weise. Aus dem kolonialkritischen Lager beeinflussten zudem kolonialkritische Intellektuelle die Erinnerungsdiskurse um die ehemaligen Hilfssoldaten. Sie wiederholten in veröffentlichten Texten ihre bereits während der Phase der Dekolonisation geäußerte Kolonialkritik und gingen dabei auch auf die Hilfssoldaten ein. Auch die maghrebinsche Gemeinde bleibt als Akteur relevant. Besonders relevant ist hier die Frage, inwiefern sich die seit den 1980er Jahren ausgemachte Annäherung zwischen den Nachkommen der Hilfssoldaten und den Nachkommen einstiger Arbeitsmigranten aus dem Maghreb in den Motiven und Topoi der »harkis« niederschlugen, die die Erinnerungsdebatten prägten.

Zentral ist selbstverständlich auch auf der Ebene der Erinnerungen die Frage nach der Selbstpositionierung der Hilfssoldaten selbst und der Position ihrer Nachkommen. Für diese Akteure ist die Frage nach der Vergangenheitsdeutung in erster Linie eine Frage der Identität. Die Untersuchungen ihrer Position in den Erinnerungsdebatten ist demnach zentral für ihre Selbstpositionierung in der französischen Nation zwischen Universalismus und kolonialen Kontinuitäten.

4.1 Die Erinnerungspolitik Jacques Chiracs

Die staatliche erinnerungspolitische Aufarbeitung des Algerienkriegs insgesamt und explizit auch die Aufarbeitung der Geschichte der »harkis« werden in der Forschung eng mit der Person Jacques Chiracs verknüpft. Es war Chirac,

⁵ ELDRIDGE, From Empire to Exile.

der sich während seiner Amtszeit den Ereignissen in der französischen Geschichte widmete, die bis dahin von offizieller Seite tabuisiert worden waren. Chirac zerstörte den Mythos, zur Zeit der deutschen Besatzung 1940–1944 habe sich die französische Nation aus einem Volk von Widerstandskämpfern geformt, indem er die Kollaboration des Vichy-Regimes offiziell anerkannte⁶. Auch bezüglich des Algerienkriegs fielen wichtige erinnerungspolitische Schritte in die Amtszeit Chiracs. Während seiner Präsidentschaft erkannte die Regierung den Algerienkrieg 1999 offiziell als Krieg an. Es ist seitdem nicht mehr von der bis dato verwendeten Bezeichnung der »Operation zur Aufrechterhaltung der Ordnung« die Rede, sondern es wird offiziell anerkannt, dass die französische Armee in Algerien einen Krieg führte⁷. Der französische Historiker Étienne François zeigt auf, dass sich diese beiden großen erinnerungspolitischen Debatten nicht nur durch eine Parallelität auszeichneten, sondern auch durch Verflechtungen. Teils prägten die gleichen Akteure die Debatten⁸. Der auf die Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit spezialisierte Historiker Henry Rousso stellte die These auf, die Debatten um das Regime von Vichy hätten eine Beschleunigung der Debatten um den Algerienkrieg nach sich gezogen⁹. Enjelvin leitete daraus die These ab, Chirac habe den Algerienkrieg und somit auch die Vergangenheit der »harkis« im Windschatten der Debatten um die Vichy-Vergangenheit in die Geschichte der Französischen Republik integriert¹⁰.

Eine Auseinandersetzung mit den erinnerungspolitischen Aktivitäten Chiracs vor seiner Zeit als Präsident zeigen jedoch, dass Chirac sich nicht erst in Folge der Debatten um die Vichy-Vergangenheit mit dem Algerienkrieg und somit auch mit der Rolle der Hilfssoldaten in diesem Krieg beschäftigte, sondern dass ihn dieses Thema über viele Jahre seiner politischen Laufbahn begleitete. Bereits 1981, als Chirac in der Präsidentschaftskampagne gegen Mitterrand antrat, erklärte er auf Nachfrage der Anfanoma, er wolle im Falle eines Wahlsiegs den Anliegen der muslimischen Repatriierten insgesamt, im Speziellen den Anliegen der ehemaligen Hilfssoldaten, besondere Beachtung schenken. Dabei bezog er sich nicht nur auf deren soziale und materielle Situation,

6 Vgl. zur Erinnerung an das Frankreich unter der Vichy-Regierung Henry Rousso, *Vichy, l'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 2001; Dietmar HÜSER, Vom schwierigen Umgang mit den »schwarzen« Jahren in Frankreich. Vichy 1940–1944 und 1944/45–1995, in: Holger AFFLERBACH, Christoph CORNELISSEN (Hg.), *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945*, Tübingen 1997, S. 87–118; Éric CONAN, Henry ROUSSO, *Vichy, un passé qui ne passe pas*, Paris 1994.

7 Vgl. hierzu u. a. RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*, S. 437–440.

8 FRANÇOIS, *Die späte Debatte um das Vichy-Regime*.

9 Vgl. ROUSSO, *La guerre d'Algérie*.

10 Vgl. ENJELVIN, *Entrée des harkis*, S. 61–75.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

sondern betonte bereits, dass er die erinnerungspolitische Aufarbeitung ihrer Vergangenheit als relevant ansah. Ihre Vergangenheit sei »une des pages les plus douloureuses de notre histoire« und er wolle sich dafür einsetzen, dass dieses Kapitel der Geschichte endlich geschlossen werden könne¹¹. Nachdem er in der Präsidentschaftswahl hinter Mitterrand zurückblieb, bemühte sich Chirac in seiner Funktion als Bürgermeister von Paris, dieses Versprechen einzuhalten. 1984 richtete er dort auf kommunaler Ebene eine *commission extramunicipale* ein, die sich speziell mit den Problemen der muslimischen Repatriierten befasste. Dass diese Kommission für ihn von außerordentlicher Bedeutung war, zeigte er, indem er die konstituierende Sitzung selbst leitete. Die Kommission befasste sich in erster Linie mit den Problemen, die in den 1980er Jahren vorherrschten: die sozialen und ökonomischen Probleme der Gemeinschaft, insbesondere die mangelnde Bildung und die hohe Arbeitslosigkeit der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten. Es zeichnete sich jedoch bereits ab, dass Chirac gedachte, erinnerungspolitische Aktivitäten zu fördern. Die Kommission schenkte der Konzeption einer Ausstellung über die Vergangenheit der muslimischen Repatriierten, mit besonderem Augenmerk auf die schwierige Vergangenheit der ehemaligen Hilfssoldaten, viel Aufmerksamkeit. Die Ausstellung wurde schließlich 1987 im Pariser Rathaus der Öffentlichkeit zugänglich gemacht¹².

Im Jahre 1986 standen erneut bedeutende Wahlen an. Chirac hoffte nun, mit seiner Partei in den Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheit der französischen Bürger für sich gewinnen zu können. Auch in diesem Wahlkampf machte er deutlich, dass die muslimischen Repatriierten einen festen Platz in seiner politischen Agenda hatten. Das CNMF sandte im Vorfeld der Wahlen ein Memorandum an verschiedene Abgeordnete, in dem die seiner Ansicht nach zu lösenden Probleme der muslimischen Repatriierten aufgelistet waren. Die Antwort Chiracs auf dieses Memorandum fiel im Vergleich zu den Antworten der anderen Abgeordneten sehr ausführlich aus. Er antwortete zunächst persönlich und betonte, welche Bedeutung »cette communauté, qui a tout sacrifié par amour de la France«, für ihn habe. Wenn es die »alternance démocratique« erlaube, wolle er sich auf nationaler Ebene ihrer Probleme annehmen, wie er es bis jetzt in Paris umgesetzt habe¹³. Jean Tiberi, Chiracs engster Mitarbeiter im Rathaus von Paris, wandte sich kurz nach dem knappen Wahlsieg von Chiracs Partei RPR erneut an Wormser und hob das Engagement Chiracs für die muslimischen Repatriierten hervor. Chirac sei überzeugt davon,

11 Les réponses des candidats, in: France-Horizon 221 (1981), S. 8.

12 Ville de Paris, cabinet du maire, commission extramunicipale des Français musulmans. Réunion du 23 février 1987, AN: vers. 20120054/109.

13 Jacques Chirac, maire de Paris, à André Wormser, président du CNMF, 7.3.1986, AN: vers. 201020054/90.

dass es eine »exigence morale« und ein »devoir politique« sei, die »dette nationale« gegenüber dieser Gemeinschaft zu begleichen, die er als »enfants délaissés« bezeichnete. Die französische Nation stehe diesen »compatriotes méritants« gegenüber in der Schuld, weshalb ihnen die nationale Gemeinschaft »la place et la reconnaissance qui leur reviennent« zuteilen müsse¹⁴. Chirac sprach so bereits in den 1980er Jahren von einer nationalen Schuld gegenüber den muslimischen Repatriierten, die sich darauf bezog, dass er sie als von der französischen Gemeinschaft vernachlässigte französische Staatsbürger verstand.

Chirac äußerte diese Worte in einer Zeit, die die Forschung gemeinhin als Zeit der kollektiven Verdrängung der Erinnerungen an den Algerienkrieg charakterisiert¹⁵. Jan Jansen ebenso wie Frank Renken zeigen jedoch, dass bis in die 1990er Jahre lediglich von staatlich-offizieller Seite keine Aufarbeitung des Algerienkriegs stattfand. Verschiedene Akteure des Kriegs taten sich hingegen bereits direkt nach Kriegsende durch erinnerungspolitische Aktivitäten hervor¹⁶. Insbesondere die verschiedenen Interessenvertretungen der europäischen Repatriierten betätigten sich auf dem Feld der Erinnerungsarbeit und setzten sich dabei auch mit der Vergangenheit der muslimischen Repatriierten auseinander. Um seine Wahlversprechen unter Beweis zu stellen, unterstützte Chirac diese Verbände in ihrer Arbeit. Als der Repatriiertenverband Jeune pied-noir (JPN) 1986 die Kampagne »Hommage aux harkis« anstieß, um an die für die Nation erbrachten Opfer der ehemaligen Hilfssoldaten zu erinnern, unterstützte Chirac diese Kampagne. Er beglückwünschte die Initiatoren zu dieser Kampagne, die gegen die Indifferenz und gegen das Vergessen ankämpfe. Er habe, als er selbst für Frankreich gekämpft habe, »l'exceptionnel attachement à la patrie dont faisaient preuve les harkis, [...] attachement qui n'avait d'égal que leur fierté de servir et leur bravoure au feu« zu schätzen gelernt. Ihnen habe keine größere Ungerechtigkeit geschehen können, als dass diese Verbundenheit zu Frankreich in Vergessenheit geriete, schrieb er an die Initiatoren der Kampagne¹⁷. Er beschrieb die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs und unterstellte ihnen, die Entscheidung für die französische Seite aus Patriotismus und aus Überzeugung für die *Algérie française* getroffen zu haben. Seine Worte zeigen, dass er nicht nur in seiner Rolle als Premierminister zu den Initiatoren der Kampagne sprach, sondern auch als Zeitzeuge, als ehemaliger

14 Jean Tiberi, Ville de Paris, le premier adjoint, à André Wormser, président du CNMF, 1.4.1986, AN: vers. 20120054/90.

15 Das Motiv der kollektiven Verdrängung prägte Benjamin Stora. Vgl. STORA, *La gangrène et l'oubli*.

16 Vgl. JANSEN, *Politics of Remembrance*; RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*.

17 Premier ministre Jacques Chirac à l'association JPN, 5.6.1986, AN: vers. 20120054/95.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Angehöriger der französischen Armee, der selbst während des Algerienkriegs als Leutnant für ein französisches Algerien gekämpft und dabei auch muslimische Hilfssoldaten befehligt hatte¹⁸. Seine Rhetorik glich der Rhetorik, mit der de Gaulle 1958 nach außen die Integrationspolitik verkündet hatte und an der Verteidiger der *Algérie française* auch über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus festhielten.

Chirac plädierte in seinem erinnerungspolitischen Diskurs dafür, die muslimischen Repatriierten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als überzeugte Soldaten der *Algérie française* in das Gedenken an die koloniale Vergangenheit Frankreichs und an den Algerienkrieg einzuschreiben. In einer Erklärung, die er als Premierminister im November 1986 in der Nationalversammlung abgab, verdeutlichte er, wie er die koloniale Vergangenheit Frankreichs interpretierte. Er kündigte an, einen Ort zum Gedenken an das einstige französische Empire errichten zu wollen. In dieser Gedenkstätte solle der »œuvre civilisatrice de la France d'outre-mer« gedacht werden¹⁹. Die koloniale Vergangenheit stellte er mit diesen Worten als zivilisatorische Leistung der Kolonialarmee und der europäischen Siedler dar, denen die Nation zu einem »fervent hommage« verpflichtet sei²⁰. In diesen »fervent hommage« gedachte er auch die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten einzuschreiben. Im Februar 1987 verkündete Chirac, durch die neue Gedenkstätte solle auch der Beitrag der muslimischen Militärs, der »fils d'une tradition militaire très ancienne faite de bravoure, d'abnégation devant le danger, de respect de l'ennemi«, gewürdigt werden²¹. Er beschrieb die muslimischen Militärs mit diesen Worten nicht nur als »treue Soldaten Frankreichs«, sondern plante, sie als Unterstützer des hauptsächlich von der Kolonialarmee und den europäischen Siedlern getragenen Zivilisierungsprojektes in der nationalen Geschichte zu verankern.

Mit seiner Deutung der kolonialen Vergangenheit stellte sich Chirac an die Seite der Verteidiger der *Algérie française*. Er profilierte sich mit seinem erinnerungspolitischen Diskurs als Verbündeter sowohl der europäischen als auch der muslimischen Repatriierten. Dementsprechend hoffte er, 1995 in der Präsidentschaftswahl mit deren Stimmen rechnen zu können. Als er in den Wahlkampf eintrat, wandte er sich an die Anfanoma und versprach, den Weg, den er erinnerungspolitisch eingeschlagen hatte, fortsetzen zu wollen. Besonders hob er erneut die erinnerungspolitischen Maßnahmen gegenüber den ehemaligen

18 DROZ, Lieutenant en Algérie.

19 Extraits des déclarations du Premier ministre, Assemblée nationale, séance du 12 novembre 1986, abgedruckt in: Colloque national des rapatriés d'origine nord-africaine, 30.5.1987, AN: vers. 20210054/109.

20 Ibid.

21 Hommage aux anciens combattants musulmans, in: France-Horizon 279 (1987), S. 6.

Hilfssoldaten hervor. Ihnen gegenüber müsse die Politik auf zwei Säulen beruhen: »hommage et défi«²². Chirac konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erklären, er werde derjenige sein, der erstmals die von ihnen für die französische Nation erbrachten Opfer anerkennen würde. Im Jahre zuvor hatte bereits die Kohabitationsregierung des Premierministers Édouard Balladur ein Gesetz erlassen, das den ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur finanzielle Hilfen zusicherte; mit dem Artikel 1 bezeugte die Französische Republik »sa reconnaissance« gegenüber den »rapatriés anciens membres des formations supplétives et assimilés ou victimes de la captivité en Algérie pour les sacrifices qu'ils ont consentis«²³. Chirac würdigte gegenüber der Anfanoma ausdrücklich diesen Schritt, sah jedoch dieses Gesetz allein noch nicht als ausreichende Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten an. Ihnen im Namen der Französischen Republik Anerkennung für ihre Dienste für die Republik zu zollen, bezeichnete er als »une affaire de cœur« und als »une affaire d'honneur«. Er maß dieser Geste deshalb so viel Bedeutung zu, da er sie als notwendigen Schritt zur Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die Französische Republik wertete. Eine solch symbolische Geste sei für deren Integration in die Republik ebenso bedeutend wie soziale und wirtschaftliche Maßnahmen²⁴.

Nach seinem Amtsantritt setzte Chirac jedoch trotz dieser Ankündigungen zunächst andere erinnerungspolitische Akzente. Sehr bald nach seinem Amtsantritt wagte er den Schritt, dem sich sein Vorgänger Mitterrand verweigert hatte. Opferverbände hatten Mitterrand 1992 bei den Gedenkveranstaltungen zur Razzia des Vél d'Hiv aufgefordert, deutliche Worte zur Verantwortung Frankreichs an dem an europäischen Juden begangenen Völkermord zu finden. Mitterrand war dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Man könne von der Französischen Republik nicht verlangen, Rechenschaft für diese Vergangenheit abzulegen, da das Vichy-Regime dafür die Verantwortung trage, begründete Mitterrand seine Entscheidung²⁵. Chirac hingegen erklärte im Juli 1995 nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt gegenüber Opferverbänden, zumindest die Militärmiliz und die Gendarmerie und somit Teile des französischen

22 Anfrage an Präsidentschaftskandidaten zu Maßnahmen für muslimische und europäische Repatrierte. Réponses de Jacques Chirac, in: France-Horizon 359–360 (1995), S. 5.

23 Loi n° 94–488 du 11 juin 1994 relative aux rapatriés anciens membres des formations supplétives et assimilés ou victimes de la captivité en Algérie, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000005616003> (26.2.2020).

24 Anfrage an Präsidentschaftskandidaten zu Maßnahmen für muslimische und europäische Repatrierte. Réponses de Jacques Chirac, in: France-Horizon 359–360 (1995), S. 5.

25 CONAN, ROUSSO, Vichy, S. 33–46.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Staatsapparats trügen eine Teilverantwortung für die Deportationen und den Völkermord²⁶. Durch diese Äußerung nährte Chirac die Erwartungen verschiedener Verbände, es werde ein öffentliches Bekenntnis zur Mitschuld des französischen Staates an den Massakern geben, die nach den Abkommen von Évian an den in Algerien zurückgelassenen Hilfssoldaten verübt worden waren. Verschiedene Interessensvertretungen der muslimischen Repatriierten sowie die Verbände europäischer Repatriierter forderten Chirac auf, die für diese Massaker Verantwortlichen zu benennen und die Verantwortung der Französischen Republik auszusprechen. Sie wollten hierbei keinen geringeren Namen als »de Gaulle« hören. Repatriiertenverbände warfen diesem vor, die ehemaligen Hilfssoldaten bewusst den Massakern ausgeliefert zu haben. Sie forderten von Chirac, dieses Handeln de Gaulles als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen²⁷.

1987 war in Frankreich der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden. Dieser Prozess begründete in Frankreich die Tradition der Verrechtlichung der Vergangenheitsaufarbeitung. Es sollten weitere Prozesse gegen Verantwortliche des Vichy-Regimes folgen, denen die Staatsanwaltschaft ebenfalls Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarf²⁸. 1997 hatte sich Maurice Papon vor Gericht für seine Beteiligung an der Deportation europäischer Juden als Repräsentant des Vichy-Regimes wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten. Als Generalsekretär der Präfektur in der Region Bordeaux war er für die Deportation europäischer Juden verantwortlich. Vor Gericht wurde jedoch nicht nur seine Rolle während des Vichy-Regimes beleuchtet, sondern auch seine Aktivitäten als Polizeipräfekt von Paris. Die Ereignisse vom 17. Oktober 1961 kamen vor Gericht zur Sprache. Die Staatsanwaltschaft lud den französischen Historiker Jean-Luc Einaudi, der ausführliche Recherchen zu diesen Ereignissen durchgeführt und 1991 die Ergebnisse veröffentlicht hatte, als Zeuge vor. Der Richter kam unter anderem aufgrund dessen Aussage zu dem Schluss, dass in Paris am 17. Oktober ein »Massaker« stattgefunden habe. Somit hatte erstmals ein Vertreter der Französischen Republik im Kontext des Algerienkriegs von einem Massaker gesprochen, was zu einer Verdichtung der

²⁶ Annette WIEVIORKA, Analyse du discours de Jacques Chirac du 16 juillet 1995, in: *L'Histoire*, 16.3.2016, <http://www.lhistoire.fr/analyse-du-discours-de-jacques-chirac-du-16-juillet-1995> (26.2.2020).

²⁷ Vgl. hierzu [Kap. 4.3](#).

²⁸ Vgl. dazu u. a. Nancy WOOD, Memory on Trial in Contemporary France. The Case of Maurice Papon, in: *History & Memory* 11 (1999), S. 41–76.

Debatten um den Algerienkrieg führte²⁹. Der französische Historiker Henry Rousso bezeichnet das Jahr 1997 als erinnerungspolitischen Wendepunkt. Die Auseinandersetzungen um die Vichy-Vergangenheit Frankreichs hatten die vorhergehenden Jahre geprägt und waren noch nicht beendet. Sie verloren jedoch an Intensität, während die Debatten um den Algerienkrieg an Intensität gewannen³⁰. Es setzten nun erstmals Debatten über das Vorgehen der französischen Armee und der französischen Polizei während des Algerienkriegs ein, die im Jahre 2000 in einer Folterdebatte kulminierten³¹.

Während nun kolonialkritische Stimmen von Chirac forderten, Verbrechen der französischen Armee anzuerkennen, verstärkten zugleich die Verteidiger der *Algérie française* ihre Forderung, die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als von de Gaulle begangenes Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen. Trotz der Versprechen gegenüber den Repatriiertenverbänden reagierte Chirac nicht auf diese Forderungen. Er zögerte, die Massaker öffentlich zu verurteilen, obwohl einer seiner engsten Mitarbeiter bereits knapp zehn Jahre zuvor in seinem Namen von einer »dette nationale« gesprochen hatte und Chirac selbst mehrmals die Bedeutung einer symbolischen Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten für deren Integration in die Republik hervorgehoben hatte³². Das Zögern Chiracs ist damit zu erklären, dass er sich als Präsident aller Franzosen verstand und es deshalb vermied, sich zu deutlich auf die Seite einer Partei im Erinnerungsstreit zu stellen. Zudem ist sein Zögern auch mit der Rolle de Gaulles in der Geschichte des Algerienkriegs zu erklären. Für Chirac, der in der Forschung als »héritier politique du général de Gaulle« angesehen wird, war es ein unvergleichbar größerer Schritt, de Gaulle und somit den Gründer der Fünften Französischen Republik zu verurteilen, als Teile des unter der Vichy-Regierung agierenden Polizei- und Militärapparats³³.

Der Druck auf Chirac erhöhte sich in dieser Frage weiter, nachdem der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika im Jahr 2000 einen offiziellen Staatsbesuch in Frankreich absolviert hatte. Bouteflika nutzte seinen Aufenthalt in Frankreich, um sich zur Rolle der Hilfssoldaten im Algerienkrieg zu äußern. In einem Interview im französischen Fernsehen verglich er die »harkis« mit den französischen Kollaborateuren während der deutschen Besatzungszeit und betonte, die Zeit für eine Versöhnung mit den »harkis« sei noch nicht gekom-

29 Joe McCORMACK, Social Memories in (Post)Colonial France. Remembering the Algerian War, in: Journal of Social History 44 (2011), S. 1129–1138, hier S. 1131f.

30 Rousso, La guerre d'Algérie.

31 Vgl. hierzu Kap. 4.6.

32 Vgl. hierzu Kap. 4.3.

33 Annie COLLOVALD, Jacques Chirac et le gaullisme, Paris 1999, S. 7.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

men³⁴. Chirac reagierte auf diese Äußerung zunächst nicht, obwohl Repatriierten- und Veteranenverbände ebenso wie die Vertreter der muslimischen Repatriierten eine klare Stellungnahme von ihm erwarteten. Chiracs Zögern muss in diesem Fall im Kontext seiner Außenpolitik gelesen werden, die auf eine algerisch-französische Annäherung abzielte³⁵. Sein Schweigen bot Anlass zur Kritik an seiner Person. Verschiedene Stimmen waren zu hören, die ihm vorwarfen, er ordne entgegen seiner allgemeinen Rhetorik die ehemaligen Hilfssoldaten wie bereits de Gaulle 1962 anderen Staatsinteressen unter und stelle so unter Beweis, dass er sie eben nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger ansehe³⁶. Um diesem Vorwurf zu entgegnen, brach Chirac sein Schweigen und gab zu Protokoll, er sei schockiert von den Äußerungen Bouteflikas. Die »harkis« seien »Français à part entière« und könnten sich »du respect et de la reconnaissance de la communauté nationale française« sicher sein³⁷. Auch Vertreter seiner Regierung reagierten auf die Worte des algerischen Staatspräsidenten. Der Generaldirektor des ONAC Serge Barcellini erklärte, die Hilfssoldaten seien während des Algerienkriegs Soldaten Frankreichs gewesen, da Algerien integraler Bestandteil der Französischen Republik gewesen sei. Sie mit Kollaborateuren zu vergleichen, sei ein historischer Anachronismus. Zudem stelle der Vergleich vor allem eine »faute morale« dar³⁸. Barcellini betonte, man müsse immer wieder daran erinnern, dass auch die Hilfssoldaten Soldaten Frankreichs gewesen seien, und sie heute dementsprechend ehren³⁹.

Nur wenige Monate nach den Äußerungen Bouteflikas stellten Präsident und Regierung ihre Absichten unter Beweis. Erstmals nahm offiziell eine Delegation muslimischer Soldaten und auch Hilfssoldaten an den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Waffenstillstand vom 11. November 1918 teil. Die Regierung lud eine breite Delegation ehemaliger muslimischer Soldaten und Hilfssoldaten ein, sich an der Zeremonie zu beteiligen. Besonders setzte sie die Niederlegung eines Kranzes am Grab des unbekanntem Soldaten durch einen ehemaligen Hilfssoldaten, begleitet von seiner Tochter und seinem Sohn, in Szene⁴⁰. Mit diesem Akt betonte sie nicht nur, dass sie die Hilfssoldaten als Soldaten

34 Bouteflika et les harkis, 10.8.2004, <http://www.ina.fr/video/2630373001020> (26.2.2020).

35 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 138–146.

36 Vgl. hierzu vor allem Kap. 4.3 und 4.7.

37 Zitiert nach: Les harkis défendent leur »honneur bafoué«, in: Le Monde, 17.7.2000.

38 Zitiert nach: Antwortschreiben Barcellini, directeur général de l'ONAC, à Rabah Kheliff, 24.7.2000, abgedruckt in: Français musulmans 98 (2000).

39 Ibid.

40 Journée commémorative du 11 novembre 2000, in: Français musulmans 99 (2000).

Frankreichs anerkannte, sondern zollte zugleich auch der zweiten Generation Respekt und erkannte indirekt die Schuld der Republik ihnen gegenüber an.

Diese Schuld gestand Chirac schließlich ein Jahr später offen ein. In seinem Auftrag organisierte das ONAC für den 21. September 2001 die Journée nationale d'hommage aux harkis. An diesem Tag war zunächst nur eine einmalige Gedenkfeier vorgesehen, die zentral in Paris und zusätzlich in 23 Departements begangen wurde. Zu diesem Anlass wurden an zentralen Orten Gedenktafeln eingeweiht, deren Inschrift aus dem Wortlaut des Artikels 1 des Gesetzes von 1994 bestand, wodurch die Französische Republik den ehemaligen Hilfssoldaten ihre Anerkennung zollte⁴¹. Chirac selbst führte mit einer Rede die zentrale Gedenkveranstaltung in Paris an. Er weihte nicht nur die Gedenktafel ein, sondern verlieh ehemaligen Hilfssoldaten militärische Ehrenmedaillen, den Offiziersrang und ernannte einige wenige zu Rittern der Ehrenlegion⁴². Nicht nur durch den militärischen Charakter der Veranstaltung, sondern auch mit seiner Wortwahl betonte Chirac, dass er die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs betrachtete, die sich bewusst für den Kampf in den Reihen der französischen Armee entschieden hätten. Die Gedenkfeier sei »un rendez-vous avec l'honneur, avec la fierté d'hommes qui se sont battus pour la France et pour les idéaux qu'elle représente«. Durch ihre Entscheidung für Frankreich seien sie gemäß des universalistischen Selbstverständnisses der Republik als Bürger Frankreichs anzusehen. Denn die Zugehörigkeit zur Nation werde in Frankreich nicht allein durch Geburt und Boden entschieden, sondern vor allem durch »l'adhésion aux valeurs de la République et [...] la volonté de vivre ensemble«. Dadurch entstünden besondere Verpflichtungen der Nation den Bürgern gegenüber, für welche die französische Staatsbürgerschaft »un choix et, plus encore qu'un choix, un combat« dargestellt habe⁴³. Er leitete aus diesen Worten die Verantwortung der Republik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten ab, die sich gemäß dem universalistischen Verständnis der Republik für Frankreich und die Werte der Republik entschieden hätten und demnach französische Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Zugleich stilisierte Chirac sie zu militärischen Helden. Als französische Soldaten hätten sie einen

41 ONAC. Journée d'hommage nationale aux anciens harkis, 25 septembre 2001, bilan présenté par les services départementaux de l'ONAC, 29.10.2001, AN: vers. 20070309/58.

42 Ministère de l'Emploi et de la Solidarité, le préfet, délégué aux rapatriés, Louis Monchovet, à André Wormser, président de l'association CNMF, 23.4.2001, AN: vers. 20120054/88.

43 Discours de M. Jacques Chirac, président de la République, à l'occasion de la Journée nationale d'hommage aux harkis, 25.9.2001, <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Hommage-national-aux-harkis-septembre-2001.pdf> (26.2.2020).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Platz in der »mémoire militaire« Frankreichs verdient⁴⁴. Er ehrte sie somit als Bürger und zugleich als Soldaten Frankreichs.

Chirac sprach in seiner Rede auch an, in welchen Punkten sich Frankreich den ehemaligen Hilfssoldaten gegenüber schuldig gemacht habe. Der Algerienkrieg sei von »moments héroïques« gekennzeichnet gewesen, jedoch auch von »déchirements et [des] horreurs«⁴⁵. Explizit sprach Chirac damit die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten an. Er bezeichnete es als eine republikanische Pflicht, keinen dieser Toten zu vergessen. Der Gedenktag solle »la gratitude indéfectible de la France envers ses enfants meurtris par l’Histoire« bezeugen, stelle jedoch zugleich die Möglichkeit dar, an den »devoir moral« Frankreichs zu erinnern, der sich aus dieser Geschichte ergebe⁴⁶. Chirac räumte nicht nur ein, dass die Massaker stattgefunden hatten, sondern er schrieb mit folgenden Worten zugleich dem französischen Staat eine Mitschuld an diesen Massakern zu: »La France, en quittant le sol algérien, n’a pas su les empêcher. Elle n’a pas su sauver ses enfants«⁴⁷. Mit diesen Worten erkannte er erstmals offiziell die Mitverantwortung des französischen Staates für diese Massaker an. Er blieb jedoch in seiner Wortwahl sehr allgemein und vermied es, wie von verschiedenen Verbänden gefordert, de Gaulle oder Angehörigen der damaligen Regierung die Verantwortung zuzuschreiben.

Chirac ging in seinem Schuldeingeständnis über die Massaker hinaus. Er räumte zugleich Fehler in der Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte ein. Während die »tradition républicaine« Frankreichs »le système des communautés« verbiete, habe man damals »dans l’urgence, le choix de la séparation et de l’isolement« getroffen. Die Folgen dieser Politik seien noch heute spürbar, nicht nur für die ehemaligen Hilfssoldaten, sondern auch für deren Söhne und Töchter. Aufgrund der prekären Lebensumstände, in denen sich ihre Eltern nach dem Krieg in Frankreich wiedergefunden hätten, sei ihnen das Recht auf Chancengleichheit genommen worden⁴⁸. Er erklärte zudem, er teile die Verbitterung der Hilfssoldaten und deren Nachkommen »devant certaines attitudes et certains propos« und verurteilte mit diesen Worten, ohne es explizit auszusprechen, die Äußerungen Bouteflikas⁴⁹. Chirac nutzte den Gedenktag auf diese Weise zu einem umfassenden Schuldeingeständnis nicht nur gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten selbst, sondern auch gegenüber deren Kindern. Aller-

44 Ibid.

45 Ibid.

46 Ibid.

47 Ibid.

48 Ibid.

49 Ibid.

dings schränkte er die staatliche Verantwortung ein, indem er sowohl das Zögern der damaligen Regierung und de Gaulles, die ehemaligen Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, als auch die Integrationspolitik mit den gewaltigen Herausforderungen, mit denen sich Staatspräsident und Regierung nach dem Ende des Algerienkriegs konfrontiert gesehen hätten, erklärte. Nicht um die ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren Familien aus der Republik auszugrenzen, sondern »en urgence« habe man sich für die Unterbringung in den Lagern und Walddörfern entschieden.

Der Gedenktag und insbesondere die Rede Chiracs können als wichtige Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten gewertet werden. Der Staatspräsident achtete jedoch auch in seinen folgenden erinnerungspolitischen Entscheidungen stets darauf, die ehemaligen Hilfssoldaten in das staatliche Gedenken an die koloniale Vergangenheit und insbesondere an den Algerienkrieg, einzubeziehen. Drei Projekte sollte Chirac diesbezüglich während seiner Amtszeit verwirklichen: Es sollte ein Denkmal für die Opfer des Algerienkriegs entstehen, er bemühte sich, die Auseinandersetzungen um einen Gedenktag an den Algerienkrieg zu lösen, und versuchte zudem, das Entschädigungsgesetz für Repatrierte ein letztes Mal zu korrigieren. Bei allen drei Projekten sah sich der Staatspräsident mit der Schwierigkeit konfrontiert, sich in der staatlichen Erinnerungspolitik an dem Ideal des Universalismus zu orientieren. Er bemühte sich, als Schlichter in der *guerre des mémoires* aufzutreten und aus den Forderungen der verschiedenen Interessengruppen einen Kompromiss zu formen.

Um ein Denkmal zu gestalten, mit dem sich die Vertreter der beiden in ihren Positionen stark divergierenden Veteranenverbände Fnaca und UNC identifizieren konnten, hatte Chirac bereits Ende der 1990er Jahre eine Kommission gegründet, die sich aus Vertretern dieser Veteranenverbände, Historikern und Parlamentariern zusammensetzte. Der Kommission gehörten keine Vertreter der ehemaligen Hilfssoldaten und auch keine Vertreter der muslimischen Elite an. Allerdings zeigte sie dennoch Interesse, die muslimischen Militärs in die Konzeption des Denkmals einzubeziehen. Die Kommission widmete eine ihrer Sitzungen der Frage, wie die Hilfssoldaten in das Denkmal eingeschrieben werden sollten. Um diese Frage zu erörtern, lud sie die Vorsitzenden von Interessensvertretungen muslimischer Militärs ein und forderte diese auf, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Diese äußerten vor allem den Wunsch, nicht nur die Namen der gefallenen Hilfssoldaten als »morts pour la France« aufzulisten, sondern auch die Namen der Hilfssoldaten, die nach den Abkommen von Évian ermordet oder verschwunden waren⁵⁰. Diese Anregungen schlugen sich in der Ausgestaltung des Denkmals nieder, das Chirac am

⁵⁰ Commission pour l'érection d'un mémorial de la guerre d'Algérie. Sitzungsprotokoll, 15.2.1999, AN: vers. 20120054/110.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

5. Dezember 2002 am Quai de Branly in Paris einweihete. Auf einer Säule wurden alle Namen der während des Krieges für Frankreich gefallenen Soldaten aufgelistet, darunter auch die Namen der gefallenen Hilfssoldaten. Auf einer zweiten Säule wurde namentlich jener gedacht, die nach dem 19. März 1962 ihr Leben lassen mussten oder noch immer als vermisst galten. Eine am Boden befestigte Gedenktafel unterstrich zudem mit der Inschrift »À la mémoire des combattants morts pour la France lors de la guerre d'Algérie et des combats du Maroc et de la Tunisie, et à celle de tous les membres des forces supplétives, tués après le cessez-le-feu en Algérie, dont beaucoup n'ont pas été identifiés« noch einmal, dass auch diejenigen, die nach den Waffenstillstandsabkommen ihr Leben gelassen hatten, als Opfer des Algerienkriegs zu gelten hätten⁵¹.

Die Frage, ob auch die Opfer der nach dem 19. März und somit nach der offiziellen Einstellung der Kriegshandlungen begangenen Massaker an den Hilfssoldaten als Kriegsoffer anzusehen seien oder nicht, erschwerte auch die Suche nach einem konsensfähigen Gedenktag. Bereits seit den frühen 1970er Jahren forderte der linksgerichtete, einst kommunistisch dominierte Veteranenverband Fnaca den 19. März, den Tag des Inkrafttretens der Abkommen von Évian, als nationalen Gedenktag zu begehen⁵². Hiergegen wehrten sich jedoch der mit der Fnaca konkurrierende Veteranenverband UNC sowie verschiedene Interessensvertretungen muslimischer und europäischer Repatriierter. Stets brachten diese das Argument vor, mit diesem Datum würden die Hilfssoldaten, die nach diesem Tag ihr Leben lassen mussten, aus dem nationalen Gedenken ausgeschlossen⁵³. Chirac nutzte die Einweihung des Denkmals am Quai de Branly, um gleichzeitig die Streitfrage des Gedenktags zu lösen. Er brachte den Vorschlag ein, den 5. Dezember, den Tag der Einweihung, als Gedenktag zu etablieren. Dieses Datum sah Chirac als neutrales Datum, das von keiner der Interessensvertretungen direkt gefordert wurde. Er konnte sich damit schließlich 2003 durchsetzen, so dass die Regierung mit dem Dekret vom 26. September 2003 endgültig die Journée nationale d'hommage aux »morts pour la France« pendant la guerre d'Algérie et les combats du Maroc et de la Tunisie einrichtete⁵⁴. Damit stand der 19. März als Gedenktag zunächst nicht mehr zur Disposition, womit Chirac sich erneut rühmen konnte, die Interessen der ehe-

51 Zitiert nach: Le Mémorial de la guerre d'Algérie et des combats du Maroc et de la Tunisie (Paris), <http://www.defense.gouv.fr/memoire/memoire/hauts-lieux-de-memoire/le-memorial-de-la-guerre-d-algerie-et-des-combats-du-maroc-et-de-la-tunisie-paris> (26.2.2020).

52 Vgl. hierzu Kap. 4.5.

53 Vgl. hierzu Kap. 4.3 und 4.7.

54 Décret n° 2003-925 du 26 septembre 2003 instituant une journée nationale d'hommage aux »morts pour la France« pendant la guerre d'Algérie et les combats du Maroc

maligen Hilfssoldaten verteidigt und sie in das nationale Gedenken integriert zu haben.

Als letztes erinnerungspolitisches Projekt realisierte Chirac während seiner Amtszeit die »loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés«, die am 23. Februar 2005 in Kraft trat⁵⁵. In diesem Gesetz ging es ihm darum, materielle und erinnerungspolitische Forderungen sowohl der europäischen als auch der muslimischen Repatriierten zu erfüllen. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2002 versprach Chirac den Vertretern der Anfanoma, in der staatlichen Erinnerungspolitik auf deren Deutung der Vergangenheit einzugehen. Es sei ihm ein wichtiges Anliegen, der »œuvre civilisatrice« Frankreichs »la place qui doit être la sienne« in den Schulbüchern, in der Kultur des Landes, »en un mot dans [le] patrimoine national« einzuräumen⁵⁶. Dabei erwähnte er auch ausdrücklich den Beitrag der Muslime, die sich an französischer Seite an dieser Zivilisierungsmission beteiligt hätten⁵⁷. Er knüpfte mit diesen Worten an die Rhetorik an, die seinen Diskurs als Premierminister geprägt hatte. Nachdem Chirac 2002 nicht nur die Präsidentschaftswahl für sich entschieden hatte, sondern zudem seine Partei, die Union pour un mouvement populaire (UMP), auch in der Nationalversammlung die Mehrheit der Sitze erringen und somit der Kohabitation ein Ende setzen konnte, machte sich Chirac daran, sein Versprechen in Gesetzesform zu gießen. Die sozialistische Regierung habe ihn zuvor in seinen erinnerungspolitischen Aktivitäten eingeschränkt, erklärte Chirac gegenüber der Anfanoma⁵⁸. Nicht nur die UMP war aus den Wahlen 2002 gestärkt hervorgegangen, sondern innerhalb der UMP auch die Aktivisten der *Algérie française*. In der Fraktion machte die interfraktionelle Gruppe »d'études sur les rapatriés«, die Renken als die »parlamentarischen Erbverwalter des *Algérie française*« kategorisiert, rund 10 Prozent aus⁵⁹. Diese Gruppe prägte Renken zufolge entscheidend den Gesetzesentwurf, den der für Veteranen verantwortliche Minister Hamlaoui Meka-

et de la Tunisie, le 5 décembre de chaque année, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000797564> (26.2.2020).

55 Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000444898> (26.2.2020).

56 Élections présidentielles: Les réponses des candidats, in: France-Horizon 430-431 (2002), S. 7.

57 Ibid.

58 Ibid.

59 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 451.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

chera im Dezember 2003 einreichte und den der Ministerrat schließlich im Frühjahr 2004 annahm⁶⁰.

Bereits diese erste im Frühjahr 2004 vom Ministerrat angenommene Fassung des Gesetzes trug erinnerungspolitisch die Handschrift der Repatriiertenverbände und schenkte der speziellen Situation der ehemaligen Hilfssoldaten nur wenig Beachtung, obwohl den Erläuterungen zu diesem Entwurf zufolge das Gesetz in erster Linie eine Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen sollte⁶¹. In den Artikeln 2–4 sicherte die Regierung den ehemaligen Hilfssoldaten verschiedene materielle Hilfen zu⁶². Diese materiellen Leistungen wurden in den Erläuterungen zu dem Gesetzesentwurf mit den von den Hilfssoldaten erbrachten Opfern begründet. Die Nation müsse diese Opfer würdigen. Die *Journée nationale d'hommage aux harkis*, die am 31. März 2003 per Dekret institutionalisiert worden war und nun jährlich begangen wurde, sei ein erster Schritt zu dieser Würdigung. Das Gesetz sei als ein weiterer Schritt anzusehen⁶³. Erinnerungspolitisch wurden jedoch die ehemaligen Hilfssoldaten in dem Entwurf nicht gesondert bedacht, sondern der Gesetzestext ging von einer Schicksalsgemeinschaft aller Bewohner Algeriens unabhängig von Herkunft und Religion aus. »Des générations de femmes et d'hommes, de toutes conditions et de toutes religions, issus de ces territoires, comme de toute l'Europe« hätten in Algerien eine »communauté de destin« gebildet und sich gemeinsam eine Zukunft aufgebaut, war in den Erläuterungen zu dem Gesetzestext zu lesen⁶⁴. Die muslimischen Repatriierten, auch die Hilfssoldaten, sollten sich so als Teil dieser »communauté de destin« in der Formulierung wiederfinden, die Nation zolle »à tous les hommes et les femmes« Respekt und Anerkennung, die sich »grâce à leur courage et leur goût d'entreprendre« an dem »rayonnement de la France, ainsi qu'au développement des territoires sur lesquels ils se sont installés et ont fondé leurs familles« beteiligt hätten. Diese Leistungen anzuerkennen, sei notwendig für die »réconciliation envers cette partie du peuple français«⁶⁵. Diese Formulierung war eindeutig auf die erinnerungspolitischen Bedürfnisse der europäischen Repatriierten zugeschnitten und nicht auf die französischen Muslime, die sich nicht aus einem »goût d'entreprendre« in Algerien niedergelassen hatten, sondern zu der Bevölkerung gehörten, die

60 Ibid.

61 Assemblée nationale. *Projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés*, Explications, 10.3.2004, AN: vers. 20120054/110.

62 Ibid., Art. 2–4.

63 Ibid., Explications.

64 Ibid.

65 Ibid., Art. 2–4.

Frankreich bei der Eroberung Algeriens 1830 vorgefunden hatte. Man ging vom Idealbild einer dem universalistischen Ideal entsprechenden Gemeinschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen aus, die alle gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik gewesen seien.

Bevor das Gesetz der Nationalversammlung vorgelegt wurde, präsentierte die Regierung diese erste Fassung inklusive Erläuterungen den entsprechenden Interessensvertretungen, die verschiedene Änderungsvorschläge einbrachten⁶⁶. Auf diesem Wege wurden schließlich auch die ehemaligen Hilfssoldaten erinnerungspolitisch gesondert behandelt. In der endgültigen Fassung des Gesetzes wurden als Reaktion auf die Äußerungen Bouteflikas »injure ou diffamation« gegenüber »harkis« unter Strafe gestellt. Auch auf die Auseinandersetzungen um die Massaker, die nach dem 19. März 1962 verübt wurden, reagierte die Regierung. Eine Leugnung dieser Massaker sollte ebenfalls unter Strafe gestellt werden⁶⁷. Mit diesem Gesetzestext knüpfte die Regierung an die am 13. Juli 1990 von der sozialistischen Regierung verabschiedete sogenannte *loi Gayssot* an, die als erstes Erinnerungsgesetz der Fünften Republik gilt. Artikel 9 dieses Gesetzes legte fest, dass die Leugnung eines »Verbrechens gegen die Menschlichkeit«, wie es in den Statuten der Nürnberger Prozesse definiert worden war, als Straftatbestand anzusehen sei⁶⁸. Das Gesetz wurde infolge des Prozesses gegen Klaus Barbie verabschiedet, da mit diesem Prozess gegen den ehemaligen Gestapochof von Lyon eine Definition des Begriffs »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« nötig geworden war⁶⁹. Seit der Verabschiedung dieses Gesetzes hatten Repatriiertenverbände immer wieder gefordert, auch die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen und eine Leugnung der Massaker dementsprechend unter Strafe

⁶⁶ Die AJIR, eine der größten Interessensvertretungen der muslimischen Repatriierten, rief die Hilfssoldaten dazu auf, die anstehenden Europawahlen zu nutzen, um Zufriedenheit oder gegebenenfalls Unzufriedenheit mit der Gesetzesvorlage zu äußern. Vgl. AJIR, Réunions d'infos sur le projet de loi, Rundmail von Mohand Hamoumou, 15.4.2004, AN: vers. 20120054/110.

⁶⁷ Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 5.

⁶⁸ Loi n° 90–615 du 13 juillet 1990 tendant à réprimer tout acte raciste, antisémite ou xénophobe, Art. 9, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000532990&categorieLien=id> (26.2.2020).

⁶⁹ Die Verfassungsmäßigkeit der durch die *loi Gayssot* begründeten Erinnerungsgesetze ist unter Juristen stark umstritten. Vgl. zur *loi Gayssot* Michel TROPER, *La loi Gayssot et la Constitution*, in: *Annales. Histoire, sciences sociales* 54 (1999), S. 1239–1255. Vgl. zu allen Erinnerungsgesetzen Sévane GARIBIAN, *Pour une lecture juridique des quatre lois »mémorielles«*, in: *Esprit* 322 (2006), S. 158–173.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu stellen⁷⁰. Mit dem neuen Gesetzestext erklärte die Regierung die Massaker zwar nicht zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit, stellte jedoch eine Leugnung der Massaker unter Strafe. Der Gesetzgeber gab so eine Deutung der Geschichte vor, und zwar in einem Bereich, in dem zu jenem Zeitpunkt noch wenig ausführliche historische Forschung betrieben worden war.

Die endgültige Version des Gesetzes gab noch auf einem weiteren Weg eine Deutung der Vergangenheit vor. Erst in dieser endgültigen Version fand sich der Artikel 4, der in Frankreich nicht nur eine Debatte über die koloniale Vergangenheit auslöste, sondern auch über die Frage, inwiefern der Gesetzgeber das Recht habe, eine Deutung der Vergangenheit vorzuschreiben⁷¹. Der Artikel in der am 23. Februar 2005 verabschiedeten Form lautete:

Les programmes de recherche universitaire accordent à l'histoire de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord, la place qu'elle mérite.

Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord⁷².

Der Wortlaut lehnte sich an die *loi Taubira* an, das Gesetz zur Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das die sozialistische Regierung 2001 erlassen hatte. Dort hieß es: »Les programmes scolaires et les programmes de recherche en histoire et en sciences humaines accorderont à la traite négrière et à l'esclavage la place conséquente qu'ils méritent«⁷³. Savarese zeigt jedoch auf, wo der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Texten zu finden ist. Während Lehrer und Wissenschaftler durch die *loi Taubira* angehalten wurden, der Sklaverei in ihren Programmen einen wichtigen Platz einzuräumen, sollte die koloniale Vergangenheit Frankreichs in den Lehrplänen durch den besagten Artikel 4 nicht nur einen Platz finden, sondern deren »positive Rolle« sollte sich in diese Pläne einschreiben. Somit schrieb der Gesetzgeber vor, mit welcher Wertung die Geschichte zu vermitteln sei⁷⁴. Mit diesem Gesetz gedachten Staatspräsident und Regierung schließlich die Deutung der Vergangenheit, die Chirac bereits als Premierminister propagiert hatte, in Gesetzesform zu gießen und somit als nationale Geschichtsschreibung zu etab-

⁷⁰ Vgl. hierzu Kap. 4.3.

⁷¹ RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 453.

⁷² Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

⁷³ Loi n° 2001-434 du 21 mai 2001 tendant à la reconnaissance de la traite et de l'esclavage en tant que crime contre l'humanité, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000405369&categorieLien=id>, Art. 2 (26.2.2020).

⁷⁴ SAVARESE, Algérie, S. 144f.

lieren. Ein Gesetz, das gemäß den Erläuterungen des ersten Entwurfs in erster Linie als Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten gedacht gewesen war, wurde auf diese Weise genutzt, um die Zivilisierungsmission in das nationale Gedenken einzuschreiben. Die »harkis« fanden als Unterstützer dieser vermeintlichen Mission der europäischen Siedler und des Kolonialmilitärs Einzug in dieses gesetzlich oktroyierte nationale Gedenken.

Chiracs Hoffnung, mit diesem Gesetz die widerstreitenden Erinnerungen versöhnt und ein Gedenken etabliert zu haben, in dem sich alle betroffenen Gruppen wiederfinden könnten, erwies sich jedoch als Irrglaube. Er hatte in erster Linie die Interessen der europäischen Repatriierten erfüllt, dabei jedoch die Interessen anderer Gruppen übergangen. Nachdem Historiker auf diesen Artikel aufmerksam geworden waren und sich in einer in »Le Monde« veröffentlichten Petition nicht nur gegen diese Deutung der kolonialen Vergangenheit, sondern zudem auch gegen die staatliche Intervention in die Geschichtsschreibung im Allgemeinen wandten, sah sich Chirac gezwungen, sich zumindest vom Artikel 4 des Gesetzes zu distanzieren⁷⁵. Auch Bouteflika war durch den Aufruf der Historiker auf das Gesetz aufmerksam geworden und stellte als Konsequenz die anstehende Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrags in Frage. Nachdem sich auch der Verfassungsrat gegen Artikel 4 ausgesprochen hatte, modifizierte die Regierung den Wortlaut dieses Artikels⁷⁶. Es blieb folgender Wortlaut stehen: »Les programmes de recherche universitaire accordent à l'histoire de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord, la place qu'elle mérite«⁷⁷. Die »positive Rolle« der französischen Kolonisation fand somit keine ausdrückliche Erwähnung mehr. Vielmehr war der Artikel nun fast identisch mit dem entsprechenden Artikel des Gesetzes zur Sklaverei.

Auch nach der Modifizierung des Artikels blieb das Gesetz erinnerungspolitisch in erster Linie ein Entgegenkommen gegenüber den europäischen Repatriierten. Obgleich die »positive Rolle« der Kolonisation keine ausdrückliche Erwähnung mehr fand, wurden dennoch explizit sowohl die zivilisatorischen Leistungen der Siedler als auch die von ihnen für die Französische Republik erbrachten Opfer anerkannt⁷⁸. Die Regierung bedachte die ehemaligen Hilfssoldaten in dem Gesetz gesondert, indem sie die Leugnung der Massaker verbot und jegliche Beleidigungen gegenüber »harkis« unter Strafe stellte. Dadurch

75 Vgl hierzu Kap. 4.6.

76 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 452–457.

77 Modifié par décret n° 2006–160 du 15 février 2006 – Art. 1 JORF 16 février 2006, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT00000444898> (26.2.2020).

78 Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

wurden die Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs und somit als Bürger der Französischen Republik, die sich bewusst für diesen Status entschieden, dafür gekämpft und Opfer erbracht hätten, in das durch das Gesetz oktroyierte nationale Gedenken eingeschrieben. Chirac verstand dies als wichtigen Schritt zu deren Integration, als Zeichen dafür, dass die Regierung sie als gleichberechtigte Bürger anerkannte. Damit positionierte sich Chirac als »*héritier politique du gaullisme*«, da er der offiziellen Rhetorik de Gaulles folgte, der 1958 die Gesellschaft Algeriens als eine auf dem universalistischen Ideal beruhende Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Religionen dargestellt hatte. De Gaulle war jedoch von diesem Diskurs abgewichen, als er die Unabhängigkeit Algeriens vorbereitete. Als sich Chirac erinnerungspolitisch dieser Rhetorik bediente, hielten nur noch die Verteidiger der *Algérie française* an dieser Darstellung fest.

Chirac zielte darauf ab, die ehemaligen Hilfssoldaten mit der Republik zu versöhnen, indem er betonte, sie seien stets Bürger der Französischen Republik gewesen, die gaullistische Regierung habe ihnen diesen Status lediglich aus Gründen der Überforderung kurzzeitig nicht zugestanden. Auch die repatriierten europäischen Siedler sah Chirac als Opfer der kolonialen Vergangenheit Frankreichs an und sah die Notwendigkeit, sie durch eine Anerkennung ihrer Leistungen und Opfer mit der nationalen Gemeinschaft zu versöhnen. Sie bildeten in seiner Vorstellung eine Schicksalsgemeinschaft mit den muslimischen Repatriierten. Mit dieser Deutung der Geschichte verkannte Chirac die besondere Situation aller Muslime des kolonialen Algeriens. Er versuchte, ein nationales Gedenken zu etablieren, das sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Verteidiger einer *Algérie française* orientierte, was unter anderem mit seiner eigenen Vergangenheit in der Kolonialarmee zu begründen ist. Dadurch wurde Chirac den Erinnerungen anderer Akteure nicht gerecht, was die Reaktionen verschiedener Historiker auf das Gesetz vom 23. Februar 2005 verdeutlichten. Chirac scheiterte in diesem Sinne an dem Balanceakt, eine universalistische Erinnerungspolitik zu etablieren und zugleich die Vergangenheitsdeutung einer bestimmten Gruppe zu privilegieren.

4.2 Die SAS-Offiziere zwischen universalistischem Gedenken und individueller Geschichtsdeutung

Wie in allen Handlungsfeldern zielte auch die Erinnerungspolitik der ehemaligen SAS-Offiziere nach eigenen Angaben in erster Linie auf die Integration der muslimischen Repatriierten in die französische Nation ab. Die Vergangenheit all jener Muslime Algeriens, die sich während des Krieges auf die französische Seite gestellt hatten und seit der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich leb-

ten, in das nationale Gedenken einzuschreiben, war in ihren Augen eine wichtige Voraussetzung dafür, dass diese sich als »Français à part entière« fühlen könnten und von der Gesellschaft als solche wahrgenommen würden. Aus diesem Grund unterstützten sie bereits erinnerungspolitische Initiativen, bevor die staatliche Aufarbeitung des Algerienkriegs einsetzte. Dabei betonten sie stets ihr Ziel, sich an einer universalistisch ausgerichteten Erinnerungspolitik zu orientieren und keine Gegenerinnerung entstehen zu lassen. Als der Repatriiertenverband JPN in den 1980er Jahren mit der Kampagne »Hommage aux harkis« die ehemaligen Hilfssoldaten ins Zentrum seiner erinnerungspolitischen Arbeit stellte, lud er das CNMF ausdrücklich dazu ein, sich an dieser Kampagne zu beteiligen⁷⁹. Der Präsident des Verbands André Wormser lehnte diese Einladung höflich ab und artikulierte mit ebenso höflichen Worten Kritik an der Erinnerungsarbeit des Repatriiertenverbands. Diese sei nicht mit der Leitlinie in Einklang zu bringen, die das CNMF verfolge. Es habe sich zum Ziel gesetzt, die ehemaligen Hilfssoldaten »dans un destin commun et ›ordinaire« in die nationale Gemeinschaft zu integrieren. Er selbst stehe ebenso wie auch der Verwaltungsrat des Verbandes allen erinnerungspolitischen Aktivitäten misstrauisch gegenüber, die darauf abzielten, »de faire ›revivre‹ le passé de façon trop nostalgique«⁸⁰. Mit diesen Worten warf er den Verantwortlichen des JPN vor, eine nostalgische und zugleich partikularistische Erinnerungsarbeit zu betreiben, die ihrer eigenen Integration, aber auch der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten im Weg stehe. Eine erfolgreiche Erinnerungsarbeit müsse dazu führen, dass sich die Schicksalsgemeinschaften der Repatriierten und der »harkis« langfristig auflösten und sich alle mit der Gemeinschaft der französischen Nation definieren könnten⁸¹. Er ging davon aus, dass sich die gesamte Nation in einem einheitlichen Gedenken wiederfinden können müsste.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wertete Wormser als Voraussetzung für die Formierung eines einheitlichen nationalen Gedenkens. Aus diesem Grund suchte er die Kooperation mit Wissenschaftlern und motivierte diese, sich mit der Rolle der Muslime Algeriens auseinanderzusetzen, die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens als Repatriierte in Frankreich wiedergefunden hatten. Auffällig ist dabei, dass er in erster Linie mit Wissenschaftlern kooperierte, die zugleich Erinnerungsträger waren, da sie selbst als Akteure am Geschehen beteiligt gewesen waren oder als Kinder von aktiv beteiligten Akteuren die Geschenisse übermittelt bekommen hatten. Bereits in seinen Bemühungen, die soziale Situation der muslimischen Repatriierten wis-

79 Vgl. zu der Kampagne [Kap. 4.3](#).

80 Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

81 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

senschaftlich zu erfassen, hatte das CNMF mit der Wahl Jean Serviers gezeigt, dass es bevorzugt mit Wissenschaftlern zusammenarbeitete, die zugleich Erinnerungsträger waren. Servier hatte als Ethnologe zur Zeit des Krieges dem französischen Militär beratend zur Seite gestanden⁸². In den 1980er Jahren entwickelte sich eine enge Kooperation zwischen Wormser und dem Soziologen Mohand Hamoumou, der als Sohn eines Hilfssoldaten Ende der 1980er Jahre seine Dissertation mit dem Titel »Les Français musulmans rapatriés: archéologie d'un silence« vorlegte⁸³. Obgleich Hamoumou diese Dissertation im Fach Soziologie anfertigte, gingen von dieser Arbeit wichtige Impulse für die historische Aufarbeitung der Rolle der Hilfssoldaten im algerischen Unabhängigkeitskrieg aus. Basierend auf Interviews konnte Hamoumou erstmals die komplexe Situation der muslimischen Bevölkerung Algeriens aufzeigen, die faktisch gezwungen wurde, sich für eine der beiden Kriegsparteien zu entscheiden. Damit stellte er die These, die Hilfssoldaten hätten sich aus Überzeugung der französischen Armee angeschlossen, um für die *Algérie française* zu kämpfen, in Frage. Zudem lenkte Hamoumou den Fokus auf die Massaker, die nach den Waffenstillstandsabkommen stattgefunden hatten⁸⁴. Hamoumou wandte sich bereits zu Beginn seines Dissertationsvorhabens an Wormser, um diesen zunächst um wissenschaftliche Unterstützung zu bitten⁸⁵. Aus diesem Austausch entwickelte sich eine Bindung, die weit über eine wissenschaftliche Kooperation hinausging. Wormser half Hamoumou, finanzielle Unterstützung für seine Arbeit zu finden⁸⁶. Zudem motivierte er ihn zur Veröffentlichung seiner Arbeit und nutzte hierfür seine Kontakte zu Verlagen. Unter anderem schrieb Wormser das Verlagshaus Odile Jacob an; er bat darum, die Arbeit seines »ami et protégé Mohand Hamoumou« zu veröffentlichen, und lobte die »qualité historique de son travail«⁸⁷.

82 Vgl. Kap. 3.2.

83 Mohand HAMOUMOU, *Les Français musulmans rapatriés: archéologie d'un silence*, Diss., EHESS (1989). Die Dissertation wurde 1993 unter dem Titel »Et ils sont devenus harkis« veröffentlicht, vgl. HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*.

84 Ibid.

85 Hamoumou an André Wormser, 10.12.1984, AN: vers. 20120054/86. Hamoumou wandte sich an Wormser nachdem dieser einen Artikel zu der Situation der ehemaligen Hilfssoldaten veröffentlicht hatte. Er lobte diese Arbeit und bat Wormser um wissenschaftliche Unterstützung.

86 Hamoumou an André Wormser, ohne Datum [nach 1985; Hamoumou fragt nach einer Umfrage von 1985], *ibid.* Hamoumou bittet Wormser, Santini auf seinen Antrag auf finanzielle Unterstützung hinzuweisen, den er beim ONASEC gestellt hatte.

87 André Wormser an Odile Jacob, 7.9.1990, *ibid.* Hamoumou veröffentlichte seine Arbeit letztendlich nicht in diesem Verlag, sondern bei Fayard. Auch mit diesem Verlagshaus schien Wormser den Kontakt hergestellt zu haben. Zumindest wandte sich Hamou-

Obgleich Wormser Hamoumou stets unterstützte, übte er auch Kritik an seiner wissenschaftlichen Arbeit. Den von Hamoumou 1988 veröffentlichten Artikel »Archéologie d'un silence« lobte er zwar insgesamt, erlaubte sich jedoch Detailkritik, die sich darauf bezog, dass Hamoumou die Arbeit der SAS-Offiziere und der beiden Verbände CNMF und AAAA nicht genau genug herausgearbeitet habe. Zum Beispiel werde nicht deutlich, dass diese beiden Verbände die Idee zur Entstehung der Walddörfer entwickelt hätten, die Hamoumou, wie Wormser betonte, »heureusement« als »opération originale« bezeichne⁸⁸. Auch an der mit seiner Unterstützung veröffentlichten Dissertation Hamoumou übte Wormser Kritik. Zahlreiche ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs kritisierten Hamoumou Arbeit, da sie ihre eigenen Erinnerungen darin nicht wiederfanden. Dabei ging es stets darum, dass Hamoumou die bewusste Entscheidung der Hilfssoldaten für die französische Seite in Frage stellte. Die Offiziersgattin Moinet, deren Ehemann Bernard Moinet 1989 selbst ein fiktives Werk zur Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten veröffentlicht hatte, wandte sich mit einem Schreiben an den Wissenschaftler, um diesem mitzuteilen, sie sei zutiefst enttäuscht, dass er die Hilfssoldaten nicht als die »défenseurs éclairés de la civilisation chrétienne en Algérie« dargestellt habe, die sie gewesen seien⁸⁹.

Pierre Rivière, Präsident der AAAA, argumentierte in eine ähnliche Richtung wie Frau Moinet, legte jedoch den Fokus vor allem auf die Integrationspolitik de Gaulles. Er stelle weder die »bonne foi« noch die »probité intellectuelle« Hamoumou in Frage, schrieb er an Wormser. Es sei jedoch falsch zu behaupten, die französische Armee habe bewusst muslimische Hilfssoldaten rekrutiert⁹⁰. Hamoumou gehe in seiner Arbeit nicht historisch genau vor und erkenne vor allem nicht den politischen und auch militärischen Wandel an, der mit dem 13. Mai 1958 eingesetzt habe. Vor diesem Tag habe die französische Armee lediglich Muslime, die sich freiwillig gemeldet hätten, zur Selbstverteidigung bewaffnet. Erst mit dem Beginn der Fünften Republik sei sie dazu übergegangen, in großem Stil Muslime zu rekrutieren. Dies sei jedoch vor dem Hintergrund des mit dem 13. Mai eingeleiteten politischen Wandels zu erklären. Die Muslime hätten sich ab diesem Zeitpunkt massenweise bereit erklärt, für die französische Armee zu kämpfen. Stets habe eine bewusste Entscheidung und

mou direkt nach der Zusage mit einem Dankschreiben an ihn. Vgl. Mohand Hamoumou an André Wormser, 9.5.1992, *ibid*.

⁸⁸ André Wormser an Mohand Hamoumou, 21.4.1988, *ibid*.

⁸⁹ Zitiert nach: Mohand Hamoumou an André Wormser, 26.8.1993, *ibid*. Bernard Moinet stellte die Hilfssoldaten als treue Verfechter der *Algérie française* dar, vgl. Bernard MOINET, *Ahmed? connais pas... Le calvaire des harkis*, Paris 1989.

⁹⁰ Pierre Rivière an André Wormser, 13.6.1993, AN: vers. 20120054/86.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nicht Druck oder gar Zwang hinter der Entscheidung gestanden⁹¹. Rivière wollte die These bestätigt sehen, de Gaulle habe die muslimische Bevölkerung mit seiner Integrationspolitik für die französische Seite gewinnen können. Wormser gab Rivière Recht. Hamoumou habe in diesem Punkt die Geschichte nicht so dargestellt, wie sie geschrieben werden sollte. Er sei ebenfalls enttäuscht darüber, dass sich ihre eigenen Erinnerungen als Mitglieder des Militärs nicht in der Geschichtsschreibung niederschlugen. Er signalisierte Rivière seinen Wunsch, sich ausführlich mit ihm über das auszutauschen, was sie beide als Militärs in Algerien erlebt hatten⁹². Der Diskurs der beiden Militärs zeigt den Konflikt Wormsers zwischen seinen eigenen Erinnerungen, seiner Interpretation der Ereignisse, die er als Akteur mitbestimmt hatte, und dem Anspruch, eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit als Voraussetzung eines einheitlichen nationalen Gedenkens zu fördern.

Wormser begründete gegenüber Rivière, weshalb er Hamoumou unterstützt hatte, obwohl er nicht in allen Punkten mit seiner Geschichtsdarstellung zufrieden war. Er habe die Geschichte der Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten auf eine »si sûre et incontestable« Art und Weise dargestellt, dass es nicht mehr möglich sei, dieses Ereignis in einer »histoire officielle«, die eines Tages geschrieben werden würde, zu übergehen⁹³. Obgleich Wormser wie weitere ehemalige Mitglieder der Armee in Algerien mit dem Ergebnis der Arbeit Hamoumous, die Hilfssoldaten hätten nicht aus Überzeugung für die französische Seite gekämpft, unzufrieden war, begrüßte er doch, dass erstmals in einer wissenschaftlichen Arbeit die vom FLN ausgehende Gewalt und die Massaker dargestellt wurden, die nach offiziellem Kriegsende an den Hilfssoldaten verübt worden waren. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Massaker hielt Wormser für bedeutsam, da er deren Leugnung befürchtete. Es werde ohne Zweifel »révisionnistes« geben, »pour nier les tortures et les massacres du FLN comme pour nier les chambres à gaz d'Auschwitz«⁹⁴. In dieser Befürchtung spiegelten sich Wormsers eigene Erfahrungen wider. Die Aufarbeitung der Massaker war für ihn nicht nur von besonderer Bedeutung, weil er selbst als SAS-Offizier gezwungen gewesen war, Hilfssoldaten in Algerien zurückzulassen. Wormser war in seinem Handeln auch stets geprägt von seiner Jugend, die er als Sohn einer jüdischen Familie zur Zeit des Vichy-Regimes mit falschen Papieren erlebt hatte. Er hatte somit als Betroffener ein dunkles Kapitel in der französi-

91 Ibid.

92 André Wormser an Pierre Rivière, 19.7.1993, ibid.

93 Ibid.

94 Ibid.

schen Geschichte miterlebt⁹⁵. Stets hatte er daher den Umgang mit der Vichy-Vergangenheit im Blick, wenn er sich dafür einsetzte, dass die Massaker an den muslimischen Hilfssoldaten nicht in Vergessenheit gerieten, und zog dabei Schlüsse aus dem Zögern der französischen Regierung, die französische Mitschuld an Deportation und Vernichtung anzuerkennen. Nur drei Tage bevor Wormser das Schreiben an Rivière verfasste, hatte Mitterrand bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestages der Razzia des Vél d'Hiv die Gelegenheit verstreichen lassen, öffentlich die französische Verantwortung an der Deportation und Ermordung europäischer Juden zu thematisieren⁹⁶. Vor diesem Hintergrund hatte es für Wormser oberste Priorität, die Massaker an den Hilfssoldaten als Kapitel einer offiziellen Geschichtsschreibung durchzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzte das Komitee auf eine Kooperation sowohl mit Wissenschaftlern als auch mit der Regierung. Im Jahr 1999 organisierte das CNMF im Palais du Luxembourg das Kolloquium »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumières«. Für die Organisation waren in erster Linie Wormser und Hamoumou verantwortlich. Das CNMF sowie die Delegation für Repatriierte und das Staatssekretariat für Veteranen finanzierten die Veranstaltung. In diesem Kolloquium sollte die Frage im Vordergrund stehen, wie eine vollständige Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Gemeinschaft erreicht werden könne⁹⁷. Wormser betonte, dass zum Erreichen dieses Ziels gerade zum damaligen Zeitpunkt Erinnerungsarbeit wichtig sei. Derzeit liege der Altersdurchschnitt der ehemaligen Hilfssoldaten bei 70 Jahren. Viele von ihnen hätten nicht mehr allzu lange zu leben. Mit ihnen würden auch ihre Erinnerungen verschwinden. Es wachse momentan eine zweite und bereits eine dritte Generation heran. Für diese kommenden Generationen sei die Frage der Erinnerung eine Frage der Identität. Es sei für sie wichtig, dass die Erinnerungen ihrer Eltern und ihrer Großeltern tradiert würden. Wenn diese sich nicht in der offiziellen Geschichtsschreibung wiederfänden, hätten auch die kommenden Generationen Schwierigkeiten, sich mit der französischen Nation zu identifizieren. Mit Blick auf die von Wormser mit großer Skepsis betrachtete Erinnerungsarbeit der Repatriiertenverbände, die sich ebenfalls für eine Aufarbeitung der Vergangenheit der muslimischen Repatriierten einsetzten, betonte Wormser, es dürfe bei der Erinnerungsarbeit nicht darum gehen, die Gegenerinnerung einer Gemeinschaft der Repatriierten

95 HAMOUMOU, WORMSER, *Hommage à André Wormser*, S. 261f.

96 CONAN, ROUSSO, *Vichy*, S. 44–46.

97 Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu schreiben, sondern darum, die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten in das nationale Gedenken einzuschreiben⁹⁸.

Wormser nutzte die Tagung, um zu verdeutlichen, wie die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten seiner Meinung nach in das nationale Gedenken eingeschrieben und wie sie der zweiten und dritten Generation vermittelt werden sollte. Er kritisierte die kurz zuvor in der Nationalversammlung getroffene Entscheidung, den Algerienkrieg offiziell als Kriegsgeschehen zu definieren und nicht mehr offiziell als »opération du maintien de l'ordre« zu bezeichnen. Der Begriff »Krieg« sei in diesem Fall keinesfalls angemessen. Wormser setzte Krieg mit symmetrischer Kriegsführung gleich, als er betonte, ein Krieg finde zwischen zwei Nationen statt, von der die eine der anderen zuvor offiziell den Krieg erklärt habe. Weder habe es in Algerien jemals eine Kriegserklärung gegeben, noch habe Frankreich in Algerien gegen eine andere Nation gekämpft. Algerien habe vor 1962 nicht existiert, sondern sei ein Teil Frankreichs gewesen. Man könne höchstens von einem Bürgerkrieg sprechen: Französische Bürger hätten sich in zwei verschiedenen Parteien gegenübergestellt, und zwar unabhängig von Herkunft und Religion. Um diese Interpretation des Kriegsgeschehens zu unterstreichen, verwies Wormser auf die muslimischen Hilfssoldaten. »Les harkis de la première génération« betrachtete er als französische Soldaten, die man ihm zufolge »trahis« und »abandonnés« habe. Den Verrat erläuterte Wormser folgendermaßen: »La France s'est débarrassée d'eux, a laissé lâchement égorger 150 000 d'entre eux alors que c'était contraire à sa parole et à la lettre des traités«. Zudem sah er auch die Aufnahmebedingungen für die »harkis« in Frankreich, »l'accueil, la froideur, le rejet pour des hommes et des femmes qui arrivaient dans notre pays traumatisé« als Teil des Verrats an. Die Lebensbedingungen in den Lagern hätten ihnen all ihre Chancen geraubt. Für diesen Verrat müsse die Nation ihr Bedauern äußern, sich entschuldigen und Reparationen leisten. Es sei die Aufgabe des Präsidenten und der Regierung, diesen Schritt zu gehen⁹⁹.

Wormser wertete seine Darstellung der Vergangenheit als wissenschaftlich fundiert. Er stützte sich auf die Arbeit Faivres, der sich intensiv mit der Rolle der ehemaligen Hilfssoldaten während des Algerienkriegs beschäftigte. Dieser hatte zu dem Zeitpunkt der Tagung bereits historische Arbeiten zur Geschichte der Hilfssoldaten veröffentlicht¹⁰⁰, denen weitere folgen sollten. Faivre ging in seiner Arbeit davon aus, dass mehr als 100 000 ehemalige Hilfssoldaten nach dem offiziellen Kriegsende getöteten worden seien. Zudem deutete er das Engagement der muslimischen Hilfssoldaten in der französischen Armee als Beleg

98 Ibid.

99 Ibid.

100 Vgl. FAIVRE, Les combattants musulmans.

dafür, dass die französische Armee in Algerien nicht einer in der muslimischen Bevölkerung verankerten Unabhängigkeitsbewegung gegenübergestanden habe, sondern an der Seite dieser Bevölkerung gegen eine Minderheit von Rebellen gekämpft habe, und zwar gegen die »conception totalitaire du parti unique du FLN« und für eine Entwicklung Algeriens »dans un sens démocratique et égalitaire«¹⁰¹. Er rückte zudem die Massaker an den Hilfssoldaten ins Zentrum seiner Arbeit und bemühte sich, den Verrat durch die französische Politik zu beweisen¹⁰².

Faivre nahm als Vertreter der Wissenschaft an der Tagung teil. Er begrüßte Wormsers Plädoyer für eine offizielle Anerkennung der Massaker durch die Regierung und den Staatspräsidenten. Die Regierung müsse die Verantwortung an den Massakern eingestehen und damit auch die Tatsache, dass der 19. März 1962 nicht das Ende des Krieges markiert habe¹⁰³. Mit dieser Aussage positionierte sich Faivre in der Auseinandersetzung um einen nationalen Gedenktag an den Algerienkrieg und schloss den 19. März als Datum aus. Um die Notwendigkeit einer solchen Erklärung von offizieller Seite zu betonen, wies er auf die einsetzenden kontroversen Debatten um die Deutung des Algerienkriegs hin. Seine eigene Arbeit werde immer wieder einer starken Kritik ausgesetzt. Man werfe ihm vor, die ehemaligen Hilfssoldaten zu viktimisieren, wenn er davon spreche, dass mehr als 100 000 von ihnen massakriert worden seien. Er machte klar, dass es sich bei den Ergebnissen seiner Arbeit nicht um Erinnerungen handle, sondern um objektive Geschichtsschreibung, die sich auf Archivquellen und Zeugenaussagen stütze¹⁰⁴. Der von Wormser begrüßten Vergangenheitsdeutung verlieh Faivre auf diese Weise den Anschein von Allgemeingültigkeit. Er argumentierte hierfür mit der Objektivität der Geschichtsschreibung, die Peter Novick als »that noble dream« bezeichnet¹⁰⁵. Faivres Aussagen sind umso problematischer, da er nicht nur Historiker, sondern wie viele über den Algerienkrieg arbeitende französische Historiker zugleich Erinnerungsträger war.

¹⁰¹ FAIVRE, *L'histoire des harkis*, S. 58. Faivre zufolge befanden sich 1961 drei- bis viermal so viele Muslime in den Reihen der französischen Armee wie in den Reihen der ALN. Dies sieht er als Beleg für seine These an, ohne nach den Umständen der Rekrutierung zu fragen, wie dies Hautreux in seiner Arbeit tut. Vgl. *ibid.*, S. 56f. Vgl. zu der Rekrutierung der muslimischen Hilfssoldaten HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 99–259.

¹⁰² Bereits der Titel seiner ersten veröffentlichten Monografie »Les combattants musulmans de la guerre d'Algérie. Des soldats sacrifiés« weist darauf hin.

¹⁰³ Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

¹⁰⁴ *Ibid.*

¹⁰⁵ Peter NOVICK, *That Noble Dream. The »Objectivity Question« and the American Historical Profession*, Cambridge 1988.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Faivre hatte selbst eine militärische Laufbahn hinter sich und stand in seiner Arbeit dem Militär nahe. Im Algerienkrieg hatte er an der Seite muslimischer Hilfssoldaten gekämpft. »Un village de harkis« erzählt von seinen Erfahrungen, die er im Krieg mit diesen Hilfssoldaten gemacht hatte¹⁰⁶. Er bezeichnete sich selbst als »historien et ami des harkis«¹⁰⁷.

Zu dem Kolloquium war auch Martine Aubry, die sozialistische Ministerin für Arbeit und Solidarität, eingeladen worden. Sie erschien nicht persönlich, schickte jedoch einen Vertreter. Dieser reagierte auf die von Wormser vorgebrachte und von Faivre unterstrichenen Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung der Massaker und der Fehler in der Integrationspolitik: »La France en se retirant n'a pas su préserver la dignité et quelquefois la vie de ces hommes et de ces femmes. L'accueil réservé chez elle aux exilés a été expéditif et souvent sans fraternité«¹⁰⁸. Er räumte somit die Verantwortung der Französischen Republik für das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten vor den Mitgliedern des Kolloquiums ein und nahm mit seiner Rede inhaltlich das Schuldeingeständnis, das Chirac zwei Jahre später anlässlich der Journée nationale d'hommage aux harkis vor der gesamten Nation aussprechen sollte, vorweg. Das CNMF begrüßte ausdrücklich die für den 25. September 2001 angesetzte Journée nationale d'hommage aux harkis. Die Tatsache, dass die gesamte Nation an einem Tag der ehemaligen Hilfssoldaten gedenken solle, entsprach der von Wormser formulierten Idee, diese in ein universalistisches Gedenken zu integrieren. Aus diesem Grund unterstützte das CNMF das ONAC bei der Vorbereitung der Zeremonie. Es hatte unter anderem die Aufgabe, ehemalige Hilfssoldaten vorzuschlagen, die während der Zeremonie mit militärischen Ehren ausgezeichnet werden sollten¹⁰⁹.

Die Worte, die Chirac wählte, um die vergangenen Fehler Frankreichs im Umgang mit den Hilfssoldaten anzuerkennen, gingen Wormser jedoch nicht weit genug. Chirac war in seinen Äußerungen so vage geblieben, dass Wormsers Befürchtung, man könne die Massaker an den Hilfssoldaten leugnen, nicht entkräftet war. Nur kurze Zeit nach dem 25. September 2001 unterstrich das CNMF noch einmal in einer Pressemitteilung die Bedeutung, die es den Massakern zumaß. Da sich die Abkommen von Évian bald zum 40. Mal jäherten, müsse man daran erinnern, dass vor 40 Jahren »150 000 harkis et civils, femmes et

¹⁰⁶ Maurice FAIVRE, *Un village de harkis*, Paris 1994.

¹⁰⁷ Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (Le Figaro), 24.10.2008, AN: vers. 20120054/107.

¹⁰⁸ Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

¹⁰⁹ CNMF an Louis Monchovet, délégué aux rapatriés, 18.6.2001, AN: vers. 20120054/88.

enfants compris, qui avaient fait le choix de la France pour patrie«, massakriert worden seien¹¹⁰. Auch seine Position zur Frage der Verantwortung an den Massakern stellte das CNMF in dieser Pressemitteilung heraus: »Le sang était sur les mains algériennes mais la honte était bien pour notre pays, se détournant avec indifférence de ses propres enfants«¹¹¹. Die Formulierung glich in einigen Punkten der von Chirac gewählten, ging jedoch weiter. Während Chirac davon gesprochen hatte, dass Frankreich »ses enfants« nicht zu schützen gewusst habe, hieß es in der Pressemitteilung, dass sich das Land »avec indifférence« von »ses propres enfants« abgewandt habe. Das CNMF wandte sich mit diesen Worten gegen die von Chirac gewählte Darstellung, das Handeln der Regierung und de Gaulles 1962 sei mit einer Überforderung zu erklären, sondern unterstellte ihnen Gleichgültigkeit und unterstrich mit dieser Argumentation die Verantwortung der damaligen Staatsvertreter.

Als die erinnerungspolitische Aufarbeitung des Algerienkriegs voranschritt, kamen immer mehr Vergangenheitsdeutungen auf, die den Erinnerungen der ehemaligen Militärs widersprachen. Um diesen Deutungen der Vergangenheit zu begegnen, verdichtete auch das CNMF seine Erinnerungsarbeit. Faivre nutzte seine Expertise als Historiker, um gegen Darstellungen der Vergangenheit vorzugehen, die seinen eigenen Äußerungen zufolge den wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprachen. In erster Linie ging er jedoch gegen Vergangenheitsdeutungen vor, die jenen der ehemaligen Militärs widersprachen. Die Journalistin Dalila Kerchouche, Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, machte sich Anfang des 21. Jahrhunderts begleitet von einem Fotografen auf die Suche nach der Geschichte ihrer Familie und besuchte hierzu verschiedene Lager und Walddörfer, in denen sie selbst nur wenige Monate gelebt hatte. Die Ergebnisse dieser Suche veröffentlichte sie in dem Bildband »Destins de harkis. Aux racines d'un exil«¹¹². Die Tageszeitung »Le Figaro« veröffentlichte eine Rezension dieses Werkes, in der die Lektüre wärmstens empfohlen wurde. Faivre reagierte auf diese Rezension, indem er sich selbst kritisch mit dem Werk auseinandersetzte und seinerseits eine Rezension an die Redaktion von »Le Figaro« sowie an verschiedene Verbände sandte. Adressiert an Wormser fügte Faivre der Rezension ein Schreiben bei, in dem er diesem versprach, auch gegen weitere »contre-vérités« vorzugehen, die noch folgen würden. Er brachte ein vom Institut du monde arabe veranstaltetes Kolloquium an, das seiner Ansicht

110 CNMF. Communiqué, 22.10.2001, AN: vers. 20120054/23.

111 Ibid.

112 Dalila KERCHOUCHE, Destins de harkis. Aux racines d'un exil, Paris 2003.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nach der Glorifizierung von »Kofferträgern« diene¹¹³. Er werde das Kolloquium verfolgen, um auch hier intervenieren zu können¹¹⁴. Wormser leitete die Rezension mit den Worten »j'approuve ses considérations« an Mitglieder und Freunde des Verbands weiter und verdeutlichte damit, dass er die Position und das Vorgehen Faivres unterstützte¹¹⁵.

Die Kritik Faivres an der Veröffentlichung Kerchouches konzentrierte sich im Wesentlichen auf zwei Punkte. Kerchouche stellte in ihrem Werk noch deutlicher als Hamoumou die bewusste Entscheidung der Hilfssoldaten für die französische Seite in Frage. Sie vertrat die Ansicht, zahlreiche Hilfssoldaten hätten ein doppeltes Spiel gespielt und die Seiten gewechselt¹¹⁶. Faivre warf Kerchouche vor, lediglich die Geschichte ihres eigenen Vaters zu kennen. Wenn dieser ein doppeltes Spiel gespielt habe, habe er »une véritable trahison« begangen. In diesem Sinne sei er einer der wenigen Verräter unter den Hilfssoldaten gewesen. Sein Verhalten sei jedoch nicht repräsentativ¹¹⁷. Ebenso deutlich wies Faivre die von Kerchouche geäußerte Kritik an den Lagern und Walddörfern zurück. Kerchouche vertrat die Ansicht, hinter der Aufnahmepolitik habe eine bewusste Politik der sozialen Desintegration und soziopolitischen Marginalisierung sowie eine totalitäre Organisationsstruktur gestanden, die auf die Fortsetzung kolonialer Strukturen abzielte¹¹⁸. Faivre räumte ein, dass die Verwaltung mit der Ausreisegenehmigung der ehemaligen Hilfssoldaten zu lange gewartet habe und dadurch in der Aufnahme bedauerliche Fehler entstanden seien; die Interpretation Kerchouches bezeichnete er jedoch als »diffamation« gegenüber den für die Lager und Walddörfer Verantwortlichen. Mit dieser »diffamation« stelle sich Kerchouche gegen diejenigen, die sich bemüht hätten, »de réparer les retards et les insuffisances de la politique gouvernementale«¹¹⁹. Er verteidigte mit dieser Äußerung explizit die ehemaligen SAS-Offiziere, die die Idee der Walddörfer eingebracht und das Personal gestellt hatten. Fehler der damaligen Regierung in der Aufnahme- und Integrationspolitik gestand er ein. Die für

113 Mit dem Begriff »Kofferträger« (*porteurs de valises*) wurden Vertreter der kolonialkritischen Linken bezeichnet, die den FLN unterstützten, indem sie Waffen und Geld für ihn schmuggelten. Vgl. hierzu Hervé HAMON, Patrick ROTMAN, *Les porteurs de valises*, Paris 1979.

114 Maurice Faivre an André Wormser, 30.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

115 Rundschreiben André Wormser, 3.11.2003, *ibid.*

116 Vgl. hierzu [Kap. 4.8](#).

117 Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (*Le Figaro*), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

118 Vgl. hierzu [Kap. 4.8](#).

119 Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (*Le Figaro*), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

die Lager und Walddörfer verantwortlichen Militärs sowie das zivile Personal hätten jedoch diese Fehler ausgeglichen und nicht, wie Kerchouche ihnen vorwarf, verstärkt.

Insbesondere die Walddörfer und damit eine Idee, die ehemalige SAS-Offiziere ausgearbeitet hatten, unter anderem Wormser selbst, stellte er als eine »bonne solution« dar. Durch sie sei der Wald geschützt und die ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren Familien seien gleichzeitig von »des chefs compétents et des monitrices dévouées« betreut worden¹²⁰. Da er in der Frage der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten als Militärhistoriker nicht auf die gleiche wissenschaftliche Expertise verweisen konnte wie in der Frage nach der Rolle der Hilfssoldaten in der französischen Armee und nach deren Demobilisierung, berief er sich in seiner Rezension auf die soziologische Studie Anne Heinis, um die Erinnerungen Kerchouches zu widerlegen. Heinis hatte sich lange Zeit für die Unterbringung der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich engagiert, hatte dann mehrere Jahre in der Region Languedoc-Roussillon die Aufgabe, die Walddörfer zu inspizieren, bevor sie 1977 an der Universität Montpellier unter der Betreuung von Jean Servier eine soziologische Doktorarbeit zu diesem Thema vorlegte¹²¹. Faivre verwies darauf, wie Heinis in ihrer Studie das »dévouement à la base« des Personals in den Walddörfern hervorgehoben hatte¹²². Um zukünftig besser auf derartige Kritik reagieren zu können, wandte Faivre sich unter anderem an Wormser, um diesen zu bitten, ihm Informationen zur Verwaltung und zum Personal im Lager von Bias zukommen zu lassen, das in besonderem Maße von Kerchouche kritisiert worden war¹²³. Wormser versicherte ihm, er habe sich dort bei mehreren Besuchen davon überzeugt, dass das Personal sich aus »gens dévoués et enthousiastes« zusammengesetzt habe¹²⁴.

Als Kerchouche drei Jahre später an der Konzeption eines Spielfilms und eines Dokumentarfilms beteiligt war, in denen die Kritik an den Lagern und Walddörfern wiederholt wurde, zeigte sich Faivre darauf vorbereitet¹²⁵. Faivre hatte ein Dossier zu den Lagern und Walddörfern angefertigt, das er nun vorlegte, um die Vorwürfe zu widerlegen. Er zitierte aus dem Schreiben Wormsers

¹²⁰ Ibid.

¹²¹ Anne HEINIS, *L'insertion des Français musulmans. Étude faite sur les populations regroupées dans le midi de la France, dans les centres d'ex-harkis*, Diss., Univ. Montpellier III (1977).

¹²² Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (Le Figaro), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

¹²³ Maurice Faivre an André Wormser, 30.10.2003, *ibid.*

¹²⁴ André Wormser an Maurice Faivre, 3.11.2003, *ibid.*

¹²⁵ 2006 kamen der Spielfilm »Leïla, la fille de harki« sowie der Dokumentarfilm »Amère patrie« heraus, für die Kerchouche jeweils das Drehbuch geschrieben hatte.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

aus dem Jahr 2003, um das Engagement des Personals von Bias zu untermauern. Zudem zitierte er eine gewisse Georgette Brethes, die für die Rekrutierung des Personals verantwortlich gewesen sei. Diese lobte das Engagement der ehemaligen SAS-Offiziere, die alles getan hätten, um Hilfssoldaten zu retten. Über den Chef des von Kerchouche erwähnten Walddorfs von Pujol äußerte sie, er sei »un homme très bien, dévoué, aimant ses harkis« gewesen¹²⁶. Faivre fügte dem Schreiben Fotos hinzu, die ihm die Assistentin eines für die Lager zuständigen Obersts 2003 geschickt hatte. Sie hatte wiederholt die Lager von Rivesaltes und Saint-Maurice l'Ardoise besucht. Schriftlich habe sie ihm bestätigt, bei all ihren Besuchen seien die Kinder stets gut angezogen und die Bewohner insgesamt trotz der Stacheldrähte freie Menschen gewesen, schrieb Faivre. Auch Aufnahmen, die eine ehemalige Kindergärtnerin des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise gemacht hatte, sollten diese Aussagen bestätigen. Faivre zitierte sie mit den Worten, es handle sich bei den Darstellungen Kerchouches um die »contre-vérités de certaines filles de harkis qui étaient des bébés à cette époque, et qui rapportent les souvenirs de ceux qui ont raté leur intégration«¹²⁷. Um nicht nur Verantwortliche des Lagers zu zitieren, kam auch Hamoumou zu Wort, der den Französischunterricht in den Walddörfern lobte¹²⁸.

Dass Hamoumou weder in einem Lager noch in einem Walddorf aufgewachsen war, fand keine Erwähnung¹²⁹. Hingegen war die Tatsache, dass Kerchouche sich nicht auf ihre eigenen Erinnerungen stützen konnte, sondern lediglich die Erinnerungen ihrer Familienmitglieder wiedergab, da sie bereits im Alter von einem Jahr das Lager verlassen hatte, für Faivre ein wichtiges Argument, um ihre Darstellung zu widerlegen. Er warf ihr vor, keine wissenschaftlichen Erkenntnisse wiederzugeben, sondern lediglich Erinnerungen zweiter Hand¹³⁰. In seiner Entgegnung reagierte er darauf jedoch nicht, indem er wissenschaftliche Arbeiten anführte, sondern indem er selbst nur Erinnerungen wiedergab. Zu erklären ist dieses Vorgehen damit, dass sich Kerchouche in ihrer Darstellung auch auf die Erkenntnisse von Wissenschaftlern stützte, die die Lager und Walddörfer als totalitäre Systeme und als Ursache von Segregation und sozialer Desintegration beschrieben und auch die ehemaligen SAS-Offiziere hierfür in der Verantwortung sahen¹³¹. Faivre konnte dieser Analyse

¹²⁶ Zitiert nach: Rundschreiben Maurice Faivre, *historien*, Académie des sciences d'outre-mer. *L'histoire des harkis noircie par les médias*, 8.10.2006, AN: vers. 20120054/107.

¹²⁷ Zitiert nach: *ibid.*

¹²⁸ Vgl. *ibid.*

¹²⁹ Vgl. zum Lebenslauf Hamoumou [Kap. 4.8](#).

¹³⁰ Rundschreiben Maurice Faivre, *historien*, Académie des sciences d'outre-mer. *L'histoire des harkis noircie par les médias*, 8.10.2006, AN: vers. 20120054/107.

¹³¹ Vgl. hierzu u. a. ROUX, *Les harkis*; CHARBIT, *Les harkis*.

keine wissenschaftlichen Erkenntnisse entgegensetzen, weshalb er auf Erinnerungen zurückgriff.

Das Vorgehen Faivres zeigt, in welchem Maße die ehemaligen Militärs das Interesse verfolgten, sowohl aus eigener Sicht falsche Deutungen der Vergangenheit als auch Kritik an der eigenen Rolle in dieser Geschichte zurückzuweisen. Sie vermischten nicht nur Erinnerungen und Geschichte, sondern verknüpften Geschichtsschreibung mit dem Verfassen ihrer Autobiografie. Bereits beim Ausbruch der ersten Aufstände in den 1970er Jahren waren die SAS-Organisationen vonseiten muslimischer Repatriierter, später auch vonseiten der Wissenschaft mit der Kritik konfrontiert worden, in den Lagern und Walddörfern Abhängigkeitsstrukturen geschaffen und somit zum Scheitern der Integration insbesondere der zweiten Generation beigetragen zu haben¹³². Die Söhne und Töchter der ehemaligen Hilfssoldaten konfrontierten die ehemaligen SAS-Offiziere erneut mit diesem Vorwurf, als auch sie sich vermehrt an den Debatten um den Algerienkrieg beteiligten. Die Erinnerungen, die durch die Erinnerungsarbeit der zweiten Generation in die Öffentlichkeit getragen wurden, kollidierten wie im Falle Kerchouches mit den Erinnerungen ehemaliger Militärs. Diese nutzten in diesem Fall die scheinbare Objektivität, die Faivre als Historiker zugeschrieben wurde, um die Erinnerungen der zweiten Generation zu widerlegen und die Geschichtsschreibung wieder in die von ihm und den ehemaligen SAS-Offizieren propagierte Version umzudeuten.

Das Agieren Wormsers an der Seite von Wissenschaftlern steht beispielhaft für die von Guy Pervillé bezüglich der Aufarbeitung des Algerienkriegs beschriebene Instrumentalisierung von Wissenschaftlern durch verschiedene Erinnerungsträger. Ihm zufolge versuchten alle Akteursgruppen, für sich als Träger des kollektiven Gedächtnisses den Anspruch geltend zu machen, die Wahrheit zu enthüllen. Zu diesem Zweck suchten sie die Nähe zu Wissenschaftlern, um diese als Bürgen ihrer Wahrheit zu präsentieren¹³³. Pervillé zeigt auch auf, wie der seit den 1990er Jahren einsetzende generationelle Umbruch bei den Akteuren des Algerienkriegs das Bedürfnis erweckte, ihre Erinnerungen zu tradieren, was die einsetzende Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit ihm zufolge verstärkte. Die Opfergruppen des Algerienkriegs hätten die Anerkennung der Opfer des Vichy-Regimes als unerträglich empfunden, da sie

¹³² Vgl. zu der Kritik der muslimischen Repatriierten [Kap. 3.6](#).

¹³³ Guy PERVILLÉ, Die Geschichtswissenschaft und die späte Erforschung des Algerienkrieges. Von einem konfliktbeladenen Gedenken zur historiografischen Aussöhnung?, in: Christiane KOHSER-SPOHN, Frank RENKEN (Hg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte eines tabuisierten Konflikts, Frankfurt a. M., New York 2006, S. 66–75, hier S. 70–75.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dadurch ihre eigene Opferrolle vernachlässigt gesehen hätten¹³⁴. Wormser versinnbildlicht die von Pervillé beschriebene Generation, jedoch nicht in allen Punkten. Er gab selbst an, dass es aufgrund des generationellen Wechsels von Bedeutung sei, die Erinnerungen für die folgenden Generationen zu tradieren. Als Mitglied der Opfergruppe der Vichygeneration empfand er jedoch die Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes von Vichy und die damit einhergehende Anerkennung der Opfergruppen nicht als Konkurrenz. Vielmehr war es für ihn ein Ansporn, auch die Anerkennung der ehemaligen Hilfssoldaten als Opfergruppe voranzutreiben, für die er sich seit der Zeit des Algerienkriegs einsetzte. Diese offizielle Anerkennung als Opfergruppe war für ihn eine notwendige Voraussetzung für die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten sowie deren Nachkommen in die Französische Republik.

Wormser ging wie Chirac von einem nationalen Gedenken aus und vertrat die Ansicht, dank der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit entstehe eine objektive, allgemeingültige Geschichtsschreibung, die dann als Grundlage eines nationalen Gedenkens diene. Aus diesem Grund kooperierte Wormser bevorzugt mit Wissenschaftlern, die in ihrer Arbeit die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten aufzeigten. Er wollte die ehemaligen Hilfssoldaten ebenso wie alle muslimischen Repatriierten als Bürger und Soldaten Frankreichs in die französische Geschichte eingeschrieben sehen. Von Regierung und Staatspräsident verlangte er, die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten und Bürger Frankreichs zu ehren und zugleich zu erklären, man habe sie als solche in Algerien zurückgelassen und trage in diesem Sinne eine Mitverantwortung an den Massakern. Dass der 25. September als gruppenspezifischer Gedenktag eingeführt wurde, wertete Wormser nicht als partikularistisches Gedenken, sondern als Geste gegenüber einer Opfergruppe, die damit in das nationale Gedenken integriert und mit der Nation versöhnt werde.

Wormser sprach sich stets dagegen aus, die ehemaligen Hilfssoldaten und die europäischen Repatriierten als eine Gruppe zu behandeln. Den europäischen Repatriierten warf er vor, in ihrer Erinnerungsarbeit auf eine Gegenerinnerung hinzuwirken und dadurch das Entstehen eines nationalen Gedenkens zu verhindern. Obgleich er stets wiederholte, an einer universalistischen Geschichtsschreibung interessiert zu sein, war jedoch auch er Akteur in der *guerre des mémoires*. Während er seiner Deutung der Vergangenheit mithilfe einer Kooperation mit Wissenschaftlern den Schein von Objektivität verleihen wollte, transportierte er ebenso wie die Repatriierten Erinnerungen einer Akteursgruppe, nämlich die der Mitglieder des Kolonialmilitärs. Wormser forderte mit dem CNMF von der Regierung, Fehler im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten einzugestehen, unter anderem im Hinblick auf die Auf-

¹³⁴ Ibid., S. 70.

nahme- und Integrationspolitik, und betrachtete dies als Weg zur nationalen Versöhnung. Als jedoch Betroffene selbst, Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, Kritik an der Aufnahme- und Integrationspolitik äußerten, zeigte sich deutlich, wie sehr die ehemaligen Kolonialmilitärs in ihren eigenen Erinnerungen gefangen waren. Wormser hatte zwar den Anspruch, mit Unterstützung von Wissenschaftlern die Wahrheit zu erzählen, er schenkte jedoch den wissenschaftlichen Erkenntnissen dann keinen Glauben mehr, wenn diese mit seinen eigenen Erinnerungen kollidierten und der Vorstellung seiner eigenen Autobiografie widersprach.

4.3 Die Rolle der »harkis« in der »nostalgérie«

Sowohl Jansen als auch Renken widersprechen der These Storas, die Erinnerungen an den Algerienkrieg seien bis in die 1990er Jahre hinein verdrängt worden. Beide vertreten die Meinung, insbesondere die Repatriierten hätten bereits zuvor Erinnerungsarbeit betrieben. Sie widersprechen sich jedoch in der Frage, wann die ersten erinnerungspolitischen Aktivitäten anzusetzen seien. Jansen vertritt die Ansicht, die Erinnerungen der Repatriierten seien nie verdrängt worden, sondern seien mit ihrem Exil nach Frankreich hineingetragen worden. Zumindest auf kommunaler Ebene seien die Repatriierten stets durch erinnerungspolitische Aktivitäten aufgefallen¹³⁵. Renken hingegen bewertet diese ersten Aktivitäten als harmlose Nostalgie. Erst in den 1970er Jahren seien die Repatriierten erstarkt durch die Amnestie von 1968 gemeinsam mit anderen Verteidigern der *Algérie française* als ernstzunehmende erinnerungspolitische Akteure aufgetreten¹³⁶. Savarese wiederum erkennt erst in den 1980er Jahren eine Verdichtung der erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser Akteure. Nachdem die materiellen Forderungen der Repatriiertenverbände in den verschiedenen Entschädigungsgesetzen weitestgehend erfüllt worden seien, hätten sich die Repatriiertenverbände mit Unterstützung weiterer Verteidiger der *Algérie française* auf den Kampf für eine symbolische Entschädigung konzentriert¹³⁷. Die Betrachtung des erinnerungspolitischen Diskurses dieser Akteure um die muslimischen Repatriierten bestätigt die Darstellung Savareses. Bis in die 1980er Jahre hinein verwiesen die Verteidiger der *Algérie française* in ihrem Diskurs lediglich auf die muslimischen Repatriierten, um sich mit einer revanchistischen Rhetorik an den Debatten um die Migration aus dem Maghreb zu

135 JANSEN, Politics of Remembrance, S. 277–279.

136 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 389.

137 SAVARESE, Algérie, S. 109.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

beteiligen und so ihren Kampf gegen die »France algérienne« zu führen¹³⁸. Im Rahmen dieser Rhetorik bedienten sie sich zwar ihrer Erinnerungen, die 1980er Jahre markierten jedoch insofern eine Wende, als sie nun begannen, insbesondere auf die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten zu verweisen, um explizit erinnerungspolitische Forderungen durchzusetzen.

Besonders der 1981 gegründete Verband JPN, der für einen Generationswechsel innerhalb der Gemeinschaft der Repatriierten stand, betätigte sich in diesem Feld. Der Verband setzte sich mehrheitlich aus Söhnen und Töchtern der ehemaligen Siedler Algeriens zusammen. Diese zweite Generation hatte meist keine eigenen Erinnerungen mehr an die Kolonialzeit, sah es jedoch umso mehr als ihre Aufgabe an, die Erinnerungen ihrer Eltern und deren Deutung der Vergangenheit zu tradieren. Da die Gemeinschaft der Repatriierten nur noch auf der gemeinsamen Vergangenheit und auf dem gemeinsamen Leidensweg beruhte, gewann für diese Generation die Ebene der Erinnerung besondere Bedeutung. Der Identität der Gemeinschaft lag ein von der französischen Gesellschaft und Politik nicht anerkanntes kollektives Leiden zugrunde: das Gefühl, die französische Regierung habe sie um ihre Heimat betrogen. Man konzentrierte sich darauf, ein idealisiertes Bild der Vergangenheit in Algerien zu tradieren¹³⁹. Diese Idealisierung des kolonialen Algeriens wird in der Forschung mit dem Begriff *nostalgérie* beschrieben¹⁴⁰.

Zu dem idealisierten Bild der kolonialen Vergangenheit gehörte es, die scheinbar brüderlichen Beziehungen zwischen den europäischen Siedlern und der muslimischen Bevölkerung Algeriens hervorzuheben und den abstrakten Rassismus, der unter den Siedlern vorgeherrscht hatte, zu verschleiern¹⁴¹. Zu diesem Zweck betonten die Repatriiertenverbände in der Erinnerungspolitik die Gemeinschaft der Repatriierten aller Religionsgemeinschaften, wodurch die Geschichte der muslimischen Repatriierten, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, zu einem wichtigen Motiv der Erinnerungsarbeit wurde. Anfang der 1980er Jahre reagierten verschiedene Repatriiertenverbände auf die Initiative der Fnaca, Straßen und Plätze nach dem 19. März zu benennen. Mit diesem Vorstoß verstärkte der Veteranenverband seine Bemühungen, der Abkommen von Évian als dem Ende des Algerienkriegs zu gedenken¹⁴². Der Repatriiertenverband Anfanoma reagierte voller Empörung auf diesen Vorstoß der Fnaca. Die Verantwortlichen betonten, das Feiern dieses Datums bedeute, die Repatriierten

138 Vgl. Kap. 3.3.

139 SAVARESE, Algérie, S. 72–74.

140 Der Begriff *nostalgérie* gilt inzwischen als allgemein anerkannt.

141 SAVARESE, Algérie, S. 118.

142 Vgl. hierzu Kap. 4.5.

und insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten zu beleidigen, die mit diesem Tag alles verloren hätten. Sie warfen die Frage auf, welches Signal von diesen »rues du 19-Mars« für die »harkis« ausgehen würde, die sich für Frankreich entschieden hätten. Der 19. März habe schließlich für einige von ihnen den Tod bedeutet und für andere »l'exode dans des conditions tragiques«¹⁴³. In einem offenen Brief an den Präsidenten der Republik, Mitterrand, verwiesen sie zudem darauf, das Datum stehe de facto für die Teilung Frankreichs und gleichzeitig für die Demütigung der französischen Armee, die die Regierung nach einem militärischen Erfolg gezwungen habe, die Bevölkerung und vor allem die Hilfssoldaten schutzlos der Rache des Gegners auszuliefern¹⁴⁴. Die Anfanoma lehnte die Initiative der Fnaca für einen Gedenktag am 19. März in erster Linie deshalb ab, da er für sie das Ende der *Algérie française* symbolisierte. Sie setzte jedoch die Hilfssoldaten in ihrer Argumentation prominent in Szene, da für diese Gruppe das Ende des Algerienkriegs den tiefsten Einschnitt und das größte Leiden nach sich zog. Der Vorschlag der Fnaca sollte mit dieser Argumentationsstrategie besonders deutlich als moralisch verwerflich gekennzeichnet werden.

Die Anfanoma antwortete auf den Vorstoß der Fnaca mit eigenen erinnerungspolitischen Initiativen. Sie forderte, Straßen und Plätze nach dem *bachaga* Boualam zu benennen. Boualam war 1982 verstorben. Direkt nach seinem Tod hatte die Anfanoma Boualam als »grand Français« und als »ami de toujours« bezeichnet, der es verdient habe, dass Straßen nach ihm benannt würden¹⁴⁵. Nach dem Vorstoß der Fnaca verdichtete der Verband seine Aktivitäten, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen. In einzelnen Städten und Kommunen, in denen die Repatriierten zahlenmäßig einen bedeutenden Anteil der Bevölkerung stellten, insbesondere in der Mittelmeerregion, konnte sie diese Forderung durchsetzen. Im Februar 1983 wurde in Aix-en-Provence der Square Bachaga-Boualam eingeweiht. Weitere Kommunen folgten dem Vorbild der Stadt¹⁴⁶.

Die Vertreter des Verbandes JPN knüpften mit ihrer Kampagne »Hommage aux harkis«, die 1986 langsam anlaufen sollte, an das Engagement der Anfa-

¹⁴³ Le 19 mars: une date qui nous insulte, in: France-Horizon 240 (1983), S. 5.

¹⁴⁴ Non au 19 mars. Lettre à monsieur le président de la République, in: France-Horizon 251 (1984), S. 10.

¹⁴⁵ Als »grand Français« wurde Boualam in folgendem Artikel bezeichnet: Un grand Français disparaît. Le *bachaga* Boualam est décédé, in: France-Horizon 229 (1982), S. 1. Zum Zitat »ami de toujours« und Verweis auf die Benennung von Straßen nach Boualam: *Bachaga Saïd Boualam (nous souhaitons que des rues portent son nom)*, in: France-Horizon 230 (1982), S. 1; 12.

¹⁴⁶ Inauguration à Aix-en-Provence d'un square Bachaga-Boualam, in: France-Horizon 239 (1983), S. 21.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

noma an. Die Kampagne zielte zunächst darauf ab, Partnerschaften zwischen Familien ehemaliger Hilfssoldaten und französischen Familien, in erster Linie Familien ehemaliger Siedler, zu vermitteln¹⁴⁷. Diese Partnerschaften sollte die zur Zeit des Algerienkriegs und darüber hinaus beschworene Einheit der »Français de toutes les confessions« symbolisieren. Der Verband wandte sich an verschiedene Politiker sowie Vertreter von Verbänden mit der Bitte, die Kampagne zu unterstützen. Aus dem politischen Lager sicherte nicht nur Chirac den JPN seine Unterstützung zu¹⁴⁸. Auch Le Pen gratulierte dem Verband zu seinem Vorstoß und erklärte, die Kampagne unterstützen zu wollen. Er habe schon immer »l'équivalence des droits de tous les Français, et notamment de ceux qui l'étaient devenus par le sang versé« verteidigt¹⁴⁹. Im Rahmen der Kampagne organisierte der JPN die »cérémonie à la mémoire des morts civils et militaires de l'Algérie française«. In den auf dieser Zeremonie gehaltenen Reden bediente sich der JPN der Rhetorik, die Le Pen parallel in der Migrations- und Integrationsdebatte einsetzte. Das Blut der »Français métropolitains« und der »Français musulmans« habe sich auf dem »sol tant aimé« vermischt¹⁵⁰. Mit dieser Rhetorik bestätigte man das von Le Pen hervorgehobene Bild der muslimischen Repatriierten als »Français par le sang versé«.

Die Politik de Gaulles habe gleichzeitig alle französischen Siedler sowie »les musulmans qui avaient fait confiance en France« verraten, hieß es in der Rede weiter, wodurch das Motiv der Schicksalsgemeinschaft all jener, die de Gaulle mit seiner Algerienpolitik verraten habe, aufgegriffen wurde¹⁵¹. Ebenfalls im Rahmen der Kampagne lud der JPN 1988 zu einer weiteren Zeremonie ein. Um die initiierten Partnerschaften feierlich zu besiegeln, lud der Verband außer Ali Boualam, der als Sohn des jüngst verstorbenen *bachaga* Boualam die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten repräsentieren sollte, schillernde Figuren der *Algérie française* ein. Neben Jacques Soustelle, dem einstigen Generalgouverneur Algeriens, trat Oberst Jean Gardes, einstiges Mitglied des Führungsstabs der OAS, gemeinsam mit Edmond Jouhaud auf, der ehemaligen Nummer Zwei der Organisation¹⁵². Sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch die Beteiligten zeigen somit, dass die Kampagne »Hommage aux harkis« sich

147 JPN. Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

148 Premier ministre Jacques Chirac à JPN, 5.6.1986, *ibid*.

149 Jean-Marie Le Pen au JPN, 14.10.1986, *ibid*.

150 JPN. Cérémonie à la mémoire des morts civils et militaires de l'Algérie française à la stèle de Paris, in: France-Horizon 277 (1986), S. 4.

151 *Ibid*.

152 JPN. Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

nur vordergründig den ehemaligen Hilfssoldaten widmete. Die ehemaligen Hilfssoldaten wurden auf den Veranstaltungen kaum thematisiert. In erster Linie propagierte die Kampagne unter der Beteiligung des breiten Spektrums der Verteidiger der *Algérie française* die *nostalgérie*.

Ende 1989 rückten die Hilfssoldaten in der Kampagne mehr in den Vordergrund, als die sozialistische Regierung die Gedenkbriefmarke »Hommage aux harkis« veröffentlichte. Der JPN schrieb die Ausgabe dieser Gedenkmarke seiner Beharrlichkeit zu. Gegen den Widerstand der Regierung habe man dieses Projekt durchgesetzt, erklärten die Verantwortlichen des Verbands¹⁵³. Von ihnen war die Initiative, eine Briefmarke zum Gedenken an die ehemaligen Hilfssoldaten zu veröffentlichen, ausgegangen. Die Delegation für Repatriierte hatte diese Anregung aufgenommen und einen Entwurf für die Briefmarke ausarbeiten lassen. Der schlicht gehaltene Entwurf mit dem auf weißem Untergrund abgedruckten Schriftzug »Harkis, soldats de la France« stellte jedoch den JPN nicht zufrieden. Als Initiatoren des Projektes fühlten sie sich übergangen, da die Regierung sie bei der Ausarbeitung des Entwurfes nicht einbezogen hatte. Erst einige Tage vor der Veröffentlichung waren sie mit dem ausgearbeiteten Entwurf vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Obwohl ihnen nur ein kleines Zeitfenster blieb, bemühten sich die Verantwortlichen des JPN, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Dem vorgestellten Entwurf setzten sie die Idee des auf der Trikolore abgedruckten Schriftzugs »Hommage aux harkis, soldats de la France« entgegen¹⁵⁴. Die Delegation für Repatriierte übernahm zumindest diesen Änderungsvorschlag. Zudem wurde die Trikolore auf der Marke abgedruckt, wenn auch nur klein am Rand und nicht wie gewünscht als Hintergrund¹⁵⁵. In Teilen hatte der JPN seine Vorstellungen durchgesetzt. Die Idee, das Bild der Hilfssoldaten als »treue Soldaten Frankreichs« auch gestalterisch zu unterstreichen, wurde angenommen. Zudem wurde die Briefmarke »Hommage aux harkis« mit der Kampagne des Verbandes in Verbindung gesetzt.

Für den Tag der Veröffentlichung der Gedenkmarke, den 3. Dezember 1989, organisierte der JPN eine Demonstration in Longjumeau. Mit dieser Demonstration knüpfte er an die Initiative der Anfanoma an, sich für ein Umbenennen von Straßen und Plätzen zu Ehren Boualams einzusetzen. In mehreren Städten war diese Initiative in den letzten Jahren erfolgreich gewesen¹⁵⁶. Im Jahre 1987 hatte unter anderem die Gemeinde Longjumeau die Voie

153 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, *ibid.*

154 Choix du projet final du timbre »Hommage aux harkis«, 11.11.1989, *ibid.*

155 Premier jour du timbre »Hommage aux harkis«, 6.11.1989, *ibid.*

156 Sète, la grande messe des pieds-noirs, in: *France-Horizon* 280 (1987), S. 13.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Bachaga-Boualam eingeweiht¹⁵⁷. Allerdings währte dieser Erfolg in Longjumeau für die Verfechter der *Algérie française* nur kurz. 1989 akzeptierte der sozialistische Bürgermeister den Vorschlag von Bürgern, die 200-Jahresfeier der Französischen Revolution zum Anlass zu nehmen, die Voie Bachaga-Boualam in »Avenue Victor-Bach« umzubenennen. Victor Bach, einstiger Präsident der Ligue des droits de l'homme (LDH), war 1944 von Milizen getötet worden. Der JPN nutzte die angekündigte Umbenennung, um Aufmerksamkeit für seine Kampagne zu bekommen. Im August 1989 gründete er das Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam unter dem Ehrenvorsitz Ali Boualams¹⁵⁸. Dieses rief zunächst dazu auf, Petitionen direkt an den Bürgermeister, an den zuständigen Präfekten sowie an den neuen, nun von der sozialistischen Regierung gestellten Delegierten für Repatriierte Maurice Benassayag zu richten und diese aufzufordern, die Umsetzung der in Longjumeau getroffenen Entscheidung zu verhindern. Das Vorhaben der Kommune Longjumeau wurde in aller Deutlichkeit als Angriff »à la mémoire collective, à la dignité et à l'honneur des Français d'Algérie de toutes confessions et de leurs amis« gewertet. Erneut würde die »communauté française d'origine musulmane« und somit auch die Gemeinschaft aller »Français d'Algérie« ihrer Erinnerung und somit auch ihrer Würde beraubt¹⁵⁹.

In den Briefen, die Aktivisten in Folge dieses Aufrufs versandten, nahmen diese stets Bezug auf das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten, jedoch waren die eigentlichen erinnerungspolitischen Ziele hinter diesem Bezug deutlich zu erkennen. Die Anfanoma schrieb, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen bedeute, »les harkis, morts pour la France«, noch einmal zu töten¹⁶⁰. Sie bezeichnete die Umbenennung als eine rassistische Maßnahme und warf der sozialistischen Regierung vor, ihre eigenen Leitlinien nicht einzuhalten – ein Vorwurf, den auch Soustelle in einem Brief an den Bürgermeister von Longjumeau erhob¹⁶¹. Die Aktivisten nutzten das Ereignis, um die Politik der sozialistischen Regierung zu kritisieren, die nicht nur in der Migrations- und Integrationspolitik, sondern auch in der Erinnerungspolitik einen Weg verfolgte, dem die Vertreter der *Algérie française* nicht folgen konnten. Aufgrund der derzeitigen starken Position der sozialistischen Partei konnte die Fnaca in ihrem Vorstoß

¹⁵⁷ Longjumeau rend hommage aux harkis. Inauguration de la voie Bachaga-Boualam, in: France-Horizon 284 (1987), S. 8.

¹⁵⁸ Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam, 1.8.1989, AN: vers. 20120054/94.

¹⁵⁹ Ibid.

¹⁶⁰ Longjumeau, rue du Bachaga-Saïd-Boualam. Tous unis pour l'honneur d'un capitaine, l'honneur d'un bachaga, in: France-Horizon 304 (1989), S. 12.

¹⁶¹ Ibid., S. 12.

bezüglich des 19. März 1962 auf Unterstützung hoffen. Während der Bürgermeister in Longjumeau die Initiative aufgriff, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen, traf der ebenfalls von der sozialistischen Partei gestellte Bürgermeister der Kommune Auch zeitgleich die Entscheidung, in seiner Gemeinde eine Rue du 19-Mars-1962 einzuweihen¹⁶². Um die Erinnerungen an die *Algérie française* zu verteidigen, reagierten aus diesem Grund auch die kommunalen Vertreter des FN der Gemeinde von Auch und beteiligten sich mit ihren Parteigenossen der Gemeinde Longjumeau an der von dem JPN organisierten Kampagne¹⁶³.

Die Kampagne gipfelte in dem für den 3. Dezember angekündigten »Hommage au bachaga Boualam«. Der Verband wählte hierfür den Tag, an dem die Gedenkmarke »Hommage aux harkis« erschien und an dem die Regierung selbst eine kleine Gedenkveranstaltung geplant hatte. Er demonstrierte die Unzufriedenheit mit der sozialistischen Erinnerungspolitik. Die Veranstaltung wurde »au bachaga Boualam et aux harkis« gewidmet¹⁶⁴. Es solle »l'insulte faite par le maire de Longjumeau [...] à la mémoire du bachaga Saïd *Boualam*, grand patriote français« beglichen werden. Der Angriff richte sich nicht nur gegen Boualam, sondern gegen »l'ensemble des harkis, les Français d'Algérie de toutes confessions, l'armée française, les anciens combattants, les élus de la nation et tous les patriotes français«¹⁶⁵. Obwohl der JPN das Gedenken an Boualam und das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten in den Mittelpunkt stellte, wurde auch diese Demonstration zu einer Veranstaltung der Verteidiger der *Algérie française*, in der diese ihre *nostalgérie* auslebten und ihre Unzufriedenheit mit der von der sozialistischen Partei vertretenen Deutung der Vergangenheit demonstrierten. Untermalt von Militärmusik, gedachten die Demonstranten all jener, die sie als Märtyrer der *Algérie française* verehrten¹⁶⁶.

Bereits einen Monat später sollte sich erneut die Gelegenheit bieten, die von der sozialistischen Regierung betriebene Erinnerungspolitik zu kritisieren. Im Dezember 1989 erschienen, war die Gedenkmarke bereits im Januar 1990 wieder vom Markt verschwunden, da die französische Post ihre Tarife erhöht hatte. Zudem hatte die algerische Regierung erklärt, Briefe, die mit dieser Briefmarke in ihr Land gesandt würden, nicht weiterzuleiten. Diese Erklärung wurde von der französischen Regierung nicht kommentiert. Die Anfanoma nahm dies zum Anlass, der französischen Regierung mangelnde Bereitschaft,

¹⁶² Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam, 1.8.1989, AN: vers. 20120054/94.

¹⁶³ Ibid.

¹⁶⁴ Manifestation nationale »Hommage au bachaga Boualam«, 6.11.1989, *ibid.*

¹⁶⁵ Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

¹⁶⁶ Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»de réparer les torts qu'elle nous avait causés«, vorzuwerfen¹⁶⁷. Die Verantwortlichen des JPN sahen sich in ihrer Einschätzung bestätigt, die sozialistische Regierung habe dem Projekt stets feindlich gegenübergestanden und habe es nur mit Widerwillen akzeptiert¹⁶⁸. Sie forderten die Absetzung Benassayags und die Wiedereinsetzung des vorhergehenden Staatssekretärs für Repatriierte, André Santini, der stets eng mit den Repatriierten kooperiert und gemeinsam mit Premierminister Chirac deren Deutung der Vergangenheit propagiert hatte¹⁶⁹. Die Repatriierten hatten sich mit der von Chirac und Santini betriebenen Erinnerungspolitik identifizieren können, während sie nun unter der sozialistischen Regierung mit einer Deutung der Vergangenheit konfrontiert waren, in der ihre Erinnerungen keinen Platz fanden.

Das Gefühl, die eigenen Erinnerungen würden in der Öffentlichkeit verdrängt, verstärkte sich in den Repatriiertenverbänden durch die langsam einsetzende wissenschaftliche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und des Algerienkriegs. In einem Zug mit der sozialistischen Erinnerungspolitik kritisierten die Verbände auch die als »marxiste« und »pro-FLN« bezeichnete Arbeit von Journalisten und Historikern¹⁷⁰. Aussagen des JPN zufolge werde die Aufarbeitung des französischen Algeriens und des Dekolonisationskrieges von »journalistes marxistes-léninistes, professionnels de la désinformation et de la falsification de l'Histoire« betrieben¹⁷¹. Diese verfolgten mit ihrer Arbeit nur ein Ziel: Den »antifranzösischen Hass« und die »antifranzösische« Gewalt voranzutreiben, um die westlichen Gesellschaften zu destabilisieren und die kommunistischen Werte weltweit zu stärken. Namentlich griff der Verband den 1950 in Algerien geborenen Historiker Benjamin Stora an, der in seinem Dokumentarfilm »Les années algériennes« die These vertrat, der FLN habe sich in seinem Unabhängigkeitskampf auf einen starken Rückhalt innerhalb der algerischen Bevölkerung stützen können. Diese These stieß bei den Akteuren der *Algérie française* auf einen breiten Widerstand, widersprach sie doch dem von ihnen propagierten Bild einer idealen kolonialen Gesellschaft, geprägt von einem brüderlichen Zusammenleben der europäischen Siedler und der muslimischen Bevölkerung. Der Verband JPN wusste die Kampagne »Hommage aux harkis« zu nutzen, um auf diese Geschichtsschreibung zu antworten. Er bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten als »les oubliés de la mémoire« und warf damit Stora vor, die muslimischen Hilfssoldaten in seiner Argumentation

167 Donner et retenir ne vaut, in: France-Horizon 309 (1990), S. 24.

168 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, AN: vers. 20120054/94.

169 JPN lance une pétition nationale pour obtenir la démission de M. Benassayag, délégué aux rapatriés, 17.6.1991, ibid.

170 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, ibid.

171 Ibid.

übergangen zu haben. Das Engagement zahlreicher Hilfssoldaten auf französischer Seite beweise das friedliche und brüderliche Zusammenleben der europäischen Siedler und der Muslime Algeriens¹⁷².

Um auf die »falsification de l'Histoire« zu reagieren, bemühte sich der JPN um eine eigene Geschichtsschreibung. Im Gegensatz zum CNMF suchte der Verband hierfür nicht die Nähe zu Wissenschaftlern, sondern schrieb seine eigene Darstellung der Vergangenheit nieder. Der Sohn einstiger algerischer Siedler, Bernard Coll, veröffentlichte im Jahr 1991 gemeinsam mit Taouès Titraoui, der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, das Werk »Le livre des harkis«¹⁷³. Sowohl Coll als auch Titraoui waren Mitglieder des JPN. Sie hatten 1988 geheiratet und galten so als Sinnbild der Schicksalsgemeinschaft europäischer und muslimischer Repatriierter¹⁷⁴. Aus diesem Grund traten sie wiederholt gemeinsam für den Verband in Erscheinung. Bereits vor dieser Veröffentlichung hatten sie zusammen mit Ali Boualam und dem kommunalen Vertreter des FN das Führungsgremium des Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam gebildet, das für die Demonstration in Longjumeau verantwortlich war¹⁷⁵. Im Gegensatz zu der als »falsification de l'Histoire« kritisierten Geschichtsschreibung der angeblich marxistisch-leninistischen Journalisten und Wissenschaftler sollte in ihrem Werk der Vorankündigung zufolge ein »bilan objectif et complet« der Geschichte der muslimischen Hilfssoldaten geschrieben werden¹⁷⁶. Der Verband hatte wie auch das CNMF das Ziel, seine eigene Deutung der Vergangenheit als objektiv darzustellen, allerdings ohne hierfür mit Wissenschaftlern zu kooperieren. Die Vertreter des JPN schrieben ihre Vergangenheitsdeutung selbst nieder. Darin wurden die Hilfssoldaten wie bereits während der Kampagne »Hommage aux harkis« zu einem wichtigen Kapitel der *nostalgérie*. Sie wurden gemeinsam mit allen Repatrierten zu Opfern des Verrats der gaullistischen Regierung und großer Teile der französischen Gesellschaft an der idealisierten Gesellschaft Algeriens¹⁷⁷.

Stand in dieser Erzählung hauptsächlich der Name de Gaulle für Verrat, so wurde diesem jedoch nicht allein die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten zugeschrieben. Der Kreis der Verräter ging von der Fnaca über

172 Guerre d'Algérie, Les oubliés de la mémoire, 13.10.1991, *ibid*.

173 Bernard COLL, Taouès TITRAOUI, *Le livre des harkis*, Bièvres 1991.

174 Der Vorsitzende des CNMF, André Wormser, beglückwünschte die beiden zur Hochzeit mit der Aussage, sie hätten ihr »dévouement à la cause des Français musulmans« mit ihrem »bonheur personnel« verbunden. Vgl. André Wormser à M. à Bernard Coll, 16.5.1988, AN: vers. 20120054/94.

175 Manifestation nationale »Hommage au bachaga Boualam«, 6.11.1989, *ibid*

176 JPN. La première histoire illustrée des harkis, ohne Datum, *ibid*.

177 COLL, TITRAOUI, *Le livre des harkis*, S. 252.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

die kommunistische Partei und die französischen Sozialisten bis hin zu den Neogaullisten¹⁷⁸. Diesen »Verrätern« wurde ein sehr eng gehaltener Kreis von »Gerechten« entgegengestellt, die sich für die ehemaligen Hilfssoldaten einsetzten. In diesen Kreis wurden ausschließlich vehemente Verteidiger der *Algérie française* aufgenommen, die die Vergangenheitsdeutung des JPN teilten. Selbst die ehemaligen SAS-Offiziere schlossen die Verfasser aus diesem Kreis aus¹⁷⁹. Bei der Vorbereitung ihrer Veröffentlichung waren Coll und Titraoui mit der Bitte an Wormser herantreteten, seine eigenen Erinnerungen darzustellen. Wormser war dieser Bitte nicht nachgekommen, sondern hatte dem Verband vorgeworfen, in seiner Erinnerungsarbeit zu partikularistisch vorzugehen¹⁸⁰. Aufgrund dieses Vorwurfs nahmen Coll und Titraoui auch ihn in den Kreis der Verräter auf. Dies verdeutlicht, in welchem Maße sie mit dem Werk eine Gegengeschichte des Verrats schrieben. Nur wer die Unabhängigkeit Algeriens als Verrat an all jenen interpretierte, die im französischen Algerien eine ideale, auf Brüderlichkeit beruhende Gesellschaft aufgebaut hätten, konnte sich mit dieser Gegenerinnerung identifizieren.

Die Veröffentlichung von »Le livre des harkis« muss auch im Kontext der einsetzenden juristischen Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit gedeutet werden. Es war bereits aus diesem Werk die Intention herauszulesen, die Massaker, die nach dem 19. März 1962 an den Hilfssoldaten verübt worden waren, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit darzustellen, was in den darauffolgenden Jahren den Diskurs der Verteidiger der *Algérie française* um die »harkis« bestimmen sollte¹⁸¹. »Le sacrifice des harkis« stünden in einer Traditionslinie mit »les morts d’Auschwitz et ceux du goulag«, war in der Veröffentlichung zu lesen¹⁸². Mit dieser Interpretation der Massaker knüpften die Verfasser an die durch den Prozess gegen Klaus Barbie aufkommende strafrechtliche Aufarbeitung der Vergangenheit an und versuchten die Massaker an den Hilfssoldaten ebenfalls als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kategorisieren. Dadurch traten die Verteidiger der *Algérie française* erstmals in eine Opferkonkurrenz mit der jüdischen Gemeinde Frankreichs. Dass sie die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit interpretierten, ist jedoch nicht ausschließlich mit dem Phänomen der Opferkonkurrenz zu

178 Ibid., S. 241.

179 Ibid.

180 Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

181 Vgl. zur Frage, inwiefern diese Forderung aus juristischer Sicht berechtigt ist oder nicht Géraud de LA PRADELLE, Le sort des harkis et la notion juridique de »crime contre l’humanité«, in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 237–247.

182 COLL, TITRAOUI, Le livre des harkis, S. 9 (Hervorh. i. Orig.).

begründen. Die Forderung resultierte auch aus der Strategie des Verteidigers Barbies, Jacques Vergès. Vergès hatte 1957 vor Gericht die FLN-Aktivistin Djamilia Bouhired verteidigt, die für den Tod von elf Zivilisten durch einen Bombenanschlag auf ein Café in Algier verantwortlich gemacht wurde. Zudem war Vergès an der Spitze des Anwaltskollektivs gewesen, das 1961 die Folterungen der muslimischen Hilfspolizisten in Paris zur Anklage gebracht hatte¹⁸³. Vergès nutzte den Prozess gegen Barbie, um der französischen Armee vorzuwerfen, in Algerien Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Seine Verteidigungsstrategie bestand unter anderem darin, die Verbrechen Barbies durch einen Vergleich mit dem Vorgehen der französischen Armee in den Dekolonisationskriegen zu relativieren¹⁸⁴.

Vergès setzte mit seiner Argumentationsstrategie das Vorgehen der französischen Armee in Algerien mit den Verbrechen der Gestapo im besetzten Frankreich gleich. Damit legte er eine Interpretation der kolonialen Vergangenheit Frankreichs in Algerien vor, die der Darstellung der Verteidiger der *Algérie française* diametral gegenüber stand. Diese antworteten mit ihrer eigenen Interpretation der Vergangenheit, in der die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht von der französischen Armee, sondern vom FLN mit Unterstützung de Gaulles und dessen Regierung begangen worden waren. Der Repatriiertenverband JPN nutzte den 50. Jahrestag des Appells vom 18. Juni, an dem die Republik 1990 feierlich de Gaulle als Helden der französischen Geschichte gedachte, um diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzuwerfen. In einem offenen Brief wandte der Verband sich an Chirac, der als Bürgermeister von Paris die Feierlichkeiten eröffnet hatte. Chirac wurde daran erinnert, dass er bis jetzt als Verfechter der Interessen der ehemaligen Hilfssoldaten in Erscheinung getreten sei und unter anderem die Kampagne »Hommage aux harkis« unterstützt habe. Nun solle er seine Loyalität gegenüber dieser Gemeinschaft unter Beweis stellen und eine öffentliche Debatte über die Verbrechen de Gaulles zulassen. Frankreich könne nicht länger verschweigen, dass de Gaulle sich eines »crime contre l'humanité« schuldig gemacht habe, als er »l'élimination physique des harkis« beschlossen habe, um seine Algerienpolitik durchsetzen zu können, hieß es in dem Brief¹⁸⁵. De Gaulle habe die »départements français d'Algérie« dem FLN überlassen und damit die »populations fidèles aux couteaux des assassins libérés des prisons françaises« ausgeliefert¹⁸⁶. Dass sich die Repatriierten selbst ebenso als Opfer der Algerienpolitik de Gaulles betrachte-

183 Vgl. hierzu Kap. 2.5 und 2.6.

184 WOOD, Memory on Trial, S. 47.

185 JPN. Lettre ouverte à M. Jacques Chirac, 13.5.1990, AN: vers. 20120054/94.

186 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

ten, war aus der dem offenen Brief beigelegten Pressemitteilung herauszulesen. De Gaulle habe nicht nur bewusst den Tod von 150 000 Hilfssoldaten zugelassen, um seine »politique d'abandon d'Algérie française« realisieren zu können, sondern auch das Exil der gesamten europäischen Bevölkerung¹⁸⁷. Der JPN nutzte die Forderung nach Anerkennung der Massaker an den Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, um gleichzeitig den Opferstatus der europäischen Repatriierten zu unterstreichen.

Der JPN forderte von Chirac explizit, eine öffentliche Debatte um die vermeintliche Schuld de Gaulles anzustoßen und ein Historikerkomitee einzusetzen, das die von den Repatriiertenverbänden erhobenen Vorwürfe überprüfen sollte¹⁸⁸. Das geforderte Komitee wurde jedoch nicht eingesetzt und auch die erhoffte öffentliche Debatte blieb weitgehend aus. Selbst von den JPN waren in den darauffolgenden Jahren keine erinnerungspolitischen Forderungen mehr zu hören. Erst mit dem Amtsantritt Chiracs als Staatspräsident verdichteten sich die erinnerungspolitischen Aktivitäten der Repatriiertenverbände wieder. Dies ist vor allem mit der Person Chiracs zu erklären. Er hatte zwar nicht auf die Aufforderung reagiert, die vermeintliche Schuld de Gaulles an den Massakern anzuerkennen, hatte jedoch abgesehen davon während seiner Zeit als Premierminister gezeigt, dass sich seine Interpretation der kolonialen Vergangenheit in mehreren Punkten mit dem Bild der *nostalgérie* überschneidet. Darüber hinaus hatte er als Staatspräsident im Juli 1995 in der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit einen entscheidenden Schritt getan, als er in einer öffentlichen Rede zumindest für die Militärmiliz und die Gendarmerie die Verantwortung des französischen Staates für Deportation und Völkermord anerkannt hatte¹⁸⁹.

Man knüpfte an diese Äußerungen des Staatspräsidenten an, als sich im Herbst 1995 verschiedene Verbände zusammenschlossen, um die Forderung von 1990 zu wiederholen. Sie äußerten zunächst ihre Dankbarkeit für die Aktivitäten Chiracs zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten und forderten anschließend die offizielle Anerkennung der Schuld der Französischen Republik am Tod muslimischer Hilfssoldaten und europäischer Siedler nach dem 19. März 1962¹⁹⁰. Da Chirac nicht auf diese Forderung reagierte, übten die Repatriiertenverbände 1997 im Zusammenhang mit dem von Chirac angekündigten Referendum zur Verkürzung der Amtszeit der Präsidenten verstärkt Druck auf Präsi-

187 Communiqué à propos du centenaire du dictateur Charles de Gaulle, 1990, *ibid*.

188 JPN. Lettre ouverte à M. Jacques Chirac, 13.5.1990, *ibid*.

189 Vgl. hierzu Kap. 4.1.

190 Les associations des Français d'Afrique du Nord. Message au président de la République pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de la V^e République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars en Algérie, 22.9.1995, AN: vers. 20120054/87.

dent und Regierung aus. Sie forderten ein weiteres Referendum und wollten den Bürgern die Frage stellen, ob der Staat »la responsabilité de la V^e République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962« anerkennen sollte¹⁹¹. Die Repatriiertenverbände begründeten die Forderung nach einem Referendum damit, dass die Regierung 1962 die europäischen Siedler von dem Referendum im April 1962 ausgeschlossen hatte, das der Bestätigung der Abkommen von Évian gedient hatte. Nun stehe ihnen zumindest zu, über die Frage der Verantwortung des Staates mitzuentcheiden. Somit könne die Ungerechtigkeit von damals ausgeglichen werden¹⁹². Erneut stellten die Verbände nicht nur die Hilfssoldaten, sondern auch die europäischen Siedler als Opfer der Algerienpolitik de Gaulles dar.

In dem Aufruf hieß es, bei den Massakern handle es sich um ein »crime d'État« von größerem Ausmaß als das an den französischen Juden verübte »crime contre l'humanité«¹⁹³. Mit dieser Formulierung traten die Verteidiger der *Algérie française* erneut in eine Opferkonkurrenz mit der jüdischen Gemeinde Frankreichs. Grund dafür war unter anderem der zeitgleich geführte Prozess gegen Papon, der sich für seine Rolle im Vichy-Regime wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hatte¹⁹⁴. Indem im Prozess das Vorgehen der Polizeikräfte vom 17. Oktober 1961 als »Massaker« diskutiert wurde, wurde auf juristischer Ebene der FLN und seine Anhänger als Opfer thematisiert¹⁹⁵. Als Antwort darauf verglichen die Repatriiertenverbände das Schicksal der »harkis« mit dem Schicksal der jüdischen Gemeinde in Frankreich. Mit diesem Vergleich versuchten sie jegliche Viktimisierung des FLN zu unterbinden. Sie machten deutlich wer als Opfer des Algerienkrieges anzusehen sei: die »harkis« ebenso wie alle Repatriierten, die mit ihnen eine Schicksalsgemeinschaft bildeten.

Die Verteidiger der *Algérie française* gerieten in den kontroversen Debatten um den Algerienkrieg, die auf den Prozess gegen Papon von 1997 folgten, mit ihrer Deutung der Vergangenheit zusehends in die Defensive. Dadurch gewann die Rolle der Hilfssoldaten während des Krieges für sie in ihren Bemühungen, ihre eigene Interpretation der kolonialen Vergangenheit durchzusetzen und somit die gegnerischen Stimmen verstummen zu lassen, an Bedeutung. Dies zeigte sich im Jahr 2000 besonders deutlich. Mit dem Staatsbesuch Boute-

191 L'État doit reconnaître la responsabilité de la V^e République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962, 19.12.1997, AN: vers. 20120054/94.

192 Ibid.

193 Ibid.

194 Ibid.

195 Zur Verwendung des Begriffs »Massaker« vor Gericht vgl. Kap. 4.1.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

flikas in Frankreich und der zugleich ausbrechenden Folterdebatte konzentrierten sich die Diskussionen um den Algerienkrieg auf die von französischer Seite begangenen Verbrechen. Die Verteidiger der *Algérie française* begegneten diesen Vorwürfen unter anderem mit einem Verweis auf die Massaker an den Hilfssoldaten. Der Vorsitzende des Veteranenverbandes des FN Roger Holeindre, einst aktives Mitglied der OAS, warf Chirac sowie Premierminister Lionel Jospin vor, mit der Einladung Bouteflikas Hochverrat begangen und sich der Komplizenschaft schuldig gemacht zu haben. Man vergesse bei den Debatten um die Folter all die Massaker, die der FLN und somit auch Bouteflika zu verantworten hätten¹⁹⁶. Man müsse endlich die Wahrheit über den Algerienkrieg anerkennen, schrieb Holeindre an anderer Stelle. Der FLN »c'est-à-dire les amis de M. Bouteflika« habe während des Krieges »tué, égorgé, coupé en morceaux, pendu des dizaines de milliers de musulmans fidèles«, bevor er nach dem Ende des Krieges 150 000 »harkis« kaltblütig ermordet habe. Dieses skrupellose Vorgehen gegen die Muslime, die für ein französisches Algerien kämpften, entschuldige jegliches Handeln der französischen Armee¹⁹⁷. Holeindre bediente sich in seiner Rhetorik der Massaker an den Hilfssoldaten, um die Foltervorwürfe gegen die französische Armee zu relativieren und zu entschuldigen.

Die Repatriiertenverbände argumentierten in die gleiche Richtung wie Holeindre und nutzten dazu die Äußerungen Bouteflikas zu den »harkis«. Dieser hatte während seines Staatsbesuchs die »harkis« als »collabos« bezeichnet¹⁹⁸. In einer gemeinsamen Pressemitteilung meldete sich das Comité de liaison des associations nationales de rapatriés zu Wort und prangerte die »désinformation grossière et partisane« Bouteflikas an¹⁹⁹. Man könne die deutsche Besatzung nicht mit der französischen Präsenz in Algerien vergleichen, die 130 Jahre andauerte. Die muslimischen Hilfssoldaten hätten sich während des Algerienkriegs dafür entschieden, französisch zu bleiben. Viele der muslimischen Hilfssoldaten sowie deren Vorfahren hätten bereits in den Weltkriegen an der Seite Frankreich gekämpft²⁰⁰. Die Anfanoma erinnerte daran, dass Bouteflika selbst als frühes Mitglied des FLN mitverantwortlich sei für die »pires exactions sur les populations civiles et militaires durant le conflit algérien de

¹⁹⁶ Roger HOLEINDRE, *Assez! Après la visite en France du chef d'État algérien*, in: *National Hebdo* 832 (2000), S. 10.

¹⁹⁷ DERS., *Torture? Ils ont dit torture!*, in: *National Hebdo* 833 (2000), S. 6.

¹⁹⁸ Vgl. hierzu [Kap. 4.1](#).

¹⁹⁹ *La visite officielle de M. Bouteflika*, in: *France-Horizon* 412–413 (2000), S. 5.

²⁰⁰ *Ibid.*

1954–1962«²⁰¹. Die Repatriiertenverbände nutzten die Äußerungen Bouteflikas, um erneut von Chirac zu fordern, im Namen der Republik die Verantwortung für die an Hilfssoldaten verübten Massaker zu übernehmen. Auf Initiative Colls schlossen sich verschiedene Verbände zusammen und lancierten erneut eine Petition »pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de l'État dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962 en Algérie«²⁰². Auch der FN unterstützte diese Aktion²⁰³. Wie bereits 1997 forderten die Aktivisten Chirac auf, in einem Referendum über die Frage, ob der Staat die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten und zugleich für das Verschwinden europäischer Siedler übernehmen solle, abstimmen zu lassen²⁰⁴.

Die Gesten gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten, mit denen Chirac auf die Äußerungen Bouteflikas reagierte, begrüßten die Verteidiger der *Algérie française* zwar, sahen sie jedoch nicht als ausreichend an. Die Repatriiertenverbände nahmen die Ankündigung, an der Journée nationale d'hommage aux harkis am 25. September 2001 der ehemaligen Hilfssoldaten zu gedenken, äußerst positiv auf. Die Einladung wurde unter den Repatriierten und sonstigen ehemaligen Aktivisten der *Algérie française* breit gestreut. Der Verband JPN forderte seine Mitglieder dazu auf, sich zahlreich an der Zeremonie zu beteiligen²⁰⁵. Im Anschluss an die Zeremonie zeigte sich die Anfanoma insbesondere von der Rede Chiracs beeindruckt²⁰⁶. Chirac hatte in seiner Rede nicht nur Fehler im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten eingeräumt, sondern darüber hinaus gezeigt, wie sehr seine Deutung der Vergangenheit der *nostalgérie* glich²⁰⁷. Die Verbände würdigten das erinnerungspolitische Entgegenkommen Chiracs, zeigten sich aber dennoch nicht in vollem Umfang zufrieden mit dessen Rede. Es habe »la repentance formelle de la nation envers toutes les com-

201 Visite du président Bouteflika placée sous le signe de réconciliation franco-algérienne. D'abord et avant tout une affaire d'États, in: France-Horizon 412–413 (2000), S. 24.

202 Pétition pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de l'État dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962, en Algérie, in: France-Horizon 414–415 (2000), S. 17.

203 Journal des lecteurs, pétition pieds-noirs, in: National Hebdo 838 (2000), S. 10.

204 Le »non« des pieds-noirs à Chirac, in: National Hebdo 843 (2000), S. 4.

205 JPN. Appel aux Français! Cette journée doit être celle de tous les Français, Sep. 2001, AN: vers. 20120054/94.

206 25 septembre 2001: une étape importante pour les harkis, seulement une étape... L'heure de la repentance n'a pas encore sonné!, in: France-Horizon 424–425 (2001), S. 12f.

207 Vgl. hierzu Kap. 4.1.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

munautés d'Algérie sacrifiées« gefehlt²⁰⁸. Aus dieser Äußerung geht hervor, auf welches Ziel die Repatriiertenverbände eigentlich zusteuerten, wenn sie forderten, der Staat solle die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten übernehmen. Die eigene Deutung der Vergangenheit sollte von offizieller Seite bestätigt werden und zugleich sollte die selbst definierte Schicksalsgemeinschaft europäischer und muslimischer Repatriierter als Opfergemeinschaft anerkannt werden.

Mit dem am 23. Februar 2005 verabschiedeten Gesetz sollten die Verteidiger der *Algérie française* dieses Ziel kurzzeitig erreicht haben. Obgleich in den Erläuterungen zu dem ersten im März 2004 vom Ministerrat verabschiedeten Gesetzesentwurf betont wurde, das Gesetz sei vor allem als Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten zu lesen, waren bereits in diesem Entwurf deutlich die erinnerungspolitischen Forderungen der ehemaligen Siedler eingeschrieben. So hieß es im ersten Artikel, die Nation bringe ihre Anerkennung »aux femmes et aux hommes qui ont participé à l'œuvre accomplie par la France dans les anciens départements français d'Algérie« zum Ausdruck²⁰⁹. Mit diesen Worten erkannte die Regierung zwar nicht die europäischen Siedler als Opfer des Algerienkriegs an, jedoch schrieb sie die *nostalgérie*, das Bild einer idealisierten Gemeinschaft der europäischen und muslimischen Bevölkerung Algeriens, die gemeinsam an einer besseren Zukunft für Algerien gearbeitet habe, gesetzlich fest. Der Gesetzesentwurf, der nach einigen Änderungen die Nationalversammlung passierte, entsprach dennoch nicht den Erwartungen der Repatriiertenverbände. Die Anfanoma kritisierte, die Verantwortung der damaligen gaullistischen Regierung für die Massaker an den Hilfssoldaten und für das Verschwinden europäischer Siedler werde nicht ausdrücklich benannt²¹⁰.

Die Kritik der Repatriiertenverbände erklärt, weshalb sich in der endgültigen Version des Gesetzes deren erinnerungspolitischen Forderungen noch deutlicher wiederfanden. Ihre Version der Vergangenheit wurde nicht nur mit Artikel 4 festgeschrieben, der definierte, dass in Schulen und Universitäten dem »rôle positif de la présence française outre-mer« ausreichend Beachtung zu

²⁰⁸ 25 septembre 2001: une étape importante pour les harkis, seulement une étape... L'heure de la repentance n'a pas encore sonné!, in: France-Horizon 424–425 (2001), S. 12f.

²⁰⁹ Assemblée nationale. Projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1, 10.3. 2004, AN: vers. 20120054/110.

²¹⁰ Communiqué de presse après adoption en première lecture du projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, in: France-Horizon 452–453 (2004), S. 7.

schenken sei²¹¹. Die Repatriierten wurden zudem gemeinsam mit den Hilfssoldaten als Opfergemeinschaft anerkannt. In Artikel 1 hieß es, die Nation erkenne »les souffrances éprouvées et les sacrifices endurés par les rapatriés, les anciens membres des formations supplétives« an²¹². Worauf die Repatriiertenverbände seit langem hingearbeitet hatten, war mit diesem Gesetz in Erfüllung gegangen. Ihre Deutung der Vergangenheit, in der sie selbst als Opfer der Dekolonisation anerkannt wurden und zugleich der »rôle positif« der Kolonisation Algeriens bestätigt wurde, hatte sich gesetzlich durchgesetzt. Allerdings war der Erfolg nur von kurzer Dauer, da Chirac wegen der Kritik von Historikern, von der algerischen Regierung und nicht zuletzt vom französischen Verfassungsrat dazu gezwungen wurde, zumindest Artikel 4 des Gesetzes umzuschreiben²¹³. Obwohl ihre Forderungen mit den restlichen Artikeln weiterhin überwiegend erfüllt blieben, provozierte dies erneut den Protest der Repatriiertenverbände und wiederum argumentierten sie mit einem Rekurs auf die Massaker an den Hilfssoldaten. Verschiedene Repatriiertenverbände reagierten auf den Schritt Chiracs mit einem Protest gegen die geplante Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrags. Man ließ verlauten, man wolle zwar nicht grundsätzlich einer Annäherung beider Länder im Weg stehen. Grundvoraussetzung für eine Annäherung an Algerien sei jedoch, dass der FLN die eigene Verantwortung für die Massaker an den »harkis« und an europäischen und muslimischen Zivilisten einräume²¹⁴.

Nachdem die Regierung erinnerungspolitisch den Forderungen der Repatriiertenverbände bezüglich der Frage der an den Hilfssoldaten verübten Massakern weit entgegengekommen war, begann man sich nun mit der Forderung nach Anerkennung der Massaker an die algerische Regierung zu richten. Dass diese Forderung genau zu dem Zeitpunkt aufkam, als unter anderem aufgrund der Kritik der algerischen Seite die gesetzliche Festschreibung des »rôle positif« der französischen Präsenz in Algerien als nationale Geschichtsdeutung zurückgenommen wurde, zeigt, in welchem Maß die Repatriiertenverbände die Vergangenheit der Hilfssoldaten instrumentalisierten, um ihre Deutung der Vergangenheit durchzusetzen. Die von ihnen mit Unterstützung weiterer ehemaliger Akteure der *Algérie française* propagierte Geschichtserzählung beruhte auf der Vorstellung der *nostalgérie*. Sie idealisierten das Zusammenleben in der kolonialen Gesellschaft und propagierten die Brüderlichkeit und Gleichheit der europäischen und muslimischen Bevölkerung Algeriens. Die Hilfssoldaten

211 Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

212 Ibid., Art. 1.

213 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 456.

214 Cette amitié qui ressemble à la haine, in: France-Horizon 466–467 (2005), S. 9.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dienten zum einen als Beleg für diese idealisierte Darstellung. Zum anderen verwiesen die Aktivisten auf die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten, um den eigenen Opferstatus stärker hervorzuheben. Sie erzählten eine Geschichte des Verrats an der Schicksalsgemeinschaft der europäischen und muslimischen Bevölkerung, für den sie nicht nur de Gaulle, sondern auch die französische Mehrheitsgesellschaft verantwortlich machten. Diese Geschichtserzählung kann zu Recht, wie von Wormser immer wieder betont, als Gegenerinnerung angesehen werden. Die Verbände weigerten sich weitgehend, mit Wissenschaftlern oder mit Regierungsverantwortlichen zu kooperieren, die ihrer Deutung der Vergangenheit widersprachen. Ihre Erzählung stützte sich auf einen engen Kreis von Erinnerungsträgern, die angetreten waren, die *Algérie française* zu verteidigen.

Als im Zuge der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit die Verrechtlichung der Vergangenheitsbewältigung einsetzte und zugleich Chirac eine erinnerungspolitische Strategie initiierte, die auf nationale Versöhnung durch die Anerkennung von Schuld abzielte, hofften die Repatriiertenverbände auf eine offizielle Bestätigung ihrer bis jetzt gegen die Nation gerichteten Geschichtserzählung. Sie knüpften an den gegen Barbie geführten Prozess und die daraus resultierende Debatte um Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, um die Anerkennung der Massaker und damit verknüpft auch das Verschwinden europäischer Siedler nach dem 19. März 1962 sowie letztlich auch ihr eigenes Exil als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fordern. Dieses Vorgehen zielte stets auch auf die Abwehr gegenläufiger Vergangenheitsdeutungen, die den Kampf des FLN als berechtigten Kampf für die Unabhängigkeit Algeriens werteten und der französischen Armee sowie der OAS Verbrechen vorwarfen. Nachdem zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Vergangenheitsbewältigung nicht mehr vor Gericht, sondern im Parlament ausgetragen und anschließend in Gesetzesform gegossen wurden, konzentrierten sich die Verbände darauf, mithilfe Chiracs, der wie sie selbst Erinnerungsträger war, die *nostalgérie* als nationale Deutung der Vergangenheit durchzusetzen. Diese Bemühungen mündeten in ein, Gesetz, das ursprünglich in erster Linie als Geste der Versöhnung gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten geplant war, tatsächlich jedoch zumindest vorläufig in einer später revidierten Fassung die »positive Rolle« der *Algérie française* als national anerkannte Geschichtsschreibung festlegte und in der Endfassung die europäischen Siedler gemeinsam mit den ehemaligen Hilfssoldaten als Opfer der Dekolonisation anerkannte. Die Verbände hatten sich erfolgreich der Leiden der ehemaligen Hilfssoldaten bedient, um ihr eigenes Schicksal in Szene zu setzen und ihren Opferstatus zu unterstreichen.

4.4 Abschied vom einheitsstiftenden Gedenken des FLN

Während in Frankreich die Erinnerungen an den Algerienkrieg nach der Unabhängigkeit Algeriens weitgehend verdrängt wurden, wurde in Algerien der Sieg über die französische Kolonialmacht alljährlich zelebriert. Der FLN begründete seine Herrschaftslegitimation aus dem erfolgreichen Kampf für die Unabhängigkeit. Dem algerisch-französischen Historiker Mohammed Harbi zufolge stützte sich der FLN dabei auf mehrere Gründungsmythen. Zum einen war der Mythos der Tabula rasa von Bedeutung. Dieser Mythos setzte den 1. November 1954 als Ausgangspunkt der algerischen Nation. Jegliche Reform- und Unabhängigkeitsbestrebungen, die zuvor stattgefunden hatten, wurden aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht. Der Unabhängigkeitskampf begann diesem Mythos folgend mit der Kriegserklärung des FLN. Noch bedeutender war der Mythos »d'un peuple homogène en Algérie«. Mit diesem Mythos verneinte der FLN jeglichen Pluralismus innerhalb der algerischen Gesellschaft. Das Motto der algerischen Revolution lautete »Un seul héros, le peuple«. Damit hielt der FLN die These aufrecht, dass sich das algerische Volk mit dem 1. November 1954 geschlossen hinter den FLN gestellt und geschlossen die Unabhängigkeit erkämpft habe²¹⁵. Die Geschichtsschreibung war ebenso wie das Gedenken an den Krieg stets zentral vom Staat gesteuert. Stora zeigt auf, wie die Staatsideologie das kollektive Gedächtnis in Algerien manipulierte²¹⁶. Der Unabhängigkeitskampf wurde als eine von der agrarischen Bevölkerung ausgehende Revolution beschrieben. Die Veröffentlichung des Botschafters Mostefa Lacheraf von 1965 »L'Algérie: nation et société« sollte über lange Zeit als die offizielle Deutung des Unabhängigkeitskampfes gelten²¹⁷. Gedenktage spielten eine wichtige Rolle in diesem einheitlichen nationalen Erinnern. Der 5. Juli, der Tag der algerischen Unabhängigkeit, sowie der 1. November wurden alljährlich als Nationalfeiertage zelebriert. Beide Tage sollten daran erinnern, dass das agrarisch geprägte algerische Volk unter Führung des FLN seine Unabhängigkeit erkämpft habe.

In das Gedenken an den Unabhängigkeitskampf bezog der algerische Staat auch diejenigen ein, die sich nicht auf algerischem Territorium befanden. Auch des Kampfs der französischen Föderation des FLN wurde offiziell gedacht. Hierfür wählte der FLN den 17. Oktober als offizielle Journée nationale de l'émigration aus. Dieser Tag sollte an die vom FLN am 17. Oktober 1961 organisierte Demonstration in Paris erinnern, die französische Sicherheitskräfte blutig nie-

215 Mohammed HARBI, 1954, *La guerre commence en Algérie*, Brüssel 1984, S. 152–164.

216 Benjamin STORA, *Algérie, Maroc, histoires parallèles, destins croisés*, Paris 2002, S. 77.

217 Mostefa LACHERAF, *L'Algérie: nation et société*, Algier 1965.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dergeschlagen hatten. Sowohl in Algerien als auch in Frankreich wurde dieser Gedenktag begangen. In Frankreich rief die AA alljährlich in allen Regionen dazu auf, gemeinsam an das Engagement der französischen Föderation zu erinnern. Algerien zeige mit der Entscheidung, diesen Tag als *Journée nationale de l'émigration* zu begehen, dass die Nation »les nombreux sacrifices« ihrer »fils qui mènent une existence pénible de ce côté-ci de la Méditerranée«, deren Herz noch immer für »la mère patrie« schlage, nicht vergesse, ließ die AA im Jahr 1973 verlauten²¹⁸. Der Tag sollte die Verbundenheit der in Frankreich lebenden Migranten mit Algerien demonstrieren und verdeutlichen, dass diese noch immer Algerien als ihre Heimat ansahen und im Gegenzug als Teil der algerischen Nation galten. Alljährlich kamen im Verbandsorgan der AA die ehemaligen Verantwortlichen der französischen Föderation des FLN zu Wort und betonten, welche Bedeutung es für sie habe, ihren Beitrag zur Entstehung der algerischen Nation geleistet zu haben. Der Kampf sei für sie »l'école de la dignité, du courage, de la responsabilité«, erklärten hochrangige Vertreter der französischen Föderation anlässlich des Gedenktags von 1973. Während die Vertreter der französischen Föderation betonten, mit welchem Stolz sie auf ihre Vergangenheit blicken konnten, bezeichneten sie alle diejenigen als »malheureux«, die sich nicht am Befreiungskampf beteiligt hatten²¹⁹.

Obwohl sie nicht explizit aussprachen, wen sie als die »malheureux« betrachteten, wurde deutlich, gegen wen sich diese Worte richteten. Zum einen wurden die Messalisten angesprochen, zum anderen die »harkis«²²⁰. Beide Gruppen diffamierte der FLN als Verräter und schloss sie aus dem Gedenken an den Unabhängigkeitskampf weitgehend aus. Die Wahl des 17. Oktober als *Journée nationale de l'émigration* bedeutete in Bezug auf die »harkis« zum einen ihren Ausschluss als »malheureux«, die sich im Sinne Fanons mental nicht dekolonialisiert hätten und somit nie die Würde der einstigen Unabhängigkeitskämpfer erreichen würden. Zudem schrieb man sie mit der Wahl dieses Datums klar als diejenigen in das nationale Gedenken ein, die die algerischen Unabhängigkeitskämpfer aktiv bekämpft hatten. Die muslimischen Hilfspolizisten hatten in Frankreich, insbesondere in Paris, die französischen Polizeikräfte darin unterstützt, das Netzwerk des FLN auszuheben. Am 17. Oktober 1961 hatten

²¹⁸ Le 17 octobre 1961. Les émigrés n'ont pas oublié, in: *L'Algérie en Europe* 177 (1973), S. 18.

²¹⁹ Les émigrés dans la lutte de libération, in: *L'Algérie en Europe* 169 (1973), S. 7.

²²⁰ Messali Hadj war bis in die 1970er Jahre komplett aus der nationalen Geschichtsschreibung ausgeschlossen. 1970 thematisierte Mahfoud Kaddache erstmals von algerischer Seite auch die Rolle Messali Hadjs für den algerischen Nationalismus, vgl. Mahfoud KADDACHE, *La vie politique d'Alger*, Algier 1970.

auch muslimische Hilfspolizisten das Feuer auf die Demonstranten eröffnet²²¹. Der 17. Oktober erinnerte daher alljährlich an die alte Feindschaft.

Unter den verschiedenen Vertretern der französischen Föderation wurde diese Feindschaft unterschiedlich bewertet. Ali Haroun, der während des Krieges für die Informations- und Pressearbeit des FLN verantwortlich gewesen war, relativierte die Feindschaft zwischen den Hilfspolizisten und der algerischen Gemeinde in Frankreich während des Krieges. Die algerische Gemeinde in Paris habe zwar unter den Aktivitäten der ehemaligen Hilfspolizisten gelitten, da diese eine Terrorherrschaft errichtet hätten. Das Leiden der algerischen Gemeinde in Paris sei jedoch nicht allein den »harkis« zuzuschreiben. Sie hätten nur »une pièce, au demeurant peu importante« eines enormen Repressionsapparats dargestellt. Aus diesem Grund sei es falsch, sie zu »le bouc émissaire des malheurs de l'époque« zu erklären, schrieb Haroun anlässlich des Gedenktags 1986²²².

Nicht alle teilten jedoch diese Einschätzung. Im Jahr 1989 erklärten andere Vertreter der französischen Föderation, ihre Aufgabe habe darin bestanden, gegen die französischen Streitkräfte, gegen die »Verräter« des MNA und in besonderem Maße gegen die muslimischen Hilfspolizisten zu kämpfen. »Ces harkis« hätten eindeutig Gegner des FLN dargestellt. Sie hätten »le plus de mal« angerichtet. Auch am 17. Oktober 1961 hätten sie sich durch ihre besondere Grausamkeit hervorgetan. Zahlreich seien sie an der Seite der französischen Polizeikräfte für »le carnage« bereit gestanden²²³. Belkacem Boumezou, der damals als Demonstrant den 17. Oktober erlebt hatte, stellte ebenfalls die Grausamkeit der muslimischen Hilfspolizisten in den Mittelpunkt seines Berichts. Die Hilfspolizisten seien direkt nach ihrer Ankunft mit Schlagstöcken über die Demonstranten hergefallen. Einer der Hilfspolizisten habe einen seiner Freunde getötet und anschließend auf ihn selbst eingeschlagen²²⁴. Boumezou beschrieb die Hilfspolizisten zwar ebenfalls als einen Teil des französischen Repressionsapparates, hob jedoch hervor, dass von ihnen die direkte Gewalt ausgegangen sei. Dadurch räumte er der Feindschaft zwischen dem FLN – und demnach der gesamten algerischen Gemeinde in Frankreich – und den muslimischen Hilfspolizisten viel Platz ein.

Dass den ehemaligen Verantwortlichen der französischen Föderation die Gegnerschaft zwischen »harkis« und der algerischen Gemeinde im Jahr 1989 so wichtig war, verwundert, da in den 1980er Jahren in Frankreich eine Annähe-

²²¹ Vgl. Kap. 2.5 und 2.6.

²²² Ali HAROUN, L'origine des manifestations d'octobre à Paris, in: Actualité de l'émigration 59 (1986), S. 14.

²²³ Malgré la répression, in : Actualité de l'émigration 186 (1989), S. 34f.

²²⁴ Belkacem BOUMEZOU, Un pardessus taché de sang, *ibid.*, S. 34f.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zung zwischen der algerischen Gemeinde und den ehemaligen Hilfssoldaten zu beobachten war²²⁵. Es ist jedoch damit zu erklären, dass auch die algerische Gemeinde in Frankreich in ihrem Gedenken von Algerien gesteuert wurde, das noch immer ein Interesse daran hatte, das Bild der »harkis« als Verräter aufrechtzuerhalten. Erst mit der vorsichtigen demokratischen Öffnung Algeriens konstatiert Stora eine langsame Lockerung der ideologisch geprägten Steuerung des nationalen Gedenkens. Weitgehend habe jedoch weiterhin der Staatsapparat das Gedenken bestimmt²²⁶. In dieser nach wie vor sehr starren Vergangenheitsdeutung wurden wenige »Verräter« der nationalen, vom FLN geführten Gemeinschaft gegenübergestellt. Dieses Bild gewann Ende der 1980er Jahre an Bedeutung, als die Herrschaftslegitimation des FLN in Frage gestellt wurde und tiefe Brüche in der algerischen Nation sichtbar wurden. Nach den ersten demokratischen Öffnungen in Algerien und den ersten demokratischen Wahlen gelang der islamistischen Partei FIS, die in Algerien die Scharia einführen wollte, ein rasanter Aufstieg. Nach dem Erdrutschsieg der FIS in den Parlamentswahlen von 1991 intervenierte schließlich das algerische Militär. Das Parlament wurde aufgelöst, der Ausnahmezustand verhängt, die FIS verboten und Islamisten mit aller Härte verfolgt und sanktioniert²²⁷. Was folgte, war die Zeit des islamistischen Terrors²²⁸.

Dem FLN führte der Erdrutschsieg der FIS in den ersten Wahlen, in denen der FLN nicht als Einheitspartei antrat, vor Augen, wie brüchig der Mythos des vereint hinter dem FLN stehenden Volkes war. Die Partei brauchte einen Sündenbock, um trotz des Vertrauensverlusts und des Bürgerkriegs die Einheit der algerischen Nation demonstrieren und ihre eigene Herrschaft legitimieren zu können. Aus diesem Grund schrieb der FLN den »harkis« die Verantwortung für den Islamismus zu. Während einer Wahlkampfveranstaltung Ende 1995 in Algier äußerte Präsident Liamine Zéroual diesen Verdacht. Die islamistischen Gruppen setzten sich mehrheitlich aus Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten zusammen, ließ er verlauten²²⁹. Er schrieb mit diesem Verdacht denjenigen die Verantwortung an Terror und Bürgerkrieg zu, die der FLN nicht mehr als Teil der algerischen Nation verstand, und hielt damit an der Erzählung fest, die

225 Vgl. hierzu [Kap. 3.4](#).

226 STORA, Algérie, Maroc, S. 78.

227 James LE SUEUR, *Between Terror and Democracy. Algeria since 1989*, London, New York 2010, S. 42–53.

228 *Ibid.*, S. 61f.

229 Les fils de harkis en accusation, in: *Le Monde*, 18.11.1995.

bereits 1962 die Regierung Ben Bellas begründet hatte. Die Verräter würden immer wieder versuchen, der algerischen Nation zu schaden²³⁰.

Die FLN-Führung griff auf die während des Bürgerkriegs verwendete Rhetorik zurück, als sie um die Jahrtausendwende begann, über die *Journée nationale de l'émigration* hinaus den Blick nach Frankreich zu richten und sich an den dort geführten Debatten um den Algerienkrieg zu beteiligen. Bouteflika nutzte seinen Staatsbesuch in Frankreich im Jahr 2000, um seine Deutung der Vergangenheit darzulegen. Auf die Frage, ob er bereit sei, die Reisefreiheit für »harkis« zu genehmigen, erklärte er in einem Fernsehinterview, die Voraussetzungen hierfür seien noch nicht geschaffen. Von ihm zu verlangen, den »harkis« die Hand zu reichen, sei wie ein französisches Mitglied der *Résistance* zu bitten, einem »collabo« die Hand zu reichen²³¹. Er äußerte diese Worte, obwohl abzusehen war, dass sie sich auf das angestrebte Ziel der Reise, die algerisch-französische Annäherung, negativ auswirken würden. Sie lieferte den Kritikern dieser Annäherung in Frankreich Argumente und versetzte zudem die muslimischen Repatriierten geschlossen in Rage²³². Bouteflika sandte jedoch mit diesen Worten ein Zeichen der Stärke und des nationalen Zusammenhalts an die Algerier auf beiden Seiten des Mittelmeers. Mit seinem Vergleich richtete er sich nicht nur gegen die muslimischen Repatriierten, sondern auch gegen Frankreich, das er mit seinen Worten klar als Besetzungsmacht in Algerien charakterisierte. Er nutzte die Äußerungen zu den »harkis«, um an den Gründungsmythos der algerischen Nation zu erinnern und gegenüber Frankreich zu verdeutlichen, dass der FLN trotz aller Annäherung die koloniale Vergangenheit Algeriens als Zeit eines illegitimen Besatzungsregimes wertete.

In Frankreich verdichteten sich durch die Äußerungen Bouteflikas die Debatten um die ehemaligen Hilfssoldaten, was dazu führte, dass man auch in Algerien wieder Stellung zu den »harkis« bezog. Von hier aus wurden die erinnerungspolitischen Bemühungen Chiracs, die ehemaligen Hilfssoldaten in das nationale Gedenken zu integrieren, genau beobachtet. Die Rede, die Chirac anlässlich der *Journée nationale d'hommage aux harkis* am 25. September 2001 in Paris hielt, wurde in algerischen Zeitungen kritisch kommentiert. Indem Chirac die Teilverantwortung der Französischen Republik für die »barbarie« gegenüber den Hilfssoldaten übernahm, warf er diese »barbarie« indirekt dem FLN vor. Das Parteiorgan des FLN in Algerien »Saout Al Ahrar« reagierte auf die Rede mit der Schlagzeile »La France demande à l'Algérie de s'excuser au-

230 Vgl. Kap. 2.4.

231 Bouteflika et les harkis, 10.8.2004, <http://www.ina.fr/video/2630373001020> (26.2.2020).

232 Vgl. Kap. 4.3, 4.7 und 4.8.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

près des traîtres!»²³³ Die Verärgerung in Algerien war umso größer, da sich Chirac gleichzeitig in der Folterdebatte weigerte, die Verantwortung für die von der französischen Armee und dem französischen Polizeiapparat begangenen Verbrechen einzugestehen. Die Tageszeitung »Le Quotidien d'Oran« schrieb, der französische Staatspräsident weigere sich, die »terribles massacres et carnages«, die mit der Kolonisation Algeriens einhergegangen seien, sowie die »crimes commis sous les sceaux successifs de la civilisation et de la pacification« anzuerkennen²³⁴. Man interpretierte die Rede Chiracs aus postkolonialer Perspektive. Er bediene sich der Dichotomie zwischen dem »Occident civilisé« und den »barbares«, wobei er dem FLN die Rolle der »Barbaren« zuschrieb²³⁵. Nicht der FLN trage die Verantwortung für die Massaker, sondern die Hilfssoldaten selbst, die sich dafür entschieden hätten, für den Kolonialherren zu kämpfen. Sie hätten ihr Lager gewählt und ihr Schicksal damit selbst bestimmt. Als Hilfskräfte des französischen Repressionsapparates hätten sie sich »des actions innommables contre la population civile« schuldig gemacht, weshalb es nach Ende des Krieges nicht möglich gewesen sei, die Eltern der von Hilfssoldaten getöteten Söhne und Töchter zurückzuhalten, als die französische Armee diese zurückgelassen habe²³⁶. Mit dieser Rhetorik hielt man in der Redaktion des »Quotidien d'Oran« daran fest, die Hilfssoldaten als Verräter an der algerischen Nation und nicht als Opfer, sondern als Täter anzusehen. Die Massaker wertete man als unkontrollierte, aber durchaus legitime Racheakte der Betroffenen.

In der algerischen Gemeinde Frankreichs waren jedoch auch andere Stimmen zu hören. Im März 2003 äußerte sich der Historiker Mohammed Harbi in einem in »Le Monde« veröffentlichten Artikel ausführlich zur Rolle der Hilfssoldaten während des Algerienkriegs und legte eine eigene Deutung der Vergangenheit vor. Harbi war während des Algerienkriegs selbst ein hochrangiger Verantwortlicher des FLN gewesen und hatte in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit die Politik in Algerien mitbestimmt. Nachdem er sich jedoch in Opposition zum Regime gestellt hatte, fand er sich im Gefängnis wieder. Er konnte aus dem Gefängnis fliehen und ging 1970 nach Frankreich ins Exil. Dort veröffentlichte er verschiedene Werke, in denen er den totalitären Charakter des FLN aufzeigte²³⁷. Harbi begründete eine Geschichtsschreibung, die sich aus algerischer Perspektive kritisch mit dem FLN auseinandersetzte, und sollte

²³³ Zitiert nach: La presse algérienne critique les déclarations de M. Chirac aux harkis, in: Le Monde, 28.9.2001.

²³⁴ Zitiert nach: *ibid.*

²³⁵ Zitiert nach: *ibid.*

²³⁶ Zitiert nach: *ibid.*

²³⁷ BRANCHE, La guerre d'Algérie, S. 316f.

damit eine neue Generation von Historikern in Algerien beeinflussen, auch wenn seine Werke zunächst lediglich in Frankreich veröffentlicht wurden²³⁸.

In »Le Monde« plädierte Harbi für die Auflösung der Dichotomie zwischen der »résistance patriotique du peuple algérien et collaboration avec l'ennemi des harkis«, da diese Darstellung der Komplexität der Geschichte nicht gerecht werde²³⁹. Ohne dem FLN die Legitimation für den Freiheitskampf zu entziehen, betonte er, der von Boufelflika gezogene Vergleich zwischen der französischen Kolonialherrschaft in Algerien und der deutschen Besatzung Frankreichs während des Zweiten Weltkrieges sei nicht angebracht. Während sich im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland und Frankreich zwei alte Nationen im Krieg befanden, sei die algerische Nation erst mit dem Kampf des FLN entstanden. Der FLN habe dabei im Kampf grundlegende Fehler gemacht, die die Existenz der »harkis« erklärten. Insbesondere sei es ihm nicht gelungen, die Idee des Nationalismus in die gesamte Bevölkerung hineinzutragen. Vor allem die agrarisch geprägte Bevölkerung sei entgegen der offiziellen Vergangenheitsinterpretation außen vor gelassen worden. Daher habe die französische Armee insbesondere unter dieser sozial schwächsten Bevölkerungsschicht, die sich zwischen den Fronten befunden habe, Hilfssoldaten rekrutieren können. Das individuelle Fehlverhalten einiger Mitglieder des FLN, das ein unnötiges Ausmaß an Brutalität gegenüber der Bevölkerung beinhaltete, sowie der vonseiten der französischen Armee ausgeübte Druck habe weitere Muslime dazu gebracht, für die französische Armee zu den Waffen zu greifen. Auch durch die Anwendung von Folter habe die Armee ihre Reihen mit Unabhängigkeitskämpfer der ersten Stunde aufgefüllt²⁴⁰. Harbi nahm in seiner Darstellung eine Zwischenstellung zwischen der Vergangenheitsdeutung der Verteidiger der *Algérie française* und der offiziellen vom FLN gelenkten Darstellung ein.

Auch zu den Massakern bezog Harbi Stellung. Er schrieb dem FLN nicht direkt die Verantwortung für die Massaker zu. Vielmehr habe es sich um »la vengeance des faibles contre les faibles« gehandelt. Allerdings habe der FLN dies teils stillschweigend hingenommen. Insbesondere hätten die »résistants de la dernière heure« zu dieser Gewalt gegriffen, um sich zu beweisen. Die Gewalt sei letztendlich die Konsequenz des jahrelangen gewaltsamen Kampfes gewesen. Auch in Frankreich sei 1945 dieses Phänomen zu beobachten gewesen. Allerdings hätten es die Regierungsverantwortlichen in diesem Fall besser verstanden, die Gewalt zu kanalisieren²⁴¹. Obwohl er mit diesen Worten indirekt

238 Ibid., S. 323f.

239 Mohammed HARBI, *Dire enfin que la guerre est finie*, in: *Le Monde*, 4.3.2003.

240 Ibid.

241 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dem FLN die Verantwortung zuschrieb, plädierte er dafür, die Massaker im Kontext der Gesamtsituation von 1962 zu lesen. Für den noch immer anhaltenden Hass auf die »harkis« gebe es jedoch keine Entschuldigung mehr. Insbesondere sei nicht zu entschuldigen, dass auch die Söhne und Töchter der einstigen Hilfssoldaten noch immer von algerischer Seite stigmatisiert würden. Die in Frankreich lebenden Kinder der »harkis« hätten zwar die französische Staatsbürgerschaft, fühlten sich jedoch auch als Algerier. Mit dieser hybriden Identität sah Harbi sie als eine Chance für eine algerisch-französische Annäherung. Man solle sie in Algerien endlich als solche Chance begreifen und nicht mehr als Hindernis für die diplomatische Annäherung beider Länder²⁴².

Harbi bezog sich in seinem Artikel ausdrücklich auf die kurz zuvor erschienene Autobiografie Fatima Besnaci-Lancous, der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten²⁴³. Diese schreibt, wie enttäuscht sie von den Worten Bouteflikas gewesen sei, da sie auf eine Geste der Versöhnung gegenüber den »harkis« gehofft habe. Besnaci-Lancou verstand sich selbst als Teil der algerischen Gemeinde in Frankreich. Sie verfolgte gemeinsam mit weiteren Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten den erinnerungspolitischen Ansatz, die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten im Kontext der kolonialen Vergangenheit Algeriens aufzuarbeiten und so die erinnerungspolitischen Differenzen zwischen Kindern ehemaliger Hilfssoldaten und der zweiten Generation algerischer Migranten zu überwinden²⁴⁴. Dass Besnaci-Lancou in dieser Arbeit durchaus Erfolge vorweisen konnte, zeigte unter anderem der »Appel des indigènes de la République« im Jahr 2004. Mehrere tausend Söhne und Töchter von Einwanderern unterzeichneten unterstützt von Historikern wenige Monate vor dem 50. Jahrestags des Massakers von Sétif einen Appell, in dem sie ihre soziale Exklusion in Frankreich anprangerten und diese mit fortdauernden kolonialen Strukturen begründeten²⁴⁵. Diejenigen, die aus den ehemaligen oder noch immer existierenden Kolonien stammten, würden noch immer als »indigènes« angesehen und dementsprechend behandelt, lautete die Kritik der Unterzeichner. Aus diesem Vorwurf leiteten sie die These ab, »la République de l'égalité« sei nichts weiter als ein Mythos. Der Staat und die Gesellschaft müssten sich kritisch mit ihrem »passé-présent colonial« auseinandersetzen, um in der Kolonialzeit wurzelnde

242 Ibid.

243 Fatima BESNACI-LANCOU, *Fille de harki. Le bouleversant témoignage d'une enfant de la guerre d'Algérie*, Paris 2003.

244 Vgl. hierzu Kap. 4.8.

245 Vgl. dazu Sven KORZILIUS, *Erinnerungsforderungen von »descendants d'esclaves«*, in: Dietmar HÜSER (Hg.), *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert*, Kassel 2010, S. 217–250, hier S. 228f.

rassistische Strukturen aufzudecken. Mit folgenden Worten brachte man diese Kritik vor: »Il est temps que la France interroge ses Lumières, que l'universalisme égalitaire, affirmé pendant la Révolution française, refoule ce nationalisme arc-bouté au ›chauvinisme de l'universel‹, censé ›civiliser‹ sauvages et sauvagesons«. Noch immer würde den Nachkommen der ehemals Kolonialiserten der Status einer »sous-humanité« zugeschrieben, woraus ein dementsprechender Umgang mit dieser Gruppe resultiere²⁴⁶. Mit diesen Worten legten die Unterzeichner des Appells ihre Sicht auf den französischen Universalismus dar. Für sie hatte die Idee des Universalismus eine negative Konnotation, da sie in ihren Augen eine untrennbare Einheit mit der Zivilisierungsmission bildete.

Obwohl das Gedenken an das Massaker von Sétif der Anlass für diesen Appell war, wurde er nicht ausschließlich von maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation unterzeichnet. Die marginalisierte Bevölkerung der französischen Vorstädte »indépendamment de leurs origines effectives« stellten als »indigènes« in der heutigen Französischen Republik eine Schicksalsgemeinschaft dar, wurde einleitend festgehalten. Die Verfasser bezogen die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten in diese Schicksalsgemeinschaft mit ein. Als Beispiel für die postkolonialen Strukturen in Frankreich brachten sie ausdrücklich »le parage des harkis et enfants de harkis« nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich an²⁴⁷. Erinnerungspolitisch zeigte die zweite Generation algerischer Einwanderer mit diesem Appell, dass sie im Gegensatz zu ihren Vätern ihre Identität nicht in erster Linie aus dem algerischen Unabhängigkeitskampf zogen, sondern aus dem Gefühl der aus der Fortsetzung kolonialer Strukturen resultierenden sozialen Exklusion, das sie mit allen Nachkommen der postkolonialen Migration, auch mit den Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten, teilten.

Die Initiatoren des »Appel des indigènes de la République« schlossen auch im Kontext der Debatten um das am 23. Februar 2005 verabschiedete Gesetz weder die ehemaligen Hilfssoldaten noch deren Kinder aus der selbst definierten Schicksalsgemeinschaft aus, obwohl in dem Gesetz die ehemaligen Hilfssoldaten erinnerungspolitisch gemeinsam mit den ehemaligen europäischen Siedlern Algeriens in das nationale Gedenken integriert werden sollten und daraus resultierte, dass die »positive Rolle« der französischen Präsenz in Übersee als Vergangenheitsdeutung gesetzlich festgeschrieben wurde. Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes sah sich der aus dem Appell hervorgegangene Mouvement des indigènes de la République (MIR) in seiner These bestätigt, den Nachkommen der ehemals Kolonisierten würde in Frankreich noch immer der Status einer »sous-humanité« zugeschrieben. Das Gesetz richte sich nicht

246 L'appel des indigènes de la République, 20.1.2005, <http://www.indigenes-republique.fr/lappel-des-indigenes-de-la-republique> (26.2.2020).

247 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nur an die Repatriierten, sondern auch an sie, an die »indigènes de la République«. Mit diesem Gesetz fordere man von ihnen, sich dafür zu bedanken, dass Frankreich sie kolonialisiert habe. Erneut demonstrierte die französische Regierung die scheinbare Überlegenheit der französischen Zivilisation²⁴⁸. Ausdrücklich erklärten die Vertreter des MIR jedoch, dass man nicht den ehemaligen Hilfssoldaten die Verantwortung für dieses Gesetz zuschreibe. Die materiellen und erinnerungspolitischen Regelungen, die die ehemaligen Hilfssoldaten betrafen, seien notwendig, um diesen ihre Würde zurückzugeben. Allerdings sei dies nicht möglich, wenn man sie erinnerungspolitisch in eine koloniale Ideologie einschreibe²⁴⁹.

Die Reaktion der Vertreter des MIR auf das Gesetz vom 23. Februar zeigt, dass auch die algerische Gemeinde der zweiten Generation in Frankreich erinnerungspolitisch entgegen den Vorgaben Bouteflikas gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten Anfang des 21. Jahrhunderts auf Versöhnung und nicht mehr auf Konfrontation setzte. Der FLN hielt zu diesem Zeitpunkt noch immer das Bild des Verräters aufrecht, um den Mythos des geschlossen hinter dem FLN stehenden algerischen Volkes zu konservieren und zu tradieren. Dieses Bild war für den FLN nach der zögerlichen demokratischen Öffnung umso mehr von Bedeutung, als er sich nun gezwungen sah, seine Herrschaftslegitimation unter Beweis zu stellen. Aus diesem Grund verdichtete sich in Algerien zur Zeit des Bürgerkriegs und des islamistischen Terrors der Diskurs um den Verrat durch die »harkis«. Auch an die algerische Gemeinde in Frankreich richtete sich dieser Diskurs, da das FLN-Regime stets befürchtete, sie könne sich zu sehr von Algerien lösen und in die französische Gemeinschaft integrieren. Die Wahl des 17. Oktober als Journée nationale de l'émigration sollte den Zusammenhalt der algerischen Nation auf beiden Seiten des Mittelmeers in Abgrenzung zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und somit auch zu den »harkis« als Teil des französischen Repressionsapparats demonstrieren. In diese Richtung sind auch die Äußerungen Bouteflikas vom Jahr 2000 zu interpretieren. Erneut rekurrierte er mit diesen Worten auf die Feindschaft gegenüber den ehemaligen französischen Kolonialherren und stellte die »harkis« als Verräter an deren Seite dar. Mit dieser Rhetorik stieß er jedoch um die Jahrtausendwende in der algerischen Gemeinde in Frankreich nicht auf ungeteilte Begeisterung. Mit Harbi trat ein ehemals hochrangiger Vertreter des FLN, der sich bereits seit längerem vom FLN distanziert hatte, zur Verteidigung der »harkis« an und plädierte dafür, die von Bouteflika dargestellte Dichotomie zu hinterfragen.

248 Contre la loi du 23 février 2005. Nous remercions la France de nous avoir colonisés!, <http://www.indigenes-republique.fr/nous-remercions-la-france-de-nous-avoir-colonises> (26.2.2020).

249 Ibid.

Insbesondere die zweite Generation der algerischen Migranten definierte sich nicht mehr in erster Linie über den Unabhängigkeitskampf des FLN, sondern über ihre soziale Realität in Frankreich. Sie konstruierte sich in Frankreich eine eigene Schicksalsgemeinschaft aus den in Frankreich lebenden Nachkommen der ehemals Kolonialiserten und arbeitete darauf hin, ihre postkoloniale Vergangenheitsdeutung in das nationale Gedenken einzuschreiben. In dieser Deutung waren die ehemaligen Hilfssoldaten Kolonisierte und damit Opfer der Kolonialgesellschaft. Mit dieser Forderung traten die Nachkommen der Kolonialiserten in die Debatten um die Deutung der kolonialen Vergangenheit und zugleich in die daraus resultierende Opferkonkurrenz ein. Sven Korzilius kritisiert die vom MIR vorgebrachte Vergangenheitsdeutung als »zu polemisch«, obgleich er einräumt, dass sie »eine gewisse Berechtigung« habe²⁵⁰. Da der MIR mit seiner Interpretation der Geschichte in die Opferkonkurrenz eintrat, werden dessen erinnerungspolitischen Aktivitäten wie auch die Erinnerungsarbeit der Repatriierten in der Forschung als Hindernis für ein am universalistischen Ideal orientiertes Gedenken gewertet²⁵¹. Dass die Nachkommen der ehemals Kolonialiserten mit dieser »zu polemisch[en]« Vergangenheitsdeutung auftraten und sich nicht am universalistischen Ideal der Vergangenheitsaufarbeitung orientierten, ist jedoch mit ihrem Gefühl der Ausgrenzung aus der französischen Gesellschaft zu erklären. Das universalistische Ideal geriet für diese Gruppe zu einem hohlen Mythos. Sie fühlten sich nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger behandelt, was sie erinnerungspolitisch daran festmachten, dass sich ihre Deutung der Geschichte nicht im nationalen Gedenken wiederfand. Ihre Erinnerungsarbeit war somit in erster Linie als Forderung bezüglich ihrer Identität zu verstehen. Als Nachkommen der ehemals Kolonialiserten hofften sie mit ihren hybriden Identitäten unabhängig von der Rolle ihrer Väter während des Unabhängigkeitskampfes als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt zu werden.

4.5 Die Fnaca und der 19. März

Bevor sich Ende der 1990er Jahre die Kontroversen um den Algerienkrieg verdichteten, bestimmten Repatriierten- und Veteranenverbände die Debatten, weshalb die *nostalgérie* die dominierende Geschichtserzählung darstellte. Lediglich die Fnaca kollidierte mit ihrer Vergangenheitsdeutung bereits seit den 1970er Jahren mit der Erzählung der *nostalgérie*. Direkt nach seiner Gründung, noch während des Krieges, kündigte der Veteranenverband FNAA an, in den

²⁵⁰ KORZILIUS, Erinnerungsforderungen, S. 229.

²⁵¹ Ibid., S. 229f.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kampf um die Deutung des Algerienkrieges eintreten zu wollen²⁵². Mit der Umbenennung nach dem Ende des Krieges und der damit verbundenen Neuausrichtung des Verbandes trat dieses Ziel in den Hintergrund. In der Nähe der parlamentarischen Linken angesiedelt, versuchte sich die Fnaca nun so weit wie möglich zu öffnen und erklärte, ihren Mitgliedern weder eine bestimmte politische Richtung noch eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit vorschreiben zu wollen. Mit dieser Vorgabe durchbrach auch die Fnaca in den Jahren nach dem Krieg das Schweigen über die vergangenen Ereignisse nicht und vermied es, die Geschehnisse zu interpretieren. Die Bemühungen des Verbandes, kontroverse Debatten über den Krieg und damit auch über die koloniale Vergangenheit zu vermeiden, wurden jedoch von den Bedürfnissen der Veteranen durchkreuzt, offiziell als solche anerkannt zu werden und ihrer gefallenen Kameraden offiziell zu gedenken. Insbesondere die Forderung nach einem offiziellen Gedenktag führte zu einer Kollision mit der Vergangenheitsdeutung anderer Erinnerungsträger, wodurch die Fnaca zunehmend von ihrer Leitlinie abwich, die Vergangenheit nicht zu interpretieren, und sich zu einem wichtigen Akteur im Kampf um die Deutungshoheit der Vergangenheit entwickelte²⁵³.

Bereits in den frühen 1970er Jahren forderte die Fnaca, den 19. März, den Tag des Inkrafttretens der Abkommen von Évian, als nationalen Gedenktag zu etablieren, und startete eine Kampagne bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Straßen und Plätzen nach diesem Datum zu benennen. Der Verband erklärte zwar zunächst, mit dem 19. März ein politisch neutrales Datum gewählt zu haben. Das Datum stand jedoch für den Frieden mit dem FLN und somit für den Rückzug Frankreichs aus Algerien. Für die Kolonialbefürworter war der 19. März somit kein neutrales Datum, sondern symbolisierte den angeblichen Verrat de Gaulles an der *Algérie française*. Für viele Militärs galt der Tag zudem als Sinnbild einer Spaltung der französischen Armee. Für die europäischen und auch für die muslimischen Repatriierten folgte auf dieses Datum das Exil in Frankreich, womit viele den 19. März als Beginn ihres eigenen Leidens ansahen. Dementsprechend stieß der erinnerungspolitische Vorstoß der Fnaca auf Widerstand. Widerstand kam zunächst ebenfalls im Lager der Veteranen auf. Der Repatriiertenverband UNC-AFN, der stets für eine *Algérie française* eingetreten war, mobilisierte seine Anhänger alljährlich zum Protest gegen die von der Fnaca am 19. März organisierten Gedenkveranstaltungen. Besonders stark wurden die Auseinandersetzungen, nachdem in den 1980er Jahren die Nachwuchsorganisation der Repatriierten JPN sowie der FN die Proteste der

252 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 293.

253 Ibid., S. 280–308.

UNC-AFN unterstützten und Jahr für Jahr gegen die Gedenkveranstaltung der Fnaca mobil machten²⁵⁴.

Als der JPN in den Protest gegen die Gedenkveranstaltungen einstieg, verknüpfte er seinen Protest mit seiner Kampagne »Hommage aux harkis«. Die Fnaca wurde daher zu diesem Zeitpunkt erstmals mit dem Vorwurf konfrontiert, mit der Forderung nach dem 19. März als Gedenktag die ehemaligen Hilfssoldaten aus dem nationalen Gedenken auszuschließen und die Massaker, die nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens stattgefunden hatten, bewusst zu ignorieren²⁵⁵. Der Verband war aufgrund dieser Vorwürfe gezwungen, sich zu den »harkis« zu positionieren. Er musste deutlich machen, dass die Forderung, am 19. März der Opfer des Algerienkriegs zu gedenken, für ihn keineswegs einem Ausschluss der Hilfssoldaten aus dem nationalen Gedenken gleichkam. Als der Verband im Jahr 1986 in Kooperation mit der sozialistischen Regierung eine Aufklärungskampagne über die Hilfssoldaten in der französischen Gesellschaft durchführte, nutzte er die Gelegenheit, um zu den Auseinandersetzungen um den 19. März Stellung zu beziehen. Alljährlich werde von den Gegnern des Gedenktages an das »massacre de 150 000 harkis« erinnert, schrieb der Chefredakteur des Verbandsorgans Sabourdy. Niemand zweifle »sur le fond« diese »cruelle réalité historique« an. In der Fnaca werte man lediglich die Opferzahl von 150 000 als Übertreibung. Zumindest habe bis jetzt niemand diese Zahl bestätigen können und die Vermutung liege nahe, dass eine übertrieben hohe Zahl gewählt worden sei, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Was man tatsächlich anzweifle, sei das Interesse der Gegner des Gedenktages an den Massakern. Nachdem der 19. März vorbei sei, sei alljährlich von jenen nicht mehr zu hören, »qui n'avaient pas assez de larmes pour s'apitoyer«²⁵⁶. Sabourdy warf mit diesen Worten den Repatriiertenverbänden, dem UNC-AN sowie dem FN vor, das Massaker an den Hilfssoldaten lediglich für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, nämlich dafür, den 19. März als Gedenktag zu verhindern.

So sehr die Fnaca sich auch bemühte, sich den ehemaligen muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten zu öffnen, konnte sie nicht verhindern, dass ihre eigenen erinnerungspolitischen Interessen mit den zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten getroffenen erinnerungspolitischen Entscheidungen konkurrierten oder kollidierten. Als im Dezember 1990 die Gedenkbriefmarke »Harkis, soldats de la France« erschien, begrüßte der Verband diese Entscheidung ausdrücklich. In der Verbandszeitschrift erklärte man, es sei gerecht, dass die

²⁵⁴ Ibid., S. 308–317.

²⁵⁵ Siehe dazu ausführlich [Kap. 4.3](#).

²⁵⁶ Michel SABOURDY, Harkis: des combattants... »pas comme les autres«?, in: *L'Ancien d'Algérie* 245 (1986), S. 7.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Republik die »harkis, soldats de la France, et [...] la communauté tout entière, citoyenne de la France« würdige. In der Begründung vermied die Verbandsspitze jedoch, die Massaker anzusprechen. Stattdessen verwies man auf die noch bis heute andauernde schwierige soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich, die aus ihrem Engagement auf der französischen Seite resultiere. Die soziale Besserstellung der »harkis« und deren Nachkommen anzugehen, sei von größerer Notwendigkeit als erinnerungspolitische Gesten wie die Gedenkbriefmarke²⁵⁷. Die Rhetorik, der sich die Vertreter der Fnaca bedienten, lässt jedoch erkennen, dass sie die Gedenkbriefmarke auch aus Gründen der Opferkonkurrenz kritisierten. In der Berichterstattung um die Briefmarke hob der Verband besonders hervor, dass er bereits seit mehreren Jahren eine Gedenkmarke für die in Nordafrika gefallenen Soldaten forderte und mit dieser Forderung stets gescheitert war. So war bereits auf der Titelseite des Verbandsorgan zu lesen: »Hommage aux harkis et... à quand pour nous?«²⁵⁸ Und auch Verbandspräsident Marek unterstrich, dass nun spätestens 1992 eine Marke zum Gedenken an die 30 000 französischen Soldaten, die in Nordafrika gefallen waren, erscheinen müsse. Dass die Regierung diese Forderung noch immer nicht erfüllt habe, nun jedoch eine Gedenkmarke für die ehemaligen Hilfssoldaten erschienen war, sei ein Symbol dafür, in welchem Maße die Veteranen des Algerienkriegs und der Kämpfe in Marokko und Tunesien noch immer diskriminiert würden²⁵⁹.

Die Opferkonkurrenz wird jedoch dadurch relativiert, dass die Fnaca die Briefmarke gleichzeitig zum Anlass nahm, um gegenüber der Regierung ihren Anspruch als Interessenvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten zu unterstreichen. Der Verband kritisierte, dass ihn die Regierung weder in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen noch zur Zeremonie im Rahmen der Veröffentlichung der Gedenkmarke eingeladen hatte. Er wies darauf hin, dass er auch in seinen Reihen »un certain nombre d'anciens combattants d'origine nord-africaine« vorweisen könne²⁶⁰. Die Fnaca verwehrte sich mit diesen Worten dagegen, stets als Gegner der ehemaligen Hilfssoldaten eingeordnet und nicht als deren Vertretung anerkannt zu werden. Sie wollte den Verteidigern der *Algérie française* den Anspruch streitig machen, in erinnerungspolitischen Fragen bezüglich der ehemaligen Hilfssoldaten die einzigen Ansprechpersonen zu sein. Aus diesem Grund wandte sich der Verbandspräsident Marek an den Premierminister, um sein Erstaunen darüber zum Ausdruck zu bringen, dass die

²⁵⁷ Pierre MOLINARI, *Hommage aux harkis, soldats de la France*, in: *L'Ancien d'Algérie* 283 (1990), S. 15.

²⁵⁸ *Hommage aux harkis et... à quand pour nous?*, *ibid.*, S. 1.

²⁵⁹ Pierre MOLINARI, *Hommage aux harkis, soldats de la France*, *ibid.*, S. 15.

²⁶⁰ *Ibid.*

Regierung den Verband in der Frage der Gedenkbriefmarke nicht konsultiert hatte²⁶¹.

Gegenüber dem Repatriiertenverband *Rassemblement et coordination des rapatriés et spoliés d'outre-mer (Recours)* erklärte die Verbandsspitze der Fnaca, sie sehe in der Forderung, am 19. März der gefallenen Soldaten zu gedenken, keinen Affront gegen die Gemeinschaft der Hilfssoldaten, sondern wolle diese insofern in das Gedenken einschließen, als auch der während des Krieges gefallenen Hilfssoldaten gedacht werden solle. Der *Recours* konfrontierte den Generalsekretär der Fnaca Maurice Sicart 1996 in einem Schreiben mit dem Vorwurf, mit dem 19. März »une date [...] qui est une des plus honteuses de l'histoire de France« gewählt zu haben. Am 19. März hätten Armee und Polizei den Befehl erhalten, ihre Waffen nicht mehr zu gebrauchen, wodurch die Ermordung von 150 000 ehemaligen Hilfssoldaten und das Verschwinden von 20 000 bis 25 000 Europäern ermöglicht worden sei, ein Ereignis, das mit der »rafle du Vél d'Hiv« zu vergleichen sei²⁶². Sicart reagierte auf diesen Vorwurf und verteidigte die Forderung der Fnaca. Ohne auf die Debatte um die Anzahl der Hilfssoldaten, die den Massakern zum Opfer gefallen waren, einzugehen, räumte er ein, dass es nach dem 19. März zu Racheakten gekommen sei und es Tote gegeben habe. Dies sei jedoch sowohl nach dem 11. November 1918 als auch nach dem 8. Mai 1945 der Fall gewesen, was niemand davon abhalte, alljährlich an diesen Tagen der Toten der beiden Weltkriege zu gedenken. Zudem warf er *Recours* vor, sich lediglich auf das zu konzentrieren, was nach dem 19. März geschehen sei, und die Soldaten – darunter viele Wehrpflichtige –, die im Krieg ihr Leben gelassen hätten, zu übergehen²⁶³. Aus diesem Schlagabtausch zwischen den Vertretern der Fnaca und des *Recours* werden die unterschiedlichen Bezugsgrößen der Verbände deutlich: Für die Fnaca standen die während des Krieges Gefallenen als Opfer im Vordergrund. Für den Repatriiertenverband begann erst mit dem Ende des Krieges die Zeit der Opfer. Während Sicart die Hilfssoldaten in die Schicksalsgemeinschaft der Veteranen einschreiben wollte, ordnete der Repatriiertenverband sie als Teil der Leidensgemeinschaft der Repatriierten ein.

Im Laufe der 1990er Jahre intensivierte die Fnaca ihre Bemühungen um die offizielle Anerkennung des 19. März als Gedenktag und suchte dafür insbesondere die Unterstützung der sozialistischen Partei. Allerdings hatte der Verband in der Erinnerungskonkurrenz mit anderen Verbänden insbesondere um die Jahrtausendwende zunehmend das Nachsehen. 2001 wurde das sogenannte *Comité pour la memoire* gegründet, das verschiedene Erinnerungsgruppen an einen Tisch brachte, um gemeinsam in der Frage nach einem Gedenktag einen

261 Ibid.

262 Philippe Nouvion an Maurice Sicart, 10.5.1996, AN: vers. 20120054/95.

263 Maurice Sicart an Philippe Nouvion, 13.6.1996, *ibid.*

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kompromiss zu finden. Als Kompromissvorschlag brachte das Komitee den 10. Juni ein. Die Fnaca zeigte sich jedoch nicht kompromissbereit. Allein der 19. März entspreche historisch dem »devoir de mémoire à l'égard des victimes militaires et civiles de ce drame«²⁶⁴. Dass sich Jean-Pierre Masseret, der beim PS für Veteranen zuständige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, für den 10. Juni aussprach, wertete sie als Verrat. Er hatte sich noch 1996, damals als Bürgermeister der Kommune Hayange, für den 19. März ausgesprochen²⁶⁵. Masseret war nicht der einzige Vertreter des PS, der seine Meinung bezüglich des 19. März änderte. Lionel Jospin hatte sich sowohl 1995 als Präsidentschaftskandidat als auch 1997 vor den Parlamentswahlen dafür ausgesprochen, den 19. März zum offiziellen Gedenktag zu benennen. Ausdrücklich hatte er der Fnaca seine Unterstützung zugesagt und erklärt, er wolle jedes Jahr bei den Gedenkfeierlichkeiten an der Seite des Verbandes stehen. Ein Versprechen, das er dem Generalsekretär der Fnaca, Sicart, zufolge als Premierminister nicht gehalten habe²⁶⁶.

Im Vorfeld des 40. Jahrestags des Kriegsendes und der Unabhängigkeit Algeriens erklärte die Fnaca, den Druck auf die sozialistischen Abgeordneten verstärken zu wollen. Insbesondere Jospin wollte der Verband im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in die Pflicht nehmen und ihn ausdrücklich an sein Versprechen erinnern²⁶⁷. Der Druck zeigte Wirkung, führte jedoch nicht zum Ziel. Noch im Jahr 2001 brachten Abgeordnete der sozialistischen Partei einen Gesetzestext ins Parlament ein, durch den der 19. März zum offiziellen Gedenktag bestimmt werden sollte. Nicht alle Abgeordneten des PS unterstützten jedoch diesen Vorstoß. Insbesondere Regierungsvertreter der Partei waren bemüht, einen Kompromiss zu suchen, und hielten nicht mehr kategorisch am 19. März fest. Nicht nur Masseret hatte sich von seinem klaren Bekenntnis zu diesem Datum distanziert, auch von Jospin war kein deutliches Bekenntnis mehr zu hören. Auf Nachfrage des CNMF sprach sich Jospin im Vorfeld der Abstimmung über den Gedenktag im Senat zwar nicht deutlich gegen den 19. März aus. Er sprach jedoch in Bezug auf die Hilfssoldaten von den »dramas vécus en particulier dans la période qui a suivi le 19 mars« und plädierte für einen Kompromissvorschlag. Man müsse »les souffrances de tous« respektieren²⁶⁸. Obgleich er es umgangen hatte, sich klar für oder gegen den 19. März

²⁶⁴ Maurice SICART, Une seule date pour honorer nos morts: le 19 mars!, in: L'Ancien d'Algérie 397 (2001), S. 1.

²⁶⁵ Ibid.

²⁶⁶ Ibid.

²⁶⁷ Ibid.

²⁶⁸ Lionel Jospin an André Wormser, 15.4.2002, AN: vers. 20120054/110.

auszusprechen, gab er mit seinen Worten deutlich zu verstehen, dass für ihn die Massaker ein wichtiges Argument gegen den 19. März seien.

In der Fnaca zeigte man sich enttäuscht über die fehlende Unterstützung der sozialistischen Regierung und wertete dies als Verrat. Als Reaktion darauf verschärfte sich die Rhetorik des Verbands. Über die Gesetzesinitiative äußerte sich der Vorsitzende Marek 2001 mit den Worten »Celles et ceux qui ne sont pas avec nous, sont contre nous«, womit er jegliche Kompromissvorschläge ablehnte²⁶⁹. Auch gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten verschärfte die Fnaca ihre Rhetorik. Nach der Parlamentsabstimmung zur Gesetzesinitiative über den Gedenktag wiederholte der Verband den Vorwurf, das Schicksal der Hilfssoldaten werde instrumentalisiert, um eine Institutionalisierung des 19. März als Gedenktag zu verhindern. Er warf dies nicht nur denjenigen vor, die die »harkis« instrumentalisierten, sondern sah auch die Hilfssoldaten selbst in der Verantwortung. Man wisse inzwischen, wie gerne sich die »camarades harkis [...] par des gens peu sincères qui ne les inviteraient pas forcément à leur table... et qui pensent à eux surtout quand les élections approchent« instrumentalisieren ließen²⁷⁰. Mit diesen Worten wiederholte die Fnaca den Vorwurf, den FLN und auch kolonialkritische Linke bereits während des Algerienkriegs gegen die Hilfssoldaten erhoben hatten. Sie hätten sich mental nicht dekolonisiert, sondern sich über die Unabhängigkeit hinaus von Akteuren manipulieren lassen, die nur vorgäben, sich für ihr Schicksal zu interessieren. Trotz dieser Kritik hielt die Verbandsspitze am Selbstverständnis des Verbandes als Interessenvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten fest. Seit langem seien in den Reihen der Fnaca ehemalige Hilfssoldaten zu finden, die die Gedenkveranstaltungen des 19. März nicht als Angriff auf ihre Gemeinschaft und auf deren Gedenken ansähen, sondern sich alljährlich an den Veranstaltungen beteiligten²⁷¹.

Während die Frage des Gedenktages die Nationalversammlung und den Senat beschäftigte, zeigte sich die Fnaca über eine weitere erinnerungspolitische Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten, die Journée nationale d'hommage aux harkis, verärgert, die am 25. September 2001 begangen wurde. Sie wies im Vorfeld dieses Gedenktags in ihrem Verbandsorgan kurz und sachlich auf die anstehenden Feierlichkeiten hin²⁷². Zunächst schien der Verband diesem Ereignis keine große Bedeutung beizumessen. Nach der Rede Chiracs wertete er jedoch den Gedenktag als Gefahr für den 19. März und bewertete

²⁶⁹ Zitiert nach: Maurice SICART, Une seule date pour honorer nos morts: le 19 mars!, in: L'Ancien d'Algérie 397 (2001), S. 1.

²⁷⁰ Le vote solennel du 22 janvier 2002 sur la journée du 19 mars. Le prétexte des rapatriés, in: L'Ancien d'Algérie 404 (2002), S. 4.

²⁷¹ Ibid., S. 4.

²⁷² Les projets du Haut Conseil de la mémoire, in: L'Ancien d'Algérie 395 (2001), S. 3.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

diese Geste aus diesem Grund skeptisch. In seiner Rede ging Chirac explizit auf die Kontroverse um den 19. März ein und betonte, die Republik schulde allen Opfern ein würdiges Gedenken, man dürfe keine Opfer vergessen, sonst verrate man alle²⁷³. Diese Worte deutete die UNC-AFN triumphierend als klare Absage an den 19. März als nationalen Gedenktag²⁷⁴. Sabourdy reagierte auf diesen Artikel mit der gewohnten Rhetorik. Er warf dem konkurrierenden Veteranenverband vor, das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten zu instrumentalisieren, um die Parlamentsdebatte zu seinen Gunsten zu beeinflussen²⁷⁵.

Wie sich herausstellte, sollte die Gedenkveranstaltung kein einmaliges Ereignis bleiben. Auch für den 25. September 2002 wurden im ganzen Land Gedenkveranstaltungen geplant. Die Fnaca sah sich dadurch in ihrer Befürchtung bestätigt, der 25. September könne sich als nationaler Gedenktag durchsetzen. Diese Befürchtung erklärt die Ankündigung des Verbands, den Gedenktag zu boykottieren²⁷⁶. In der Begründung dieses Boykotts achtete die Verbandsspitze auf eine Formulierung, die die ehemaligen Hilfssoldaten nicht aus der nationalen Gemeinschaft ausschloss. Die »harkis« verdienen »reconnaissance« und »témoignages de réconfort«, war in dem Verbandsorgan zu lesen. Aus diesem Grund sei auch die Fnaca auf der nationalen Veranstaltung in Paris im vergangenen Jahr vertreten gewesen. Dieses Gedenken hätte jedoch ein einmaliges Ereignis bleiben sollen. Dass der Tag nun erneut begangen wurde, begründete der Verband mit »des pressions dont on devine l'origine«. Man vermutete eine gezielte Initiative der Gegner des 19. März. Die Verbandsspitze habe sich aus diesem Grund bewusst dafür entschieden, diesen Vorstoß nicht zu unterstützen²⁷⁷.

Die Verbandsspitze nutzte die Gelegenheit, um zu verdeutlichen, dass sie am 19. März als Gedenktag festhielt. Ein Gedenktag könne nur auf ein einziges Datum fallen: auf den »anniversaire du ›cessez-le-feu‹ officiel du 19 mars 1962, imposé par l'Histoire«. Im letzten Jahr hätten sie erneut in Abwesenheit des Präsidenten und des Premierministers an diesem Datum all der Opfer der Kämpfe in Nordafrika gedacht, ganz gleich, ob sie vor oder nach dem Waffenstillstand ihr Leben verloren hätten. Selbstverständlich sei dabei auch der »mal-

²⁷³ Discours de M. Jacques Chirac, président de la République, à l'occasion de la Journée nationale d'hommage aux harkis, 25.9.2001, <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Hommage-national-aux-harkis-septembre-2001.pdf> (26.2.2020).

²⁷⁴ Michel SABOURDY, La Journée nationale d'hommage aux harkis, in: L'Ancien d'Algérie 400 (2001), S. 6.

²⁷⁵ Ibid.

²⁷⁶ Journée des harkis 2002, in: L'Ancien d'Algérie 406 (2002), S. 3.

²⁷⁷ 25 septembre 2002: pourquoi nous n'y étions pas, in: L'Ancien d'Algérie 410 (2002), S. 3.

heureux harkis massacrés après l'indépendance de l'Algérie« gedacht worden. Die Hilfssoldaten seien sich der Tatsache bewusst, dass die Fnaca sie respektiere und sich im Gegensatz zu jenen, die viel redeten und wenig handelten, für sie und die Verteidigung ihrer Rechte einsetze²⁷⁸. Mit diesen Worten unterstrich der Verband den Anspruch, trotz des Boykotts als Interessensvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten zu fungieren.

In ihrer Absage an den 25. September als Gedenktag bezeichnete die Verbandsspitze die »harkis« als »compagnons, à égalité de droits et de devoirs«²⁷⁹. Gerade deshalb müsse man sich gegen einen speziellen Gedenktag zugunsten dieser Hilfssoldaten aussprechen. Um sie als gleichberechtigte Mitglieder der nationalen Gemeinschaft anzuerkennen, dürften sie nicht als gesonderte Kategorie behandelt werden, sondern müssten in ein einheitliches Gedenken einbezogen werden²⁸⁰. In aller Deutlichkeit wiederholte die Verbandsspitze dieses Argument, nachdem 2003 per Dekret der 25. September als nationaler Tag des Gedenkens an die Hilfssoldaten institutionalisiert worden war. In ihrem Verbandsorgan veröffentlichte die Fnaca einen Artikel, der bereits in der Überschrift die Frage aufwarf: »Les harkis ne seraient-ils plus nos frères d'armes?«²⁸¹ Bereits mit den Feierlichkeiten der letzten beiden Jahre habe man die Hilfssoldaten zu »combattants entièrement à part« deklariert. Dass man von nun an alljährlich eine spezielle Zeremonie für sie abhalten wolle, verstärke ihre Marginalisierung. Die Fnaca beteilige sich nicht an dieser Marginalisierung, sondern lade all diejenigen, die in den Reihen der französischen Armee in Nordafrika gekämpft hatten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion dazu ein, derer zu gedenken, die aus diesem Krieg nicht zurückgekehrt waren. Der 25. September stehe im Widerspruch zu einem universalistischen Gedenken, dem man sich selbst verschrieben habe. Ein universalistisches Gedenken müsste laut den Verantwortlichen des Verbandes folgendermaßen beschaffen sein: »Pour la Fnaca, ce ne peut pas être les harkis et nous, mais bien les harkis avec nous«. Man müsse gemeinsam mit den ehemaligen Hilfskräften des Kriegs gedenken, und zwar am 19. März, so wie zahlreiche Hilfskräfte aus den Reihen der Fnaca, die alljährlich bei den Gedenkveranstaltungen am Tag der Verkündung des Waffenstillstandsabkommens anwesend seien²⁸².

278 Ibid.

279 Ibid.

280 Ibid.

281 Louis CERCEAU, Le gouvernement décide de pérenniser la journée du 25 septembre en hommage aux harkis: les harkis ne seraient-ils plus nos frères d'armes?, in: L'Ancien d'Algérie 419 (2003), S. 1.

282 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Als die Regierung im September 2003 per Dekret den 5. Dezember zum Gedenktag für die Opfer des Algerienkriegs erklärte, akzeptierte die Fnaca diese Entscheidung nicht, sondern kündigte an, weiterhin am 19. März einen Gedenktag zu begehen. Auch mit dem 25. September zeigte der Verband sich weiterhin unzufrieden. Im Jahr 2004 wertete er die Journée nationale d'hommage aux harkis als Misserfolg. In seiner Zeitschrift berichtete er von den Feierlichkeiten, die auf regionaler Ebene in Toulouse stattgefunden hatten, ging jedoch vor allem darauf ein, dass die Hilfssoldaten selbst unterrepräsentiert gewesen seien²⁸³. Mit dieser Darstellung verdeutlichte die Fnaca, dass sie diesen Gedenktag ebenso wie die Ablehnung des 19. März als Gedenktag für alle Opfer des Algerienkriegs nicht als Ergebnis erinnerungspolitischer Aktivitäten der ehemaligen Hilfssoldaten selbst, sondern der erfolgreichen Lobbyarbeit von Aktivisten der *Algérie française* wertete. Während die Fnaca selbst immer wieder erklärte, sich in ihrer Erinnerungsarbeit an der Idee des Universalismus zu orientieren, warf sie anderen Akteuren vor, eine Gegenerinnerung zu kreieren und die Hilfssoldaten dafür zu instrumentalisieren. Ein Beleg für ihr Interesse an einem universalistisch ausgerichteten Gedenken ist die mehrfach wiederholte Erklärung, die ehemaligen Hilfssoldaten seien als Veteranen wie alle anderen zu behandeln und an die Opfer unter den Hilfssoldaten solle im Rahmen eines gemeinsamen Gedenkens an alle Gefallenen erinnert werden. Dieser Ansatz blendete jedoch die besondere Situation der ehemaligen Hilfssoldaten aus und schenkte der Tatsache keine Beachtung, dass sie mit Kriegsende nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, sondern gezwungen waren, Algerien zu verlassen. Daher konnten all die Beteuerungen vonseiten der Fnaca, sie verträte auch die Interessen der ehemaligen Hilfssoldaten, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vergangenheitsdeutung des Verbandes im Widerspruch zu den Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten stand. Allerdings können die von der Fnaca gegen die Aktivisten der *Algérie française* erhobenen Vorwürfe, sie instrumentalisieren die Massaker, um ihre eigene Geschichtsdarstellung zu unterstreichen, bestätigt werden. Aufgrund dieser Strategie der Aktivisten der *Algérie française* geriet die Fnaca mit ihren erinnerungspolitischen Forderungen immer mehr in die Defensive. Sie hatte dem Argument, der 19. März stehe für den Beginn der Racheakte an den ehemaligen Hilfssoldaten und für den Beginn der Odyssee, mit der sie dieser Rache entkommen wollten, inhaltlich wenig entgegenzusetzen, was auch die verschärfte Rhetorik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten erklärt. Dass die Fnaca die ehemaligen Hilfssoldaten jedoch trotz der teils abweichenden Rhetorik und trotz der Auseinandersetzungen um den 19. März als Veteranen und Bürger der Republik betrachtete, wird durch die konkrete Arbeit des Verbandes untermauert. Seine Vertreter hofften, den ehe-

²⁸³ L'hommage aux harkis... sans harkis, in: *L'Ancien d'Algérie* 431 (2004), S. 15.

maligen Hilfssoldaten durch eine soziale Besserstellung anstatt durch symbolische Gesten das Gefühl vermitteln zu können, gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik zu sein.

4.6 Linke Kolonialkritik auf Erinnerungsebene

Die Beobachtung Roussos, mit dem Jahr 1997 hätten die Debatten um den Algerienkrieg an Intensität gewonnen, ist unter anderem damit zu begründen, dass mit dem Prozess gegen Papon die kolonialkritische Linke in die Kontroversen um die Vergangenheitsdeutung einstieg, die sich zuvor nur vereinzelt zu Wort gemeldet hatte²⁸⁴. Da während des Prozesses auch die Geschehnisse vom 17. Oktober 1961 zur Sprache kamen, wurden die von der französischen Armee und Polizei begangenen Verbrechen zum Thema in den um den Algerienkrieg geführten Kontroversen. Die kolonialkritischen Akteure begannen ihre Vergangenheitsdeutung in die Öffentlichkeit zu tragen. Dadurch kam eine Geschichtsdarstellung auf, in der den Hilfssoldaten auch die Rolle von Tätern zukam. Mit den Erinnerungen an den 17. Oktober 1961 wurden auch die Erinnerungen an die »harkis de Paris« wach, die muslimischen Hilfspolizisten, die die Polizei in Paris eingesetzt hatte. Der französische Historiker Jean-Luc Einaudi, der in dem Prozess gegen Papon über die Ereignisse vom 17. Oktober 1961 aussagte, hatte bereits 1991 ein Werk mit dem Titel »La bataille de Paris. 17 octobre 1961« vorgelegt, in dem er die Ereignisse in den Gesamtkontext des Repressionssystems einbettete, mit dem die algerische Gemeinde in Frankreich während des Krieges konfrontiert war²⁸⁵. Er beschrieb die muslimische Hilfspolizei in dieser Geschichte als eine von Papon geschaffene Parallelstruktur. Da sie außerhalb des Gesetzes agiert hätten, hätten die Hilfspolizisten besonders brutal vorgehen können²⁸⁶. Einaudis auf Berichten von Zeitzeugen beruhende Darstellung der Vergangenheit glich dem zeitgenössischen Diskurs um die »harkis de Paris«. Er beschrieb sie als Handlanger des zuständigen Generals Montaner, die in dessen Auftrag Folterungen durchgeführt und die algerische Gemeinde in Frankreich

²⁸⁴ Rouso, *La guerre d'Algérie*.

²⁸⁵ EINAUDI, *La bataille de Paris*. Einaudi stützt seine Ausführungen auf Zeugenaussagen, die vom FLN aufgenommen sein sollen. Georges Mattei, der als »Kofferträger« in Frankreich den FLN unterstützt hatte, übergab Einaudi die Skripte dieser Aussagen. Einaudi selbst sieht die Authentizität dieser Dokumente als gesichert an (vgl. *ibid.*, S. 14f.). Allerdings finden sich in den Aussagen zahlreiche Ungereimtheiten, weshalb die Authentizität durchaus angezweifelt werden kann.

²⁸⁶ *Ibid.*, S. 62.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

terrorisiert hätten²⁸⁷. Dabei wirkten einige der Zeitzeugen überspitzt und unglaubwürdig. So zitierte Einaudi einen Algerier, der bezeugte, dass ein Hilfspolizist sich während der Demonstration vom 17. Oktober über einen bereits am Boden liegenden Demonstranten beugte und diesem mit einem Maschinengewehr in den Kopf schoss²⁸⁸.

Durch das Werk Einaudis ziehen sich Parallelen zwischen der Vichy-Vergangenheit Frankreichs und dem Vorgehen des französischen Sicherheitsapparats während des Algerienkriegs, was in erster Linie mit der Doppelrolle Papons zu begründen ist. Einaudi stellte das Handeln des Polizeipräfekten Papon in den Kontext dessen Handelns als Vichybeamter. Sein Buch widmete Einaudi der neunjährigen Jeannette Griff, die 1942 zunächst von Bordeaux nach Drancy und anschließend von Drancy nach Auschwitz deportiert worden war, sowie der 15-jährigen Fatima Bedar, die im Oktober 1961 im Kanal von Saint-Denis ertränkt worden sein soll. Dadurch zog er Parallelen zwischen der Besatzung Frankreichs und der Kolonialherrschaft in Algerien²⁸⁹. Besonders deutlich wird dies sichtbar, als er beschrieb, wie in der Coubertin-Halle Gas in die Röhren geleitet worden sei, um die dort nach dem 17. Oktober internierten Algerier zu ersticken²⁹⁰. Die ehemaligen Hilfspolizisten verglich Einaudi durch diese konstruierte Parallelität mit Kollaborateuren des Naziregimes.

Der historische Wahrheitsgehalt der Darstellungen Einaudis ist in der Forschung stark umstritten, wobei sich die Forschungskontroverse auf die Frage konzentriert, wie stark Einaudi bei der Darlegung der Opferzahlen des Polizeieinsatzes vom 17. Oktober 1961 übertrieben habe. Der auf die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus spezialisierte französische Zeithistoriker Jean-Paul Brunet kam in seinen Untersuchungen der Ereignisse zu dem Schluss, dass die Zahl von 393 Opfern der Polizeigewalt stark übertrieben sei. Einaudi nenne mehrere Opfer zweifach, zudem werte er alle Algerier, die um den 17. Oktober gestorben waren, als Opfer der Polizeigewalt. Selbst einen Hilfspolizisten machte Brunet auf der Opferliste Einaudis aus²⁹¹. Er warf Einaudi vor, in seinem historischen Arbeiten von seiner politischen Tätigkeit an der Seite des Parti communiste marxiste-léniniste de France geleitet zu sein. Um die mangelnde Glaubwürdigkeit der historischen Arbeit Einaudis hervorzuheben, verwies Brunet darauf, dass dieser unter anderem Lobgesänge auf die Roten Khmer gesungen habe und leugne, dass diese Verbrechen gegen die Mensch-

²⁸⁷ Ibid., S. 71f.

²⁸⁸ Ibid., S. 132f.

²⁸⁹ Ibid., Widmung.

²⁹⁰ Ibid., S. 191.

²⁹¹ BRUNET, Charonne, S. 15–36.

lichkeit begangen habe²⁹². Gegenüber »une fraction de la société française«, sprich der kolonialkritischen Linken, erhob er den Vorwurf, sich trotz dessen Mangels an Professionalität von Einaudi geblendet haben zu lassen²⁹³. Doch auch das wissenschaftliche Vorgehen und die Ergebnisse Brunets wurden kritisiert. Während Einaudi sich ausschließlich auf Zeitzeugenberichte von Algeriern konzentriert habe, habe Brunet wiederum keinen einzigen Algerier, sondern ausschließlich Archivquellen befragt, warf Vidal-Naquet ihm vor²⁹⁴. Die britischen Historiker Jim House und Neil MacMaster kamen 2006 nach gründlichen Recherchen zu den Opferzahlen zu dem Schluss, dass die von Einaudi vorgelegte Opferzahl als übertrieben, die von Brunet vorgelegte Zahl jedoch als untertrieben angesehen werden muss²⁹⁵.

Obgleich Einaudis wissenschaftliche Recherchen bis heute stark umstritten sind, waren seine Aussagen im Prozess gegen Papon ohne Zweifel von großer Tragweite. Es waren fortan nicht nur zahlreiche Stimmen zu hören, die die vom französischen Sicherheitsapparat zur Zeit des Algerienkriegs begangenen Verbrechen thematisierten; auch das Motiv, diese Verbrechen mit den Verbrechen des Vichy-Regimes zu vergleichen, sollte sich mehrmals wiederholen. Die Bewertung der Rolle der Hilfssoldaten und der Hilfspolizisten in diesem Sicherheitsapparat fiel jedoch in den nachfolgenden Debatten unterschiedlich aus. Sie changierte in den Interpretationen der einstigen Kolonialkritiker zwischen den Kategorien Täter und Opfer. Als Söhne ehemaliger Hilfssoldaten Ende 1997 durch Hungerstreiks auf sich aufmerksam machten, thematisierten Journalisten von »Le Monde« die »harkis« in der Berichterstattung als doppelte Verlierer der Geschichte, die der FLN zurückgewiesen und Frankreich im Stich gelassen habe. Sie seien nicht nur sozial benachteiligt, sondern auch die »grands oubliés de notre mémoire«, und zwar aus einem Grund: Mit ihrer Rolle während des Krieges widerlegten sie sowohl den Mythos, dass Algerien von einem geschlossenen hinter dem FLN stehenden Volk befreit worden war, als auch den Mythos, dass de Gaulle erfolgreich in die Dekolonisation geführt habe²⁹⁶. Ihre Rolle als Täter zur Zeit des Algerienkriegs, unter anderem an der Seite Papons, blieb unerwähnt. Vielmehr wurde ihnen ein Opferstatus zugeschrieben, der vor allem darauf beruhte, dass sie ideologisch keinem Lager zugeordnet werden konnten und aus diesem Grund ihre Rolle in der Geschichte stets verschwiegen wurde.

292 Ibid., S. 36f.

293 Ibid., S. 18.

294 VIDAL-NAQUET, Préface, S. 17.

295 HOUSE, MACMASTER, Algerians, State Terror, and Memory, S. 161–179.

296 Notre blessure algérienne, in: Le Monde, 27.9.1997.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Auch die Berichterstattung in »L'Humanité« richtete den Fokus auf die Opferrolle der Hilfssoldaten. Nachdem Anfang Oktober einer der Hungerstreikenden ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, berichtete man auch in der kommunistischen Tageszeitung über die Beweggründe der Hungerstreikenden, die eine offizielle Entschuldigung der französischen Regierung und des Staatspräsidenten forderten. Man zeigte Verständnis für diese Forderung und kein Verständnis dafür, dass Präsident und Regierung dieser Forderung nicht nachkamen. Mit Blick auf die Äußerungen Chiracs zur Mitverantwortung der französischen Polizei und Gendarmerie an der Deportation von europäischen Juden hieß es, es gehöre derzeit zum guten Ton, sich zu entschuldigen. Dass die Regierung de Gaulles sie verraten habe, stellte der Verfasser des Artikels nicht in Frage. Die französische Armee habe sie im Land ihrer Väter rekrutiert und ihnen befohlen, auf ihre eigenen Brüder zu schießen. Teils hätten sie sich aufgrund von Gewalt oder von Gewaltandrohung in den Reihen der französischen Armee wiedergefunden, die meisten seien jedoch einer geschickten Propaganda zum Opfer gefallen. Man habe ihnen erzählt, dass sie französische Staatsbürger seien. Gleichzeitig habe man den FLN zu einer Gruppe skrupelloser Mörder stilisiert und so dessen Unabhängigkeitskampf die Legitimation entzogen. Zusammengefasst warf man den Hilfssoldaten nur eine Sache vor: »Les harkis ont choisi le mauvais camp, le nôtre«²⁹⁷. Die Hilfssoldaten wurden in dieser Argumentationsweise als von der französischen Armee betrogene Mitglieder der algerischen Nation dargestellt. Die Rekrutierung der Hilfssoldaten wurde zu einem von der französischen Armee begangenen Verbrechen erklärt und die Hilfssoldaten damit selbst zum Opfer.

Der Artikel in »L'Humanité« endete mit einem Appell an die kolonialkritische Linke, alte Differenzen abzulegen und den Blick auf die Hilfssoldaten dahingehend zu verändern, ihre Tätigkeit in den Reihen der französischen Armee zu kontextualisieren und sie dementsprechend auch als Opfer anzuerkennen. Die Linke dürfe nicht der extremen Rechten und den »nostalgiques de l'Algérie française« überlassen, sich für die ehemaligen Hilfssoldaten einzusetzen²⁹⁸. Diesem Appell folgte die Linke jedoch nicht geschlossen. Nur einen Tag nach dem Erscheinen dieses Artikels erschien in der satirischen Wochenzeitung »Charlie Hebdo« ein Kommentar des Zeichners Siné zu den Hungerstreiks. Mit bürgerlichem Namen Maurice Albert Sinet, hatte sich Siné seit den 1950er Jahren in Frankreich als Zeichner und Karikaturist einen Namen gemacht. Er hatte zur Zeit des Algerienkriegs für die Wochenzeitschrift »L'Express« gezeichnet und geschrieben, war jedoch in der Redaktion aufgrund seiner radikalen Position zur Algerienkriegsfrage umstritten gewesen und hatte 1962 die Zeitschrift

²⁹⁷ Régine DEFORGES, Harkis: combat pour la dignité, in: L'Humanité, 7.10.1997.

²⁹⁸ Ibid.

verlassen, um zunächst für die von Vergès gegründete und vom FLN finanzierte Zeitschrift »Révolution africaine« zu zeichnen²⁹⁹. Nach der Unabhängigkeit Algeriens blieb er dem FLN verbunden. Bis 1980 zeichnete er regelmäßig im Auftrag der staatlichen Ölgesellschaft Algeriens Sonatrach, bevor er sich dem Team von »Charlie Hebdo« anschloss³⁰⁰. Er war auch innerhalb dieses Teams nicht unumstritten. Seiner antiimperialistischen Haltung blieb er treu und trat fortan als vehementer Verteidiger eines palästinensischen Staates auf. Immer wieder wurde er wegen antisemitischer Äußerungen kritisiert und musste sich auch vor Gericht verteidigen, weshalb er schließlich 2008 »Charlie Hebdo« verlassen musste³⁰¹.

Gewohnt pointiert fiel auch sein Kommentar zum Hungerstreik der Söhne ehemaliger Hilfssoldaten aus. Siné leitete ihn mit folgenden Worten ein: »Bien que je sois tout à fait d'accord avec les harkis qui ont fait la grève de faim pour obtenir, enfin, la reconnaissance que la France leur doit, je ne peux m'empêcher d'avoir envie de leur cracher à la gueule!«³⁰² Diese Worte zeigten seine offene Verachtung den »harkis« gegenüber. Auch Siné vertrat die Ansicht, die damalige Staatsführung habe die Hilfssoldaten instrumentalisiert und verraten. Sie hätten die »schmutzigsten« Aufgaben zu erfüllen gehabt, nämlich die Netzwerke des FLN zu infiltrieren, um ihre »frères résistants« zu denunzieren. Als Dank habe man sie in Lagern geparkt und »comme de la merde« behandelt. Siné lehnte es jedoch ab, sie deshalb als Opfer anzusehen. Ihre soziale Ausgrenzung in Frankreich könne nicht vergessen machen, dass sie an der Seite Frankreichs gestanden hatten, als dieses in ihrem eigenen Land eine ethnische Säuberung durchgeführt habe. Sie seien deshalb als »traîtres à leur patrie« zu betrachten, die nichts außer Verachtung verdienten. Dankbarkeit und Glückwünsche stünden ihnen als »loyaux serviteurs de la puissance coloniale«, als »collabos zélés«, lediglich vonseiten ihrer »maîtres« zu³⁰³. Siné warf ihnen vor, sich noch immer nicht aus der Abhängigkeit ihrer alten *maîtres* befreit zu haben, und folgte damit der Theorie Fanons. Sie würden von diesen Anerkennung für ihre militärischen Leistungen fordern, anstatt sich deutlich von ihren Taten zu distanzieren. Noch immer verwiesen die »harkis« mit Stolz auf die ihnen verliehenen militärischen Würden, auf ihre »médailles de la honte«. Siné zog hier die Parallele zu Papon, der während des Prozesses stolz sein Eisernes

299 Siné, le caricaturiste anticolonialiste, l'inventeur du logo de Sonatrach, est mort, in: Algérie 360°, 5.5.2016, <http://www.algerie360.com/sine-le-caricaturiste-anticolonialiste-linventeur-du-logo-de-sonatrach-est-mort/> (26.2.2020).

300 Hocine MALTI, Histoire secrète du pétrole algérien, Paris 2010, S. 99.

301 Siné débouté de sa demande en diffamation, in: Libération, 3.3.2009.

302 Siné sème sa zone, in: Charlie Hebdo, 8.10.1997.

303 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kreuz zur Schau gestellt hatte³⁰⁴. Durch den Bezug der ehemaligen Hilfspolizisten zu Papon rückte auch Siné die »harkis« in den Kontext des Vichy-Regimes und setzte sie mit den Kollaborateuren des Naziregimes gleich.

Siné war sich der Tatsache bewusst, dass es sich bei den Hungerstreikenden um die Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handelte, die nicht selbst in den Reihen der französischen Armee gedient hatten. Seine Verachtung für diese Gruppe fiel deshalb jedoch nicht geringer aus. Es sei für diese Generation bestimmt nicht leicht, sich zur Vergangenheit ihrer Väter zu positionieren. Sie hätten zwei Möglichkeiten: Entweder seien sie stolz auf ihre Väter oder sie schämten sich für sie. »[D]ans le premier cas, qu'ils crèvent! Dans le second, qu'ils patientent jusqu'à ce qu'ils deviennent orphelins!«³⁰⁵ Nur unter der Bedingung, dass sie sich klar von den Taten ihrer Väter distanzieren, hätten sie Nachsicht zu erwarten. Als Karikaturist wurden von Siné zugespitzte Äußerungen erwartet. Dies muss bei der Bewertung seiner Aussagen beachtet werden. Seine Aussagen zeigten jedoch deutlich, dass er nicht bereit war, die alte Feindschaft zu überwinden, auch nicht gegenüber der zweiten Generation. Als Voraussetzung für eine Annäherung erwartete er von den ehemaligen Hilfssoldaten ein klares Schuldeingeständnis und eine Entschuldigung. Er interpretierte jedoch die erinnerungspolitischen Forderungen der zweiten Generation dahingehend, dass diese ihre Gemeinschaft zu Opfern stilisierten, ohne sich mit den von den Hilfssoldaten und Hilfspolizisten während der Zeit des Algerienkriegs begangenen Verbrechen zu beschäftigen.

Wie bereits 1962 meldete sich auch in der Debatte über die Deutung der Vergangenheit der Althistoriker Vidal-Naquet zu Wort, um dafür zu werben, die Hilfssoldaten als Opfer zu thematisieren, ohne ihre Beteiligung an Verbrechen zu überspielen. Vidal-Naquet verwies darauf, dass er als einer der entscheidenden Akteure im Kampf gegen die Folter bereits 1962 auf die Massaker an den Hilfssoldaten hingewiesen habe, ohne jedoch die Rolle der Hilfssoldaten während des Krieges zu beschönigen. Mit Blick auf die aufkommende Debatte über Verbrechen der französischen Armee und des Polizeiapparats und damit auch der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten plädierte er dafür, die »harkis« und ihre Nachkommen als Opfer anzuerkennen, ohne deren Taten innerhalb des französischen Sicherheitsapparats zu verschweigen³⁰⁶. Dieses Vorhaben wurde jedoch erschwert, da im darauffolgenden Jahr die Debatten um die von der französischen Armee angewandte Folter kulminierten. Im Juni 2000 veröffentlichte »Le Monde« einen Artikel, in dem Louise Ighilahriz, die 1957 als junge Anhängerin des FLN in die Gefangenschaft der 10. Fallschirmjägerdivision

³⁰⁴ Ibid.

³⁰⁵ Ibid.

³⁰⁶ Pierre VIDAL-NAQUET, Contre la torture, pour les harkis, in: Le Monde, 10.11.1999.

unter der Führung von General Massu geraten war, von den während ihrer Gefangenschaft durchlebten Folterungen berichtete³⁰⁷. Dieser Artikel führte vor allem deshalb zu einer Kulmination der Debatte um die Verbrechen der französischen Armee, da Ighilahriz mehrere für die Folter Verantwortliche namentlich benannte, darunter Massu selbst. Dieser reagierte genauso wie andere ehemalige Militärs auf die Vorwürfe. Im November veröffentlichte »Le Monde« ein Interview mit Massu und General Paul Aussaresses, einem Veteran der France libre, der ebenfalls als hochrangiger Offizier an der »Schlacht von Algier« beteiligt gewesen war. In diesem Interview bestätigten beide, regelmäßig Folterungen durchgeführt zu haben. Während Massu Reue zeigte, verteidigte Aussaresses die damals angewandten Methoden rigoros. Die Folter sei im Kampf gegen den FLN notwendig gewesen, er selbst habe 24 Gefangene getötet und würde in einer solchen Situation erneut so handeln, ließ er verlauten³⁰⁸. Ein Jahr später veröffentlichte er einen ausführlichen Bericht, in dem er Folter und Mord einräumte und zugleich rechtfertigte³⁰⁹. Sein Bericht brachte ihm eine Klage und eine Verurteilung wegen »Verteidigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit« ein³¹⁰.

Infolge dieser Berichte von Betroffenen und Bekenntnissen von Tätern beschäftigten sich auch Politik und Wissenschaft mit der Folter. Die französische Historikerin Raphaëlle Branche sollte im Jahr 2001 die erste wissenschaftliche Untersuchung zur Anwendung von Folter während des Algerienkriegs vorlegen und bestätigen, dass die französische Armee während des Algerienkriegs systematisch Folterungen durchgeführt habe³¹¹. Sowohl Chirac als auch Premierminister Jospin sahen sich unmittelbar nach den ersten Bekenntnissen der Militärs mit der Forderung nach einem staatlichen Schuldeingeständnis konfrontiert. Beide äußerten sich Ende 2000 zu den Vorwürfen, ohne jedoch die Folter klar zu verurteilen oder sich gar bei den Opfern zu entschuldigen³¹².

307 Florence BEAUGÉ, Torturée par l'armée française en Algérie, »Lila« recherche l'homme qui l'a sauvée, in: *Le Monde*, 20.6.2000.

308 Vgl. zur Reaktion der Offiziere auf die Aussagen Ighilahriz' RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 444–446.

309 Paul AUSSARESSES, *Services spéciaux. Algérie 1955–1957*, Paris 2001.

310 Condamnation du général Aussaresses pour »apologie de crimes de guerre«, communiqué de la LDH, 25.12.2002, <http://www.histoirecoloniale.net/condamnation-du-general.html> (26.2.2020).

311 Raphaëlle BRANCHE, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.

312 Florence BEAUGÉ, L'intervention du président de la République, in: *Le Monde*, 16.12.2000.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Akteure der *Algérie française* verwiesen in der Folterdebatte auf die Massaker an den »harkis«, um die Brutalität des FLN zu unterstreichen und somit die Anwendung der Folter zu entschuldigen³¹³. Gleichzeitig erinnerten Kolonialkritiker, die bereits während des Krieges auf Folterungen hingewiesen hatten, an die Aktivitäten der »harkis de Paris«. Das Verlagshaus La Découverte legte das bereits 1961 erschienene Werk Paulette Péjus »Les harkis à Paris« gemeinsam mit dem ebenfalls von ihr verfassten Werk »Ratonnades à Paris« wieder auf, das die Ereignisse des 17. Oktobers 1961 behandelte³¹⁴. Neben dem Ehemann der zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen Paulette Péju, Marcel Péju, verfasste Vidal-Naquet ein Vorwort zu dieser Sammelausgabe. Gemäß seinem eigenen Anspruch, die Geschichte von beiden Seiten zu beleuchten, kontextualisierte Vidal-Naquet das Engagement der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten, indem er ihre Rekrutierung in Zusammenhang mit der sowohl von der französischen Armee als auch vom FLN ausgehenden Gewalt sowie der Not der Bevölkerung setzte. Er stellte auch die Massaker an den »harkis« nicht in Frage³¹⁵. Gleichzeitig verurteilte er klar deren Taten sowie die der in Algerien agierenden Hilfssoldaten. Dass die »harkis de Paris« gemeinsam mit Papon für Folter und Mord verantwortlich gewesen seien, bezeichnete er als Tatsache³¹⁶. Er zeigte Verständnis dafür, dass damalige Mitglieder und Unterstützer des FLN das Wort »harki« voller Hass aussprachen. Viele hätten im Verhalten der »harkis de Paris« den Grund für die Zuspitzung der Gewaltspirale gesehen, die im 17. Oktober gipfelte³¹⁷. Auch während der »Schlacht von Algier« hätten die Hilfssoldaten in Algerien »un rôle proprement terroriste« gespielt, weshalb es nicht »injuste« sei, sie mit den »miliciens de 1942–1944« zu vergleichen³¹⁸.

Insbesondere der Vergleich mit den französischen Milizen verwundert, hatte Vidal-Naquet doch ansonsten sehr versöhnliche Töne gegenüber den »harkis« angeschlagen und sich sehr differenziert geäußert. Vidal-Naquet plädierte als Wissenschaftler dafür, die Rolle der »harkis« im Algerienkrieg zu kontextualisieren, gab jedoch auch gleichzeitig als Zeitzeuge die von einigen damaligen Mitstreitern vertretene Vergangenheitsdeutung wieder, die sich dieser Kontextualisierung verweigerten. Marcel Péju hatte gemeinsam mit seiner Frau den FLN in seinem Kampf unterstützt. Damit begründete er in dem Vorwort seine fehlende Distanz zu den »harkis de Paris«. Sie seien für sie beide

313 Vgl. Kap. 4.3.

314 Paulette PÉJU, *Ratonnades à Paris, précédé de Les harkis à Paris*, Paris 2000.

315 VIDAL-NAQUET, *Préface*, S. 13.

316 *Ibid.*, S. 6.

317 *Ibid.*, S. 8.

318 *Ibid.*, S. 10.

nicht nur »d'abstraits mercenaires d'un pouvoir colonial« gewesen. Da sie in einem hauptsächlich von Nordafrikanern bewohnten Viertel gelebt hätten, hätten sie vom Fenster aus gesehen, wie die »harkis« mit ihren Maschinengewehren patrouillierten. Die »irruption barbare des harkis«, die von dem »triste Maurice Papon – déjà coupable, contre les juifs, de crime contre l'humanité« organisiert worden seien, hätten das Klima in dem Viertel grundsätzlich verändert³¹⁹. Vidal-Naquets klare Verurteilung der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten, die in einem Vergleich der »harkis« mit den Milizen des Vichy-Regimes gipfelte, folgt der Sichtweise Péjus. Dabei ließ Vidal-Naquet sich in seiner Deutung wohl auch von der Bewunderung für Péjus Vater beeinflussen, auf den er in dem Vorwort verwies. Élie Péju war einer der Hauptverantwortlichen der südlichen Zone der Résistance gewesen³²⁰. Dies erklärt, dass auch Vidal-Naquet sich in seinem Vorwort bemühte, Parallelen zwischen dem Handeln des Sicherheitsapparats des Vichy-Regimes und des während des Algerienkriegs agierenden Sicherheitsapparats zu ziehen, indem er die »harkis« mit Mitgliedern der französischen Miliz verglich.

Vidal-Naquet sollte nicht der letzte an der Debatte um den Algerienkrieg beteiligte Historiker bleiben, der zugleich auch Zeitzeuge war. Mehrere Historiker trugen die Verantwortung für die Debatten, die sich um das Gesetz vom 23. Februar 2005 entfalteten. Das Gesetz schrieb eine Geschichtserzählung fest, die Parlamentarier unter Mitwirkung von Interessensgruppen ohne Konsultierung von Wissenschaftlern und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschrieben hatten. Erst nach seiner Veröffentlichung wurde das Gesetz zum Gegenstand kontroverser Debatten, ausgelöst von dem auf Kolonialgeschichte spezialisierten Geschichtspräsident Claude Liauzu. Er wurde erst nach der Verabschiedung des Gesetzes von einem Studenten auf den genauen Gesetzestext insbesondere im Artikel 4 aufmerksam gemacht. Gemeinsam mit Kollegen lancierte er einen Appell, um die Abschaffung des Artikels zu fordern³²¹. Liauzu war einer von mehreren Initiatoren des Appells aus der Generation von Historikern, für die, wie Sirinelli es ausdrückte, der Algerienkrieg ein »événement fondateur« darstellte³²². Er selbst erklärte, die von der französischen Armee in den nordafrikanischen Kolonien begangenen Verbrechen hätten ihn sowohl persönlich als auch in seiner Arbeit als Wissenschaftler geprägt. Während des Algerienkriegs kämpfte er in den Reihen der kommunistischen Partei für die Unabhängigkeit Algeriens, weshalb er sich als Historiker Zeit seines Lebens auf

319 Marcel PÉJU, Introduction, in: PÉJU, Ratonnades à Paris, S. 21.

320 VIDAL-NAQUET, Préface, S. 7.

321 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 453.

322 ORY, SIRINELLI, Les intellectuels, S. 195.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

die französische Kolonialgeschichte und auf den französischen Rassismus konzentrieren sollte³²³. Auch Gilbert Meynier, einer der Mitinitiatoren des Appells, war während des Krieges für die Unabhängigkeit Algeriens eingetreten. Nach der Unabhängigkeit ging er nach Algerien, um dort im Schuldienst zu arbeiten und so am Aufbau des Landes mitzuarbeiten, bevor er sich wissenschaftlich mit der Geschichte des FLN befasste³²⁴. Diese Verflechtung von Wissenschaft und politischem Engagement nutzten die Aktivisten der *Algérie française*, um historische Arbeiten zum Algerienkrieg als eine von »Kofferträgern« verbreitete »contre-verité« zu diskreditieren und ihnen jegliche Objektivität abzuspreechen³²⁵.

In ihrem Appell sprachen sich die besagten Historiker jedoch für eine objektive Geschichtsschreibung aus. Der Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 installiere eine offizielle Geschichtsschreibung, was dem Prinzip der Neutralität in der Bildung sowie dem Prinzip der Meinungsfreiheit widerspreche, lautete ihr erster Kritikpunkt. Erst in einem zweiten Schritt legten sie ihre eigene Interpretation der Geschichte dar. Mit dem »rôle positif de la colonisation« werde von offizieller Seite eine Lüge über die Verbrechen und die von französischer Seite verübten teils genozidartigen Massaker, über Sklaverei und über einen im Kolonialismus wurzelnden Rassismus verbreitet³²⁶. Auf einer Pressekonferenz erläuterten Liauzu und Meynier gemeinsam mit dem auf Migrationsgeschichte spezialisierten Historiker Gérard Noiriel, sie wollten sich mit ihrer Kampagne gemeinsam dafür einsetzen, dass es den »entrepreneurs de mémoire«, wie Noiriel sie nannte, nicht mehr gelänge, sich der Vergangenheit zu bemächtigen, um gegenwärtige Interessen durchzusetzen³²⁷. Sie warfen den Aktivisten der *Algérie française* vor, mit dem Gesetz ihre Interpretation des Algerienkriegs als allgemeingültig zu erklären, um offene Debatten über Kolonialverbrechen und Rassismus zu unterbinden. Dem Gesetz haften ein »parfum d'OAS« an, erklärte Liauzu³²⁸.

Obwohl der Gesetzestext ursprünglich in erster Linie eine Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen sollte, war weder in dem in »Le Monde« veröffentlichten Aufruf noch auf der Pressekonferenz von ihnen die Rede. Liauzu schrieb ausdrücklich den »activistes de la »nostalgérie« die Ver-

323 BRANCHE, *La guerre d'Algérie*, S. 310f.

324 *Ibid.*, S. 309.

325 Vgl. hierzu [Kap. 4.3](#).

326 Colonisation: non à l'enseignement d'une histoire officielle, in: *Le Monde*, 24.3.2005.

327 Laetitia VAN ECKHOUT, Des historiens fustigent une loi prônant un enseignement positif de la colonisation, in: *Le Monde*, 15.4.2005.

328 *Ibid.*

antwortung für dieses Gesetz zu, wobei er auch Mitglieder der muslimischen Elite zu dieser Gruppe zählte. Er lieferte sich in »Le Monde« einen verbalen Schlagabtausch mit Mekachera, der sich bemühte, als einer der Initiatoren des Gesetzes den Gesetzestext zu verteidigen³²⁹. Allerdings ordnete Liauzu die ehemaligen Hilfssoldaten ausdrücklich nicht dieser Gruppe zu, wie er in einem gemeinsam mit der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, Fatima Besnaci-Lancou, verfassten und im August in der Tageszeitung »Libération« veröffentlichten Artikel deutlich machte. Sie wiederholten die Forderung nach der Abschaffung des besagten Gesetzesartikels und reflektierten die Rolle der ehemaligen Hilfssoldaten in dieser Auseinandersetzung. Sie sahen nicht allein die französische, sondern auch die algerische Regierung in der Verantwortung, »la boîte à chagrin algérienne« zu schließen. Am Beispiel der ehemaligen Hilfssoldaten warfen sie sowohl der französischen als auch der algerischen Regierung Fehler in der Vergangenheitsbewältigung vor. Die alten Eliten in Algier instrumentalisierten bis heute eine offizielle Geschichtsschreibung zur Legitimation ihrer Herrschaft und schlossen aus diesem Grund die »harkis« kategorisch aus der algerischen Nation aus. Im Gegensatz dazu habe man in Frankreich von staatlicher Seite ein Schweigen zum Algerienkrieg verordnet und dementsprechend die Existenz der »harkis« verschwiegen. Durch dieses Schweigen habe der französische Staat die Eskalation der *guerre des mémoires* zugelassen. Es sei wichtig, auch die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten zu hören und in die französische Geschichtsschreibung zu integrieren, um die Auseinandersetzungen um den Algerienkrieg zu beenden³³⁰.

Gemeinsam stellten Liauzu und Besnaci-Lancou klar, dass das Gesetz vom 23. Februar nicht die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten wiedergebe. Man werde deren Erinnerungen nicht gerecht, wenn man sie in einen Kontext setze, der zugleich dazu diene, den Kolonialismus zu rehabilitieren. Vielmehr plädierten sie für eine Auflösung der Dichotomie zwischen Hilfssoldaten und algerischen Migranten, nicht nur auf der sozialen, sondern auch auf der Erinnerungsebene. Sie bezeichneten die Hilfssoldaten als »paysans souvent pauvres, non scolarisés«, deren Engagement entgegen der Propaganda der Akteure der *Algérie française* nur selten ideologisch motiviert gewesen sei, sondern im Kontext der sich während des Krieges zuspitzenden Gewaltspirale zu erklären sei.

³²⁹ Mekachera verteidigte das Gesetz inklusive des entsprechenden Artikels in »Le Monde«. Er reagierte dabei besonders empört auf die Äußerungen Liauzus, das Gesetz sei auf Aktivisten der OAS zurückzuführen. Vgl. Hamlaoui MEKACHERA, Colonisation: réconcilier les mémoires, in: Le Monde, 9.5.2005. Liauzu reagierte wiederum gemeinsam mit Thierry Le Bars auf die Ausführungen Mekacheras. Vgl. Thierry LE BARS, Claude LIAUZU, Les insultes d'un ministre de la République, in: Le Monde, 12.5.2005.

³³⁰ Fatima BESNACI-LANCOU, Claude LIAUZU, Les harkis, prisonniers de mémoire, in: Libération, 2.8.2005.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Die Hilfssoldaten seien ebenso wie die Gesamtheit der muslimischen Bevölkerung Algeriens als Opfer insbesondere des französischen, aber auch des algerischen Nationalismus einzuordnen³³¹.

Der Artikel endete mit einem Plädoyer für eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit der »harkis« und der aus Algerien stammenden Migranten. Bereits zur Zeit des Algerienkriegs hätten sie das gleiche Schicksal geteilt und umso mehr nach dem Ende des Krieges, als die Hilfssoldaten in Frankreich mit der gleichen Segregation und den gleichen Identitätsproblemen konfrontiert gewesen seien wie die Gesamtheit der migrantischen Bevölkerung. Liauzu und Besnaci-Lancou äußerten die Hoffnung, dass es der in der zweiten Generation der »harkis« herausgebildeten Elite gelingen werde, die Mauern innerhalb der nordafrikanischen Gemeinde in Frankreich zu überwinden. Sie alle seien zugleich »du fellaga et du harki, de l'immigré ou de l'émigré«. Demzufolge müssten sie eine gemeinsame Forderung formulieren, nämlich als »des fruits de cette histoire« anerkannt zu werden³³². Die Hilfssoldaten sollten auf die gleiche Art und Weise wie die restliche algerische Gemeinschaft als Opfer der französischen Kolonisation, als Opfer der Verbrechen der französischen Armee und Polizei und als Opfer des in der Kolonialzeit wurzelnden Rassismus anerkannt werden, unter dem sie noch immer in Frankreich zu leiden hätten. Mit diesem Plädoyer machte Liauzu an der Seite einer Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten deutlich, dass sich der Appell gegen das Gesetz vom 23. Februar 2005 nicht gegen die »harkis« richtete, sondern dass er diese in die Gemeinschaft der nordafrikanischen Migranten einschloss und somit ebenfalls als Opfer des Kolonialismus und postkolonialen rassistischen Strukturen ansah.

Die Debatte um die während des Algerienkriegs durch den französischen Sicherheitsapparat begangenen Verbrechen kann in verschiedener Hinsicht als Wiederholung der bereits zu Beginn der Fünften Republik geführten Debatte um die Anwendung der Folter verstanden werden. Es waren großteils die Akteure, die damals die Folter angeprangert hatten, die nun erneut der französischen Armee und Polizei Verbrechen vorwarfen. Diese Akteure bedienten sich teils der gleichen Argumentationsmuster wie während des Krieges. Eines dieser Argumentationsmuster war das Aufzeigen der Parallelen zwischen den Verbrechen des Vichy-Regimes und den während des Algerienkriegs begangenen Verbrechen. Dieses Argumentationsmuster trat auf der Erinnerungsebene noch stärker in den Vordergrund, was mit dem Prozess gegen Papon zu begründen ist. Eine Analyse der Darstellung der »harkis« in den Debatten zeigt, dass in der Gruppe der Kolonialkritiker zwei verschiedene Argumentationsstränge dominierten. Einigen Akteuren fiel es nach all den Jahren noch immer schwer,

³³¹ Ibid.

³³² Ibid.

mit Distanz auf die Geschehnisse zu blicken. Sie charakterisierten die »harkis« ausschließlich als Täter und verglichen sie mit den Kollaborateuren des Naziregimes. Ihre Kritik der ehemaligen Hilfssoldaten und Hilfspolizisten beruhte darüber hinaus auf der Idee Fanons, die Hilfssoldaten hätten sich nicht mental dekolonialisiert und würden sich daher nie aus der Abhängigkeit ihrer »maîtres« befreien. Die Rhetorik Sinés steht sinnbildlich für diese Argumentation. Der sozialistische Abgeordnete Frêche, der sich ansonsten von seiner einstigen antikolonialistischen Linie weit entfernt hatte, griff noch im Jahr 2007 auf eine solche Rhetorik zurück³³³. Auf einer offiziellen Gedenkveranstaltung für den 1993 von Aktivisten der *Algérie française* ermordeten ehemaligen Vorsitzenden des Repatriiertenverbandes Recours, Jacques Rousseau, bezeichnete er anwesende ehemalige Hilfssoldaten, die die Veranstaltung nutzten, um Frêche an soziale Versprechen zu erinnern, als »sous-hommes« und warf ihnen vor, keine Würde zu haben³³⁴.

Andere Akteure deuteten jedoch die Vergangenheit mit Distanz, auch wenn sie selbst in die Geschehnisse involviert gewesen waren. Branche, die gemeinsam mit Sylvie Thénault als Begründerin einer neuen Generation von über den Algerienkrieg arbeitenden Historikern gilt, verteidigte ihre Kollegen gegen den Vorwurf, sie seien in ihrer Geschichtsschreibung ideologisch geprägt. Wie alle Historiker ergriffen sie durch die Auswahl ihrer Themen Partei, sie beachteten jedoch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit die gleichen Regeln und griffen auf die gleichen Methoden zurück wie alle anderen Historiker³³⁵. Liauzu sowie seine Kollegen, die mit ihm gemeinsam den Appell gegen das Gesetz vom 23. Februar initiiert hatten, zielten darauf ab, die *guerre des mémoires* zu überwinden, und plädierten für eine über die nationalen Grenzen hinausgehende Geschichtsschreibung. Sie bemühten sich um Objektivität, wie sich in ihrer differenzierten Betrachtung der Hilfssoldaten zeigt. Die »harkis« verstanden sie nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer. Ein universalistisches Gedenken musste für sie so beschaffen sein, dass sich auch die aus Algerien stammende Gemeinschaft darin wiederfinden konnte. Aus diesem Grund sahen sie es als notwendigen Schritt an, die während des Algerienkriegs vom französischen Sicherheitsapparat begangenen Verbrechen anzuerkennen und dadurch die nordafrikanischen Migranten an der Seite der ehemaligen Hilfssoldaten als Opfer des Kolonialismus in das nationale Gedenken zu integrieren. Diese Forderungen halfen jedoch nur bedingt, die *guerre des mémoires* zu beenden, da damit die Aktivisten der *Algérie française* zu Tätern erklärt wurden und sich

333 Vgl. zur Person Frêches Kap. 3.5.

334 Face au tollé, Georges Frêche dit »pardon« aux harkis, in: Le Monde, 15.2.2006.

335 BRANCHE, La guerre d'Algérie, S. 288f.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

somit nicht mit ihrer eigenen Geschichtserzählung in dieser Vergangenheitsdeutung wiederfinden konnten.

4.7 Die muslimische Elite zwischen Universalismus und Gegenerinnerungen

Die muslimische Elite stieg erst recht spät in die erinnerungspolitischen Debatten ein. Die Präsidenten der Verbände, die sich während der 1970er Jahre zu Fürsprechern der ehemaligen Hilfssoldaten entwickelt hatten, konzentrierten sich in ihren Forderungen lange auf die materielle und soziale Integration der ehemaligen Hilfssoldaten. Als der Repatriiertenverband JPN Mitte der 1980er Jahre die Kampagne »Hommage aux harkis« startete und dadurch die ehemaligen Hilfssoldaten auf dem Feld der Erinnerungspolitik relevant wurden, fand diese Kampagne unter den wichtigen Akteuren der muslimischen Elite nur wenige Unterstützer. Weder Khelifi und Bounini noch Kaberseli, die zu dieser Zeit bedeutenden Ansprechpartner der muslimischen Elite, maßen offenbar der Kampagne so viel Bedeutung zu, dass sie es als sinnvoll erachteten, sich daran zu beteiligen.

Dennoch fanden die ersten erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser Verbandspräsidenten zeitgleich mit dieser Kampagne statt. Sowohl Khelifi als auch Kaberseli reagierten auf den Vorstoß der Fnaca, den 19. März zum nationalen Gedenktag zu machen und Straßen und Plätze nach diesem Datum zu benennen³³⁶. Kaberseli zeigte zwar Verständnis für die Forderung des Verbandes nach einem Gedenktag für die im Algerienkrieg gefallenen Soldaten, kritisierte jedoch die Wahl des Datums. Diese zeige, dass »les Français originaires d'Afrique du Nord«, worunter er sowohl die muslimischen als auch die europäischen Repatriierten fasste, in Frankreich nicht als gleichberechtigte Bürger wahrgenommen würden. Mit der Wahl des Datums, das für diese Gruppe nicht das Ende des Leidensweges bedeute, habe man sie aus dem Gedenken ausgeschlossen. Er schlug den 16. Oktober als Alternative vor, forderte jedoch zugleich, dass der »Français originaires d'Afrique du Nord« an diesem Tag als gesonderter Gruppe gedacht werde und deren spezielles Leiden hervorgehoben werden solle³³⁷. Mit diesem Vorschlag machte Kaberseli deutlich, dass er ebenso wie die Repatriiertenverbände ehemaliger Siedler von einer Schicksalsgemeinschaft muslimischer und europäischer Repatriierter ausging und wie sie die Ansicht vertrat, die Nation schulde dieser Gemeinschaft eine besondere Geste.

³³⁶ Vgl. zur Forderung der Fnaca [Kap. 4.5](#).

³³⁷ Ahmed KABERSELI, Lettre parue dans le n° 4 de »Clin d'œil«, in: Français musulmans 24 (1982).

4.7 Die muslimische Elite zwischen Universalismus und Gegenerinnerungen

Kheliff meldete sich zu diesem Thema ebenfalls zu Wort, verfolgte jedoch grundsätzlich in der Erinnerungspolitik einen anderen Ansatz als Kaberseli. Als 1986 der Gemeinderat von Villefranche den Beschluss verabschiedete, eine Rue du 19-Mars-1962 einzuweihen, wandte sich Kheliff schriftlich mit einem Brief an den Bürgermeister der Kommune und erklärte diesem, der 19. März werde fälschlicherweise als Ende des Algerienkriegs angesehen. Nach diesem angeblichen Waffenstillstand hätten jedoch mehr als 100 000 Hilfssoldaten »incriminés d'avoir été fidèles à la France« ihr Leben lassen müssen, teils auch deren Frauen und Kinder³³⁸. Als Alternativvorschlag brachte er die Einrichtung einer »Rue des Combattants-en-Afrique-du-Nord-1952–1962« vor. Eine solche Straße würde allen im Algerienkrieg Gefallenen gerecht³³⁹. Mit diesem Vorschlag zeigte Kheliff, dass er sich in seinen Forderungen am Ideal des Universalismus orientierte.

Nachdem der Bürgermeister von Longjumeau 1989 angekündigt hatte, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen, wertete Kheliff dies als Angriff auf alle muslimischen Repatriierten. Er teilte in dieser Angelegenheit die Position der Aktivisten der *Algérie française*, die eine Kampagne gegen das Vorhaben des Bürgermeisters starteten³⁴⁰. Kheliff suchte jedoch zunächst einen anderen Weg, die Realisierung dieses Vorhabens zu verhindern. Nachdem er von der geplanten Umbenennung erfahren hatte, wandte er sich direkt im Juni schriftlich an den Bürgermeister. Höflich wies Kheliff ihn auf die Signalwirkung hin, die von einer solchen Umbenennung auf die gesamte Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten ausgehe. Der *bachaga* Boualam sei für diese Gemeinschaft eine »figure légendaire«, die durch »le sacrifice des Français musulmans pour l'honneur et la gloire du drapeau français« in die Geschichte eingegangen sei. Aus diesem Grund habe er diese Geste vonseiten der Nation verdient. Er bat den Bürgermeister, die Entscheidung rückgängig zu machen, wodurch er sich des Respekts nicht nur der muslimischen Repatriierten, sondern aller Veteranen sicher sein könne³⁴¹.

Als der Bürgermeister jedoch nicht auf diese höfliche Bitte reagierte und die Kommune Ende des Jahres die Umbenennung durchsetzte, verschärfte Kheliff seine Rhetorik. Er deutete die Umbenennung als Angriff nicht nur auf den *bachaga*, sondern auf alle Algerienkriegsveteranen. Seine Kritik bezog sich vor allem darauf, dass der Stellvertreter des Bürgermeisters die Umbenennung damit begründet hatte, Boualam sei ein Soldat gewesen, dessen Männer wäh-

338 Brief Kheliff an Bürgermeister von Villefranche, in: Français musulmans 42 (1986).

339 Ibid.

340 Vgl. hierzu Kap. 4.3.

341 Brief Kheliff an den Bürgermeister von Longjumeau, in: Français musulmans 54 (1989).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

rend des Algerienkriegs Verbrechen begangen hätten. Diese Aussage wertete Kheliff als Verleumdung. Er warf dem Bürgermeister mangelnde Geschichtskennntnisse vor. Hatte er zuvor auf Kooperation gesetzt und gehofft, den Bürgermeister durch sein Schreiben zum Einlenken bewegen zu können, rief er nun die Mitglieder seines Verbandes dazu auf, sich an der von Repatriiertenverbänden und FN organisierten Kampagne gegen die Umbenennung zu beteiligen³⁴². Er wertete sie als Angriff auf seine Ehre als Veteran der französischen Armee. Insbesondere die Worte des stellvertretenden Bürgermeisters verstand er nicht nur als Angriff auf Boualam und die Soldaten und Hilfssoldaten, die unter seinem Kommando gekämpft hatten, sondern auf all jene, die im Algerienkrieg unter französischer Flagge gedient hatten, also auch auf sich selbst. Aus diesem Grund traten nun solch große Schnittmengen zwischen seinen erinnerungspolitischen Interessen und jenen der Aktivisten der *Algérie française* auf, dass er trotz seines Bemühens, auf Distanz zu diesen Akteuren zu bleiben, die vom JPN und dem FN initiierte Aktion unterstützte.

Für Kheliff war es von großer Bedeutung, alle muslimische Soldaten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als Soldaten Frankreichs zu präsentieren, die sich bewusst für die französische Seite entschieden hätten. Er zeichnete ein Bild von loyalen Patrioten. Die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten setze sich aus »personnes de souche arabe ou berbère« zusammen, die während des Algerienkriegs durch ein »comportement pro-français« aufgefallen seien und nach der Unabhängigkeit Algeriens zu einer Ausreise nach Frankreich gezwungen gewesen seien, wo sie sich für die französische Staatsbürgerschaft entschieden hätten, schrieb er im Organ seines Verbandes. Sie hätten Schmerzen und Schwierigkeiten aller Art auf sich genommen, um dem Vaterland Frankreich treu zu bleiben³⁴³. Um diese Deutung der Vergangenheit festzuschreiben und widerstreitenden Geschichtserzählungen entgegenzuhalten, veröffentlichte Kheliff in seinem Verbandsorgan verschiedene Artikel, in denen er zunächst auf die Loyalität der Hilfssoldaten zu Frankreich hinwies, um anschließend die Massaker und die schwierige Ankunft der Hilfssoldaten und ihrer Familien in Frankreich zu beschreiben³⁴⁴. Kheliff vertrat die Ansicht, eine dahingehende Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten könne deren Integration in die französische Nation erleichtern. So beendete er einen dieser Artikel mit folgenden Worten: »Les armes se sont tues, mais nos frères d'armes se

³⁴² De la tolérance, in: Français musulmans 55 (1989).

³⁴³ Le mot du président. Qui sont les Français musulmans?, in: Français musulmans 69 (1993).

³⁴⁴ Vgl. u. a. Le mot du président. Harkis d'hier et d'aujourd'hui, in: Français musulmans 71 (1993); Le mot du président. France, paie tes dettes!, in: Français musulmans 72 (1994).

sont enlisés dans la solitude, dans la misère et la pauvreté. [...] Et le problème des *harkis* demeure comme une flétrissure sur l'honneur du pays«³⁴⁵. Kheliff forderte von der französischen Regierung eine breit angelegte Kampagne, die die französische Gesellschaft über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten, über »cette réalité qui fait partie des conséquences des abandons et manquements à la parole donnée dont, hélas, notre pays n'a pas été avare au cours des années écoulées depuis la fin de la guerre d'Algérie« aufklären sollte³⁴⁶. Er forderte, dass die französische Gesellschaft über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten informiert werden sollte, da dies zu einem besseren Verständnis deren aktuellen Situation und somit zu einer besseren Integration beitragen könne.

Als die mediale und wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der muslimischen Repatriierten, insbesondere der muslimischen Hilfssoldaten, begann, entstand jedoch nicht das von der muslimischen Elite gezeichnete Bild der treuen Patrioten, die die französische Regierung im Stich gelassen hatte. Dies führte dazu, dass Kheliff und andere Vertreter der muslimischen Elite Journalisten und Wissenschaftler heftig kritisierten. Insbesondere Kaberseli griff in dieser Kritik zu deutlichen Worten. Nachdem Mohand Hamoumou im Jahr 1993 seine Dissertation unter dem Titel »Et ils sont devenus harkis« veröffentlicht hatte, lobte Kaberseli zwar, dass man sich bei der Lektüre der Grausamkeit des FLN bewusst werde. Allerdings stelle Hamoumou das Engagement der muslimischen Hilfssoldaten auf französischer Seite als Engagement gegen den FLN, aber nicht für Frankreich und für ein französisches Algerien dar. Zudem verurteile Hamoumou nicht deutlich genug die damalige französische Regierung und schreibe ihr nicht explizit eine Mitverantwortung an den Massakern zu. Er habe sich von Hamoumou, dessen Vater selbst den Massakern 1962 zum Opfer gefallen war, eine klare Positionierung gewünscht, schrieb Kaberseli in dem Organ seines Verbandes. Hamoumou versuche zu sehr, Neutralität zu wahren. Er hätte deutlich machen müssen, dass auch die Hilfssoldaten aus ideologischen Gründen, um die *Algérie française* zu verteidigen, zu den Waffen gegriffen hätten, und er hätte zudem diejenigen, die Schuld am Schicksal der Hilfssoldaten trügen, klar benennen müssen³⁴⁷.

Die ersten Fernsehdokumentationen über den Algerienkrieg entsprachen ebenfalls nicht der Darstellung der Geschichte, die die muslimische Elite sehen

³⁴⁵ Le mot du président. Harkis d'hier et d'aujourd'hui, in: Français musulmans 71 (1993) (Hervorh. i. Orig.).

³⁴⁶ Le mot du président. Faire la connaissance des harkis, in: Français musulmans 61 (1991).

³⁴⁷ Critique du livre de Mohand Hamoumou »Et ils sont devenus harkis«, in: Le Clin d'œil 79 (1993).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

wollte. Kaberseli kritisierte entweder, dass die Massaker an den Hilfssoldaten verschwiegen, oder dass sie falsch dargestellt würden. Als France 3 die Reportage »17 octobre 1961, une journée portée disparue« ausstrahlte, warf er dem Sender eine einseitige Geschichtsdeutung vor. Während die Massaker an den Hilfssoldaten verschwiegen würden, werde dem 17. Oktober viel Platz eingeräumt. Zudem kritisierte er, dass alle am Algerienkrieg beteiligten Akteure zu Wort kämen. Nur der Stimme der muslimischen Repatriierten werde kein Platz eingeräumt³⁴⁸. Die von Gilles Manceron und Hassan Remaoun realisierte Dokumentation »D'une rive à l'autre« verschwieg die Massaker an den Hilfssoldaten nicht. Dennoch übte Kaberseli auch an dieser Dokumentation scharfe Kritik. Auf der Grundlage von Quellen aus der algerischen und der französischen Botschaft waren die Macher der Dokumentation zu dem Schluss gekommen, dass die Zahl von 150 000 während der Massaker ermordeten Hilfssoldaten zu hoch angesetzt sei. Kaberseli wies dies zurück und unterstellte Manceron und Remaoun, den Schwerpunkt auf das zu legen, was sie als »les tortures et les exactions françaises« ansähen, um auf dieser Grundlage die französische Seite anzuklagen und den FLN von jeglicher Verantwortung freizusprechen³⁴⁹.

Auch als namhafte Kolonialhistoriker begannen, die Opferzahlen anzuzweifeln, verwahrte sich Kaberseli gegen derartige Zweifel. Der Historiker Charles-Robert Ageron veröffentlichte 1994 in der Fachzeitschrift »Vingtième siècle« einen Artikel mit dem Titel »Le drame des harkis en 1962«. Er bezog sich darin auf die Dissertation Hamoumou und warf diesem vor, nicht wissenschaftlich vorzugehen. Das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten sei nicht, wie Hamoumou behauptete, »le tabou de la guerre d'Algérie«. Es sei lediglich ein Drama, über das viele zu wenig wüssten und das seit über dreißig Jahren für politische Zwecke instrumentalisiert werde. Anhand von neu zugänglichen Quellen relativierte er die These, Frankreich habe die Hilfssoldaten in Algerien im Stich gelassen, und wies vehement die Behauptung zurück, es handle sich bei den Massakern um einen Völkermord vergleichbar mit dem Genozid an den europäischen Juden, wie Dominique Schnapper im Vorwort zur Veröffentlichung von Hamoumou Dissertation behauptet hatte³⁵⁰. Ebenso kritisierte er die von Hamoumou und Schnapper genannte Zahl von 100 000 bis 150 000 Toten und erklärte, dass dieser Zahl jegliche wissenschaftliche Grundlage fehle³⁵¹. Kaberseli bezeichnete daraufhin Ageron als »révisionniste et négationniste«. Er warf ihm vor, die Tatsachen zu verdrehen und die Zahlen zu

348 17 octobre 1961, *ibid.*

349 Halte à la peste tiers-mondaine, *ibid.*

350 HAMOUMOU, Et ils sont devenus harkis, S. 7.

351 AGERON, Le drame des harkis en 1962, S. 3–6.

manipulieren. Er verneine, was alle »historiens et observateurs dignes de ce nom« anerkannten, nämlich dass die französische Regierung die Hilfssoldaten in Algerien zurückgelassen und damit die Massaker mitzuverantworten habe. Ageron leugne ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weshalb er eigentlich nach der *loi Gayssot* verurteilt werden müsse³⁵².

Ein weiterer namhafter Kolonialhistoriker, Guy Pervillé, trat zur Verteidigung seines Kollegen an und stellte Kaberseli gegenüber klar, dass dessen Angriff auf die wissenschaftlichen Fähigkeiten Agerons jeglicher Grundlage entbehrten. Der von Ageron verfasste Artikel beruhe auf Quellen, die Kaberseli nicht gesichtet habe. Somit habe er keinerlei Belege für seine Vorwürfe gegen Ageron. Zudem könne Ageron nicht als Revisionist bezeichnet werden, da er die Massaker nicht leugne, sondern lediglich kontextualisiere. Zu Recht weise er das Wort Genozid zurück und stelle die Opferzahlen in Frage, die einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhielten³⁵³. Kaberseli reagierte auf die Argumentation Pervillés, indem er den französischen Kolonialhistorikern vorwarf, sie seien allesamt in ihrer Jugend als »Kofferträger« tätig gewesen und schützten nun ihre Idole von damals. Sie seien für eine einheitliche Geschichtsschreibung zum Algerienkrieg verantwortlich, der zufolge der FLN die algerische Nation repräsentierte und die Verbrechen des FLN verschwiegen würden³⁵⁴.

Obleich sich die Kritik Kaberselis meist gegen die von ihm als Kofferträger bezeichneten Journalisten und Wissenschaftler richtete, griff er auch Akteure an, mit denen er ansonsten kooperierte, wenn diese seiner Deutung der Vergangenheit widersprachen. Auch Le Pen, den er für gewöhnlich als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten akzeptierte, wurde zur Zielscheibe für Kaberselis Kritik³⁵⁵. Sowohl in den Medien als auch im politischen Sprachgebrauch hatte sich die Gewohnheit eingeschlichen, den Begriff »harki« als Synonym für »Handlanger« zu verwenden. Die Verwendung des Wortes mit dieser Denotation setzte in den 1980er Jahren ein und hielt über die Jahrtausendwende hinaus an. Der Begriff wurde weitgehend ohne ideologische, aber dennoch mit pejorativer Konnotation verwendet. Journalisten und Politiker verschiedener politischer Lager benutzten den Begriff entsprechend³⁵⁶. Kaberseli wies wiederholt auf solche Fälle hin. Er fasste einen solchen Gebrauch dieses

³⁵² Révisionniste et négationniste, in: *Le Clin d'œil* 88 (1994).

³⁵³ Guy PERVILLÉ, Plaidoyer en faveur de Charles-Robert Ageron, in: *Le Clin d'œil* 89 (1994).

³⁵⁴ Pour une déglaciation de l'Histoire, in: *Le Clin d'œil* 91 (1994).

³⁵⁵ Vgl. Kap. 3.6 zur ideologischen Nähe Kaberselis zu Le Pen.

³⁵⁶ Der ehemalige Staatssekretär für Repatriierte André Santini sprach sich als Abgeordneter der UDF im Vorfeld des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen 2002 mit den

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Wortes als Beleidigung nicht nur gegenüber der Gruppe der Hilfssoldaten, sondern gegenüber allen muslimischen Repatriierten auf. Das Wort »harki« sei zunehmend mit Schande und Verachtung konnotiert. Dies zeige, dass folgendes Bild in der Gesellschaft vorherrsche: »Le harki c'est devenu au fil des ans le moins que rien, le sous-homme par excellence, l'être sans racines et sans histoire, le condamné sans procès, celui qu'il convient d'accabler de sarcasmes«³⁵⁷. Obwohl keine klare ideologische Zielsetzung einer solchen Verwendung des Worts »harki« zu erkennen ist, impliziert die Bedeutungsverschiebung hin zur metaphorischen Bedeutung im Sinne von Handlanger und Diener einen negativen Blick auf die Hilfssoldaten. Vorausgesetzt, der Sprecher kennt die ursprüngliche Bedeutung des Wortes, hieße eine Verwendung im oben erläuterten Sinn, die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte französische Soldaten anzuerkennen, sondern als Instrumente, derer sich die französische Armee bediente. Ihrem Engagement lag diesem Verständnis folgend keine bewusste Entscheidung für Frankreich zugrunde. Für die muslimische Elite stellte jedoch die Loyalität zu Frankreich ein konstituierendes Moment ihrer Identität dar, was Kaberselis verärgerte Reaktion auf diese Begriffsverwendung erklärt. Besonders verärgert reagierte Kaberseli, als Le Pen das Wort »harki« mit einer solchen Denotation verwendete. »Le Monde« zitierte einen Kommentar des FN-Vorsitzenden zu einer möglichen parlamentarischen Kooperation der Partei im Juni 1997 folgendermaßen: »[L]e Front national n'était pas du tout disposé à servir ni de harki, ni de béquille à une majorité défailante, désorganisée et démoralisée«³⁵⁸. Diese Worte nahm Kaberseli zum Anlass, das Bild des FN von den »harkis« zu hinterfragen. Er warf die Frage auf, ob die Vertreter des FN die muslimischen Repatriierten tatsächlich in einem solchen Maß achteten, wie sie vorgaben³⁵⁹. Es wog für Kaberseli schwer, dass mit dieser Aussage einer der Aktivisten der *Algérie française* die Loyalität der »harkis« zu Frankreich de facto in Frage gestellt hatte.

Noch in einem größeren Maße zeigte sich Kaberseli verärgert, nachdem der Zeichner Siné in der Satirezeitung »Charlie Hebdo« einen Hungerstreik von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten kommentierte, in dem er die Hilfssoldaten als »loyaux serviteurs de la puissance coloniale« bezeichnete und schrieb, er würde den Hungerstreikenden gerne ins Gesicht spucken³⁶⁰. Kaberseli ver-

Worten »Pourquoi serions-nous les harkis de Jospin?« gegen Wahlabsprachen mit dem PS aus. Vgl. François Bayrou a du mal à convaincre les députés de l'UDF, in: *Le Monde*, 1.12.2000.

³⁵⁷ La politique du bouc émissaire, in: *Le Clin d'œil* 98 (1996).

³⁵⁸ Zitiert nach: Les jours qui se suivent, in: *Le Clin d'œil* 107 (1997).

³⁵⁹ Ibid.

³⁶⁰ Siné sème sa zone, in: *Charlie Hebdo*, 8.10.1997.

schärfte als Reaktion auf den Kommentar seine Rhetorik weiter. In seinem eigenen Verbandsorgan druckte er einen Leserbrief mit einer offenen Drohung gegen Siné ab: »Ciné Ma (Boule) tu as bien la chance, que nous sommes dans un État de droit sinon nous serions quelques-uns à te faire manger tes excréments avant de t'écraser comme tu le mérites dans une décharge publique«³⁶¹. Als Reaktion darauf, dass Siné in seinem Kommentar die »harkis« mit Kollaborateuren des Naziregimes verglichen hatte, zog auch der Verfasser dieses Leserbriefs Parallelen zum Naziregime und warf die Frage auf, ob die »feuilles de choux nazies« in ihrem Antisemitismus ebenso weit gegangen seien wie Siné und die Redaktion von »Charlie Hebdo« in ihrer Verachtung der Hilfssoldaten. Der Verfasser des Kommentars forderte, gegen Siné sowie gegen die Redaktion gerichtlich vorzugehen³⁶².

Kaberseli griff sowohl die Forderung des Lesers auf, gerichtlich gegen Siné vorzugehen, als auch dessen Rhetorik. Obwohl sie erinnerungspolitisch verschiedene Ansätze verfolgten, agierten Kaberseli und Kheliff in diesem Fall gemeinsam. Sie reichten Klage gegen die Redaktion von »Charlie Hebdo« und gegen Siné wegen »injures et diffamation envers la communauté [des] harkis« ein. Der Chefredakteur und Siné sollten schließlich zu einer Geldstrafe verurteilt werden³⁶³. Gemeinsam mit Jacques Torrès, einem europäischen Repatriierten, der in enger Verbindung zu Kaberseli stand und wiederholt für dessen Verbandsorgan Texte verfasste, versuchte Kaberseli nach der Klage gegen Siné die Gerichte zur Festschreibung seiner Geschichtsdeutung zu nutzen. Es sei ungerrecht, dass die muslimischen Hilfssoldaten, deren Opferzahlen die der während der Besatzung ermordeten französischen Juden übersteige, nicht einmal ein Anrecht auf eine symbolische Anerkennung hätten, schrieb Kaberseli in dem Organ seines Verbandes. Aus Gründen der Gleichberechtigung müssten diejenigen, die die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten trügen, ebenfalls vor Gericht gestellt werden: ehemalige Minister sowie hohe Offiziere, die die Massaker ermöglicht hätten, indem sie den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familie die Ausreise nach Frankreich untersagt hätten. Diese Personen hätten ebenfalls Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und seien vor Gericht zu stellen³⁶⁴. Kaberseli unterstützte die Forderung von Torrès, den damaligen Armeeminister Pierre Messmer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, da er als Armeeminister zugelassen habe, dass die

³⁶¹ Lettre ouverte à un président d'association de Français musulmans, in: *Le Clin d'œil* 109 (1997).

³⁶² *Ibid.*

³⁶³ Siné et Charlie Hebdo condamnés, in: *Le Clin d'œil* 121 (1999).

³⁶⁴ Le massacre de plus de cent mille harkis ne doit pas rester impuni, in: *Le Clin d'œil* 111 (1998).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Regierung die Hilfssoldaten in Algerien zurückgelassen habe. Torrès schlug ein gemeinsames Vorgehen von europäischen und muslimischen Repatriierten vor. Jeder Repatriiertenverband oder gar jeder einzelne Repatriierte müsse eine solche Klage einreichen, damit sie aufgenommen werde³⁶⁵. Dass Papon schließlich verurteilt wurde, während diejenigen, denen die Verantwortung für die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten zugeschrieben wurde, nicht von der Justiz belangt wurden, ließ Kaberseli an der französischen Justiz zweifeln. Er machte jedoch dafür auch die Repatriierten verantwortlich, da weder die europäischen noch die muslimischen Repatriierten auf den Aufruf von Torrès geantwortet und eine Klage gegen diese Personen eingereicht hatten³⁶⁶.

Die Vertreter der muslimischen Elite sahen sich mit einem weiteren Affront gegen ihre Gemeinschaft konfrontiert, als der algerische Staatspräsident Bouteflika während seines Staatsbesuchs in Frankreich die »harkis« im französischen Fernsehen als »collabos« bezeichnete und deutlich machte, dass er an einer Versöhnung nicht interessiert sei. Diese Äußerungen wertete die muslimische Elite als erneuten Angriff auf ihr Selbstverständnis. Bouteflika hatte mit seinen Worten nicht nur den Vergleich mit dem Nationalsozialismus bemüht, sondern hatte zugleich den Hilfssoldaten abgesprochen, als französische Staatsbürger für das Vaterland gekämpft zu haben. Kaberseli zeigte sich erbost über die Worte Bouteflikas, aber auch über die französische Regierung, die ihn wie einen »chef d'État respectable« empfangen habe, obwohl er nichts weiter sei als ein »chef de bande«, an dessen Händen noch immer das Blut der »martyrs de l'Algérie française« klebe³⁶⁷. Dem Bild Bouteflikas von den Hilfssoldaten als »collabos« setzte er das Bild von Märtyrern der *Algérie française* entgegen und unterstellte den Hilfssoldaten, eine ideologische Entscheidung für die französische Seite getroffen zu haben.

Auch Khelifi zeigte sich schockiert über die Äußerungen Bouteflikas. Gemeinsam mit den Vertretern der regionalen Association départementale du Rhône d'enfants d'anciens combattants français musulmans verfasste er als Präsident seines inzwischen in Union nationale des anciens combattants français musulmans (UNACFM) umbenannten Verbandes ein Rundschreiben, das er an den französischen Staatspräsidenten, den Premierminister sowie an verschiedene Regierungsmitglieder und Abgeordnete versandte. Als Staatsgast in Frankreich habe Bouteflika nicht nur die »harkis, citoyens à part entière«, sondern auch Frankreich und seine Armee beleidigt. Dies sei besonders für die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten von Bedeutung, die die Erinnerungen und

³⁶⁵ Jacques TORRÈS, Appel aux lecteurs pour une action contre les lâches qui nous ont abandonnés, *ibid.*

³⁶⁶ Les pleureuses de la gauche, in: *Le Clin d'œil* 112 (1998).

³⁶⁷ Ce bon monsieur Bouteflika, in: *Le Clin d'œil* 131 (2000).

die Geschichte ihrer Eltern tradierten. Bouteflika wurde in diesem Schreiben als Negationist und Revisionist bezeichnet, der die Geschichte der Hilfssoldaten aus politischem und wirtschaftlichem Kalkül und mit dem Ziel, das Bild seines eigenen Landes zu schönen, verfälsche. Die Hilfssoldaten und ihre Nachkommen seien geschockt von den Äußerungen Bouteflikas, aber auch gekränkt, da vonseiten des französischen Staatspräsidenten und des Premierministers keine Reaktion auf diese Äußerungen folgten. Dieses Schweigen könne als Rückendeckung für den algerischen Präsidenten gedeutet werden. Obwohl sie betonten, sich grundsätzlich für gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen und eine Aussöhnung zwischen beiden Ländern auszusprechen, forderten die Vertreter der beiden Verbände, Staatsbesuche in Algerien zu unterlassen, bis sich Bouteflika offiziell bei den ehemaligen Hilfssoldaten entschuldigt habe³⁶⁸.

Diese Vorwürfe zeigten nicht nur insofern Wirkung, dass Chirac, wenn auch nur sehr vorsichtig, zu den Äußerungen Bouteflikas Stellung bezog. In erster Linie reagierte Chirac auf die ihm entgegenschlagende Kritik mit erinnerungspolitischen Gesten gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten. Im November 2000 wurde es erstmals ehemaligen Hilfssoldaten ermöglicht, sich durch eine Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten an dem offiziellen Staatsakt vom 11. November zu beteiligen³⁶⁹. Kheliff wertete diesen Schritt nicht nur als Zugeständnis der Regierung, sondern gar als historischen Akt. Ihm war als Präsident der UNACFM die Aufgabe zuteil geworden, die Teilnahme von muslimischen Veteranen an der Veranstaltung zu organisieren. Rund 40 von ihnen und ihren Nachkommen durften auf der Ehrentribüne Präsenz zeigen, wo ihnen sowohl der Staatspräsident als auch der Premierminister die Hand reichten. Diesen Händedruck bezeichnete Kheliff hinterher als »geste symbolique fort«, der notwendig sei, um die »histoire douloureuse de la guerre d'Algérie« hinter sich zu lassen und gemeinsam die Bedingungen für ein »des-tin national collectif« zu schaffen³⁷⁰.

Einen besonderen Symbolgehalt hatte für Kheliff, dass ein ehemaliger Hilfssoldat gemeinsam mit dem Sohn und der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten einen Kranz am Grab des unbekanntes Soldaten ablegte. Mit dieser Geste werde gezeigt, dass alle Muslime, die für Frankreich gekämpft hatten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als Veteranen Frankreichs anerkannt würden und auf der gleichen Stufe stünden wie die Veteranen und Gefallenen der beiden Weltkriege³⁷¹. Für die Hilfssoldaten hatte diese Geste Kheliff zufolge

³⁶⁸ Rundschreiben Association départementale du Rhône d'enfants d'anciens combattants français musulmans und UNACFM, abgedruckt in: Français musulmans 97 (2000).

³⁶⁹ Vgl. Kap. 4.1.

³⁷⁰ Journée commémorative du 11 novembre 2000, in: Français musulmans 99 (2000).

³⁷¹ Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

jedoch noch eine weitere Bedeutung. Für sie sei es zugleich »une réponse appropriée et sans équivoque à tous ceux qui méprisent les rapatriés français musulmans«³⁷². Mit diesem Kommentar spielte Kheliff auf die Äußerungen Bouteflikas an und zeigte, dass er das Ereignis als Geste der Versöhnung vonseiten der Regierung und des Präsidenten verstand. Er ging sogar noch weiter. Nachdem die gesamte Delegation der muslimischen Veteranen die Place de l'Étoile überquert und sich unter dem Triumphbogen vor dem Grab des unbekanntes Soldaten verneigt hatte, hätten sie sich alle endlich als »citoyens français à part entière« gefühlt, wenngleich sie wüssten, dass in diese Richtung noch einige Schritte zu gehen seien. Er forderte die Regierung auf, diesen Weg weiter zu beschreiten, um zu einer »véritable reconnaissance« zu gelangen³⁷³.

Der Enthusiasmus Kheliffs hielt auch im darauffolgenden Jahr an. Er startete mit den Worten »Je pense sincèrement que cette année 2001 ainsi que sa sœur 2002 seront bénéfiques pour les rapatriés et patriotes français musulmans en général« in das Jahr 2001³⁷⁴. Seine optimistische Haltung entsprang der Erwartung, im September sei mit der Journée nationale d'hommage aux harkis mit einer weiteren offiziellen symbolischen Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten zu rechnen und darüber hinaus mit materiellen Zugeständnissen³⁷⁵. Gemeinsam mit dem ehemaligen Offizier Aziz Meliani, der im Algerienkrieg eine *harka* befehligt hatte, wandte er sich in einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit und dankte der Regierung, insbesondere dem Staatssekretär für Veteranen Jean-Pierre Masseret und dem nationalen Delegierten für Repatrierte Louis Monchovet, für die Schaffung dieses Gedenktags. Er sei eine gute Gelegenheit, um der Bevölkerung Frankreichs vor Augen zu führen, was die französische Nation dieser »communauté citoyenne de la France depuis plus d'un siècle et demi« schulde, die für die Treue zu Frankreich viel geopfert habe³⁷⁶. Kheliff dankte nicht nur Masseret und Monchovet für die erinnerungspolitischen Maßnahmen, sondern er sah auch Staatspräsident Chirac persönlich als Initiator dieser Erinnerungspolitik an. Die jüdische Gemeinde in Frankreich habe bis zur Wahl Chiracs zum Staatspräsidenten warten müssen, bis 50 Jahre nach den Geschehnissen ein französischer Staatspräsident endlich die Mitverantwortung für die Deportationen und Ermordung von französischen Juden anerkannte. Genauso werde Chirac jetzt die Verantwortung für die Massaker

372 Le mot du président, *ibid.*

373 Journée commémorative du 11 novembre 2000, *ibid.*

374 Le mot du président, in: Français musulmans 100 (2001).

375 *Ibid.*

376 Rabah KHELIF, Aziz MELIANI, Communiqué de presse. Harkis: devoir de reconnaissance et de mémoire, *ibid.*

an den ehemaligen Hilfssoldaten eingestehen. Frankreich erkenne seine Fehler an, wenn auch teils sehr verzögert³⁷⁷.

Nachdem Chirac den 25. September 2001 für ein vorsichtiges Schuldeingeständnis im Namen der Republik genutzt hatte und zudem im Jahr darauf der Gedenktag erneut begangen wurde, zeigte sich Kheliff damit äußerst zufrieden. Er bedankte sich in seiner Rede zu den offiziellen Feierlichkeiten in Lyon, die am 25. September 2002 symbolisch auf der Place Bachaga-Boualam stattfanden, bei Chirac dafür, dass es erneut die Gelegenheit gebe, an die »histoire patriotique de ces braves parmi les braves que furent et sont les *harkis*« zu erinnern³⁷⁸. Da die Hilfssoldaten Frankreich als Vaterland gewählt hätten, hätten sie es verdient, dass Frankreich ihnen Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringe, um auf diese Weise die von ihnen erbrachten Opfer wiedergutzumachen. Die Rede, die Chirac im Vorjahr im Hof des Invalidendoms gehalten hatte, wertete Kheliff als eine solche Geste der Anerkennung³⁷⁹. Wie bereits die Teilnahme muslimischer Veteranen an den offiziellen Feierlichkeiten zum 11. November sah er den mit militärischen Würden begangenen Gedenktag als wichtige Geste, um den ehemaligen Hilfssoldaten zu zeigen, dass die französische Nation sie als »treue Soldaten Frankreichs« anerkenne.

Während sich Kheliff mit der Erinnerungsarbeit Chiracs zufrieden zeigte, kritisierte Kaberseli diese heftig. Er erachtete den 25. September als einen von oben oktroyierten Gedenktag, der den von den Hilfssoldaten erbrachten Opfern nicht gerecht werde. Es reiche nicht aus, durch ein paar Kränze und Reden die von den Hilfssoldaten erbrachten Opfer anzuerkennen, zumal diese in der französischen Öffentlichkeit kaum Beachtung fänden. Bei den Opfern und deren Angehörigen bleibe ein bitterer Nachgeschmack, da sie noch immer von der Linken verachtet und vom gaullistischen Frankreich vergessen würden³⁸⁰. Mit seinen Worten bezog sich Kaberseli insbesondere auf die noch immer ungeklärte Streitfrage um den 19. März als Gedenktag³⁸¹. In diesem Punkt waren sich Kheliff und Kaberseli nach wie vor einig. Auch Kheliff beschäftigte sich zu dem Zeitpunkt mit der Frage nach einem Gedenktag, da die Nationalversammlung über den 19. März als möglichen Gedenktag zu entscheiden hatte. Als dieser Tag in der Nationalversammlung keine Zustimmung fand, zeigte sich Kheliff äußerst zufrieden. Er hob jedoch hervor, es gehe nun darum, ein Datum für

³⁷⁷ Le mot du président. Il ne faut jamais désespérer de la France, in: Français musulmans 101 (2001).

³⁷⁸ Hommage national 25 septembre 2002, in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002) (Hervorh. i. Orig.).

³⁷⁹ Ibid.

³⁸⁰ Journée gadget, in: Le Clin d'œil 146 (2001).

³⁸¹ Le 19 mars 1962, in: Le Clin d'œil 147 (2001).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

ein Gedenken an den Algerienkrieg zu finden, in dem sich alle ehemaligen Veteranen wiederfänden. Hierzu müssten jedoch die Veteranenverbände in der Lage sein, unaufgebracht und sachlich zu debattieren. Man müsse einen nationalen Konsens zum Gedenken an den Algerienkrieg finden³⁸². Kheliff betonte mit diesem Worten erneut, wie wichtig ihm ein vereinendes Gedenken war.

Kheliff bekam die Möglichkeit, sich an der Suche nach einem solchen Konsens zu beteiligen, als die Regierung zu diesem Zwecke eine Kommission zusammenstellte. Kheliff erhielt vom Staatssekretär für Veteranen Hamlaoui Mekachera die Einladung, sich an der Sitzung dieser Kommission zu beteiligen³⁸³. Mekachera war ein namhafter Vertreter der muslimischen Elite. Er stammte aus einer algerischen Familie mit militärischer Tradition und hatte selbst im Algerienkrieg als Offizier gedient³⁸⁴. Schon seit den 1990er Jahren trat er an der Seite Kheliffs als Interessensvertretung der muslimischen Repatriierten auf. Im Jahre 1990 hatte Mekachera gemeinsam mit Kheliff, Kabtane und Khiari mit dem Comité national des Français musulmans einen Zusammenschluss mehrerer Verbände gegründet und dessen Vorsitz übernommen³⁸⁵. Bereits 1995 war er in die Regierung berufen worden, zunächst als interministerieller Abgeordneter für Integration, dann als Staatssekretär für Veteranen, bis er schließlich im Juni 2002 zum Staatsminister für Veteranen ernannt wurde³⁸⁶. Mit ihm war ein Vertreter der muslimischen Elite direkt in der Regierung vertreten und konnte die Interessen der muslimischen Repatriierten auf die politische Agenda setzen. Die Idee, eine Kommission zur Findung eines nationalen Gedenktages zusammenzustellen, ging auf Mekachera zurück³⁸⁷. Er war somit grundlegend daran beteiligt, dass der 5. Dezember per Dekret als nationaler Gedenktag festgelegt und die Debatte um den 19. März endgültig beendet wurde.

Während Kheliff mit diesem Ergebnis zufrieden war und die Debatte tatsächlich für beendet erklärte, äußerte Kaberseli Kritik an Mekachera³⁸⁸. Mekachera wurde nach dem Erlass des Dekrets in der Tageszeitung »Le Figaro« dahingehend zitiert, dass der 5. Dezember nun zwar der offizielle Gedenktag

³⁸² Le mot du président, in: Français musulmans 103 (2002).

³⁸³ Mekachera, secrétaire d'État aux anciens combattants, à Kheliff, 22.10.2002, Brief abgedruckt in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002).

³⁸⁴ Vgl. zu der Biografie Mekacheras Robert BELLERET, Hamlaoui Mekachera: ministre des oubliés de l'Histoire, in: Le Monde, 6.7.2002.

³⁸⁵ MOUMEN, De l'absence, S. 168.

³⁸⁶ Repères, in: Le Monde, 2.4.2004.

³⁸⁷ Mekachera, secrétaire d'État aux anciens combattants, à Kheliff, 22.10.2002, Brief abgedruckt in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002).

³⁸⁸ La lettre du président, in: L'Ancien Combattant français musulman 108 (2005).

sei, es stehe jedoch allen zivilen und militärischen Akteuren frei, das Datum, an dem sie der Opfer des Algerienkriegs gedenken wollten, frei zu wählen³⁸⁹. Mit diesen Worten räumte er der Fnaca, die die Kompromisslösung nicht akzeptierte, das Recht ein, weiterhin ihre Feierlichkeiten zum 19. März zu begehen. Kaberseli wandte sich in einem offenen Brief an Mekachera und warf ihm vor, mit diesen Worten die einmalige Chance verpasst zu haben, die Auseinandersetzungen zu beenden. Es sei von größerer Bedeutung, die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten nicht zu beschmutzen, als der Gefallenen des Algerienkriegs offiziell zu gedenken, schrieb Kaberseli in diesem Brief und machte mit diesen Worten deutlich, dass er jeglichen Kompromiss mit der Fnaca für inakzeptabel hielt³⁹⁰. Er hielt mit diesen Worten an seiner Opposition zu der Erinnerungsarbeit der Regierung fest.

Das Dekret zum nationalen Gedenktag sollte nicht die letzte erinnerungspolitische Maßnahme bleiben, an der Mekachera entscheidend beteiligt war. Seine Ernennung zum Staatsminister ließ Kheliff auch in das Jahr 2003 optimistisch starten; das Jahr werde »pleine de promesses pour les rapatriés en général et pour les harkis tout particulièrement« sein³⁹¹. Er dankte der Regierung dafür, mit Mekachera eine Person ernannt zu haben, die sehr viel Verständnis für die Belange der muslimischen Repatriierten aufbringe³⁹². Wie erwartet nutzte Mekachera die Möglichkeiten seines Amtes, um die Forderungen der muslimischen Repatriierten auf die politische Agenda zu setzen. Im Dezember 2003 verkündete er in einer Rede vor der Nationalversammlung die Einreichung eines Gesetzesentwurfs, der ihm zufolge die Forderungen aller Repatriierten, der europäischen wie der muslimischen, endgültig erfüllen sollte³⁹³. Erstmals gedachte die Regierung, in einem Gesetz alle Forderungen der muslimischen und der europäischen Repatriierten zusammenzufassen. Für Mekachera stand nach eigenen Angaben dabei die materielle Entschädigung im Vordergrund. Diese sollte endgültig geklärt werden, um die Repatriierten so in die nationale Gemeinschaft zu integrieren, damit sie sich nicht mehr als Repatriierte, sondern ausschließlich als Franzosen verstanden. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass auch die erinnerungspolitische Komponente des Gesetzes von Bedeutung sei. Er kündigte an, eine Kommission schaffen zu wollen, die in seinen Worten die

389 Lettre ouverte à M. Mekachera, in: *Le Clin d'œil* 169 (2003).

390 *Ibid.*, S. 13f.

391 Le mot du président, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 105 (2003).

392 *Ibid.*

393 *Repères*, in: *Le Monde*, 4.12.2003.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»vérité« über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten herausfinden und deren »honneur et dignité« verteidigen sollte³⁹⁴.

Kheliff konnte auf das Gesetz weder Einfluss nehmen, noch sich zur endgültigen Version des Gesetzes äußern. Er verstarb im November 2003, noch bevor Mekachera den Entwurf dem Ministerrat vorlegte. Den Vorsitz der UNACFM übernahm kurzzeitig Ramdane Bechouche, dem schließlich Meliani folgte. Bechouche räumte bereits in seiner Antrittsrede als neuer Verbandspräsident dem Gesetzesentwurf oberste Priorität ein und erklärte, den Kontakt zu Mekachera aufrechterhalten zu wollen³⁹⁵. Mit der endgültigen Version des Gesetzes zeigte er sich äußerst zufrieden. Wie bereits Mekachera erklärte er, dass der Schwerpunkt auf den materiellen Entschädigungen liege. Zu den erinnerungspolitischen Bestimmungen bezog er keine Stellung, sondern ließ verkünden, dass auf der erinnerungspolitischen Ebene kein Handlungsbedarf mehr bestehe. Nachdem seit 2003 alljährlich der nationale Gedenktag für die ehemaligen Hilfssoldaten begangen werde und mit dem Dekret vom September 2003 mit dem 5. Dezember ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Algerienkriegs eingeführt und somit die Debatte um den 19. März beendet sei, seien die erinnerungspolitischen Ziele der muslimischen Repatriierten erfüllt³⁹⁶. Für ihn stellte dieses Gesetz demnach kein Erinnerungsgesetz, sondern in erster Linie ein Entschädigungsgesetz dar.

Ogleich von der Verbandsspitze keine explizite Stellungnahme zu den erinnerungspolitischen Bestimmungen des Gesetzes zu hören war, wurde bald deutlich, dass das Gesetz für ihn auch auf dieser Ebene von Bedeutung war. Mit Artikel 5 des Gesetzes, der Beleidigungen gegenüber »harkis« unter Strafe stellte, bekam der Verband ein wirksames Instrument an die Hand. Bereits im Jahr 2006 bediente sich die UNACFM dieser Bestimmung, nachdem der sozialistische Politiker Frêche bei einer Veranstaltung eine Gruppe ehemaliger Hilfssoldaten in der Öffentlichkeit als »sous-hommes« bezeichnet hatte³⁹⁷. Im Namen des Verbandes reichte der Präsident Bechouche Klage gegen Frêche ein³⁹⁸. Wie bereits gegen Siné nutzten Vertreter der muslimischen Elite Gerichtsverfahren, um gegen Diffamationen gegenüber den »harkis« vorzugehen und das Bild der ehemaligen Hilfssoldaten als »treue Soldaten Frank-

³⁹⁴ Zitiert nach: Philippe BERNARD, *Ultime geste du gouvernement pour les pieds-noirs et les harkis*, *Le Monde*, 12.3.2004.

³⁹⁵ *Le mot du président*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 106 (2004).

³⁹⁶ *La lettre du président*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 108 (2005).

³⁹⁷ *Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés*, Art. 5.

³⁹⁸ *L'affaire Frêche*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 109 (2006).

reichs« zu verteidigen. Mit dem neuen Gesetz erhöhte sich die Erfolgsquote eines solchen Verfahrens.

An den Auseinandersetzungen um den Artikel 4 des Gesetzes beteiligten sich die Vertreter der UNACFM kaum, was zeigt, dass für sie das Gesetz eine andere Bedeutung hatte als für die Repatriiertenverbände. Meliani, der inzwischen den Vorsitz der UNACFM übernommen hatte, verteidigte nach der Kontroverse um den Artikel 4 im Oktober 2006 noch einmal das Gesetz in seiner Gesamtheit. Er wandte sich in seiner Dankesrede zur Verleihung der *dignité du grand officier de l'ordre national du Mérite* an Mekachera und betonte, dieser habe mit dem Gesetz bewiesen, dass ihm die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten am Herzen liege. Insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten hätten lange auf dieses Gesetz gewartet. Das Gesetz sei vor allem deshalb gut, da es zwei wichtige Forderungen vereine: Anerkennung und Reparationen³⁹⁹. Für Meliani waren demzufolge andere Artikel des Gesetzes von größerer Bedeutung als Artikel 4. Er bewertete ihn in seiner Rede nicht inhaltlich, nutzte seine Rede jedoch, um ganz in der Tradition Kheliffs einen Appell für ein universalistisches und vereinendes Gedenken an die Nation zu richten. Er zitierte hierfür die Worte des algerisch-französischen Regisseur Rachid Bouchareb: »Il faut arrêter d'accumuler les rancœurs, les frustrations, de creuser le fossé entre différentes communautés. Nous sommes tous les enfants de la République, les enfants de la France«⁴⁰⁰.

Melianis Worte verdeutlichen, in welchem Maße sich seine und die Erinnerungsarbeit Kheliffs von den erinnerungspolitischen Aktivitäten Kaberselis unterschieden. Sowohl Kheliff als auch Meliani sprachen sich stets für ein vereinendes nationales Gedenken aus und wollten ihre Geschichtsdeutung in dieses universalistische Gedenken einschreiben. Dies erklärt, weshalb Kheliff stets darum bemüht war, seine erinnerungspolitischen Forderungen in Kooperation mit den politischen Akteuren durchzusetzen. Da er an verschiedenen Entscheidungen selbst beteiligt gewesen war, zeigte er sich ebenso wie diejenigen, die ihm an der Spitze des Verbandes folgten, meist zufrieden mit den erinnerungspolitischen Entscheidungen der Regierung. Sowohl Kheliff als auch Meliani stammten aus dem militärischen Umfeld. In diesem Sinne war es für sie von oberster Priorität, dass die Hilfssoldaten ebenso wie sie selbst als muslimische Offiziere als Soldaten Frankreichs in das nationale Gedenken eingeschrieben wurden. Kheliff betonte an verschiedenen Stellen die Bedeutung, die eine solche Interpretation der Vergangenheit für die Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere deren Kinder habe. Teil des universalistischen

³⁹⁹ Cérémonie de remise de la dignité du grand officier de l'ordre national du Mérite au colonel Aziz Méliani, 12.10.2006, *ibid*, S. 29.

⁴⁰⁰ *Ibid*.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Gedenkens zu werden, war auch für sein eigenes Selbstverständnis als Bürger Frankreichs von großer Bedeutung. Die symbolischen Gesten Chiracs deutete er als Zeichen dafür, dass dieser die muslimischen Veteranen als »treue Soldaten Frankreichs« und somit als Teil der französischen Nation wahrnehme. Aus diesem Grund sah er in der Erinnerungspolitik Chiracs die Erfüllung seiner Forderungen.

Kaberseli hingegen war zu keiner Kooperation mit der Regierung und dem Präsidenten bereit und zeigte sich stets unzufrieden mit den von Regierung und Präsident getroffenen Maßnahmen. Er befand sich in einer andauernden Opferkonkurrenz nicht nur mit anderen Akteuren des Algerienkriegs, sondern auch mit der jüdischen Gemeinschaft Frankreichs, denen gegenüber er nicht nur die muslimischen Repatriierten, sondern die Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten benachteiligt sah. Wie die Aktivisten der *Algérie française* zeigte er kein Interesse an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des Algerienkriegs und der kolonialen Vergangenheit und sah in einer solchen Aufarbeitung auch keine Möglichkeit, die Kontroversen zu überwinden und zu einem universalistischen Gedenken zu gelangen. Er versuchte vielmehr wie auch die Repatriiertenverbände eine Gegenerinnerung zu schreiben, mit der er zugleich seinen Widerstand gegen die etablierten Parteien und das politische System zum Ausdruck brachte.

4.8 Die Erinnerungsarbeit der »harkis« der zweiten Generation

Im Laufe der 1990er Jahre zeichnete sich ein Wandel bei den Forderungen der Hilfssoldaten und deren Nachkommen ab. Standen bis in die 1980er Jahre materielle und soziale Forderungen im Vordergrund, traten sie nun mit erinnerungspolitischen Forderungen an die Öffentlichkeit. Dieser Wandel deutet sich bereits während der Aufstände von 1991 an. Der britischen Historikerin Claire Eldridge zufolge trat die zweite Generation hier erstmals als »mature collective memory carrier« auf und vertrat erstmals selbst eine eigene Interpretation der Vergangenheit⁴⁰¹. Allerdings stand während dieser Aufstände nicht die Interpretation der Vergangenheit im Vordergrund. Vielmehr nutzten die Akteure den Verweis auf die Vergangenheit zur Untermauerung materieller und sozialer Forderungen. Erst in den im Laufe der 1990er Jahre entstand in der zweiten Generation eine breite Bewegung, die ihre eigene Deutung der Vergangenheit in die Debatten um den Algerienkrieg einbrachte und auch erinnerungspolitische Forderungen an die staatlichen Behörden herantrug. Deren Weg wurde durch Einzelakteure aus der Gemeinschaft vorbereitet, die Erinnerungsarbeit

401 ELDRIDGE, »We've never had a voice«, S. 89.

betrieben und die Interpretation der Vergangenheit prägen sollten, auf die sich diese Bewegung mit ihren Forderungen stützte.

Noch bevor die zweite Generation durch die Aufstände von 1991 auf sich aufmerksam machte, lenkte ein ehemaliger Hilfssoldat selbst den Blick der französischen Öffentlichkeit auf das Schicksal seiner Gemeinschaft. Brahim Sadouni, der im Alter von 17 Jahren als Hilfssoldat in den Dienst der französischen Armee getreten und nach dem Kriegsende 1962 auf eigene Faust nach Frankreich geflüchtet war, machte sich im Jahre 1985 auf den Weg von Dünkirchen nach Marseille. Dieser Marsch, der als Reaktion auf die Marche pour l'égalité zu verstehen ist, sollte an die Worte de Gaulles erinnern, das französische Territorium erstreckte sich von Dünkirchen bis nach Tamanrasset. Sadouni verlangte, wie die Initiatoren der Marche pour l'égalité vom Präsidenten empfangen zu werden, um diesem seine Forderungen vorlegen zu können⁴⁰². Er stellte eine erinnerungspolitische Forderung ins Zentrum: »La France doit maintenant se rappeler de notre passé et de notre souffrance commune«⁴⁰³. Mit dieser symbolträchtigen Aktion wollte er an die Schuld Frankreichs am Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten erinnern. Auch der Marsch, den er im Frühjahr 1987 von seinem Wohnort Rouen nach Monte Cassino unternahm, zielte darauf ab. Er stellte die Hilfssoldaten damit symbolisch in die Tradition der Muslime Nordafrikas, die in den Reihen der französischen Armee während des Zweiten Weltkriegs in Monte Cassino einen Sieg davongetragen hatten⁴⁰⁴. Auch Sadounis Vater war als Soldat der französischen Armee an dieser Schlacht beteiligt gewesen⁴⁰⁵.

Sadounis Erinnerungsarbeit wurde stets von Verteidigern der *Algérie française* unterstützt. Während sich der kommunistische Bürgermeister von Évreux weigerte, ihn zu empfangen, bereiteten Vertreter des FN ihm auf seiner Route immer wieder einen herzlichen Empfang⁴⁰⁶. Auch Repatriiertenverbände unterstützten Sadouni. Eine Delegation der Anfanoma empfing ihn 1985 in Drôme⁴⁰⁷. Der Verband JPN sagte ihm im Vorfeld seines zweiten Marsches 1987 uneinge-

⁴⁰² Brahim SADOUNI, *Destin de harki. Le témoignage d'un jeune berbère, enrôlé dans l'armée française à 17 ans*, Paris 2001, S. 170f.

⁴⁰³ Zitiert nach: 300 km à pied pour les droits des harkis!, in: *France-Horizon* 265–266 (1985), S. 2.

⁴⁰⁴ Vgl. La marche des oubliés de Sadouni Brahim de Rouen à Monte-Cassino du 9 mars au 11 mai 1987, in: *France-Horizon* 279 (1987), S. 13.

⁴⁰⁵ SADOUNI, *Destin de harki*, S. 187.

⁴⁰⁶ Vgl. zum Empfang Sadounis in Évreux *ibid.*, S. 200; unter anderem wurde Sadouni in Menton von einer Vertreterin des FN empfangen, vgl. *ibid.*

⁴⁰⁷ La longue marche de l'espoir. Sadouni Brahim, l'auteur de »Français sans patrie« a fait halte dans la Drôme, in: *France-Horizon* 265–266 (1985), S. 19.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

schränkte Unterstützung zu⁴⁰⁸. Die Erinnerungsarbeit Sadounis ließ sich ideal in die Kampagne »Hommage aux harkis« integrieren, die der Verband zeitgleich durchführte⁴⁰⁹. Sadouni war jedoch bemüht, sich von diesen Akteuren zu distanzieren. Mit äußerster Vorsicht reagierte er auf den Empfang durch Vertreter des FN⁴¹⁰. Auch an der Kampagne »Hommage aux harkis« beteiligte sich Sadouni nicht. Er versuchte zu verhindern, dass Verteidiger der *Algérie française* als sein Sprachrohr auftraten, und veröffentlichte selbst seine Autobiografie, in der er seine eigene Interpretation der Vergangenheit vorlegte. Er beschrieb in »Français sans patrie« die Umstände, unter denen er sich im Alter von 17 Jahren als Hilfssoldat in den Reihen der französischen Armee wiedergefunden hatte, schilderte seine Kriegserfahrungen sowie die Flucht nach Frankreich nach Ende des Krieges⁴¹¹. Zudem veröffentlichte er 1990 einen Roman, in dem er seine Erinnerungen verarbeitete⁴¹².

In seiner Autobiografie machte Sadouni deutlich, wie man sich in Frankreich an die Geschichte der Hilfssoldaten erinnern solle. Er zeichnete ein Bild der Hilfssoldaten, das dem Bild der für ein französisches Algerien kämpfenden Soldaten Frankreichs widersprach. Er schilderte, wie schwierig es für die muslimische Bevölkerung Algeriens gewesen sei, ihr Leben zu bestreiten, und wie der Krieg dies zusätzlich erschwert habe. Zudem sei es kaum möglich gewesen, sich in diesem Krieg nicht für eine Seite zu entscheiden. Als er sich an die Armee gewandt habe, sei er auf der Suche nach einer Arbeit als Mechaniker gewesen. Er beschreibt, wie er sich weigern wollte, die Uniform anzuziehen und ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Der Korporal habe ihn schließlich mit den Worten »Si tu n'es pas harki, alors tu n'es qu'un fellagha!« dazu gebracht, zur Waffe zu greifen⁴¹³. Er verdeutlichte, dass er sich nicht aus Treue zu Frankreich für den Dienst an der Waffe entschieden habe. Vielmehr zeigte er ein gespaltenes Verhältnis zu Frankreich und seiner Armee. Sein Vater habe ihm stets voller Stolz seine militärischen Auszeichnungen gezeigt und die Armee habe stets eine Faszination auf ihn ausgeübt und sein Interesse für Frankreich geweckt⁴¹⁴. Gleichzeitig habe er auch in seiner Zeit als Hilfssoldat wiederholt

⁴⁰⁸ La marche des oubliés de Sadouni Brahim de Rouen à Monte-Cassino du 9 mars au 11 mai 1987, in: France-Horizon 279 (1987), S. 13.

⁴⁰⁹ Vgl. zur Kampagne »Hommage aux harkis« [Kap. 4.3](#).

⁴¹⁰ Als Sadouni in Menton von einer Vertreterin des FN empfangen wurde, versuchte er sie zu »vermeiden ohne sie zu beleidigen«. Vgl. SADOUNI, Destin de harki, S. 200.

⁴¹¹ DERS., Français sans patrie. Premier témoignage écrit par un harki, Rouen 1985.

⁴¹² DERS., Le drapeau. Écrit d'un harki, Paris 1990.

⁴¹³ DERS., Destin de harki, S. 82.

⁴¹⁴ Vgl. *ibid.*, S. 27, 45.

daran gedacht, zu desertieren und sich dem FLN anzuschließen⁴¹⁵. Demzufolge war es auch nicht als Bekenntnis für Frankreich zu bewerten, dass Sadouni nun in Frankreich lebte. Er hatte nach Kriegsende darauf gehofft, in sein Dorf zurückkehren zu können, und glaubte an die Versicherungen der offiziellen Seite, der FLN würde das Waffenstillstandsabkommen akzeptieren. Erst durch die einsetzenden Repressalien war er gezwungen worden, nach Frankreich zu fliehen⁴¹⁶. Frankreich habe sich ihm zufolge den Hilfssoldaten gegenüber nicht nur schuldig gemacht, indem die französische Armee sie nach den Abkommen von Évian in Algerien zurückgelassen hatte, sondern bereits durch ihre Rekrutierung selbst. Sadouni zeichnete nicht das Bild von »soldats fidèles à la France«, die die französische Armee als Bürger der Französischen Republik rekrutiert hatte, sondern vertrat vielmehr die Meinung, die französische Regierung und die Armee hätten junge Muslime manipuliert, benutzt und sie anschließend den Racheakten der algerischen Bevölkerung überlassen.

Nicht nur Sadouni allein zeichnete dieses Bild. Auch der Soziologe Mohand Hamoumou widerlegte das Bild des »soldat fidèles à la France« in seiner Promotionsschrift⁴¹⁷. Hamoumou hatte nicht selbst als Hilfssoldat gedient und konnte nicht auf seine eigenen Erinnerungen verweisen. Sein Vater war Hilfssoldat gewesen. Er war in Algerien den Massakern zum Opfer gefallen war, als Hamoumou gerade ein Jahr alt gewesen war. Hamoumou kam im Alter von sechs Jahren mit seiner Mutter nach Frankreich, wo er weder in einem Lager noch in einem Walddorf aufwuchs, sondern in einem Dorf, in dem seine Familie die einzige von maghrebischer Herkunft war⁴¹⁸. Er teilte somit weder die Kriegs- noch die Lagererfahrungen der Hilfssoldaten. Doch gerade weil er diese Erfahrungen nicht teilte, begann er sich für seine Wurzeln zu interessieren und Informationen über die Hilfssoldaten zu sammeln. Da er hierbei auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, beschloss er, sich dieser Gruppe in seiner Dissertation zu widmen. Für ihn war die erinnerungspolitische Aufarbeitung der Vergangenheit der Hilfssoldaten eine Frage der Identität. Die Hilfssoldaten und deren Kinder könnten ihre Würde und ihre Ehre nur zurückbekommen, indem man der französischen Gesellschaft erkläre, warum »ces gens« in Frankreich lebten, schrieb er an Wormser⁴¹⁹. Die Aufarbeitung war somit für ihn als Sohn eines Hilfssoldaten für sein eigenes Selbstverständnis als Bürger der Französischen Republik von Bedeutung. Er erklärte bereits bevor er Ergebnisse seiner

415 Vgl. *ibid.*, S. 123–130.

416 *Ibid.*, S. 144–199.

417 HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*.

418 Vgl. zum Lebenslauf Hamoumous das Schreiben Hamoumou an André Wormser, 10.12.1984, AN: vers. 20120054/86.

419 *Ibid.*

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Arbeit vorstellen konnte, das Schlüsselproblem sei die »ambiguïté, pour la majorité, de leur engagement ›pour‹ ou sans doute plus justement ›avec‹ la France«⁴²⁰. Wie Sadouni vertrat er nicht die These, die Hilfssoldaten hätten als französische Bürger und Soldaten in der Armee gekämpft, woraus für ihn ein ambivalentes Selbstverständnis als französischer Bürger resultierte.

Hamoumou kooperierte zwar wiederholt mit dem CNMF unter der Führung Wormsers, gehörte selbst jedoch zu den »harkis« insbesondere der zweiten Generation, die sich im Laufe der 1990er Jahre zunehmend in Verbänden zusammenschlossen, um mit erinnerungspolitischen Forderungen an den französischen Staat heranzutreten. Dabei gewannen drei Verbände auch auf nationaler Ebene an Bedeutung, die in erster Linie durch das Engagement und die Präsenz ihrer Präsidenten begründet war. Sie sollten den erinnerungspolitischen Diskurs in den 1990er Jahren prägen⁴²¹. Die von Hamoumou gegründete Association justice, information et réparation (AJIR) war einer von ihnen. Von Bedeutung war zudem das von Abdelkrim Klech gegründete Collectif national de justice pour les harkis et leurs familles sowie das Comité national de liaison des harkis (CNLH), das der Sohn des ehemaligen Hilfssoldaten Bouzad Azni unter anderem mit Unterstützung Sadounis gründete. Die Präsidenten dieser drei Verbände unterschieden sich grundlegend in ihren Forderungen und Handlungsstrategien, ihre Erinnerungsarbeit verdeutlichte jedoch stets ihr ambivalentes Verhältnis zur Französischen Republik.

Im Jahr 1997 machten erstmals seit den Aufständen 1991 Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten wieder in einem Maße auf sich aufmerksam, dass auch die großen französischen Tageszeitungen über sie berichteten. Im März 1997 traten einige Söhne ehemaliger Hilfssoldaten in Sainte-Livrade-sur-Lot im Département Lot-et-Garonne im Namen ihrer Gemeinschaft, die sie als »méprisée«, »trahie« und »abandonnée« bezeichneten, in den Hungerstreik⁴²². Dieser Hungerstreik sollte kein Einzelfall bleiben, im Laufe des Jahres folgten an verschiedenen Orten weitere Söhne von Hilfssoldaten diesem Beispiel. Ende des Jahres, im November 1997, fanden in elf Städten, in Paris, Nizza, Peyrolles-en-Provence, Roque-d'Anthéron, Toulouse, Lodève, Agen, Fameck, Amiens, Toulon und Pertuis, Hungerstreiks statt⁴²³. Die größte Aufmerksamkeit erregte die Aktion in Paris. Dort hatten sich bereits im April einige aus der Provence stammende Söhne ehemaliger Hilfssoldaten auf der Esplanade des Invalides

⁴²⁰ Ibid.

⁴²¹ MOUMEN, De l'absence, S. 166.

⁴²² Zitiert nach: Une douzaine d'enfants de harkis observent une grève de la faim, in: Le Monde, 6.3.1997.

⁴²³ Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des renseignements généraux. Flash d'information, 5.11.1997, AN: vers. 20090157/ 212.

niedergelassen, um gegen die Indifferenz gegenüber den Hilfssoldaten zu protestieren⁴²⁴. In mehreren Punkten waren die Hungerstreiks mit den Streiks zu vergleichen, die Hilfssoldaten in den 1980er Jahren durchgeführt hatten. Die Streikenden versuchten zunächst vor allem eine Verbesserung ihrer eigenen Situation zu erreichen. Die Hauptforderung bestand darin, Nachkommen von Hilfssoldaten den Zugang zu Arbeitsplätzen zu erleichtern⁴²⁵.

Die materiellen und sozialen Forderungen wurden jedoch schon bald von einer erinnerungspolitischen Forderung in den Hintergrund gedrängt. Klech, der sich unter den Hungerstreikenden von Paris befand, trat an die Spitze der Bewegung und erweiterte den Forderungskatalog um die Forderung nach »reconnaissance de la République française«. Frankreich solle sich dafür entschuldigen, »des centaines de milliers de harkis désarmés« 1962 in Algerien zurückgelassen zu haben⁴²⁶. Der Zeitpunkt, diese Forderung vorzulegen, war von Klech nicht zufällig gewählt. Er brachte sie nur wenige Tage bevor am 8. Oktober der Prozess gegen Maurice Papon begann ein. Klech knüpfte mit seiner Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung vonseiten des Staates somit an die staatlich-offizielle Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit an und versuchte in deren Windschatten die Aufmerksamkeit auf die ehemaligen Hilfssoldaten zu lenken⁴²⁷.

Klech griff mit der Forderung nach einer Entschuldigung ein Anliegen auf, das Aktivisten der *Algérie française* bereits seit mehreren Jahren vorbrachten. Dementsprechend fiel die Reaktion der Regierungsvertreter aus. Die Ministerin für Arbeit und Solidarität Martine Aubry warf Klech vor, sich vom FN instrumentalisieren zu lassen⁴²⁸. Klech agierte jedoch nicht im Namen des FN, sondern war wie Sadouni bemüht, sich von den Aktivisten der *Algérie française* zu distanzieren. Als Jean-Yves Le Gallou, der Präsident des FN im Regionalrat der Île-de-France, den Hungerstreikenden Ende September einen Besuch abstattete, verließen diese ihr Camp, um ihre Distanz zur rechtsextremen Partei zu demonstrieren⁴²⁹. Obwohl sich auch Repatriiertenverbände wie die Anfanoma hinter die Hungerstreikenden stellten und die durch den gemeinsamen Kampf

⁴²⁴ Cinq fils de harkis observent une grève de la faim à Paris, in: *Le Monde*, 18.4.1997.

⁴²⁵ Sept fils de harkis poursuivent une grève de la faim depuis dix jours, in: *Le Monde*, 3.9.1997.

⁴²⁶ Zitiert nach: *ibid.*

⁴²⁷ Vgl. zu der Bedeutung des Papon-Prozesses in der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit WOOD, *Memory on Trial*, S. 41–76.

⁴²⁸ Abdelkrim Klech a été conduit en urgence à l'Hôtel-Dieu par le SAMU, in: *Le Monde*, 1.10.1997.

⁴²⁹ Depuis le 21 août, six grévistes de la faim campent sur l'esplanade des Invalides à Paris, in: *Le Monde*, 27.9.1997.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

für den Erhalt eines französischen Algeriens geformte Schicksalsgemeinschaft zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und den europäischen Repatriierten betonten, agierten Klech und seine Mitstreiter auch nicht an der Seite der Repatriiertenverbände⁴³⁰. Vielmehr schufen sie mit dem Collectif national de justice pour les harkis et leurs familles ein Netzwerk, mit dessen Hilfe »harkis« insbesondere der zweiten Generation selbst erinnerungspolitische Forderungen stellten.

Die Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung für den *abandon* war für die Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten in erster Linie ein Ausdruck ihres ambivalenten Verhältnisses zur Französischen Republik und somit eine Frage der Identität. Dies erklärt, weshalb Klech und seine Mitstreiter ihr Ziel mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit verfolgten. Nachdem die Forderung nach einem Schuldeingeständnis vonseiten der Vertreter der Französischen Republik laut geworden war, setzten sich nicht nur Klech, sondern mehrere seiner Mitstreiter mit Nachdruck dafür ein, dass die französischen Volksvertreter sich ernsthaft mit dieser Schuldfrage beschäftigten. Klech setzte den Hungerstreik fort, obwohl er an Diabetes erkrankt war und Herzprobleme hatte, wodurch der Hungerstreik für ihn ein enormes gesundheitliches Risiko bedeutete und er immer wieder ins Krankenhaus eingeliefert werden musste⁴³¹. Auch dass seine Mitstreiter die Aktion abbrachen, konnte ihn nicht am Weitermachen hindern. Es fanden sich immer neue Nachkommen von Hilfssoldaten, der zweiten und auch der dritten Generation, die an seiner Seite die Aktion fortsetzten⁴³². Auch in einem größeren Rahmen gelang es Klech, die Gemeinschaft der »harkis« zu mobilisieren. Ende November demonstrierten knapp 2000 von ihnen in Paris ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden. Der Demonstrationzug verdeutlichte das ambivalente Verhältnis der Gemeinschaft zur Französischen Republik. Mit militärischen Orden behängte Hilfssoldaten der ersten Generation führten den Demonstrationzug an. Die zweite Generation folgte ausgestattet mit Transparenten und französischen Flaggen⁴³³. Der Zug brachte durch das Zusammenspiel von Transparenten und Flaggen den Wunsch der Hilfssoldaten und deren Nachkommen nach Zugehörigkeit und zugleich die aus der Enttäuschung resultierende Wut zum Ausdruck.

⁴³⁰ Grève de la faim des enfants de harkis, in: France-Horizon 384–385 (1997), S. 12f.

⁴³¹ Abdelkrim Klech a été conduit en urgence à l'Hôtel-Dieu par le SAMU, in: Le Monde, 1.10.1997.

⁴³² Nachdem seine Mitstreiter Anfang Oktober ihren Hungerstreik beendet hatten, führte Klech ihn mit vier weiteren Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten fort. Vgl. Quatre enfants de harkis entament une nouvelle grève de la faim, in: Le Monde, 8.10.1997.

⁴³³ Un millier de harkis et sept cent membres de leurs familles ont manifesté pour ne plus être les »oubliés de l'Histoire«, in: Le Monde, 18.11.1997.

Noch bis Mitte April dauerte der Hungerstreik auf der Esplanade des Invalides an. Die Regierung gab den Forderungen der Streikenden nicht nach, sondern ließ den Platz schließlich polizeilich räumen. Die Räumung zerstörte jedoch nicht den Willen der »harkis«, ihr Ziel zu erreichen. Nachdem die Polizei die Hungerstreikenden verhaftet hatte, ließen sich bereits am Folgetag zwei Söhne ehemaliger Hilfssoldaten am gleichen Ort nieder, um die Aktion fortzusetzen. Als die Polizei auch diese verhaftete, übergoss sich einer von ihnen mit Benzin und drohte, sich selbst anzuzünden⁴³⁴. Kurz nach diesem Ereignis meldeten Unterstützer der Hungerstreikenden eine Demonstration an. Einige hundert Hilfssoldaten und deren Nachkommen folgten dem Aufruf und beteiligten sich an dem Protestzug. Einige von ihnen versuchten die Gelegenheit zu nutzen, erneut ein Zelt auf der Esplanade des Invalides zu installieren und den Hungerstreik fortzusetzen. Polizeibeamte verhinderten dies, womit die Hungerstreiks vorerst beendet waren⁴³⁵. Klech sollte drei Jahre später, im März 2000, durch einen erneuten Hungerstreik an die Aktion von 1997 anknüpfen. Gemeinsam mit Ahmed Khedairia, ebenfalls Sohn eines *harki*, ließ er sich auf der Place du Président-Édouard-Herriot vor den Toren der Nationalversammlung in Paris nieder, um eine Parlamentsdebatte zur Frage nach der Schuld Frankreichs am Schicksal der Hilfssoldaten zu fordern⁴³⁶. Er sei bereit zu sterben, um seine Forderungen durchzusetzen, erklärte Klech gegenüber einem Journalisten von »Le Monde« und unterstrich damit das Gewicht seiner erinnerungspolitischen Forderung⁴³⁷. Die Aktion war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Weder die Abgeordneten noch die französische Öffentlichkeit zeigten ein ausgeprägtes Interesse an der Aktion.

Während Klech seine Forderung nach einem offiziellen Schuldeingeständnis durch die Hungerstreiks unterstrich, verfolgte Azni parallel zunächst mit ähnlichen Strategien das gleiche Ziel. Er gründete bereits 1986 den Verband Association des Français rapatriés d'origine algérienne, der später im CNLH aufgehen sollte. Mithilfe dieser Verbandsstrukturen wies Azni ebenfalls durch kleinere Hungerstreiks sowie durch Demonstrationen und Petitionen auf die Schuld der Französischen Republik am Schicksal der Hilfssoldaten hin. Nach eigenen Angaben hatte er diesen Verband bewusst gegründet, um sich von den Repatriiertenverbänden abzugrenzen. Er widersprach der von diesen Verbän-

⁴³⁴ Le préfet de police à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Question écrite n° 15250 posée le 8 juin 1998 par M. Didier Quentin, député, 30.6.1998, AN: vers. 20091057/212.

⁴³⁵ Ibid.

⁴³⁶ Grève de la faim de deux fils de harkis pour que la France reconnaisse »ses fautes«, in: Le Monde, 10.4.2000.

⁴³⁷ Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

den verbreiteten These einer Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, da für ihn die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik behandelt würden. Weder in Algerien noch in Frankreich hätten die beiden Gruppen eine solche Gemeinschaft gebildet⁴³⁸.

Trotz dieser Sichtweise kooperierte Azni auch mit Repatriiertenverbänden, wenn es darum ging, die Schuld Frankreichs gegenüber den Hilfssoldaten und deren Nachkommen aufzuzeigen. Im Jahr 1999 versuchte er an der Seite von Repatriiertenverbänden, die offiziellen Feierlichkeiten zum 11. November zu diesem Zwecke zu nutzen. Der Repatriiertenverband *Recours* hatte durchgesetzt, dass zu den Feierlichkeiten Repatriierte, auch verschiedene Hilfssoldaten und deren Nachkommen, eingeladen wurden, um am Grab des unbekanntes Soldaten einen Kranz niederzulegen. Unter anderem Azni war hierfür ausgewählt worden⁴³⁹. Er wollte bei dieser Gelegenheit seinen Protest kundtun. Gemeinsam mit dem Verband europäischer Repatriierter der zweiten Generation JPN rief er zu einer Demonstration im Anschluss an den offiziellen Festakt auf. Die Polizei war bereits im Vorfeld vor einem Versuch gewarnt worden, die Feierlichkeiten zu stören. Da sie aus diesem Grund lediglich der offiziellen Delegation den Zutritt zu den Feierlichkeiten gewähren wollte, nicht jedoch deren Begleitern, boykottierte schließlich auch die ausgewählte Delegation die Veranstaltung und lieferte sich stattdessen eine Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften⁴⁴⁰. Rund 200 »harkis« der ersten und zweiten Generation wurden schließlich auf dem Pont d'Iéna von Kräften der CRS eingekesselt, wo sie rund eine Stunde verharrten und lautstark ihren Unmut kundtaten⁴⁴¹.

Wie der Demonstrationzug, der im November 1997 durch Paris gezogen war, waren auch die Demonstranten, die die offizielle Delegation am 11. November 1999 begleiteten, mit Kriegsorden und französischen Flaggen ausgestattet⁴⁴². Mit dieser militärischen Symbolik verwiesen sie auf den Dienst an der Waffe für Frankreich und bedienten das Motiv des »soldat fidèle à la France«, womit sie die Zugehörigkeit zur Französischen Republik demonstrieren. Gleichzeitig brachten sie jedoch durch ihr Handeln ihre Wut und ihre Ent-

438 Boussad AZNI, *Harkis, crime d'État. Généalogie d'un abandon*, Paris 2001, S. 142f.

439 Philippe Nouvion, secrétaire général du *Recours*, à Laurent Bellini, chef du protocole, secrétariat d'État chargé des anciens combattants, 5.11.1999, AN: vers. 20120054/95.

440 André Wormser, der Präsident des CNMF, hatte im Vorfeld auf die geplante Demonstration aufmerksam gemacht, weshalb der Generalsekretär des *Recours*, Philippe Nouvion, ihn für die Eskalation verantwortlich machte. Vgl. hierzu Philippe Nouvion an André Wormser, 22.11.1999, *ibid*, und André Wormser an Philippe Nouvion, 5.12.1999, *ibid*.

441 Des matraques pour une gerbe, in: *Le Clin d'œil* 128 (1999).

442 *Ibid*.

täuschung darüber zum Ausdruck, dass weder ihre Väter noch sie selbst von französischer Seite jemals als gleichberechtigte Bürger behandelt worden waren. Aus diesem Grund begnügte sich Azni nicht damit, einen Kranz am Grab des unbekanntem Soldaten niederzulegen, sondern nutzte die Gelegenheit, um seine Enttäuschung kundzutun und die Schuld Frankreichs am Schicksal der Hilfssoldaten anzuprangern. Die Auseinandersetzung mit den Kräften der CRS während der Staatsfeierlichkeiten zum 11. November versinnbildlichte dieses ambivalente Verhältnis zur Französischen Republik. Die zur Staatsfeier eingeladenen Hilfssoldaten und deren Nachkommen nahmen nicht an den Feierlichkeiten teil. Stattdessen fanden sie sich auf dem Pont d'Iena Kräften der CRS gegenüber und brachten ihren Unmut gegenüber der Französischen Republik zum Ausdruck, indem sie drohten, ihre Medaillen in der Seine zu versenken und ihre mitgebrachten Trikoloren anzuzünden⁴⁴³.

Als mit den Prozessen gegen Klaus Barbie und Maurice Papon die Vergangenheitsdeutung mehr und mehr auf die Ebene der Justiz verlagert wurde, griff auch Azni diese Handlungsstrategie auf. Er konnte mit Emmanuel Altit einen renommierten Anwalt gewinnen, der bereits an zahlreichen internationalen Prozessen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen war. Nachdem Altit gemeinsam mit einem Kollegen und verschiedenen Mitarbeitern die Anklageschrift fertiggestellt hatte, reichte Azni mit acht weiteren Hilfssoldaten und Nachkommen von Hilfssoldaten, darunter auch Sadouni, sowie im Namen seines eigenen Verbandes Klage gegen Unbekannt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein⁴⁴⁴. Der Zeitpunkt der Klage war genau bedacht. Azni leitete diesen Schritt ein, nachdem die Veröffentlichung von Aussaresses' Ausführungen zur Anwendung der Folter zu einer Klage wegen »Verherrlichung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit« geführt hatten. Azni begründete seinen Schritt zum einen mit den Äußerungen Bouteflikas sowie der nur zögerlichen Reaktion der Staatsführung auf diese Äußerungen. Zum anderen erklärte er, dass die »amis algériens« derjenigen, die sich empört über die Geständnisse von Aussaresses zeigten, Verbrechen begangen hätten, die »mille fois plus odieux« seien⁴⁴⁵. Die in Frankreich geführte Debatte um die vom französischen Militär begangenen Folterungen waren für Azni und seine Mitstreiter ein Affront. Das Problem lag dem Sprecher des CNLH Ahmed Raffa zufolge nicht darin, dass mit der Folterdebatte auch Hilfssoldaten als Täter in den Fokus der französischen Öffentlichkeit rückten. Hilfssoldaten seien nie an dieser »barbarie« beteiligt gewesen, so Raffa. Nur einige Wenige, die sich der französischen Armee angeschlossen hätten, um den Tod von Familienangehörigen

443 Ibid.

444 Emmanuel ALTIT, Préface, in: AZNI, Harkis, crime d'État, S. 14f.

445 AZNI, Harkis, S. 166.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu rächen, hätten sich solcher Vergehen schuldig gemacht⁴⁴⁶. Vielmehr lag für Raffa das Problem darin, dass die von Louise Ighilahriz erhobenen Foltterwürfe auf ein breites Echo innerhalb der französischen Gesellschaft gestoßen waren und die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung durch die Vertreter der Französischen Republik laut wurden, während die Gemeinschaft der Hilfssoldaten sich bereits seit mehreren Jahren vergeblich um eine solche Entschuldigung bemühte⁴⁴⁷. Die mangelnde Unterstützung hierfür wertete das CNLH als weiteres Zeichen dafür, nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt zu sein.

Die Anklageschrift macht deutlich, worin die Kläger die Schuld der Französischen Republik sahen. Drei Punkte warfen sie den damaligen Regierungsvertretern vor. Im Zentrum standen die Massaker. Der damalige Staatspräsident de Gaulle und seine Regierung trügen eine Mitverantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten, da sie diese entwaffnet und dann in Algerien zurückgelassen hätten. Der Anklageschrift wurden zahlreiche Zeugenaussagen von ehemaligen Hilfssoldaten beigefügt, die diesen Vorwurf bestätigten und den Horror, den sie in Algerien erlebt hatten, beschrieben. Darüber hinaus waren auch Dokumente hinzugefügt, etwa die Direktive des damaligen Ministers für algerische Angelegenheiten Louis Joxe, der jegliche Privatinitiative, Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, ausdrücklich untersagt hatte. Die Klage bezog sich jedoch nicht nur auf die Massaker. Bereits die Rekrutierung der Hilfssoldaten werteten die Verfasser der Anklage als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die französische Armee habe aus militärischen Gründen Hilfssoldaten benötigt. Aus diesem Grund habe sie sich mit allen Kräften bemüht, Muslime in großer Zahl anzuwerben, und habe dabei auch zu Zwangsrekrutierungen gegriffen und Minderjährige rekrutiert. Der dritte Punkt der Anklage bezog sich auf den Umgang mit den Hilfssoldaten nach deren Ankunft in Frankreich. Obwohl sie meist die französische Staatsbürgerschaft hatten, habe man sie in den Lagern nicht als solche behandelt. Die hygienischen Bedingungen in den Lagern, die Arbeit, die sie teils ohne Entlohnung leisten mussten, die militärischen Strukturen, denen sie sich zu unterwerfen hatten, sowie die schlechte lagerinterne Schulbildung, die der zweiten Generation ein normales Leben erschwerte, kamen ebenfalls in der Anklageschrift zur Sprache⁴⁴⁸.

Die Anklageschrift trug in vielen Punkten die Handschrift Sadounis und Aznis. Dass die Hilfssoldaten nicht aus Überzeugung für ein französisches

⁴⁴⁶ La communauté harkie demande à la justice de reconnaître son drame de 1962, in: *Le Monde*, 9.6.2001.

⁴⁴⁷ *Ibid.*

⁴⁴⁸ Plainte déposée le 30 août 2001 au Palais de justice de Paris, abgedruckt in: AZNI, *Harkis*.

Algerien gekämpft hatten, sondern ihre Rekrutierung oftmals das Ergebnis einer Manipulation oder gar eines Zwangs vonseiten der französischen Armee gewesen sei, hatte Sadouni bereits in seiner Autobiografie hervorgehoben. Auch auf die Rekrutierung Minderjähriger hatte Sadouni bereits in den 1980er Jahren aufmerksam gemacht. Mit dem Einreichen der Klage veröffentlichte er eine überarbeitete Version seiner Autobiografie, in der er auch sein Leben in Frankreich einbezog und darlegte, wie er in Frankreich dafür eingetreten war, dass man sich an die Geschichte der Hilfssoldaten erinnere⁴⁴⁹. Azni hatte als Sohn eines Hilfssoldaten keine Erinnerungen an den Krieg und nur sehr vage Erinnerungen an die Flucht seiner Familie nach Frankreich. Sein Leben war jedoch durch die Lagererfahrungen geprägt. Wie Sadouni gab auch er kurz nach dem Einreichen der Klage seine Erfahrungen in einer Veröffentlichung wieder⁴⁵⁰. Seinen persönlichen Erfahrungen im Lager von Bias räumte er viel Platz ein und betonte, er sehe die Lagerpolitik als ein weiteres Verbrechen des französischen Staates an, das in der »extermination molle, sans tambour ni trompettes, d'une génération perdue à laquelle on n'a laissé que la désespérance pour seule raison d'être« bestünde⁴⁵¹. Hinter der Lagerpolitik habe der Plan gestanden, die Hilfssoldaten und ihre Familien langsam auszulöschen. Man habe ihre Existenz verneint und ihnen das Recht genommen, für die Mehrheitsgesellschaft sichtbar zu existieren⁴⁵². Nicht nur durch die mangelnde Bildung sei sein weiteres Leben beeinträchtigt gewesen, sondern auch körperlich habe seine Kindheit in Bias Spuren hinterlassen. Explizit wurde in die Klageschrift aufgenommen, dass Azni sowie zwei weitere Kläger von dem Leben im Lager körperliche Schäden davongetragen hätten⁴⁵³.

Für Sadouni und Azni war die Klage ein Weg, ihr ambivalentes Verhältnis zur Französischen Republik zu überwinden. Obgleich Sadouni betonte, nicht aus Überzeugung für ein französisches Algerien gekämpft zu haben, verstand er sich doch als französischer Staatsbürger. Azni war als Sohn eines Hilfssoldaten in Frankreich aufgewachsen und betrachtete Frankreich als seine Heimat. Beide hatten jedoch stets das Gefühl gehabt, nicht als französische Staatsbürger anerkannt zu werden, woraus ihr ambivalentes Verhältnis zu Frankreich resultierte. Sie demonstrierten einerseits ihren Patriotismus, brachten jedoch zugleich ihre Enttäuschung über die Republik zum Ausdruck. Wie Brillet aufzeigte, empfanden sie ein Schuldeingeständnis und eine offizielle Entschuldi-

449 SADOUNI, *Destin de harki*.

450 AZNI, *Harkis*.

451 *Ibid.*, S. 108.

452 *Ibid.*, S. 113.

453 *Plainte déposée le 30 août 2001 au Palais de justice de Paris*, abgedruckt *ibid.*

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

gung von Repräsentanten des Staats als notwendigen Schritt, um sich mit der Französischen Republik identifizieren zu können⁴⁵⁴. Als einen ersten Schritt in Richtung Entschuldigung verstanden viele Mitglieder der Gemeinschaft die Worte, mit denen sich Chirac anlässlich der Journée nationale d'hommage aux harkis an sie wandte und zumindest in Teilen die Verantwortung Frankreichs für die Massaker sowie Fehler bei der Integrationspolitik einräumte⁴⁵⁵. Obwohl er beklagte, dass Chirac große Worte verwendet habe, um scheinbar alles und doch zugleich nichts zu sagen, sah Azni diese Rede Chiracs selbst als Wendepunkt an⁴⁵⁶.

Zwar wurde die Klage abgewiesen und die Worte Chiracs kamen nicht einem offiziellen Schuldeingeständnis und einer offiziellen Entschuldigung gleich, doch beendete Azni nach der Rede Chiracs seine Opposition zum französischen Staat und ging dazu über, mit ihm zu kooperieren. Im Jahr 2002 rief er bei der Präsidentschaftswahl dazu auf, in der Stichwahl für Chirac und gegen Le Pen zu stimmen, womit er sich klar zur Französischen Republik bekannte⁴⁵⁷. Nachdem er zum Vizepräsidenten des im Dezember 2002 von Chirac geschaffenen Haut Conseil des rapatriés ernannt worden war, der sich insbesondere mit Fragen der Integration und der Geschichte der Repatriierten und der »harkis« befassen sollte, wurde er selbst Teil der französischen Regierung⁴⁵⁸. Dieser weitere Lebenslauf Aznis versinnbildlicht die Bedeutung, die insbesondere Kinder der Hilfssoldaten einem Schuldeingeständnis vonseiten französischer Staatsvertreter und einer offiziellen Entschuldigung einräumten. Während sie die Äußerungen Chiracs am 25. September 2001 zwar als ersten Schritt in diese Richtung werteten, beendeten sie nicht den Kampf der Gemeinschaft um Anerkennung. Obwohl Azni fortan innerhalb der Regierung versuchte, die Interessen der Gemeinschaft durchzusetzen, bedeutet dies nicht das Ende der Protestaktionen. Klech machte auch in den folgenden Jahren immer wieder so auf sich aufmerksam⁴⁵⁹. Allerdings drängten nach dem Jahr 2002 andere Akteure in den Vordergrund, die andere Wege suchten, um die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung an die französische Regierung heranzutragen.

454 BRILLET, *Scène judiciaire*, S. 47–73.

455 Vgl. hierzu [Kap. 4.1](#).

456 AZNI, *Harkis*, S. 25f.

457 *Les jours qui se suivent...*, in: *Le Clin d'œil* 165 (2003).

458 MOUMEN, *De l'absence*, S. 168.

459 Im November 2004 bezog Klech ein Camp vor den Türen des Senats, um erneut seine Forderungen zu unterstreichen, vgl. *Des harkis campent devant le Sénat et réclament justice*, in: *Le Monde*, 19.11.2004.

Nachdem sich innerhalb der Gemeinschaft stets männliche Akteure hervorgetan hatten, veröffentlichten im Jahr 2003 unabhängig voneinander gleich vier Töchter ehemaliger Hilfssoldaten teils Autobiografien, teils fiktionale Werke, die in der Forschung als eine literarische Suche nach Identität gewertet wurden⁴⁶⁰. Mit diesen Werken lenkten die Frauen den Blick der französischen Öffentlichkeit auf sich und drängten die männlichen Akteure in den Hintergrund. In den folgenden Jahren sollten sie die Erinnerungsarbeit in der Gruppe der »harkis« dominieren und die erinnerungspolitischen Forderungen der Gemeinschaft prägen. Dalila Kerchouche, die 1973 in dem Lager von Bias als jüngstes Kind einer Familie mit elf Kindern geboren wurde, veröffentlichte in dem Werk »Mon père, ce harki« einen Bericht über ihre Suche nach der Vergangenheit ihrer Familie und somit nach ihrer eigenen Identität. Während ihre Geschwister teils einen großen Teil ihrer Kindheit in den Lagern und in Walddörfern verbracht hatten, hatte sie lediglich ein Jahr in Bias gelebt und hatte daher selbst keine Erinnerung an das Lagerleben. Um sich der Vergangenheit ihrer Familie zu nähern, begab sie sich auf Spurensuche in Frankreich und Algerien⁴⁶¹. Der Fotograf Stephan Gladieu dokumentierte ihre Suche in Bildern. So entstand neben dem persönlichen Werk »Mon père, ce harki« mit »Destins de harkis« ein Buch, in dem Kerchouche und Gladieu Bilder und Erfahrungen verschiedener »harkis« einfingen. Der Fokus lag dabei auf deren Leben in den Lagern und Walddörfern. Gladieu setzte ehemalige Hilfssoldaten, insbesondere jedoch deren Ehefrauen und Kinder in der Kulisse der Lager und Walddörfer in Szene. Die Bilder zeigten symbolisiert durch den Stacheldraht, der das einstige Lager von Rivesaltes umgibt, die Ausgrenzung der Gemeinschaft. Aber auch die Identitätssuche der zweiten Generation in diesen abgeschlossenen Räumen zwischen den Traditionen der Eltern und der französischen Jugendkultur sowie die Revolte der Jugend gegen die paternalistischen Strukturen waren auf den Bildern Gladieus zu sehen⁴⁶². Die Revolte der Jugend machte Kerchouche auch in dem Film »Leïla, la fille de harki« zum Thema, für den sie das Drehbuch schrieb⁴⁶³.

Im Gegensatz zu Kerchouche konnte Fatima Besnaci-Lancou auf eigene Erinnerungen sowohl an die Flucht ihrer Familie aus Algerien als auch an ihre Kindheit und Jugend im Lager zurückgreifen. Als älteste Tochter war sie bereits acht Jahre alt, als ihre Familie aus Algerien fliehen musste und sich in verschiedenen Lagern und Walddörfern in Frankreich wiederfand. Erst im Alter von

⁴⁶⁰ SUTHERLAND, Harki Autobiographies, S. 193–201.

⁴⁶¹ KERCHOUCHE, Mon père.

⁴⁶² DIES., Destins de harkis.

⁴⁶³ Leïla, la fille de harki (Alain TASMA, Frankreich 2006).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

25 Jahren verließ sie 1979 das Walddorf, in dem ihre Familie zuletzt gelebt hatte. Ihre Kindheit und Jugend war sowohl von Kriegs- als auch Lagererfahrungen geprägt. Diese Erfahrungen beschrieb sie in ihrer Autobiografie »Fille de harki«⁴⁶⁴. Nicht ihre eigene Vergangenheit, sondern die ihres Vaters stand für Zahia Rahmani, die 1962 geboren wurde und 1967 nach Frankreich kam, im Vordergrund. Die von ihr erzählte Geschichte dreht sich um den Selbstmord ihres Vaters, der sich 1991 ertränkte⁴⁶⁵. Hadjila Kemoum, ebenfalls kurz nach Ende des Krieges geboren, gab von ihrer eigenen Familiengeschichte nichts preis, sondern verarbeitete die Vergangenheit ihres Vaters in Form eines fiktiven Romans. In »Mohand le harki« erzählt sie die Geschichte eines *harki*, der im Jahr 2001 einen ehemaligen Minister der Regierung de Gaulle als Geisel nimmt, nachdem dieser in einem Fernsehinterview jegliche Verantwortung an den Massakern von 1962 von sich gewiesen hatte⁴⁶⁶.

Ogleich sie unterschiedliche Erzählformen wählten und verschiedene Schwerpunkte setzten, ging es all diesen Frauen darum, durch das Schreiben ihrer eigenen Familiengeschichte zu begegnen. Sie begaben sich auf die Suche nach ihrer eigenen Identität als Töchter von Hilfssoldaten⁴⁶⁷. Alle vier Frauen veröffentlichten unabhängig voneinander im Jahr 2003 ihre Werke. Es waren die gleichen Ereignisse, die sie bewegt hatten, sich auf die Suche nach ihren Wurzeln zu begeben und sich am öffentlichen Diskurs zu beteiligen. Insbesondere der Staatsbesuch Bouteflikas löste diese Identitätssuche aus. Sowohl Kerchouche als auch Besnaci-Lancou zeigten sich geschockt, als Bouteflika in einem Fernsehinterview die »harkis« als »collabos« bezeichnete. Kerchouche beschrieb, wie sie entsetzt diesem Interview gelauscht habe⁴⁶⁸. Besnaci-Lancou bezeichnete seine Worte als »gifle«⁴⁶⁹. Die Worte Bouteflikas wirkten gerade deshalb für diese beiden Frauen so aufrüttelnd, da sie sich bis dahin selbst nicht als Teil der Gemeinschaft der »harkis« verstanden hatten. Dies galt nicht nur für Kerchouche, die erst in den 1970er Jahren geboren war. Im Gegensatz zu vielen Söhnen der Hilfssoldaten galten zahlreiche Töchter als Beispiele gelungener Integration. Sie konnten auf eine erfolgreiche Biografie verweisen, während ihre Brüder oft auf einen vergleichsweise schwierigen Lebensweg zurück-

464 BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*.

465 Zahia RAHMANI, *Moze*, Paris 2003.

466 Hadjila KEMOUM, *Mohand le harki*, Paris 2003.

467 CHOSSAT, *In a Nation of Indifference*, S. 77.

468 KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 206; BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*, S. 13.

469 *Ibid.*

blickten⁴⁷⁰. Rahmani hatte nach ihrem Studium der Literaturwissenschaft und der Kunstgeschichte nicht nur mehrere Romane veröffentlicht, für die sie mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet worden war, sondern auch als Kunsthistorikerin unter anderem in der Galerie nationale du Jeu de paume gearbeitet. Kerchouche schrieb als Journalistin für »L'Express« und Besnaci-Lancou leitete einen Verlag. Sie hatten sich in die französische Gesellschaft integriert und die Erfahrungen, die sie als Töchter von Hilfssoldaten auszeichneten, vergessen oder verdrängt. Die Worte Bouteflikas riefen ihnen jedoch wieder ins Bewusstsein, dass sie einer, wie Besnaci-Lancou es ausdrückte, »communauté de destin« angehörten. Besnaci-Lancou sah ihr Leben durch diese Erkenntnis grundlegend erschüttert⁴⁷¹.

Die Frauen wurden nach eigenen Angaben auch von Azni und dessen Mitstreitern dazu motiviert, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Kerchouche widmete ihr Werk unter anderem »Boussad Azni [...] et tous les habitants de Bias«⁴⁷². Auch Besnaci-Lancou betonte die Bedeutung der erinnerungspolitischen Aktivitäten Aznis. Sie begrüßte die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung vonseiten der französischen Regierung. Allerdings distanzierte sie sich in einigen Punkten von den Aktionen der Söhne der Hilfssoldaten. Sie verstehe ihr Handeln, ihr Weg sei jedoch nicht der ihrige⁴⁷³. Besnaci-Lancou verfolgte wie auch ihre Mitstreiterinnen ähnliche Ziele wie Azni und seine Mitstreiter, allerdings verfolgten die Frauen diese Ziele mit anderen Methoden und unterschieden sich auch in ihrer Deutung der Vergangenheit von diesen Aktivisten. Die Autobiografien und Romane dieser Frauen drehten sich um die gleichen Themen, die Azni in seiner Klage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ins Zentrum gerückt hatte. Es ging um die Frage, weshalb ihre Väter auf französischer Seite gekämpft hatten, und darum, warum die französische Armee sie nach dem Rückzug der französischen Truppen in Algerien zurückgelassen hatte. Auch die Integrationspolitik sowie das Leben in den Lagern und den Walddörfern nahmen viel Platz ein. Diese Frauen rückten jedoch erstmals die Geschichte der Hilfssoldaten explizit in den Kontext der französischen Kolonialgeschichte und machten koloniale und postkoloniale Mechanismen für das Schicksal ihrer Gemeinschaft verantwortlich.

⁴⁷⁰ SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 195. Auch Besnaci-Lancou berichtet, dass ihre Brüder »comme beaucoup de garçons de notre communauté« noch immer ihren Weg suchten, während ihre Schwestern und sie mehr oder weniger gut zurechtkämen, vgl. BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 113.

⁴⁷¹ Ibid., S. 13.

⁴⁷² KERCHOUCHE, Mon père, Remerciements.

⁴⁷³ BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 119.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»L'histoire coloniale de France a fait de moi une fille de harki«⁴⁷⁴, erklärte Besnaci-Lancou. Rahmani griff zu einer ähnlichen Erklärung. Ihr Vater sei Algerier gewesen. Der französische Kolonialismus habe ihn zu einem »Français musulman d'Algérie« gemacht⁴⁷⁵. In einem Interview gab sie an, das Buch geschrieben zu haben, um zu zeigen, wie durch die französische Kolonisation »des hommes bannis« entstanden seien⁴⁷⁶. In ihren Autobiografien legten Kerchouche, Rahmani und Besnaci-Lancou großen Wert darauf, deutlich zu machen, dass ihre Väter nicht als französische Bürger für ein französisches Algerien gekämpft hätten, sondern dass die Kolonialmacht sie als Kolonialisierte rekrutiert und zugleich unterdrückt habe. Besnaci-Lancou bezeichnete diese Situation als »absurdité«⁴⁷⁷. Aufgrund des Drucks, der sowohl vom FLN als auch von der französischen Armee ausgegangen sei, sei jeder ein »harki potentiel« gewesen, schreibt sie in ihrer Autobiografie⁴⁷⁸. Die Entscheidung, für die französische Armee zu den Waffen zu greifen, sei demnach keine ideologische Entscheidung gewesen. Insbesondere Kerchouche hob hervor, dass ihr Vater eigentlich den Unabhängigkeitskampf unterstützt habe. Wäre eine rein ideologische Entscheidung möglich gewesen, hätte ihr Vater sich entschieden, für den FLN zu kämpfen⁴⁷⁹. Obgleich sie die vom FLN ausgeübte Gewalt anprangerten, schrieben diese Frauen ihm nicht die Kriegsschuld zu. Sie werteten den Unabhängigkeitskampf des FLN trotz ihrer Kritik an dessen Methoden als legitimen Kampf gegen die Kolonialherrschaft.

Ohne ihre Väter für ihre Entscheidung zu verurteilen, warfen sie ihnen vor, sich für die falsche Seite entschieden zu haben. Ihr Vater sei durch diese Entscheidung zu einem »éternel colonisé« geworden, so Kerchouche⁴⁸⁰. Sie vertrat wie auch Besnaci-Lancou die Ansicht, dass ihre Familie in Frankreich weiterhin wie Kolonialisierte lebte. Den Erinnerungen an das Leben in den Lagern und Walddörfern räumten sie aus diesen Gründen in ihren Erzählungen viel Platz ein. Beide Frauen erklärten, wie in diesen Lagern koloniale Strukturen fortgesetzt worden seien. Sie beschrieben totalitäre Räume, in denen ehemalige Militärs und repatriierte Siedler die Regeln bestimmten, denen sich die Bewohner zu unterwerfen hatten. Besnaci-Lancou erzählte, sie habe die Achtung vor

474 Ibid., S. 13.

475 RAHMANI, Moze, S. 112.

476 Zitiert nach: Le prix de la mémoire à Zahia Rahmani, in: Le Parisien, 7.11.2003.

477 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 19.

478 Ibid.

479 KERCHOUCHE, Mon père, S. 244–254.

480 Ibid., S. 144.

ihrem Vater verloren, der die »complexes des colonisés« nie abgelegt habe⁴⁸¹. Und auch Kerchouche beschrieb, wie sie sich für ihren Vater schämte, da er Personen in Uniform stets unterwürfig begegnete, selbst nachdem sie das Lager verlassen hatten⁴⁸². Die Verantwortung für diese Unterwerfung schrieben sie jedoch nicht ihren Vätern zu, sondern den europäischen Repatriierten sowie den ehemaligen SAS-Offizieren, die in den Lagern die Aufsicht übernommen hatten. Diese hätten die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien wie Kolonialisierte behandelt, da sie die Lager und Walddörfer als »un morceau d'Algérie coloniale« verstanden hätten⁴⁸³.

Auch den französischen Staat sahen sie in der Verantwortung. Es sei die Schuld der Regierungsverantwortlichen, dass diese totalitären Räume existieren konnten. Kerchouche, die selbst keine Erinnerungen an das Leben in den Lagern hatte, begann ihre Identität als französische Staatsbürgerin in Frage zu stellen, als sie sich ihrer Familiengeschichte annäherte. Es fiel ihr schwer, eine Erklärung dafür zu finden, dass im republikanischen Frankreich totalitäre Räume existieren konnten, in denen die Werte der Republik keine Bedeutung hatten⁴⁸⁴. Sie stellte sich die Frage, weshalb die Regierung die Hilfssoldaten offiziell als Repatriierte bezeichnete, diese jedoch nicht von den gleichen Integrationsmaßnahmen profitierten wie die europäischen Repatriierten, und kam zu dem Schluss, dass die Erklärung in dem im Kolonialismus wurzelnden Rassismus zu suchen sei. Die jeweiligen Regierungen hätten im Umgang mit den Hilfssoldaten einen institutionellen Rassismus etabliert, da sie sich der Idee verwehrt hätten, man könne zugleich Franzose und Muslim sei. Der Fehler ihres Vaters liege demnach nicht darin, sich für die französische Seite entschieden zu haben, sondern darin, Araber und Muslim zu sein⁴⁸⁵.

Mit ihrer Interpretation der Vergangenheit stießen die Frauen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Aufgrund ihrer scharfen Kritik an der Lagerverwaltung musste sich Kerchouche mit Kritik vonseiten des CNMF und Faivres auseinandersetzen. Um ihre Vergangenheitsdeutung zu unterminieren, warf man ihr vor, nicht auf eigene Erinnerungen zurückgreifen zu können⁴⁸⁶. Kerchouche konnte sich in der Tat nicht ihrer eigenen Erinnerungen bedienen. Aus diesem Grund verwob sie wie auch die anderen Frauen die mündlich tradierten Erinne-

⁴⁸¹ BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*, S. 72.

⁴⁸² KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 22.

⁴⁸³ *Ibid.*, S. 160.

⁴⁸⁴ *Ibid.*, S. 139.

⁴⁸⁵ *Ibid.*, S. 187f.

⁴⁸⁶ Vgl. zur Kritik der ehemaligen SAS-Offiziere an den Veröffentlichungen Kerchouches [Kap. 4.2](#).

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

rungen ihrer Familie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Susan Ireland zeigt auf, wie sie sich Arbeiten von Historikern zu Nutze machten, um die Repräsentativität ihrer Erinnerungen zu verdeutlichen⁴⁸⁷. Gezielt suchten diese Frauen auch die Kooperation mit Wissenschaftlern und entschieden sich damit für das gleiche Vorgehen wie das CNMF unter der Führung von André Wormser. Allerdings kooperierten sie im Gegensatz zu Wormser nicht mit Wissenschaftlern aus dem militärischen, sondern aus dem linksintellektuellen Milieu. Als Journalistin der Wochenzeitung »L'Express« war Kerchouche für eine der Zeitungen tätig, die bereits während des Algerienkriegs Kritik an der französischen Kolonialherrschaft in Algerien geübt hatte. Besnaci-Lancou stand ebenfalls der kolonialkritischen Linken nahe. Allerdings erklärte sie als Tochter eines »harkis«, darunter zu leiden, dass auch die französische Linke das Bild der Verräter aufrechterhielt. In diesem Sinne zeigte sie ein gewisses Verständnis dafür, dass einige Vertreter der Gemeinschaft sich politisch auf die Seite der extremen Rechten schlugen. Ein der Rechten nahestehender »harki« sei gewiss glücklicher als ein der Linken nahestehender »harki«, der immer wieder mit Ablehnung konfrontiert werde⁴⁸⁸. Dennoch stellte sie klar, dass ihrer Ansicht nach die extreme Rechte die Hilfssoldaten wie alle Muslime eigentlich verachte, und distanzierte sich wie auch die anderen Frauen deutlich von allen Akteuren, die noch immer die *Algérie française* verteidigten⁴⁸⁹.

Insbesondere Besnaci-Lancou sollte es gelingen, die Gräben, die die Gruppe der Hilfssoldaten sowohl von der kolonialkritischen Linken als auch von den maghrebischen Einwanderern in Frankreich trennten, langsam zu überwinden. Ihre Erinnerungsarbeit beschränkte sich nicht darauf, Erinnerungen niederzuschreiben. Vielmehr motivierte sie das Schreiben zu weiteren erinnerungspolitischen Aktivitäten. Unter anderem gemeinsam mit Kemoum gründete sie das Komitee Femmes et filles de harkis und rief im Januar 2004 zu einem friedlichen Protestmarsch in Paris auf⁴⁹⁰. Mehr als tausend Menschen folgten diesem Aufruf und forderten mit ihrer Demonstration, dass Frankreich die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten übernehme. Besnaci-Lancou war es gelungen, verschiedene antirassistische und menschenrechtsorientierte Gruppen als Unterstützer für die Demonstration zu gewinnen. Unter anderem die LDH rief ihre Mitglieder dazu auf, sich an diesem Marsch zu betei-

487 IRELAND, Facing the Ghosts of the Past, S. 304.

488 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 116.

489 Ibid., S. 121.

490 SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 199.

ligen⁴⁹¹. Als Reaktion auf diesen ersten Erfolg gründete Besnaci-Lancou noch im selben Jahr den Verband Harkis et droits de l'homme⁴⁹². Mit diesem Verband knüpfte Besnaci-Lancou an die Verbindung mit der LDH an, wodurch ihr ein erster wichtiger Schritt zur Überbrückung der Differenzen zwischen der kolonialkritischen Linken und der Gemeinschaft der ehemaligen Hilfssoldaten gelungen war.

Auch zur maghrebinschen Gemeinde in Frankreich konnte Besnaci-Lancou Zugang finden. Alle vier Frauen hoben in ihren Schriften die Bedeutung ihrer algerischen Wurzeln für ihre Identität als französische Staatsbürgerinnen hervor⁴⁹³. Dass die »harkis« in Algerien noch immer als Verräter galten, trennte sie von diesen Wurzeln. Wenngleich ihre Hoffnung durch die Worte Bouteflikas einen Rückschlag erlitten hatte, setzte Besnaci-Lancou weiterhin auf eine Annäherung an die algerische Regierung sowie an die maghrebinsche Gemeinde in Frankreich⁴⁹⁴. Aus diesem Grund stellte sie wie auch Kerchouche bewusst die Erinnerungen in den Vordergrund, die die Hilfssoldaten mit den maghrebinschen Migranten teilten. Die Massaker nahmen daher in den Erzählungen der Frauen keinen zentralen Platz ein. Sowohl Kerchouche als auch Besnaci-Lancou stellten die Massaker in den Kontext der in Frankreich geführten Folterdebatte. Im Gegensatz zu Azni und seinen Mitstreitern zogen sie die Möglichkeit in Betracht, dass auch Hilfssoldaten in den Reihen der französischen Armee an Folterungen beteiligt gewesen sein könnten, obgleich sie ihre eigenen Väter von dieser Schuld freisprachen⁴⁹⁵. Viele unschuldige Algerier seien von der französischen Armee gefoltert worden, schrieb Besnaci-Lancou. Die französische Armee habe gefoltert, ebenso wie der FLN gefoltert habe. Da beide Seiten die gleichen Erfahrungen gemacht hätten, müsse es möglich sein, den Hass hinter sich zu lassen⁴⁹⁶. Sie kritisierte gegenüber den Aktivisten in der Gemeinschaft der ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer die Massaker ins Zentrum ihrer Erinnerungen rückten, an einem Opferstatus festzuhalten, den es zu überwinden gelte. Zu sehr werde dadurch die Konfrontation mit Algerien

491 La LDH soutient la marche pacifique »Femmes et filles de harkis«, 7.1.2004, <http://www.ldh-france.org/la-ldh-soutient-la-marche-pacifique-femmes-et-filles-de-harkis/> (26.2.2020).

492 SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 199.

493 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 114f.

494 Ibid., S. 119.

495 Beide Frauen konfrontierten ihre Väter mit der Frage, ob sie an Folterungen beteiligt gewesen seien. Kerchouche war äußerst beruhigt, als ihr Vater ihr versicherte, nie gefoltert zu haben. Vgl. KERCHOUCHE, Mon père, S. 250f.; BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 16.

496 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

gesucht und zu sehr werde die Gemeinschaft dadurch von den »frères d'Algérie« getrennt⁴⁹⁷.

Mit einem Aufruf, zwei gruppenspezifische Gedenktage gemeinsam zu begehen, gelang Besnaci-Lancou ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer gemeinsamen Erinnerungsarbeit. Bevor am 25. September 2004 bereits zum vierten Mal offiziell die Journée nationale d'hommage aux harkis zelebriert wurde, veröffentlichte sie gemeinsam mit weiteren Kindern ehemaliger Hilfssoldaten sowie mit Nachkommen maghrebinischer Einwanderer das »Manifeste pour la ré-appropriation des mémoires confisquées«. In diesem Manifest sprach sich die jeweils zweite Generation beider Gruppen dafür aus, ihre Geschichte gemeinsam so aufzuarbeiten, dass auch die Geschichte der Hilfssoldaten nicht mehr länger verschleiert bliebe. Auf beiden Seiten des Mittelmeers würden die Akteure des Algerienkriegs nach einem einfachen Gut-oder-böse-Schema beurteilt. Diese vereinfachte Geschichtsschreibung verschleierte, was die Hilfssoldaten und die maghrebinischen Einwanderer eine⁴⁹⁸. Dieses stereotype Denken in Gut und Böse suchten sie zu überwinden, indem sie die gemeinsamen Erfahrungen der kolonialen Unterdrückung sowie die Erfahrungen des Exils und des im Kolonialismus wurzelnden strukturellen Rassismus hervorhoben. Als ehemals Kolonialisierte seien sie alle in Frankreich an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, die einen in Lagern und Walddörfern, die anderen zunächst in Barackensiedlungen, dann in den französischen Vorstädten. Obwohl sie gemeinsam durch ihre Arbeitskraft in der Nachkriegszeit einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Frankreichs geleistet hätten, würden sie noch immer marginalisiert und diskriminiert. Mithilfe einer gemeinsamen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, die auch der Geschichte der Hilfssoldaten genügend Raum einräumen sollte, erklärten sie, zu einer Gestaltung der Gegenwart sowohl in Algerien als auch in Frankreich beitragen zu wollen. Ihre Vision waren ein plurales Algerien und »une France plus juste, plus solidaire, plus reconnaissante et plus fraternelle«⁴⁹⁹. Symbolisch für diese gemeinsame Zielsetzung sollten zwei Gedenktage, die bis dahin als Symbol für die Differenzen beider Gruppen gestanden hatten, gemeinsam zelebriert werden. Es sollten sich Söhne und Töchter von Migranten an der Journée nationale d'hommage aux harkis beteiligen, während Nachkommen von Hilfssoldaten zum Gedenken an den 17. Oktober 1961 eingeladen wurden. Zahlreiche Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, darunter auch Kemoum und Kerchou-

⁴⁹⁷ Ibid., S. 119.

⁴⁹⁸ Le manifeste pour la ré-appropriation des mémoires confisquées, 23.9.2004, <http://histoirecoloniale.net/Le-manifeste-pour-la-re.html> (26.2.2020).

⁴⁹⁹ Ibid.

che, unterzeichneten diesen Appell ebenso wie maghrebische Einwanderer der zweiten Generation⁵⁰⁰.

Die neuen Allianzen mit der kolonialkritischen Linken sowie mit der maghrebischen Gemeinde in Frankreich konnte Besnaci-Lancou auch dann noch aufrechterhalten, nachdem das am 23. Februar 2005 erlassene Gesetz »portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés« die Hilfssoldaten erneut in die Nähe der Verteidiger eines französischen Algeriens gerückt hatte. Bereits wenige Tage nach der Verabschiedung des Gesetzes äußerte sich Besnaci-Lancou als Präsidentin des Verbands Harkis et droits de l'homme in einer Pressemitteilung zu den Inhalten des Gesetzes. Diese leitete sie mit folgenden Worten ein: »Après les camps, derrière les barbelés, les harkis et leurs familles viennent d'être enfermés dans une loi abjecte votée par des nostalgiques de l'Algérie française«⁵⁰¹. Auf diese Weise kritisierte sie die Fortsetzung kolonialer Strukturen, die mit diesem Gesetz nun auch auf der erinnerungspolitischen Ebene erkennbar werde. Anstatt tatsächlich auf die Forderungen der Gemeinschaft der Hilfssoldaten einzugehen, vermische die Regierung ihre Interessen mit den Interessen der ehemaligen Kolonialherren. Im ersten Artikel des Gesetzes, in dem die Regierung all jenen dankte, die ihren Beitrag zu »l'œuvre accomplie par la France dans les anciens départements français d'Algérie, au Maroc, en Tunisie et en Indochine ainsi que dans les territoires placés antérieurement sous la souveraineté française« geleistet hätten, erkannte Besnaci-Lancou einen Rekurs auf die Zivilisationsmission Frankreichs in den Kolonien⁵⁰². Sie wehrte sich dagegen, die Hilfssoldaten hiermit in Verbindung zu bringen. Auch die Entschädigungszahlungen ordnete sie in den postkolonialen Kontext ein. Das Gesetz habe »un goût de charité et non de justice«⁵⁰³. Sie warf den Parlamentariern vor, den Hilfssoldaten noch immer mit rassistischen Denkmustern entgegenzutreten und davon auszugehen, dass diese sich als minderwertige Wesen mit »coups de compassion, médailles ou autres cérémonies« abspeisen ließen⁵⁰⁴. Sie kündigte an, mit ihrem Verband so lange wie nötig dafür zu kämpfen, dass die französische

500 Ibid.

501 Fatima Besnaci-Lancou, Harkis: une loi-geôle, communiqué de presse, 28.2.2005, <http://histoirecoloniale.net/l-Association-Harkis-et-droits-de.html> (26.2.2020).

502 Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1.

503 Fatima Besnaci-Lancou, Harkis: une loi-geôle, communiqué de presse, 28.2.2005, <http://histoirecoloniale.net/l-Association-Harkis-et-droits-de.html> (26.2.2020).

504 Ibid.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Nation offiziell die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten übernehmen, und zwar ohne dieses aus dem kolonialen Kontext zu reißen⁵⁰⁵.

Zu dem Artikel 4 des Gesetzes, in dem wörtlich »le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord« Erwähnung fand, äußerte sich Besnaci-Lancou nicht⁵⁰⁶. Nachdem dieser Artikel aufgrund der Petition von verschiedenen Historikern wie Claude Liauzu und Gilbert Meynier zum Gegenstand öffentlicher Debatten wurde, nutzte jedoch Besnaci-Lancou das öffentliche Interesse an dem Gesetz, um ihre Position noch einmal zu verdeutlichen⁵⁰⁷. Sie veröffentlichte gemeinsam mit Liauzu in der Tageszeitung »Libération« einen Artikel, in dem die Geschichte der Hilfssoldaten in den kolonialen Kontext eingeordnet wurde. Erneut betonte sie, alle Artikel des Gesetzes zu verurteilen, durch die der Kolonialismus beschönigt werde. Um die Schuld am Schicksal der Hilfssoldaten einzugestehen, müsse der Staat vielmehr die Verantwortung für »la fin tragique de cent trente-deux ans de domination française« übernehmen⁵⁰⁸. Dieser Artikel war die erste gemeinsame Veröffentlichung Besnaci-Lancous und eines namhaften Kolonialhistorikers. Er begründete ihre Zusammenarbeit mit Historikern, die wie sie selbst die Geschichte der Hilfssoldaten im Kontext des Kolonialismus und des im Kolonialismus wurzelnden Rassismus betrachteten und wie sie für eine gemeinsame algerisch-französische Aufarbeitung des Algerienkriegs eintraten⁵⁰⁹. Fortan beteiligte sie sich an historischen Tagungen und gab gemeinsam mit Historikern verschiedene Bücher heraus⁵¹⁰.

Wie Wormser suchte Besnaci-Lancou ihre Vergangenheitsdeutung durch die Kooperation mit Wissenschaftlern zu bestätigen und näherte sich damit

⁵⁰⁵ Ibid.

⁵⁰⁶ Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

⁵⁰⁷ Vgl. zur Petition der Historiker gegen das Gesetz vom 23. Februar 2005 [Kap. 4.6](#).

⁵⁰⁸ Fatima BESNACI-LANCOU, Claude LIAUZU, Les harkis, prisonniers de mémoire, in: Libération, 2.8.2005.

⁵⁰⁹ Vgl. hierzu u. a. Pierre SORLIN, L'histoire franco-algérienne. Un chantier toujours ouvert, in: Frédéric ABÉCASSIS, Gilbert MEYNIER (Hg.), Pour une histoire franco-algérienne. En finir avec les pressions officielles et les lobbies de mémoire, Paris 2008, S. 197–207; Sylvie THÉNAULT, France–Algérie. Pour un traitement commun du passé de la guerre d'indépendance, in: Vingtième siècle 85 (2005), S. 119–128.

⁵¹⁰ Besnaci-Lancou beteiligte sich auch an der am 23. Februar 2006 an der Universität Jussieu unter anderem von der LDH organisierten Tagung »Un an après la loi du 23 février 2005. Légiférer le passé?« Zu ihren wichtigsten Veröffentlichungen gehören: Fatima BESNACI-LANCOU, Des harkis envoyés à la mort. Le sort des prisonniers de l'Algérie indépendante (1962–1969), Paris 2014; DIES., Nos mères, paroles blessées. Une autre histoire de harkis, Paris 2006; DIES., Abderahmen MOUMEN, Les harkis, Paris 2008.

dem Lager der Linksintellektuellen in Frankreich an. Diese Kooperation ebenso wie ihre ideologische Nähe zu maghrebinischen Einwanderern unterschied die Frauen von Aktivisten wie Sadouni, Klech und Azni, an deren Erinnerungsarbeit sie anknüpften. Die erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser männlichen Aktivisten zeugten von einem ambivalenten Verhältnis zur Französischen Republik. Sie sahen sich nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt und warteten auf eine Entschuldigung, die sie als Symbol dafür ansahen, dass man sie als Staatsbürger ernst nahm und ihnen einen Platz im nationalen Gedenken einräumte. Die Forderung nach einer Entschuldigung war für sie daher eine Frage der Identität. Ihre Identität war geprägt von einem Gefühl der doppelten Ausgrenzung, insbesondere von französischer, aber auch von algerischer Seite. Aufgrund dieses Gefühls der Ausgrenzung überschritten sich ihre Interessen und Vergangenheitsdeutungen immer wieder mit denen der Verteidiger der *Algérie française*. Wie sie bauten sie eine Gegenerinnerung auf, mit der sie sich gegen den französischen Staat wandten. Auch auf die unversöhnlichen Gesten aus Algerien reagierten sie mit einer Gegenerzählung, in der die Hilfssoldaten die Opfer und der FLN die Täter repräsentierten. Die weiblichen Akteurinnen um Besnaci-Lancou bemühten sich im Gegensatz zu ihren männlichen Vorgängern, eine auf einer doppelten Zugehörigkeit beruhende Identität aufzubauen. Sie forderten eine entschuldigende Geste von der französischen Seite, um sich mit der Französischen Republik versöhnen zu können. Allerdings forderten sie eine solche Geste nicht nur gegenüber den Hilfssoldaten und deren Nachkommen, sondern auch gegenüber den maghrebinischen Migranten. Sie sahen nicht nur den Umgang mit den Hilfssoldaten, sondern mit allen Maghrebinern in Frankreich als Zeichen dafür an, dass im Kolonialismus wurzelnde rassistische Strukturen den französischen Universalismus unterwanderten. Durch die Anerkennung dieses gemeinsamen Opferstatus von französischer Seite hofften sie nicht nur sich selbst mit der Republik identifizieren zu können, sondern auch von der algerischen Seite akzeptiert zu werden.

4.9 Unmöglichkeit eines universalistischen Gedenkens

Das Gedenken an den Algerienkrieg stellte die Französische Republik vor Herausforderungen und zeigte auf, wie schwierig die Durchsetzung eines einheitlichen sinnstiftenden Gedenkens in einer vom Pluralismus geprägten Nation ist. Das Gedenken an den Algerienkrieg spaltete die Nation gleich in mehrere divergierende Gruppen, was als Gefahr für das universalistische Selbstverständnis der Republik wahrgenommen wird. Bereits kurz nach dem Ende des Kriegs zeichnete sich dieser Widerstreit der Erinnerungen ab, als

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Veteranenverbände in den Konflikt um einen Gedenktag für die Gefallenen des Krieges eintraten. Dies erklärt das lange Schweigen und das Bestreben der staatlich-offiziellen Seite, die gruppenbezogenen Versuche eines Gedenkens an den Algerienkrieg zu unterdrücken. Die zwischen ehemaligen Akteuren des Krieges ausgetragenen Kämpfe um die Deutungshoheit der Geschichte verdeutlichen, wie sehr der Algerienkrieg die Nation gespalten hatte. Lange wurden diese Erinnerungskämpfe jedoch von der breiten Öffentlichkeit in Frankreich nicht wahrgenommen. Die Erinnerungen an den Krieg galten, wie Stora 1992 zeigte, als verdrängt, obgleich die Fnaca bereits in den 1970er Jahren forderte, am 19. März der Gefallenen des Algerienkriegs zu gedenken, und seit Anfang der 1980er Jahre auch die einstigen Aktivisten der *Algérie française*, die sich um die Idee der *nostalgérie* formierten, in den Kampf um die Deutungshoheit über das Geschehen eintraten⁵¹¹.

Die Aktivisten der *Algérie française* machten die »harkis« erstmals zum Gegenstand der Kontroversen um den Algerienkrieg. Sie erklärten die Hilfssoldaten zu Mitgliedern der Gemeinschaft aller Repatriierten und blendeten damit die Differenzen zwischen europäischen Repatriierten und Hilfssoldaten, das heißt die institutionelle Benachteiligung der muslimischen Repatriierten, insbesondere der Hilfssoldaten in der Französischen Republik aus. Im Rahmen dieser inszenierten Gemeinschaft versuchten diese Aktivisten die Massaker an den Hilfssoldaten mit ihrer eigenen Vergangenheit zu verknüpfen und damit ihren eigenen Opferstatus zu verstärken. Sie bezeichneten die Hilfssoldaten als Soldaten und somit auch als Bürger Frankreichs, versuchten jedoch nicht, deren Identifikation mit der Nation durch die Erinnerungspolitik zu stärken. Im Gegensatz zu den ehemaligen SAS-Offizieren bemühten sich Repatriiertenverbände ebenso wenig wie die extreme Rechte, die Hilfssoldaten in ein einheitsstiftendes nationales Gedenken einzuschreiben, sondern schrieben eine Gegen-erzählung, in der sie die Hilfssoldaten wie sich selbst zu Opfern des von de Gaulle, der damaligen Regierung und der französischen Mehrheitsgesellschaft verübten Verrats stilisierten. Mit dieser Gegenerinnerung wandten sich die Aktivisten der *Algérie française* gegen den Staat und brachten ihren Widerstand gegen die etablierten Parteien und das politische System zum Ausdruck.

In Chirac fanden die Aktivisten der *Algérie française* einen Repräsentanten des Staates, der ihre Interpretation der Vergangenheit zumindest in einigen wesentlichen Punkten teilte. Chirac war nicht nur Repräsentant der Französischen Republik, sondern auch Erinnerungsträger. Als ehemaliger Leutnant zur Zeit des Algerienkrieges vertrat er die These, Algerien sei integraler Bestandteil der Französischen Republik gewesen und de Gaulle habe versucht, den Universalismus auf Algerien zu übertragen. Die Hilfssoldaten verstand er in diesem

511 STORA, La gangrène et l'oubli.

Sinne als französische Soldaten, die gemeinsam mit europäischen Militärs und Siedlern an der Zivilisierung Algeriens mitgewirkt hätten. Chirac sagte den Aktivisten der *Algérie française* bereits in den 1980er Jahren während seiner Zeit als Premierminister zu, sich nach Möglichkeit für diese Deutung der Vergangenheit einzusetzen. Da er jedoch als Präsident und damit oberster Repräsentant des Staates an einer einheitlichen, versöhnenden Geschichtsschreibung interessiert war und zudem die Rolle de Gaulles in dieser Geschichte anders bewertete, kollidierte die Vergangenheitsdeutung Chiracs mit der Gegenerzählung der Aktivisten der *Algérie française*. Als diese de Gaulle im Zuge der durch die Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit stattfindenden Verrechtlichung der Vergangenheitsbewältigung Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarfen, konnte Chirac als in der Tradition des Gaullismus stehender Staatsvertreter diesen Schritt nicht unterstützen.

Nachdem Chirac zum Staatspräsidenten gewählt worden war, bemühte er sich um eine Ausrichtung der Erinnerungspolitik an der universalistischen Tradition der Republik. Sein Umgang mit der Vichy-Vergangenheit stand modellhaft für diesen Weg. Er erkannte offiziell die Mitschuld von Staatsorganen an den Verbrechen an und verstand dies als entschuldigende Geste gegenüber den Opfergruppen. Die Anerkennung sollte diesen Gruppen ermöglichen, sich im nationalen Gedenken wiederzufinden und damit ihre Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft zu stärken. Bezüglich des Algerienkriegs erwies sich dieser Weg für Chirac jedoch als nicht praktikierbar, da sich verschiedene einstige Akteure des Krieges als Opfergruppen verstanden und der Präsident sich mit widerstreitenden Forderungen konfrontiert sah. Die meisten Akteure verstanden die Hilfssoldaten eindeutig als Opfergruppe. Zwar gab der FLN sein Bild der Hilfssoldaten als Verräter oder Kollaborateure nicht auf. Auch einzelne Vertreter der kolonialkritischen Linken hielten an diesem Bild fest und ordneten die Hilfssoldaten als Täter und nicht als Opfer ein. Die algerische Gemeinde in Frankreich hatte sich jedoch ebenso wie ein Großteil der kolonialkritischen Linken von dieser Haltung distanziert und erkannte den Opferstatus der Hilfssoldaten an. Während die Hilfssoldaten für die Aktivisten der *Algérie française* Opfer des Verrats durch de Gaulle waren, verstanden die kolonialkritischen Akteure die Hilfssoldaten jedoch als Opfer des Kolonialsystems, also als Kolonialisierte, die die französische Armee instrumentalisiert hatte und die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich mit im Kolonialismus wurzelnden rassistischen Strukturen konfrontiert gesehen hatten. Man ordnete sie einer gemeinsamen Opfergemeinschaft mit den maghrebinischen Einwanderern zu, verlor ihre Täterschaft jedoch nicht aus den Augen, da sie Teil des französischen Repressionsapparats gewesen waren. Diese Vergangenheitsdeutung vertrat auch die Töchter der Hilfssoldaten, die sich durch diese Erinnerungsdeutung eine Identität der doppelten Zugehörigkeit zu schaffen suchten.

4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Chirac sprach zwar nicht, wie die Aktivisten der *Algérie française* forderten, von einem Verrat am französischen Algerien, er zeigte jedoch mit seinen erinnerungspolitischen Gesten als Präsident, dass er die Hilfssoldaten nicht als Opfer des Kolonialismus verstand, sondern ihren Opferstatus mit dem Ende der *Algérie française* verknüpfte. Damit verwies er auf eine Opfergemeinschaft aus europäischen Repatriierten und Hilfssoldaten. Indem er mit dem Gesetz vom 23. Februar 2005 nicht nur die Hilfssoldaten, sondern alle Repatriierten als Opfer anerkannte und im Namen der Republik deren zivilisatorischen Leistungen in Algerien hervorhob, gab Chirac vor, dem universalistischen Prinzip zu folgen. Er gedachte sowohl die Hilfssoldaten als auch die Aktivisten der *Algérie française* mit dem Staat zu versöhnen und in die Republik zu assimilieren. Allerdings schloss Chirac durch dieses Vorgehen andere Gruppen aus dem Gedenken aus. Die damit etablierte Interpretation der Geschichte exkludierte die aus dem Maghreb stammende Gemeinde Frankreichs aus dem nationalen Gedenken. Auch Nachkommen von Hilfssoldaten fanden sich in dieser von oben oktroyierten Geschichtsdeutung nicht wieder. Chirac gelang es mit seinem erinnerungspolitischen Vorgehen nicht, die widerstreitenden Vergangenheitsdeutungen zu vereinen. Um zu einem offiziellen Gedenken zu gelangen, orientierte er sich an der Geschichtsdeutung der Kolonialbefürworter, was damit zu begründen ist, dass er nicht nur als Staatsoberhaupt agierte, sondern zugleich als Erinnerungsträger. Seine eigenen Erinnerungen bestätigten »le rôle positif de la présence française outre-mer«. Diese kolonial geprägte Vergangenheitsdeutung zu begünstigen, hatte Chirac bereits über mehrere Jahre hinweg den Repatriiertenverbänden versprochen. Seine Erinnerungspolitik kann somit auch als Einlösen von Wahlversprechen gewertet werden.

Chirac hatte sich für eine von Interessenvertretungen ehemaliger Akteure tradierte Vergangenheitsdeutung entschieden, ohne verschiedene wissenschaftliche Meinungen einzuholen. Der einzige Historiker, der in den Entstehungsprozess des Gesetzes vom 23. Februar 2005 eingebunden wurde, war Faivre, der in engem Kontakt zu den Interessensvertretungen stand und deren Erinnerungen mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten stützte⁵¹². Weder der Sichtweise der ehemals Kolonialisierten noch den Deutungen kolonialkritischer Historiker wurde Beachtung geschenkt. Chirac versuchte die ehemaligen Siedler Algeriens mit der Französischen Republik zu versöhnen, nicht jedoch die ehemals Kolonialisierten und deren Nachkommen, deren Geschichtsdeutung mit der der Aktivisten der *Algérie française* kollidierten. Durch dieses staatliche Gedenken sahen sich die Töchter ehemaliger Hilfssoldaten ebenso wie Migranten der

⁵¹² Valérie MORIN, François NADIRAS, Sylvie THÉNAULT, Genèse de la loi du 23 février 2005, in: Histoire coloniale et postcoloniale, <http://histoirecoloniale.net/La-genese-de-la-loi-du-23-fevrier-2005-1-le-lobby-pied-noir-par-Valerie-Morin.html> (26.2.2020).

zweiten Generation in ihrem Vorwurf bestätigt, das universalistische Nationsverständnis diene in Frankreich stets dazu, die Kolonialisierten auszugrenzen.

Die Kontroversen um den Algerienkrieg zeigen, dass das nationale Gedenken das Ergebnis von innergesellschaftlichen Debatten ist, wobei sich stets die Vergangenheitsdeutung der gesellschaftlichen Akteure durchsetzen, die über den meisten Einfluss auf staatliche Akteure verfügen. Von einer einheitsstiftenden nationalen Erinnerung auszugehen bedeutet, die Erinnerungen all jener auszuschließen, die über diesen Einfluss nicht verfügen. Aus diesem Grund fanden die Erinnerungen der algerischen Migranten und der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, die der Republik vorwarfen, mit dem Kolonialismus den Universalismus verraten zu haben, keinen Platz in diesem Verzeichnis nationaler Erinnerungen. Stora wertet die Kontroversen um den Algerienkrieg als Ausdruck einer differentialistischen Realität der Republik. Er deutet dies jedoch nicht als Gefahr für die Idee des Universalismus, sondern vertritt die These, schenkte man allen gruppenbezogenen Erinnerungen gleichermaßen Beachtung, werde damit ein vereinendes Gedenken ermöglicht⁵¹³. Er stellt das Prinzip der Gleichberechtigung im Gedenken vor das Ziel einer Vereinheitlichung des nationalen Gedächtnisses und plädiert dafür, widerstreitenden Vergangenheitsdeutungen Beachtung zu schenken. Der von Chirac verfolgte Ansatz zielte an dieser differentialistischen Realität vorbei. Der in der Frage der Vichy-Vergangenheit verfolgte Ansatz, als entschuldigende Geste gegenüber der Opfergemeinschaft die Verbrechen des französischen Staates anzuerkennen und diese Opfergemeinschaft so mit der Republik zu versöhnen, ließ sich nicht auf die Kontroversen um den Algerienkrieg übertragen. Verschiedene Gruppen reklamierten für sich den alleinigen Opferstatus und Chirac berücksichtigte einige Opfergruppen besonders, während er andere übersah. Dadurch wurden Gruppen von Erinnerungsträgern aus dem nationalen Gedenken ausgeschlossen, wodurch das Festhalten am universalistischen Ideal letztendlich einen exkludierenden Charakter bekam und der Idee der offenen Republik widersprach.

513 STORA, Entretiens avec Thierry Leclère, S. 67.

5. Fazit und Ausblick

Es galt in dieser Arbeit, anhand der um die »harkis« geführten Diskurse seit Beginn der Fünften Französischen Republik herauszuarbeiten, wie sich der Kolonialismus auf das Nationenverständnis in Frankreich auswirkte, und zwar weit über die Dekolonisation hinweg. Im Zentrum des Forschungsinteresses lag dabei die Frage, wie unterschiedliche Akteure in den von einem komplexen Beziehungs- und Interessensgefüge geprägten Diskursen das Ideal des Universalismus interpretierten und wie sich koloniale Denkmuster mit den verschiedenen Lesarten des Universalismus verbanden. Welche Akteure orientierten sich an der universalistischen Idee und waren darin interessiert, die »harkis« nach dem assimilatorischen Ansatz in die Nation zu integrieren? Wie füllten diese Akteure diesen assimilatorischen Ansatz aus? Befürworteten sie ein Zusammenspiel von Gleichbehandlung und Angleichung oder fanden sich in ihrer Vorstellung von Assimilation im Kolonialismus begründete inegalitäre Lesarten einer zivilisatorischen Rückständigkeit der indigenen Bevölkerung und somit der Hilfssoldaten und deren Familien wieder, wodurch die Vorstellung der Assimilation als vollständige kulturelle Absorption in den Vordergrund rückte und das Prinzip der Gleichbehandlung an Bedeutung verlor? Rückten Akteure gar von dem universalistischen Ideal der Integration ab und bedienten sich in ihrer Argumentation Motiven des differentialistischen Rassismus, um die Hilfssoldaten und deren Familien aus der Nation auszuschließen?

Hierzu wurde untersucht, inwiefern die untersuchten Gruppenakteure die »harkis« als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik ansahen und inwiefern diese sich selbst als solche fühlten. Um nach dem universalistischen Ideal als gleichberechtigte Bürger der Republik zu gelten, müssten die Hilfssoldaten in vollem Maße mit den gleichen Rechten ausgestattet sein und der Angleichungsprozess müsste so weit vorangeschritten sein, dass sie nicht mehr als separate Gruppe zu erkennen sind¹. Die Analyse der Diskurse um die »harkis« offenbarte, dass es 1958 koloniale Akteure waren, die nach außen vorgaben, die Hilfssoldaten als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik anzuer-

1 BRUBAKER, Ethnizität, S. 169–171.

5. Fazit und Ausblick

kennen. Mitglieder des Kolonialmilitärs ebenso wie europäische Siedler und die kolonialbefürwortende extreme Rechte in der Metropole blendeten die koloniale Situation in Algerien aus und deklarierten die Hilfssoldaten zu Bürgern und Soldaten der Französischen Republik. An diesem Topos hielten diese Akteursgruppen über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus fest. Die Dekolonialisierung stellte in ihrem Diskurs diesbezüglich keinen Bruch dar. Dem 1958 begründeten Topos blieben sie während der Debatten um die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich ebenso treu wie in den kontroversen Debatten um den Algerienkrieg und um die koloniale Vergangenheit Frankreichs. Diesem Motiv folgend hatten sich die Hilfssoldaten für diese Akteure auf doppeltem Wege das Recht auf die französische Staatsbürgerschaft gesichert, zum einen dank des *ius soli* als Einwohner Algeriens, das sie staatsrechtlich als integralen Bestandteil der Republik interpretierten. Zum anderen galten die Hilfssoldaten als »Français par le sang versé«. Die genannten Akteure werteten das Engagement der Hilfssoldaten in der französischen Armee als bewusste Entscheidung für die Republik, so dass die Hilfssoldaten diesem Topos folgend durch den Kampf in der französischen Armee und die Bereitschaft, für Frankreich ihr Blut zu opfern, ihr Recht auf die französische Staatsbürgerschaft erkämpft hatten. Damit einhergehend unterstellten die kolonialen Akteure den Hilfssoldaten einen Willen zur Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption und deklarierten sie somit zum Sinnbild des Ideals der universalistischen Republik.

Die kolonialkritische Linke dagegen sah Algerien nicht als integralen Bestandteil der Französischen Republik an, sondern als Kolonie. Der Kolonialismus galt in der antikolonialen Linken als Unterdrückungssystem und als Bedrohung für das universalistische Ideal der Republik. Kolonialkritische Intellektuelle traten für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein, weshalb sie den Unabhängigkeitskampf des FLN unterstützten. In Algerien existierte dieser Vorstellung folgend eine algerische Nation, die die Kolonialherren unterdrückten. Die kolonialkritischen Akteure sahen den FLN als Kopf einer geeinten algerischen Nation. Die Hilfssoldaten waren demnach für sie nicht Bürger der Französischen Republik, sondern Algerier, die als Verräter und Kollaborateure den Unterdrückungskampf der Kolonialherren unterstützten, statt für die Freiheit der algerischen Nation zu kämpfen. Fanon lieferte die theoretische Grundlage für diesen Topos. Er ging von der These aus, die durch die koloniale Unterdrückung zu »sous-hommes« degradierten Kolonialisierten müssten sich durch die Beteiligung am Unabhängigkeitskampf auch mental dekolonialisieren, um ihr Menschsein zurückzuerobern. Die »harkis«, die diesen Schritt nicht getan hatten, blieben dieser Theorie folgend im Stadium der »sous-hommes«². Nur wenige Kolonialkritiker brachen im Zuge der Dekolonia-

² FANON, Les damnés de la terre, S. 215.

lisierung mit diesem Topos. Die Mehrheit betrachtete die Hilfssoldaten auch nach deren Flucht vor den in Algerien einsetzenden Racheakten nicht als französische Staatsbürger. Sie grenzten die Hilfssoldaten, die sich in Frankreich niedergelassen hatten, rhetorisch aus der Republik aus. Erst in den 1980er Jahren war ein Bruch in der Rhetorik der kolonialkritischen Linken zu beobachten. Nur noch einzelne Kolonialkritiker hielten am Verräter-Topos fest. Im Kontext der Debatten um die Integration der Nachkommen der aus dem Maghreb stammenden Einwanderer begann die kolonialkritische Linke die Hilfssoldaten als Opfer im Kolonialismus wurzelnder rassistischer Strukturen zu sehen, ein Motiv, das auch die Kontroversen um die Deutung des Algerienkriegs prägte.

Den Diskursen folgend, die die verschiedenen Akteure nach außen prägten, traten die kolonialbefürwortenden Akteure für eine offene Republik ein und erachteten die Hilfssoldaten ungeachtet ihrer Religion und ihres rechtlichen Status als »Français de statut de droit local« als französische Bürger, während die antikoloniale Linke ihnen zumindest vor der Unabhängigkeit Algeriens sowie in den folgenden Jahrzehnten diesen Status verwehrte. Demzufolge orientierten sich Erstere augenscheinlich an dem universalistischen Grundprinzip der Republik, während Letztere auf der Basis von Herkunft und Religion argumentierten. Der Untersuchung lag jedoch die Prämisse zugrunde, der öffentliche Diskurs sei das Ergebnis von gezieltem *agency*. Die Motive und Topoi sind demnach geprägt von den Interessen der verschiedenen Akteure, die diese innerhalb des institutionellen und sozialen Rahmens, in den sie eingebunden sind, verfolgen. Es galt somit, die Prozesse aufzuzeigen, in denen die herausgearbeiteten Motive und Topoi beeinflusst durch ein komplexes Beziehungs- und Interessensgefüge entstanden. So offenbarte sich, wie die kolonialen Akteure in ihrer Rhetorik die Hilfssoldaten als Legitimationsstrategie für die Präsenz Frankreichs in Algerien instrumentalisierten, und zwar über die Dekolonialisierung hinweg. De Gaulle selbst hatte mit seinen Reformen nie tatsächlich beabsichtigt, den Universalismus auf den kolonialen Kontext zu übertragen. Die von ihm eingeleiteten Reformen müssen vielmehr als Versuch gewertet werden, den Algerienkrieg auf politischem Wege zu entscheiden. Die systematische Rekrutierung von Hilfssoldaten und die wiederholten Ermahnungen an die Militärs, die Hilfssoldaten als »combattants à part entière« zu behandeln, lassen sich als Strategie lesen, die muslimische Bevölkerung Algeriens von der Idee des algerischen Nationalismus zu entfernen. Selbst innerhalb des Militärs setzte sich nie eine Gleichbehandlung der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten durch.

Als de Gaulle die Unabhängigkeit Algeriens vorbereitete, warfen alle, die die Idee der *Algérie française* nicht aufgeben wollten, dem Staatspräsidenten vor, nicht nur die Hilfssoldaten und die *Algérie française*, sondern auch das universalistische Ideal verraten zu haben. Allerdings deckt die kritische Kontextua-

5. Fazit und Ausblick

lisierung ihrer Diskurse auf, wie Aktivisten der *Algérie française* sich der vordergründig universalistischen Rhetorik bedienten, um inegalitäres und teils auch rassistisches Denken und Handeln zu verschleiern. Sehr deutlich wurde dies durch die Kontextualisierung der Argumentationsmuster der extremen Rechten der Metropole. Ihre Rhetorik war deutlich von der Dichotomie zwischen dem christlich-westlichen Frankreich und der islamisch geprägten Welt geprägt, wobei sie eine kulturelle Hierarchisierung vornahm. Auch die von europäischen Siedlern proklamierte Gleichheit und Brüderlichkeit zwischen europäischer und muslimischer Bevölkerung stellte ein idealisiertes Bild einer de facto zutiefst inegalitären kolonialen Gesellschaft dar. Die muslimische Glaubenszugehörigkeit wurde im kolonialen Algerien zu einem Gruppenmerkmal, das in der Folge biologisiert und auf die muslimische Bevölkerung Algeriens angewandt wurde. Der damit definierten Gruppe wurden die Bürgerrechte vorenthalten, um die europäischen Siedler zu privilegieren. Dass die Muslime 1944 und 1958 politische Rechte erhielten, ist nicht als Abkehr von dieser Logik zu verstehen. Die Siedler unterstützten größtenteils die Reformen de Gaulles nicht, da sie bereit waren, ihre Privilegien aufzugeben. Ihre Zugeständnisse waren vielmehr als Akt der Verzweiflung zu deuten. Sie hofften, auf diesem Weg die *Algérie française* zu halten. Sie verstanden demnach die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte Bürger, sondern bedienten sich dieses Topos als Legitimationsstrategie ihrer auf rassistischen Strukturen beruhenden kolonialen Herrschaft.

Vertreter des Kolonialmilitärs, insbesondere SAS-Offiziere, glaubten daran, die muslimische Bevölkerung Algeriens könne als Bürger in die Französische Republik integriert werden, und traten für das universalistische Ideal ein. Jedoch zeigte der von ihnen verfolgte Integrationsansatz, dass sie trotz ihrer universalistischen Rhetorik einem inegalitären Denken folgten. Die Dichotomie zwischen der »zivilisierten« westlichen Welt und den »archaischen« Kolonialisierten drang in dem Diskurs dieser Akteure durch. Die SAS-Offiziere gaben vor, die Muslime Algeriens gemäß dem universalistischen Verständnis der Republik assimilieren zu wollen. Allerdings offenbarten Diskurs und Handeln, dass sie die Idee der Assimilation mit der *mission civilisatrice* verweben. Sie legten den Schwerpunkt auf das Angleichen und verstanden darunter eine kulturelle Absorption. Begründet durch die Vorstellung der zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime konnte ihnen zufolge eine vollkommene Gleichberechtigung erst auf den Prozess des Angleichens folgen.

Die von diesen kolonialen Akteuren geprägte Dichotomie zwischen dem »zivilisierten« Frankreich und der »archaischen« muslimischen Welt sollten Diskurs und Handlungen um die Integration muslimischer Migranten langfristig beeinflussen und zu einer Pervertierung des universalistischen Ideals führen. Zeitgleich mit der Dekolonisation stieg die Einwanderung aus dem

Maghreb an. Vom FLN über die französische Linke bis hin zur extremen Rechten bestand jedoch grundsätzliche Einigkeit darin, dass es sich bei den muslimischen Migranten aus dem Maghreb um Arbeitsmigranten handle, die wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden, also nicht integriert werden müssten. Die einzige Gruppe ehemaliger Kolonialisierter, bei der sich zu diesem Zeitpunkt die Frage der Integration stellte, waren die Muslime Algeriens, die während des Algerienkriegs auf französischer Seite gestanden hatten. Das für die demobilisierten Hilfssoldaten angewandte Integrationskonzept verdeutlichte, dass Regierung und große Teile der Gesellschaft dauerhaft die Angleichung im Sinne einer kulturellen Absorption im Umgang mit ehemals Kolonialiserten so sehr in den Vordergrund rückten, dass diese einer Gleichbehandlung dieser Bevölkerung den Weg verstellte.

Es waren insbesondere koloniale Akteure, die inegalitäre Denk- und Handlungsmuster über die Dekolonialisierung hinweg in die Französische Republik hineinbrachten und damit verantwortlich dafür waren, dass sich die Hilfssoldaten und auch die folgenden Generationen nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger fühlen sollten. Deutlich erkennbare personelle Kontinuitäten heben diese Kontinuität kolonialer Denk- und Handlungsmuster hervor. Kolonialmilitärs und repatriierte Siedler importierten die These der zivilisatorischen Rückständigkeit aus Algerien in die einstige Metropole. Sie trugen diese Denkweise nicht nur in die Öffentlichkeit hinein, sondern beeinflussten durch gezielte Lobbyarbeit auch die staatlichen Akteure, so dass sich ihr Denken auch in den Integrationspraktiken niederschlug. Begründet durch das Argument der »kulturellen Rückständigkeit« der Muslime sollten ehemalige Kolonialmilitärs sowie repatriierte Siedler den Prozess der kulturellen Angleichung steuern, weshalb sich die Hilfssoldaten und deren Familien in Frankreich in den Lagern und Walddörfern wiederfanden, die sich zu totalitären Räumen entwickelten, wo den Bewohnern grundlegende Bürgerrechte, etwa die Freizügigkeit, vorenthalten wurden. Der für die Hilfssoldaten und deren Familien verfolgte Integrationsansatz zeigt, dass für diese Akteure eine kulturelle Absorption die einzige Möglichkeit einer Integration darstellte.

Zugleich setzte sich im Kontext der zunehmenden Migration aus dem Maghreb sowohl in Verbänden der Repatriierten als auch in der extremen Rechten die These durch, eine kulturelle Vielfalt führe zur Zerstörung der »französischen Identität«. Le Pen und seine Partei prägten in den 1980er Jahren den Begriff der *libanisation* Frankreichs. Dahinter verbarg sich die Idee, eine friedliche Koexistenz verschiedener Kultur- und Religionsgemeinschaften in einem Land sei nicht möglich, sondern führe zu Chaos. Diese Rhetorik folgte der Logik des differentialistischen Rassismus. Aufgrund von zu großen unterstellten Differenzen plädierte man für die Ausgrenzung einer bestimmten Gruppe. Der FN bediente sich seit den 1980er Jahren dieser Rhetorik, um gegen den Bau

5. Fazit und Ausblick

von Moscheen zu demonstrieren und den Islam als ein für die Französische Republik fremdes Element zu stigmatisieren. Mit dem Vorwurf der zu großen kulturellen Differenz plädierte die Partei ebenso wie Repatriiertenverbände für eine Begrenzung der Migration aus dem Maghreb. Hinter dieser Rhetorik verbarg sich auch die Logik des Revanchismus. Aus dem Gefühl der Erniedrigung heraus, aus Algerien vertrieben worden zu sein, resultierte bei einstigen Aktivisten der *Algérie française* ein Hass auf die muslimische Bevölkerung insbesondere aus Algerien, was der eigentliche Grund dafür war, dass sie den Ausschluss maghrebinischer Migranten aus der französischen Nation forderten. Die muslimischen Repatriierten gehörten für diese Akteure nicht zu der Gruppe der maghrebinischen Migranten. Sie unterstellten den muslimischen Repatriierten einen Willen zur Assimilation im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption. Als Beweis für diesen Willen zur Assimilation bemühte die extreme Rechte das Motiv einer bewussten Entscheidung aller muslimischer Repatriierten für Frankreich. Um gegen den Islam und gegen das vermeintlich drohende kulturelle Chaos in Frankreich vorgehen zu können, setzten diese Aktivisten in einer Dichotomie den scheinbar assimilationswilligen muslimischen Repatriierten die scheinbar assimilationsunwilligen Arbeitsmigranten aus dem Maghreb entgegen. Sie instrumentalisieren die vermeintliche Assimilationsbereitschaft der muslimischen Repatriierten, um ihr rassistisches Denken hinter einer scheinbar universalistischen Rhetorik zu verschleiern. Sie stilisierten die muslimischen Repatriierten inklusive der »harkis« zum Sinnbild einer gelungenen Integration nach universalistischem Ideal, um so ihrer Forderung nach Ausgrenzung einer von ihnen ausgemachten Gruppe mehr Gewicht zu verleihen. Die geforderte Exklusion richtete sich jedoch entgegen der Rhetorik dieser Akteure auch gegen die Hilfssoldaten und deren Nachkommen. Wenn sie auch auf der Ebene des Diskurses zwischen muslimischen Repatriierten und algerischen Arbeitsmigranten unterschieden, so erschwerten sie doch auch für alle muslimischen Repatriierten das Ausleben ihrer Religion und ihrer Kultur, die für die meisten unter ihnen von großer Bedeutung blieben. Da zudem äußere Merkmale zur Konstruktion der Gruppe »Araber« genutzt wurden, wurden auch ehemalige Hilfssoldaten, deren Familienangehörige und Nachfahren Opfer des von Aktivisten der *Algérie française* befeuerten antimuslimischen Rassismus.

Auch in der Erinnerungspolitik schlugen sich die vordergründig mit dem Universalismus begründeten Exklusionsstrategien nieder. Die kontroversen Deutungen des Algerienkriegs zeigten die differentialistische Realität der französischen Gesellschaft auf, die dem universalistischen Nationenverständnis widersprach. Staatspräsident Chirac war dennoch bemüht, über den Weg der Gesetzgebung ein nationales Gedenken zu etablieren. Trotz seiner Bemühungen, sich am universalistischen Ideal zu orientieren, offenbarte sich, dass auch

er als ehemaliges Mitglied des Kolonialmilitärs Erinnerungsträger war. Er gab dem Druck der Repatriiertenverbände nach, die durch gezielte Lobbyarbeit versuchten, ihre Deutung der Vergangenheit zu kollektiven Erinnerungen der Nation umzudeuten. Auf diese Art und Weise wurden die Hilfssoldaten auch auf der Erinnerungsebene instrumentalisiert, um das Bild einer nach dem universalistischen Ideal ausgerichteten kolonialen Gesellschaft in Algerien zu zeichnen und die tatsächlich dort vorherrschenden rassistischen Strukturen zu verschleiern. Das staatliche Gedenken, das auf diesem Wege fixiert wurde, war so formuliert, dass die Bevölkerung aus den ehemaligen Kolonien, auch ausdrücklich die Töchter von Hilfssoldaten, sich darin nicht wiederfinden konnten, wodurch das universalistische Ideal auch auf der Ebene der Erinnerungen zur Exklusion führte.

Ein Großteil der Intellektuellen, die im Algerienkrieg den FLN unterstützten, gehörte einer Generation an, die in Kindheit und Jugend von den Erfahrungen der Deutschen Besatzung geprägt worden war, woraus eine Sensibilisierung für systematische Ausgrenzung und Ungleichbehandlung resultierte. Dennoch wussten sie den Exklusionsmechanismen, von denen die Hilfssoldaten in der Republik betroffen waren, lange nichts entgegenzusetzen. Sie werteten die französische Präsenz in Algerien als Unterdrückungssystem und somit als Bruch mit dem Universalismus. Aus diesem Bewusstsein heraus resultierte die Motivation, den FLN auf verschiedenen Wegen in seinem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen. Ihr Ziel war es, den auf den Ideen der Aufklärung und auf der Erklärung der Menschenrechte basierenden Republikanismus zu verteidigen. Dieses Interesse führte zu einer Verzerrung der Sichtweise auf die Hilfssoldaten. Das Verräter-Motiv war vom FLN geprägt, der diese Darstellung nutzte, um seinen Alleinvertretungsanspruch zu unterstreichen und zugleich die französische Öffentlichkeit zu beeinflussen. Der FLN bewegte sich während des Krieges in seinem Diskurs je nach Kontext zwischen einer Fraternalisierungskampagne und einer rigorosen Verurteilung der »harkis«. Gegenüber der französischen Öffentlichkeit griff er zu dem Motiv der klaren Verurteilung und lenkte den Fokus auf die von den Hilfssoldaten ausgehende Gewalt. Akteure der kolonialkritischen Linken spitzten dieses Bild des Verräters nicht nur zu, sondern rückten das Motiv der Gewalt so sehr ins Zentrum ihres Diskurses, dass rassistische Denkmuster erkennbar wurden. Die Beschreibung der von den »harkis de Paris« ausgehenden Gewalt war gezeichnet von der Dichotomie zwischen dem Bild des »zivilisierten« Frankreichs und der »barbarischen« Muslime. Linke Intellektuelle zeigten, dass sie sich selbst als Bürger der aufgeklärten in Abgrenzung zu der »archaischen« und »barbarischen« muslimischen Welt verstanden. Sowohl den Verräter-Topos als auch die rassistischen Denkmuster trugen Vertreter der kolonialkritischen Linken über die Dekolonisation hinaus in die Debatten um Integration der »harkis« hinein.

5. Fazit und Ausblick

Verschwinden sollten beide Motive erst in den 1980er Jahren, als begründet durch generationelle Brüche die Grenzen zwischen Hilfssoldaten und algerischen Einwanderern zu verschwimmen begannen. Als durch die Generation der *beurs* sichtbar wurde, dass sich nicht nur die muslimische Elite und die ehemaligen Hilfssoldaten mit deren Familien, sondern auch die bis dahin als Arbeitsmigranten deklarierten Maghrebener dauerhaft in Frankreich niedergelassen hatten, beschäftigten sich auch die Linken erstmals mit der Frage der Integration der muslimischen Migranten. Aus der einstigen Solidarität mit den dennoch als fremd charakterisierten Arbeitsmigranten erwuchs nun das Bewusstsein, deren Kultur und damit auch der Islam gehöre zu Frankreich. Betrachtet man das so entstehende Verständnis von Assimilation unter dem Fokus der von Brubaker vorgenommenen Differenzierung, ist Folgendes zu erkennen: Das Prinzip des Angleichens rückte zugunsten der Gleichbehandlung in den Hintergrund. Die sozialistische Regierung unter der Führung von Staatspräsident Mitterrand versuchte, die Gleichbehandlung durch Anerkennung der kulturellen und religiösen Differenzen zu erreichen, was in die kurzzeitig durchgeführte differentialistische Wende mündete. Der Islam wurde nicht mehr als fremd betrachtet, sondern als Teil der Republik. Da die Generation der *beurs* gemeinsam mit Kindern ehemaliger Hilfssoldaten auftrat, ging mit diesem Wandel auch eine Annäherung kolonialkritischer Intellektueller an die Gemeinschaft der »harkis« einher. Lediglich einzelne Vertreter der Intellektuellen hielten an dem vom FLN geprägten Bild des Verräters fest und thematisierten die Hilfssoldaten ausschließlich als Täter. Mehrheitlich sahen nun auch Vertreter der kolonialkritischen Linken die »harkis« als Teil der aus dem Maghreb stammenden muslimischen Gemeinde Frankreichs, für die es in der Französischen Republik Gleichberechtigung zu erkämpfen galt.

Der Bruch mit dem Verräter-Topos führte dazu, dass nur einzelne Vertreter der kolonialkritischen Linken dieses Motiv in die Erinnerungspolitik hineinbrachten. Vielmehr schlossen sie die ehemaligen Hilfssoldaten in die Opfergemeinschaft der ehemals Kolonialisierten ein, deren Deutung der Vergangenheit es zu beachten gelte, um ihnen eine Identifikation mit der Republik zu ermöglichen. In den Diskursen während des Algerienkriegs hatte die Linke die Hilfssoldaten überwiegend als Täter thematisiert, um den Unabhängigkeitskampf des FLN zu unterstützen und damit den Kolonialismus, der in ihren Augen mit dem Republikanismus unvereinbar war, zu überwinden. Die »harkis« wurden nun zu Opfern, zu Opfern des Kolonialsystems. Kolonialkritiker nutzten die Diskurse um die Hilfssoldaten, um das Kolonialsystem sowie postkoloniale Mechanismen zu kritisieren und die Unvereinbarkeit von Kolonialismus und Universalismus zu betonen.

Die von den von verschiedenen Interessens- und Beziehungskonstellationen einzelner Gruppenakteure geprägten Topoi verzerrten die Darstellung der

Hilfssoldaten und versperrten den Blick auf deren Selbstwahrnehmung. Nicht nur die Annäherung an die Selbstwahrnehmung der Hilfssoldaten und auf der diachronen Ebene auch an die Selbstwahrnehmung ihrer Kinder, sondern auch die Untersuchungen zur muslimischen Elite zeigten, wie sehr die Debatten um Integration sowohl im kolonialen Kontext als auch in Frankreich nach 1962 an den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen vorbezielten. Die muslimische Elite verstand sich selbst als Bürger der Französischen Republik und bekannte sich mit aller Deutlichkeit zu den Werten der Republik. Eine Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption lehnten die Akteure der muslimischen Elite jedoch mit der gleichen Deutlichkeit ab. Die Zeit der französischen Präsenz in Algerien verstanden sie als eine Phase der gegenseitigen kulturellen Aneignungen und zogen daraus die Konsequenz, der Islam gehöre zur Französischen Republik. Sie bildeten hybride Denk- und Handlungsmuster aus ihrer arabisch- beziehungsweise berberisch-islamischen Prägung sowie ihrer französischen Sozialisation heraus, die unter anderem in der Idee eines »islam de France« mündeten. Sowohl im kolonialen Kontext als auch über die Zeit der Dekolonisation hinaus sahen sie sich trotz ihrer privilegierten Position mit rassistischen Strukturen konfrontiert, die sie in erster Linie mit einer mangelnden Akzeptanz gegenüber ihrer Kultur und Religion erklärten. Sie griffen jedoch auch auf einen revanchistischen Diskurs als Erklärungsmodell zurück und forderten eine Besserstellung gegenüber den Einwanderern aus dem Maghreb, was sie mit dem Motiv des »Français par le sang versé« erklärten.

Dieses revanchistische Erklärungsmodell sollten die Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in den 1980er Jahren deutlich von sich weisen. Während sich die Positionierung der Nachkommen der Hilfssoldaten deutlich nachzeichnen lässt, waren die Selbstbilder sowie die Interessen und Ziele der Hilfssoldaten selbst deutlich schwerer zu fassen. Dies gilt insbesondere für die Zeit während des Algerienkriegs. Da die Hilfssoldaten überwiegend Analphabeten waren und sich in einer prekären sozialen Situation befanden, beteiligten sie sich selbst kaum an den Debatten. Gleichwohl konnten ihre Ziele, Interessen und zum Teil auch ihre Selbstbilder in Bezug auf die Integration in Ansätzen rekonstruiert werden. Entgegen dem Diskurs der kolonialen Akteure war das Engagement der Hilfssoldaten nicht als ideologisches Bekenntnis für die *Algérie française* zu werten. Vielmehr resultierte ihr Engagement daraus, dass es zwar dem französischen Verwaltungsapparat nicht gelungen war, die ländlichen Gebiete Algeriens zu durchdringen und den Herrschaftsanspruch dort zu sichern, der FLN mit seiner Idee des Nationalismus jedoch auch nicht. Teile der muslimischen Bevölkerung Algeriens sahen sich in einen Krieg hineingezogen, dessen Bedeutung und Zielsetzung sie nicht verstanden. Dementsprechend war auch die Entscheidung, mit der Unabhängigkeit Algeriens nach Frankreich zu gehen, nicht als Bekenntnis zur Französischen Republik zu werten. In Frankreich angekom-

5. Fazit und Ausblick

men, zogen sich die demobilisierten Hilfssoldaten weitgehend in ein inneres Exil und ein Schweigen zurück. Obgleich viele ehemalige Hilfssoldaten auch innerhalb Frankreichs zumindest direkt nach dem Krieg Repressalien durch den FLN fürchteten und noch lange Zeit später von der algerischen Seite als Verräter diffamiert wurden, hofften viele auf eine Rückkehr nach Algerien. Sie litten unter der Entmündigung der Lager und Walddörfer und verknüpften dieses Gefühl mit ihrem Exilstatus. Algerien blieb für sie die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens, während sie in Frankreich nur wenige Chancen auf ein solches Leben sahen. Anders als die muslimische Elite nutzten sie ihr Engagement in der französischen Armee und ihre französische Staatsbürgerschaft kaum, um gegen die Entmündigung einzutreten und Forderungen an den französischen Staat zu stellen.

Ein Wandel in diesem Selbstbild lässt sich erst mit der zweiten Generation erkennen. Die Konturen der Gruppe der »harkis« waren immer schwerer auszumachen. Als Jean Servier im Jahr 1970 den Auftrag erhalten hatte, die Gruppe der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familienangehörigen zahlenmäßig zu erfassen, hatte er die Gruppe der *Français musulmans* definiert und damit alle französischen Staatsbürger muslimischen Glaubens zusammengefasst. Dies zeigt die Schwierigkeiten, die Gruppe der »harkis« zu diesem Zeitpunkt klar zu fassen. Den *Français musulmans* mussten seit den 1980er Jahren auch maghrebische Migranten zugerechnet werden, die ebenfalls über die französische Staatsbürgerschaft verfügten. Als die ehemaligen Hilfssoldaten sich mit ihren Familien nach der Schließung der Lager und Walddörfer in den französischen Vorstädten niederließen, gingen ihre Kinder zunehmend in der Gemeinschaft der dort lebenden Nachkommen von Einwanderern verschiedener Herkunft auf. Diese Gemeinschaft war in erster Linie durch das Stigma der sozialen Desintegration geprägt. Sie sahen sich in der französischen Gesellschaft nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt. Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten bildeten hybride Identitäten heraus, die wesentlich von Ausgrenzungserfahrungen geprägt waren und ein Gemeinschaftsgefühl mit Nachkommen von Einwanderern verschiedener Herkunft implizierten. Teil dieser hybriden Identitäten war jedoch auch das Selbstverständnis, als französische Staatsbürger einen Anspruch auf Gleichberechtigung im universalistischen Sinne zu haben.

Trotz der Gemeinsamkeiten mit den Einwanderern der zweiten Generation zogen 1991 Kinder ehemaliger Hilfssoldaten durch Aufstände die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich und forderten, als Gruppe der »harkis« der zweiten Generation mit ihren eigenen Problemen und ihrer eigenen Identität anerkannt zu werden. Diese »harkis« der zweiten Generation räumten der Erinnerungspolitik eine wichtige Rolle in ihrer Identitätsfindung im Rahmen der Französischen Republik ein. Sie forderten von staatlichen Repräsentanten

eine Entschuldigung, um sich mit der Republik identifizieren zu können und sich als gleichberechtigte Bürger anerkannt fühlen zu können. Erst die Anfang des 21. Jahrhunderts in den Vordergrund tretenden Töchter ehemaliger Hilfssoldaten verlangten jedoch eine Entschuldigung im Rahmen eines postkolonialen Gedenkens und forderten, die Hilfssoldaten als Kolonialisierte und somit als Opfer des französischen Kolonialismus anzuerkennen. Sie zeigten mit dieser Vergangenheitsdeutung, dass sie sich als französische Staatsbürger verstanden, jedoch auch ihren algerischen Wurzeln, von denen sie sich durch die anhaltende Verurteilung von staatlich-offizieller Seite abgeschnitten fühlten, Bedeutung einräumten. Mit aller Deutlichkeit verwehrten sie sich der von Aktivisten der *Algérie française* durchgesetzten Vergangenheitsdeutung und verlangten, die in der Kolonialzeit begründeten rassistischen Strukturen aufzuzeigen, mit denen sie sich ebenso wie die Einwanderer der zweiten Generation konfrontiert gesehen hätten. Sie fühlten sich eben nicht als »Français à part entière« in Frankreich anerkannt, sondern deuteten wie auch die kolonialkritische Linke den Kolonialismus als Bruch mit dem universalistischen Ideal der Republik.

Die Auseinandersetzungen um den Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005, mit dem die einstigen Akteure der *Algérie française* ihr idealisiertes Bild des Kolonialismus durchsetzten, zeigen, wie staatliche und gesellschaftliche Akteure sich bemühten, den Kolonialismus in Einklang mit der Idee des Universalismus zu bringen. Die Kolonialzeit in Algerien wurde nicht als Verbrechen, sondern als *mission civilisatrice* gedeutet. Der Kolonialismus kann im Gegensatz zur Vichy-Vergangenheit nicht als kurzzeitiger Bruch mit dem universalistischen Ideal gewertet werden. Die Kolonialzeit dauerte nicht nur zu lange an, sie wurde auch mit dem universalistischen Ideal legitimiert. Die von Constantini aufgestellte These, die Idee der Assimilation sei im Kolonialismus mit der *mission civilisatrice* verwoben worden und habe die Idee der Assimilation nachhaltig beeinflusst, kann am Beispiel der »harkis« bestätigt werden³. Die Untersuchungen zu den »harkis«, einer sehr speziellen Gruppe ehemals kolonialisierter Muslime aus dem Maghreb, zeigten, wie die von Brubaker dargestellte Zweiwertigkeit der Assimilation durch den Kolonialismus verloren ging. Die in Kolonialismus wurzelnde Vorstellung von der Rückständigkeit der muslimischen Bevölkerung des kolonialisierten Maghrebs lieferte die Grundlage für die Idee, die Angleichung in Form einer möglichst vollständigen kulturellen Absorption sei Voraussetzung für die Gleichbehandlung dieser Bevölkerung. Dadurch wurde einer vordergründig durch ihre Religion charakterisierten Gruppe mit dem Argument der kulturellen Inkompatibilität trotz ihrer französischen Staatsbürgerschaft die Gleichberechtigung verwehrt. Aus dieser Perspektive betrachtet blieben die »harkis« also »éternel[s] colonisé[s]«, wie

3 CONSTANTINI, *Mission civilisatrice*.

5. Fazit und Ausblick

Kerchouche als Tochter eines Hilfssoldaten es formulierte, obgleich viele koloniale Akteure sie im öffentlichen Diskurs als »Français à part entière« bezeichneten⁴.

Es waren koloniale Akteure, die diese Sichtweise und somit im Kolonialismus begründete, inegalitäre Denk- und Handlungsmuster über die Dekolonialisierung hinweg in die Französische Republik hineintrugen. Gleichzeitig schienen sich kolonialkritische Akteure zunehmend von dem Prinzip der Assimilation zu distanzieren und sich an der Idee des Differentialismus zu orientieren. Dies lässt sich jedoch auch als ein Festhalten am Prinzip der Assimilation mit einer anderen Schwerpunktsetzung bezeichnen. Für diese Akteure stand die Gleichbehandlung und weniger die Angleichung im Zentrum. Sie verstanden den Kolonialismus als Bruch mit dem Prinzip der Gleichbehandlung. Folglich setzten sie den Akzent auf die Gleichbehandlung und koppelten diese von der Idee der Angleichung ab. Dies begründet den Versuch einer differentialistische Wende Anfang der 1980er Jahre, mit der sich die sozialistische Partei mit Unterstützung kolonialkritischer und antirassistischer Intellektueller dafür einsetzte, die kulturellen und religiösen Differenzen der hauptsächlich aus dem Maghreb stammenden muslimischen Bevölkerung anzuerkennen und somit auch den Islam als zur Französischen Republik zugehörig zu verstehen.

Die versuchte differentialistische Wende stellte aus der Sicht der muslimischen Repatriierten einen wichtigen Schritt zur Gleichbehandlung dar. Die damit verbundene Position, der Islam gehöre zu Frankreich, erfüllte eine Forderung, die die muslimische Elite seit der Unabhängigkeit Algeriens erhob und die seit den 1980er Jahren auch von den Nachkommen ehemals Kolonialisierter, auch von den »harkis« der zweiten Generation, zu hören war. Diese Akteure verlangten mit ihren hybriden Identitäten, die sich unter anderem in der Herausbildung eines »islam de France« zeigten, als Bürger Frankreichs anerkannt zu werden. Allerdings erhob sich gegen diese Forderung breiter Widerstand. Das Erstarken des FN in den 1980er Jahren sollte dazu führen, dass die differentialistische Wende lediglich ein kurzes Experiment blieb. Nicht nur der FN hielt über die Kolonialzeit an der Idee der *mission civilisatrice* als einseitige Zivilisierung der als kulturell und zivilisatorisch rückständig charakterisierten Kolonisierten fest. Um den Kolonialismus zu legitimieren, verschleierten koloniale Akteure rassistische Denk- und Handlungsmuster hinter einer universalistischen Rhetorik, wodurch sie das Ideal der assimilatorischen Republik dauerhaft pervertierten. Diese Veränderung begründet im Kern bis heute die Identitätskrise der Französischen Republik in Bezug auf den republikanischen Universalismus. Es findet ein Widerstreit zwischen jenen statt, die unter Assimilation eine kulturelle Absorption verstehen, und jenen, die die Gleichbehand-

⁴ KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 144.

lung in den Vordergrund rücken und für die Akzeptanz hybrider Identitäten eintreten.

Noch immer stellen Hilfssoldaten und ihre Nachkommen ihren Status als »Français à part entière« in Frage. Sie verfügen über die französische Staatsbürgerschaft, verstehen sich selbst als Bürger der Französischen Republik, stellen jedoch aufgrund ihrer Geschichte und da sie mit ihren hybriden Identitäten in Frankreich keinen Platz finden, das universalistische Ideal in Frage. Für die »harkis« war eine offizielle Entschuldigung vonseiten der Republik eine Möglichkeit, sich wieder mit der Republik identifizieren zu können und ihren Platz darin zu finden. Einige Hilfssoldaten und deren Nachkommen hatten bereits die Worte und Gesten Chiracs 2001 als eine solche Entschuldigung gewertet. Andere sahen darin nur einen Versuch, sie als Wahlvolk zu instrumentalisieren, oder zeigten sich unzufrieden mit den entschuldigenden Gesten. Chirac hatte als Staatspräsident die offizielle Aufarbeitung der Geschichte der Hilfssoldaten auf die Tagesordnung gesetzt, die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um die »harkis« endeten jedoch nicht mit dem Ende seiner Präsidentschaft.

Marine Le Pen knüpfte, nachdem sie die Parteispitze des FN übernommen hatte, nahtlos an den Diskurs ihres Vaters zu den Hilfssoldaten an und tritt bis heute als Interessensvertretung der Hilfssoldaten auf. Sie nutzte im Jahr 2012 die alljährliche Journée nationale d'hommage aux harkis, um an einem besonders symbolträchtigen Ort zu verdeutlichen, dass sie in diesem Punkt das Erbe ihres Vaters antrat. Sie begab sich an die kurz zuvor eingeweihte Gedenkstätte im ehemaligen Lager von Rivesaltes und verkündete: »La seule responsable politique à parler régulièrement des harkis, c'est moi«⁵. Mit diesen Worten reagierte sie auf die Rede, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy im April 2012 an eben diesem symbolträchtigen Ort gehalten hatte. Sarkozy hatte betont, Frankreich müsse sich in Bezug auf die »harkis« der Verantwortung der Geschichte stellen⁶. Allerdings äußerte er dies mitten im Wahlkampf, weshalb seine Worte nicht als Entschuldigung, sondern in erster Linie als Wahlkampfmanöver wahrgenommen wurden⁷.

Sarkozys Nachfolger im Amt, François Hollande, nutzte 2016 den alljährlichen Gedenktag am 25. September, um seinerseits »les responsabilités des gouvernements français dans l'abandon des harkis« anzuerkennen⁸. Mit diesen

5 Zitiert nach: Marine Le Pen pour les harkis et leur présence dans les livres d'Histoire, in: Midi libre, 25.9.2012.

6 Sarkozy reconnaît la »responsabilité historique« de la France dans »l'abandon« des harkis, in: Le Monde, 15.4.2012.

7 Ibid.

8 Zitiert nach: Hollande reconnaît »les responsabilités des gouvernements français dans l'abandon des harkis«, in: Le Monde, 26.9.2012.

5. Fazit und Ausblick

Worten erfüllte er in mehreren Punkten Forderungen der »harkis«. Ausdrücklich benannte er die Verantwortung der »gouvernements français«. Damit bezog er sich nicht nur auf den *abandon* nach dem Ende des Krieges, sondern auch auf den *second abandon*. Er machte die nachfolgenden Regierungen für die Fehler in der Integrationspolitik und für das Abweichen vom republikanischen Assimilationismus verantwortlich. Doch auch mit diesen Worten konnte er nicht dazu beitragen, dass sich »harkis« mit der Republik versöhnten. Zu sehr deuteten Beobachter auch seine Geste als wahltaktisches Manöver. Er hatte eine solche Geste als Antwort auf Sarkozys Bemühungen bereits im Wahlkampf 2012 angekündigt und führte sie zu dem Zeitpunkt aus, als er erneut gegen Sarkozy in den Präsidentschaftswahlkampf zog⁹.

Emmanuel Macron folgte seinem Beispiel und erkannte die Schuld der politischen Verantwortlichen an, er ging jedoch noch weiter. Er ernannte darüber hinaus 37 ehemalige Hilfssoldaten und deren Nachkommen zu Ehrenlegionären und würdigte sie somit ausdrücklich als Soldaten Frankreichs. Zudem versprach er den »harkis« insgesamt 40 Millionen Euro¹⁰. Macrons erinnerungspolitisches Vorgehen bezüglich des Algerienkriegs wird als eine »Politik der Gleichzeitigkeit« charakterisiert. Er versucht mit vielen kleinen Gesten alle erinnerungspolitischen Akteure zugleich zufriedenzustellen¹¹. Bereits im Wahlkampf hatte er den Kolonialismus als »crime contre l'humanité« bezeichnet und damit alle Akteure, auch Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, zufriedengestellt, die den Kolonialismus als Bruch mit dem Republikanismus deuten¹². Mit der Ehrung der Hilfssoldaten betätigte er wiederum das Bild der »harkis« als »treue Soldaten Frankreichs«, das auch von Hilfssoldaten, insbesondere jedoch bis heute von Aktivisten der *Algérie française* bedient wird. Er suchte damit auch diejenigen zu besänftigen, die er zuvor vor den Kopf gestoßen hatte. Die Gemeinschaft der »harkis« zeigte sich jedoch auch von Macrons Gesten nicht beeindruckt. Sie kamen zu spät und waren zu sehr mit wahltaktischen und realpolitischen Überlegungen verknüpft¹³.

Von größerer Bedeutung war für die »harkis« ein Urteil des obersten französischen Gerichts vom Oktober 2018. Der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, selbst 1963 in dem Lager in Rivesaltes geboren, hatte bereits vor mehreren Instanzen geklagt, um durch die Justiz die Verantwortung des französischen Staates für den *abandon* nach dem Ende des Krieges sowie für seine geschei-

⁹ Ibid.

¹⁰ Nadia PANTEL, Frankreichs Fehler, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2018.

¹¹ Ibid.

¹² En Algérie, Macron qualifie la colonisation de »crime contre l'humanité«, tollé à droite, in: Le Monde, 16.2.2017.

¹³ Nadia PANTEL, Frankreichs Fehler, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2018.

terte Integration in Frankreich festschreiben zu lassen. Nachdem diese Klage mehrmals abgewiesen worden war, gab ihm das oberste französische Gericht zumindest in Teilen Recht. Das Gericht weigerte sich, ein Urteil über die Geschehnisse 1962 zu fällen. Dies liege nicht in seinem Aufgabenbereich, ließ es verlauten. Allerdings sprach das Gericht die damaligen Regierungen schuldig, den »harkis« und deren Familien einen unwürdigen Empfang bereitet zu haben. Im konkreten Fall sprach es den Regierenden die Verantwortung dafür zu, dass der Sohn eines Hilfssoldaten später mit gesundheitlichen und psychischen Problemen zu kämpfen gehabt habe. Außerdem habe er in dem abgechiedenen Lager nur schlecht Französisch gelernt, wodurch er in seiner sozialen und wirtschaftlichen Integration behindert wurde¹⁴. Ohne Erklärungsansätze zu liefern, erkannte die oberste richterliche Instanz der Republik damit indirekt die Integrationspolitik gegenüber den »harkis« als Bruch mit dem republikanischen Integrationsgedanken an. Den Assimilationsgedanken so zu interpretieren, wie es von Politik und kolonialen Akteuren gehandhabt wurde, ist diesem Urteil nach nicht mit den Werten und Normen der Republik in Einklang zu bringen. In der Republik darf eine unter Kontrolle und Zwang durchgeführte kulturelle Absorption einer Gleichbehandlung und einer Ausstattung mit allen Bürgerrechten nicht vorangestellt werden.

Auch wenn das Gericht dem Kläger weitaus weniger Reparationszahlungen zusprach, als dieser erhofft hatte, hat dieses Urteil eine große Symbolwirkung. Der Vorsitzende des Verbandes *Coordination harka dans le Gard* erklärte im Januar 2019, bereits 283 weitere Klagen gesammelt zu haben. Für die Kläger ist das Urteil von Bedeutung, um sich mit der Republik zu versöhnen. Die Tochter eines Hilfssoldaten äußerte sich zu der von ihr eingereichten Klage mit den Worten: »Je suis fière d'être française et fille de harki, mais je ne suis pas fière de ça«¹⁵. Eindeutig fühlt sie sich als Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren hybriden Identitäten der Republik zugehörig. Sie sieht jedoch den Umgang mit den Hilfssoldaten klar als Bruch mit dem universalistischen Ideal der Republik an. Eine richterlich verhängte Entschädigungszahlung wäre für sie, wie für viele andere »harkis«, nicht nur eine weitere Geste. Es wäre der tatsächliche Beweis, dass was den »harkis« in Frankreich widerfahren ist, nicht in Einklang mit den Werten der Republik zu bringen, sondern als klare Normabweichung zu verstehen ist.

14 Responsabilité de l'État concernant les conditions de vie réservées aux familles de harkis, <http://www.conseil-etat.fr/actualites/actualites/responsabilite-de-l-etat-concernant-les-conditions-de-vie-reservees-aux-familles-de-harkis> (24.02.2020).

15 Les enfants de harkis du camp de Saint-Maurice-l'Ardoise réclament justice, in: *Le Parisien*, 10.1.2019.

Abkürzungen

AA	Amicale des Algériens
AAAA	Association des anciens des affaires algériennes
ACLIF	Association culturelle lyonnaise islamo-française
ADACFMHAN	Association de défense des anciens combattants français musulmans harkis d'Afrique du Nord
ADIFMA	Association pour la défense des intérêts des Français musulmans et de leurs amis
AJIR	Association justice, information et réparation
ALN	Armée de libération nationale
AN	Archives nationales
ANAFa	Association nationale des anciens fonctionnaires d'Algérie
Anfanoma	Association nationale des Français d'Afrique du Nord, d'outre-mer et de leurs amis
BIAC	<i>bureaux spécialisés d'information, d'aides et de conseils</i>
BNF	Bibliothèque nationale de France
CFDT	Confédération française démocratique du travail
CFMRAA	Confédération des Français musulmans rapatriés d'Algérie et leurs amis
CFTC	Confédération française des travailleurs chrétiens
CGT	Confédération générale du travail
Cimade	Comité inter-mouvements auprès des évacués
CIRA	Conseil islamique Rhône-Alpes
CNLH	Comité national de liaison des harkis
CNMF/Comité	Comité national des musulmans français
Parodi	
CRS	<i>compagnie républicaine de sécurité</i>
FAF	Front de l'Algérie française
FFS	Front des forces socialistes
FLN	Front de libération nationale
FMR	<i>Français musulmans rapatriés</i>

Abkürzungen

FN	Front national
FNAA	Fédération nationale des anciens d'Algérie
Fnaca	Fédération nationale des anciens combattants en Algérie, Maroc et Tunisie
FNAF	Front national pour l'Algérie française
FNRFICI	Front national des rapatriés français de confession islamique
FPA	Forces de police auxiliaire
FSE	<i>Français de souche européenne</i>
FSNA	<i>Français de souche nord-africaine</i>
GAD	<i>groupes d'autodéfense</i>
<i>génésuper</i>	<i>général commandant supérieur</i>
GMPR	<i>groupes mobiles de protection rurale</i>
GMS	<i>groupes mobiles de sécurité</i>
GPRA	Gouvernement provisoire de la République algérienne
<i>haussaire</i>	<i>haut commissaire</i>
HLM	<i>habitations à loyer modéré</i>
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques
JO	Journal officiel de la République française
JPN	Jeune pied-noir
LDH	Ligue des droits de l'homme
MADRAN	Mouvement d'assistance et de défense des rapatriés musulmans d'Afrique du Nord
<i>minarmées</i>	ministère des Armées
MIR	Mouvement des indigènes de la République
OAS	Organisation d'armée secrète
ONAC	Office national des anciens combattants et victimes de guerre
ONASEC	Office national à l'action sociale éducative et culturelle
PC	Parti communiste
PS	Parti socialiste
PSU	Parti socialiste unifié
RAF	Rassemblement pour l'Algérie française
Recours	Rassemblement et coordination des rapatriés et spoliés d'outre-mer
RPR	Rassemblement pour la République
SAS	<i>sections administratives spécialisées</i>
SAT	<i>services d'assistance technique</i>
SFIM	Service d'accueil et de reclassement des Français d'Indochine et des Français musulmans
SHAT	Service historique de l'armée de terre
Sonacotra	Société nationale de construction de logements pour les travailleurs d'Algérie

Sonatrach	Société nationale pour la recherche, la production, le transport, la transformation, et la commercialisation des hydrocarbures
TIRU	Traitement industriel des résidus urbains
UGTA	Union générale des travailleurs algériens
UNACFCI	Union nationale des anciens combattants français de confession islamique
UNACFM	Union nationale des anciens combattants français musulmans
UNC-AFN	Union nationale des combattants d'Afrique du Nord
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USDIFRA	Union syndicale de défense des intérêts des Français rapatriés d'Algérie
Usinor	Union sidérurgique du Nord de la France
<i>vers.</i>	<i>versement</i>

Quellen und Literatur

Archivquellen¹

Archives de la CFDT

7 H 649

Archives départementales de la Moselle

297 W 66

Archives nationales, Pierrefitte (AN)

Série F1, ministre de l'Intérieur

F1a/5113; F1a/5140

Série F7, police

F7/15184; F7/15189; F7/15191; F7/15251; F7/15350; F7/15619; F7/15645

Série 5AG1, de Gaulle

5AG1/1739; 5AG1/1740; 5AG1/1813*; 5AG1/1814*

Série 5AG2, Pompidou

5AG2/249*

¹ Die mit einem Asterisk markierten Bestände konnten nur mit einer Sondergenehmigung gesichtet werden.

Quellen und Literatur

Versement de la direction de la population et des migrations
19870256/7

Versement du secrétaire d'État chargé des rapatriés
19870444/12; 19870444/15; 19910281/2*; 19910281/3*

Versement du cabinet du directeur général de la police nationale
19910467/1; 19910467/2; 19910467/3

Versement du Service d'accueil et de reclassement des Français d'Indochine et des Français musulmans
19920149/1; 19920149/2; 19920149/3; 19920149/4; 19920149/5

Versement de l'Office national des anciens combattants
19980331/11; 19980331/12; 20070309/58

Versement du ministre de l'Intérieur
20090157/212

Versement du Comité national des musulmans français, fonds privé
20120054/1; 20120054/2; 20120054/3; 20120054/12; 20120054/23; 20120054/84;
20120054/86; 20120054/87; 20120054/88; 20120054/90; 20120054/92; 20120054/94;
20120054/95; 20120054/96; 20120054/107; 20120054/109; 20120054/110

Folgende Anfragen nach Sondergenehmigungen wurden abgelehnt
19870717/1; 1993005/13; 19940560/42; 19960048/8; 5AG1/935; 5AG1/938;
5AG3/446; 5AG3/2497

Service historique de la Défense, Service historique de l'armée de terre
(SHAT)

Série 1 H, Algérie 1830–1967

1 H 1260/1; 1 H 1260/2; 1 H 1264/1; 1 H 1335/2; 1 H 1397/6*; 1 H 1397/7*; 1 H
1786/1; 1 H 1787/3; 1 H 1788/2; 1 H 1788/3; 1 H 1793/1*; 1 H 1793/4*; 1 H
1794/1*; 1 H 2539/1; 1 H 2580/1; 1 H 2587/1; 1 H 2703/6; 1 H 2772/3; 1 H 2789/4;
1 H 2789/5; 1 H 2789/6; 1 H 2982/1; 1 H 3040/3; 1 H 3309/1; 1 H 3488/2; 1 H
3488/3; 1 H 3613/1; 1 H 3616/1; 1 H 3833/5; 1 H 3868/2

Série 10 T, état-major, 2^e bureau

10 T 535/1; 10 T 543/3*

Série 1 R, cabinet du ministre et organismes rattachés, secrétariat général pour l'administration et organismes rattachés, 1934–1999

1 R 321/11; 1 R 323/6; 1 R 366/16

Folgende Anfragen nach Sondergenehmigungen wurden abgelehnt

7 T 253; 14 T 91; 14 T 92; 5 AG3/2498; 5 AG3/2499

Veröffentlichte Quellen

Filme

Amère patrie (Manuel GASQUET, Frankreich 2006).

Leïla, la fille de harki (Alain TASMA, Frankreich 2006).

Monografien und Artikel

Ahmed. Une vie d'Algérien, est-ce que ça fait un livre que les gens vont lire? Paris 1974.

ALQUIER, Jean-Yves, Nous avons pacifié Tazalt, Paris 1957.

Appel de 229 intellectuels, in: Les Temps modernes 186 (1961), S. 624–627.

AUSSARESSES, Paul, Services spéciaux. Algérie 1955–1957, Paris 2001.

AZNI, Boussad, Harkis, crime d'État. Généalogie d'un abandon, Paris 2001.

BESNACI-LANCOU, Fatima, Nos mères, paroles blessées. Une autre histoire de harkis, Paris 2006.

–, Fille de harki. Le bouleversant témoignage d'une enfant de la guerre d'Algérie, Paris 2003.

BOUALAM, Saïd, L'Algérie sans la France, Paris 1964.

–, Les harkis au service de la France, Paris 1963.

–, Mon pays, la France, Paris 1962.

CFTC Union régionale parisienne, Face à la répression, in: Les Temps modernes 187 (1961), S. 786–801.

CHAMSKI, Thadée, La harka, Paris 1961.

COLL, Bernard, TITRAOUI, Taouès, Le livre des harkis, Bièvres 1991.

DELORME, Christian, Par amour et par colère, Paris 1985.

FAIVRE, Maurice, Un village de harkis, Paris 1994.

FANON, Frantz, Aspekte der algerischen Revolution, Frankfurt a. M. 1969.

–, Les damnés de la terre, Paris 1968.

FLN Fédération France, Appel au peuple français, in: Les Temps modernes 186 (1961), S. 621–623.

GARÇON, M. (Hg.), Le procès du général Raoul Salan, sténographie complète des audiences, réquisitoire, plaidoiries, verdict; note liminaire des avocats, Paris 1962.

GRIOTTERAY, Alain, Les immigrés. Le choc, Paris 1984.

HAROUN, Ali, La 7^e wilaya. La guerre du FLN en France, 1954–1962, Paris 1986.

KARA, Bouzid, La Marche, Paris 1984.

Quellen und Literatur

- KEMOUM, Hadjila, Mohand le harki, Paris 2003.
- KERCHOUCHE, Dalila, Mon père, ce harki, Paris 2003.
- , Destins de harkis. Aux racines d'un exil, Paris 2003.
- LANZMANN, Claude, L'humaniste et ses chiens, in: Les Temps modernes 179 (1961), S. 1402–1436.
- LE PEN, Jean-Marie, Les Français d'abord, Paris 1984.
- MARCILLY, Jean, Le Pen sans bandeau, Paris 1984.
- MAUGE, Roger, La vérité sur Jean-Marie Le Pen, Paris 1988.
- MÉGRET, Bruno, La flamme. Les voies de la renaissance, Paris 1990.
- MOINET, Bernard, Ahmed? connais pas... Le calvaire des harkis, Paris 1989.
- PÉJU, Marcel, Introduction, in: PÉJU, Ratonnades à Paris, S. 21.
- PÉJU, Paulette, Ratonnades à Paris; précédé de Les harkis à Paris, Paris 2000.
- , Les harkis à Paris, Paris 1961.
- PEYREFITTE, Alain, C'était de Gaulle, Bd. I: La France redevient la France, Paris 1994.
- Le procès d'Edmond Jouhaud, compte rendu sténographique, Paris 1962.
- RAHMANI, Zahia, Moze, Paris 2003.
- ROTRON, Armand Bénésis de, Commando »Georges« et l'Algérie d'après. Légion étrangère – harkis – OAS, Paris 2009.
- SADOUNI, Brahim, Destin de harki. Le témoignage d'un jeune berbère, enrôlé dans l'armée française à 17 ans, Paris 2001.
- , Le drapeau. Écrit d'un harki, Paris 1990.
- , Français sans patrie. Premier témoignage écrit par un harki, Rouen 1985.
- SANTINI, Lucie, Les sacrifiés, Salon-de-Provence 1970.
- SARTRE, Jean-Paul, Die Frösche, die einen König haben wollen, in: DERS., Wir sind alle Mörder. Der Kolonialismus ist ein System. Artikel, Reden, Interviews 1947–1967, Hamburg 1988, S. 81–105.
- , Die Verfassung der Verachtung, in: DERS., Wir sind alle Mörder, S. 73–80.
- SERVIER, Jean, Dans l'Aurès sur les pas des rebelles, Paris 1955.
- La vie quotidienne des travailleurs algériens en France, hg. von FLN Fédération France, Paris 1960.
- ZENITER, Alice, L'Art de perdre, Paris 2017.

Quellensammlungen der BNF

- France Plus, Recueil. Documents d'information, Paris 1990.
- Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986).
- Tracts, copies de tracts et lettres émanant du Front de libération nationale, de l'Armée de libération nationale, du Mouvement national... etc. et de différents mouvements européens, découverts et réunis par les services de renseignement de l'armée française en Algérie (1957–1959).

Parlamentsdebatten der Assemblée nationale

Journal officiel de la République française (JO), Mikrofiche.

Partei- und Verbandsorgane

Actualité de l'émigration (1985–1991); Clin d'œil (1982–2006); El Moudjahid (1959–1962); Français musulmans (1980–2002); France-Horizon (1958–2007); La Lettre de France Plus (1990–1992); La Lettre de Jean-Marie Le Pen (1989–1999); L'Algérien en Europe (1962–1983); L'Ancien Combattant français musulman (2002–2007); L'Ancien d'Algérie (1958–2007); National Hebdo (1985–2001); RLP Hebdo (1980–1984).

Tages- und Wochenzeitungen

L'Aurore; Charlie Hebdo; Le Cri de la France; L'Express; France-Soir; L'Humanité; L'Humanité Dimanche; Le Figaro; Libération; Le Méridional; Midi libre; Le Monde; Le Monde diplomatique; Le Nouvel Observateur; Paris Match; Le Parisien; Süddeutsche Zeitung; Témoignage chrétien; Tribune socialiste.

Webseiten

<http://www.algerie360.com>
<http://www.charles-de-gaullle.org>
<http://www.conseil-etat.fr>
<http://www.defense.gouv.fr>
<http://www.histoirecoloniale.net>
<http://www.ina.fr>
<http://www.indigenes-republique.fr>
<http://www.jacqueschirac-asso.fr>
<http://www.ldh-france.org>
<http://www.legifrance.gouv.fr>
<http://www.unhcr.org>

Forschungsliteratur

- ABDELLATIF, Saliha, Algérie 62: »Cessez-le-feu« et devenir des supplétifs musulmans, in: René GALLISSOT (Hg.), *Les accords d'Évian en conjoncture et en longue durée*, Paris 1997, S. 121–131.
- ABRIAL, Stéphanie, *Les enfants de harkis. De la révolte à l'intégration*, Paris 2002.
- AGERON, Charles-Robert, *Le »drame des harkis«*. Mémoire ou histoire?, in: *Vingtième siècle* 68 (2000), S. 3–15.
- , *Les supplétifs algériens dans l'armée française pendant la guerre d'Algérie*, in: *Vingtième siècle* 48 (1995), S. 3–20.
- , *Le drame des harkis en 1962*, in: *Vingtième siècle* 42 (1994), S. 3–16.
- , *L'Exposition coloniale de 1931. Mythe républicain ou mythe impérial?*, in: Pierre NORA (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 1: *La République*, Paris 1984, S. 561–591.

Quellen und Literatur

- ALI-BENALI, Zineb, Porteurs de mémoire. Quand la littérature est attente d'histoire, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), Les harkis, S. 115–123.
- , Une généalogie de la parole »harkis«. Mémoires des filles, paroles des mères, in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 186–196.
- AMARA, Saliha, Le »mouvement beur«, in: Hommes et migrations 1144 (1991), S. 19–26.
- AMIRI, Linda, La Fédération de France du FLN, acteur majeur de la guerre d'indépendance, in: BOUCHÈNE u. a. (Hg.), Histoire de l'Algérie, S. 576–582.
- , La bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole, Paris 2004.
- , L'immigration algérienne en France, un enjeu politique, in: Jean-Charles JAUFFRET, Charles-Robert AGERON (Hg.), Des hommes et des femmes en guerre d'Algérie, Paris 2003, S. 243–260.
- AZAR, Michael, In the Name of Algeria. Frantz Fanon and the Algerian Revolution, in: Anthony C. ALESSANDRINI (Hg.), Frantz Fanon. Critical Perspectives, London, New York 1999, S. 21–33.
- BALIBAR, Étienne, WALLERSTEIN, Immanuel, Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, Berlin ²1992.
- BATTEGAY, Alain, BOUBEKER, Ahmed, Des Minguettes à Vaulx-en-Velin. Fractures sociales et discours publics, in: Les Temps modernes 545/546 (1991/92), S. 51–76.
- BAUDEROT, Jean, 1945–1980. Les paradoxes de la laïcité, in: Yves LEQUIN (Hg.), Histoire de la laïcité, Besançon 1994, S. 287–325.
- BAUSSANT, Michelle, Exils et construction de la mémoire généalogique. L'exemple des pieds-noirs, in: Pôle Sud 24 (2006), S. 29–44.
- BERNABÉU-CASANOVA, Emmanuel, Le nationalisme corse. Genèse, succès et échec, Paris 1997.
- BERNARDOT, Marc, Chronique d'une institution. La Sonacotra, 1956–1976, in: Sociétés contemporaines 33/34 (1999), S. 39–58.
- BERRY, John W. u. a., Cross-Cultural Psychology. Research and Applications, Cambridge 1992.
- BERTRAND, Romain, Mémoires d'Empire. La controverse autour du »fait colonial«, Bellecombe-en-Bauges 2006.
- BESNACI-LANCOU, Fatima, Des harkis envoyés à la mort. Le sort des prisonniers de l'Algérie indépendante (1962–1969), Paris 2014.
- , MOUMEN, Abderahmen, Les harkis, Paris 2008.
- , MANCERON, Gilles (Hg.), Les harkis dans la colonisation et ses suites, Paris 2008.
- , FALAIZE, Benoît, MANCERON, Gilles (Hg.), Les harkis. Histoire, mémoire et transmission, Paris 2010.
- BHABHA, Homi K., The Location of Culture, London 1994.
- BIONDI, Jean-Pierre, Les anticolonistes, Paris 1992.
- BORUTTA, Manuel, JANSEN, Jan C. (Hg.), Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France, Basingstoke 2016.
- BOUCHÈNE, Abderrahmane u. a. (Hg.), Histoire de l'Algérie à la période coloniale, 1830–1962, Paris 2014.
- BOULHAIS, Nordine, Les harkis chaouiâs, des Aurès au bassin de la Sambre (1954–1996), in: Revue de Lille 78 (1996), S. 581–604.
- BOURELLE, Patrick, La contribution de la marine nationale à l'évacuation des supplétifs et de la population européenne d'Algérie, in: Revue historique des armées 229 (2002), S. 51–68.

- BRANCHE, Raphaëlle, *La guerre d'Algérie. Une histoire apaisée*, Paris 2005.
- , *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.
- BRANCIARD, Michel, *Un syndicat dans la guerre d'Algérie. La CFTC qui deviendra CFDT*, Paris 1984.
- BRESSON, Gilles, LIONET, Christian, *Le Pen. Biographie*, Paris 1994.
- BRILLET, Emmanuel, *Scène judiciaire et mobilisation politique. Les actions en justice des représentants de la communauté harkie*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 45–58.
- , *A Remarkable Heritage. The »Daily Round« of the Children of the Harkis, between Merger and Vilification*, in: *Immigrants & Minorities* 22 (2003), S. 333–345.
- , *Les problématiques contemporaines du pardon au miroir du massacre des harkis*, in: *Cultures & Conflits* 41 (2001), S. 47–73.
- BRUBAKER, Rogers, *Ethnizität ohne Gruppen*, Hamburg 2007.
- , *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, London 1992.
- BRUNET, Jean-Paul, Charonne. *Lumières sur une tragédie*, Paris 2003.
- , *Police contre FLN. Le drame d'octobre 1961*, Paris 1999.
- CAMUS, Jean-Yves, *Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie?* Bonn 1998.
- CANTIER, Jacques, *Les Berbères dans l'œuvre de l'ethnologue Jean Servier*, in: *Cahier d'histoire immédiate* 34 (2008), S. 251–266.
- CAZORLA, Christophe, *Concept d'emploi et évolution statuaire des supplétifs durant la guerre d'Algérie*, in: *Revue historique des armées* 229 (2002), S. 69–82.
- CHARBIT, Tom, *Les harkis de la »deuxième génération«*, in: BESNACI-LANCOU, MANCE-
RON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 169–172.
- , *Les harkis*, Paris 2006.
- , *Un petit monde colonial en métropole. Le camp de harkis de Saint-Maurice-l'Ardoise (1962–1976)*, in: *Politix* 19 (2006), S. 31–52.
- CHOI, Sung, *Les anciens combattants dans la France postcoloniale. La politique d'intégration des harkis après 1962*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 120–139.
- CHOSSAT, Michèle, *In a Nation of Indifference and Silence. Invisible Harkis, or Writing the Other*, in: *Contemporary French and Francophone Studies* 11 (2007), S. 75–83.
- CLAYTON, Antony, *The Wars of French Decolonization*, London, New York 1994.
- COLLOVALD, Annie, *Jacques Chirac et le gaullisme*, Paris 1999.
- COMTAT, Emmanuelle, *La question du vote pied-noir*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 75–88.
- CONAN, Éric, ROUSSO, Henry, *Vichy, un passé qui ne passe pas*, Paris 1994.
- CONSTANTINI, Dino, *Mission civilisatrice. Le rôle de l'histoire coloniale dans la construction de l'identité politique française*, Paris 2008.
- CORM, Georges, *Le Liban contemporain. Histoire et société*, Paris 2005.
- DAVIES, Peter, *The National Front and France. Ideology, Discourse, and Power*, London, New York 1999.
- DELACROIX, François, *Georges Frèche, la sagesse de la démesure*, Céret 2007.
- DELARUE, Jacques, *La malédiction des enfants des harkis*, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps* 26 (1992), S. 29–36.
- DREYFUS-ARMAND, Geneviève, CAUDRON, Thomas, *Les immigrés dans la société, 1981–1984*, in: Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, Jean-Louis BIANCO (Hg.), *Les années Mitterrand. Les années du changement (1981–1984)*, Paris 2001, S. 548–566.
- DROZ, Bernard, *Lieutenant en Algérie*, in: *L'Histoire* 313 (2006), S. 52f.

DURANTON-CRABOL, Anne-Marie, *Le temps de l'OAS*, Brüssel, Paris 1995.

EINAUDI, Jean-Luc, *La bataille de Paris. 17 octobre 1961*, Paris 1991.

ELDRIDGE, Claire, *From Empire to Exile. History and Memory within the »Pied-Noir« and »Harki« Communities*, Manchester 2016.

–, »We've never had a voice«. *Memory Construction and the Children of the Harkis (1962–1991)*, in: *French History* 23 (2009), S. 88–107.

ENJELVIN, Géraldine, *The Harki Identity. A Product of Marginalisation and Resistance to Symbolic Violence?*, in: *National Identities* 8 (2006), S. 113–127.

–, *Entrée des harkis dans l'histoire de France?*, in: *French Cultural Studies* 15 (2004), S. 61–75.

–, *Carte d'identité française, mais identité harkie à la carte?*, in: *Modern and Contemporary France* 11 (2003), S. 161–174.

–, *Les harkis. À jamais perdants dans la bataille de la mémoire?*, in: *International Journal of Francophone Studies* 3 (2000), S. 25–32.

ESCLANGON-MORIN, Valérie, *Les rapatriés d'Afrique du Nord de 1957 à nos jours*, Paris 2008.

EVANS, Martin, *Algérie. France's Undeclared War*, Oxford 2012.

–, *The Harkis. The Experience and Memory of France's Muslim Auxiliaries*, in: Martin S. ALEXANDER, Martin EVANS, J.F.V. KEIGER (Hg.), *The Algerian War and the French Army, 1954–62. Experiences, Images, Testimonies*, Basingstoke 2002, S. 117–137.

FABBIANO, Giulia, *Enrôlements en mémoire, mémoires d'enrôlement*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 98–114.

–, *Les harkis du bachaga Boualam. Des Beni-Boudouanes à Mas Thibert*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 113–124.

–, *Devenir-harki. Les modes d'énonciation identitaire des descendants des anciens supplétifs de la guerre d'Algérie*, in: *Migrations société* 20 (2008), S. 155–172.

FAIVRE, Maurice, *Le colonel Paul Schoen du SLNA au comité Parodi*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 208 (2002), S. 69–89.

–, *L'histoire des harkis*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 202–203 (2001), S. 55–63.

–, *Les archives inédites de la politique algérienne, 1958–1962*, Paris 2000.

–, *Les combattants musulmans de la guerre d'Algérie. Des soldats sacrifiés*, Paris 1995.

–, *Les Français musulmans dans la guerre d'Algérie*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 180 (1995), S. 145–170.

FRANÇOIS, Étienne, *Die späte Debatte um das Vichy-Regime und den Algerienkrieg in Frankreich*, in: Martin SABROW, Ralph JESSEN, Klaus GROSSE KRACHT (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 264–287.

FRÉMEAUX, Jacques, *Les SAS (sections administratives spécialisées)*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 208 (2002), S. 55–68.

GALLAND, Olivier, *Les jeunes et la violence*, in: *Les Cahiers de la sécurité intérieure* 5 (1991), S. 13–25.

GARIBIAN, Sévane, *Pour une lecture juridique des quatre »lois mémorielles«*, in: *Esprit* 322 (2006), S. 158–173.

GASPARD, Françoise, SERVAN-SCHREIBER, Claude, *La fin des immigrés*, Paris 1984.

- GORDON, Daniel A., *Immigrants & Intellectuals. May '68 & the Rise of Anti-Racism in France*, Pontypool 2012.
- GOZLAN, Martine, *L'islam et la République. Des musulmans de France contre l'intégrisme*, Paris 1994.
- GROUX, Guy, MOURIAUX, René, *La CFDT*, Paris 1989.
- HALBWACHS, Maurice, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985.
- HAMON, Hervé, ROTMAN, Patrick, *Les porteurs de valises*, Paris 1979.
- HAMOUMOU, Mohand, *L'histoire des harkis et Français musulmans. La fin d'un tabou?*, in: Mohammed HARBI, Benjamin STORA (Hg.), *La guerre d'Algérie, 1954–2004, fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 317–344.
- , *Et ils sont devenus harkis*, Paris 1993.
- , *Les harkis. Une double occultation*, in: Gilles FERRÉOL (Hg.), *Intégration et exclusion dans la société française contemporaine*, Lille 1992, S. 79–105.
- , *Les harkis, un trou de mémoire franco-algérien*, in: *Esprit* 161 (1990), S. 25–45.
- , *Les Français-musulmans rapatriés: archéologie d'un silence*. Diss., EHESS (1989).
- , JORDI, Jean-Jacques, *Les harkis. Une mémoire enfouie*, Paris 1999.
- , WORMSER, Gérard, *Hommage à André Wormser. Quelle mémoire, quels symboles, quelle transmission?*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 251–271.
- HARBI, Mohammed, *1954, La guerre commence en Algérie*, Brüssel 1984.
- , STORA, Benjamin, *La guerre d'Algérie. De la mémoire à l'histoire*, in: DIES. (Hg.), *La guerre d'Algérie, 1954–2004, fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 9–13.
- HAUTREUX, François-Xavier, *La guerre d'Algérie des harkis, 1954–1962*, Paris 2013.
- , *Quelques pistes pour une meilleure compréhension de l'engagement des harkis (1954–1962)*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 44–52.
- , *Les supplétifs pendant la guerre d'Algérie*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 37–50.
- , *L'engagement des harkis (1954–1962). Essai de périodisation*, in: *Vingtième siècle* 90 (2006), S. 33–45.
- HEINIS, Anne, *L'insertion des Français musulmans. Étude faite sur les populations regroupées dans le midi de la France, dans les centres d'ex-harkis*. Diss., Univ. Montpellier III (1977).
- HEURGON, Marc, *Histoire du PSU, Bd. 1: La fondation et la guerre d'Algérie*, Paris 1994.
- HOUSE, Jim, MACMASTER, Neil, Paris 1961. *Algerians, State Terror, and Memory*, Oxford 2006.
- HUREAU, Joëlle, *La mémoire des pieds-noirs de 1830 à nos jours*, Paris 2001.
- HÜSER, Dietmar, *Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Frankreich. Vom zersplitterten Gedenken an den Algerienkrieg seit 1962*, in: *Frankreich-Jahrbuch*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Bonn 2000, S. 107–128.
- , *Vom schwierigen Umgang mit den »schwarzen« Jahren in Frankreich. Vichy 1940–1944 und 1944/45–1995*, in: Holger AFFLERBACH, Christoph CORNELISSEN (Hg.), *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945*, Tübingen 1997, S. 87–118.

Quellen und Literatur

- IRELAND, Susan, Facing the Ghosts of the Past in Dalila Kerchouche's »Mon père, ce harki« and Zahia Rahmani's »Moze«, in: *Contemporary French and Francophone Studies* 13 (2009), S. 303–310.
- JANSEN, Jan C., OSTERHAMMEL, Jürgen, *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*, München 2013.
- JANSEN, Jan C., Politics of Remembrance, Colonialism and the Algerian War of Independence in France, in: Małgorzata PAKIER, Bo STRÄTH (Hg.), *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, New York 2010, S. 275–294.
- JAZOULI, Adil, *Jeunes des banlieues, violences et intégration. Le dilemme français*, Paris 1990.
- , *Les années banlieues*, Paris 1988.
- JORDI, Jean-Jacques, *De l'exode à l'exil. Rapatriés et pieds-noirs en France. L'exemple marseillais*, Paris 1993.
- KADDACHE, Mahfoud, *La vie politique d'Alger*, Alger 1970.
- KALTER, Christoph, *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt a. M. 2011.
- , REMPE, Martin, La République décolonisée. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2011), S. 157–197.
- KARA, Mohamed, *Les tentations du repli communautaire. Le cas des Franco-Maghrébins en général et des enfants de harkis en particulier*, Paris 1997.
- KATEB, Kamel, *Européens, »indigènes« et juifs en Algérie (1830–1962). Représentations et réalités des populations*, Paris 2001.
- KAUFFER, Rémy, *OAS. Histoire d'une guerre franco-française*. Paris 2002.
- KEPEL, Gilles, *Les banlieues de l'islam*, Paris 1991.
- KESSEL, Patrick, *Guerre d'Algérie. Écrits censurés, saisis, refusés, 1956–1960–1961*, Paris 2002.
- KORZILIUS, Sven, Erinnerungsforderungen von »descendants d'esclaves«, in: Dietmar HÜSER (Hg.), *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert*, Kassel 2010, S. 217–250.
- LACHERAF, Mostefa, *L'Algérie: nation et société*, Alger 1965.
- LANDWEHR, Achim, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a. M., New York 2008.
- LANGELIER, Élise, *La situation juridique des harkis (1962–2007)*, Paris 2010.
- LA PRADELLE, Géraud de, Le sort des harkis et la notion juridique de »crime contre l'humanité«, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 237–247.
- LEQUIN, Yves, Immigrés en ville, in: DERS. (Hg.), *Histoire des étrangers et de l'immigration en France*, Paris 2006, S. 407–416.
- , *L'usine et l'école*, *ibid.*, S. 430–449.
- , *Les vagues d'immigration successives*, *ibid.*, S. 385–397.
- LEROUX, Denis, Promouvoir une armée révolutionnaire pendant la guerre d'Algérie. Le Centre d'instruction pacification et contre-guérilla d'Arzew (1957–1959), in: *Vingt-tième siècle* 120 (2013), S. 101–112.
- LE SUEUR, James, *Between Terror and Democracy. Algeria since 1989*, London, New York 2010.
- LEVEAU, Rémy, WIHTOL DE WENDEN, Catherine, *La bourgeoisie. Les trois âges de la vie associative de l'immigration*, Paris 2001.

- LIAUZU, Claude, *Histoire de l'anticolonialisme en France*, Paris 2007.
- , *Violence et colonisation. Pour en finir avec les guerres des mémoires*, Paris 2003.
- LOCH, Dietmar, *Gesellschaftliche Entsolidarisierung gegenüber den »banlieues«*. Städtische Segregation und Stadtpolitik in Frankreich, in: Dietmar HÜSER (Hg.), *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert*, Kassel 2010, S. 95–121.
- , *Jugend, gesellschaftliche Ausgrenzung und Ethnizität in der Banlieue*, in: *Frankreich Jahrbuch 1993*, Opladen 1993, S. 99–116.
- LYONS, Amelia H., *French or Foreign? The Algerian Migrants' Status at the End of the Empire*, in: *Journal of Modern European History* 12 (2014), S. 126–145.
- MACMASTER, Neil, *L'idéologie des officiers de supplétifs. Le cas de Jean Servier et de Raymond Montaner*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 35–46.
- MALEK, Redha, *L'Algérie à Évian. Histoire des négociations secrètes, 1956–1962*, Paris 1995.
- MALTI, Hocine, *Histoire secrète du pétrole algérien*, Paris 2012.
- MANCERON, Gilles, *Les supplétifs dans la guerre d'Algérie. Mythes et réalités*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 22–34.
- MAOUDJ, Karim, *Georges Frêche, grandes heures et décadences*, Paris 2007.
- MATHIAS, Grégor, *Les sections administratives spécialisées en Algérie. Entre idéal et réalité (1955–1962)*, Paris 1998.
- MAUSSEN, Marcel, *Islamic Presence and Mosque Establishment in France. Colonialism, Arrangements for Guestworkers, and Citizenship*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33 (2007), S. 981–1002.
- MCCORMACK, Joe, *Social Memories in (Post)Colonial France. Remembering the Algerian War*, in: *Journal of Social History* 44 (2011), S. 1129–1138.
- MEYNIER, Gilbert, *Histoire intérieure du FLN*, Paris 2002.
- , *L'Algérie révélée. La guerre de 1914–1918 et le premier quart du xx^e siècle*, Genf 1981.
- MONNERET, Jean, *La phase finale de la guerre d'Algérie*, Paris 2000.
- MORELLE, Chantal, *Les pouvoirs publics français et le rapatriement des harkis en 1961–1962*, in: *Vingtième siècle* 83 (2004), S. 109–119.
- MORIN, Valérie, NADIRAS, François, THÉNAULT, Sylvie, *Genèse de la loi du 23 février 2005*, in: *Histoire coloniale et postcoloniale histoire*, <http://histoirecoloniale.net/La-genese-de-la-loi-du-23-fevrier-2005-1-le-lobby-pied-noir-par-Valerie-Morin.html> (26.2.2020).
- MOUMEN, Abderahmen, *Camp de Rivesaltes. Camp de Saint-Maurice-l'Ardoise. L'accueil et le reclassement des harkis en France (1962–1964)*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 105–119.
- , *De l'absence aux nouveaux porte-paroles. Évolution du mouvement associatif harki (1962–2011)*, *ibid.*, S. 159–169.
- , *Les massacres de harkis lors de l'indépendance de l'Algérie*, in: BESNACI-LANCOU, FALAIZE, MANCERON (Hg.), *Les harkis*, S. 63–77.
- , *La notion d'abandon des harkis par les autorités françaises*, *ibid.*, S. 47–62.
- MUCCHIELLI, Laurent, *Entre émeutes et politiques de la ville. La détresse des habitants des »zones urbaines sensibles«*, in: Marie POINSOT, Serge WEBER (Hg.), *Migrations et mutations de la société française. L'état des savoirs*, Paris 2014, S. 203–211.
- MULLER, Laurent, *Le silence des harkis*, Paris 1999.

Quellen und Literatur

- , L'exil intérieur des harkis, in: *Revue des sciences sociales de la France de l'Est* 24 (1997), S. 107–111.
- NOIRIEL, Gérard, *Le creuset français*, Paris 1988.
- NOVICK, Peter, *That Noble Dream. The »Objectivity Question« and the American Historical Profession*, Cambridge 1988.
- ORY, Pascal, SIRINELLI, Jean-François, *Les intellectuels en France. De l'affaire Dreyfus à nos jours*, Paris 1992.
- PERVILLÉ, Guy, *Die Geschichtswissenschaft und die späte Erforschung des Algerienkrieges. Von einem konfliktbeladenen Gedenken zur historiografischen Aussöhnung?*, in: Christiane KOHSE-SPOHN, Frank RENKEN (Hg.), *Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte eines tabuisierten Konflikts*, Frankfurt a. M., New York 2006, S. 66–75.
- , *La tragédie des harkis. Qui est responsable?*, in: *L'Histoire* 231 (1999), S. 64–67.
- , *Guerre d'Algérie. L'abandon des harkis*, in: *L'Histoire* 102 (1987), S. 30–34.
- PIERRET, Régis, *Les révoltes des enfants de harkis*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 140–158.
- , *Les filles et fils de harkis. Entre double rejet et triple appartenance*, Paris 2008.
- , *Les enfants de harkis, une jeunesse dans les camps*, in: *Pensée plurielle* 1 (2007), S. 179–192.
- , *Les expressions du racisme colonial en situation post-coloniale. L'exemple des enfants de harkis*, in: Manuel BOUCHER (Hg.), *Discrimination et ethnicisation. Combattre le racisme en Europe*, Paris 2005, S. 38–54.
- PITTI, Laure, *De l'histoire coloniale à l'immigration postcoloniale. Le cas des harkis*, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), *Les harkis dans la colonisation*, S. 78–88.
- RECHAM, Belkacem, *Les musulmans algériens dans l'armée française (1919–1945)*, Paris 1996.
- RENAN, Ernest, *Qu'est-ce qu'une nation?*, in: DERS., *Qu'est-ce qu'une nation? et autres écrits politiques*, Paris 1996, hg. von Raoul GIRARDET, S. 223–249.
- RENKEN, Frank, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.
- REYNAUD-PALIGOT, Carole, *La République raciale. Paradigme racial et idéologie républicaine (1860–1930)*, Paris 2007.
- ROUSSO, Henry, *La guerre d'Algérie, la mémoire de Vichy*, in: *L'Histoire* 266 (2002), S. 28f.
- , *Vichy, l'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 2001.
- ROUX, Michel, *À propos des événements de l'été 1991, le casse-tête harki*, in: *Migrations société* 4 (1992), S. 17–29.
- , *Les harkis, les oubliés de l'Histoire, 1954–1991*, Paris 1991.
- RUSCIO, Alain, *Nostalgie. L'interminable histoire de l'OAS*, Paris 2015.

- SAADA, Emmanuelle, *Les enfants de la colonie. Les métis de l'Empire français entre sujétion et citoyenneté*, Paris 2007.
- , *Une nationalité par degré. Civilité et citoyenneté en situation coloniale*, in: Patrick WEIL, Stéphane DUFOIX (Hg.), *L'esclavage, la colonisation et après...*, Paris u. a. 2005, S. 193–227.
- SACRISTE, Fabien, Germaine Tillon, Jacques Berque, Jean Servier et Pierre Bourdieu. *Des ethnologues dans la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2011.
- SAVARESE, Éric, *Algérie, la guerre des mémoires*, Paris 2007.
- , *After the Algerian War. Reconstructing Identity among the Pieds-Noirs*, in: *Revue internationale des sciences sociales* 58 (2006), S. 457–466.
- SCHMID, Bernhard, *Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land*, Münster 2005.
- , *Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front national*, Berlin 1998.
- SCHMIDT, Vivian A., *Democratizing France. The Political and Administrative History of Decentralization*, Cambridge 1990.
- SCHNAPPER, Dominique, *La relation à l'autre. Au cœur de la pensée sociologique*, Paris 1998.
- SCHOR, Naomi, *The Crisis of French Universalism*, in: *Yale French Studies* 100 (2001), S. 43–64.
- SCHUMANN, Adelheid, *Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung. Die Beurs, Kinder der maghrebischen Immigration in Frankreich*, Frankfurt a. M., London 2002.
- SCIOLDO-ZÜRCHER, Yann, *Les harkis sont-ils des rapatriés comme les autres*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 90–104.
- , *Devenir métropolitain. Politique d'intégration et parcours de rapatriés d'Algérie en métropole (1954–2005)*, Paris 2010.
- , *Faire des Français d'Algérie des métropolitains*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 15–28.
- SHEPARD, Todd, 1962. *Comment l'indépendance algérienne a transformé la France*, Paris 2012.
- , *La République face aux harkis. Questions aux historiens*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 53–64.
- SIMONIN, Anne, *Les éditions de Minuit et les éditions du Seuil. Deux stratégies éditoriales face à la guerre d'Algérie*, in: Jean-Pierre RIOUX, Jean-François SIRINELLI (Hg.), *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, Paris 1991, S. 219–247.
- SIVAN, Emmanuel, WINTER, Jay, *Setting the Framework*, in: DIES. (Hg.), *War and Remembrance in the Twentieth Century*, Cambridge 1999, S. 6–40.
- SORLIN, Pierre, *L'histoire franco-algérienne. Un chantier toujours ouvert*, in: Frédéric ABÉCASSIS, Gilbert MEYNIER (Hg.), *Pour une histoire franco-algérienne. En finir avec les pressions officielles et les lobbies de mémoire*, Paris 2008, S. 197–207.
- SOUILLAC, Romain, *Le mouvement Poujade. De la défense professionnelle au populisme nationaliste (1953–1962)*, Paris 2007.
- SPINA, Riosella, *Enfant de harkis et enfants d'émigrés. Parcours croisés et identités à recoudre*, Paris 2012.
- STORA, Benjamin, *Les témoins muets de la tragédie finale*, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 34–43.
- , *Le mystère de Gaulle. Son choix pour l'Algérie*, Paris 2009.

Quellen und Literatur

- , Entretiens avec Thierry Leclère. La guerre des mémoires. La France face à son passé colonial, Paris 2007.
- , Histoire de l'Algérie depuis l'indépendance, Paris 2004.
- , Algérie, Maroc, histoires parallèles, destins croisés, Paris 2002.
- , Le transfert d'une mémoire. De l'«Algérie française» au racisme anti-arabe, Paris 1999.
- , La gangrène et l'oubli, Paris 1992.
- SUTHERLAND, Nina, Harki Autobiographies or Collecto-Biographies? Mothers Speak through their Daughters, in: Romance Studies 24 (2006), S. 193–201.
- TAGUIEFF, Pierre-André, Le néo-racisme différentialiste. Sur l'ambiguïté d'une évidence commune et ses effets pervers, in: Langage et société 34 (1985), S. 69–98.
- TELALI, Saliha, Les enfants des harkis. Entre silence et assimilation subie, Paris 2009.
- TERRAL, Pierre-Marie, L'histoire en marches, de l'inscription de la »Marche des beurs« dans l'histoire d'un mode d'action protestataire, in: Migrations 41 (2013), S. 41–52.
- THÉNAULT, Sylvie, Le »code de l'indigénat«, in: BOUCHÈNE u. a. (Hg.), Histoire de l'Algérie, S. 200–206.
- , Massacre des harkis ou massacres de harkis? Qu'en sait-on?, in: BESNACI-LANCOU, MANCERON (Hg.), Les harkis dans la colonisation, S. 81–91.
- , France–Algérie. Pour un traitement commun du passé de la guerre d'indépendance, in: Vingtième siècle 85 (2005), S. 119–128.
- , Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie, Paris 2001.
- TISSOT, Sylvie, Les sociologues et la banlieue. Construction savante du problème des »quartiers sensibles«, in: Genèses 60 (2005), S. 57–75.
- TROPER, Michel, La loi Gayssot et la Constitution, in: Annales. Histoire, sciences sociales 54 (1999), S. 1239–1255.
- VALAT, Rémy, Les calots bleus et la bataille de Paris. Une force de police auxiliaire pendant la guerre d'Algérie, Paris 2007.
- VALETTE, Jacques, Militants et combattants messalistes, 1954–1962, in: Jean-Charles JAUFFRET, Charles-Robert AGERON (Hg.), Des hommes et des femmes en guerre d'Algérie, Paris 2003, S. 320–341.
- VIDAL-NAQUET, Pierre, Préface: Alger–Paris–Alger, in: PÉJU, Ratonnades à Paris, S. 5–19.
- VOGT, Erik M., Jean-Paul Sartre und Frantz Fanon, Antirassismus – Antikolonialismus – Politiken der Emanzipation, Berlin 2012.
- WEIL, Patrick, La République et sa diversité, Paris 2005.
- , Qu'est-ce qu'un Français? Histoire de la nationalité française depuis la Révolution, Paris 2002.
- , La France et ses étrangers, Paris 1991.
- , CROWLEY, John, Integration in Theory and Practice. A Comparison of France and Britain, in: Martin BALDWIN-EDWARDS, Martin A. SCHAIN (Hg.), The Politics of Immigration, Newbury Park 1994, S. 110–126.
- WIHTOL DE WENDEN, Catherine, Naissance d'une bourgeoisie, in: Migrations société 8 (1990), S. 9–16.
- , Qui sont les harkis? Difficulté à les nommer et les identifier, in: Hommes et migrations 1135 (1990), S. 7–12.

- WIEVIORKA, Annette, Analyse du discours de Jacques Chirac du 16 juillet 1995, in: L'Histoire, 16. März 2016, <http://www.lhistoire.fr/analyse-du-discours-de-jacques-chirac-du-16-juillet-1995> (26.2.2020).
- WOOD, Nancy, Memory on Trial in Contemporary France. The Case of Maurice Papon, in: History & Memory 11 (1999), S. 41–76.

Personenregister

- Abdesselam, Robert 81, 84, 136, 137, 139
Ageron, Charles-Robert 446, 447
Ailleret, Charles 55, 56, 58, 139, 140
Aït Ahmed, Hocine 252, 253, 325
Aït El Hocine, Mohand Ouidir 250, 251
Alquier, Jean-Yves 67, 68, 79, 83, 84
Altit, Emmanuel 467
Aubert, Jacques 60–62
Aubry, Martine 384, 463
Aussaresses, Paul 435, 467
Avril, Maurice 209, 210
Azem, Ouali 134
Azni, Bouzad 462, 465–470, 473, 477, 481
- Balladur, Édouard 363
Baouya, Mohamed 88
Barakrok, Abdelkader 307, 308, 311
Barbet, Raymond 112
Barbie, Klaus 364, 373, 400, 401, 408, 467
Barcellini, Serge 366
Bechouche, Ramdane 456
Bedar, Fatima 430
Belfadel, Djelloul 233, 257, 259, 304
Benaïssa, Rabah 295–297, 306
Benassayag, Maurice 224, 396, 398
Ben Bella, Ahmed 98, 100–102, 125, 126,
164, 250–253, 325, 413
Benhacine, Abdelmadjid 134
Benkouda, Mohammed 309
Bentchicou, Ahmed 127
Besnaci-Lancou, Fatima 416, 439, 440,
471–474, 476–481
Bidault, Georges 131
Boualam, Ali 242, 394, 396, 399
- Boualam, Saïd 80, 84, 88, 120, 121,
127–135, 139–142, 154, 227, 242,
292–295, 305, 306, 313, 393–397, 399,
443, 444, 453
Bouchareb, Rachid 457
Bouhadjera, Belaïd 134
Bouhired, Djamilia 401
Boulanger, Pierre-Gabriel 139, 140
Boulier, Jean 114
Boumedienne, Houari 98–102, 164, 253,
255, 256, 260, 325
Boumezou, Belkacem 411
Bounini, Hachemi 242, 312–314, 316–320,
322, 442
Bourdet, Claude 112, 113, 117
Bouteflika, Abdelaziz 11, 365, 366, 368,
373, 375, 403–405, 413, 415, 416, 418,
450–452, 467, 472, 473, 477
Branche, Raphaëlle 435, 441
Brethes, Georgette 388
Buis, Georges 268
- Challe, Maurice 45, 48, 49, 72
Chamski, Thadée 67–70
Chassagne, Jean 185
Chirac, Jacques 19, 25, 29, 38, 198–201,
317, 358–371, 374–376, 384, 385, 390,
394, 398, 401, 402, 404, 405, 407, 408, 413,
414, 425, 426, 432, 435, 450–453, 458,
470, 482–485, 492, 499
Chirane, Abdelhamid 320
Coll, Bernard 399, 400, 405
Courrière, Raymond 191–193, 196–198,
354

Personenregister

- Dahmani, Arezki 265, 344
Delmotte, Robert 269
Delorme, Christian 283–285, 317
Deluc, Jean 214, 215, 300
Deramchi, Mustapha 138
Descamps, Eugène 124, 125
Djaidja, Toumi 262, 283, 341, 342
Djebbour, Ahmed 127, 134–136, 138, 237, 298
Dominati, Jacques 309, 310, 317
Dunoyer de Segonzac, Pierre 173
Durand, Claude 276, 277, 279
- Einaudi, Jean-Luc 364, 429–431
Espéret, Gérard 125, 126
- Faivre, Maurice 383–389, 484
Fanon, Frantz 35, 87, 93, 103, 410, 433, 441, 488
Farès, Abderrahmane 99
Faure, Edgar 186
Frêche, Georges 279, 280, 441, 456
Frey, Roger 250
- Gardes, Jean 80, 120, 139–141, 394
Gaulle, Charles de 9, 10, 13–15, 22, 25, 29, 30, 37, 38, 41, 46–54, 64, 67, 69, 71–74, 76, 77, 80–82, 84–91, 94, 111–113, 123, 127, 129, 131, 132, 134–139, 142, 144, 145, 147, 150, 152, 156, 161–163, 165, 166, 226, 227, 235, 270, 281, 362, 364–366, 368, 369, 376, 379, 380, 385, 394, 399, 401–403, 408, 420, 431, 432, 459, 468, 472, 482, 483, 489, 490
Girod, Raymonde 242
Giscard d'Estaing, Valéry 233, 234, 281, 304, 305, 309, 316
Gladieu, Stephan 471
Gollnisch, Bruno 243
Griff, Jeannette 430
Griotteray, Alain 23, 113, 350
- Habchi, Abderahmane 338–340
Hadj, Messali 87, 103
Hakiki, Djilali 127
Hamoumou, Mohand 373, 378–381, 386, 388, 445, 446, 461, 462
Harbi, Mohammed 414–416, 418
- Haroun, Ali 107, 110, 411
Heinis, Anne 387
Hernu, Charles 314
Holeindre, Roger 74, 404
Hollande, François 499
- Ibagnès, Eugène 232, 281
Ighilahriz, Louisette 434, 435, 468
Ioualalen, Ahcène 134
- Jospin, Lionel 404, 424, 435, 450, 451
Jouhaud, Edmond 72, 80–82, 85, 86, 138, 394
Joxe, Louis 57, 58, 61, 78, 83, 246, 268, 291, 468
Joxe, Pierre 245
- Kaberseli, Ahmed 298, 304, 313–316, 318, 322, 442, 443, 445–450, 453–455, 457, 458
Kabtane, Kamel 318–320, 454
Kadraoui, Borzani 233
Kaouah, Mourad 134
Kara, Bouzid 342, 343
Kemoum, Hadjila 472, 476, 478
Kerchouche, Dalila 9, 11, 385–389, 471–478, 498
Khedairia, Ahmed 465
Kheirat, M'hamed 127
Kheliff, Rabah 242, 299, 300, 304, 309–311, 313, 314, 317, 319–322, 442–445, 449–457
Khiari, Abdelfettah 275, 298–300, 304, 305, 308–312, 454
Khider, Mohamed 98
Klech, Abdelkrim 462–465, 470, 481
- Lallemand, Adolphe 269
Lanzmann, Claude 116–118
Laradji, M'Hamed 231, 232, 281, 300–310, 332, 334, 335, 346, 352
Le Gallou, Jean-Yves 463
Legris, Michel 270, 271
Le Pen, Jean-Marie 30, 35, 132, 133, 135, 235–240, 246, 316, 318, 354, 394, 447, 448, 470, 491
Le Pen, Marine 499
Liauzu, Claude 437–441, 480

- Macron, Emmanuel 500
Manceron, Gilles 446
Marek, Wladyslas 285, 286, 422, 425
Massenet, Michel 58–63, 171, 178
Masseret, Jean-Pierre 424, 452
Massu, Jacques 130, 435
Mauco, Georges 349, 350
Mégret, Bruno 243
Mekachera, Hamlaoui 371, 439, 454–457
Mekki, René 138
Meliani, Aziz 452, 456, 457
Messmer, Pierre 55, 56, 63, 65, 79, 140, 173, 174, 186, 187, 205, 231, 449
Meynier, Gilbert 438, 480
Mir, Mohamed 88
Missoffe, François 178
Mitterrand, François 38, 44, 191, 192, 235, 236, 263, 285, 313–315, 317, 340, 341, 354, 359, 360, 363, 381, 393, 494
Moinet, Bernard 379
Mollet, Guy 29
Monchovet, Louis 452
Montaner, Raymond 104, 109, 110, 429
Morin, Georges 194, 195
Moulesseoul, Abbès 137, 142
Noiriel, Gérard 438
Ortiz, Jo 281
Papon, Maurice 104, 105, 107, 110, 112–117, 364, 403, 429–431, 433, 434, 436, 437, 440, 450, 463, 467
Parodi, Alexandre 36, 79, 84, 205, 206, 216
Péju, Élie 437
Péju, Marcel 436, 437
Péju, Paulette 115, 436
Pervillé, Guy 447
Pompidou, Georges 171, 172, 174, 175, 177
Poniatowski, Michel 281
Poujade, Pierre 133, 316
Raffa, Ahmed 467, 468
Rahmani, Zahia 472–474
Remaoun, Hassan 446
Reverchon, François 84, 204
Rivière, Pierre 379–381
Rouseau, Jacques 441
Rushdie, Salman 320
Sabourdy, Michel 286, 421, 426
Sadouni, Brahim 459–463, 467–469, 481
Salan, Raoul 45, 72–75, 79–82, 85, 86, 138–141, 230
Santini, André 398
Santini, Lucie 230
Sarkozy, Nicolas 499, 500
Sartre, Jean-Paul 111, 112, 118
Schnapper, Dominique 446
Schoen, Paul 206, 210
Servan-Schreiber, Jean-Jacques 32, 285
Servan-Schreiber, Jean-Louis 236
Servier, Jean 184, 185, 194, 211–215, 230, 378, 387, 496
Sicart, Maurice 423, 424
Sid Cara, Chérif 82, 138
Simeoni, Edmond 305, 306
Siné (Sinet, Maurice Albert) 432–434, 441, 448, 449, 456
Soulimane, Ahmed 252
Soustelle, Jacques 29, 129, 394, 396
Stirbois, Jean-Pierre 237, 238
Stora, Benjamin 398
Thénault, Sylvie 441
Thomas, Alexis 237
Tiberi, Jean 360
Titraoui, Taouès 399, 400
Torrès, Jacques 449, 450
Tristan, Anne 289, 290
Troise, André 280
Venner, Dominique 76
Vergès, Jacques 107, 401, 433
Vidal-Naquet, Pierre 35, 118, 121–124, 126, 431, 434, 436, 437
Wormser, André 205, 216–225, 354, 360, 377–387, 389–391, 400, 408, 461, 462, 476, 480
Zeller, André 48, 72
Zéroual, Liamine 412

Mit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 verließen nicht nur eine Million europäische Siedler das Land in Richtung Frankreich, sondern auch etwa 85 000 »harkis«: Muslime, die während des Krieges insbesondere als Hilfssoldaten die französische Armee unterstützt hatten. Kamen die »harkis« als »Verräter an der algerischen Nation«, als »gleichberechtigte französische Staatsbürger« und somit als Repatriierte, oder waren sie als Flüchtlinge anzusehen? Anna Laiß analysiert die von unterschiedlichen Fremdbildern geprägten Kontroversen sowie die damit verbundene schwierige Suche der »harkis« und deren Nachkommen nach ihrem Platz in der Französischen Republik. Sie zeigt das Spannungsfeld zwischen universalistischem Ideal und kolonialen Handlungs- und Denkweisen auf, die sich in dem weit über die Dekolonisation hinausreichenden Untersuchungszeitraum in den Debatten um Integration und koloniale Erinnerungen wiederfinden.

Die Autorin

Anna Laiß hat Geschichte, Politikwissenschaft und Romanistik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und in Toulouse studiert. Sie ist Gymnasiallehrerin für die Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde und Französisch.

